

Aus dem Kunstgeschichtlichen Seminar
der Philosophische Fakultät III
der Humboldt-Universität zu Berlin

Dissertation

Bürgerhäuser in Templin und Zehdenick.

Die Theorie vom bürgerlichen Wohnhaus und die Praxis des provinzialstädtischen Bürgerhausbaus in Brandenburg-Preußen im 18. Jahrhundert

Zur Erlangung des akademischen Grades
doctor philosophiae (Dr. phil.)

Vorgelegt der Philosophische Fakultät III der Humboldt-Universität zu Berlin

von Christof Baier M. A.
geb. am 21. 09. 1969

Dekan: Prof. Dr. Gert-Joachim Glaeßner

Gutachter: 1. Prof. Dr. Ulrich Reinisch
2. Prof. Dr.-Ing. Johann Friedrich Geist

eingereicht: Januar 2005

Datum der mündlichen Prüfung: 17. Februar 2006

Zusammenfassung

Gegenstand der vorliegenden Arbeit ist das Bürgerhaus in Brandenburg-Preußen im 18. Jahrhundert. Ausgangspunkt ist die These, daß die Interessen des preußischen Staates im 18. Jahrhundert die städtebauliche Ordnung ebenso wie die äußere und innere Gestalt der Häuser in den brandenburgischen Provinzialstädten des 18. Jahrhunderts prägten, daß die Bürokratie des modernen Staates Preußen sich in diesem Jahrhundert als Auftraggeber und Organisator eines umfassenden Stadtumbaus etabliert.

Ziel ist es, die Gestalt dieser für das Land Brandenburg noch heute prägenden Häuser zu begreifen. Dazu ist es einerseits erforderlich, den Zusammenhang von Hausgestalt, städtebaulicher Disposition und Fassadenkultur genauer zu erfassen. Andererseits unterlag das bürgerliche Stadthaus ideologischen Einflüssen, staatliche Ordnungsversuchen und dem architekturtheoretischen Diskurs. Zur Analyse der Hausgestalt bedurfte es daher der Synthese von empirischer Arbeit und theoretischer Reflexion. Um dieses Ziel zu erreichen, wird in der Arbeit die Erfassung der Bauten vor Ort flankiert von der Auswertung umfangreicher Verwaltungsakten und von Untersuchungen zur Geschichte der Staats- und Architekturtheorie.

Anfang und Ende dieses Entwicklungsweges werden jeweils anhand eines besonders aussagekräftigen Beispiels analysiert: Der Wiederaufbau der Stadt Templin nach dem Brand von 1735 steht als Modellfall für den Anfang der „bürokratischen Stadterneuerung“; der Wiederaufbau der Stadt Zehdenick nach einem Brand von 1801 ist ein charakteristisches Beispiel für die Krise dieses Stadt- und Hauskonzeptes um 1800.

Schlagwörter:

Bürgerhaus, Städtebau, Brandenburg, Preußen, Architekturtheorie, Barock, Stadtumbau

Abstract

This PhD dissertation analyzes baroque and 18th-century town houses in Brandenburg and Prussia. Taking as its starting point the influential role of the Prussian state and its governmental interests, this thesis demonstrates the ways in which these administrative bodies impacted the the general urban character as well as the more specific façades and ground plans of the town houses during the 18th century. I argue, therefore, that in Prussia it was the bureaucracy of the modern state that initiated and organized a widespread urban redevelopment.

My aim in this dissertation is to provide a close examination of these houses in order to understand the ways in which they shaped -- and continue to shape-- the cultural landscape of Brandenburg. To undertake this it is necessary on the one hand to precisely characterize the interrelation between the basic form, the culture of the facade, and the surrounding urban character of the town houses. On the other hand, it is important to take into account the ideologies, governmental regulations and architectural theory pertaining to domestic architecture. Thus, crucial to this project is a methodology that combines careful on-site examinations of the houses with archival research into the files of

Prussian administration. This then allows for an integrated historical analysis of both the theory of state and the theory of architecture.

My dissertation frames this interesting period of urban development with two significant events. Following the destruction of a great fire, the reconstruction of the small city of Templin after 1735 offers an outstanding example for the successful beginning for the new urban program. The reconstruction of the city of Zehdenick after 1801 characterizes the crisis that marked the end of this bureaucratic concept of town planning and town houses.

Keywords:

town house, town planning, Prussia, theory of architecture, baroque, urban redevelopment

Inhaltsverzeichnis

ZUSAMMENFASSUNG	- 2 -
ABSTRACT	- 2 -
INHALTSVERZEICHNIS.....	- 4 -
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS.....	- 7 -
DANKSAGUNG	- 8 -
EINLEITUNG	- 9 -
TEMPLIN. DAS BÜRGERHAUS UM 1730	- 19 -
„Regulierte Oerther“ – Idealvorstellungen von bürgerlicher Gemeinschaft, Stadt und Haus im ausgehenden 17. und frühen 18. Jahrhundert.....	- 19 -
Die „Civil societät“ als „volckreiche nahrhaffte Gemeinde“	- 19 -
Die Stadt	- 23 -
Das Wohnhaus	- 38 -
Das provinzialstädtische Bürgerhaus im Wiederaufbau Templins 1735-1750.....	- 53 -
Die bauliche Beschaffenheit Templins vor dem Brand	- 53 -
Die „heftige Feuersbrunst“ vom 24. August 1735	- 60 -
Der Wiederaufbau	- 61 -
Das neue städtebauliche Bild	- 89 -
Das neue Bürgerhaus	- 101 -
Der „prospect“ einer vorbildlich geordneten „civil societät“. Ergebnisse und Folgen des Wiederaufbaus ..	- 118 -
ZEHDENICK. DAS BÜRGERHAUS UM 1800	- 124 -
„[...] daß es jetzt selbst eine Art Modeton ist, schön wohnen zu wollen“. Haus, Stadt und bürgerliche Gemeinschaft im öffentlichen Diskurs der Jahre um 1800	- 124 -
Die „negativen Pflichten des Staates“ und die dauerhafte Melioration der Städte	- 124 -
„Auseinanderbau“ und „Mannigfaltigkeit“. Städtebauliche Leitbilder.....	- 128 -
Architekturtheoretische Vorstellungen über das bürgerliche Wohnhaus.....	- 132 -
Das provinzialstädtische Bürgerhaus im Wiederaufbau Zehdenicks 1801-1806.	- 149 -

Die bauliche Beschaffenheit Zehdenicks vor dem Brand	- 149 -
Der „totale Brand“ vom 27. Mai 1801 und die ersten Spenden	- 152 -
Der Wiederaufbau	- 153 -
Das neue Bürgerhaus	- 184 -
Bürgerlicher Ungehorsam und Rückzugspunkte der staatlichen Baupolizei. Die Ergebnisse des Wiederaufbaus.	- 212 -
RESÜMEE	- 219 -
ANHANG	- 226 -
Gerichtsreport zum Templiner Wiederaufbau	- 226 -
1. Fall	- 226 -
2. Fall	- 231 -
3. Fall	- 235 -
Gerichtsreport vom Zehdenicker Wiederaufbau.....	- 237 -
<i>Aufruhe und Zusammenlauf</i> in Zehdenick im Mai 1802.....	- 237 -
Der Fall des Schneidermeisters Schlaewicke.....	- 245 -
Retablislements- oder Wiederaufbauungs Plan für Zehdenick	- 247 -
Reglement wornach beim dem Wiederaufbau der Stadt Zehdenick verfahren werden soll	- 252 -
QUELLEN-, LITERATUR- UND ABBILDUNGSNACHWEIS.....	- 258 -
Ungedruckte Quellen:.....	- 258 -
Volkskundemuseum der Uckermark, Templin	- 258 -
Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin (GStA PK).....	- 258 -
Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Potsdam (BLHA)	- 259 -
Stadtarchiv Angermünde:	- 260 -
Stadtarchiv Templin.....	- 260 -
Stadtarchiv Zehdenick	- 260 -
Gedruckte Quellen:.....	- 261 -
LITERATURVERZEICHNIS	- 262 -
ABBILDUNGSNACHWEIS	- 272 -
Bibliotheken, Archive, Sammlungen	- 272 -
Reproduktionen aus Literatur	- 272 -
Aufnahmen des Autors:	- 273 -

LEBENS LAUF - 273 -

EIDESTATTLICHE ERKLÄRUNG..... - 274 -

Abkürzungsverzeichnis

A.B.B.	Acta Borussica. Denkmäler der preußischen Staatsverwaltung im 18. Jahrhundert. Die Behördenorganisation und die allgemeine Staatsverwaltung im 18. Jahrhundert, Bd. 1–15, Berlin 1894ff. Bd. 16, Berlin 1982.
BLHA	Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Potsdam
CCM	Mylius, Christian Otto (Hrsg.): Corpus constitutionum Marchicarum oder Königlich preußische und churfürstlich Brandenburgische in der Chur- und Mark Brandenburg, auch incorporirten Landen publicirte und ergangene Odnungen, edicta, mandata, rescripta, Teil 1–6, nebst Anhang und Continuatio 1–4, Berlin usw. 1737–1751.
NCCM	Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): Novum Corpus Constitutionum Prussico-Brandenburgensium [...], Bd. 1ff, Berlin 1753ff.
GD	Generaldirektorium
GSa PK	Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin

Danksagung

Mein Dank gilt in erster Linie Herrn Prof. Dr. Ulrich Reinisch. Sein Projektseminar zum Wiederaufbau von Neuruppin gab die Anregung zur Beschäftigung mit den brandenburgischen Bürgerhäusern, seiner grundlegenden Richtungsweisung und seinen kritischen Hinweisen in zahlreichen Gesprächen verdankt die vorliegende Arbeit das meiste. Herrn Prof. Jonas Geist danke ich für das kritische Interesse, mit dem er das Dissertationsprojekt begleitete sowie für die Möglichkeit, die Ergebnisse im Rahmen seines Doktorandenkolloquiums zur Diskussion zu stellen.

Die Forschungen in Templin und Zehdenick wurden durch das hilfreiche Entgegenkommen der Stadtverwaltungen und der Bürger dieser Städte erst ermöglicht. Mein besonderer Dank gilt dabei Frau Gatzke, die mir im Zehdenicker Stadtarchiv die zahlreichen Akten und Zeichnungen zugänglich machte sowie Herrn Knitter, der mir im Templiner Stadtarchiv mit Rat und Tat zur Seite stand. Zu danken habe ich auch den Bürgern von Templin und Zehdenick, die mich bereitwillig in ihre Häuser einließen. In Angermünde fand ich in Frau Sperling, der Leiterin des Stadtarchivs, eine wertvolle Hilfe. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Brandenburgischen Landeshauptarchivs in Potsdam, des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz in Berlin, der Staatsbibliothek und der Kunstbibliothek bin ich ebenso zu Dank verpflichtet.

Die vielen Gespräche mit meinen Freundinnen und Freunden waren mir jederzeit wichtige Anregungen und Abwechslungen. Sigrid Brandt, Michael Lailach und vor allem Tiziane Schön bin ich für die gründliche und kritische Lektüre des Manuskripts besonders dankbar. Meinen Eltern, meinem Bruder und Tiziane Schön verdanke ich viel mehr als die liebevolle Unterstützung meiner Forschungen. Am Schreibtisch des Babelsberger Wilhelm-Fraenger-Archivs sitzend, denke ich schließlich an Ingeborg Baier-Fraenger, die mich mit ihrem sicheren Gespür, ihrem großen Wissen und ihrem lebhaften Interesse in die Welt der Kunstgeschichte einführte.

Einleitung

Die Bürgerhäuser, die im 18. Jahrhundert in den mittelgroßen und kleinen Städten der Mark Brandenburg entstanden sind gelten als besonders einfach gestaltet. Sie werden als schlichte Fachwerk- oder Putzbauten, als barock oder klassizistisch und zumeist als „traditionell“ beschrieben. Die Häuser der ersten Jahrhunderthälfte charakterisiert man als „einfache zweigeschossige Fachwerktraufenhäuser“ oder als „fünfsichtige Typenhäuser aus Fachwerk“. Die Eigenschaften der Fachwerkhäuser scheinen lediglich mit „bescheiden“, „einfach“ oder „schlicht“ beschreibbar; schnell konstatierte die bisherige Forschung dann auch „herbe Nüchternheit“ und „spartanische Schlichtheit“. In den Beschreibungen der im letzten Drittel des 18. Jahrhunderts erbauten massiven Häuser überwiegt die kunsthistorische Terminologie. Die „barocken“, „spätbarocken“, „barock-klassizistischen“ oder „frühklassizistischen“ Bürgerhäuser dieser Zeit erscheinen in der Literatur teils als „kräftig gegliedert“ und „üppig verziert“, teils „nüchtern ausgewogen“ und „schlicht“. Besonders bei den um 1800 entstandenen Häusern wird der reduzierte Schmuck als „einfache Putzgliederung“ oder „sparsamer ornamentaler Dekor“ qualifiziert. Die symmetrische Grunddisposition der Fassade und die entsprechend axiale Anlage des Grundrisses gelten als barocke und damit übergreifende, das gesamte 18. Jahrhundert verbindliche Gestaltungsmerkmale. Die Übereinstimmung mit dem jeweils üblichen Baustil und die Schlichtheit der Fassaden, welche man in der Not der Zeit begründet sieht, werden gemeinhin als charakteristische Merkmale des brandenburgischen Bürgerhauses des 18. Jahrhunderts angeführt.

Die Zeitgenossen bemerkten an den Bürgerhäusern Brandenburg-Preußens ganz andere Eigentümlichkeiten. Unter dem Pseudonym *Bellamintes* verfaßte der Potsdamer Diakon Georg Belitz 1727 das Büchlein *Das Itzt-blühende Potsdam*.¹ In seiner euphorischen Beschreibung der Stadt Potsdam spielen Stadtplanung und Bürgerhausbau neben der landschaftlichen Lage und den großen repräsentativen Bauten eine entscheidende Rolle:

*„So bald die Mauer nur den grossen Platz umfangen,
Den man, um Potsdam her, zum Anbau abgesteckt;
So bald must' auch die Stadt ein neues Kleid erlangen,
Das noch kein schnöder Schaum der Tadelsucht befleckt.
Die Häuser, welche schon der Würmer langes Nagen
Und der geschärfte Zahn der strengen Zeit verletzt,
Die wurden überall, aufs eiligst', abgetragen
Und an derselben Stell' ein neuer Bau gesetzt.
Viel' andre wurden auch aufs netteste verbessert,
Wenn man noch Dach und Fach von guter Haltung fand;
Und Potsdam überhaupt erweitert und vergrössert,*

1 Bellamintes 2001, S. 30f., 59f. Wie sehr die Beschreibung des Bellamintes den Nerv der Zeit traf zeigt sich darin, daß Paul Jacob Marperger diese Äußerungen in sein 1733 erschienenenes, weit verbreitetes *Miscellaneorum Curiosorum* aufnahm. Marperger 1733, S. 309.

Wobey die Ordnung selbst den Maaßstab angewandt.

[...]

*Sprecht doch, ihr Völker, sprecht! ist dieses nicht ein Wunder
So fast unglaublich scheint, daß, in so kurzer Frist,
Ein Bau, ein solcher Bau, dergleichen sich itzunder
In Potsdams Mauren zeigt, errichtet worden ist?
Doch was erstaunet ihr? wo **Friedrich Wilhelm** bauet,
Da fallet alles das, was ordentlich geschieht,
Und Weile brauchet, weg: Indem man klärlich schauet
Wie selbst die schnelle Zeit sich ihm zu dienen müht.*

[...]

*Hier aber ist es Zeit daß ich die Feder wende,
Die Feder, welche zwar vom Schreiben noch nicht matt,
Und einen kurzen Blick hin auf die **Häuser** sende,
Die Potsdam, überhaupt, in seinen Mauren hat.*

[...]

*Die Häuser, welche dann so wohl an diesen Orten,
Als auch auf jeder Straß', in unsrer Stadt, zusehn,
Sind (ich beschreibe sie nicht mit geschminckten Worten;
Nein! wie die Wahrheit spricht) durchgehends nett und schön.
Ja! damit unser Kiel der Wahrheit näher ziele,
Die zwar nur nackend ist, und doch den Ruhm gewinnt
Daß sie die schönste sey; so finden sich gar viele
Die (schauet sie nur an!) Pallästen ähnlich sind,
Denn ob die Bürgerschaft die meisten gleich besitzt,
Die dennoch, guten Theils, nicht auf gemeinen Schlag,
Indem die Kostbarkeit das Bauwerck unterstützt,
Und man von selbigen, mit Rechte, sagen mag:
Der schlecht'ste Bürger wohnt' in unserm Potsdam besser,
als einer aus dem Rath in einer andern Stadt,
Weil sein gezieres Haus, nach seinem Maasse, grösser,
Und viel bequemliches in seinen Wänden hat; [...]"*

Nur siebenzig Jahre nach Bellamintes schlug die Bewertung des Städte- und Bürgerhausbaus der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts ins vollständige Gegenteil um. Der Hallenser Philosophieprofessor Johann August Eberhard fand dafür 1804 die deutlichsten Worte:

Man vermißt in einer nach Einem Plane gebaueten Stadt, worin alle Häuser von einerley Form, Farbe und Größe so nach der Schnur neben einander stehen, daß man von dem Mittelpunkte aller Hauptstraßen bis an die Thore durchschauen kann - in einer solchen Stadt, die durch ihre Regelmäßigkeit gefallen soll, vermißt man etwas, dessen Mangel das Gefühl auf eine peinliche Art anspricht, ohne daß man sich gleich Anfangs einen befriedigenden Grund von seinem

Mißbehagen angeben kann. Man entdeckt aber bald, daß es gerade diese Regelmäßigkeit selbst ist, die uns so unangenehm auffällt. Denn sie benimmt allen Häusern die Eigenthümlichkeit des Charakters, welche die Verschiedenheit der Bedürfnisse, der Geschäfte und der Lebensweisen ihrer Bewohner andeutet; sie führt uns auf die Idee des Mangels an Willkühr und Wahl in ihrer Errichtung; sie zeigt uns diese Bewohner als bloße Werkzeuge einer fremden Willkühr, und ohne alle die Selbstständigkeit, die mit Freyheit für ihre eigenen Zwecke sorgt. Man hat sie als Sklaven, die man nicht zu Rathe zieht, und auf deren verschiedene Bedürfnisse man nicht achtet, darin eingesperrt, und sie haben sich als charakterlose Maschinen darin einsperren lassen.²

Der Potsdamer Diakon und der Hallenser Philosophieprofessor markieren die Pole, zwischen denen die Entwicklung des Bürgerhauses in Brandenburg-Preußen im 18. Jahrhundert verläuft. Hinter den so verschiedenartigen Beschreibungen steht mehr als nur eine veränderte ästhetische Beurteilung der Bauweise, die mit dem Wandel des allgemeinen Baustils oder des Baumaterials erklärbar wäre. Bellamintes und Eberhard bewerten die Häuser vor dem Hintergrund bestimmter staats-, wirtschafts- und architekturtheoretischer Idealbilder und weisen somit zugleich den Weg zu einem tieferen Verständnis des Bürgerhauses.

Beide Autoren entwickeln ihre Ansichten vornehmlich in Auseinandersetzung mit den preußischen Residenzstädten Potsdam und Berlin. Ihre Charakterisierung des Bürgerhauses und seiner städtebaulichen Einbindung läßt sich jedoch problemlos auf die Bürgerhäuser übertragen, die um 1730 und um 1800 in den ländlichen Kleinstädten der Mark Brandenburg entstanden sind. Dieser erstaunliche Prozeß der Überformung des mittelalterlichen Stadtgrundrisses und Hausbestandes nach Leitbildern der barocken Residenzstadt brachte eine prägende Kulturschicht der Stadtentwicklung hervor, die bei genauerer Betrachtung der brandenburgischen Städte immer augenfälliger wird. Eine ihm gebührende wissenschaftliche Aufmerksamkeit hat er erst in den letzten Jahren erhalten. Im Rahmen der von Ulrich Reinisch initiierten Erforschung der Kulturlandschaft Brandenburg haben sich bisher zwei Arbeiten dieses Themenbereichs angenommen.³ Ralph Jaeckel hat in seiner 1999 vorgelegten umfangreichen Dissertation, in der er die wesentlichen Zielsetzungen, Methoden und Entwicklungslinien des Etablissements und Retablissements der brandenburg-preußischen Städte nachzeichnet, einen umfassenden Überblick über die „Erneuerung der Städte in Brandenburg-Preußen im Zeitalter des Absolutismus zwischen 1640 und 1806/11“ geliefert.⁴ Dem unbestreitbaren Höhepunkt dieser Entwicklung, dem Wiederaufbau Neuruppins von 1786-1802, widmete Reinisch selbst eine vertiefende Einzeluntersuchung.⁵

2 Eberhard 1804, S. 205f.

3 Zur Erforschung der Kulturlandschaft Brandenburg vgl. die Aufsätze in: kritische berichte, 2/2000. Besonders die Aufsätze von John Chaplitzka (Cultural Landscape as a Discursive Framework), Ulrich Reinisch (Kulturlandschaft: z. B. Haus und Stadt in Brandenburg) und Annett Gries (Wege zur Herausbildung einer Kultur- und Denkmallandschaft in der Mark Brandenburg).

4 Jaeckel 1999. Zusammenfassung der Ergebnisse in: Jaeckel 2000.

5 Reinisch 2001.

Die folgende Arbeit untersucht den Bürgerhausbestand der Städte Templin und Zehdenick, der sich jeweils den eingangs skizzierten Polen Bellamintes (Templin) und Eberhard (Zehdenick) zuweisen läßt. Damit sollen Anfang und Ende des so tiefgreifend in die Städtelandschaft Brandenburgs eingreifenden Prozesses anhand von zwei markanten Fallbeispielen zu untersuchen. Die Bauaufgabe Bürgerhaus, in der sich die Interessen des Staates und des Bürgers direkt begegnen, steht dabei im Zentrum der Untersuchung. Die Arbeit vertieft und konkretisiert die von Jaeckel gezeichnete Entwicklung und ergänzt zugleich die Neuruppin-Studie von Reinisch.

Im Sinne des Architekturtheoretikers Friedrich Christian Schmidt, der 1790 schrieb, alte Städte hätten *für gewöhnlich ihre größte architektonische Schönheit großen Bränden zu verdanken*,⁶ wurden mit Bedacht die beiden uckermärkischen Kleinstädte Templin und Zehdenick gewählt. Die Immediatstadt Templin brannte 1735 bis auf die mittelalterliche Stadtmauer und die kleine Georgenkapelle vollständig ab. Der folgende Wiederaufbau, bei dem bis 1750 über 300 Bürgerhäuser, ein Rathaus und eine Stadtpfarrkirche entstanden, fiel in das letzte Jahrzehnt der Herrschaft Friedrich Wilhelm I. Im Zuge der Intensivierung der absolutistischen Städtepolitik brachten diese Jahre auch für die Uckermark eine ganze Reihe einschneidender Veränderungen. Die Durchsetzung der Magistratsverfassung mittels *Rathhäuslicher Reglements* und andere Maßnahmen zur Verstärkung der staatlichen Kontrolle der Städte erreichten hier in den 1730er und 1740er Jahren unbestreitbar einen Höhepunkt. Auch im Hinblick auf die obrigkeitliche Regulierung des Bauens können die 1730er Jahre als außerordentlich produktiv angesehen werden.⁷ In diesen Jahren eines verstärkten Zugriffs des Staates wurde mit dem Wiederaufbau der kleinen Immediatstadt Templin ein überaus ehrgeiziges Projekt in kürzester Zeit verwirklicht. Verborgen hinter der eindrucksvollen mittelalterlichen Stadtmauer, die bis heute das allgemeine Stadtbild und das Image Templins prägt und verschleiert durch den scheinbar ärmlichen Fachwerkbau, wurde dieser Wiederaufbau, der mit Sicherheit eine der herausragenden städtebaulichen Leistungen der Regierungszeit Friedrich Wilhelm I. darstellt, bisher nahezu vollständig übersehen. Da zudem Crossen/Neumark, das wichtigste Beispiel für die frühe brandenburg-preußische Retablisementspolitik außerhalb der Residenzen, im 2. Weltkrieg fast völlig vernichtet wurde, fällt der Stadt Templin und ihrem Bestand an Bürgerhäusern ein besonders hoher Zeugniswert zu.

Die etwa 20 Kilometer südwestlich von Templin gelegene Mediatstadt Zehdenick, die dem königlichen Amt gleichen Namens zugeordnet war, wurde 1801 ebenfalls durch einen Großbrand eingeäschert. Ihrem fast abgeschlossenen Retablisement setzte 1806 der Einmarsch der französischen Truppen ein jähes Ende. Fiel der Wiederaufbau Templins in eine Hochzeit absolutistischer Machtentfaltung, so ist die Zeit um 1800, als Zehdenick abbrannte und wieder aufgebaut wurde, von deutlichen

6 Das vollständige Zitat lautet: *Alte Städte haben für gewöhnlich ihre größte architektonische Schönheit großen Bränden zu verdanken, und ich habe schon oft die Bemerkung gemacht, daß sich Städte, welche ganz schlecht gebaut sind, leichter verschönern, weil man kein großes Bedenken trägt, die alten Nester von Grund auf abzureissen, dahingegen in Städten, deren hölzerne Gebäude noch erträglich und für nicht sehr ekele Personen bewohnbar sind, Jahrhunderte an den alten Häusern geflickt wird, so, daß sie sich nach und nach Wand für Wand erneuern, und doch ihre fehlerhafte Einrichtung unverändert behalten.* Schmidt (1790), S. 189.

7 Nach jahrelanger Arbeit und Diskussion wurden 1739 das *Reglement für die Gewährung von Baufreiheitsgeldern* und das *Baureglement* für die Neumark erlassen, denen zwei Jahre später dasjenige für die Kurmark folgte. Vgl. Jaeckel 1999, S. 350ff., 377ff.

Krisenerscheinungen eben dieses Staatsmodells gekennzeichnet. Es waren die letzten Jahre des alten Preußen, bevor mit der Niederlage gegen Napoleon, den Befreiungskriegen und den Stein-Hardenbergschen Reformen eine neue Zeit begann. Deutlich verstärkte sich schon um 1800 der Anspruch der Bürgerschaften auf Selbstverwaltung. Beim Wiederaufbau Zehdenicks wurde er mit neuartiger Schärfe vorgetragen und führte zu langwierigen Gerichtsprozessen und sogar zu kleineren Unruhen. Obwohl es bereits seit den 1790er Jahren Ansätze dazu gab, reagierte der preußische Staat erst 1808 mit der Städteordnung auf die veränderten Bedingungen. In dieser Situation führte der Wiederaufbau Zehdenicks, obwohl eingebunden in die 100jährige Tradition preußischer Retablissementspolitik, zu einem Ergebnis, das den in Templin und auch noch in Neuruppin verwirklichten baulichen Formen in wesentlichen Punkten nicht mehr entsprach. Vor allem die Bewertung des Privateigentums an Grund und Boden und die daraus resultierende städtebauliche und bauliche Disposition des einzelnen Hauses hatten sich gravierend geändert. Als eines der letzten großen Retablissementsprojekte in der Mark Brandenburg und als Zeitdokument eines epochalen Wandels der brandenburgischen Gesellschaft gewinnt das Beispiel Zehdenick mit seinem Bestand an Bürgerhäusern seinen besonderen Aussagewert. Mit Templin und Zehdenick sind zwei Städte gewählt, die es ermöglichen, zwei entscheidende Abschnitte in der Entwicklung des brandenburgischen Bürgerhauses im Rahmen der staatlichen Retablissementspolitik exemplarisch darzustellen.

Ausgangspunkt der vorliegenden Untersuchung ist die von Reinisch und Jaeckel untermauerte These, die „Bürokratie des neuzeitlichen, des modernen Staates“ sein das eigentliche „Subjekt des Bauens und Umgestaltens“ in Brandenburg-Preußen im 18. Jahrhundert.⁸ Auch die Gestalt der Bürgerhäuser ist stark von der Verwaltung und den einzelnen Verwaltungsbeamten geprägt. Dies gilt in besonderem Maße für Templin und Zehdenick, bei deren Wiederaufbau der königlichen Verwaltungsbürokratie und der darin eingebetteten Bauverwaltung eine entscheidende Rolle zukam. Der Wiederaufbau nach einer großen Brandkatastrophe bietet hier die Möglichkeit, genaueres über diese „bürokratische Prägung“ des Bürgerhausbaus und den jeweiligen gestalterischen Ausdruck obrigkeitlicher Einflußnahme zu erfahren. Die Beamten des Generaldirektoriums und der Kurmärkischen Kriegs- und Domänenkammer waren gut ausgebildet. Sie hatten zumeist an einer der beiden preußischen Universitäten, Halle oder Frankfurt/Oder, studiert und waren mit dem staatstheoretischen, dem wirtschafts- und finanzpolitischen, aber auch mit dem architekturtheoretischen Wissen der Zeit vertraut.⁹ Als loyale Staatsdiener standen sie treu zu ihrem König und seinem absolutistischen Staatsmodell. Ohne Zweifel gehörten auch die königlichen Baubeamten, besonders die Mitglieder der obersten Bauverwaltung, die Oberbaudirektoren, Hofbaumeister und Geheimen Oberbauräte, zu diesem Kreis. Die Steuerräte und Bürgermeister besaßen zwar nicht immer ein vergleichbares Bildungsniveau, doch waren sie durch die Zentralisierung der Verwaltung, durch detaillierte Instruktionen, Reglements und Edikte an denselben Wertehorizont gebunden.

8 Reinisch 2000, S. 30.

9 Straubel 1998.

Will man die Gestalt der in Templin und Zehdenick nach den Bränden errichteten Bürgerhäuser genauer bestimmen, will man vor allem die gravierenden Unterschiede der beim Wiederaufbau jeweils entstandenen städtebaulichen Situation und Häuser verstehen, so ist es unerlässlich, dem Idealbild von Bürger, Haus und Stadt in den entsprechenden theoretischen Schriften nachzugehen.

Folgerichtig bildet die Thematisierung des Bürgerhauses in der Architektur- und Staatstheorie des 18. Jahrhunderts einen Schwerpunkt der vorliegenden Arbeit.

Der Bürger, um dessen Haus es im Folgenden geht, ist aber auch im 18. Jahrhundert keineswegs nur Objekt der obrigkeitlichen Fürsorge. Besonders im Bezug auf Haus und Parzelle, die unverzichtbaren Grundlagen stadtbürgerlicher Existenz, ist der Bürger zuallererst Subjekt. Er versucht immer, sein eigenes Haus nach seinen Vorstellungen zu errichten. Um seinen Anteil an der Gestalt des Hauses zu klären, ist es nötig, die jeweilige Situation des Bürgers – Besitzverhältnisse, wirtschaftliche Lage, gewerbliche Struktur und Selbstverwaltung der bürgerlichen Gemeinschaft – so genau wie möglich zu beschreiben. Schließlich muß das Kräfteverhältnis zwischen staatlicher Verwaltungsbürokratie und Bürgerschaft vor Ort bestimmt werden. Hierfür bietet sich neben den Statistiken und Berichten, die sich in den Archiven der königlichen Verwaltung erhaltenen haben, auch der in den Akten überlieferte Wiederaufbauprozess selbst als wichtige Quelle an.

Mit einem auf diese Weise geschärften Blick gilt die Aufmerksamkeit im Hauptteil dieser Arbeit den Bürgerhäusern in Templin und Zehdenick. Durch zahlreiche intensive Hausbegehungen, Fotodokumentationen und durch die Auswertung der in den Stadtarchiven überlieferten Bauakten zu den einzelnen Häusern konnte hier eine breite Materialbasis geschaffen werden.

Auf dieser Grundlage werden Fassade und Grundriß der einzelnen Häuser eingehend untersucht, um so zu verallgemeinerbaren Aussagen über deren Gestalt zu gelangen. Die Untersuchung der zeitgenössischen Theorie, des Bauvorgangs und des heute erhaltenen Baubestands soll schließlich zeigen, in welcher Art und Weise die im 18. Jahrhundert in Brandenburg-Preußen errichteten Bürgerhäuser in die Einflußsphäre des Staates einerseits und die bürgerliche „Privatsphäre“ andererseits eingebettet waren und wie sich das konkrete Machtgefüge und die theoretischen Vorstellungen von einem mustergültigen bürgerlichen Dasein in Haus, Stadt und Staat auf die Gestalt des Hauses auswirkten. Nur so kann das Bürgerhaus des 18. Jahrhunderts jenseits der wenig aussagekräftigen stilistischen Charakterisierung als barockes oder klassizistisches Bürgerhaus beschrieben werden.

Der umfassendste theoretische Ansatz zur Erforschung von Wohnhäusern wurde in den letzten Jahrzehnten von der volkswissenschaftlichen Hausforschung entwickelt. Bezogen auf die Frage, wie sich Neuerungen im Bereich des Bauens und Wohnens ausbreiteten, welche Faktoren also die Entwicklung der Häuser beeinflussten, steht noch heute das von Günter Wiegmann 1977 in die volkswissenschaftliche Theoriebildung eingeführte Modell der „Zentraldirigierung“ im Zentrum des Forschungsinteresses. Den neuesten Stand dieser Forschungsrichtung, die für die Fragestellung und Methodik der vorliegenden Arbeit von Bedeutung ist, hat Thomas Spohn in der Einleitung zu dem 2002 erschienenen Sammelband „Bauen nach Vorschrift“ zusammengefaßt. Nach Spohn bietet die Zentraldirigierung einen Erklärungsansatz für die Wandlung des Bauens und Wohnens, mit dem

zugleich nach den bestimmenden Faktoren der obrigkeitlichen Einflußnahme und nach deren Wirksamkeit im jeweiligen historischen Zusammenhang gefragt wird. Die Erforschung der „Intentionen der Obrigkeit“ und der „womöglich erreichten Ergebnisse“, einschließlich der damit verbundenen Auseinandersetzungen zwischen der Obrigkeit und den ‘Betroffenen’, dient, so Spohn, der Suche nach „Regelmäßigkeit hinsichtlich der Erfolge und Mißerfolge obrigkeitlicher Einflußnahme“.¹⁰ In diesem Zusammenhang beschäftigt sich die volkskundliche Hausforschung mit einer ganzen Reihe grundsätzlicher Fragen. Zu nennen sind hier die Untersuchung der veränderten Bedeutung ästhetischer Motive in der obrigkeitlichen Einflußnahme auf den Haus- und Städtebau seit dem 17. Jahrhundert, die Frage nach der „Beziehung zwischen obrigkeitlicher Lenkung und den kulturellen Prozessen der Betroffenen“, nach der Verfassung, der Organisation und der Zielsetzung der zentralen Institutionen, die Frage nach deren Motiven¹¹ und nach den Formen¹² der Einflußnahme. Die zahlreichen Untersuchungen der volkskundlichen Hausforschung behandeln jedoch in der Mehrzahl das ländliche Bauen. Zudem gibt es bislang keine volkskundlichen Arbeiten, die sich des kleinstädtischen Hausbestand im heutigen Land Brandenburg auf einem Niveau annehmen, das dem der Untersuchung zahlreicher Städte der alten Bundesrepublik vergleichbar wäre.¹³ Bei allen Bemühungen um eine thematische und methodische Ausweitung der volkskundlichen Hausforschung drängt auch in den neueren Arbeiten die detaillierte Untersuchung einzelner Häuser nicht selten die Erforschung des historischen und künstlerischen Kontextes der jeweiligen Formgebung in den Hintergrund; die theoretische Diskussion um Architektur und Staatsverfassung wird nur in sehr begrenztem Maße als Quelle herangezogen und auch bei der Beurteilung der machtpolitischen und wirtschaftlichen Entstehungsbedingungen bleibt man oft im allgemeinen.

Die Geschichtswissenschaft schenkt der Untersuchung kleinstädtischer Verhältnisse und der Beschäftigung mit Regionalgeschichte seit den 1980er Jahren ebenfalls vermehrt Aufmerksamkeit. Neben der immer wieder untersuchten alten und neuen Hauptstadt Berlin¹⁴ wurden auch die kleineren Städte des brandenburgischen Kulturrums zum Gegenstand eingehender Studien. Eine neue Qualität erreichte die Erforschung der Regionalgeschichte durch die Arbeiten von Liselott Enders. Herauszuheben sind hier die grundlegenden Untersuchungen zum Städtewesen der Uckermark.¹⁵ Die Arbeiten von Evamaria Engel, Birgitte Meier, Klaus Vetter und Ralf Pröve betrachteten die größeren und kleineren Städte des Landes Brandenburg unter neuen Gesichtspunkten, etwa der Frage nach der oft schwierigen Trennung von städtischer und dörflicher Existenz im 17. und 18. Jahrhundert, der Rolle der Bürgerschaften der märkischen Kleinstädte im Prozeß der Städtereform des ausgehenden 18. und frühen 19. Jahrhunderts und der politischen Kultur des Gemeindeliberalismus oder der

10 Spohn 2002, S. 3f.

11 Spohn unterscheidet ästhetisch-ideologische Motive, Schutz von Leib und Leben (Feuersicherheit, Hygiene) sowie ökonomische Motive. Spohn 2002, S. 44ff.

12 Spohn nennt schriftlich fixierte Ge- und Verbote, materielle Restriktionen und Vergütungen sowie propagandistische und strukturelle Maßnahmen. Spohn 2002, S. 47f.

13 Kaspar 1985; Braun 1994; Spohn 1995; Striewe 1996.

14 Duchard 1991; Demps 1988, 1994.

15 Enders 1990; Enders 1992.

Offenlegung von stadtrepublikanischen Traditionen in Brandenburg.¹⁶ Neben älteren und neueren Übersichtsdarstellungen zur Geschichte Brandenburgs,¹⁷ in denen der Erforschung der kleineren Städten zunehmend mehr Raum gegeben wird, sind im Zusammenhang dieser Arbeit auch die grundlegenden Forschungen von Rolf Straubel zu sozialer Rekrutierung, Karriereverlauf und Entscheidungsprozessen von Beamten im „altpreußischen Staat“ wichtig.¹⁸

Obwohl die vorliegende Arbeit in wichtigen Fragestellungen und theoretischen Grundlagen auf den Vorarbeiten der volkskundlichen Hausforschung aufbaut und obwohl sie sich von den jüngsten Forschungen der Geschichtswissenschaft in der Relevanz der Fragestellung bestätigt sieht, ist sie letztlich darauf gerichtet, die baukünstlerische Form des Bürgerhauses präziser zu beschreiben und deren Herkunft zu erklären. Überblickt man folglich die kunstgeschichtliche Forschung der letzten Jahrzehnte, so ist festzuhalten, daß es zwar eine kaum noch zu übersehende Zahl von Publikationen zur Baukunst in Berlin-Brandenburg gibt, daß aber bisher weder der provinzialstädtische Bürgerhausbau des 18. Jahrhunderts in der Mark Brandenburg insgesamt, noch der Bürgerhausbestand der Städte Templin und Zehdenick eingehend untersucht wurden.¹⁹ Ansätze aus den 1910er und 1920er Jahren²⁰ fanden nach dem Zweiten Weltkrieg und während des Bestehens der DDR, auch bedingt durch die politische Situation, kaum eine Nachfolge.²¹ Wenn es Untersuchungen gab, so konzentrierten sich diese lange Zeit auf Berlin und Potsdam. Vor allem Jonas Geist und Klaus Kürvers sowie Friedrich Mielke erzielten dabei beachtliche, bis heute Maßstäbe setzende Ergebnisse.²² Einzelne Untersuchungen widmeten sich gezielt dem „kleinbürgerlichen Wohnhaus“ oder dem „Untertanenhaus“ in Berlin und schufen damit wichtige Grundlagen für die vorliegende Arbeit.²³ Ab den 1980er Jahren und nochmals verstärkt seit 1989 ist ein langsam zunehmendes kunstgeschichtliches Interesse am provinzialstädtischen Bürgerhausbau des Landes Brandenburg zu verzeichnen.²⁴ Dabei haben sich die seit 1990 vom Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege erarbeiteten Denkmaltopographien mittlerweile zu einer unverzichtbaren Quelle entwickelt.²⁵

Auch außerhalb des brandenburgischen Kulturraums hat der Wohnhausbau der mittleren und unteren bürgerlichen Schichten, zumal des 18. Jahrhunderts und jenseits der großen (Residenz-) Städte, in der Kunstgeschichte neben den klassischen architekturgeschichtlichen Themenfeldern wenig

16 Meier 1993, 1999, 2001; Engel 1997, 1999; Vetter 1996; Prüve 1998.

17 Heinrich 1981; Kaufhold 1994; Neugebauer 1995, 2001.

18 Straubel 1998.

19 Älteren Arbeiten, wie denen von Philipp (1925) zu Templin und Mann (1900) zu Zehdenick, kann heute nur noch ein gewisser Quellenwert zugesprochen werden.

20 Eicke 1917; Grübnau 1927, Gut 1917, Kuhn 1915, Polthier 1933/1998.

21 Zu nennen sind aber die Ergebnisse der 15. Jahrestagung des Arbeitskreises für Haus und Siedlungsforschung von 1975: Baumgarten 1975; Radig 1975.

22 Geist/Kürvers 1980, Mielke 1960 und 1972.

23 Kiem 1988, Volk 1991.

24 Biller 1986, Rach 1992.

25 Für diese Arbeit besonders wichtig: Cante 1994; Metzler 1996; Rohowski 1997; Schwarz/Metzler 2004.

Interesse gefunden. Wenn doch, überwog dabei in der älteren Literatur die Analyse der Bauformen und deren kunsthistorische Beschreibung und Einordnung. Selbst in dem für den brandenburgisch-preußischen Raum noch immer grundlegenden zweibändigen Werk von Friedrich Mielke über das „Bürgerhaus in Potsdam“, das 1972 als Teil XV der Reihe „Das deutsche Bürgerhaus“ erschien, ist nur wenig darüber zu erfahren, warum die so eingehend analysierten Bauformen auftraten und welche Vorstellungen sich damit verbanden. Für die thematische Ausrichtung der vorliegenden Arbeit erweisen sich daher im Bereich der kunsthistorischen Forschung vor allem die in den letzten 20 Jahren erschienenen Untersuchungen zu den „Planstädten der Neuzeit“²⁶, zur Architekturtheorie²⁷ und zum Einfluß der Bauverwaltung²⁸ als fruchtbar. Eine umfassende Geschichte der deutschsprachigen Architekturtheorie zum bürgerlichen Wohnhaus fehlt allerdings bis heute.

Die exemplarische Erforschung des Bürgerhausbestandes der Retablismentsstädte Templin und Zehdenick, die Untersuchung der staats- und architekturtheoretischen sowie politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen der jeweils spezifischen baukünstlerischen Formgebung schließt demnach in mehrfacher Hinsicht Forschungslücken. Ziel der vorliegenden Arbeit ist es zudem, die oft unscheinbaren und in ihren besonderen Qualitäten leicht zu übersehenden Bürgerhäuser der Kleinstädte des heutigen Landes Brandenburg als konstitutiven Bestandteil der brandenburgischen Kulturlandschaft herauszustellen.

Die Auswahl der Wiederaufbauprojekte in Templin und Zehdenick gibt die Gliederung dieser Arbeit in zwei Teile vor. Der symmetrische Aufbau der beiden Hauptteile – zum Bürgerhaus um 1730 (Templin) und zu dem um 1800 (Zehdenick) – ist auf Vergleich angelegt und ermöglicht grundsätzlich zwei Arten der Lektüre.

Die Hauptteile beginnen jeweils mit einer knappen Übersicht über jene architektur- und staatstheoretischen Positionen, die für den Bürgerhausbau und sein zeitliches sowie geographisches Umfeld relevant sind. In diesem ersten Abschnitt werden die Vorstellungen skizziert, welche die Zeit vom bürgerlichen Dasein und der Einbindung des Bürgers in die Gesellschaft generell sowie konkret von der Gestalt des Bürgerhauses hatte. Daran schließen sich die Untersuchungen zum zeitlichen und räumlichen Umfeld der Bürgerhäuser in Templin und Zehdenick an. Eine Schilderung des baulichen Zustands und der politischen wie auch wirtschaftlichen Verhältnisse der jeweiligen Stadt zum Zeitpunkt des Brandes dient zunächst dazu, dem staats- und architekturtheoretischen Hintergrund die realen Bedingungen zur Seite zu stellen und somit die Ausgangslage für den Wiederaufbau der Stadt und den Bau der Bürgerhäuser genau zu bestimmen. Auch Organisation, Finanzierung und Verlauf des Wiederaufbaus zählen noch zu den Faktoren, die Einfluß auf die Gestalt des Bürgerhauses hatten. Die jeweils folgenden zwei Abschnitte bilden den Kern der vorliegenden Arbeit. Sie sind den beim Wiederaufbau entstandenen Bürgerhäusern gewidmet und beschreiben die

26 Vor allem die Beiträge des Katalogs: Himmelein, Volker (Hg.): „Klar und Lichtvoll wie die Regel“. Planstädte der Neuzeit vom 16. bis zum 18. Jahrhundert, Karlsruhe 1990.

27 Bisky 2000; Köhler 1994; Kruft 1995; Philipp 1997; Uppenkamp 1996.

28 Mertens 1990; Schendel 1982; Strecke 2000.

städtebauliche Einordnung sowie die äußeren Gestaltung und die inneren Aufteilung der Häuser. Abschließend wird, bezogen auf die Bürgerhäuser, eine Bilanz des Wiederaufbaus gezogen.

Die symmetrische Entsprechung der beiden Hauptteile ermöglicht auch eine synchrone Lektüre einzelner Abschnitte aus beiden Teilen. Der Aufbau der Arbeit mag zunächst wie eine formale Referenz an eines der grundlegenden gesellschaftspolitischen und baulichen Ordnungsmuster des 18. Jahrhunderts – die Symmetrie – wirken. Doch er ist durchaus inhaltlich begründet. Da es bisher nur wenige Detailstudien gibt, lassen sich übergreifende, für die Zeit vom späten 17. bis ins frühe 19. Jahrhundert maßgebliche gestalterische Prinzipien und Entwicklungslinien des Bürgerhausbaus in der Mark Brandenburg am besten durch die Gegenüberstellung eines jeweils exemplarischen Baubestands und seiner Entstehungsbedingungen gewinnen. So können sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede herausgearbeitet werden. Es ist möglich, die Bürgerhäuser von Templin und Zehdenick einerseits genau zu untersuchen und dabei andererseits übergreifende Entwicklungslinien des Hausbaus in den Provinzialstädten des heutigen Landes Brandenburg im 18. Jahrhundert zu erkennen.

Templin. Das Bürgerhaus um 1730

„Regulierte Oerther“ – Idealvorstellungen von bürgerlicher Gemeinschaft, Stadt und Haus im ausgehenden 17. und frühen 18. Jahrhundert

Die „Civil societät“ als „volckreiche nahrhaffte Gemeinde“

Die tragende Staatsidee der Neuzeit ist die Vorstellung vom ‘gemeinen Besten’, das, als Staatswohl verstanden, einzig und allein von einem souverän herrschenden Fürsten gesichert werden kann. Für eine solche Bindung des Gemeinwohls an den Souverän hatte Jean Bodin 1583 die klassische Formulierung gefunden. Er definierte Souveränität als die *absolute und dauernde Gewalt eines Staates*.²⁹ Absolut sei die Souveränität, da ihr Inhaber, der Souverän, keiner irdischen Instanz, sondern nur Gott verantwortlich ist. Bis weit ins 18. Jahrhundert blieb diese Vorstellung Grundlage der Herrschaftsausübung. Dabei war der Herrscher zwar souverän, doch mußte er seine Gewalt im Rahmen einer rechtlich relevanten Ordnung ausüben. Das natürliche und göttliche Recht wurden mehr und mehr vom Rationalismus geprägt und nach mathematischen Methoden begründet. Das Ideal war der „more mathematico aufgebaute Staat mit monarchischer Spitze“.³⁰ In einer weitgehend disziplinierten, streng hierarchisch geordneten und auf den souveränen Fürsten ausgerichteten Staatsordnung sah man die dem Gemeinwohl dienlichste Gesellschaftsform. Das Gemeinwohl wurde dabei mehr und mehr zu einer reinen „Passivierungs- und Disziplinierungsformel“.³¹ Hierarchie und Ordnung seien, so meinte man, im Staat wie in der Stadt und ebenso im Haus wie in der Familie die notwendigen Voraussetzungen für ein erfolgreiches, harmonisches und glückliches Zusammenleben.

Dem einflußreichen deutschen Staatstheoretiker Johann Joachim Becher gelang es 1688 in seinem Hauptwerk *Politische Discurs, Von den eigentlichen Ursachen, deß Auff- und Abnehmens der Städt/Länder und Republicken* in Auseinandersetzung mit den Ideen von Jean Bodin und Thomas Hobbes, das Gemeinwohls an das Prinzip der Souveränität zu binden.³² Mit der Vorstellung, daß die Obrigkeit die Wirtschaftskraft und Prosperität eines Landes zur Erhöhung des Steuereinkommens ständig steigern müsse, interpretiert er in dieser Schrift die fiskalischen Interessen des Souveräns als

29 Jean Bodin, Über den Staat. Hier zitiert nach: Rationalismus (Geschichte der Philosophie in Text und Darstellung, Bd. 5), hrsg. v. Rainer Specht, Stuttgart 1979, S. 26.

30 Heinrich Mitteis, Deutsche Rechtsgeschichte. Ein Studienbuch, neubearb. v. Heinz Lieberich, München 1988, S. 382.

31 Herfried Münkler, Harald Bluhm, Gemeinwohl und Gemeinsinn als politisch-soziale Leitbegriffe, in: Herfried Münkler, Harald Bluhm (Hg.): Gemeinwohl und Gemeinsinn. Historische Semantiken politischer Leitbegriffe, Berlin 2001, S. 24.

32 Wolf-Hagen Krauth, Gemeinwohl als Interesse. Die Konstruktion einer territorialen Ökonomie am Beginn der Neuzeit, in: Herfried Münkler, Harald Bluhm (Hg.): Gemeinwohl und Gemeinsinn. Historische Semantiken politischer Leitbegriffe, Berlin 2001, S. 191-212.

stetige Quelle für die Förderung des Gemeinwohls.³³ Strukturelemente der Wirtschaft sind für Becher die Lebensmittel- und Rohstoffproduktion, deren Weiterverarbeitung und schließlich der Warentransport und der Verkauf, verteilt auf die Stände der Bauern, Handwerker und Kaufleute. Durch *Consumption*, durch den Kauf und den Verbrauch der Produkte, wird die Wirtschaft zur *Gemein* zusammengeschlossen. Die *Gemein* ist demnach bei Becher zunächst das Modell eines geschlossenen Wirtschaftssystems. Zur Förderung dieser Wirtschaft, deren Leistungskraft letztlich die Ursache für das *Auff- und Abnehmen* des Staates und des Souveräns sei, fordert Becher von der Politik, im Land eine solche *Gemein* zu institutionalisieren und diese durch die Einrichtung einer *Landes-Würthschaft* oder territorialen *Oeconomie* politisch abzusichern. In diesem Sinne dienen die Einrichtung von Manufakturen und Banken, die Regulierung des Handwerks und des Handels und schließlich auch die feuerpolizeiliche, hygienische, bautechnische und ästhetische Verbesserung der Städte und Wohnhäuser dem Aufschwung der *Oeconomie* und damit der Steigerung der Steuereinnahmen. Wie Wolf-Hagen Krauth betont, wird dabei „über den Wunsch, viele und gute Steuerzahler im Lande zu haben, das ganze Leben der Bewohner in die Reichweite obrigkeitlicher Gestaltung gerückt“. ³⁴

Daß die *Gemein* für Becher mehr als nur ein Wirtschaftsmodell ist, wird schon in seiner ersten Definition der *Civil societät* als einer *Volckreichen Nahrhafften Gemeinde* deutlich:

*Gleich wie nun die Volckreichmachung auß der Nahrung eines Ortes quellet, also entspringet die Nahrung auß der Gemein [...] dann es besteht die Gemein nicht darin, daß die Leut eines Ortes nichts gemein, als die Unglückseligkeit, Sorge, Armuth, Arbeit, Steuer, Auflagen und Contribution haben, sondern dieß ist die rechte Gemein, wann die Glieder der Gemein allso anstellen, daß einer von dem andern leben, einer von dem andern sein stuck Brod verdienen kan, ja einer dem andern die Nahrung in die Händ spielet.*³⁵

Weiter fordert Becher, daß der Stand der Handwerker in unterschiedliche Klassen unterteilt und es nicht jedem erlaubt werden soll, *allein alles zuthun, damit nemblich andere auch etwas zu leben haben*.³⁶ Diese auf strenge Trennung der verschiedenen *Stände in der societät* (Bauern, Handwerker, Händler) und starke Konkurrenzregulierung innerhalb dieser Stände gerichtete Vorstellung muß, so deutet sich bei Becher an, auch Auswirkungen auf die äußere Gestalt der *Civil societät* haben.

Bechers Hauptaugenmerk gilt der Bekämpfung der *Monopolia*, *Propolia* und *Polypolia*. Bezüglich der *Monopolia* formuliert er den Grundsatz, daß es für eine Gemeinde besser sei, wenn sie statt eines reichen Monopolisten *viel mittelmäßige reiche und ehrlicher Bürgerlicher Nahrung Leut* habe.³⁷ Wie

33 Frank Becker: Rezension von Münkler/Bluhm 2001, in: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/id=1224&type=rezbuecher>.

34 Krauth 2001, S. 209.

35 Becher 1688, S. 3. Nahrung meint im 17. und 18. Jahrhundert immer das, was man heute als Erwerbsquelle bezeichnen würde, also nicht das Brot selbst, sondern die Arbeit, das Handwerk, mit dem der Bürger sein Brot verdient.

36 Ebenda, S. 7.

37 Ebenda, S. 110f.

das *Monopolium*, so könne auch das *Polypolium*, bei dem begrenzte Nahrungsquellen auf zu viele Bürger verteilt und diese so in die Armut getrieben werden, nur dadurch verhindert werden, daß die Obrigkeit *ein wachendes Aug auff die Handlung, Baurenstand und Zünffte der Handwercksleute* habe und regulierend eingreife.³⁸

Es fällt auf, daß Becher die Wohnhäuser einer Stadt immer wieder als Beispiel für Erfolg oder Mißerfolg obrigkeitlicher Regulierung anführt, daß er den Wert, aber auch die Gestalt der Häuser als Grundstein und sichtbaren Ausdruck für den Wohlstand der Gemeinde beschreibt. So bewirken die Monopolisten seiner Meinung nach,

*indem sie auf Kutschen fahren, köstliche Häuser bauen im Fraß und Wollust leben, daß andere ihre Mitbürger nicht einmal zu Fuß gehen, unter Dach kommen, einen Lumpen über den Leib, oder ein Stück Brod bekommen können [...].*³⁹

Grundsätzlich formuliert Becher die Erkenntnis:

*Wolfeyle schöne Häuser, und viele Bettler in einer Stadt, sind ein Zeichen des Untergangs der Commerzien, wie hingegen theure Häuser, und viele Arbeits-Leut, die Blüth des gemeinen Wesens sind, die eine gute und fruchtbare Ernd verspricht.*⁴⁰

Insgesamt offenbart Becher ein auf Übersichtlichkeit, Ordnung und reguliertes Mittelmaß gerichtetes Verständnis von Stadt. Die *regulirten Oerther* der deutschen absolutistischen Staaten stellt er ausdrücklich gegen die frühkapitalistischen Metropolen, vor allem die großen Seehandelsstädte Italiens und der Niederlande. Becher formuliert damit letztlich jene Vorstellung von Stadt, die zur Grundlage der Städtepolitik Friedrich Wilhelm I. werden sollte:

*Große Städte mit einer übergrossen Menge Menschen, die an der See gelegen, und consupition von gantzen Provintzien und Königreichen an sich haben, dass da kan alles passiren, was Brod bringt, und heist es, proximes quisque sibi und kennet nit einmal ein Bürger oder Einsaß den andern in einem Hauß, will geschweigen, daß er reflexion machen sollte, ob er ihm durch seine negotien Schaden oder Nutzen thue, aber es ist gleich wohl nicht den Zeiten und Extravagantzen der Menschen, als der gemeinen Staats-Regul, und Vorsichtigkeit der Obrigkeit zuzuschreiben, welche befiehlt, daß in einer Gemeinde man das Leben also anstelle, daß keiner den andern verderbe, sondern mit gemeiner Hand einander unter die Arme greiffen, was ich derohalben [...] geschrieben, ist mehrentheils auf Teutschland, und andere regulirte Oerther zu verstehen.*⁴¹

In Preußen führte die Übernahme derartiger Maximen in die königliche Politik unter anderem zur Gründung zweier Lehrstühle für diese neuen Staatswissenschaften an den Universitäten Halle und Frankfurt (Oder). Justus Christoph Dithmar, der an der Universität Frankfurt (Oder) *Oeconomische* -

38 Ebenda, S. 113.

39 Ebenda, S. 111.

40 Ebenda, S. 266.

41 Ebenda, S. 234.

Policey - Und Cameral-Wissenschaften lehrte, veröffentlichte 1731 eine Einführung in sein Fachgebiet. Diese stellte eine Paraphrase und Analyse der aktuellen Verordnungen und Ziele der preußischen Staatsverwaltung dar und brachte bereits gültige Wertvorstellungen und Handlungsmuster in ein übergreifendes, lehrfähiges System. Das Buch, das in zahlreichen Neuauflagen⁴² großen Einfluß gewann, kann als Spiegel der in Preußen maßgeblichen Positionen gelesen werden.

Im Anschluß an Becher trennt Dithmar die Wissenschaften der Ökonomie, der *Policey* und der Kameralistik streng voneinander. Vor allem der Bereich der *Policey-Wissenschaft* berührt dabei auch das Wohnen und Bauen der Bürger. Die allumfassende *Policey* beruht für Dithmar und seine Zeitgenossen auf dem Recht des Landesherren, *seiner Unterthanen Handlungen und Sachen zu erhaltung des gemeinen Wesens zu regieren*.⁴³ *Policey* besteht nach Dithmar *in guter Ordnung und Verfassung der Persohnen und Sachen eines Staats*. Die Wissenschaft von der *Policey* lehre, wie das *Innerliche und Aeüßerliche Wesen eines Staats in guter Verfassung zu eines jeden und zur gemeinen Glückseeligkeit zu erhalten sey*. Dabei umfaßt das *Innerliche Wesen eines Staates* für Dithmar *die Menge der Einwohner, deroselben Christliches, Tugendhaffts Leben und Wandel, Gesundheit, Politesse, Nahrung und Reichthum*. Seine Vorstellungen zielen also ebenso auf die Bevölkerungspolitik wie auf die geistige und moralische Regulierung des privaten Lebens und der Wirtschaftspolitik. Das *Aeüßerliche Wesen* definiert Dithmar als *die gute Ordnung und Nutzbare Zierlichkeit der Persohnen, Sachen und Publiquen Oerther auf dem Lande und in Städten*.⁴⁴ Zur Ordnung der Personen sei eine genaue Zählung der Einwohner und die Erfassung von *Nahmen, Alter, Condition, Gewerbe und Vermögen* erforderlich, um so ihre jeweiligen Pflichten mit speziellen Verordnungen detailliert regeln zu können. Auch bei den unbeweglichen Sachen – in den Städten sind dies die öffentlichen und privaten Gebäude – sei es notwendig, diese genauestens zu kennen, in *guter Ordnung zu halten* und sie dafür in Katastern, Lager- und Landbüchern, Grundrissen und Beschreibungen zu erfassen. Die gute Ordnung der Personen, Sachen und vor allem der Häuser ist für Dithmar die notwendige Voraussetzung für eine *nutzbare Zierlichkeit*:

*Der Zierath der Städte besteht in weiten, bequemen Gassen, zu dem ende selbige von den ausstehenden Treppen und Aerckern zu befreyen, mit gleichen und breiten steinen zu belegen, von Unflath zu reinigen^{j)}, mit Laternen zu erleuchten; und zu deren Conversation Gassen- und Laternen Ordnungen zumachen; wohl angelegten Publicquen und in einer ordentlichen Bau-Form, einstimmigen gleichheit, und gegen Feuers-Gefahr eingerichteten Privat-Gebäuden mit Wegschaffung der Scheunen, Stroh- und Schindel-Dächer, unter Direction und Aufsicht der Commissarium Loci, der Stadt-Obrigkeit, und Bau-Directoren, wie auch zu dem ende gemachten Bau^{j)} und Feuer-Ordnungenⁱⁱⁱ⁾, Feuer-Cassen^{iv)} und anderen Reglement.*⁴⁵

42 1769 erschien bereits die 6. Auflage.

43 Dithmar 1731, S. 134.

44 Ebenda, S. 219.

45 Ebenda, S. 222. Die Anmerkungen im Originaltext verweisen auf die folgenden königlich-preußischen Edikte und Verordnungen:^{j)} Ed. d. 1. Dec. 1700; ⁱⁱ⁾ Ed. 14. May 1710, 4. Juli 1716, Nov. 1721, 24. Oct. 1722; ⁱⁱⁱ⁾ K. Pr. Feuer-

Die Sorge um den *nützlichen Zierrath* und die *gute Ordnung* der Städte sind für Dithmar von grundlegender Bedeutung für den Erhalt des *äußerlichen Wesens* eines Staates. Sie gilt als Hauptaufgabe der vom Landesherrn dominierten *Policey*. Die Grundlage derartiger Bemühungen sieht man in der Erfassung aller Bereiche der Lebenswirklichkeit, um diese dann *zu eines jeden und zur gemeinen Glückseeligkeit* möglichst umfassend regulieren und ordnen zu können. Dabei versucht man große, homogene, übersichtliche und streng in sich geschlossene Komplexe abzugrenzen und diese abschließend zu gestalten. Eine im Sinne der merkantilistisch-kameralistischen Staatsdoktrin funktionierende und gut regulierte Bürgergemeinde konnte daher nur in Wohnhäusern realisiert werden, die, wie bei Dithmar beschrieben, *in einer ordentlichen Bau-Form und einstimmigen gleichheit* gebaut waren.

Der Staatstheoretiker Dithmar steht mit diesen Äußerungen beispielhaft für die vor und nach ihm im Dienste der preußischen Könige beschäftigten Minister, Finanzräte, Steuerräte, Oberbauräte und Bauinspektoren. Seine Vorschläge zur baulichen Ordnung des Gemeinwesens basierten auf einer langen Reihe von theoretischen und praktischen Vorbildern. Dithmar konnte sich zahlreicher Schriften unterschiedlichster Disziplinen von der Theologie, Philosophie und Mathematik bis hin zur Architekturtheorie und Festungsbaulehre bedienen, in denen die Ordnung ebenso im Zentrum des Interesses stand. Für diese allumfassende Bedeutung von Ordnung hatte Johann Heinrich Alsted schon 1630 in seiner *Enzyklopaedia* die folgende Definition gefunden:

*Nichts ist schöner, nichts ist fruchtbarer als die Ordnung. Die Ordnung verschafft auf dem riesigen Theater dieser Welt allen Dingen Wert und Rang. [...] Die Ordnung ist das stärkste Band im Staats- und Familienleben.*⁴⁶

Die Stadt

„Castrametatio“ und Städtebau⁴⁷

Eine für den Städtebau und den Bau von Bürgerhäusern in der Neuzeit maßgebliche Traditionslinie des Ordners stammt aus der Militärarchitektur. Neben den Planungs- und Entwurfsprinzipien des im 16. Jahrhundert aufkommenden Festungsbaus waren es vor allem temporäre Feldlager und dauerhaftere Garnisonsstädte, deren rationale Entwurfsprinzipien sich im zivilen Städtebau durchsetzten. Zu denken ist hier beispielsweise an die schon zu Beginn des 14. Jahrhunderts von Florenz aus in der Toskana planmäßig angelegten, militärisch geprägten *Terrae Muratae*, deren strenges Straßenraster an die antiken römischen Feldlager und Städte erinnert.⁴⁸ Ab Ende des 15.

Ordnung in denen Städten d. 4. May 1719; 12. Jun. 1723. Confirmirte Feuer-Ordnung der Stadt Neu-Ruppin d. 25. Nov. 1705, der Stadt Cüstrin d. 14. Jan. 1687, K. Schloß Feuer-Ordnung 13. Jan. 1719.; ^{iv)} 1. u. 10. Jan. 1706, 31. Aug. 1708, 29. Dec. 1718.

46 Zitiert nach Jakob 1990, S. 189.

47 Nach dem Titel des Aufsatzes von Heinfried Wischermann: *Castrametatio* und Städtebau im 16. Jahrhundert: Sebastiano Serlio, in: Bonner Jahrbücher, Bd. 175 (1975), S. 170-186. Zur *Castrametatio* allgemein vgl. Architekt und Ingenieur 1984, S. 393ff.

48 Vgl. Friedman 1988.

Jahrhunderts ist eine verstärkte Rezeption römischer Feldlager nachweisbar. So ließ Giovanni Lodovico Pallavicini 1480 in der Emilia Romagna ein „Castel Lauro“ errichten, das wenig später den Namen Cortemaggiore erhielt und bis heute von dem typischen strengen Rechteckraster römischer Feldlager und Stadtanlagen geprägt ist.⁴⁹ Ein weiteres idealtypisches Projekt wurde im Rahmen der spanischen Reconquista umgesetzt. Zur Belagerung von Granada, der letzten ‘maurischen Bastion’ auf der iberischen Halbinsel, legten die Spanier 1491 vor den Toren der Stadt das befestigte Lager Santa Fé an. In diesem Feldlager, das später zur Stadt ausgebaut wurde, hielten sich während der Belagerung Königin Isabella von Kastilien und ihr Gemahl König Ferdinand II. von Aragon auf und beaufsichtigten die Belagerung persönlich. Die Anlage von Santa Fé war engstens mit einer neuen Kriegsführung verbunden. Diese stützte sich in einem bis dahin nicht gekannten Ausmaß auf die Artillerie, welches wiederum der Infanterie eine veränderte strategische Rolle zuwies. Der Feldzug gegen Granada, in dessen entscheidende Phase die Gründung von Santa Fé fällt, wird von Militärhistorikern heute als einer der maßgeblichen Kriege in der Zeit der „Early Modern Military Revolution“ angesehen.⁵⁰ Der enormen Bedeutung des Krieges und seinem innovativen Charakter entsprach offensichtlich auch die städtebauliche Form des befestigten Feldlagers, das zugleich Hauptquartiers des spanischen Königspaares war. Der quadratische, streng gerasterte Grundriß der Stadt mit seinen schnurgeraden Straßen wird von zwei sich kreuzenden Hauptstraßen und einem zentralen Platz geprägt. Die Hauptstraßen führen jeweils zu einem Tor in der Stadtmauer, das genau in der Mitte einer Längsseite der Befestigung angeordnet ist. Die auffällige Gestalt von Santa Fé wurde in der Forschung nicht nur mit einigen am Hof der spanischen Könige lebenden italienischen Humanisten, sondern vor allem mit einer grundsätzlichen Wiederbelebung der „castramentación romana“ in Verbindung gebracht.⁵¹

Für eine solche, auch andernorts wiederbelebte Auseinandersetzung mit der antiken Baukunst und Kriegstechnologie gewannen im 16. Jahrhundert die Schriften des antiken Historikers Polybios besondere Bedeutung. In den Paragraphen 28 bis 32 seines fünften Buchs hatte Polybios ausführlich das römische Lagerwesen beschrieben. Die Kunst des Lagermachens, also die Kunst, einer großen Zahl streng hierarchisch geordneter Menschen auf Zeit oder dauerhaft eine angemessene Unterkunft in einem geordneten Gemeinwesen zu errichten, erweckte ganz offensichtlich das besondere Interesse der Zeitgenossen. 1529 wurde der Text aus dem Griechischen ins Lateinische übersetzt, eine 1538 fertiggestellte italienische Übersetzung wurde 1552 in Florenz gedruckt.⁵² Bereits 1521 hatte Nicolo Macchiavelli mit seinem *Libro della arte della guerra* eine Paraphrase des Polybios-Textes verfaßt und darin auch ein römisches Feldlager rekonstruiert. Albrecht Dürers Entwurf für eine

49 Vgl. Cervellati 1991, S. 29ff, 56ff.

50 Vgl. dazu McJoynt (2002), S. 239-252. Zum Krieg gegen Granada auch Weston F. Cook Jr.: The cannon conquest of nasrid spain and the end of the reconquista, in: McJoynt (2002), S. 253-284.

51 Vgl. Mata Carriazo (1969). Hier ist besonders Kapitel 31 von Interesse: Campamento del Gozco y villa de Santa Fé, S. 809ff. Vgl. zu Santa Fé auch R. G. Peinado Santaella: La fundación de Santa Fé (1491-1520). Estudio y documentos, Granada 1995.

52 Janus Lascarus, De militia romanorum et castrorum metatione liber, Venedig 1529. Italienische Übersetzung von Philipppo Strozzi. Vgl. Rosenfeld 1996, S. 46.

mustergültige befestigte Stadt, der 1527 in seiner Befestigungslehre veröffentlicht wurde, rekurriert wohl auf Macchiavelli, bewegt sich aber letztlich ebenso in den Bahnen der Polybiusrezeption.⁵³

Auch der italienische Architekt und Theoretiker Sebastiano Serlio bezog sich in seinem 1546 bis 1550 geschriebenen Traktat *Della castramentatione di Polibio ridotta in una cittadella murata* schon im Titel auf die antike Autorität.⁵⁴ Den Angaben des Polybius folgend, entwickelte er den Plan für ein mustergültiges Zeltlager. Darüber hinaus aber enthält sein Traktat den Plan für eine *cittadella murata*, das heißt für ein dauerhaftes Lager, eine ummauerte Garnisonsstadt.

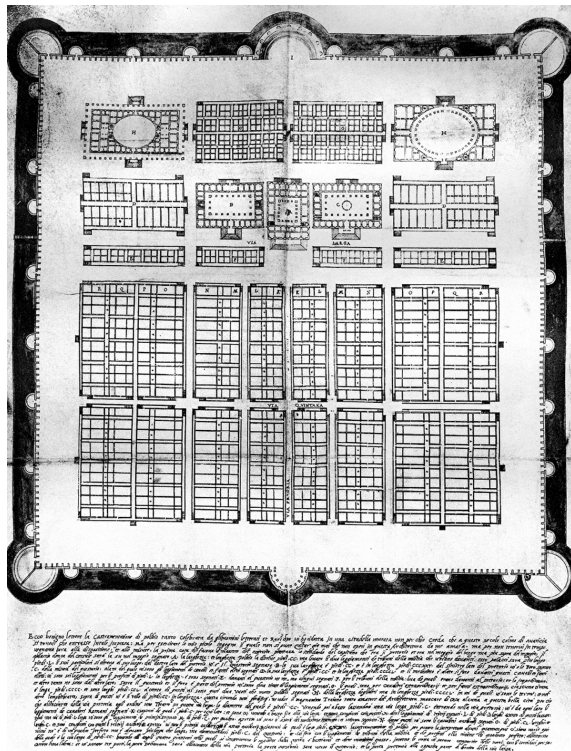


Abb. 1: Sebastiano Serlio: *cittadella murata*, aus: Ders.: *Della castramentatione* (1546-50)

Dieser Entwurf orientiert sich wohl auch an Polybius, mehr aber an erhaltenen Resten römischer Lagerstädte. Serlio bezieht sich ausdrücklich auf den Cardinal Marco Grimani, der ihm um 1540 eine Kopie seiner Arbeit über eine *città non molto grande ma bene ordinata et di perfetta quadrature* in der ehemaligen römischen Provinz Dakien überreicht hatte.⁵⁵ Die *cittadella murata* erscheint zwar als rein antiquarische Übung, doch indem Serlio wie Dürer die alltäglichen Bedürfnisse eines bürgerlichen Gemeinwesens in den Plan eines militärischen Lagers integriert, macht er daraus einen im Sinne absolutistischer Machtausübung mustergültigen Stadtentwurf.⁵⁶ Dabei standen *bene ordinata* und

53 Vgl. dazu und zu den Zusammenhängen zu Dürers Idealstadtentwurf von 1527, zu der Paraphrase des originalen Polybius-Textes in Macchiavellis 1521 in Florenz veröffentlichtem Werk *Arte della guerra* und zum Bau der Fuggerei in Augsburg, Rosenberg, S. 35ff. u. S. 46f. Weiterhin Serlio 2001, Introduction, S. XXXVIIIff.

54 Zur Bedeutung von Polybius *Castrametation* für Serlio vgl. Wischermann 1975; Kruft 1995, S. 124; Myra Nan Rosenfeld, in: Serlio 1996, S. 1ff.; Vaughan Hart und Peter Kicks in: Serlio 2001, Introduction, S. XXVIff.

55 Zitiert nach Wischermann 1975, Abb. 1. Zu Serlios Quellen vgl. auch Serlio 2001, Introduction, S. XXXIXf.

56 Darauf wies schon Wischermann hin: „Ersetzt man die Soldatenunterkünfte durch Bürgerwohnungen, das Prätorium durch einen Tempel und ein Rathaus, so läßt sich die Militärgarnison unschwer in eine leicht befestigte Landstadt umwandeln.“ Wischermann 1975, S. 178.

perfeta quadrature, also die ‚gute Ordnung‘ der Gebäude und Bewohner und die strenge Rechtwinkligkeit des Stadtgrundrisses, im Focus seines Interesses. Über einem annähernd quadratischem Grundriß, umwehrt mit einem Wassergraben und einer Mauer, die durch Rondelle verstärkt ist, teilt Serlio die streng gerasterte Stadt symmetrisch auf. An dem Ort, wo die zwei Hauptstraßen – *VIA PRAETORIA* und *VIA LARGA* – rechtwinklig aufeinanderstoßen, befindet sich mit dem *praetorium*, dem Palast des befehlshabenden Konsuls, das Zentrum der Stadt. Neben dem *praetorium* stehen hier das *quaestorium* und das *forum*. Entsprechend der Rangfolge sind um dieses Zentrum die *loggianti* für die *tribuni della militia* und *prefetti* sowie für die *cavalli et fanti eletti* und *cavalieri et fanti straordinarij* angeordnet. Eine Thermenanlage und ein Amphitheater vervollständigen dieses obere Drittel. Darunter sind die Unterkünfte der weiteren Truppen in zwölf rechteckigen *insulae* angeordnet, die vom Inneren der Stadt nach außen breiter werden. Wie für Dürers Plan einer befestigten Stadt ist auch für Serlios *cittadella murata* die Kombination von militärischer Planung und Organisation auf der einen Seite und zeitgenössischer städtischer Architektur auf der anderen Seite charakteristisch. Dabei werden Rechtwinkligkeit und Axialsymmetrie nicht nur zur Aufteilung des gesamten Stadtgrundrisses, sondern auch zur inneren Aufteilung nahezu aller Gebäude strikt angewandt. Die einzurichtende Gesellschaft wird so durch die ihr vorab gegebene bauliche Form reguliert und diszipliniert.⁵⁷

Die Beschäftigung mit dem Festungsbau und der Tradition der *castrametatio* breitete sich schnell über ganz Europa aus. In Frankreich, wo 1542 und 1545 die ersten Übersetzungen des Polybius erschienen,⁵⁸ griff unter anderem Jacques Perret die Vorstellung von einer quadratischen, beziehungsweise rechteckigen Stadtanlage mit sich rechtwinklig kreuzenden Straßen auf und übernahm sie neben anderen, polygonalen und sternförmigen Grundrissen in seine einflußreichen Traktate zum Festungsbau.⁵⁹ Von größerer Bedeutung für die deutsche Architekturtheorie und Baupraxis des 17. und 18. Jahrhunderts war mit Blick auf den Städtebau die niederländische Theoriebildung. Im Zuge des langwierigen, letztlich erfolgreichen Kampfs gegen das habsburgische Spanien war es in den Niederlanden seit dem ausgehenden 16. Jahrhundert zu einer intensiven und kreativen Auseinandersetzung mit antiker Kriegstaktik gekommen.⁶⁰ Die daraus hervorgegangene Heeresreform der Oranier hatte Auswirkungen bis weit in die zivile Gesellschaft hinein. Als enger Vertrauter Moritz von Oraniens, des Statthalters und militärischen Oberbefehlshabers der

57 Welche Anziehungskraft die aus antiken Vorbildern entwickelte Festungsbaukunst und die darin integrierte Kunst des Lagermachens seit der Mitte des 16. Jahrhunderts auf Architekten und hochgestellte Bauherren ausübte, belegen die illustrierten Kommentare Andrea Palladios zu Cäsar und Polybius, an denen sein Interesse für Militärarchitektur und *Castrametatio* augenfällig abzulesen ist. (Andrea Palladio: Hannibal belagert Taranto, Polybius-Kommentar um 1575, Abbildung in: Kruft 1995, Abb. 49). Daß die auf eine ideale Stadtplanung bezogene Beschäftigung mit Polybius und der römischen Lagerbaukunst nach Serlio nicht abriß, zeigt sich etwa bei dem sienesischen Architekt Pietro Cataneo, der sich gut zwanzig Jahre nach Serlio ausführlich mit Festungsstädten beschäftigte. Cataneo entwarf eine den Entwürfen Serlios und Dürers ähnliche *città quadrata* und versuchte, ebenfalls im ausdrücklichen Rückgriff auf Polybius, bei seinen im Inneren regelmäßig aufgeteilten Festungsstädten die Form des römischen *castrums* auf die Stadtplanung zu übertragen. Zu Pietro Cataneo vgl. dazu Kruft 1989, S. 70 und Kruft 1995, S. 87f.

58 Die Übersetzung von Loys Maigret erschien 1542 und 1545 in Paris. Vgl. Serlio 2001, Introduction, S. XL.

59 Jacques Perret: *Architectura Et Perspectiva, Des Fortifications & Artifices de laques Perret*, Paris 1594. Vgl. dazu Köhler 1994, S. 23ff.

60 Vgl. Hahlweg 1987.

Niederlande, gewann dabei der Mathematiker und Ingenieur Simon Stevin großen Einfluß.⁶¹ Stevin, der damals bereits eine Reihe wegweisender mathematischer Schriften verfaßt hatte, war 1593 als Ingenieur in den Dienst Moritz von Oraniens getreten und hatte auf dessen Betreiben 1600 die Ingenieurschule an der Universität in Leiden gegründet, für die er auch das Lehrprogramm erarbeitete.⁶² Ab 1604 diente Stevin als Generalquartiermeister in der niederländischen Armee. Seine Hauptaufgabe war das *affteecken der quartieren*, also das Abstecken der Quartiere der Feldlager, mithin die praktische Anwendung der seit mindestens 50 Jahren europaweit aufgekommenen *Castrametatio*-Traktate.⁶³ Da die Taktik der niederländischen Armee in den Geusenkriegen vor allem auf der Belagerung wichtiger Plätze und Orte der Spanier und der Verteidigung der eigenen Befestigungen und Städte beruhte, wurde Stevin, der an den Feldzügen aktiv teilnahm, zu einem der wichtigsten Offiziere. Seine in diesen Jahren aus der Praxis heraus entstandenen Schriften über den Festungsbau waren besonders einflußreich.⁶⁴ Auf der Grundlage vor allem italienischer Theoretiker⁶⁵ propagierte Stevin darin die im Krieg gegen Spanien so erfolgreich umgesetzten Techniken. Diese basierten vor allem auf der strikten Anwendung mathematischer Prinzipien.

Dabei wurden nicht nur die niederländischen Festungen, sondern auch die ausdrücklich an römischen Vorbildern orientierten Feldlager der niederländischen Armee wegen der darin herrschenden Ordnung und ihrer Effizienz in ganz Europa bewundert. Berühmt wurden die „neo-Roman' army camps“⁶⁶, die 1597 vor Grol und 1610 vor der Festung Jülich aufgeschlagen worden waren. An beiden Feldlagern war Stevin direkt beteiligt. Das erste wurde nach seinem Plan und unter seiner Anleitung errichtet, das zweite beschrieb er ausführlich in seinem 1617 erschienenen Werk *Castrametatio. Dat is Leghermeting*. Darin führt er die Lager der niederländischen Armee auf die römischen Feldlager zurück und rekonstruiert selbst eines nach den Angaben des Polybius. Das Lager, welches Moritz von Oranien 1610 vor Jülich errichten ließ, stellt Stevin als mustergültig vor. Dabei beschreibt er nicht nur den Entwurf auf dem Papier, sondern ebenso dessen vermessungstechnische Umsetzung in die Praxis. Auch über die innere Aufteilung der einzelnen *quartiere* macht er detaillierte Angaben – angefangen bei dem Quartier mit den Zelten des Prinzen über das der Offiziere, der Kavallerie und der Infanterie bis hin zu dem für einen *Marct* vorgesehenen Quartier.

Mit Blick auf seine Lehre zum Städtebau ist schließlich vor allem Stevens Vorstellung von der *form eens Legher, die altijt de zelve mocht blijven*, von Interesse.

61 Allgemein zu Stevin vgl. Grabow 1985 und De Rou/vanden Berghe/van Hooydonk 1998.

62 Zur Ingenieurschule und ihrem Lehrprogramm vgl. <http://www.xs4all.nl/~adcs/stevin/varia/ingenieurs.html> (23.09.2005).

63 Der originale Wortlaut der Vereidigung Stevens zitiert nach Grabow 1985, S. 80.

64 *De Stercktenbouwing* (1594). Bereits 1608 und dann wieder 1623 in deutscher Übersetzung erschienen unter dem Titel *Festung-Bawung*. 1617 erschien Stevens *Nieuwe Maniere van Sterctebou door Spijsluysen*.

65 Neben Serlio und Cataneo wäre an Nicolo Tartaglia oder Marcus Aurelius De Pasino zu denken. Vgl. De Rou/van den Berghe/van Hooydonk 1998, S. 43f.

66 Als Beispiel der auch von Stevin hervorgehobenen Ableitung und Weiterentwicklung von römischen Feldlagern wählte W. H. Schukking diese Bezeichnung in seiner Einleitung zur Neuausgabe der *Castrametatio*, in: Stevin 1964, S. 256.

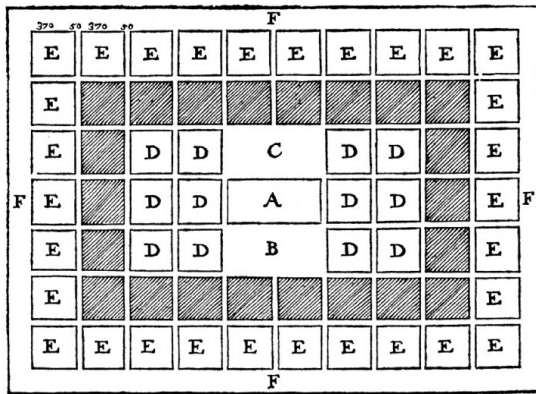


Abb. 2: Simon Stevin: *form eens Legher, die altijt de zelve mocht blijven*, aus: Ders.: *Castrametatio* (1617)

Wie Dürer und Serlio vollzieht er damit den Schritt von der eher antiquarischen Übung der Rekonstruktion eines temporären Feldlagers nach dem Text des Polybios zu dem eigenständigen Entwurf eines festen, stadtähnlichen Lagers. Das querrechteckige Lager wird von sich rechtwinklig schneidenden Straßen, die alle 50 Fuß breit sein sollen, in insgesamt 70 absolut identische quadratische *vierkanten* eingeteilt. In der Mitte befindet sich das *quartier des Veltoversten*, davor ein Versammlungs- oder Appellplatz, dahinter der Markt. Dieses Zentrum wird von den *quartieren* der Offiziere flankiert, darauf folgen die Kavallerie- und ganz außen die Infanteriequartiere. Das ein derart regider Plan wenig Aussicht hatte, in vollem Umfang verwirklicht zu werden, war wohl auch Stevin bewußt. Schon W. H. Schukking betonte aber: "as an ideal army-camp it deserves as much appreciation as his ideal town-plan".⁶⁷ Damit benannte er Stevins Projekt nicht nur zurecht als Idealplan eines festen Feldlagers, sondern sprach auch die nicht zu übersehende Ähnlichkeit an, die zwischen den von Stevin propagierten Entwürfen für ein mustergültiges Feldlager und denen für eine ebensolche Stadt besteht.

Stevins umfangreiche Schrift *Van de oirdening der Steden*, die erst 1649 postum erschien, knüpft hier an.⁶⁸ Wie bei seinem idealen Feldlager fordert er für die Grundform der Stadt das Rechteck, damit darin rechteckige Baublöcke (*blocken*), rechteckige Plätze und Märkte sowie rechteckige Grundstücke, Höfe, Häuser und Zimmer angelegt werden können.⁶⁹

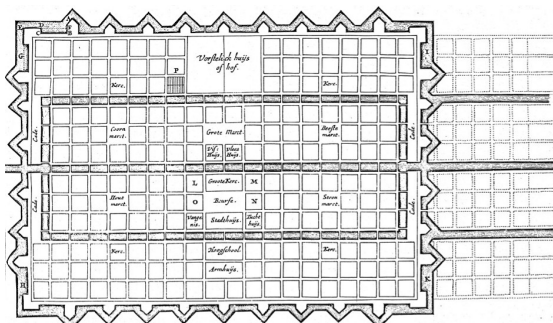


Abb. 3: Simon Stevin: Plan einer mustergültigen Stadtanlage, aus: Ders.: *Van de oirdening der Steden* (1649)

67 Ebenda, S. 254.

68 Simon Stevin: *Materiae politicae, Burgherlicke Stoffen (...)*, Leiden 1649.

69 Vgl. Eimer 1961, S. 124.

Die mit den *quartieren* des Feldlagers formal identischen *blocken* sind wie diese unterschiedslos quadratisch. Einzige Ausnahme sind wieder die Blöcke der öffentlichen Gebäude und Plätze. Mit dem so gebildeten Rasterplan ist für Stevin unweigerlich die Forderung nach größtmöglicher Symmetrie (*Lijcksijdicheydt*) der gesamten Stadtanlage verbunden. Die rigide Durchstrukturierung des bürgerlichen Lebensbereichs erstreckt sich von den *blocken* bis hin zum einzelnen *huys*. Stevin fordert, jede der vier an der Straße liegenden Seiten eines Blocks müsse derart mit *huysen beset zijn*, daß man diese Häuser symmetrisch zu einem Ganzen ordnen und die *gemeene burgerlicke huysen* damit wie ein *Vorstelick gesticht*, also einen fürstlichen Palast aussehen lassen könne.⁷⁰ Eine wesentliche Voraussetzung für diese angestrebte Wirkung ist, daß die Häuser nach Stevins Vorstellungen keine von der Straße sichtbaren individuellen Dächer und Schornsteine, dafür aber häuserübergreifend durchgehende, waagerechte Fensterreihen besitzen. In der strengen Ordnung und Gleichförmigkeit des angestrebten Stadt- und Straßenbildes wäre durch die lückenlose Bebauung der Parzellen mit den von Stevin empfohlenen Wohnhäusern eine im Sinne Bechers und Dithmers vollkommen *einstimmige gleichheit* erreicht worden.

Die wesentlichsten Eigenschaften der von Stevin entwickelten mustergültige Stadtanlage sind der aus rechteckigen Blöcken gebildete rigide Rasterplan und die absolute Symmetrie des Stadtgrundrisses und selbst noch der inneren Einteilung jedes einzelnen Hauses – mithin also die Allgegenwart eines mathematischen Systems. In diesen Eigenschaften sind Parallelen zu den Planungsschemata der *architectura militaris* unübersehbar. Wie bei Serlio, ist auch bei Stevin das Ordnungsschema der genormten, der Rangstufe angemessenen und in einer Reihe ausgerichteten Zelte des Feldlagers auf eine mustergültige Stadtanlage übertragbar. Der Weg vom streng militärisch geordneten Feldlager zur mustergültigen Stadtanlage ist nicht weit, ja, er scheint bei dem im 16. und 17. Jahrhundert alle Lebensbereiche prägenden Primat der hierarchischen Ordnung unausweichlich.

Der Einfluß Stevins und der gesamten in diesen Jahrzehnten entwickelten niederländischen Festungs- und Stadtbaukunst verbreitete sich über ganz Nordeuropa. Maßgeblich für die Vermittlung nach Brandenburg-Preußen war zunächst der direkte Kontakt, etwa durch die zahlreichen Reisen brandenburgischer Regenten⁷¹, Staatsbeamter und Baumeister in die Niederlande, sowie die Anwerbung niederländischer Baufachleute. Nicht zu unterschätzen ist aber auch die Verbreitung niederländischer Architekturtheorie über die schnell ins Deutsche übertragenen originalen Schriften oder deren Übernahme durch deutsche Theoretiker. Dem Mathematiker Nicolaus Goldmann kommt in diesem Vermittlungsprozeß eine besondere Bedeutung zu. Goldmann, der in Leiden zunächst ab 1632 Mathematik studierte und wohl auch Stevins Ingenieurschule besuchte, hielt sich dort von 1638 bis zu seinem Tod 1666 dauerhaft auf. Als angesehener Gelehrter erteilte er, wohl im privaten Rahmen, Unterricht und veröffentlichte mehrere Werke zur Geometrie. Sein Hauptwerk, die *Vollständige Anweisung zur Civil Bau Kunst*, an der schon der Große Kurfürst reges Interesse gezeigt

70 Die Häuser sollen im Block so angeordnet werden, *datmen in sulcke oirdening de Lijcksijdicheydt can gaslaen, sulcx dat soodanich block mette selve cost better een Vorstelick gesticht soude gelijken dan versamelingh van gemeene burgerlicke huysen*. Vgl. *Materiae politicae*, S. 24.

71 So hielt sich der spätere Große Kurfürst ab 1634 in Leiden auf, wo er den Gepflogenheiten der Zeit und seinen Neigungen entsprechend im Umfeld der nach Stevins Angaben eingerichteten Ingenieurschule auch Studien des Festungsbaus und der zivilen Baukunst betrieben haben dürfte.

und deren Entstehen dieser befördert hatte, wurde erst 1696, dreißig Jahre nach Goldmanns Tod, von dem in Wolfenbüttel als Mathematikprofessor lehrenden Leonhard Christoph Sturm herausgegeben. Goldmanns Schrift entfaltete eine bis weit ins 18. Jahrhundert reichende Wirkung.

Unter anderem enthält sie die schriftliche Darstellung einer mustergültigen Stadtanlage, die deutlich von niederländischen Einflüssen geprägt ist.

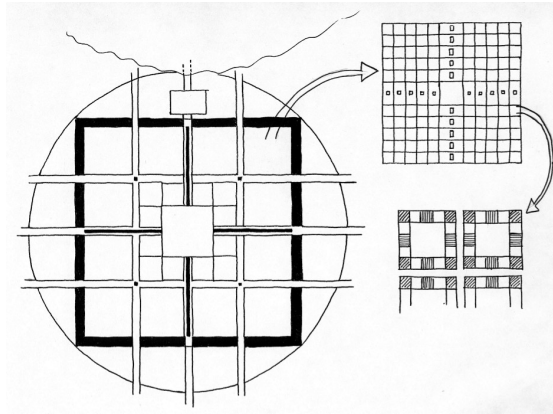


Abb. 4: Nicolaus Goldmann: Mustergültige Stadtanlage, großer Schacht und kleiner Schacht, schematische Skizze nach Goldmanns Beschreibung von C. Baier

Goldmann beschreibt eine große Stadt für 10.000 Bürger und 20.000 Studenten, die aus einer quadratischen, einem Kreis eingeschriebenen inneren Stadt und einer zwischen 100 strahlenförmig ausgreifenden Straßen gelegenen Vorstadt gebildet sein soll. Innen- und Vorstadt sollen jede für sich mit regelmäßigen Festungswerken umgeben sein.⁷² Schon die Vorstadt, in der *Handwerks-Leute, Künstler, Feldbauer und Gärtner* angesiedelt sind, vor allem aber die quadratische Kernstadt ist einer rigorosen geometrischen Ordnung unterworfen. Wie Stevin teilt Goldmann seine Stadt in *quadratische Schachte* (Baublöcke) und wie diesem dienen ihm dazu Straßen, die er *breit und sehr gerade haben* möchte. Vergleichbar ist weiterhin die Bedeutung der bis ins Stadtzentrum geführten Kanäle und die Gruppierung der öffentlichen Gebäude um die tatsächlich im absoluten geometrischen Zentrum der Anlage gelegene *Thumb-Kirche*.

Die großen *Schachte* mit der Wohnbebauung sind jeweils durch zwei sich kreuzende Reihen von größeren Grundstücken in vier kleinere *Schachte* geteilt. Die größeren Grundstücke besetzt Goldmann mit je einer Reihe von zehn Kirchen mit Kirchhof und angrenzendem Pfarr- sowie Küsterhaus und einer Reihe mit freistehenden *Herren-Häusern* mit anliegenden Gärten *vor die zehn Rathsherren*. In die Mitte des großen Schachts stellt er den *Hof vor einen Zehner-Herrn*. Selbst die kleinen Schachte, in denen sich jeweils 16 quadratische Bürgerhäuser um einen gemeinsamen Hof ordnen, lässt Goldmann nicht ohne genaue Funktionszuweisung. Die Bewohner der zwei mittleren Häuser *gegen Aufgang und Niedergang solten beamte Bürger seyn, der eine ein Friedemacher, oder Tausendmann, der andere ein Auffseher der Sitten und Gottesfrucht*. Die Eckparzellen wünscht er mit

72 Wie sehr die in diese Gestalt einer mustergültigen Stadt aufgenommenen, seit dem 16. Jahrhundert entwickelten theoretischen Vorstellungen der europäischen Festungsbautheorie noch um 1700 europaweit gültig waren, zeigt die nach Vaubans Entwurf um 1700 errichtete Festungsstadt Neubreisach, in der auf vergleichbare Weise einer aus einem Kreis entwickelten Fortifikation ein aus quadratischen Blöcken bestehender Rasterplan für die Stadt eingeschrieben ist.

einem *Wirthshauß*, einer *Wohnung vor Alte und Kranke*, einer *Wohnung vor die Lehrer der Knaben* und einer für die *Lehrerin der Mägdlein* besetzt.

Stevens *blocken* zieht Goldmann durch die Anordnung kleiner Nebenstraßen und breiter Streifen für Kirchen und Ratsherrenhäuser auseinander, die Grundordnung quadratischer Häuser um je einen kleinen, gemeinsamen quadratischen Hof behält er aber bei. Vor allem bei dieser Abteilung der *Schachte* fällt auf, wie eng die strenge geometrische Ordnung mit der Idee einer ebenso strengen Ordnung der bürgerlichen Gesellschaft verbunden wird. Sowohl in den großen als auch in den kleinen *Schachten* mußte durch eine derartige Anordnung eine charakteristische symmetrische Rhythmisierung der Blockkanten und somit des Straßenbildes entstehen. Wieder ist auf die absolute Symmetrie und stereotype Wiederholung des quadratischen Grundrasters zu verweisen, welche die einzelnen *Schachte*, Höfe, Kirchen und Häuser einerseits einer strengen Hierarchie unterwirft, ihnen andererseits aber innerhalb ihrer Gruppe absolute Gleichheit zusichert. Keine der kleinen Kirchen, keines der freistehenden Ratsherrenhäuser und auch keines der Bürgerhäuser kann in dieser Ordnung Anspruch auf einen Zuwachs an Grundfläche oder auch nur an Größe oder Gestaltung durchsetzen, ohne das Bild des Ganzen zu stören. Es ist eben diese größtmögliche Einbindung jedes einzelnen Details in ein übergeordnetes, nach mathematischen Gesichtspunkten geordnetes System, was die Zeitgenossen an Goldmanns *Vollständige[r] Anweisung* besonders schätzten.

In seiner *Dedication* zur Ausgabe des Goldmannschen Werks von 1696 stellt Sturm der Architekturtheorie in diesem Zusammenhang eine große Aufgabe:

*Wann nun der Grund eines wol eingerichteten Staats, hauptsächlich die Gerechtigkeit, Klugheit, und gesetzmässige Freyheit sind, deren die erste die P r o p o r t i o n oder Eben-Maasse, die andere die Ordnung, die letzte die Natur vor ihre Mutter erkennen: So kan ich ja die reine Bau-Kunst ein Vorbild eines glückseligen Fürstenthums nennen, weil alle Stärcke, Bequemlichkeit und Schönheit der Gebäude, von guter Ebenmaasse, richtiger Ordnung, und flüssiger Nachahmung der Natur entspringet.*⁷³

Vor diesem Anspruch hebt Sturm hervor, dass es Goldmanns größte Leistung gewesen sei, *aus einer ungewissen Kunst, eine unfehlbare Wissenschaft* gemacht zu haben. Goldmann selbst ist bezüglich seiner Beschreibung einer vorbildlichen Stadt auf den ersten Blick wesentlich bescheidener. Er beschließt diese mit den Worten: *Aber unser Vorhaben ist die Stellen zu den Gebäuden anzuordnen, die Anstellung der Regierung ist nicht unseres Werckes, sondern bleibt denen, denen es von GOTT gegeben ist.*⁷⁴ Auch in seinen weiteren Ausführungen scheint ihm die skizzierte Stadtanlage auf den ersten Blick lediglich als didaktisches Ordnungsmuster für seine Darstellung gedient zu haben, aus welchem sich Größe und Proportion der einzelnen Gebäuden ableiten ließen. Und doch ist Goldmanns *Abtheilung einer gantzen Stadt* weit mehr als nur ein Beispiel für *die Wissenschaft an was vor einen Ort der Stadt, jedes Gebäude anzulegen sey.*⁷⁵ Auf die falsche Bescheidenheit, die in dieser

73 Goldmann 1696, *Dedication*.

74 Goldmann 1696, S. 113.

75 So leitet Goldmann seine *Abtheilung* ein. Goldmann 1696, S. 112.

Bemerkung liegt, weist Sturm schon in seiner Inhaltsangabe zum dritten Buch hin. Darin, so Sturm, werde

von der innern Außtheilung der Gebäude gehandelt, vorher aber machet der A u c t o r einen Entwurff einer ganz r e g u l i r e n , aber unerhört großen Statt, nicht als ob dergleichen zu bauen wäre, sondern eine völlige S y m m e t r i e von allerhand Gebäuden in einer recht vollkommenen i d e a vorzustellen, wie etwann P l a t o mit seiner R e p u b l i c a , C i c e r o mit seinem O r a t o r e , und P l i n i u s mit seinem P a n e g y r i c o mit dem Vorbilde eines vollkommenen Fürsten gethan.⁷⁶

Ob die beschriebene regelmäßige und symmetrische Aufteilung der Stadt, der Baublöcke und der Häuser oder die Rhythmisierung der Blockfronten in Goldmanns Stadtentwurf nur das Ergebnis einer vordergründig künstlerischen Gestaltung ist, kann daher mit gutem Grund bezweifelt werden. Die geometrisch-mathematische Ordnung der Stadtanlage ist von Grund auf und untrennbar mit konkreten gesellschaftspolitischen Vorstellungen verknüpft. Wie das geometrische Modul des gesamten Stadtentwurfs nicht ohne Grund das Quadrat und der Mittelpunkt der Stadt die große *Thumb-Kirche* ist, so sind auch im kleinen die städtebaulichen Ordnungs- und Gliederungsmaßnahmen engstens mit Vorkehrungen zur Ordnung und Kontrolle der gesamten bürgerlichen Gemeinschaft verbunden. Ob es nun die Reihen von Ratsherrenhäusern und Kirchen oder die Eckhäuser und die Häuser der *Friedemacher* und *Gottesfurchtaufseher* sind – die bürgerliche Gesellschaft wird nach geometrischen Mustern geordnet. Dabei sind Hierarchie und Regulierung, das heißt Symmetrie und Gleichförmigkeit, die entscheidenden Merkmale sowohl der architektonischen als auch der gesellschaftlichen Ordnung.

Von Goldmann über Stevin, Serlio, Dürer und Machiavelli bis hin zu Polybios ließ sich die Spur des idealen Feldlagers und der daraus abgeleiteten mustergültig geordneten Stadt zurückverfolgen. Werner Oechslin zieht diese Linie weiter bis hin zu dem von Moses beschriebenen israelitischen Feldlager, in dem die „Struktur des in zwölf Stämme geteilten Volkes wie auch die komplizierte Hierarchie ihrer religiösen Führung in ein geometrisches Muster übertragen wird“, oder zu der Stadtanlage des Hippodamus, von der Aristoteles berichtet.⁷⁷ Überall läßt sich das Muster des regulären, von Quadraten und Linien bestimmten Stadtgrundrisses wiederfinden. Letztlich muß man darin ein disziplinierendes formales Modell, eine allumfassende Formel sehen, die ab dem 16. Jahrhundert auf neue Art und Weise für das Befestigungswesen und die Stadtplanung genutzt wird. Dabei dient das städtebauliche Ordnungsmodell immer wieder auch der sozialen Ordnung der Gesellschaft.

Planstädte in Schweden und Brandenburg-Preußen

Realisiert wurde dieses formale Schema beispielsweise Anfang des 14. Jahrhunderts in den *terrae murratae*, in Cortemaggiore (1480), Santa Fe (1491) und La Valetta (1566), aber auch in

76 Goldmann 1696, Vorrede.

77 Oechslin 1983, S. 44ff. Hier S. 47f.

Freudenstadt (1599), Richelieu (1631) oder Neubreisach (1699). Vom 16. Jahrhundert an war dieses Schema über diese berühmten Stadtplanungen hinaus die planerische Basis der meisten Stadtgründungen, Stadterweiterungen und Wiederaufbauprojekte zerstörter Städte. Dabei wurden neben den italienischen und französischen Theoretikern vor allem im nördlichen Europa in starkem Maße auch die Niederländer rezipiert. Die perfektionierte Landerschließung und der mustergültige Festungs- und Städtebau nach niederländischem Vorbild fiel in zwei Ländern auf besonders fruchtbaren Boden: Schweden und Brandenburg-Preußen.

In Schweden ging in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts mit der ungeahnten Expansion des Landes und der Zentralisierung der Verwaltung auch eine intensive Stadtplanungstätigkeit einher. Besonders am Beginn war diese obrigkeitlich betriebene Urbanisierung von der niederländischen Festungs- und Stadtbaukunst geprägt. In den 1620er Jahren beispielsweise war im schwedischen Bergamt, das zahlreiche urbanistische Projekte leitete, der niederländische Ingenieur Johan Carels angestellt. Dieser hatte in Leiden an der von Stevin eingerichteten Ingenieurschule studiert und war zudem mit diesem verwandtschaftlich verbunden.⁷⁸ Carels entwarf u. a. die Stadtgrundrisse für den Wiederaufbau der Städte Säter und Sala.⁷⁹

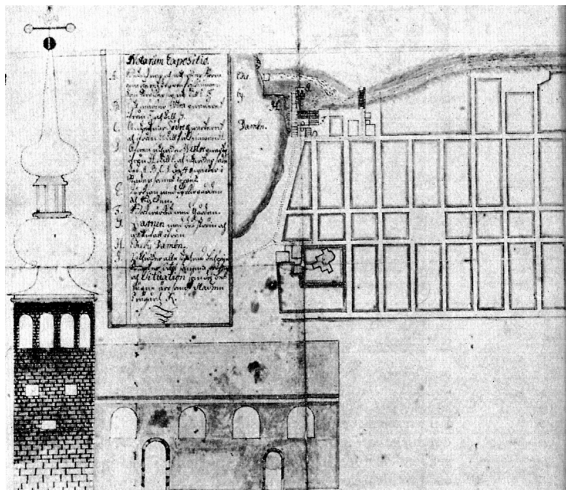


Abb. 5: Sala (Schweden), Stadtplan von 1635

Hauptmerkmal der Stadtpläne, die von schnurgeraden, sich rechtwinklig kreuzenden Straßen geprägt sind, ist nach Gerhard Eimer, daß „zwei Reihen länglicher Rechteckquartiere von einer quadratischen Reihe durchschossen (werden), aus der der Markt ausgespart wird“.⁸⁰ Auch der 1640 von Anders Thorstensen erarbeitete Generalplan für die nördlichen Vorstädte Stockholms variiert dieses Entwurfsprinzip. Ein Blick auf die Neuplanungsprojekte von Olof Hansson Örnehus für die bedeutende Kupferstadt Falun (1624) oder Vänersborg (1641) offenbart weitere Merkmale der schwedischen Planstädte, die, wie die regelmäßige und spiegelsymmetrische Aufteilung der Parzellen

78 Stevin war zudem mit Carels Schwester Katharina Kraai of Caerls verheiratet und hatte seinem Schwager 1618 in einem ausführlichen Brief an den schwedischen König Gustaf II. Adolf empfohlen. Eimer 1961, S. 175.

79 Sala war als Hauptort der schwedischen Silbergewinnung von beträchtlichem gesamtstaatlichen Interesse.

80 Eimer 1961, S. 174f.

im Blockinneren, der Logik des Planungsansatzes konsequent bis zu den kleinsten Grundeinheiten folgen.

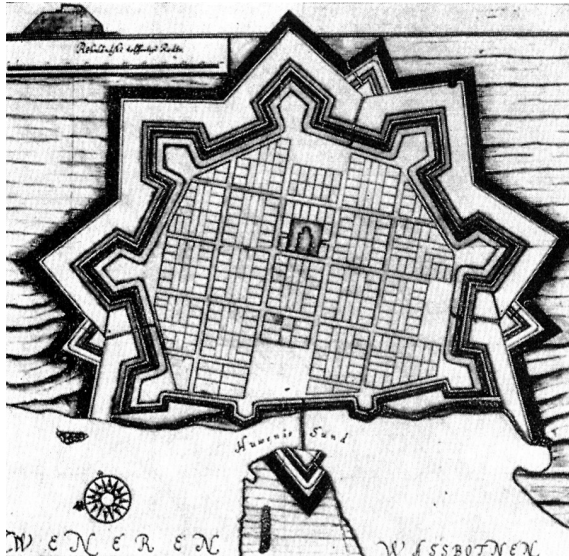


Abb. 6: Vänersborg (Schweden), Projekt von Olof Hansson Örneufvud um 1641

Das Kurfürstentum Brandenburg erlebte nach dem Ende des 30jährigen Krieges einen mit der Expansion Schwedens in der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts vergleichbaren Aufschwung. Spätestens mit dem Regierungsantritt Friedrichs III./I., der sich 1700 in Königsberg zum König in Preußen krönen ließ, schlug sich der Anspruch Preußens als europäischer Großmacht auch in städtebaulichen Projekten nieder. Wie in Schweden, wo immer wieder auch die königliche Hauptstadt Stockholm durch umfassende Straßenregulierungen und umfangreiche, ab 1640 angelegte Vorstädte prächtig zur Residenz ausgebaut wurde, zogen zunächst die preußischen Residenzstädte Berlin und Potsdam die baulichen Ambitionen auf sich. Neben großen repräsentativen Projekten wie dem Ausbau des Berliner Schlosses oder dem Bau des Zeughauses war es vor allem die Anlage neuer Vorstädte, die dem gewachsenen Anspruch Ausdruck verleihen und zugleich eine wirtschaftliche Belebung und damit eine Steigerung der königlichen Einnahmen bewirken sollten. Die ab 1688 nach Plänen von Johann Arnold Nering und Michiel Matthysch Smids angelegte Berliner Friedrichstadt folgt in vielem dem niederländischen Vorbild.⁸¹ Der Planung lag ein Rasterplan aus sich rechtwinklig schneidenden Straßen zugrunde. Mehrere Reihen längsrechteckiger Baublöcke flankieren einen mittleren Streifen von zwei Reihen mit fast quadratisch wirkenden Baublöcken, aus denen einige Jahre später dann der Gendarmenmarkt ausgespart wird. Nachdem die Bautätigkeit in der Friedrichstadt zwischenzeitlich stark nachgelassen hatte, geriet diese mit der von Philipp Gerlach ab 1721 geplanten und in den 1730er Jahren mit besonderem Nachdruck verwirklichten südlichen Erweiterung wieder verstärkt in den Blick des Königs und der Verwaltungsbehörden. Die

81 Nach Laurenz Demps „stammt die Grundidee von Smids, während Nehrings Aufgabe darin bestand, die Straßen abzustecken und die Häuser zu entwerfen“. Demps 1988, S. 28. Neben der schon damals traditionellen Orientierung an den Niederlanden legen auch die beteiligten Baumeister dieses nahe. Smids war in Breda geboren und in den Niederlanden ausgebildet worden. Nering wurde vom Großen Kurfürsten ausdrücklich zur Ausbildung im Befestigungswesen in die Niederlande geschickt. Heckmann 1998, S. 70 u. 117. *Onder den oranje boom. Niederländische Kunst und Kultur im 17. und 18. Jahrhundert an deutschen Fürstenhöfen*, Red. Makus Schacht und Jörg Meiner, München 1999.

schnurgeraden Straßen füllten sich schnell mit zweigeschossigen, in Gestalt und Materialität stark vereinheitlichten Häusern. Vollständig geschlossene Baublöcke von Bürgerhäusern entstanden. Die regulierte Gestalt der Häuser war Ausdruck eines streng reglementierten Entwurfs- und Bauvorgangs. Kein Haus konnte entworfen oder gar gebaut werden, dass nicht zuvor von den königlichen Baubeamten genauestens geprüft worden wäre. In dem in diesen Jahren nach Gerlachs Plänen angelegten Erweiterungsgebiet stößt man auf ein weiteres typisch barockes städtebauliches Gestaltungsmittel – die auf einen point de vue ausgerichtete Blickachse.⁸²



Abb. 7: Berlin, Stadtplan von C. L. Oesfeld von 1789, Ausschnitt mit Friedrichstadterweiterung

So führte die Markgrafenstraße auf das *Collegien-Haus* (Gerlach, 1738/39), das spätere Kammergericht zu, die Kochstraße war zwischen Jerusalemer Kirche (Gerlach 1726-31) und Palais des *Herrn von Vernezobre* eingespannt, und die Jerusalemer Straße führte an der gleichnamigen Kirche vorbei direkt auf die *Garde du Corps* Ställe zu. Auch den Hauptachsen Unter den Linden, Leipziger- und Lindenstraße wurde mit den neu angelegten Torplätzen (*Quadrat, Achteck, Rondel*) ein point de vue gegeben. Ähnliches erreichte man durch die nach 1720 erbauten Kirchen (Bethlehems- oder Böhmisches Kirche, Dreifaltigkeitskirche), die nicht mehr auf eigenen, aus dem Raster ausgesparten Plätzen stehen, sondern das Gebiet der Friedrichstadt 'umkreisen' und es so mit Blickpunkten bereichern.⁸³

82 Vgl. Rößger 1985, S. 20ff.

83 Eine für die Planungen zur Friedrichstadterweiterung fruchtbare Verbindung Friedrich Wilhelms I. zu Goldmann und Sturm versucht Laurenz Demps nachzuweisen. Dazu und zu seinem Vorschlag einer religiösen Deutung des Dreiklangs von Kreis, Achteck und Quadrat vgl. Demps 1994, S. 18ff.

Wie die Berliner Friedrichstadt war auch die ab 1732 nach Plänen von Pierre de Gayette und Andreas Berger angelegte zweite Potsdamer Stadterweiterung von schnurgeraden, ein strenges Raster bildenden Straßen und einer Bebauung mit regulierten Bürgerhäusern geprägt.

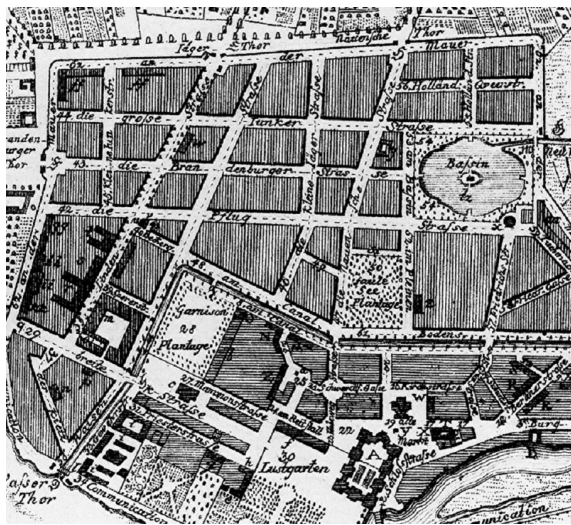


Abb. 8: Potsdam, Stadtplan von C. L. Oesfeld von 1778, Ausschnitt mit den drei Erweiterungsgebieten

Traufe und First, Zwischengesimse oder die Sohlbänke und Stürze der Fenster bildeten wie dort durchgehende Linien. Die Dachneigung zur Straße war einheitlich, so dass die Häuser unter einem durchgehenden Dach zu stehen schienen.⁸⁴ Als weiteres „der städtebaulichen Komposition zugrunde liegendes Gestaltungsprinzip“ hat Mielke die „Symmetrie, die Verwendung von spiegelbildlich angeordneten Pendants“ herausgearbeitet.⁸⁵ Diese charakteristische, heute kaum noch wahrnehmbare symmetrische Gestaltung der Blockfronten wurde durch die entsprechende Anordnung verschieden breiter Parzellen und die gestalterische Betonung der Fassaden der an den Ecken und in der Mitte des Blocks stehenden Häuser erreicht. Der Parzellenzuschnitt, mithin die dem einzelnen Bürger zugestandene Hof- und Wohnfläche, wurde so nach den Erfordernissen der symmetrischen Gestaltung der Karréeseiten geregelt.

Das ab 1732 geplante und ab 1734 realisierte Holländische Viertel wurde in besonderem Maße als Mustersiedlung betrachtet. Die städtebauliche Disposition, die wohl von Gayette und Berger stammt, setzte die gestalterischen Prämissen der zweiten Stadterweiterung fort. Ausgehend von dem strengen Straßenraster nutzte man die Möglichkeit, das Straßenbild durch das Gestaltungsmittel des point de vue aufzuwerten: Direkt in der Achse der Mittelstraße platzierte man als zierlichen Blickpunkt auf einer Insel im südlich angrenzenden Bassin die Gloriette. Deutlich konsequenter als im bisherigen Erweiterungsgebiet verknüpfte man das Straßenraster und den Parzellenplan mit der architektonischen Gestaltung der Häuserzeilen. Hierfür lieferte der eigens zum Bau des Holländischen Viertels aus Amsterdam angeworbene Johann Boumann die Entwürfe. In der Mitte einer jeden Karréeseite hatte man eine Parzelle platziert, auf der unabhängig vom Namen und Beruf des

84 Die Hauptstraßen waren durch die Materialwahl betont: Hier besaßen die Fachwerkhäuser massive Fassaden, während diese an den Nebenstraßen zumeist nur fachwerksichtig waren. Mielke 1972, S. 294.

85 Mielke 1972, S. 297-301.

Hausbesitzers die Brau-, Back-, Schlacht- und Apothekengerechtigkeit lag.⁸⁶ Diese Anordnung der privilegierten, d. h. nur mit obrigkeitlichem Privileg zu betreibenden Gewerke erinnert stark an die von Goldmann beschriebene übereinstimmende Platzierung der Häuser der *Friedemache oder Tausendmänner* bzw. der *Auffseher der Sitten und Gottesfrucht*.⁸⁷ Wie bei Goldmann kommt es hier zu einer direkten Verknüpfung des geometrisch-städtebaulichen mit dem sozialen Ordnungsprinzip. Dieses Ordnungsschema wird in Potsdam in auffälliger Weise als Gestaltungsprinzip eingesetzt und damit ästhetisch überhöht: Die Häuser auf den privilegierten Mittelparzellen stehen traufständig in einer Reihe giebelständiger Häuser. Durch ihre Breite, ihre Durchfahrt und ihre aufwendigere Verzierung markieren sie den symmetrischen Mittelpunkt der Häuserreihe. Zugleich bilden sie den gestalterischen Höhepunkt der jeweiligen Karréeseite. Schließlich entsteht so der charakteristische Rhythmus der Bebauung im Holländischen Viertel.

Die Erweiterungsgebiete der Residenzen Berlin und Potsdam sind geprägt von dem Rasterplan, der Anwendung des point de vue, der schnurgeraden Führung der Straßen sowie der starken Regulierung des straßenseitigen Erscheinungsbildes der Bürgerhäuser und deren Unterordnung unter die symmetrische und gleichförmige Gestaltung der geschlossenen Blockrandbebauung und der Parzellenstruktur.

Wie schon sein Vater wollte auch Friedrich Wilhelm I. das Bauen in den Vorstädten der Residenzen, besonders in der Friedrichstadt, hinsichtlich der Planung, Ausführung und des baulichen Ergebnisses grundsätzlich als Vorbild für die bauliche Erneuerung der größeren und kleineren Städte des Landes verstanden wissen.⁸⁸ Dem Ausbau der Residenzstädte folgten daher seit Ende des 17. Jahrhunderts zahlreiche Regulierungen von Stadtgrundrissen in den Provinzialstädten. In der nördlichen Kurmark erfuhren beispielsweise die Städte Schwedt (1684ff.), Bad Wilsnack (1690ff.), Neuruppin (1699), Lenzen (1704ff.), Angermünde (1705ff.), Gransee (1711ff.), Wittstock (1716ff.), Lychen (1732ff.), Biesenthal (1736/64ff.) und Rheinsberg (1740ff.) nach Bränden unter der Leitung führender königlicher Baumeister umfangreiche Veränderungen.⁸⁹

Im ersten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts wurde die Vorgehensweise bei einem Retablissement zunehmend kanonisiert. Die königliche Bauverwaltung entwickelte unter maßgeblicher Beteiligung Martin Grünbergs einen methodischen Leitfaden, aber auch gestalterische Richtlinien für die Regulierung des Stadtgrundrisses und der Bürgerhäuser.⁹⁰ Mehr oder weniger konsequent wurde

86 Blumert/Streidt 1990, S. 6.

87 Vgl. oben Kap. *Castrametatio* und Städtebau. Selbst die von Goldmann an den Ecken der Karrées vorgesehene Bebauung mit Häusern von besonderer Bedeutung (*Wirthshauß, Wohnung vor Alte und Kranke, Wohnung vor die Lehrer der Knaben, Wohnung vor die Lehrerin der Mägdelein*) findet sich in den traufständigen Eckhäusern des Holländischen Viertels wieder.

88 Das Friedrich Wilhelm I. die Vorbildlichkeit der Berliner Friedrichstadt auch in anderer Hinsicht sehr wörtlich nahm, hat Ralph Jaeckel nachgewiesen. In einer auf das Retablissement vorpommerscher Städte gerichteten Ordre hatte der König 1724 verfügt: (...) *mit dem Bau soll es so gehalten, und derselbe auf eben den Fuss tractiret werden wie auf der Friedrichstadt*. Jaeckel 2000, S. 15.

89 Beispielsweise lassen sich in Schwedt M. M. Smids und C. Ryckwaert nachweisen; in Bad Wilsnack, Lenzen und Angermünde leitet Martin Grünberg den Wiederaufbau; Rheinsberg planen H. G. W. v. Knobelsdorf und Chr. F. Feldmann. Angaben nach Jaeckel 1999, Katalog.

90 Vgl. Jaeckel 1999, S. 395ff.

dabei die gesamte Stadt oder auch nur Teilbereiche und bestimmte Straßenzüge durch Verbreiterung und rechtwinklige Führung der Straßen, partielle Begradigung der Straßenfluchten, Abschaffung der Giebelhäuser und Vereinheitlichung der wiederaufgebauten Fassaden reguliert. Angestrebt waren immer breite Straßen, die ein regelmäßiges Straßenraster mit annähernd rechteckigen Blöcken formen und standardisierte Häuser, die feuersicher und hygienisch sind und sich in die regelmäßige städtebauliche Struktur unauffällig einpassen.

Das Wohnhaus

Standardisiertes Bürgerhaus⁹¹

Im 16. Jahrhundert gaben die italienischen Theoretiker nicht nur den Anstoß für die theoretische Reflexion über die nach antiken Quellen wiederbelebte *Castrametatio* und die Anwendung der dort gefundenen Prinzipien auf den Festungs- und Städtebau. In Norditalien hatte man im Rekurs auf antike Quellen und auf Traditionen des venezianischen und generell des oberitalienischen Wohnhausbaus zudem erstmals architektonische Grundanforderungen für die Grund- und Aufrisse städtischer Wohngebäude entwickelt und diese in illustrierten Schriften zu verbreitet. In Sebastiano Serlios Traktat *Della castramentatione* lag ein Schwerpunkt auf der im militärischen Zusammenhang als notwendig erachteten Normierung der Wohnunterkünfte. In logischer Ableitung entwickelt er dabei Unterkünfte, die dem klar hierarchisch strukturierten und streng geordneten Stadtplan entsprechend genormt sind.

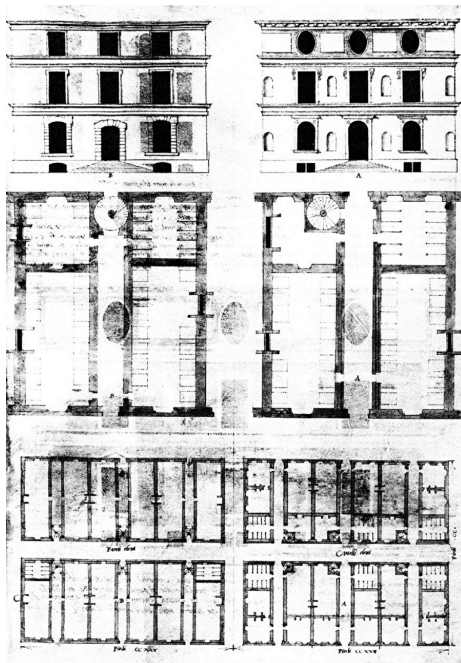


Abb. 9: Sebastiano Serlio: Unterkünfte für *Fanti eletti* und *Cavalli eletti*, aus: Ders.: *Della castramentatione* (1546-50)

⁹¹

Den Begriff Standard gab es im 17. und 18. Jahrhundert nicht. Er wird hier im modernen Sinne benutzt, etwa in Anlehnung an die Begriffsbestimmung im Lexikon der Kunst, Bd. 7, 1994: „Standardisierung in manchen Ländern auch mit Normung bez., umfaßt das systemat. Ausarbeiten, Durchsetzen, Kontrollieren und Überarbeiten von Standards als verbindl. Vorschriften für Bestlösungen.“

Die Fassaden der zumeist drei bis fünf Fensterachsen breiten und zwei Geschosse hohen Häuser spiegeln sowohl die Ansprüche des militärischen Umfelds an eine starke, an der dorischen Ordnung orientierte Gestaltung als auch die Hierarchie der Rangfolge. Der konsequent symmetrisch angelegte Grundriß ist aus einem zentral gelegenen Durchgang und rechteckigen, links und rechts des Durchgangs gelegenen Räumen zusammengesetzt. Eine firstparallele Mittelwand trennt jeweils einen straßenseitigen und einen hofseitigen Raum ab. Nach Myra Nan Rosenfeld sind diese Hausentwürfe „typical venetian in plan, with their central hallways“.⁹² Seinen Hausentwürfen, die im Grund also aus der zeitgenössischen Architektur kommen, gibt Serlio durch exakte Rechtwinkligkeit, symmetrische Verteilung und hierarchische Größenstaffelung der Räume einen dem militärischen Ordnungsanspruch gemäßen Grad an Standardisierung. Jedes Haus paßt in das Modul des übergeordneten städtebaulichen Ordnungssystems.

In seinem sechsten Buch, das den Titel *Delle Habitationi di Tutti gradi degli Homini* trägt und ab 1541 entstand, findet sich die systematische Ordnung und Standardisierung verschiedener Wohnhäuser wieder.⁹³ Vor allem die Häuser der unteren und mittleren Schichten der Stadtbewohner zeigen in Grund- und Aufriß deutlich Ähnlichkeiten zu den Unterkünften der *cittadella murata*: Die Grundrisse sind konsequent symmetrisch und rechwinklig, die Fassaden sparsam verziert und durch die Anordnung der Fensterachsen streng reguliert und rhythmisiert. Die Wohngebäude sind durch ihre Größe und Gestaltung hierarchisch nach Wohlstand und sozialem Rang der Bewohner in elf Kategorien geordnet - vom ärmsten Bürger bis hinauf zum König. Diese strenge Ordnung der Wohnhäuser der städtischen Gesellschaft läßt zunächst an die Klassifizierung und gruppenweise Anordnung der Häuser der Soldaten in *Della castramentatione* denken.⁹⁴ Doch waren Serlios Hausentwürfe im *Sestro Libro* insgesamt „non-specific, generalised designs perfectly adaptable to contemporary models of ownership - whether communal, feudal or freehold“.⁹⁵ Serlio war bestrebt, dem Architekten möglichst anpassungsfähige Modelle und grundsätzliche Regeln an die Hand zu geben. Eine räumliche Trennung der Wohnhäuser verschiedener sozialer Klassen, wie er dies für die *cittadella murata* vorsah, war hier offensichtlich nicht angestrebt. Dennoch bleibt die Nähe zu den Unterkünften seiner streng hierarchisch geordneten Garnisonstadt zu beachten, denn auch die Entwürfe für den *pouero artefice*, *accommodato artefice*, *ricco artefice*, *buon mercante*, *gentilhuomo nobile* oder den *palazzo del gouernatore* sind in der vorausgesetzten exakten Rechteckigkeit der Parzelle, der Anlage und Gliederung des Grundrisses und der Gestaltung der Fassade streng standardisiert. Auch sie setzen einen der *cittadella murata* vergleichbaren Rasterplan mit rechteckigen Häuserblöcken und geraden Straßenfluchten voraus und verknüpfen die bauliche Form engstens mit

92 Myra Nan Rosenfeld, *Preface to the Dover Edition*, in: Serlio 1996, S. 47. Ihre Angaben beziehen sich auf das von ihr publizierte Manuskript der Avery Architectural Library der Columbia University.

93 Zum Verhältnis dieser beiden Publikationen zueinander vgl. die Einleitung von Vaughan Hart und Peter Kicks in: Serlio 2001, Introduction.

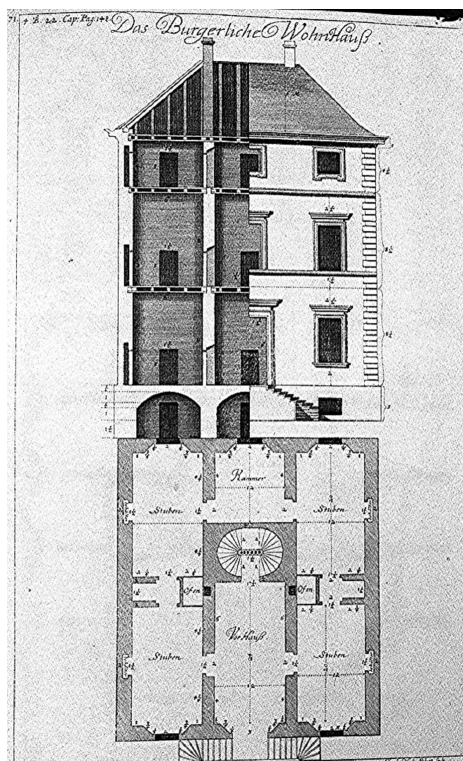
94 Rosenfeld sieht Serlios Klassifikation der städtischen Wohnhaustypen als *part of the didactic methodology of Book VI, which was based upon the process of generalization on the one hand, and the observation of individual characteristics on other* und vergleicht diese Methode mit der ebenfalls empirischen Methode zeitgenössischer Naturwissenschaftler, etwa Andreas Vesalius'. Serlio 1996, S. 4f.

95 Serlio 2001, Introduction, S. XXX.

der sozialen Hierarchie in dem grundsätzlich als Monarchie gedachten Gemeinwesen.⁹⁶ Obwohl Andrea Palladio in seiner überaus einflußreichen Schrift *I quattro libri dell' architettura* bei der Darstellung gelungener und anspruchsvoller Einzellösungen bleibt und zumeist städtische Wohnhäuser von größerem Zuschnitt beschreibt, findet man auch hier die grundsätzlichen gestalterischen Eigenschaften wieder. Aufschlußreicher sind jedoch seine 1548-55 im Auftrag Girolamo Gengas für den Hafen in Pesaro projektierten Wohnhäuser.⁹⁷ In diesen Entwürfen begegnen wir „standardized row houses“ (Rosenfeld), die den Hausentwürfen aus Serlios Garnisonsstadt in allen wesentlichen Gestaltungsmerkmalen auffällig gleichen.

In Nordeuropa war es neben den französischen Theoretikern⁹⁸ vor allem Simon Stevin, der die aus Italien stammenden Anregungen zum Bürgerhausbau aufnahm und in eigenen, überaus einflußreichen Schriften sowie über Schüler verbreitete. Für seine ideale Stadtanlage entwarf Stevin in der Schrift *Van de oirdening der Steden* ein standardisiertes Wohnhaus.⁹⁹ Besonders im Inneren zeigt dieses mit dem nach strengen geometrischen Richtlinien organisierten, symmetrischen Grundriß deutlich Parallelen zu den geschilderten italienischen Entwürfen.

Auch Nicolaus Goldmann entwickelte in seiner Schrift *Vollständige Anweisung zur Civil Bau Kunst* einen Wohnhaustyp, der eine verblüffende Ähnlichkeit mit Serlios typisierter Unterkunft für Infanterie und Kavallerie aufweist.



96 Serlio 2001, Introduction, S. XXVII.

97 Vgl. das Vorwort von Myra Nan Rosenfeld in: Serlio 1996, S. 69. Dort auch eine Abbildung.

98 Zu denken wäre hier an Pierre Le Muet oder Charles Augustin D'Aviler. Vgl. Köhler 1994.

99 Veröffentlicht in dem Sammelband: Simon Stevin: *Materiae politicae, Burgherlicke Stoffen* (...), Leiden 1649.

Abb. 10: Nicolaus Goldmann: *Ein Burgherliches WohnHauß*, aus: Goldmann 1699, Abb. 71

In seinem System einer idealen Stadtanlage steht dieses standardisierte Haus als allgemeines, formelhaftes Bild für die Bauaufgabe Bürgerhaus. Goldmann setzt dieses Standardbürgerhaus immer wieder generalisierend ein, etwa wenn es gilt, Fachbegriffe oder den Vorzug der *schachtförmigen* und rechteckigen Grundrisse zu erläutern (Kupfertafel 1, 6), oder auch, wenn er von den *Aussprüchen, welche auf die Bequemlichkeit ihr Absehen haben*, handelt.¹⁰⁰ Die Anordnung von Tür und Durchgang in der exakten Mitte der Fassade beziehungsweise des Grundrisses und die Forderung, *beyderseits soll die Anzahl und ganze Gestalt der Fenster ein ander zu sagen*, begründet er nicht nur damit, dass dies die bequemste Art der Einrichtung sei, sondern sie gilt ihm wegen des so ausbalancierten *Gewichtspunkts* des gesamten Hauses auch als die stabilste.¹⁰¹ Wie selbstverständlich zieht Goldmann den standardisierten Hausentwurf ebenfalls heran, um die *Aussprüche* zu erläutern, *welche ihr Absehen auf die Zierlichkeit* hätten (Kupfertafel 7). Hier geht es ihm um die grundsätzlich angemessene Proportionierung des Gebäudekörpers und seiner inneren Aufteilung, aber auch darum, *daß die inwendige linke Helffte, der rechten in allen zustimme*.¹⁰² Die symmetrische Einteilung liegt also sowohl in der Stärke als auch in der Bequemlichkeit und der Schönheit des Hauses begründet. Gerade *in diesem Stück*, so hebt Goldmann hervor, *preisen wir Palladii Erfindungen vor allen*.

Sturm behielt die Grunddisposition des Bürgerhauses in seiner auch sonst auf der Grundlage Goldmanns erarbeiteten und 1721 in Augsburg erschienenen *Vollständigen Anweisung alle Arten von bürgerlichen Wohn-Häusern wohl anzugeben* bei.

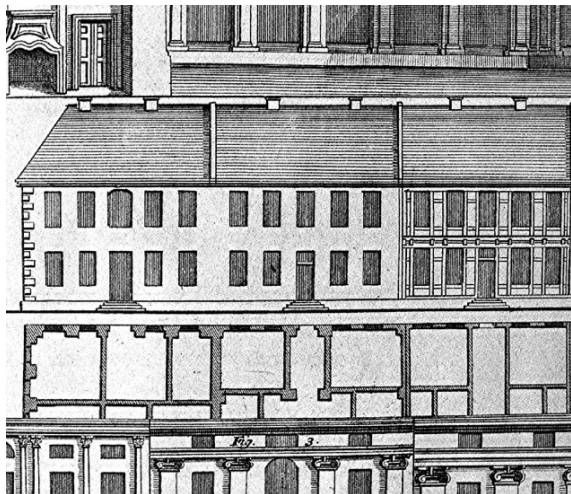


Abb. 11: Leonhard Christoph Sturm: Bürgerhausentwürfe, aus: Sturm 1721, Tab. 11 (Ausschnitt)

100 Noch Johann Friedrich Penther benutzt in der Tradition Goldmanns 1744 das formelhafte Bild für die Bauaufgabe Bürgerhaus, um an dieser häufigen und geläufigen Bauaufgaben grundlegende Entwurfsprinzipien darzustellen. Vgl. v. a. Penther 1744, Tab. XIX.

101 Goldmann 1696, S. 26f.

102 Zur Proportionierung schreibt Goldmann: *Die großen Gebäude erfordern große Abtheilungen, die mittelmäßigen vergnügen sich mit mittelmäßigen, und die kleinen mit kleinen*. Dies und das folgende: Goldmann 1696, S. 29.

In verschiedenen Entwürfen veränderte er Goldmanns Haus und ordnete es variantenreich zu einer geschlossenen Blockrandbebauung und zu ganzen Häuserblöcken. In seiner geometrischen Regelmäßigkeit und Symmetrie wurde das von Goldmann und Sturm popularisierte Standardbürgerhaus einer der wichtigsten Bezugspunkte in der Architekturtheorie und Baupraxis des deutschsprachigen Raums im 18. Jahrhundert. Als Beispiel sei hier die fünfschichtige Version eines bürgerlichen Wohnhauses abgebildet, die Paulus Decker in den dritten Teil seines um 1719/20 postum veröffentlichten Stichwerks *Ausführliche Anleitung zur Civilbau-Kunst* aufnahm.

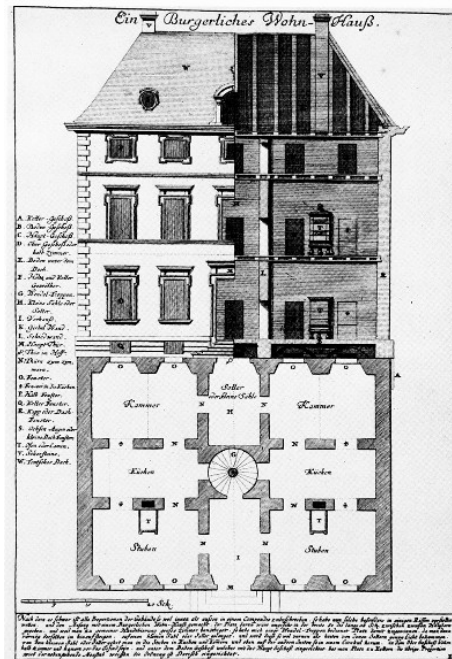


Abb. 12: Paulus Decker: Bürgerliches Wohnhaus 1719/20

Als Schüler Andreas Schlüters dürfte Decker in diesem Hausentwurf auch die im späten 17. Jahrhundert in Berlin verbreiteten Vorstellungen zu diesem Thema wiedergegeben haben. Noch Johann Friedrich Penther benutzt im ersten Teil seines Buchs *Ausführliche Anleitung zur Bürgerlichen Bau-Kunst* im Jahre 1744 an mehreren Stellen diese standardisierte Bauform, um etwa das Entwickeln eines Aufrisses aus dem Grundriß oder auch um den Aufbau eines vorbildlichen Fachwerkhäuses zu demonstrieren.

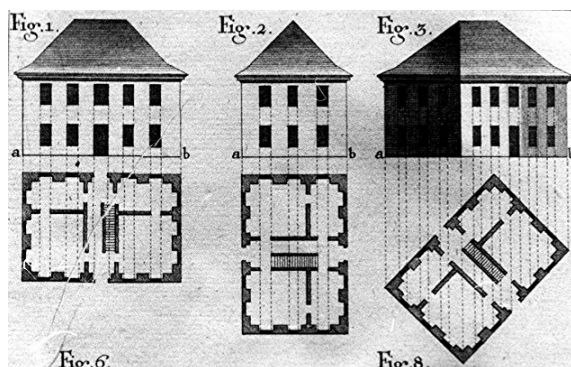


Abb. 13: Johann Gottfried Penther: Anweisung zum Zeichnen eines Aufrisses, aus: Penther 1744, Tab. XIX.

Die Gestaltungsprinzipien dieses formelhaften Bürgerhausentwurfs sah man jedoch nicht nur in der Architekturtheorie als allgemeingültig an. Man begegnet ihnen beispielsweise auch in einem der opulentesten und maßgeblichsten Werke der sogenannten Hausväterliteratur des 18. Jahrhunderts: Franciscus Philippus Florinus' 1702 erstmals erschienenem mehrbändigen Werk *Oeconomus Prudens Et Legalis*. In den Kapiteln zum Bauen übernimmt Florinus nicht nur wörtlich große Textpassagen aus den *Vollständigen Anweisungen* Goldmanns, sondern er illustriert diese auch mit dessen ohne jede Änderung übernommenem Bürgerhausentwurf.

Der hier eingeführte Begriff ‚standardisiertes Bürgerhaus‘ meint etwas anderes als die in den schriftlichen Quellen genannten *Modellen oder Häußlein*, *Modelle*, *Normalbauriße* und *Normal Anschläge* oder die in der Forschungsliteratur zur Bezeichnung des Phänomens gebräuchlichen Begriffe „Modellhaus“ und „Typenhaus“. ¹⁰³ Er beschreibt vielmehr eine bauliche Form und ein einprägsames bildliches Motiv für eine mustergültige stadtbürgerliche Existenz. Wohl taucht das Motiv in den *Normalbaurissen* immer wieder auf und auch die etwa von Mielke für Potsdam rekonstruierten Typenhäuser sind im Grunde Variationen dieses Themas. Während ‚Typ‘ und ‚Normal‘ jedoch eindeutig praxisbezogenen Planungsmethoden und Kalkulationsverfahren entspringen, bezeichnet der erst im 19. Jahrhundert in die deutsche Sprache eingeführte Begriff ‚Standard‘ „etwas Mustergültiges, als klassisch anerkanntes“. ¹⁰⁴ Er umfaßt „das systematische Ausarbeiten, Durchsetzen, Kontrollieren und Überarbeiten von Standards als verbindliche Vorschriften für Bestlösungen.“ ¹⁰⁵ Mit den baulichen Prinzipien des standardisierten Bürgerhauses wurden hinsichtlich Feuersicherheit, Hygiene, Funktionalität und Rationalisierung des Entwurfs- und Bauvorgangs neue Standards im wörtlichen Sinne gesetzt. ‚Standard‘ bezieht sich jedoch nicht nur auf die (Bau-)Technik, sondern auch auf die Wertevorstellungen der Gesellschaft. Für das Bürgerhaus folgt daraus, daß die Standardisierung nicht nur die bauliche Form betrifft, sondern auch die dieser Form angemessene und durch sie reglementierend angestrebte Lebensform.

Das standardisierte Bürgerhaus in den deutschen Planstädten

Eine Standardisierung der Bauaufgabe Bürgerhaus fand auch in Deutschland zuerst in den Planstädten des 17. und 18. Jahrhunderts statt. Die planmäßig angelegten oder erweiterten Residenzstädte und Städte für Religionsflüchtlinge (‘Hugenottenstädte’) waren für die Verbreitung des „neuen“, stark geometrisch regulierten Bürgerhauses seit der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts von zweifacher Bedeutung. In ihnen wurden zum einen die meisten Hausneubauten realisiert. Darüber hinaus entfalteten die neugebauten Wohnhäuser der Residenzen und fürstlichen Stadtgründungen eine starke Vorbildwirkung für das Baugeschehen in den Provinzialstädten. Das bürgerliche Bauen in den Planstädten wurde durch übergreifende gestalterische Vorgaben, vor allem durch die regulierte

103 In diesen Begriffen sind zumeist mehrere Dinge zusammengefaßt: 1. Planungs- Kalkulationsverfahren (Kostenplanung), 2. Vorgabe von hausübergreifend wirksamen feuerpolizeilichen, hygienischen, bautechnischen und ästhetische Richtlinien, 3. Tatsächliche verbindliche Vorgabe eines Modells, nach dem alle Häuser zu errichten sind. Betrachtet man nur die Planungspraxis, so ist eine deutliche Entwicklung von der tatsächlich modellhaft gemeinten Vorgaben einer verbindlichen Gebäudeform hin zur reinen Kalkulationsgrundlage des Normalanschlages festzustellen.

104 Brockhaus Handbuch des Wissens in vier Bänden, Bd. 4, Leipzig 1925, Stichwort: Standard.

105 Lexikon der Kunst , Bd. 7, 1994.

Einbindung in die geschlossene Blockrandbebauung maßgeblich geprägt. Dabei spielten Bauvorschriften und Modell- oder Musterhäuser eine besondere Rolle. In diese Musterhausentwürfe, die von im Dienst der Obrigkeit stehenden Architekten erarbeitet wurden, flossen dann auch die Formen des standardisierten Bürgerhauses ein.

Georg Andreas Böcklers Entwurf für die fürstliche Residenzstadt Onoltzbach von 1686 ist ein charakteristisches Beispiel für die Bedeutung von Musterhäusern im Kontext absolutistischer Planstädte. Als Herausgeber der 1698 erschienenen deutschen Palladio-Ausgabe *Die Baumeisterin Pallas/Oder der in Deutschland erstandene Palladius* hatte Böckler ohne Zweifel genauere Kenntnis der neuesten niederländischen und französischen, vor allem aber der italienischen Architekturtheorie. Wie die meisten Stadtgründungen und Stadterweiterungen dieser Zeit besitzt auch sein nicht in die Realität umgesetzter idealisierter Stadtentwurf einen hohen Grad an Regulierung und Standardisierung. Die drei exemplarischen Entwürfe für *Kleinste Häußer*, *Mittelmäßige Häußer* und *Gröste Häußer auff dem Marckt*, die den regulierten Charakter der Stadt maßgeblich bestimmt hätten, variieren das standardisierte Bürgerhaus lediglich in den Abmessungen. Wie die Untersuchung von Ursula Merkel zu den „Modellhausbauten in Karlsruhe“ gezeigt hat, konnte die so angestrebte Einheitlichkeit der Stadt allerdings selbst in Residenzstädten nicht immer vollständig umgesetzt werden.¹⁰⁶ Es hing von der finanziellen und machtpolitischen Stellung des jeweiligen Stadtherrn, der Stringenz in der Durchsetzung der Vorschriften und von deren Akzeptanz bei den Bürgern ab, in welchem Maße Abweichungen von der Bauordnung das Stadtbild bestimmten oder nicht.

Die Erweiterung der preußischen Residenzstadt Berlin war eines der größten Stadtbauprojekte des ausgehenden 17. und frühen 18. Jahrhunderts im deutschsprachigen Raum. In großer Strenge und langanhaltender Prägekraft wurde hier das Prinzip des standardisierten Bürgerhauses angewandt und vielfach variiert. Über *Normalbaurisse*, das heißt zeichnerische Vorgaben für die Konstruktion und die Gestalt der Häuser, sowie über die Einbindung des Bauprozesses in einen strengen Kontrollmechanismus konnte man eine große Anzahl von musterhaften Bürgerhäusern errichten. Schon die ersten städtebaulichen Erweiterungen unter dem Großen Kurfürsten, Friedrichswerder und Dorotheenstadt, zeigen die Übernahme eines vorher im brandenburgischen Raum nicht bekannten Haustyps.¹⁰⁷ Waltraut Volk führt das zumeist dreiaxsig, mehrgeschossige „kleinbürgerliche Wohnhaus“ mit Stockwerkseigentum, das vor allem durch seine charakteristische Doppeltüranlage geprägt war, auf niederländische Vorbilder des frühen 17. Jahrhunderts zurück. Aus dieser bereits stark standardisierten Hausform seien durch Kombination zweier Häuser und Umwandlung des Stockwerkseigentums in kleine und größere Mietwohnungen die zumeist fünfachsig Häuser des frühen 18. Jahrhunderts entwickelt worden.¹⁰⁸ Laurenz Demps konstatiert in den Jahrzehnten um 1700 in Berlin zwei „Wellen“ des Häuserbaus. Um 1700 sei ein von Nering entworfener Typ in der Friedrichstadt gebaut worden, der ein bis zwei Geschosse hoch, fünf bis sieben Achsen breit, über

106 Merkel 1990, S. 246ff.

107 Zur Gründung der Erweiterungsgebiete Friedrichswerder und Dorotheenstadt vgl. Schachinger 1993, Schachinger 2001.

108 Volk 1991, S. 42f.

eine symmetrisch angeordnete Durchfahrt erschlossen und zumeist nur von einer Familie bewohnt war. Während der Erweiterung der Friedrichstadt sei unter Philipp Gerlach ein fünf- zumeist aber siebenachsiger, zweigeschossiger Haustyp entwickelt worden, der von vornherein für mehrere Familien angelegt und mit abgeschlossenen Wohnungen und mehreren Küchen zur Vermietung eingerichtet gewesen sei.¹⁰⁹ Ein Blick auf die Architekturtheorie des 16. und 17. Jahrhunderts zeigt, daß sich die gut ausgebildeten Architekten des Königs, die diesen Prozeß prägten, auf eine längere Tradition der Standardisierung der Bauaufgabe Bürgerhaus stützen konnten. Die dem generellen, streng rationalen und mathematisierten Planungsansatz und damit den gesellschaftspolitischen und städtebaulichen Vorstellungen entsprechenden standardisierten Hausformen, die in den Stadterweiterungen Berlins unter strenger Aufsicht gebaut wurden, reihen sich somit nahtlos in die von Spanien und Italien über die Niederlande bis Schweden nachweisbaren theoretischen Überlegungen und Realisierungsversuche von befestigten Lagern, Festungs- und Planstädten der Neuzeit ein.

Auch bei privaten Bauvorhaben in der Berliner Altstadt kam diese Bauform zur Anwendung. Der einflußreiche Berliner Baudirektor Martin Grünberg, der als Nachfolger Nerings ebenfalls *Normalbaurisse* für den Bau der Wohnhäuser in den Berliner Stadterweiterungen anfertigte und als *Ingenieur und Inspecteur vor das Bauwesen in denen Städten der Chur- und Marck Brandenburg*, so sein Titel mit dem Zusatz *besonders in Betreff der Feuersgefahr* auch für den provinzialstädtischen Wohnhausbau Maßstäbe setzte, hatte bereits 1689/90 das Haus Breite Straße 23 in Berlin errichtet.¹¹⁰ Zusammen mit einem weiteren Haus publizierte Jeremias Wolff den Entwurf noch 1730 als Kupferstich. Schließlich folgte auch das 1703 nach Grünbergs Entwurf errichtete Haus Märkisches Ufer 18 in Berlin den Prinzipien des standardisierten städtischen Wohnhauses.

Während derartige Häuser in Berlin nur über ältere Abbildungen zu erschließen sind, prägen sie in Potsdam noch heute das Stadtbild. Wenn Friedrich Mielke die Grunddisposition des Potsdamer Bürgerhauses der Regierungszeit Friedrich Wilhelm I. als „Mittelflur oder Durchfahrt mit nahezu gleichwertigen Räumen links und rechts, dazu eine tragende Mittelwand“ beschreibt, so formuliert er damit die Eigenschaften des in den Jahren nach 1700 in Berlin aus den Vorgaben der Theorie entwickelten standardisierten Bürgerhauses.¹¹¹ In Grund- und Aufriß sollten diese Häuser für das gesamte 18. Jahrhundert in der Mark Brandenburg beispielgebend bleiben.

Exkurs: Der modernisierte Fachwerkbau und seine „mathematische Schönheit“

Beim Wiederaufbau Templins entschied man sich, die Wohnhäuser als Fachwerkbauten zu errichten. Da sich die bisher untersuchten Schriften mit dem massiven Hausbau beschäftigten, ist es von besonderem Interesse zu sehen, daß im Fachwerkbau um 1700 dieselben auf mathematischen

109 Demps 1988, S. 100f.

110 Grünberg wurde 1688 als Ingenieur und *Inspector* angestellt und erhielt 1699 die Ernennung zum *Baudirector bei dem Landbauwesen und in den Städten*. Zu Grünberg allgemein vgl. Heckmann 1998, S. 136ff. Zu seiner Bedeutung für die unter Friedrich III./I. einsetzende Retablissemmentspolitik vgl. Jaeckel 1999, S. 396ff.

111 Mielke 1972, S. 163.

Grundlagen basierenden Prinzipien bestimmend wurden, die den Städtebau und den Bau massiver Häuser in dieser Zeit prägten. Seit Anfang des 18. Jahrhunderts zeigten sich im Fachwerkbau einiger Regionen Deutschlands neuen Gestaltungstendenzen, die von der Forschung bisher zumeist als Verarmung und Niedergang beschrieben wurden.¹¹² Unbestreitbar gewann in diesen Jahrzehnten der Einfluß der vom Massivbau abgeleiteten gestalterischen Leitbilder auf den traditionellen Fachwerkbau an Bedeutung. Diese Bezugnahme ist jedoch mit dem Hinweis, das Fachwerk werde auf seine rein konstruktiven Aufgaben reduziert und diene fortan lediglich als Putzträger, keineswegs hinreichend beschrieben. Die Modernisierung des Fachwerkbaus ist sowohl hinsichtlich der darin angewandten Methoden als auch der Intention weitaus komplexer. Bei einem Blick auf die zeitgenössische Architekturtheorie überraschen Anzahl und Umfang der in den ersten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts in Deutschland publizierten Schriften, die sich dem Fachwerk widmen. Bedeutende Theoretiker wie Johann Wilhelm¹¹³, Leonhard Christoph Sturm, Johann Vogel, Jost Heimbürger¹¹⁴, Johann Jacob Schübler oder Johann Friedrich Penther¹¹⁵ setzten sich in ihren viel gelesenen Abhandlungen intensiv mit dem Fachwerkbau auseinander.

Bereits in einer *Anmerkung von dem Zimmerwerck*, die Sturm seiner 1699 erschienenen Daviler-Übersetzung hinzufügt, betrachtet dieser den Fachwerkbau vor allem mit dem Ziel, die *vornehmsten Fehler, die dabey vorgehen*, zu bekämpfen.¹¹⁶ Sturm kritisiert die traditionelle Bauweise, *die Geschosse obenauff immer zu erweitern, und eines über das andere hinaus zu bauen*, da solche Gebäude erstens, *wie die tägliche Erfahrung lehret, kaum hundert Jahr, ja dies nicht wohl zu stehen vermögen* und da sie zweitens eine *Mißgestalt (...) in einer Stadt verursachen*. Neben der Feuersicherheit werden zudem bautechnische und statische Probleme angesprochen. Zu beachten bleibt aber vor allem, daß Sturm zur Beurteilung des Fachwerkbaus nicht nur Maßstäbe der Dauerhaftigkeit, sondern auch solche der Schönheit wie selbstverständlich heranzieht. Dies wird an einer anderen Stelle noch deutlicher. Zur *Menage sowohl als zur Schönheit des Hauses* und zu *mehrerer Stärcke* schlägt er eine Abstufung der Holzstärken vor.¹¹⁷ Die Ständer sind dabei als tragende Elemente die kräftigsten Stücke. Sie sollen leicht aus der Wand hervorstehen, um *allerhand Zierlichkeit* direkt in diese schneiden zu können, und solche *Zierrathen* nicht annageln zu müssen. Auch wenn Sturm an anderer Stelle beschreibt, welche Vorteile das *Verkleiden und Bewerffen*

112 Die Lehrmeinung zu diesen Veränderungen des Fachwerkbaus um 1700 formuliert Günter Binding in seiner *Kleinen Kunstgeschichte des deutschen Fachwerks*: „Die Baukunst des Barock ist auf den Massivbau ausgerichtet, der Fachwerkbau ist schon seit dem Ende des 17. Jahrhunderts zurückgedrängt und nur noch ausnahmsweise mit Schmuckgliedern versehen, zumeist mehr konstruktiv und für Verputz geplant.“ Binding 1989, S. 47f.

113 Das Werk des schon von den Theoretikern des beginnenden 18. Jahrhunderts als Ahnherr der theoretischen Beschäftigung mit Holzbaukunst gepriesenen Johann Wilhelm wurde bis ins 18. Jahrhundert mehrfach wieder aufgelegt. Johann Wilhelm, *Architectura Civilis (...) Beschreib= oder Vorreissung der fürnembsten Tachwerck*, Nürnberg 1649.

114 Jost Heimbürger, *Neu eröffneter Bau- und Zimmer-Platz*, Frankfurt (Main) und Leipzig 1729.

115 Johann Friedrich Penther, *Ausführliche Anleitung zur Bürgerlichen Bau-Kunst, Erster Theil*, Augsburg 1744-48.

116 Das Original erschien 1691 in Paris unter dem Titel: Augustin Charles Daviler, *Cours d'architecture qui comprend les ordres de Vignole (...)*. Im folgenden zitiert nach Sturms erstmals 1699 in Amsterdam publizierten Übersetzung und ausführlichen Kommentierung in der Ausgabe von 1725. Augustin Charles Daviler, *Ausführliche Anleitung zu der gantzen Civil-Baukunst*, Augsburg 1725, S. 381.

117 Ebenda, S. 382.

hölzerner Wände hat, gesteht er dem Fachwerk grundsätzlich zu, in gewissen Grenzen schön und zierlich sein zu können.

Während Sturms Lehrtätigkeit als Mathematikprofessor an der Universität in Frankfurt (Oder) entsteht 1707 eine Schrift über den *Kurtzen Begriff der gesamften Mathesis*. Sturm spricht in der darin enthaltenen *Abhandlung zur Zivilbaukunst* von der Zierlichkeit und antwortet auf die fiktive Frage, ob man den wahren Grund der Zierlichkeit der Gebäude denn nicht kenne:

*Ich aber scheue mich gar nicht zu sagen, daß wenn man wegen der Stärcke und Bequemlichkeit so gute und gewisse Principia hätte, als bey der Schönheit, die Architektur unter die besten Mathematischen Wissenschaften mit zu zehlen wäre.*¹¹⁸

Die Baukunst erscheint hier als Teil einer von mathematischen Grundsätzen bestimmten Welt. Die aus dieser Maxime abzuleitenden gestalterischen Konsequenzen für den Fachwerkbau mußten im Rahmen der mathematischen Methode den Ansprüchen von Berechenbarkeit, Ordnung und Exaktheit genügen. In einer etwas später erschienenen Schrift bezieht Sturm diese rationale Durchdringung beziehungsweise Aufbereitung des Themas explizit auch auf den Fachwerkbau. In seiner 1718 erstmals publizierten *Kurze(n) Vorstellung der gantzen Civil-Bau-Kunst* betont er zunächst, daß das *Zimmer-Handwerck [...] in seiner Vollkommenheit eine sehr künstliche Profession* sei.¹¹⁹ Danach beginnt er, die verschiedenen Fachbegriffe anhand zweier Kupferstiche zu erläutern.

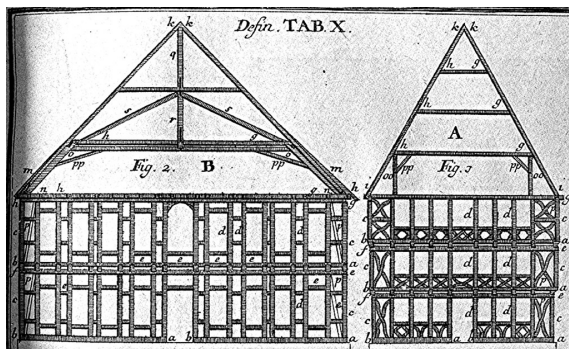


Abb. 14: Leonhard Christoph Sturm: Ein nach *alter Teutscher Art* und ein nach *neuerer Art* gezimmertes Haus, aus: Sturm 1745, Tab. 10

Zu *Fig. 2 (B)*, bemerkt er, dies sei ein nach *alter Teutscher Art* gezimmertes Haus. Zu *Fig. 3 (A)* heißt es entsprechend, dies sei ein nach *neuerer Art* gezimmertes Haus.¹²⁰ Die altertümliche Fachwerkfassade ist als vertikal, das heißt giebelständig charakterisiert, die moderne hingegen als breit gelagert, waagrecht und traufständig. Beide Fassaden sind symmetrisch aufgebaut. Während es aber an der veralteten noch die von Sturm bereits 1699 kritisierten vorkragenden Obergeschosse gibt, finden sich diese an der modernen nicht. Neben der Proportionierung der Gesamtfassade sind Zahl und Form der Schmuckelemente die wesentlichsten Unterscheidungsmerkmale. Findet man an der Fassade ‚nach alter Art‘ eine große Zahl von sich kreuzenden und rhombenförmig angeordneten

118 Sturm 1707, 2. Theil 4. Hauptstück: *Von der Civil-Bau-Kunst*, S. 204f.

119 Hier zitiert nach der Ausgabe von 1745. Sturm 1745, S. 21.

120 Ebenda.

Streben, so sucht man diese an der modernen vergeblich. Die vier eingezeichneten Streben, Sturm nennt sie *Bänder*, sind deutlich als nicht sichtbar dargestellt. Auch der erläuternde Text geht auf den so gravierenden Unterschied in der Verwendung dieser *Bänder* ein:

*Bänder sind schrägs stehende Hölzter, welche eingebunden werden, wo am ersten Sorge ist, daß das Zimmerwerck ausweichen möge. Die Alten haben sie gern Creutz-weiß und noch darzu mit großer Mühe krumm ausgearbeitet.*¹²¹

Die funktionelle Notwendigkeit der Streben ist für Sturm der wesentliche Aspekt. Die Verwendung zur Verzierung der Fassade hingegen stellt er als sehr mühevoll, traditionell und veraltet dar. Die Ständer der alten Fassade stehen in strenger Abfolge und lassen eine Rhythmisierung der Fläche durch die Lage der Fenster nicht zu. Ganz anders an der neuen Fassade. Auch hier sind die Ständer in Erd- und Obergeschoß einander senkrecht zugeordnet; selbst die Köpfe der Deckenbalken folgen dieser nach den Fensterachsen ausgerichteten vertikalen Ordnung. Indem aber die Fensterachsen "gekoppelt" oder isoliert werden, entstehen unterschiedliche Abstände der Ständer, womit Sturm hier eine zurückhaltende Rhythmisierung der Wandfläche erreicht. Nicht nur die Mittelachse mit dem Eingang, sondern auch die beiden seitlichen Fensterachsen werden durch die Größe der sie umgebenden Wandflächen betont und risalitartig hervorgehoben. Regelmäßigkeit, Symmetrie, breite Lagerung und Rhythmisierung prägen die Fachwerkfassade des modernen Hauses. Mit dieser Gegenüberstellung gelingt Sturm die prägnanteste bildliche Umsetzung der zeitgenössischen Forderungen an den modernen Fachwerkbau. Deutlich wie kein anderer Theoretiker seiner Zeit stellt er die alte, traditionelle der neuen, modernen Fachwerkkunst gegenüber.

Fachwerkhäuser, die in der von Sturm dargestellten *neueren Art* gezimmert sind, präsentiert auch Johann Vogel in seinem 1708 in Hamburg veröffentlichten Buch *Die moderne Baukunst*. Die bis nach 1800 immer wieder aufgelegte Schrift¹²² ist hier von besonderem Interesse, weil sie in hohem Maße von den baulichen Gepflogenheiten und architektonischen Vorstellungen geprägt ist, die um 1700 in Berlin und der Mark Brandenburg aktuell waren. In seiner Vorrede hebt Vogel diese Verbindung ausdrücklich hervor:

*nechst dem aber bin ich dem vortrefflichen und berühmten Königl. Preußischen Architecto, Land und Ober-Bau-Director, Hern Martin von Grüenberg seel. höchstens verbunden, dessen Andencken auch Lebenslang veneriren werde, daß durch dessen recht gütige und väterliche Anleitung zu rechter Ausübung gelangen können, indem einige Jahre unter dessen Direction kostbare und vortreffliche Gebäude aufführen helfen und in obliegenden Geschäften mit Hand angelegt, daraus endlich solches Werck gezeuget und zum Stande gebracht worden.*¹²³

121 Sturm 1745, S. 22.

122 Mir bekannte Ausgaben sind die von 1716, 1726, 1795 und 1806. Hier benutzt die Ausgabe Hamburg 1726.

123 Vogel 1726, Vorrede.

Indem er solchermaßen auf die Quelle verweist, zeigt Vogel die Herkunft oder zumindest den Entstehungszusammenhang seines Werkes an, dessen Inhalt damit ohne Zweifel auch als Illustration des von Berliner Baumeistern geprägten Bauwesens der Jahrzehnte um 1700 gesehen werden kann.

Auf *Tab. XVIII* zeigt Vogel ein zweigeschossiges siebenachsiges Rathaus. Durch die Verzierung der Eingangstür erscheint die Fassade deutlich als Fläche gekennzeichnet, die nicht zu verputzen, sondern höchstens einheitlich zu tünchen oder zu schlemmen ist, womit dem Fachwerk auch eine gestalterische Aufgabe zugewiesen wird. Breit gelagert, mit exakter Symmetrie, konsequenter Axialität der Fenster- beziehungsweise Ständeranordnung und dem vollständigen Verzicht auf schräg verlaufende Elemente präsentiert diese Fachwerkfassade ihre Modernität. Die Rhythmisierung durch unterschiedliche Ständerabstände reduziert sich auf eine ganz leichte Isolierung der Mittelachse und eine deutliche Betonung der Gebäudekanten. Die mehrfache Profilierung von Haupt- und Zwischengesims ist durch Abstufungen der Balken oder aufgenagelte, profilierte Bretter oder Bohlen erreicht. Neben dem obligatorischen Türmchen, der Freitreppe und dem Erker besteht der Schmuck dieser Fachwerkfassade vor allem in ihrer strengen symmetrischen Ordnung und ihrer zurückhaltenden Rhythmisierung. Dies scheint selbst für die doch eigentlich gehobene Bauaufgabe genügt zu haben. Es war offensichtlich hinreichend modern. *Tab. XXIII* zeigt in derselben Formsprache ein *Bürgerliches Gebäude von Holtz*.

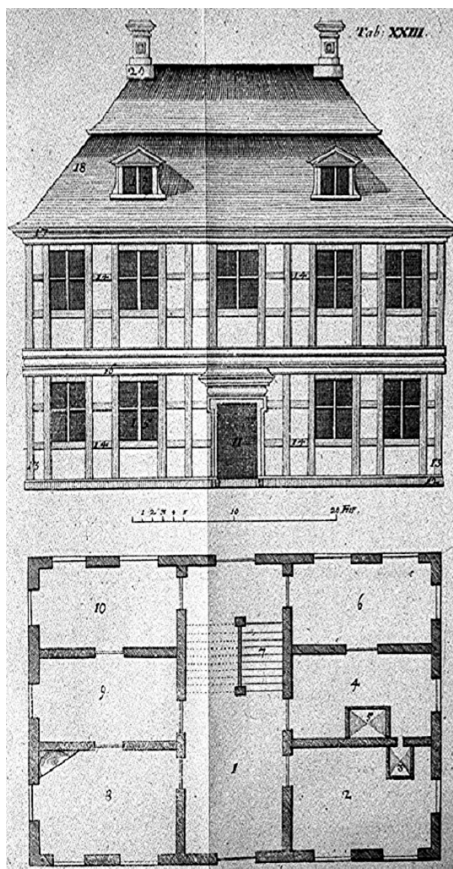


Abb. 15: Johann Vogel: *Bürgerliches Gebäude von Holtz*, aus: Vogel 1726, Tab. 23

Deutlicher als an der Rathausfassade ist die Mittelachse durch zusätzliche Ständer und Gefache separiert und damit risalitartig hervorgehoben. Auch hier beherrschen sich rechtwinklig kreuzende Hölzer und rechteckige Gefache das regelmäßige Bild. Auffallend ist wieder die starke Betonung des

Zwischengesimses durch breite, wulstige Schwell-, Rähm- und Füllhölzer, wie sie in der Kurmark Brandenburg an Häusern, die um 1700 errichtet wurden, häufig anzutreffen ist. Auch an Vogels Wohnhaus besteht der Schmuck neben den Gesimsen und der Rahmung der niedrigen Tür in strenger Ordnung und zurückhaltender Rhythmisierung.

Ausführlich hat sich auch der Nürnberger Mathematiker Johann Jacob Schübler mit dem Fachwerkbau beschäftigt. Zwei seiner Schriften sind zum tieferen Verständnis der neuen Fachwerkformen besonders aufschlussreich, darunter zunächst die *Nützliche Anweisung zur unentbehrlichen Zimmermanns-Kunst*, die Balthasar Neumann gewidmet ist. Das erfolgreiche Buch erschien erstmals 1731 in Nürnberg. In einer umfangreichen Vorrede beschwört Schübler zunächst die Theoriewürdigkeit der Zimmermannskunst. Dabei fehlt weder der Verweis auf die Bibel noch die Beschwörung der Autorität antiker Baukunst.¹²⁴ Besonders der Rückgriff auf berühmte antike und neuzeitliche Wissenschaftler und Baukünstler zeigt eine markante Zuspitzung auf das *vernünftige Verfahren in dieser Kunst* und auf die Beiträge der *herrlichsten Mathematicis* sowie der *Ingenieurs, Gelehrten, Mechanicis und Werckmeister*, welche die *Ars Tignaria* zu einer *Bau-Kunst mit Regeln* und damit zu einer *unentbehrlichen Wissenschaft* gemacht hätten.¹²⁵ Schon in dieser Einleitung wird die eigentliche Faszination des Fachwerkbaus für die Mathematiker des frühen 18. Jahrhunderts deutlich: Man betrachtete den Fachwerkbau in erster Linie als eine regelmäßige, der Vernunft verpflichtete Kunst, man rühmte das ihm innewohnende *vernünftige Verfahren*. Mithin begeisterte am Fachwerkbau die Möglichkeit zu anschaulicher Rationalität.

Schübler folgt dieser Prämisse konsequent. Als einer der ersten Theoretiker wendet die *Regeln der Vernunft*, das heißt das mathematische Verfahren, auf die exakte Berechnung von Tragen, Lasten und Schieben in der Fachwerkkonstruktion an. Nebenher polemisiert er aber wie Sturm und Vogel gegen die traditionelle Fachwerkkunst. In Bezug auf die Dachkonstruktion, der sein besonderes Interesse gilt, betont er, es sei *aus der Erfahrung zur Genüge bekannt, daß bey verschiedenen Dächern wenig oder gar keine Proportion und also keine mathematische Schönheit dem Bau-Meister daraus zuwachsen kann*.¹²⁶ Den Grund für diesen Übelstand, der bei denen, *die von der Sache wie sie seyn soll recht künstlich und bündig zu urtheilen wissen, ohnfehlbar das Auge choquiren* muss, sieht Schübler im *Hazard*, im *National-Gousto*, in den *ingerissenen Maximen* und in dem noch

124 Daß das Zimmerwerck dem Ursprung nach von den allerersten Zeiten herzuleiten ist und eine sehr alte Wissenschaft sey, das Holtz-Werck künstlich mit einander zu verbinden; solches erhellet zur genüge aus Göttlicher heiliger Schrift, als auch ferner aus der sämtlichen Historie der weitläuffigten Bau-Kunst selbst. Johann Jacob Schübler, *Nützliche Anweisung zur unentbehrlichen Zimmermanns-Kunst*, Augsburg 1731, S. 5.

125 Als aber nach der Zeit der Invention die Iasonis, Patholi, Stephani und Hegeoe mehr Stärke und Bequemlichkeit ans Licht setzte, und in sämtliche *Ars Tignaria* der antiken Verstand bey allen möglichen Gebäuden wobey Holtz verwendet als eine Bau-Kunst mit Regeln unterstützte, und zu einer unentbehrlichen Wissenschaft gemacht, da sie zu den anfänglich schlechten Zustand mehr erkannte Wahrheit hinzufügte: so geschah es daß Philander, Vitruvius, Scopinas, Varo und viele andere mehr, das gute hinlängliche Vermögen und vernünftiges Verfahren in dieser Kunst nicht allein rühmen, sondern auch selbe von denen herrlichsten Mathematicis, als Archimede und mancherley wahren Meistern alter und neuerer Zeiten viel zur Verbesserung täglich ist beygetragen worden, wie solches die vielen würcklichen Exempel, schriftliche Nachrichten und Handrisse bekräftigen, so von Bramantes, Borromini, Blondel, Bruand, Caesarinus, Dechal, Daviler, Erard, Fontano, Goldmann, Groliers, Gaertner, Gautier, Hartmann, Jacobello, Lorinus, Mansard, Matturin, Jousse, Paradis, Palladium, Ponanni, Perault, Pesoni, Sturm, Scamozzi, Vogel, Wilhelm, Wolff, Richter und vielen verständigen Ingenieurs, Gelehrten, Mechanicis und Werckmeistern zum Vorschein gekommen. Ebenda, S. 6.

126 Ebenda, S. 6f.

reichlich vorhandenen Holz. Dies alles zusammen genommen lasse *keine Spuren guter Erkenntnis der Verhältnis-nöthigen Stärke* zu.¹²⁷ Deutlich folgt Schübler in diesem Kontext rationalen Erwägungen, wenn er feststellt, daß viel Holz im Fachwerk keineswegs die *gute Erkenntnis des möglichen und wahren Schönen* zeige, sondern vielmehr nur den Überfluß an Baumaterial zu Schau stelle.¹²⁸ Die höchste *Wahrscheinlichkeit von der Schönheit* könne man dagegen allein durch die mathematische Methode erreichen. Traditionelles Fachwerk, so ließe sich Schüblers Ansicht zusammenfassen, ist die hausgewordene Unvernunft und damit per se unförmig und häßlich; Fachwerk, das auf der Grundlage der rationalen mathematischen Methode entwickelt wird, ist hingegen fast zwangsläufig schön, es besitzt *mathematische Schönheit*.

Schüblers 1736 in Nürnberg erschienene *Sciagraphia Artis Tignariae* führt diese Gedanken fort. Im 8. Kapitel erläutert er in mathematisch-geometrischen Operationen ausführlich die

*General-Vorstellung, wie durch eine geometrische Aufreißung gewisser Winckel, jedesmal könne das Vermögen eines Schieb- Creutz- oder Trag- Bieges gefunden, und die Länge der gegen einander proportionirten Hölzzer ausgedrucket, und auf mechanische Weise der Beweis der tragenden und schiebenden Krafft, durch ein kleines höltzernes Modell, jedesmal vor Augen gestellt werden(...).*¹²⁹

Diese umständliche Operation sei letztlich nötig, *wenn man bey einem Gebäude das benöthigte Holtz-Werck nicht überflüssig häuffen, sondern jedes nach seinem beywürckenden Nutzen zu Unterstützung der Haupt-Last verknüpfen will.*¹³⁰ Nach der modernen zeitgenössischen Theorie – so stellt sich Schüblers Berechnungsexempel dar – benötigt das sachgemäße Einmessen der schrägen Streben sehr viel Geschick, Fachkenntnis und Zeit. Beides, Wissen und Zeit, ist durch ein einfaches, rational organisiertes Fachwerk ebenso einzusparen wie das wertvolle Bauholz. Der mathematisch errechnete und daher sparsame Einsatz von Holz muß in dieser Logik unweigerlich zu einem ästhetisch ansprechenden Ergebnis führen, zu einer *mathematischen Schönheit*, welche der traditionellen verschroben-vielteiligen Schönheit des nach *alter Teutscher Art* gezimmerten Hauses vorzuziehen sei.

Der Fachwerkbau führt, dies mögen die Beispiele gezeigt haben, in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts in der deutschen Architekturtheorie keineswegs ein Schattendasein. Sturm und Schübler verdeutlichen, daß ästhetische Überlegungen dabei nicht weniger im Mittelpunkt

127 *Da nun der Hazard, der National-Gousto, die eingerissene Maximen und das überflüssige Holtz keine Spuren guter Erkenntnis der Verhältnis-nöthigen Stärke, noch eine vernünftige Wahl aus denen allgemeinen Fehlern der menschlichen Nachlässigkeit zu ihren Entschuldigungen zu erzwingen findet: so müssen die einmal eingeschlichene schlechte Verhältnis der Höhe des Dachs gegen der Höhe des gantzen Hauses, denen, die von der Sache wie sie seyn soll recht künstlich und bündig zu urtheilen wissen, ohnfehlbar das Auge choquieren, weil sie wissen, daß durch Hülffe der Mathematique noch viel Mittel finden könne die das mögliche und wahre Schöne der antiken, Griechischen, Italiaenischen, Französischen und starcken Teutschen Verbindungen besser ausdrucken, und mehr Wahrscheinlichkeiten von der Schönheit am Tage legen.* Ebenda, S. 7.

128 Zu dem Kampf, den die Obrigkeit in Hessen von der Mitte des 18. Jahrhunderts an einen um vergleichbare Ziele führte, was letztlich zur ordnungsmäßigen Einführung des sogenannten riegellosen Fachwerks führte, vgl. Fritzsche 1997, S. 186ff.

129 Johann Jacob Schübler, *Sciagraphia Artis Tignariae, oder nützliche Eröffnung zu der sichern fundamentalen Holtz-Verbindung, Bey dem Gebrauch der unentbehrlichen Zimmermanns-Kunst*, Nürnberg 1736, S. 56.

130 Ebenda.

ausgreifender theoretischer Betrachtungen standen als konstruktive und baupraktische Belange. Sturms Gegenüberstellung von altem und neuem Fachwerkbau enthält einen wichtigen Hinweis darauf, daß die hier skizzierte Entwicklung nicht als Übernahme von gestalterischen Normen des Massivbaus verstanden und dementsprechend als Niedergang der Fachwerkbaukunst gewertet werden kann: Sein nach *alter Teutscher Art gezimmertes Haus* trägt ein hohes, im Verständnis der Zeit ‚holzfreßendes‘ Dach, welches auf einem schlichten, doppelt stehenden Stuhl ruht. Auf dem nach *neuerer Art gezimmerten Haus* sitzt dagegen ein flacheres, recht eigenartig anmutendes Dach. Es steht nicht, wie bei einem traufständigen Haus zu vermuten, mit dem Dachfirst parallel zur Fassade. Auch weist der hier dargestellte liegende Dachstuhl einige Eigenheiten auf. Sturm schreibt, dieses Dach sei so eingerichtet, daß es dem *Gespärre*, das Vitruv im 2. Kapitel seines 4. Buches beschreibe, *am nächsten* komme.¹³¹ Vitruvs Kapitel, nach dem Sturm das Dachwerk rekonstruiert, ist im Hinblick auf den regelkonformen, neuen Fachwerkbau generell von großer Bedeutung. Darin wird die *Entstehung des Säulenschmucks* beschrieben und der *zimmermannsmäßige* Holzbau als Ursprung der Säulenordnungen benannt.¹³² Sturm setzt sein innovatives ‚vitruvianisches Dach‘ auf ein Fachwerkgerüst, dessen Modernität sich in Regelmäßigkeit und Symmetrie ebenso wie in wohldurchdachter Proportionierung und Rhythmisierung der Wandfläche zeigt. Diese Eigenschaften sind aus dem Regelkanon der Säulenordnungen abgeleitet. Mit der Wahl der Dachkonstruktion und dem ausdrücklichen Verweis auf die überaus prominente Vitruvstelle unterstreicht Sturm die Orientierung des modernen Fachwerkbaus an der Autorität Vitruvs und damit an den Normen der Säulenordnungen. Er bindet den modernen, regelmäßigen Fachwerkbau an allgemeingültige Normen, nicht indem er ihn auf den zeitgenössischen Steinbau, sondern direkt auf die Wurzeln aller Baukunst zurückführt. Damit besitzt diese Bauart eine eigenständige Tradition, die, wie auch Schübler andeutet, direkt mit den Anfängen aller Baukunst und dem hölzernen Ursprung der Säulenordnungen verbunden ist. Das nach *neuerer Art gezimmerte Haus* erscheint so als Modernisierung und streng regulierte Neuordnung der verwahrlosten Fachwerkbaukunst auf der Grundlage der schon in der antiken Baukunst vorgegebenen, mathematisch begründeten Grundregeln der Architektur.

Im Umfeld des seit dem 16. Jahrhundert auf der Grundlage der Beschäftigung mit der antiken Theorie und der Einbindung in mathematisch-geometrische Systeme aufblühenden Militärbauwesens hatte sich die Vorstellung von einem mustergültigen Wohnhaus entwickelt. Die Feldlager und Garnisonsstädte stellten, sei es nun in den theoretischen Schriften und Entwürfen zur *castrametatio* und zu mustergültigen Stadtanlagen, oder in der Praxis etwa der Geusenkriege, zuerst jene Anforderungen an die Organisation und bauliche Gestaltung des Lager- beziehungsweise Stadtlebens, die wenig später zu allgemeinen Prämissen des Städtebaus und darin eingebettet des Hausbaus werden sollten. Die Berücksichtigung der Feuerwaffen führte zu einer Proportionierung in die Breite und zu einer Reduzierung der Gebäudehöhe; Feuersicherheit und Hygiene verlangten Massivbau, Traufständigkeit, Breite der Straßen, Auflockerung und Regulierung des Blockinneren sowie Licht und Luft in den Wohnräumen; die streng regulierte Übersichtlichkeit und eindeutige

131 Sturm 1745, vgl. Anm. 257, S. 21.

132 Vitruv 1991, S. 177.

Begrenzung der einzelnen baulichen Komponenten führten zu einer gesteigerten Regularität des Parzellenzuschnitts und der Häuser sowie zur Nummerierung jeder Parzelle und jedes Hauses; Hierarchisierung und Nivellierung der soldatischen oder städtischen Gesellschaft hatte eine Abstufung von großen Häusern im Zentrum, mittelgroßen im zentrumsnahen Bereich und kleinen an der Peripherie, geschlossene Blockkanten sowie die Regulierung der Fassadengestaltung, Traufhöhe und Dachneigung zur Folge. Das Fortifikationswesen beeinflusste mit seiner auf streng mathematischen Prinzipien beruhenden Vermessungskunst den bald auch bei Stadtgrundrissen, Parzellen und Bürgerhäusern hochgradig rationalisierten Entwurfsvorgang. Der rechte Winkel erlangte dabei als einfachstes Mittel zur regulären Abgrenzung von Flächen besondere Bedeutung. In den niederländischen, vor allem aber in den deutschen architekturtheoretischen Schriften des 17. und frühen 18. Jahrhunderts wurden diese Ideen dann in dem Bild des standardisierten Bürgerhauses fokussiert und um 1700 sogar mit hohem Anspruch auch auf den Fachwerkbau übertragen.

Die Standardisierung einzelner Planungselemente wie der Unterkunft beziehungsweise des Wohnhauses diente im Feldlager wie in der Planstadt des 17. und 18. Jahrhunderts dazu, Planung und Durchführung berechenbar zu machen und zu beschleunigen. Darüber hinaus wurde die im Militärwesen zuerst erprobten Ordnungsprinzipien dazu genutzt, die reale Lebenswelt nach rationalen Mustern zu ordnen. Die größtmögliche Einheitlichkeit des Erscheinungsbilds der Stadt, die sich am effektivsten durch eine einfache Gestaltung der Häuser und ihrer Fassaden erreichen ließ, war demnach mehr als ein Stilprinzip des absolutistischen Städtebaus.¹³³ Die im streng rationalen, mathematisierten Entwurfs- und Planungsverfahren und in dessen Relevanz für soziale Ordnungsvorstellungen begründete Verwandtschaft des standardisierten städtischen Wohnhauses mit den streng hierarchisierten Unterkunftsgebäuden der Festungsstädte und Feldlager zeigt vielmehr, wie grundlegend jener Modernisierungsschub, der im 16. Jahrhundert im Spannungsverhältnis von Kanone und Festung seinen Ausgang genommen hatte, die Zivilbaukunst der folgenden 200 Jahre prägte.

Das provinzialstädtische Bürgerhaus im Wiederaufbau Templins 1735-1750.

Die bauliche Beschaffenheit Templins vor dem Brand

In der *Nachricht von der in der Uckermark belegenen immediat-Stadt Templin*, die von *Bürgermeister und Rathmannen* der Stadt Templin 1743 als Zuarbeit für die *Topographia* von Johann Christian Bekmann verfaßt wurde, heißt es:

Die Stadt hat vor Alters aus 300 Bürger-Stellen bestanden, und ist dabey verordnet gewesen, daß selbige weder von binnen noch buthen vergrößert werden solle, daher es dann geschehen,

133 Jakob 1990: S. 193.

Müller, zum anderen lief die Straße, sich stark verjüngend, direkt auf den Markt, genau auf eine Schauseite des Rathauses zu. Variantenreich war die Gestaltung der Zugänge zum Markt. Vom Prenzlauer Tor aus scheint die Schulzenstraße zunächst auf einen besonderen Vorsprung (Erker) am Haus des wohlhabenden *Senators und Handelsmannes* Johann Schmidt zugelaufen zu sein, ehe sie in scharfer Rechtskurve auf den Markt führte. Außer der Königstraße führten alle Straßen und Gassen so auf den Marktplatz, daß spätestens die gegenüberliegende Platzkante den Blick begrenzte. Der zweite städtebauliche Schwerpunkt lag um die Maria-Magdalena-Kirche. An dem kleinen, schmalen Kirchplatz, auf dem sich der Friedhof befand, waren die kirchlichen Institutionen *Küsterey, Diakonat, Inspectorat* und die *Schuhle* versammelt. Ein weiterer, allerdings deutlich untergeordneter Schwerpunkt des kirchlichen Lebens lag in der Königstraße. Hier standen nahe dem Berliner Tor das Hospital St. Georg und die Georgskapelle. Neben dem Marktplatz und dem Friedhofsgelände um die Kirche gab es an der Stadtmauer eine Reihe von unbebauten beziehungsweise landwirtschaftlich (als Garten) genutzten Flächen. In diesem Bereich befanden sich auch fast alle im Kataster von 1725 erwähnten wüsten Stellen.

Es gab eine deutlich ausgebildete Hierarchie der Straßen. Während einige größere Straßen wie Mühlenstraße, Königstraße-Hoher Steinweg, Schulzenstraße oder Fischerstraße über weite Strecken durchliefen, stießen die kleineren Straßen und Gassen an Kreuzungen immer auf die gegenüber liegende Straßenfront (z. B. Mittelstraße, Probsteistraße). Weiter sei auf die nicht geringe Zahl der sehr schmalen Gassen hingewiesen. Eine gewisse Sonderstellung nahmen Vogel-Gesang und Grünstraße ein, welche in ihrem krummen Verlauf gut einem Drittel der Stadtmauer folgten. Die Quartiere waren, beginnend mit dem zwischen Probstei-, Mühlenstraße und Hoher Steinweg von I bis XXII ohne erkennbare hierarchische Ordnung durchnummeriert. Das Stadtgebiet war geviertelt, d. h. es gab das *Mühlen Viertel*, das *Prentzlowische Viertel*, das *Berlinische Viertel* und das *Lichensche Viertel*.¹³⁷ Die Parzellen waren grundsätzlich in rechteckigen Quartieren zusammengefaßt. Die immer nur auf geringe Distanz parallel verlaufenden Straßen ergaben jedoch kein streng geordnetes Raster. Die Grundstücke der Bürger, die in Größe, Form und Breite an der Straße stark schwankten, erstreckten sich längsrechteckig ins Blockinnere. Die Parzellen wurden im Kataster in drei Gruppen geteilt: Braustellen, Bürgerstellen und Budenstellen. Einzig vor dem Prenzlauer Tor ist ein Scheunenviertel verzeichnet. Die Gebiete vor dem Mühlen- und dem Berliner Tor, wo derartige Viertel ebenso zu vermuten sind, wurden auf dem Plan nicht verzeichnet. Zahlreiche Scheunen standen aber noch innerhalb der Stadt, direkt neben oder hinter den Wohnhäusern.

Die dichte Bebauung auf vielgestaltigen Parzellen, schmale, verwinkelte Straßen und Gassen, der durch Bebauung geteilte und verkleinerte Marktplatz sowie die Leere entlang der Stadtmauer bestimmten das städtebauliche Bild der Stadt. Typisch für die von der mittelalterlichen Gründungsphase bestimmte Gestalt war auch der ovale Mauerring. Diese beeindruckende, aus der 2. Hälfte des 13. Jahrhunderts stammende Feldsteinmauer prägte die Stadt nicht nur nach innen, sie beherrschte vor allem ihre Außenwirkung.

137 Zitiert nach dem von Chr. D. Wanckenheim 1725 angefertigten Kataster, Blanckenburg Bd. 6, Abschn. XI, S. 30ff.

Dies wird auf der Ansicht von Templin deutlich, die Daniel Petzold um 1710 schuf. Da auch hier die Wiedergabe der Bürgerhäuser einer gewissen Schematisierung unterliegt, muß sie mit den gleichzeitig entstandenen Ansichten von Prenzlau und Lychen verglichen werden. In allen drei uckermärkischen Städten sind giebelständige Häuser auszumachen. Die Giebel folgen einer einheitlichen Darstellungsweise: Das Giebeldreieck ist mit einer einfachen geometrischen Figur versehen, die sowohl den Fachwerkcharakter generell als auch die künstlerische Gestaltung andeuten soll. Auf der Ansicht Lychens erkennt man zudem Kopfbänder, welche im Obergeschoß um Giebel und Traufseite herumlaufen. In der Ansicht von Templin sind solche Kopfbänder, zusammen mit Fußbändern, nur an dem vor dem Mühlentor gelegenen Mühlengebäude sichtbar. Im Vergleich zu Prenzlau, wo von den Toren ausgehend Reihen von traufständigen Häusern dem Verlauf der Straßen folgen, zeigt das Templiner Stadtbild deutlich mehr giebelständige Häuser. Fast alle Dächer sind sehr steil und hoch. Die Mehrzahl der Häuser scheint nach dieser Ansicht ein- oder zweigeschossig gewesen zu sein, nur wenige Dächer überragen die anderen. Aber es gibt solche mehrgeschossigen Häuser, besonders zwischen Kirche und Rathaus. Rechts des Mühlentors, wo mit Sicherheit die Mühlenstraße verlief, zeigen zwei Häuser den Giebel zur Straße. Ebenso erkennt man links des Mühlentors eine Gruppe von drei gleich hohen spitzen Giebeln, die in dieser Form nur von drei nebeneinander stehenden Giebelhäusern stammen können. Der auffallende Unterschied zu Prenzlau verleiht der Darstellung eine gewisse Glaubwürdigkeit.

Petzolds Ansicht zeigt Templin in dem Zustand, der nach dem letzten großen Brand, der die Stadt zu Beginn des 30jährigen Krieges verwüstet hatte, entstanden war. In der Folge dieses Krieges, der auch Templin fürchterlich heimgesucht hatte, gab es 1628 es nur noch 156 Bürger in 161 Häusern, 1645 dann gar nur noch 30 Bürgerfamilien.¹³⁸ Wie in zahlreichen Städten der Mark Brandenburg dürfte demnach ein großer Teil der 1735 abgebrannten Wohnhäuser aus der Zeit um beziehungsweise nach 1650 gestammt haben. Eine ganze Reihe von Hausstellen wurde wohl auch erst am Ende des 17. Jahrhunderts wieder bebaut. Einige sehr allgemeine Angaben über das Bild des Templiner Hauses vor 1735 lassen sich auch aus den Zahlen erschließen, welche Friedrich Wilhelm August Bratring in seiner *Statistisch-topographischen Beschreibung* anführt. Danach gab es 1730 kein einziges massives Haus in der Stadt, das heißt alle Häuser bestanden aus Fachwerk. Von den insgesamt 267 Häusern war über die Hälfte mit Ziegeln, der Rest noch mit Stroh gedeckt. Außerdem gab es 108 Scheunen und 33 wüste Stellen.¹³⁹ Weiteren statistischen Angaben ist zu entnehmen, daß es 1733 dann wieder 271 Häuser in Templin gab, von denen 182 mit Ziegeln und 89 mit Stroh oder Schindeln gedeckt waren. Außerdem sind in diesem Jahr 29 wüste Stellen nachweisbar und es gab immerhin drei neugebaute und drei reparierte Häuser.¹⁴⁰

Der 1672 verstorbene Pfarrer Sühning schildert in seiner handschriftlichen Chronik Prenzlau die Häuser dieser benachbarten Stadt wie folgt:

138 Enders 1986, S. 994f.

139 Bratring 1805, S. 490.

140 Ebenda, S. 995.

*Die Häuser selbst waren genau wie die Bauernhäuser Lehmfachwerkbauten, die zumeist mit Stroh oder Holzschindeln gedeckt waren, und standen mit dem Giebel zur Straße. Die Gehöfte der Ackerbürger waren ganz in fränkischer Art aufgeführt, das will sagen, sie hatten den Hof zur Seite, der hinten von der Scheune und seitwärts von einem Stall eingeschlossen war.*¹⁴¹

Ein ganz ähnliches, zu seiner Zeit noch vorhandenes älteres Haus beschreibt der Templiner Stadtchronist Hans Philipp 1925.¹⁴² Das giebelständige, aber traufseitig erschlossene Haus stand so auf der Parzelle, daß daneben Raum für eine Durchfahrt zum Hof war. Dieser Haustyp dürfte zu Beginn des 18. Jahrhunderts im Templiner Hausbestand jedoch schon eine Ausnahme gewesen sein. Die nach dem Brand von 1618 wieder aufgebauten Häuser waren, auch wenn sie den oben beschriebenen Haus- und Parzellentypus im Kern weiter beibehielten, zu einem großen Teil traufständig.

Wie in den meisten brandenburgischen Städten standen aber auch diese traufständigen Häuser nicht direkt Giebel an Giebel. Vielmehr gab es zwischen den Häusern nicht überbaute Gänge, sogenannte Bauwiche.¹⁴³ Erhalten ist eine derartige Situation beispielsweise noch in einigen Straßenzügen von Angermünde. Um 1720 gab es dort fast neben jedem Haus einen Bauwich.¹⁴⁴ Auch zwischen den Häusern in Templin gab es deutlich ausgebildete, nicht überbaute Gänge. Diese Gänge können jedoch nicht in allen Fällen als Durchfahrt zum Hof gedient haben. Dafür gab es die von Blankenburg benannten Auffahrten.

In Bezug auf die Geschoßzahl muß von einem sehr uneinheitlichen Bild ausgegangen werden. Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Templiner Bürger lassen die Vermutung zu, daß selbst in den Hauptstraßen nicht wenige Häuser nur eingeschossig waren. Einen wichtigen Hinweis gibt ein Schreiben des Steuerrats Wittichs an den Templiner Magistrat vom Oktober 1732. Darin fordert er, daß (...) *die Luken in denen Häusern absolute abgeschafft, und statt derselben Fenster eingesetzt werden müssen* (...).¹⁴⁵ Einer Randnotiz ist zu entnehmen, daß damit die *Abschaffung der Lucken in*

141 Dies die „ungefähre“ Wiedergabe des Sühringschen Berichtes von Rudolf Ohle. Ohle 1918, S. 6.

142 *Sie [die ersten deutschen Siedler, C.B.] bauten das sogenannte fränkische Haus, wie wir es noch in unserer Stadt in einem Häuschen am Prenzlauer Tor als dem letzten Bauzeugen ferner Vergangenheit vor uns haben. Der Giebel steht zur Straße, aber die Front wird nur von drei Fenstern gebildet; es ist einstöckig. Neben dem Hause führt das Hoftor von der Straße in das Gehöft, dessen Seiten durch das Haus, Schuppen und Scheune gebildet werden. Wohnhaus und Ställe liegen unter einem Dache. Den Zugang zum Haus bildet die in der Mitte der Längsseite liegende Tür, die in den Flur führt; unter dem Flur liegt der Keller. So - mit mehr oder weniger bedeutenden Abweichungen - sahen früher alle Häuser unserer Stadt aus.* Philipp 1925, S. 23f.

143 Im *Catastrums Derer Hauß Stellen der Immediat Stadt Templin* von 1725 waren nach Walter Blanckenburg auch darüber Angaben enthalten: „Zu einzelnen Grundstücken gehörten nach dem Stadtplan noch Auffahrten. Die Größe dieser Auffahrten ist im original Kataster hinter dem Namen der betreffenden Besitzer angegeben. Da die Wohngrundstücke größtenteils nicht dicht aneinander wie heute gebaut waren, sondern sich zwischen den einzelnen Grundstücken noch zu beiden Seiten ein schmaler Gang oder Raum befunden hat, so ist die Flächengröße dieses Ganges im Original gleichfalls angegeben, in dieser Abschrift der Geringfügigkeit wegen jedoch nicht mit übernommen worden. Der Gesamtinhalt des Grundstücks, der 'Superficial-Inhalt' (letzte Spalte) umfaßt indessen sowohl die Fläche der evt. vorhandenen Auffahrt wie auch die Gänge mit.“ Blanckenburg Bd. 6, Abschn. XI, S. 30.

144 Nach dem 1724 ebenfalls von Wanckenheim verfertigte Kataster der Stadt Angermünde hatten 228 der 313 Hausstellen, d. h. auf etwa 73 %, einen *Gang* zwischen den Häusern. Zählt man dazu noch die wohl in der Regel ganglosen Eckparzellen, so ergibt sich, daß sich fast neben jedem Haus ein Durchgang befand. Deren Breite schwankt zwischen 2 bis 3 Zoll (0,05m bis 0,08m) und 83 bis 107 Zoll (2,17m bis 2,8m). Die überwiegende Zahl dieser Gänge war jedoch nur 15 bis 26 Zoll breit (0,40m bis 0,70m). *Catastrum der Immediat Stadt Neu Angermünde*. Stadtarchiv Angermünde, Archivnr. 1494/B II d

145 BLHA, Rep. 8 Templin, Nr. 2718, Bl. 10.

den obersten Etagen gemeint ist. Viele Häuser besaßen demnach besonders in den oberen Etagen nur kleine, glaslose Luken. Diese *Luken* meinten wohl ebenso die Wandöffnungen der Obergeschosse bei Giebelhäusern wie auch die Obergeschoßfenster der zweigeschossigen traufständigen Häuser.

Die Templiner Häuser vor dem Brand waren also, dies läßt sich aus den schriftlichen und bildlichen Quellen schließen, zumeist ein- oder zwei-, selten dreigeschossige Fachwerkbauten, die trauf- oder giebelständig so auf einer Parzelle standen, daß neben ihnen Raum für einen Gang und/oder eine Durchfahrt blieb. Fachwerk mit Lehmstaakenausfachung, Ziegel- wie auch Strohdächer und kleine Luken in den Obergeschossen prägten weiterhin die äußere Erscheinung. Konkretisieren läßt sich dieses Bild, wenn man überblickt, wie die Häuser aussahen, die Ende des 17. und Anfang des 18. Jahrhunderts in der Gegend gebaut wurden. Nach Hans J. Rach waren es nach dem 30jährigen Krieg vor allem die größeren und prächtigeren Häuser, die noch in traditioneller giebelständiger Form gebaut wurden.¹⁴⁶ Typisch und vielgenannt als Beispiele für solche längsgegliederte Bauten, wie es sie auch in Templin gegeben haben dürfte, sind die Häuser Johann-Sebastian-Bach-Str. 44 (1667) und 35 (um 1680) in Kyritz. Besondere Merkmale ihres Fachwerks sind die vorspringenden Obergeschosse, die Reihung von Fuß- und Kopfstreben, durchkreuzte Rauten und Andreaskreuze, die dekorative Gestaltung der Zwischengesimsbereiche und die Verwendung der Spitzsäule oberhalb des Hahnenbalkens.¹⁴⁷ Zwei dieser konstruktiven und dekorativen Elemente, die Kopf- und Fußbänderreihung und die Spitzsäule über dem Hahnenbalken hatte Petzold als charakteristisch auch für Templin dargestellt. Neben diesen großen Giebelhäusern gab es aber auch eine Reihe kleinerer giebelständiger Häuser.¹⁴⁸ Nach Rach erscheinen diese Häuser äußerlich den ländlichen Mittelflurhäusern verwandt, jedoch waren sie zumeist zweigeschossig und gehörten Handwerkern oder Gewerbetreibenden.¹⁴⁹ Seit dem ausgehenden 16. Jahrhundert¹⁵⁰, häufiger dann im 17. und 18. Jahrhundert, entstanden traufständige Häuser, oft mit großer Durchfahrt. Häufig zeigen diese Häuser schon den Einfluß des von der königlichen Bauverwaltung angewandten standardisierten Bürgerhauses. Ein mit geringen Abstrichen auch in Templin denkbare Bild des Bestandes der solcher quergegliederter Bürgerhäuser der Zeit um 1700 zeichnet Matthias Metzler in der Denkmaltopographie der Stadt Neuruppin. Als Beispiel sei das Haus Schulzenstraße 6 (1689) in

146 Rach 1992, S. 71f.

147 Zum Spitzbalken („Mittel- und Spitzsäule“) vgl. Radig 1965.

148 Solche giebelständigen Häuser finden sich noch in Angermünde (Haus Hoher Steinweg 16, vor 1740), in Eberswalde (Löwenapotheke Breite Str. 45, 1703; Am Markt 5, 1735; Am Markt 8, 1. H. 18. Jh.) Vgl. dazu Rohowski (1997), S. 18, 53.

149 Rach 1992, S. 72. Als Vergleich sei auf das Mittelflurhaus in Fredersdorf (bei Angermünde) verwiesen, das Rach abbildet. Ähnlich sind die Gestalt der straßenseitigen Fassade (Vierachsigkeit und das Andreaskreuz im Giebeldreieck), der fensterlose Herdraum mit Schlot („Schwarze Küche“), der schmale Flur, die starke Ungleichmäßigkeit der Größe der links und rechts des Flurs angeordneten und die Anordnung der Wohnräume zur Straße.

150 Rach gibt als älteste datierte traufständige Häuser den ehemaligen Gasthof zum Grünen Baum (um 1539) in Beeskow und das Wohnhaus Tuchmacherstr. 13 (1582) in Bernau an. Das älteste überlieferte traufständige Haus mit großer Durchfahrt ist das Haus Berliner Str. 37 (1589) in Burg. Rach 1992, S. 73f.

Neuruppin genannt.¹⁵¹ Typisch für diese Zeit sind „traufständige, zweigeschossige Fachwerkhäuser, die meist an dem leicht überstehenden oberen Stockwerk erkennbar sind. Charakteristisch ist ein breiter, von abgerundeten, bzw. profilierten Schwell-, Rähm- und Füllhölzern eingenommener Bereich zwischen den Geschossen. Auch die Balkenköpfe sind hier entsprechend bearbeitet. [...] Die längsrechteckigen bzw. quadratischen Gefache weisen Lehmstaaken- und Ziegelausfachung auf.“¹⁵² Ergänzen lassen sich hier noch die recht konsequente Axialität der Fensteröffnungen und das Fehlen von schrägen Streben oder weiteren traditionellen Schmuckformen an der Traufseite.

Verallgemeinert man diese Merkmale, so lässt sich die äußere Form der Templiner Bürgerhäuser vor 1735 etwa so beschreiben: Alle Häuser waren zumeist unverputzte Fachwerkhäuser. Das Straßenbild war von einer Vielfalt verschieden hoher, trauf- und giebelständiger Häuser geprägt und erschien daher sehr uneinheitlich. Ebenso heterogen waren die Dachdeckungen. Zwar besaß die Mehrzahl der Häuser schon ein Ziegeldach, doch gab es ebenso Stroh- und Holzschindeldächer, welche bei den Wirtschaftsgebäuden noch die Regel waren. Die Häuser standen nicht dicht an dicht, sondern waren durch einen Bauwich oder eine Auffahrt voneinander getrennt. Die Aufteilung der Fassaden, das heißt die Anordnung der Fenster, wies zwar schon Ansätze von Axialität auf, doch gab es auch bei der Fensterstellung zahlreiche Abweichungen und Variationen. Die Fenster waren, zumal in den vorspringenden Obergeschossen sehr klein, oft nur einfache *Lucken*. Das Fachwerk zeigte sich auch zur Straße mit schrägen, dekorativ angeordneten (Kopf- und Fuß-) Bändern. Vor allem an den Giebelhäusern gab es die üblichen Schmuckformen wie Bänderreihungen und Andreaskreuze. Die Verzierung der Gesimszonen durch die mehrfache Profilierung der Schwell-, Rähm- und Füllhölzer prägte dagegen sowohl die giebel- als auch die traufständigen Häuser.

Auch über die Grundrisse lassen sich einige allgemeine Aussagen treffen. Die oben zitierten Schilderungen von Sühning und Philipp verweisen auf das von ihnen als 'fränkisch' bezeichnete Haus. Robert Mielke benutzte ebenfalls den Begriff 'fränkisches Haus'. Ein Fischerhaus in Zolchow, welches diesem Typ entspricht, beschreibt er wie folgt: „Danach ergeben sich rechts zwei Stuben (...) links sind der ehemalige Stall, der heute in Wohnräume umgewandelt ist und in der Mitte der Flur, in dem die Herdstelle als massiver Schlot ummauert ist.“ Hinter dem Herdraum folgt ein kleiner Hinterflur.¹⁵³ Dies entspricht der heute gebräuchlichen Bezeichnung 'mitteldeutsches Ernhaus' für ein solcherart quergegliedertes Herdraumhaus.¹⁵⁴ Auch einige der angeführten Beispiele weisen in ihrer Grundrißdisposition deutlich in diese Richtung. Die giebelständigen Häuser Templins waren ähnlich

151 Wichtige Beispiele für diese quergegliederten Häuser der Zeit um 1700 sind in Neuruppin Schulzenstraße 6 (1689), Seestraße 8/9 (1705), Leineweberstr. 8/9 (1709) und Neuer Markt 6 (um 1700). Vgl. Metzler 1996. Weitere Beispiele sind Hoher Steinweg 18 in Angermünde, Neue Bergstraße 15 in Bad Freienwalde und Vogelsangstr. 30 in Lychen.

152 Metzler 1996, S. 21f. Vor allem die Gestaltung der Zwischengesimszone erinnert an die von Vogel abgebildeten mustergültigen Fachwerkhäuser.

153 Mielke 1899, S. 15.

154 Auffallend ist die Ähnlichkeiten zu Haustypen des ländlichen Bereichs. Auf die engen Beziehungen von „Ackerbürgerhäusern/-gehöften“ und Bauernhäusern/-höfen wiesen schon Karl Baumgarten (das ländlich geprägte Hallenhaus in den mecklenburgischen Städten) und Werner Radig (die brandenburgischen Ackerbürgerhäuser in ihrer Beziehung zu solchen ländlichen Hausformen wie dem Mittelfurhaus oder dem mitteldeutschen Ernhaus) hin. Baumgarten 1975, Radig 1975. Radigs Resümee lautet: *Beide Typen haben selbst in unveränderter Form Eingang auch in die Städte gefunden. [...], obwohl es sich dabei durchaus nicht immer um agrarisch bestimmte Höfe handeln muß.* Radig 1975, S. 64.

erschlossen wie die angeführten giebelständigen Häuser in Angermünde, Bad Freyenwalde oder Kyritz. Auch bei den Grundrissen überwogen in Templin bereits die quergegliederten Häuser. Ähnlichkeiten mit dem mitteldeutschen Ernhaus sind hier wahrscheinlich. Der daneben noch vorhandene Grundriß der von der Giebelseite her erschlossenen Häuser wird Ähnlichkeiten mit dem Mittelflurhaus gehabt haben. Vorherrschend war der unbelichtete, quadratische und etwa in der Hausmitte gelegene, ummauerte Herdraum mit offenem, trichterförmigem Rauchabzug (Schwarze Küche). Straßenseitig lagen die hochwertigeren Wohnräume und hofseitig die Kammern oder Wirtschaftsräume (Ställe). Die Erschließung erfolgte bei den Giebelhäusern noch über große Dielen, bei den Traufhäusern schon über von der Straße zum Hof führende, oft allerdings noch dielenartig geräumige Flure.

Die „heftige Feuersbrunst“ vom 24. August 1735

Am Nachmittag des 24. August 1735 brach in einem Haus in der Mühlenstraße bei einem Bäcker ein Feuer aus.¹⁵⁵ Die Tuchmacher Templins berichten über diese Katastrophe in ihrem 1736 neu angelegten Protokollbuch:

*Nachdem der große und allmächtige Gott diese arme Stadt am 24. August verwichenen Jahres mit einer so heftigen und plötzlichen Feuersbrunst nach seinem Gerichte heimgesuchet, daß dadurch die gantze Stadt mit allen ihren publiquen und privaten Gebäuden als Kirchen, Schulen, Pfarrwohnungen, Rathhause, Hauptwache, sämtliche Mühlen und dergleichen mehr, ingleichen mit 271 Bürger Häusern, wie nicht weniger auch mit allen vor dem Mühlenthor befindlichen etliche 70 Scheunen mit allem darin vorhandenen Winter und Sommer Getreyde in wenigen Stunden gantz erbärmlicher Weise in die Asche gelegt worden: so hat auch vor andern daß hiesige Löbl. Tuchmachergewerke bey diesen hefftigen Brande grossen Schaden gelitten, in dem nicht nur sämtliche Gewerks Meistern ihre Häuser und Wohnungen, sondern auch noch darzu ihre mit großen Kosten nur erst angeschaffte Wolle und wollene Wahren samt Handwerkszeuge darin verlohren haben und eingebüßet; gleichwie dann auch die Gewerks Lade mit darin vorhandenen Baarschafft, so ungefehr aus 178 Rthlr. bestanden, Neuen Privilegio, Lehr- und Geburtsbriefen und allen übrigen Briefschafften, [...] sodaß von den Gewerks Sachen weiter nichts als das Neue schwarzliechene Leichenlaken und der Wilck Kommen gerettet worden.*¹⁵⁶

Der hier von den Tuchmachern beschriebene Umfang der Katastrophe, der von anderen Quellen bestätigt wird, bedrohte die Templiner mit dem Verlust der Erwerbsmöglichkeit und mit großer Armut, zunächst und für den kommenden Winter aber mit Hungersnot und Obdachlosigkeit. Daher war sofortige Unterstützung mit Lebensmitteln und Kleidung am Anfang die dringlichste Aufgabe. Hierbei dürften, wie in anderen Fällen überliefert, die Städte und Dörfer der näheren Umgebung ihre

155 1743 berichtet der Magistrat von Templin: *Im Jahre 1735 am Tage Bartholomaei ist diese Stadt mit einer entsetzlichen Feuersbrunst gestrafet worden. Das Feuer kam in der Mühlenstraße bei einem Becker aus und griff in kurtzer Zeit dermaßen um sich, daß des Abends gegen 8 Uhr die Stadt ganz und gar in der Asche lag.* In: I. HA Rep. 92 Bekmann, VE Topographia Uckermark, Nr. 7 Templin, Bl. 11.

Solidarität mit den Abgebrannten bewiesen haben. Schnell wurde zudem eine landesweite *Collecte* eingerichtet. Überliefert ist eine Sammelspende von 300 Talern, die der Kriegs- und Domänenrat bei der Kurmärkischen Kammer Ludwig Wilhelm von Münchow organisierte und überreichte.¹⁵⁷ Auch Kronprinz Friedrich hatte in Neuruppin von dem Unglück erfahren. Am 2. September 1735 schrieb er an den Kriegsrat Rohwedel: *Für die Kollekte in Templin werde ich gern einige hundert Taler geben, denn diese Leute sind bedauerlich von der Zerstörung betroffen.*¹⁵⁸ Eine beträchtliche Spende von 611 Talern kam aus dem fernen Hamburg, wohin die Templiner wohl geschäftliche Beziehungen hatten.¹⁵⁹ Insgesamt ergab die Kollekte eine Summe von immerhin 6158 Talern, 15 Silbergroschen und 11 Pfennigen. Die Spenden können aber wohl wenig mehr als die größte Not gelindert und bestenfalls die Versorgung für den nahenden Winter sichergestellt haben. Für die Wiederherstellung der Stadt bedurfte es ganz anderer Mittel und Wege.

Der Wiederaufbau

Seit Ende des 17. Jahrhunderts waren der Ausbau und die bauliche Verbesserung der Provinzialstädte in Preußen mehr und mehr zur Aufgabe des Staates geworden. Der Wiederaufbau abgebrannter Städte wurde nach zunehmend kanonisierten Richtlinien vom Staat organisiert und reguliert, aber auch finanziell unterstützt. Modalitäten und Verlauf eines solchen Retablissemments prägten neben der städtebaulichen Disposition auch die Gestalt jedes einzelnen Bürgerhauses. Zugleich entwickelte sich jedoch jedes größere Retablissemment bei aller Machtentfaltung des absolutistischen Staates auch aus den konkreten zeitlichen, regionalen und örtlichen Verhältnissen. Es ist daher zum Verständnis des gesamten Wiederaufbaus und der Gestalt der dabei entstandenen Bürgerhäuser notwendig, die politische und wirtschaftliche Situation Templins, der Uckermark und Preußens insgesamt zu berücksichtigen.

Landesherrschaft, Region und Stadt. Politische und wirtschaftliche Voraussetzungen

Wichtigstes Ziel der Städtepolitik Friedrich Wilhelms I. war es, die wirtschaftliche Kraft der Städte und damit zugleich die eigenen finanziellen Erträge aus deren Besteuerung zu erhöhen. Reorganisation der Verwaltung und Regulierung des Gewerbes waren dabei wesentliche Eckpunkte des umfassenden Reformwerks, Statistik und Kartographie die notwendigen Instrumente der intensivierten Herrschaftsausübung. Die Grundlagen der neuen, absolutistischen Stadtpolitik suchte der König durch eine umfangreiche Reform der Kommunalverwaltung zu schaffen. Dabei bemühte er sich auf der untersten Verwaltungsebene um größtmöglichen Einfluß auf die städtische Verwaltung. Die von

156 Templin, Volkskundemuseum der Uckermark: *Protokollbuch des Tuchmacher-Gewerks von Templin ab 1736*, S. 1f.

157 In der Aktenübersicht in BLHA, Pr.Br. Rep. 8, Templin Nr. 2718 heißt es zu v. Münchows Spende: 3. *Schreiben des pp Wittich aus Lychen vom 20. 5. 1737. Betrifft Collecten Gelder, [...], endlich Quittung über 300 Thlr., welche seitens des Geh. Rats von Münchow übersandt werden sollen.*

158 Bei Blankenburg auch die französische Originalfassung: *Pour la Collecte de Templin j'i douerai vollontyer quelque cent ecus car ces gens sont tres miserablement detruits - Frederico*. Dies und die folgenden Zahlenangaben aus Blankenburg Bd. 6, Abschn. III, S. 10.

159 Ebenda.

Kurfürst Friedrich Wilhelm und König Friedrich I. geschaffenen Institutionen wie das Akzisewesen wurden weitergenutzt und ausgebaut. Wie schon seine Vorgänger setzte Friedrich Wilhelm I. seine Reform des Städtewesens nicht in Form einer allgemeinen *Stadt-Policey-Ordnung* durch. Wohl in richtiger Einschätzung der Auswirkungen einer solchen scharfen Konfrontation beschränkten sich die durchaus massiven Eingriffe auf einzelne Orte oder Gebiete. Selbst eine so zentrale Aufgabe wie die Einführung der Magistratsverfassung verlief weder zeitlich noch regional kontinuierlich.

In der Uckermark war das *rathhäusliche Wesen* der Hauptstadt Prenzlau schon 1688 durch eine kurfürstliche Verordnung und 1691 durch ein Kommissionsrezeß das der Stadt Strassburg reguliert worden. Dieser Prozeß beschleunigte sich, nachdem 1719 die Einführung von Magistratsverfassungen generell verfügt worden war. Wie die Vorrede des Templiner Rathhäuslichen Reglements offenbart, wurde das *Rath-Häußliche und Stadt Wesen in der Uckermarck* erst über zehn Jahre später, 1732, auf königliche Weisung durch eine spezielle Kommission untersucht.¹⁶⁰ In Prenzlau sollte daraufhin durch ein nochmaliges gesondertes Reglement der Wechsel zwischen den Bürgermeistern endgültig abgeschafft werden.¹⁶¹ Als Ergebnis wurde weiter verordnet, *daß, um beßer Ordnung willen, auch damit ein jeder wißen möge, waß ihm zu verrichten obliege, ein Rath Häußliches Reglement angefertigt werden soll.*¹⁶² Für wenigstens drei Immediatstädte der Uckermark Templin (1738), Lychen (1739) und Gransee (1740) wurden in unmittelbarem Anschluß *Rathhäusliche Reglements* erarbeitet.¹⁶³ Zur gleichen Zeit wurden auch die rathäuslichen Verhältnisse von Angermünde geregelt.

Dennoch scheint das Templiner *Rath Häußliche Wesen* schon im direkten Gefolge der Magistratsordnung von 1719 zu weiten Teilen reguliert worden zu sein - also weit vor der schriftlichen Fixierung im Rathhäuslichen Reglement.¹⁶⁴ Neben der personellen Zusammensetzung und Geschäftsverteilung waren auch die Finanzen der städtischen Kämmerei schon vor 1738 unter staatliche Aufsicht und Einflußnahme genommen worden. So sah sich der Magistrat 1714 gezwungen, ein *corpus bonorum* anzufertigen, in welchem, wie dann nochmals 1740, *der Templinschen Stadt und Cämmerey Gütter, derselben Regalien, Gnaden, Zucht und Gerechtigkeiten und dazu gehörige Pertinentien*¹⁶⁵ exakt aufgelistet werden mußten. Außerdem mußte die Stadtkämmerei der Kurmärkischen Kammer regelmäßige Berichte in Form *Vierjähriger Raths-*

160 GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CLXXVII Stadt Templin, sect. a Rathhäusl. Sachen, Nr. 3, Bl. 12.

161 Dazu Enders 1990, S.95f.; Enders 1992, S. 460.

162 Wie Anm. 160.

163 Brief des Ministers Happe im Namen des Königs an die Kurmärkische Kammer vom 11. Feb. 1738: *Wir laßen Euch die von Euch eingesandten Rathhäußlichen Reglements für die Städte Templin, Gransee und Lychen hierbey in originali wiederum zufertigen, mit Befehl, solche annoch beßer ausfertigen zu laßen, [...].* Wie Anm. 160, Bl. 10.

164 Schon 1722 bestand der Templiner Magistrat im Sinne der Magistratsverfassung aus einem *Consul dirigens*, einem zweiten Konsul, zwei Senatoren und einem Kämmerer. Dem *Consul dirigens* Johann Friedrich Berger, dem *Consul* Georg Gottfried Jonig (Jonius), dem *Senator* Adam Reinicke, dem *Senator* Christian Densow und dem *Cammerarius* Marcus Boltze. Blankenburg Bd. 2, Abschn. III, S. 24.

165 So der exakte Titel des *Corpus Bonorum* von 1740. GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CVIIIa Grund- und Lagerbücher, Nr. 12, Bl. 567.

Cämmerey Extracte liefern.¹⁶⁶ Die Untersuchung des uckermärkischen Städtewesens von 1732 läßt sich auch in dieser Hinsicht für Templin konkretisieren. In einem Brief vom 31. Juli 1732 berichtet der Templiner Bürgermeister Johann Friedrich Berger an den Bürgermeister von Angermünde, daß die beiden *Commissare v. Münchow und v. Klinckgräff* von Zehdenick aus in Templin eingetroffen seien, um dort das *sämtliche Eigenthum des Rathhauses und der gemeinen Stadt* zu untersuchen. Dabei hätten sie das *corpus bonorum* von 1714 geprüft und mit der letzten Kämmereirechnung der Stadt von 1731 verglichen.¹⁶⁷

Die 1730er Jahre brachten für Templin hinsichtlich der Kontrolle der städtischen Finanzen ebenso wie bei der grundsätzlichen Regelung der kommunalen Verwaltung eine deutliche Verschärfung. Als das *Rathhäusliches Reglement der Stadt Templin* im Januar 1738 von der Kurmärkischen Kriegs- und Domänenkammer, das heißt den zuständigen Kriegs- und Domänenräten Ludwig Wilhelm von Münchow¹⁶⁸ und Karl Franz Reinhard, zur königlichen Bestätigung eingereicht wurde und im Mai 1738 durch den König *approbirt confirmirt und bestätigt* wurde, war dieser Prozeß zu einem vorläufigen Ende und Höhepunkt gebracht.¹⁶⁹ Wie üblich besteht auch das Templiner Reglement aus Vorgaben zur personellen Zusammensetzung und Geschäftsverteilung innerhalb des Magistrats. In § 1 wird festgelegt, daß der Magistrat aus folgenden Amtsträgern bestehen soll, aus: *1 Consul Dirigente der zugleich Judex ist, 1 Pro Consul, 1 Consul tertio, welcher zugleich Secretarius ist, 1 Camerario, 2 Senatoribus ordonarius*.¹⁷⁰ Dazu kamen noch die Stadtverordneten, wahrscheinlich vier, für jedes Stadtviertel einen. Während der Magistrat Unterbediente wie Ratsdiener selbst wählen durfte und für neue Mitglieder immerhin ein Vorschlagsrecht¹⁷¹ besaß, wurde der Bürgermeister, der in den 1720er bis 1740er Jahren nie aus Templin selbst kam, von der Kurmärkischen Kammer benannt.¹⁷² Der § 3 offenbart, in welchem Umfang der Magistrat als Stellvertreter des Königs regulierend in das städtische Gemeinwesen und die Lebensumstände jedes einzelnen Templiners eingreifen sollte:

166 BLHA, Pr. Br. Rep 2, S. 8019, Bl. 71.

167 Entsprechend ihrer schon in Templin angestellten Untersuchung lassen die beiden *Commissare* von Münchow und von Klinggräff auch den Bürgermeister von Angermünde über Berger fragen: *Ob eine besondere Feuer-Ordnung vorhanden? Wie oft die Feuer-Visitationen der Stadt vorgenommen, und ob dabey jedesmahl ein richtiges Protocol gehalten worden? Ob die Häuser und Ställe, in p. Stadt mit Ziegeln oder mit Spohn gedeckt? Ob die Häuser mit massiven Schornsteinen, Brandt-Mauern Schwibbögen versehen? Ob die Maltzdarren unter einen massiven Gewölbe stehen? Wie viel große Spritzen Feuer Leitern, Hacken, lederne Eymen und Handspritzen in der Stadt vorhanden?* Stadtarchiv Angermünde, Archivnummer 549, Bl. 1ff.

168 Vor allem von Münchow, der schon 1732 in dieser Angelegenheit in den uckermärkischen Städten unterwegs war, muß hier großer Einfluß zugeschrieben werden, da er allein den Entwurf des Schreibens *Ad Regem* vom 6. Januar unterzeichnete.

169 So der Minister v. Happe am 28. Mai 1738 im Namen des Königs an die Kurmärkische Kammer. GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CLXXVII Stadt Templin, sect. a Rathhäusl. Sachen, Nr. 3, Bl. 57.

170 Ebenda, Bl. 12f.

171 Über die Wahl heißt es in § 2, der Magistrat hätte *dem alten Herkommen gemäß, das Recht, nach Abgang eines oder des andern Raths-Membri, Sr. Königl. Majestaet an dessen Stelle ein anders tüchtiges Subjectum zu praesentiren*, [...]. Ebenda, Bl. 13f.

172 Wie sehr die Templiner Bürgermeister von Christoph Laurentius (bis 1717) über Johann Friedrich Berger bis zu Kräffel dagegen einer offenbar eng zusammenstehenden Schicht entstammten, zeigt der Umstand, dass nicht nur Berger Laurentius Schwiegersohn, sondern auch Kräffel der Ehemann von Bergers Schwester war. Berger und Kräffel waren zuvor als *Advocatum ordinarium in der Uckermarck* (Berger) bzw. als *Acuartius* beim Amt Zehdenick in staatlichem Dienst, wurden von ihren Vorgängern vorgeschlagen und von der Kurmärkischen Kammer aufgrund ihrer Leistungen bestätigt. GStA PK, I. HA Rep. 21, Nr. 166, Fasz. 1 und Fasc. 2.

Magistratus soll in Ecclesiasticis, Politicis, et Criminalibus die Nothdurft pflichtgemäß besorgen, und zu dem Ende mit der allergrößten Emsigkeit dahin sehen, daß die Gerechtsame der Stadt erhalten, die Justiz prompt unparteyisch und richtig administriret, die Königl. Edicta und Verordnungen gehörig publiciret, die Bürgerschaft zu deren genauer Beachtung mit Nachdruck angehalten, von derselben Laster und Untugend, Üppigkeit und Müßiggang, so viel immer möglich abgeschaffet, tüchtige Prediger und Schulbediente, die ein unsträflichen Wandel in den Ambts-Geschäften und den gemeinen Umgang führen, erwehlet, die Tugend sowohl in privat Häusern von ihren Eltern, von den Schulbedienten fleißig und treulich erzogen und unterrichtet werden.

Weiterhin soll auf *Mehrung der städtischen Nahrung*, also wirtschaftliches Wachstum, gesehen werden, wozu unter anderem der *Anbau neuer und mit bequemen Logiamenten versehenen Häuser, Reparatur der Alten, Abschaffung der gefährlichen Feuer-Stellen, Brauchbarmachung wüster Ländereyen und Reinigung der Straßen* dienen soll.¹⁷³ Der vorgeschriebene Aufgabenbereich des Magistrats und damit der staatliche Regelungsanspruch machte ebenso wenig an den Türen der *privat Häuser* halt wie die Bestimmungen zum Wiederaufbau. Die geforderte bauliche Modernisierung war engstens mit der Sorge um die Wirtschaftskraft, aber auch um den moralischen Zustand der bürgerlichen Untertanen verbunden.

In der *Eintheilung der Rath Häuslichen Departements* wurden die Aufgabenbereiche der einzelnen Magistratsmitglieder genauestens festgelegt. Der *Consul dirigen*s hatte die Oberaufsicht über alle städtischen Geschäfte. In Templin hatte der *Consul dirigen*s Johann Friedrich Berger wie schon sein Vorgänger zudem das Amt des Stadtrichters inne.¹⁷⁴ Dem *Senator honorarius* (auch *zweyte Setantor*), diese Position nahm in den 1730er Jahren der Barbier Christian Freyschmidt ein, war die Aufsicht über das städtische *Bau-Wesen* aufgetragen.¹⁷⁵ Dabei erscheint die bauliche und rechtliche Kontrolle und Regulierung des privaten Bauens und der häuslichen Existenz als seine vorrangige Aufgabe.¹⁷⁶ Neben der bau- und feuerpolizeilichen Überwachung der Bauausführung und der Gewährleistung eines ordentlichen und sauberen Bauumfeldes war er vor allem für die Vermeidung von baulich bedingten nachbarlichen Streitigkeiten zuständig. Da die Feuerpolizei eine der wichtigsten

173 GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CLXXVII Stadt Templin, sect. a Rathhäusl. Sachen, Nr. 3, Bl. 14f.

174 Zu der genaueren Aufgabenverteilung vgl. Philipp 1925, S. 289ff.

175 *Der zweyte Senator hat die Inspection über das Bau-Wesen, dergestalt, damit bey denen Gebäuden, Brücken und Dämmen, so daß Rath Haus zu unterhalten hat, alles überleget, die Bau-Materialien zur rechten Zeit angeschaffet und des Rath Hauses Vortheil dabey gesucht werde, allmahl gegen Michaelis, muß er, was in der Stadt, dem Dorffe Gandenitz und denen beyden Vorwercken neugebawet und repariret werden soll, wohl examinieren accurate Überschläge was zu den bevorstehenden Bau, an Bau Materialien und Arbeits Leuten erfordert wird, mit Zunehmung der nöthigen Handwercker formiren, und hiernächst dem Magistrat übergeben, damit in pleno concludiret, die Anschläge dem Commissario loci zu gesand, und von diesem darüber in Zeiten allergnädigst approbiret erbethen werden könne.* GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CLXXVII Stadt Templin, sect. a Rathhäusl. Sachen, Nr. 3, Bl. 30v.

176 *Er soll denen Neuanbauenden in und vor der Stadt die Stellen in ihren Grentzen und Mahlen anweisen, und dahin sorgen, daß niemahlen ohne Plan und Riß gebawet, und daß die Schwellen wenigstens einen Fuß über dem Straßen Pflaster geleyet, die Feuer Stellen Schornsteine Camine Darren und Blasen nach Vorschrift derer vergangenen Königl. Verordnungen angeleyet, die Straßen nicht mit Bau-Holtz oder Brenn-Holtz beleget ein guter Bau-Platz gehalten, auch zur rechten Zeit gekehret werde, wie er denn auch hiermit authorisiret wird, von denjenigen welche nicht zur rechten Zeit kehren, oder das Bau- und Brenn-Holtz vor denen Thüren nicht wegschaffen, von jeden 4 gr. per Execution beytreiben zu lassen.* Ebenda, Bl. 31f.

baupolizeilichen Aufgaben war, genügte es nicht, nur beim Bau der Häuser auf Feuersicherheit zu achten. Für jedes der vier Viertel der Stadt wurde ein Magistratsmitglied und jeweils ein Stadtverordneter dazu bestimmt, in regelmäßigen Abständen Feuervisitationen durchzuführen und Verstöße streng, bis hin zum Hausabriß, zu ahnden.¹⁷⁷

Ein weiterer wichtiger Aufgabenbereich des Magistrats wurde ebenfalls 1738 durch eine spezielle *Holtz-Ordnung für die Stadt Templin* schriftlich fixiert. Diese sollte den Umgang mit den stadteigenen *Heyden* und dem daraus gewonnenen so bedeutenden Rohstoff Holz und dessen Verwendung schon auf kommunaler Ebene möglichst umfassend regulieren.¹⁷⁸ Die Bürgerschaft war nun auch über die Verwendung des aus ihren eigenen Waldungen gewonnenen Holzes Rechenschaft schuldig.

Nicht nur der Hausbau, sondern auch der alltägliche Umgang mit den Häusern, ja das tägliche Leben in den Häusern sollten in den 1720er und 1730er Jahren verstärkt in das Netz obrigkeitlicher Überwachung einbezogen werden. Regulierung der innerstädtischen Verhältnisse und hierarchische Unterstellung der städtischen Verwaltung unter königlichen Befehl standen bei den ab 1720 in Templin wirksam werdenden obrigkeitlichen Aktivitäten im Vordergrund.

Neben der Regulierung des *Rath Häußlichen Wesens* stellte der Ausbau der Position des *Commissarius loci* oder Steuerrats das wichtigste Mittel dar, um die städtische Verwaltung in ein rational arbeitendes staatliches Behördensystem einzubinden, deren Finanzen zu überwachen und deren Wirtschaft im Sinne des Staates zu beeinflussen. In mehreren Instruktionen, 1703, 1712, 1730, 1766 und 1779, wurden die Aufgaben der Steuerräte formuliert, konkretisiert und den Verhältnissen angepaßt. Die *Instruction vor alle und jede Kriegs- und Steuer-Commissarien* vom 6. Mai 1712, die bis zur Neufassung 1766 formell gültig blieb, schrieb jene Pflichten vor, welche dem Steuerrat zufielen.¹⁷⁹ Danach hatte der um 1730 für die Uckermark und damit auch für Templin zuständige Steuerrat Wittich das Erheben der Akzise ebenso zu überwachen wie die Arbeit des Templiner *königlichen Ziesemeisters*¹⁸⁰ Johann Schmidt. Sämtliche Steuerregister, die Service- und Einquartierungskataster mußte er zusammen mit dem Templiner Magistrat regelmäßig kontrollieren. Neben solchen vom Steuerinteresse bestimmten Aufgaben hatte Wittich aber noch eine Reihe von eher polizeilichen Funktionen zu übernehmen.¹⁸¹ Zudem hatte er die Ansiedlung neuer Bürger, im merkantilistischen Wirtschaftssystem eine wichtige wirtschaftspolitische Maßnahme, etwa durch Hilfe beim Hausbau zu

177 *Diesen lieget ob, mit Zuziehung des Stadt Mauer- und Zimmer Meister auch Schornstein-Fegers, die Feuer Stellen alle quartal zu visitiren, und dahin acht zu haben, daß solche nach denen ergangenen Verordnungen, in sichern Stande gesetzt, und die Brandwein-Blasen nicht anders als unter massiven Schornsteinen gelitten werden. Hiernechst müssen sie dahin sehen, daß ein jeder Bürger eine holtzerne Spritze und einen ledernen Eymmer im Hause habe, [...] Bei Nichtbefolgung müssen sie die gefährlichen Feuer-Stellen einschlagen, und auf Kosten der Widerstendigen in sichern Stande setzen, auch die Feuerfangende Sachen aus denen Wohn-Häusern werffen lassen.* Ebenda, Bl. 33f.

178 *Confirmirt* vom König am 8. Januar 1738. Erhalten ist ein *Project der Holtz-Ordnung für die Stadt Templin* in: BLHA, Pr. Br. Rep. 2, S. 8019, Bl. 50ff.

179 *Instruction vor alle und jede Kriegs- und Steuer-Commissarien* vom 6. Mai 1712 abgedruckt in: CCM, I. Theil, III. Abt., Sp. 287ff.

180 Ziesemeister war der Verwalter der kgl. Akzise, also ein kgl. Steuerbeamter in der Stadt.

181 Die Überwachung der Maße und Gewichte, der Einhaltung der Schauordnung beim Tuchmachergewerbe, die Aufsicht über die Bürgerkompanien und das Scheibenschießen usw. gehörten in diesen an Bedeutung gewinnenden Bereich.

befördern und zu kontrollieren.¹⁸² In den feuerpolizeilichen Aufgaben des Steuerrats, wie sie die Instruktion von 1712 nachdrücklich formulierte, spiegeln sich schließlich die wesentlichen Ziele der preußischen Retablissementspolitik des 18. Jahrhunderts:

Haben die C. und Magistrate dahin zu sehen, daß die Stroh-, Rohr-, und Schindel-Dächer, gänzlich aus den Städten abgeschaffet, und in sonderheit keine Scheunen mehr darinn geduldet werden, sondern wie dieselbe in denen Städten, zu Stallungen und andern behuf adaptiret werden können, also müssen sie auch gleich denen Wohn-Häusern mit Ziegeln gedecket, und dagegen denen Leuten andere Plätze vor deren Thoren angewiesen werden, worauf sie Scheunen setzen können. Solten sich aber die Einwohner dabey säumig oder gar widersetzlich erweisen, so sind solche Stroh-, Rohr- und Schindel-Dächer indistincte und ohne Ansehung der Person, nach vorhergegangener nochmaliger Verwarnung, auf des Eigners Kosten, durch die Soldatesque, welche vom Commissario und Magistrat darum zu requiriren, herunter zu werffen, [...].¹⁸³

Der für Templin zuständige Steuerrat Wittich hat sich in regelmäßigen Abständen von den Feuersicherheits-Visitationen, welche von je einem Magistratsmitglied und einem Stadtverordneten durchgeführt wurden, schriftlich berichten lassen. Schriftlich oder bei seinen Besuchen vor Ort erfuhr er von den größeren Bauvorhaben und Grenzstreitigkeiten der Bürger und versuchte sie, wenn dies dem Magistrat nicht gelang, Kraft seines Amtes zu regulieren und zu schlichten. Wie der Magistrat vor allem in den wesentlichsten Entscheidungen an das Urteil des Steuerrats gebunden war, so war dieser wiederum an die Weisungen der Kurmärkischen Kriegs- und Domänenkammer gebunden. Über dieser stand das Generaldirektorium und an der Spitze der streng hierarchisierten Verwaltung war der König in allen Fragen die letzte und erste Instanz.

An einem für das Bürgerhaus zentralen Beispiel läßt sich dieser unter Friedrich Wilhelm I. in unmittelbarer zeitlicher Nähe zum Stadtbrand und Wiederaufbau weitgehend durchgesetzte Dienstweg veranschaulichen. Am 14. Dezember 1731 war ein königliches Patent erlassen worden, daß die künftige Unterstützung des bürgerlichen Hausbaus festlegte.¹⁸⁴ Dieses Patent wurde am 16. März 1732 dahingehend erweitert, daß auch der Ersatz der feuergefährlichen Häuser und Dachdeckungen durch neue, feuersichere finanziell gefördert werden sollte. Der Steuerrat Wittich setzte den Magistrat von Angermünde über diese *Declaration* in Kenntnis und drang darauf, daß in den nächsten vier Jahren nicht nur die wüsten Stellen bebaut, sondern auch die *gefährliche Feuer*

182 § 14: *Wegen der Neuanbauenden fordert es der Commissarii Pflicht, Untersuchung zu thun, wie ein und ander in seinem Bau avanciret, und ob auch mehr genossen werde, als der Bau gegenwärtig koste, und so ferne sich solches finden sollte, ist die Freiheit so lange zu suspendiren, oder wegen Continuation des Baues, Versicherung zu fordern. Wenn auch einige Häuser so weit fertig, daß sie können taxiret werden, müssen solche nebst denen dazu verordneten Personen in Taxe gebracht, und ein Exemplar davon, unter des Commissarii und derer so dabey gewesen ihrer Unterschrift eingesendet werden, CCM, I. Theil, III. Abt., Sp. 291. Instruktion vom 6. 5. 1712.*

183 Ebenda, Sp. 292.

184 *Patent, Daß zu Beförderung Des Anbaues Derer in denen Churmärckischen Städten Annoch vorhandenen Wüsten Stellen Die Drey und zwanzig pro Cent Als Acht pro Cent Holtz- und Funfzehn por Cent Bau-Freyheit-Gelder, Noch Vier Jahre, Nemlich bis Ende des Decembris 1735 gereicht werden sollen. CCM, V. Theil, I. Abt., Sp. 429f. Patent vom 14. 12. 1731.*

Nester beseitigt werden sollten.¹⁸⁵ Er unterstrich die Forderung der *Declaration*, daß jene Häuser, deren Dachkonstruktion sich nicht für eine Ziegelerdeckung herrichten ließen, abgerissen und völlig neu gebaut werden müssten. Einige Monate später ermahnte Wittich auch den Templiner Magistrat zum wiederholten Mal, die Stroh- und Holzschindeldächer abzuschaffen und wies an, das dafür nötige Bauholz und die Ziegel anfertigen und bereitstellen zu lassen.¹⁸⁶ An den Rand dieses Schreibens notierte der Templiner Bürgermeister Berger:

Dieses Schreiben ist dato in Pleno zu Rathhause der Bürgerschaft vorgelesen und derselben dabey anbefohlen worden, in Anschaffung der Ziegeldächer [...] sich gehorsamst Zurichten, und darwider bey schwehrer Verantwortung nichts zu negligiren.

In den Jahren des Wiederaufbaus wurde auch das Wirtschaftsleben Templins durch königliche Verordnungen grundlegend neu geordnet. Wie die Neuordnung des rathäuslichen Wesens nicht allein der Durchsetzung einer zentralisierten Verwaltungsdisziplin diene, so sollte auch durch die Regulierung des gewerblichen Lebens nicht nur die Wirtschaftskraft der Städte gefördert, sondern auch das Gewerbe im Sinne der absolutistischen Ordnungsvorstellungen reguliert werden. In den *General-Privilegia und Gülde-Briefe* für die Templiner Glaser, Tuchmacher, Bäcker, Nagelschmiede und Schneider, die in den Jahren 1734 und 1735 ausgefertigt wurden, ging es in erster Linie darum, die überkommenen „Korporativstrukturen des Gewerbes in zünftischen Formen“ zu reorganisieren.¹⁸⁷ „Ältere Privilegien wurden“, wie Wolfgang Neugebauer betont, „kassiert, neue Normen zum Erwerb des Meisterrechts gegeben und vor allem in das Lehrlings- und Gesellenwesen eingegriffen; Verbindungen mit auswärtigen Zünften wurden strikt reglementiert, die Strafgewalt der Zünfte neu geregelt.“¹⁸⁸ Ein Beispiel sind *General-Privilegium und Gülde-Brief des Glaser-Gewercks in Templin* von 1734.¹⁸⁹ In den ersten Artikeln werden Bedingungen und Verfahrensweise beim Erwerb des Meisterrechts geregelt. Weiter wird die Strafgewalt des Gewerks eingeschränkt und neu formuliert. Auf Quartalsversammlungen und bei allen anderen wichtigen Entscheidungen muß von nun an ein *Beysitzer aus des Magistrats Mittel* anwesend sein – das heißt das Gewerk wird unter die Kontrolle des Magistrats und damit unter königliche Kontrolle gestellt. Als Verschwendung erscheinende *nichts-bedeutende Processe* und *unnütze Schmausereyen* werden kurzerhand verboten. Schließlich werden auch Rechte und Pflichten der Gesellen und Lehrlingen festgesetzt. Bis 1740 war zudem das

185 *Declaration Des Patents vom 14. Decembr. 1731. Daß diejenigen, Welche in den nechsten Vier Jahren Ihre mit Stroh, Rohr oder Schindeln gedeckten Häuser abbrechen, Und mit Ziegel-Dach aufbauen, 23 por Cent geniessen sollen.* Eine von Wittich gezeichnete Abschrift dieser *Declaration* samt Begleitschreiben vom 25. Juni 1732 in: Stadtarchiv Angermünde, Archivnummer Nr. 557.

186 Schreiben Wittichs vom 12. Oktober 1732. BLHA, Pr. Br. Rep. 8 Templin, Nr. 2718, Bl. 10r.

187 Im Gefolge von Gesellenunruhen im Reich und in Polen, die auch auf die Mark Brandenburg übergriffen, kam 1731 unter maßgeblichem Einfluß Friedrich Wilhelms I. ein Reichsschluß zustande, der das Zunftrecht reformierte. Er wurde 1732 in der Mark Brandenburg publiziert, und daraufhin erarbeitete man einheitliche Innungsprivilegien für jedes Gewerk. Neugebauer 1995, S. 350.

188 Ebenda.

189 Das gedruckte Privileg in: BLHA, Pr. Br. Rep 8 Templin, Nr. 4520.

Arbeitsleben des wichtigsten Templiner Berufsstands, der Ackerbürger, durch eine neue *Feld- und Bau-Ordnung* im Sinne des absolutistischen Staates reguliert.¹⁹⁰

Das Brauwesen der Stadt wurde durch das *Braureglement* von 1739 völlig neu geordnet.¹⁹¹ Die Kontrolle des Brauens wurde einem *Brau-Directorium* übergeben.¹⁹² Dieses Direktorium hatte nicht nur die Feuersicherheit der Braustellen und die Maße der Bierfässer zu überwachen, sondern es mußte auf seinen Sitzungen und bei Visitationen regelmäßig auch die Qualität, das heißt Geschmack, Farbe und Stärke, des Biers prüfen.¹⁹³ Weiterhin wurde genauestens die Prozedur festgelegt, nach welcher die *bey der Stadt vorhandenen Dörffer und Krüge*, aber auch das Beliefern von Taufen, Hochzeiten und Erntedankfesten jährlich neu unter die Brauer verteilt werden sollten. Der bei weitem radikalste staatliche Eingriff in das Templiner Brauwesen war die beim Wiederaufbau befohlene, in diesem Reglement ebenfalls festgeschriebene Verringerung der traditionellen Anzahl der Braustellen. Brauen oder eine Brauerei in seinem Haus oder in einem separaten Brauhaus einrichten durfte danach nur, wer *nach dem neuen, von Sr. Königl. Majestät allergrnädigst approbirten Plan, eine Eck-Brau-Stelle, oder im Quarre, deren letztere nicht mehr als 7 hier seyn, besitzt*.¹⁹⁴ Gab es vor dem Brand 136 Brauhäuser¹⁹⁵, also Häuser, die auf Parzellen mit Braugerechtigkeit standen, so wurde die Zahl der brauberechtigten Stellen nun auf lediglich 39 begrenzt.¹⁹⁶ Fast 100 Bürgern wurde mit dieser Verordnung die Braugerechtigkeit entzogen. Weiterhin hatte der König nach 1735 durchgesetzt, daß auch das sogenannte Erntebrauen und das Brauen eines *Haustruncks*, bis dahin üblich und geduldet, abgeschafft wurde.¹⁹⁷ Der eigentliche wirtschaftspolitische Zweck dieser Verordnung wird in den Bestimmungen des § 13 deutlich:

Es muß auch niemand, der ein Brau-Hauß bereits hat, ein ander Brau-Hauß Mieths- oder Kauff-Weise an sich bringen, es wäre denn, daß er letzteres in solutum annehmen müßte.¹⁹⁸

Für den Fall, daß ein Brauer ein Brauhaus durch Erbschaft oder Heirat erwerbe, solle er die *Brau-Nahrung* durch einen *Mieths-Mann exerciren lassen*. Ziel der massiven Eingriffe in das Templiner Brauwesen war es, die *Brau-Nahrung* für eine bestimmte Zahl von Bürgern zur hauptsächlichen

190 Zitiert aus der Vorrede zu dem Entwurf nach: Blankenburg Bd. 2, II, S. 6.

191 Das Braureglement enthalten in: GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CLXXVII, Stadt Templin, Nr. 1, Bl. 2-19.

192 Es bestand aus zwey Deputirten aus dem Magistrat, [...], einen Stadt Verordneten, zwey Deputirten aus der Brauer-Gilde und zwey Bürgern, welche keine Brau-Häuser haben. Ebenda, Bl. 2.

193 Ebenda, Bl. 4v.

194 Ebenda, Bl. 5.

195 Nach dem Kataster von 1725.

196 Davon sind 32 *Eckbrauhäuser* und sieben *Brauhäuser im Quarre*.

197 § 11. Und da sich verschiedene Bürger nach dem Brande, welche keine Eck- und Brau-Stelle sondern nur Burger-Stellen im Quarre aufgebauet, des Bier-Brauens bisher angemäset. So soll ihnen solches durchaus nicht länger, als die von Sr. Königl. Maj. dieser abgebrannnten Stadt allergrnädigst accordirten 3 Frey-Jahre währen, verstattet, sondern selbige das Brauen niederzulegen a Commissario loci et Magistratu mit Nachdruck und bey nachmahffter Straffe angehalten werden. Etwas später heißt es dann ergänzend: *Diejenigen Bürger und Einwohner, welche nur Bürger-Stellen und Halb-Erben besitzen, können weder zu ihrer Nothdurfft, noch zum Schanck brauen*. GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CLXXVII, Stadt Templin, Nr. 1, Bl. 6f.

198 Ebenda.

Erwerbsquelle zu machen, sie unter diesen aber möglichst gleichmäßig zu verteilen. Nivellierende Regulierung der wirtschaftlichen Verhältnisse und Erhöhung der Akziseeinnahmen standen hier als Ziele gleichberechtigt nebeneinander. Wie von J. J. Becher gefordert, war die Obrigkeit bemüht, *Polypolium* und *Monopolium* gleichermaßen zu bekämpfen.

Das Ziel der vom Staat in den 1730er Jahren so aufwendig betriebenen Regulierung der Gewerbe, nicht nur des Brauwesens, offenbart ein Bericht der Kurmärkischen Kammer von 1744. Darin wird bezüglich des Erfolgs des Braureglements festgestellt, daß zwar das Brauwesen insgesamt nicht unbedingt zugenommen habe, daß aber

*jetzo mehr Brauer von Brauen Nahrung erhalten, da vorhin, wie der Krug-Verlag frey gewesen, etwa 4 Brauer den gantzen Krug-Verlag an sich genommen gehabt indem derjenige, welcher die meiste douceurs dem Krüger accordiren können, den stärcksten Verlag gehabt.*¹⁹⁹

Im Mittelpunkt dieser staatlichen Konkurrenzregulierung stand nicht der einzelne Bürger, sondern die Summe der Templiner Bürger als städtische Gemeinschaft. Möglichst viele sollten vom Brauen ordentlich leben können und nicht nur einige wenige in großem Wohlstand. All diese Reglements, Ordnungen und Vorschriften, die sich in den Jahren um 1735 häuften, hatten letztlich das Ziel, die kommunale Wirtschafts- und Sozialstruktur im Sinne einer merkantilistisch-kameralistischen Finanz- und Wirtschaftspolitik zu regulieren. Im Bezug auf die Ausgestaltung des Templiner Wiederaufbaus sind Konkurrenzregulierung, Nivellierung und absoluter Gestaltungsanspruch des Königs von besonderem Interesse.

Die angestrebte Ausweitung der königlichen Macht durch die Zentralisierung behördlicher Kontrollmechanismen setzte vor allem die konsequente Anwendung zweier Prinzipien voraus: Rationalität und Wissen. Nur ein möglichst umfassender Überblick und detailliertes Wissen ermöglichten die Intensivierung der Herrschaftsausübung. Wichtigste Mittel der königlichen Städtepolitik waren daher Statistik und Kartographie. Mit ihrer Hilfe sollte das für einen solchen Überblick erforderliche Wissen bereitgestellt werden sollte.

Die 1724 erlassene *INSTRUCTION Vor die Bau-Inspectores und Conducteurs bey Vermessung der Städte Aecker in der Chur-Marck* sah dementsprechend vor, daß *zu einer jeden Stadt 3. Charten, als eine General- oder Situations-Charte, eine Special-Charte und Plan intra moenia nach dem Rheinländischen Maaß, imgleichen ein Feld-Catastrum und General-Tabelle verfertigt werden.*²⁰⁰ In der Generalkarte mußte der Stadtgrundriß mit Markt, Straßen, Kirchen und Toren, den Vorstädten, Feldern, Wiesen und Gärten *nur nach ihrer Circumferentz und also Figur-Weise oder generaliter eingetragen* werden. Für die Vermessung und zeichnerische Präsentation des Gebietes innerhalb der Stadtmauern wurde bestimmt:

199 Schreiben vom 16.4.1744. BLHA, Pr. Br. Rep. 2, S. 8021.

200 Samt zugehörigem Schriftverkehr in gedruckter Form enthalten in: GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Tit. 9 Baubediente, Nr. 1, Bl. 4.

*In dem Plan intra moenia sollen sowohl die bebauten als wüsten Stellen mit ihren Num. nach der Ordnung, wie Schema sub Aa. zeigt, und ihre Längen und Breiten nur, die darauf befindlichen Gebäude und Gärten aber nicht besonders verzeichnet, und mit nachstehenden distinguirenden Couleuren marquiert werden, als: die AEdificia publica samt der Scharfrichterey starck carmin roth; die Brau- oder grossen Bürger-Stellen blaß carmin; die Bürger- oder Mittel-Stellen gantz bleich carmin; die Buden-Stellen blaß gelb; die wüsten Stellen werden weiß gelassen, um solche wenn sie bebauet werden, zu coloriren.*²⁰¹

Diese Anordnung zeigt, daß wohl Größe, Qualität und Verteilung der Parzellen, nicht aber die darauf befindliche bürgerliche Bebauung für den Staat von Interesse waren. Sehr genau wurde darauf geachtet, daß der Status der Bürgerstelle erkennbar war, daß auf den ersten Blick zwischen Brau- oder Großbürgerstelle, Bürger- oder Mittelstelle und Budenstelle unterschieden werden konnte. Neben der Übersicht über die wüsten Stellen, deren Besiedelung direkt wirtschaftlichen Aufschwung und damit eine Zunahme der Steuern versprach, bestand das Ziel der standardisierten Kartierung der Stadtgrundrisse vor allem darin, deren räumliche Situation zu überschauen und zu erfassen, wie die Straßen und Plätze in den Städten beschaffen waren, ob es schmale oder breite, winklige oder gerade Straßen, ob es große weite oder kleine verwinkelte Plätze gab.

Die zeichnerische Erfassung der bürgerlichen Verhältnisse innerhalb der Mauern genügte der staatlichen Verwaltung allerdings nicht. Zur detaillierten Erfassung von Größe und Qualität des bürgerlichen Grundbesitzes war außerdem ein spezielles und umfangreiches *Catastrum* erforderlich.²⁰² Ein solches Kataster besaß außerdem einen rechtlichen Impetus. Im Rahmen der Erstellung der Stadtpläne waren die lokalen Behörden angehalten, rechtliche Ordnung zu schaffen und beispielsweise nachbarliche Grenzstreitigkeiten vorab zu regeln. In den Plänen sollte ausdrücklich nur der rechtlich gesicherte Status der Parzellengrenzen und Grundstücksqualitäten festgehalten werden.²⁰³ Die staatliche Instruktion zur kartografisch-statistischen Erfassung drängte damit die Bürger, ihre Streitigkeiten zu regeln. Allgemeiner formuliert hieß das: Der Staat sah die Regulierung innerstädtischer Rechtsverhältnisse auch in Bezug auf so ein „privates“ Eigentum wie die Parzelle als seine Aufgabe an und verband dies engstens mit der eindeutigen Darstellbarkeit der geordneten Verhältnisse im Stadtgrundriß. Die zu anzulegenden Pläne und Kataster dienten nicht nur dazu, die behördliche Arbeit auf eine sichere, übersichtlich und einheitlich präsentierte Grundlage zu stellen. Vielmehr sollten mit der zeichnerischen und schriftlichen Fixierung auch innerstädtischer Rechtsfrieden und Rechtssicherheit hergestellt und festgehalten werden.

201 Ebenda, Bl. 5.

202 In dieses Kataster, so die Vorgabe, wurden nach dem *Schemate sub. A. [...] die freyen Märckte und Plätze auch Strassen und publiquen Gebäude aufgezoget, und der superficial-Inhalt von jeden zu erst rubriciret. So dann folgen die Feuer-Stellen en suite ihrer Num. und dem Schemate sub. A.a. und wird die Ordnung, wie solche in den alten Catastris und Lager-Büchern nach den Vierteln zu finden, beybehalten, folglich auch die wüsten Stellen in der Ordnung und Situation, in welcher sie liegen, mit angesetzt. Von einer wüsten Stelle wird nur die Breite und Tieffe notiret, und zu dem Nahmen des künftigen Possessoris Spatium gelassen. Hierauf folgen die Gärten Aecker und Wiesen, zuletzt werden Hütungen, Holtzungen, Gewässer und Land-Strassen [...] aufgezoget [...].* Ebenda, Bl. 5f.

203 *Die Streitigkeiten der Feld-Fluhren müssen allesamt vorhero vom Commissario Loci und dem Magistrat mit den Nachbahren abgemachet, und sodann die Grentz-Linie rund herum in die General- und Special-Charte getragen, [...] werden. [...] Die Grentz-Streitigkeiten in der Stadt aber, und unter den Nachbahren im Felde, werden in continenti decidiret, und sodann erst in dem Plan intra moenia und Special-Charte verzeichnet.* Ebenda.

Gemäß der Instruktion von 1724 nahm Wanckenheim im Jahr darauf in Templin und Angermünde die Vermessungen vor und erstellte die Pläne und Kataster in der gewünschten Form.²⁰⁴ Er hielt sich genauestens an die Vorgaben und verwendete die geforderten Farben. Die Angaben wurden zunächst von *Bürgermeister und Rathmannen* bestätigt.²⁰⁵ Dem rechtsverbindlichen Charakter gemäß, *der Accuratesse halber*, mußten der Oberbaudirektor und schließlich der zuständige Steuerrat mittels Unterschrift die Richtigkeit der in den Plänen und Katastern gesammelten Daten garantieren.²⁰⁶ Mit dieser Instruktion war die staatliche Verwaltung bemüht, sich einen Überblick über die räumliche Ordnung und die Besitzverhältnisse der Stadt und der Bürger zu verschaffen. Gleichzeitig sollte diese scheinbar nur der Wissensaneignung dienende Arbeit nicht nur indirekt, auf dem Wege langfristiger Verbesserungen, sondern ganz direkt schon durch die zeichnerisch/schriftliche Fixierung ordnungsstiftend in bürgerliche Besitzstände eingreifen. Wichtigster Effekt war aber der standardisierte Wissensgewinn.

Solche Erkenntnisse reichten jedoch nicht aus, um etwa das von Max Weber beschriebene Streben nach „‘aktenkundigen’ Tatsachenkenntnissen“ zu befriedigen.²⁰⁷ Noch wesentlich weiter in den Bereich des heute Privaten gingen daher die Erhebungen für die *Bürger-Rolle* der Stadt Templin aus dem Jahre 1735.²⁰⁸ Diese Tabelle mußte vom Magistrat der Stadt auf Anweisung des Steuerrats Wittich im Frühjahr 1735 angefertigt werden. Kurz vor der vollständigen Vernichtung der alten Stadt, wurde diese Bürgerrolle dann am 28. April fertig. Erstaunlich ist der Umfang dessen, was mit dieser Liste erfaßt wurde. Außer Name, Alter und Beruf mußte angegeben werden, ob der Bürger seinen Beruf *wohl verstehe, ob und wann er selbige niedergeleget, womit er sich sonst ernähret, ob er bemittelt, oder doch sein ziemliches Auskommen habe, ob und was vor Immobilien er besitze, ob er arm und wo die Armuth herrühre, ob er den seinigten wohl vorstehet und wie er sich sonst aufführet, wie viel Söhne er habe und wie alt sie sind, was sie vor eine Profession ergriffen haben* und schließlich *wo selbige sich anjetzt aufhalten*. Das individuell-bürgerliche Leben der Templiner Hausbesitzer wurde durch die staatliche Verwaltung benotet. Der Lebenswandel der meisten Bürger bekam die Note *guth*. Es gab aber auch jemanden, über den es hieß: [...] *den seinigten stehet er noch ziemlich vor, ist aber dabey sehr zänkisch*, oder einen anderen, bei dem vermerkt wurde, auch er stehe den Seinigten noch recht ordentlich vor, [...] *liebet dabey aber den Trunck*, und ein dritter schließlich, *steht zwar den seinigten wohl vor, ist aber dabey frevelhaft*.²⁰⁹

204 Nur einige weitere Beispiele für diesen Karten- und Katastertyp sei hier genannt. J. C. Euchler fertigte um 1721 den Stadtgrundriß von Reppen, 1723 Grundriß und Kataster von Eberswalde an; von C. F. Rüdiger sind entsprechende Pläne von Friedeberg (1721) und Dramburg (1723) bekannt. Abbildungen in: Schmidt 1939, ebenso in: Jaeckel 1999.

205 *Bürgermeister und Rathmannen* der Stadt Angermünde bestätigen 1725: *Dieses Catastrum ist mit Fleiß revidiret und die Nahmen der possessorum als auch die Beschaffenheit der Stellen, ingleichen die Suite der Nummern, angegebener maßen in allen richtig befunden worden welches hiermit attestirt wird*. Schreiben von Cons. dir. Pohlborn und Fabricius Camer vom 28. März 1725. Stadtarchiv Angermünde, Archivnummer: 1494/B II d.

206 So vermerkte der für diese Angelegenheit zuständige Oberbaudirektor Philipp Gerlach am Rand des Angermünder Schreibens pflichtgemäß: *Vorstehendes Catastrum der Stadt Neu Angermünde stimmt mit dem übergebenen originali überein, welches hiermit attestire. Berlin den 21 Oct. 1727 Pgerlach*. Ebenda.

207 Weber 1980, S. 129.

208 BLHA, Pr. Br. Rep. 8 Templin, Nr. 322.

209 Der 36jährige Peter Döring hatte seinen Beruf als *Nagelschmidt aus Armuth niedergelegt* und verdiente seinen Lebensunterhalt *mit allerhand Handarbeit*. In seinem *Haus cum pertinentibus* hatte er ein *kümmerliches* Auskommen. Seine Armut, so berichtet die Bürgerrolle weiter, rühre daher, daß er *nicht vollkommenen Verstandes* sei. Daher stand

Als nun Templin einige Wochen nach Fertigstellung der Bürgerrolle abbrannte, waren Steuerrat und Kurmärkische Kammer durch diese statistisch-kartographischen Wissenssammlungen bestens über die Gestalt der alten Stadt, über Verlauf und Breite der Straßen und die Beschaffenheit der Plätze und öffentlichen Gebäude informiert. Sie hatten einen Überblick über Lage, Größe und Ertrag des städtischen Besitzes und wußten, wie es um die städtische Verwaltungsarbeit und die Finanzen der Stadt bestellt war. Man war dabei, die Verwaltungspraxis durch ein schriftlich fixiertes *Rathhäusliches Reglement* streng hierarchisch zu ordnen und ebenso das Wirtschaftsleben der Stadt durch *Gülde-Briefe* in feste, hierarchisch geordnete Strukturen zu binden. Schließlich kannten die königlichen Beamten auch die bürgerlichen Besitzverhältnisse in und außerhalb der Stadt und waren über die Verhältnisse in den Haushalten der meisten Templiner bestens im Bilde.

Eine der radikalsten Maßnahmen im Umfeld des Wiederaufbaus war die Neuregelung des Brauwesens, die mit der massiven Beschneidung der Braugewohnheiten zahlreicher Bürger einherging. Gegen diesen Eingriff, an dessen Durchsetzung sich der Magistrat als obrigkeitliches Vollzugsorgan aktiv beteiligt hatte, gab es mehrfach Proteste aus der Bürgerschaft.²¹⁰ Neben der Beschränkung der Braustellen ist es immer wieder das Verbot des traditionellen Erntebraurechts, welches Widerspruch erregt. Schon 1738 antwortete der König auf eine solche vom Steuerrat Wittich übermittelte Eingabe, daß die darin angeführten Forderungen *wieder das Brau-Reglement, wieder Unsern Accise Interesse auch das publique Beste* gingen.²¹¹ Doch dieser Machtspruch Friedrich Wilhelms I. unterdrückte die Klagen nicht endgültig. Zunächst versuchte die Templiner Bürgerschaft im Februar 1741 durch die Vermittlung der *Chur-Märkischen Landschafft* *wieder die Möglichkeit zu erlangen, in der Erndte einen Haußtrunck zu machen*.²¹² Da der Steuerrat Züllich das Ansinnen der Templin ablehnte, wandte man sich, abermals durch Vermittlung der *Chur-Märkischen Landschafft*, im April 1742 an die Kurmärkische Kammer. Die Argumentation der Bürger beruhte wieder auf dem tradierten Recht.²¹³ Doch auch die Kammer lehnte das Ansinnen der Templiner mit dem Verweis auf den *königlich approbirten Plan* der neuen Stadt und das Braureglement entschieden ab und betonte, daß diese Anordnung gültig sei, *ob sie gleich verschiedene mahl bey Sr. Königl. Majestät allerunterthänigst supplicando eingekommen* seien.²¹⁴ Doch gaben die Bürger noch immer keine

er auch den Seinen, darunter zwei Söhne (fünf und drei Jahre alt), recht schlecht vor. Betont wurde, er *führet sich dabey aber doch gantz still auf*. Daniel Friedrich Freyschmidt war 32 Jahre alt, verstand seinen Beruf als *Materialist* gut und konnte sich daher ausschließlich davon ernähren. Er war nicht bemittelt, hatte aber sein *ziemliches Auskommen*. Freyschmidt besaß *ein Hauß cum pertinentibus und einen Erb-Garten*. Er stand den Seinen gut vor und führte sich auch sonst angemessen auf. Schließlich hatte er einen Sohn von vier Jahren, der *bey den Eltern* lebte. Ebenda.

210 Es waren die *Bürgermeister und Rathmannen* Templins, die am 8. Juli 1739 an den König schrieben, er möge doch das von ihnen! erarbeitete Projekt zu einem Braureglement, welches sie schon 1737 eingesandt hatten, endlich confirmiren. BLHA, Pr. Br. Rep 2, S. 8019, Bl. 110.

211 Schreiben vom 24. 03. 1738. BLHA, Pr. Br. Rep. 23A, Kurmärkische Stände, C. 1294, Bl. 6.

212 BLHA, Rep. 23A, Kurmärkische Stände, C. 859, Bl. 2 und Bl. 8.

213 *Es hat den Bürgern von Templin wegen ihres vielen Ackerbaues von jeher frey gestanden, in der Erndte gegen Abgabe der gewöhnlichen Trunck-Steuern, ihren eigenen Haußtrunck zu machen*. Brief der Kurmärkischen Landschaft an die Kurmärkische Kammer vom 10. April 1742. BLHA, Pr. Br. Rep. 23A, Kurmärkische Stände, C. 1294, Bl. 3.

214 Die Argumentation der Kammer beruhte auf drei Punkten: 1. sei *die Brau-Nahrung wegen der wenigen Landschafft schlecht beschaffen, und wenig Abgang an Bier*; 2. seien *die Ackerbürger Häuser so beschaffen, daß ohne zu besorgende Feuer-Gefahr darin kein Bier und Hauß Trunck gemacht und gebraut werden kan* und 3. *zu geschweigen*,

Ruhe. Schließlich wurde die *Bürgerschaft zu Templin wegen der Brau-Gerechtigkeit wieder die Eigenthümer der Eckhäuser daselbst* erneut *supplicando* bei Friedrich II. vorstellig.²¹⁵ Dieser verwies die Bürger nochmals auf die Resolution seines Vaters aus dem Jahre 1738 und stellte endgültig klar, *daß es Einwandes ohngeachtet bey der Ordre bleiben, und sie sich darnach richten auch keinesfalls davon abgegangen werden solle.*²¹⁶ In diesem jahrelangen Streit zwischen der auf einem traditionellen Recht beharrenden Partei von Bürgerschaft und Kurmärkischen Landschaft auf der einen und dem König auf der anderen Seite, setzte sich letztlich das königliche Interesse durch. Dieses war von Konkurrenzregulierung und Feuerschutz zum *publiquen Besten* sowie ureigenes finanzielles Interesse bestimmt.

Die Vorgänge um die Neuregelung des Templiner Brauwesens haben zwei grundsätzliche Einsichten gebracht. Zunächst zeigte sich, wie weitreichend und radikal die staatlichen Gestaltungsansprüche in die städtische Gesellschaft eingriffen und wie erfolgreich diese und ähnliche Eingriffe letztendlich, zumindest in der Templiner Sondersituation waren. Zugleich aber wurde deutlich, daß die Bürger keineswegs gewillt waren, derartige Beschränkungen ihres hergebrachten Rechts und ihrer Selbstbestimmung hinzunehmen. Vielmehr schöpften sie alle rechtlichen Mittel und Widerspruchsmöglichkeiten aus, um ihre Ansicht durchzusetzen. Daß sie damit letztlich keinen Erfolg hatten, sagt etwas über die damaligen Kräfteverhältnisse aus, jedoch mußte die königliche Verwaltung auch in dieser Hochzeit absolutistischer Machtentfaltung immer mit dem massiven Widerspruch der Bürgerschaft rechnen. Bei anderen, im Zusammenhang mit dem Wiederaufbau aktenkundig gewordenen Streitfällen, zeigt sich ein vergleichbares Bild – den am traditionellen Recht festhaltenden und streitbereiten Bürgern steht ein König mit seinem Verwaltungsapparat gegenüber.²¹⁷ Die Templiner Bürgerschaft hatte sich mit der obrigkeitlichen Machtfülle von Magistrat und Steuerrat aber nicht abgefunden. Unter Umgehung der unteren staatlichen Verwaltungsebenen (Magistrat, Steuerrat und sogar Kurmärkische Kammer) versuchte sie immer wieder, Einsicht in und Einfluß auf die städtischen Geschäfte zu gewinnen. Ebenso eindeutig zeigt aber der Verlauf dieser Streitsachen wie die Kraftverhältnisse lagen. Ob zu Recht oder zu Unrecht, nicht in einem der überlieferten Fälle bekam die Bürgerschaft Recht zugesprochen, alle Fälle endeten mit empfindlichen Strafen für die beteiligten Bürger.

In den Augen der Bürger verlief der Wiederaufbau also durchaus nicht nach ihren Vorstellungen. Besonders unzufrieden waren sie immer wieder mit der Arbeit des Magistrats, besonders des *Consul dirigens* Berger. Die königliche Verwaltung beurteilte Verlauf und Ergebnis des Wiederaufbaus dagegen durchweg positiv. Wie zufrieden man dort vor allem mit der Arbeit des Magistrats war, zeigt das überaus positive Zeugnis, welches die Kurmärkische Kammer (v. Münchow, Reinhardt) dem Templiner Magistrat 1738 in einem *Ad Regem* gerichteten Schreiben ausstellte. Die Kammer erbat für

was in solcher Zeit der Königl. Accise entgehen würde. Antwort der Kammer an die Kurmärkische Landschaft. Ebenda, Bl. 5.

215 Ebenda, Bl. 7.

216 Ebenda.

217 Die nachfolgend benannten aktenkundig gewordenen Vorgänge sind im Anhang dokumentiert. Anhang 1: Gerichtsreport über Rechtsstreitigkeiten im Umfeld des Templiner Wiederaufbaus.#

die Mitglieder des Magistrat Gehaltserhöhungen, die t. w. Verdoppelungen gleichkamen. Zur Begründung schrieben die Räte:

*Wir hoffen daß Ew. Königl. Majestät umb so eher diese kleine Zulage allergnädigst accordiren werden, als keine dero Cassen dadurch etwas entgehet, und wir pflichtmäßig versichern können, daß dieser Magistrat einer der besten unserer Provintz, und der Consul dirigens Berger ins besondere ein so geschickter treuer und fleißiger Mann ist, welcher zu wichtigern Verrichtungen, und in einem dero Collegien alligirt mit nutzen zu gebrauchen. Es haben diese Magistratspersonen auch diese kleine Zulage, um soviel ehr verdienet, als dieselbe ein groß theil ihres ohnedem geringen Vermögens im Brande, und darauf folgenden neuen Bau verlohren, und bey so prompter und guter Wiederaufbauung der Stadt, ihren Fleiß, Tüchtigkeit, und accuratesse gezeigt haben.*²¹⁸

Deutlicher als durch dieses einseitige Lob kann die Position des Magistrats als voll funktionstüchtige unterste Ebene der königlichen Verwaltungsarbeit nicht zum Ausdruck gebracht werden.

Auch an zwei anderen, für den Erfolg des Wiederaufbaus maßgeblichen Positionen innerhalb der staatlichen Verwaltung waren zwei junge Beamte angestellt, die am Beginn einer großen Karriere im Dienst des Königs standen. Sie verdienten sich bei der Bearbeitung dieser besonderen Aufgabe offensichtlich die ersten Meriten. Der Steuerrat Martin Heinrich Wittich, von der Kammer schon 1738 unter dem Eindruck des Templiner Wiederaufbaus als *einer der besten Kurmärkischen Steuerräte* gelobt, machte nach dem ersten Schlesischen Krieg in der Breslauer Kriegs- und Domänenkammer Karriere.²¹⁹ Der Kriegs- und Domänenrat Ludwig Wilhelm von Münchow, der das Templiner Retablisements in der Kurmärkischen Kammer betreute, wurde 1739 mit nur 30 Jahren Direktor dieser Kammer.²²⁰ Nach dem ersten Schlesischen Krieg wurde er dann in den Rang eines *Wirkl. Geh. Etats-Ministers* erhoben stand der wichtigen Schlesischen Kammer als *Chef und Präsident* vor.

Der Templiner Bürgerschaft standen mit v. Münchow, Wittich und Berger demnach drei bestens ausgebildete Verwaltungsbeamte gegenüber, die sich voll und ganz mit den Zielsetzungen der absolutistischen Städtepolitik identifizierten und diese geschickt und selbstbewußt umzusetzen wußten.

Der Brand von 1735 und der folgende Wiederaufbau hatten kaum längerfristige Auswirkungen auf Zahl und Zusammensetzung der Templiner Einwohnerschaft.²²¹ Charakteristisch ist, daß die

218 Abschrift eines Schreibens der Kurmärkischen Kammer vom 6. Januar 1738. BLHA Pr. Br. Rep 2, S., Nr. 8019, 49f.

219 Immediatbericht des Generaldirektoriums vom 8. Januar 1738 hervor: *Mit E. K. M. [...] Erlaubniß müssen wir darauf [...] anzeigen, wie nach des Chef-Präsidenten von Osten Bericht der Wittich einer der besten Kurmärkischen Steuerräte sey und hier nicht gar wohl zu missen stehe.* Zitiert nach: A.B.B. Bd. 5.2., S. 387. In der Breslauer Kriegs- und Domänenkammer Karriere war Wittich zunächst als Kriegs- und Domänenrat *Ober-Zoll- und Accise-Direktor im Herzogtum Schlesien und der Grafschaft Glatz*, und 1746 *Geheimer Kriegsrat* dann wieder für städtische Belange wie das 1. *Breslauer Accisewesen*, 2. *Feuersocietät der Städte* und 3. *Bau der Kavalleriestallungen und Fouragemagazine* verantwortlich. Ebenda.

220 Die Daten zu v. Münchow aus A.B.B., Bd. 5.1., S. 293; Bd. 6.1, S. 341f.; Bd. 6.2., S. 188 und Bd. 6.2., S. 269.

221 Gab es nach Bratring 1730 in Templin 324 Männer, 393 Frauen, 371 Söhne, 392 Töchter, 29 Gesellen, 34 Knechte, 45 (Lehr-) Jungen und 102 Mägde, so waren dies 1740, nach Brand und Wiederaufbau, 368 Männer (+ 44), 423 Frauen (+ 30), 417 Söhne (+46), 398 Töchter (+ 6), 16 Gesellen (- 13), 17 Knechte (- 17), 35 (Lehr-) Jungen (- 10) und 57 Mägde (- 45). Bratring 1805, Bd. 2, S. 490.

Gesamtzahl der Einwohner zwar im Zeitraum von 1730-1740 von 1690 auf 1731 Personen stieg, von dieser Steigerung aber nicht alle Bevölkerungsschichten gleichmäßig erfaßt wurden. Während die meisten Bürger und die wenigen Einlieger mit ihren Familien in der Stadt blieben, dort auf königliche Anweisung verbleiben mußten, verließ das Dienstpersonal von den Gesellen bis zu den Mägden in großer Zahl die abgebrannte Stadt. Nur sehr langsam nahm in den folgenden Jahren die Zahl dieser Bevölkerungsgruppe wieder zu. Bei den Bürgern dagegen setzte sich der mäßige Zuzug der Jahre vor 1735 weiter fort. Der Wiederaufbau führte, dies gilt es festzuhalten, nicht zu einer *Peuplierung*, also einer raschen Vermehrung der Einwohnerzahl; wohl aber konnten die vormaligen Bewohner im Ort gehalten werden.²²²

Die Bürgerrolle von 1735 enthält auch Angaben über die Besitzverhältnisse der Bürger und über ihr *Auskommen*. Selbstverständlich verfügten alle 246 in dieser Liste aufgeführten Bürger über *Ein Hauß cum Pertinentibz*. Land welcher Art auch immer besaßen 137 Bürger (56%). Einen oder mehrere *Erbgärten* oder *Erbwiesen* besaßen 126 Bürger (51 %). Eine viertel Hufe oder mehr Land nannten immerhin noch 73 Bürger ihr eigen (30%). Einige wenige Bürger besaßen größere Flächen.²²³ Die Mehrzahl der Templiner hatte nur ein *nothdürftiges* Auskommen. Als *bemittelt* galten nur 15 Bürger.²²⁴ Zu den ärmsten Bürgern, deren Auskommen nur als *kümmerlich* galt gehörten Tagelöhner, Tuchmacher oder Bäcker. In dieser Einkommensgruppe befanden sich auch auffallend viele alte Bürger, die wegen ihres Alters nicht mehr arbeiten konnten.

In Beckmanns Nachlaß finden sich in der *Nachricht von der (...) immediat-Stadt Templin*, die wohl direkt auf Auskünften des dortigen Magistrats von 1743 beruht, folgende Angaben:

*Die Nahrung der Stadt bestehet hauptsächlich in Ackerbau und Viehzucht, und ist das commercium derselben von keiner besonderen consideration, weile es ihr an gehöriger Landschaft und Passage zu wasser fehlet, indem dieselbe meistentheils mit Heyde circum circa umgeben und nur wenige und schlecht conditionirte Dörffer hat, so ihre Nothdurfft an Bier Brandtwein und anderen Victualien aus hiesiger Stadt holen.*²²⁵

Nach den Angaben in der *Bürger Rolle* von 1735 machte der Ackerbau 41 % der Wirtschaft der Bürger aus.²²⁶ Engstens mit dem Ackerbau verbunden war das Brau- und Brennereiwesen, jedoch gab es kein ausgedehnteres Brauwesen oder gar den Export von Bier in größerem Umfang. Weitere

222 Zu einer kräftigen Zunahme der Bevölkerungszahlen kommt es dann nach Bratring erst in der zweiten Jahrhunderthälfte - im Jahre 1770 gibt es erstmals mehr als 1900 Einwohner in der Stadt. Ebenda.

223 Beispielsweise der *Materialist* Christian Gerwig, der 4 ¼ Hufe Land, 3 Neuländer, 5 Morgen Land, 3 Erbwiesen, 3 Erbgärten und 3 Großgärten besaß. BLHA, Pr. Br. Rep. 8 Templin, Nr. 322.

224 Zu dieser kleinen Schicht der wohlhabenderen Bürger gehörten der *königliche Zisemeister*, der *Chirurgus*, ein *Senator und Handelsmann*, der Apotheker, ein Brauer, zwei Tuchmacher und zwei Ackersmänner, ein Bäcker, der Müller, ein Fischer und mehrere Witwen. Ebenda.

225 I. HA Rep. 92 Bekmann, VE Topographia, Uckermark, Nr. 7 Templin, Bl. 13v. Unterzeichnet sind diese Nachrichten mit: *Templin den 12. Augusti 1743 Bürgermeister und Rathmannen Berger, Berger, Adami, Hildebrand, Freyschmidt, Johann Sturm*.

226 Quelle für die folgenden Angaben: BLHA Potsdam, Pr. Br. Rep. 8, Templin, Nr. 322. Da diese Liste nicht ganz vollständig ist, von den 1730 nachweisbaren 324 Männern sind nur 246 aufgeführt, ergeben sich Ungenauigkeiten, die hier aber vernachlässigt werden können. Nach Liselott Enders gab es in Templin 1733 12 Tuchmacher-, 1 Strumpfmacher- und ein Hutmachermeister, desgleichen 124 Braustellen und 58 Branntweinblasen. Enders 1986, S. 996.

agrarisch bestimmte Berufe wie Müller, Bäcker, Schlächter oder Fischer vervollständigen das Bild des von der Landwirtschaft geprägten Wirtschaftslebens. Das Textilgewerbe war zwar wie in den meisten märkischen Städten gut vertreten, aber mit knapp 16 % nicht dominierend. Der Handel schließlich war nur dürtig entwickelt. Templin entspricht dem typischen Bild einer agrarisch geprägten kurmärkischen Kleinstadt, in der neben dem Ackerbau einzig die Tuchproduktion eine gewisse Rolle spielte. Es ist also durchaus gerechtfertigt, Templin mit Blick auf die gewerbliche Struktur als „Ackerbürgerstadt“ zu bezeichnen.

Organisation, Kontrolle und zeitlicher Ablauf

Der König war auch beim Wiederaufbau Templins die oberste Instanz. Er griff persönlich in dessen Verlauf ein. Diese direkte Einflußnahme zeigte sich beispielsweise, als Friedrich Wilhelm I. im Mai 1737 von Liebenwalde über Zehdenick nach Templin fuhr, um den Fortgang des Retablissemments zu begutachten. Er fand die Stadt mitten im Wiederaufbau, verfügte aber noch vor Ort unzufrieden,

*daß die Hütten in dieser abgebrandten Stadt mit den fordernsamsten abgebrochen und weggeschafft werden sollen und dann zu Verhütung aller Feuers Gefahr die höchste Nothwendigkeit erfordert, daß die Hütten, sonderlich zwischen denen Häusern in der Stadt stehen, mit Spelze gedeckt und keine massive Schornsteine haben, unverzüglich abgebrochen und weggeschafft werden sollen, um so viel mehr, da in verwichenen Pfingstfeste in des Postillion Schmockens seiner Hütte ein Brandt entstanden, wodurch leichtlich ein groß Unglück in der Stadt wiederum aufs neue verursacht werden können.*²²⁷

In einer Reihe von Aktenstücken richtete sich der König zudem direkt an den Steuerrat oder den Magistrat. Wichtige Entscheidungen, etwa die finanzielle Unterstützung des Wiederaufbaus, die Festlegung des neuen Stadtplans oder die Vergaberichtlinien für Feuerkassen-, Bauhilfs- und Spendengelder mußten von ihm genehmigt werden.

Entsprechend der seit 1723 bestehenden Verwaltungsgliederung war im Generaldirektorium Chef des II. Departements, Minister Franz Wilhelm von Happe, für die kurmärkischen und magdeburgischen Kammersachen und damit auch für den Templiner Wiederaufbau zuständig. Doch gibt es nur sehr wenig von dem Minister von Happe unterschriebene Aktenstücke. Auch im sonstigen Schriftverkehr ist nicht ersichtlich, welche Bedeutung ihm für den Wiederaufbau zukam. Zwar ging der gesamte Schriftverkehr zur Einführung der *Rathäuslichen Reglements* ebenso über seinen Tisch wie die Erarbeitung des *Bauhilfsgelder-Reglements* für die Kurmark von 1739, so daß er mit der Materie bestens bekannt war, doch sind dies alles Vorgänge, die mehrere Städte, wenn nicht das gesamte Gebiet der Kurmark betrafen. Einen sehr viel größeren Einfluß auf das Templiner Retablissemment übten einzelne Mitgliedern der Kurmärkischen Kammer aus. In einem Schreiben vom 19. Oktober 1739 drang das Generaldirektorium darauf, daß der Umgang mit den Baufreiheitsgeldern nicht nur dem Gutdünken der Steuerräte überlassen bliebe, sondern auch der Direktor und der Präsident der

227 Blankenburg, Bd. 6, Abschn. III, S. 12. Ebenso Philipp, S. 190.

Kammer persönlich Aufsicht führen sollten.²²⁸ Zum Zeitpunkt des Templiner Wiederaufbaus waren die Kriegs- und Domänenräte Ludwig Wilhelm von Münchow und Karl Franz Reinhardt für diese Belange zuständig, so bearbeiteten sie in dieser Zeit beispielsweise das *Rathhäusliche Reglement* für Templin. Wie die Akten belegen, bestimmten sie den Wiederaufbau maßgeblich mit. Sie legten die Rahmenbedingungen fest und koordinierten die Durchführung und Überwachung der Arbeiten. Neben der Kurmärkischen Kammer musste auch der Steuerrat beim Wiederaufbau einer in seinem Kreis liegenden Stadt zwingend eine führende Rolle einnehmen. Zum Zeitpunkt des Brandes und der ersten konzeptionellen Orientierung zum Wiederaufbau hieß der für Templin zuständige Steuerrat Martin Hennig Wittich. Mit Sicherheit kann eine maßgebliche Beteiligung Wittichs an der Ausarbeitung des *Bau-Reglements* und der darin enthaltenen Bestimmungen zur neuen Stadtgestalt und zur Organisation des Wiederaufbaus vor Ort angenommen werden.²²⁹ In die Zuständigkeit des Steuerrats fiel vor allem die Kontrolle des Wiederaufbaus. Wittich hatte zunächst den Bauablauf zu organisieren. Er war weiterhin verantwortlich für die Organisation und Überwachung einer gerechten Vergabe der neuen Parzellen, der materiellen und der finanziellen Beihilfen. Dazu mußte er die Richtlinien zur Verteilung erarbeiten sowie die Taxation der fertigen Gebäude genauestens überwachen. Letztere war ausschlaggebend für die Höhe der Zuschüsse und der Versicherungsbeiträge für die Feuersozietät. Schließlich hatte Wittich die rechtlichen Streitfälle, so weit möglich, vor Ort zu klären. Die unterste Instanz der königlichen Verwaltungshierarchie, der Magistrat, war schließlich für die Umsetzung aller Anweisungen der übergeordneten Behörden verantwortlich. Hier ist vor allem der *Consul dirigens* Johann Friedrich Berger zu nennen.

Nachdem die Versorgung der Templiner mit Nahrungsmitteln und die Bereitstellung von Notunterkünften sichergestellt war, gingen Magistrat, Steuerrat und Kurmärkische Kammer wohl noch im Herbst 1735, spätestens aber bis zum nächsten Frühjahr daran, einen neuen Stadtplan und die grundsätzlichen Modalitäten des Wiederaufbaus wie zum Beispiel die Verteilung und Zuweisung der Parzellen oder die Finanzierung zu erarbeiten. Wahrscheinlich nach dem Vorbild des Crossener Baureglements von 1708 erarbeitete man ein *Bau-Reglement vor die abgebrannte Stadt Templin* erarbeitet, welches 1736 von der Kurmärkischen Kammer bestätigt wurde.²³⁰ Auch der zugleich ausgearbeitete neue Stadtplan muß spätestens im Frühjahr dieses Jahres die königliche *Approbation* erhalten haben, damit schnell mit dem Abstecken der neuen Straßenfluchten und der Zuweisung der neuen Parzellen begonnen werden konnte. Der nun einsetzende Wiederaufbau ging zügig voran. Bis 1741, so berichtet Philipp nach heute verlorenen Quellen, war die Stadt „zum größten Teil wieder erstanden.“²³¹ Zwei Jahre später waren nach Angaben des Templiner Magistrats von den 320

228 *Übrigens habt ihr unser p president von Osten und Direktor von Münchow auch wegen des zu befördernden und wohl ein zureichenden Baues euch nicht lediglich auf die Departements- und Steuer-Räthe zu verlassen, sondern von Zeit zu Zeit auch selbst zuzusehen, wie der bau in denen Städten succedire, [...].* GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Tit. 103, Nr. 1, Bl. 73.

229 1738 wurde er von dem Steuerrat Züllich abgelöst, welcher das Retablisement dann bis zu seinem Abschlusse begleitete.

230 GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen. Tit. CLXXVII Stadt Templin, Nr. 2, Bl. 28.

231 „Die Stadt [war] zum großen Teil wieder erstanden, dagegen ruhten noch die öffentlichen Bauten. Den Einwohnern selbst ging es immer noch recht kläglich. So berichtet der Mühlenpächter, [...] 'daß doch nur zu einigen Tagen ein Scheffel zum Abmahlen zur Mühle gebracht worden, [...] da die Baue stille liegen, das Volk aus dem Lande ist und der übrige Einwohner aus Mangel des Verdienstes sehr wenig konsumiret'.“ Philipp, S. 191.

Haußstellen bereits 308 *würcklich wieder bebauet*.²³² Es verwundert daher, daß die zweite Rate der unter Friedrich II. zugesagten Baufreiheitsgelder erst 1748 ausgezahlt wurde. Wie lange vor allem der innere Ausbau der Häuser teilweise dauerte, zeigt der Fall des Schneiders Matthias Zahl, der noch 1748 in der Bürgerheide eine Eiche entwendete, um daraus Dielen für sein Wohnhaus zu machen, in welchem er bereits seit 1737 wohnte.²³³ Der Großteil der Häuser dürfte fertig gewesen sein, als man 1746 daran ging, zunächst das Rathaus und ab 1749 dann auch die Kirche zu errichten. Als Rathaus und Kirche im Jahr 1751 fertiggestellt wurden, war damit der gesamte Wiederaufbau, der insgesamt 15 Jahre gedauert hatte, abgeschlossen.

Finanzierung

Nach den seit 1732 geltenden Verordnungen über staatliche Bauunterstützung in der Kurmark hätte der Neubau eines Hauses mit 23% Baufreiheitsgeldern, bestehend aus 8 % *Holtz-Geld* und 15 % *Bau-Freyheits-Geld*, bezuschußt werden müssen.²³⁴ Parallel zum Wiederaufbau Templins wurde eine landesweit einheitliche Neuordnung dieses wichtigen Förderinstruments diskutiert.²³⁵ Diese Diskussion fand ihren Abschluß in dem 1739 publizierten und ab 1740 bis 1806 gültigen *Baufreiheitsgelder-Reglement*.²³⁶ Grundsätzlich übernahm man in dieser neuen Regelung die schon zuvor in der Kurmark gültigen Bestimmungen, wie etwa den Umfang der Unterstützungen. Der Wiederaufbau Templins fiel demnach nicht nur hinsichtlich der Neuordnung der städtischen Verwaltung und des Handwerks in die Zeit intensivster obrigkeitlicher Regulierungsanstrengungen. Auch die staatliche Bauunterstützung und Bauförderung wurde gerade in den Jahren des Wiederaufbaus nach ausgedehnter Diskussion in eine für den Rest des Jahrhunderts gültige gesetzliche Form gebracht.

So nah aber diese Diskussion dem Problem der Finanzierung des Templiner Wiederaufbaus in zentralen Punkten auch stand, so sehr waren die *Bau-Freyheits-Gelder* doch in erster Linie zur Unterstützung des normalen *Anbaus* von Bürgerhäusern gedacht, nicht zur Finanzierung des weitläufigen Wiederaufbaus ganzer Städte. Wie Ralph Jaeckel betont, standen zu Beginn des 18. Jahrhunderts bei kurzfristigen großflächigen Wiederaufbauprojekten andere Fördermittel im Vordergrund.²³⁷ Unentgeltliche Bereitstellung von Baumaterialien und befristete Abgaben- und Lastenbefreiungen waren sowohl in Crossen (1708) als auch in Teltow (1711) die wichtigsten Mittel zur Unterstützung des Wiederaufbaus. Finanzielle Zuwendungen wie die Gelder der Feuersozietät, Bauhilfsgelder oder Spenden waren dagegen für eine rasche Hilfe aus verschiedenen Gründen von

232 GStA PK, I. HA Rep. 92 Bekmann, VE Topographia, Uckermark, Nr. 7 Templin, Bl. 13f.

233 Vgl. Anhang 1: Gerichtsreport über Rechtsstreitigkeiten im Umfeld des Templiner Wiederaufbaus.#

234 *Patent, daß zu Beförderung des Anbaues derer in denen Chur-Märckischen Städten annoch vorhandenen wüsten Stellen die 23. pro Cent, als 8. pro Cent Holtz- und 15. pro Cent Bau-Fryheits-Gelder noch 4. Jahr nemlich bis Ende December 1735 gereicht werden sollen*. Veröffentlicht in: CCM, V. Theil, I. Abt., Sp. 429f. Patent vom 14. 12. 1731.

235 Der entsprechende Aktenvorgang beginnt mit einer Kabinettsordre an sämtliche Kriegs- und Domänenkammern vom 12. 07. 1737 und endet mit einem Schreiben des Ministers von Happe an die Kurmärkischen Kammer vom 10. 01. 1740. Das *Baufreiheitsgelder-Reglement* vom 22. 09. 1739 wurde veröffentlicht in: CCM, V. Theil, I. Abt., Sp. 285-290.

236 Vgl. zur Entwicklung der Unterstützung mit Baufreiheitsgeldern Jaeckel 1999, S. 346ff.

237 Jaeckel 1999, S. 344.

untergeordneter Bedeutung – gemessen am tatsächlichen Aufwand der Bürger waren sie sehr gering bemessen; zudem wurden sie erst nachträglich und oft sehr zögerlich ausgezahlt.

Auch beim Wiederaufbau Templins sollte eine Mischung aus steuerlichen Erleichterungen, Sachzuwendungen und finanziellen Unterstützungen zum Erfolg führen. Über die steuerlichen Entlastungen gibt eine Petition des Templiner Magistrats an die *Chur Märkische Landschafft* vom Dezember des Jahres 1735 Auskunft:

*Wann wir nun und sämtliche Einwohner dieses Orths durch dieses große Unglück [den Brand, C.B.] in dem ehrendesten und kläglichsten Zustand gesetzt worden. So haben Ihro Königl. Majest. solchen dergestalt allergnädigst zu Hertz genommen, daß Sie dieser abgebrannten Stadt unter andern reichen hohen GnadenBezeugungen auch eine dreyjährige Accise freyheit allergnädigst geschenckt.*²³⁸

Von der Landschaft fordern die Templiner nun

unß nach dem hochrühmlichen und allergnädigsten Exempel Seiner Königl. Majestät eine gleichmäßige dreyjährige Freyheit des Neuen Bier Geldes, Mahlzieße und andere dergleichen Gefälle hochgeneigt angedeihen laßen.

Neben der dreijährigen Akzisefreiheit gewährt man den Templiner Brauern schließlich,

sechs nach einander folgende Jahre ein brauen um das andere ohne Erlegung des Landschafftlichen Neuen Bier Geldes.

Zur Förderung des Wiederaufbaus der Bürgerhäuser, aber auch der öffentlichen Gebäude wie Rathaus, Schule, Hauptwache und Akzisehäuser an den Toren, stellte König Friedrich Wilhelm I. außerdem insgesamt 18.000 Taler Baufreiheitsgeld zur Verfügung.²³⁹ Dazu kam die unentgeltliche Abgabe von Bauholz im Wert von 13.908 Talern und 400 Landprahme Kalk aus Rüdersdorf *gegen Zahlung des Brecherlohns* im Wert von 1.250 Talern. Unter Friedrich II. wurde der Templiner Wiederaufbau nochmals mit 23.693½ Talern Bauhilfsgeld unterstützt. Insgesamt betrugen die finanziellen Zuschüsse demnach knapp 42.000 Taler, und die Zuwendungen an Baumaterialien hatten einen Wert von rund 15.000 Talern. Der Wert der steuerlichen Erleichterungen läßt sich dagegen nicht exakt bestimmen. Ein Blick auf die insgesamt 197.205 Taler, welche allein für den Wiederaufbau der Häuser veranschlagt wurden,²⁴⁰ macht deutlich, daß die finanziellen und materiellen Zuschüsse des Staates, die ja für die Bürgerhäuser und die öffentlichen Gebäude gedacht waren, kaum ein Viertel der Gesamtkosten des Bürgerhausbaus ausmachten. Damit näherte sich der Umfang der Unterstützung jenen 23% Bauhilfsgeld, welche nach einem königlichen Patent von 1731 bis 1735 als Unterstützung beim Bürgerhausbau vorgesehen und auch nach dem ab 1740 geltenden

238 BLHA, Pr. Br. Rep. 23A, Kurmärkischen Stände, C. 859, Bl. 2.

239 Diese Angaben nach Blankenburg, Bd. 6, Abschn. III, S. 10ff.

240 Blankenburg Bd. 6, Abschn. III, S. 11.

Baufreiheitsgelderreglement üblich blieben.²⁴¹ Wenn man nun noch die nicht näher zu bestimmende Summe der Gelder aus der Feuersozietät mit berücksichtigt, lässt sich festhalten, daß die Bürger mindestens zwei Drittel der Baukosten selbst bestreiten mußten. Diese Beträge, die etwa zwischen 200 Talern bei einem eingeschossigen Budenhaus und 800 Talern bei einem Eckbrauhaus lagen, bedeuteten für die Bürger, die in der Regel zunächst auch die erst nachträglich ausgezahlten Bauhilfsgelder aufbringen mußten, eine erhebliche Belastung.

Das Bau-Reglement vor die abgebrannte Stadt Templin. Ein absolutistischer Machtspruch

*Nach dem letzten Brande ist ein neuer Plan, wornach diese abgebrannte Stadt wieder erbauet werden müssen, mit Königl. allergnädigster Approbation formiret worden [...].*²⁴²

Der Hinweis auf einen *königlich approbirten* Plan für den Wiederaufbau der Stadt findet sich immer wieder. Im frühen 18. Jahrhundert beschrieb der Begriff *Plan* nicht nur einen gezeichneten Stadtgrundriß, sondern ebenso ein für ein derart großes Projekt unerlässliches schriftlich fixiertes Regelwerk. Die Existenz eines derartigen Baureglements für Templin ist durch ein Schreiben belegt, in dem ein bereits 1737 zur Genehmigung eingesandtes *Bau-Reglement vor die abgebrannte Stadt Templin* genannt wird.²⁴³ Dieses heute verschollene Reglement war neben der ebenfalls verlorenen Zeichnung des regulierten Stadtgrundrisses das wichtigste Instrument, mit dem die Obrigkeit den Templiner Wiederaufbau beeinflusste.²⁴⁴

Die *Verordnung, wegen Wiederaufbauung der abgebrannten Stadt Crossen, und wie es damit gehalten werden soll* von 1708, die wie das Retablissement dieser Stadt selbst lange Zeit Maßstäbe setzen sollte, wurde 1740 mitten im Wiederaufbau Templins erstmals publiziert.²⁴⁵ Es ist daher sehr wahrscheinlich, daß auch das Templiner *Bau-Reglement* sich in wesentlichen Punkten darauf bezog. Das Crossener Reglement bestand aus drei Teilen: Zunächst gab es 10 *Puncte*, welche Verfahrensfragen, Finanzierung und Bauunterstützung regelten, dann folgte das aus acht *Puncte[n]* zu baulichen Fragen bestehende eigentliche Reglement und schließlich gab es weitere 12 *Puncte*, welche die *Regulierung der Plätze, Strassen und Gassen* behandelten. Das von der Kurmärkischen Kammer 1736 genehmigte und wohl erst 1739 vom König *confirmierte* Baureglement für Templin

241 CCM, V. Theil, I. Abt., Sp. 429f. Patent vom 14. 12. 1731.

242 So Templiner *Bürgermeister und Rathmannen* acht Jahre nach der Feuerkatastrophe. GStA PK, I. HA Rep. 92 Bekmann, VE Topographia, Uckermark, Nr. 7 Templin, Bl. 13f.

243 Das Schreiben datiert vom 8. Juli 1739. Diese Angaben sind aus einem älteren Verzeichnis von Akten und einzelnen Schriftstücken zum Wiederaufbau Templins zu entnehmen, die heute jedoch sämtlich nicht mehr aufzufinden sind. Verzeichnis in: BLHA Pr. Br. Rep. 8 Stadt Templin, Nr. 2718.

244 Zur Rekonstruktion des Baureglements werden neben den wenigen konkreten Hinweisen auf einzelne Paragraphen auch die entsprechenden Ausführungen in den zeitgleich entstandenen Verordnungen und Reglements für Templin (*Rathhäusliches Reglement* und *Holzordnung* 1738, *Baureglement* 1739) und für das Bauwesen (Neumärkisches Baureglement 1739 und Kurmärkisches Baureglement 1741) sowie die heute noch in der Stadt sichtbaren Spuren derartiger Vorgaben mit einbezogen.

245 Die Verordnung vom 02. 08. 1708 wurde publiziert in: CCM, V. Theil, I. Abt., Sp. 217-224. Zur Bedeutung des Crossener Reglements beim Wiederaufbau Neuruppins vgl. Reinisch 2001, S. 28-34.

umfaßte dagegen über 24 fortlaufend nummerierte Paragraphen. Es scheint somit rein formal eine Weiterentwicklung und Umformung des Crossener Vorbildes gewesen zu sein.²⁴⁶

Wie im Crossener *Bau-Reglement* waren die Bestimmungen zum Wiederaufbau auch im Templiner Reglement in drei Gruppen gegliedert: Es gab erstens Maßnahmen zur Regulierung des Stadtgrundrisses und Bestimmungen für die Realisierung des Stadtumbaus, zweitens feuerpolizeiliche, hygienische und bautechnische Vorgaben mit besonderem Bezug zum Fachwerkbau sowie ästhetische Richtlinien für eine größtmögliche Regularität der Häuser an den Straßen- und Platzfronten. Drittens beinhaltete das Reglement Verfahrens- und Organisationsvorschriften, Bestimmungen zur Finanzierung und Unterstützung sowie Regelungen der Notunterkünfte und der Verpflegung.

Zur ersten Gruppe gehörte in Templin die *königlich approbirte* Zeichnung des neuen Stadtgrundrisses. Die geplanten städtebaulichen Veränderungen wurden üblicher Weise jedoch nicht nur zeichnerisch, sondern auch schriftlich fixiert. Daher dürften auch zunächst auch die im neuen Templiner Stadtgrundriß vorgesehenen Begradigungen und Verlegungen von Straßen und Platzkanten, die Grundstücksveränderungen, die Anlage neuer Stadttore und die Lage der öffentlichen Gebäude kurz und präzise erläutert worden sein. Blankenburg berichtet in seiner Templiner Chronik von einer weiteren entscheidenden städtebaulichen Festlegung:

*Ferner wurde die Länge der Straßenfront der zu errichtenden 320 Hausgrundstücke sowie die der Eckgrundstücke besonders festgesetzt, um ein einheitliches Bild entstehen zu lassen. Außer den Eckgrundstücken war für jedes Wohngrundstück eine Straßenfront von 40 Fuß vorgeschrieben.*²⁴⁷

Neben den normalen, auf 40 Fuß Breite festgelegten Bürgerstellen wurde nach dem neuen Plan nur den 32 *Eckbrau-Stellen* und 7 *Brau-Plätzen im Quarre* eine Straßenfront von 60 Fuß zugestanden. Die wirtschaftspolitisch begründete drastische Verringerung der Braustellen wird hier in ein grundlegendes städtebauliches Ordnungs- und Gestaltungsmittel – die Breite der Straßenfront – transformiert. Diese tief in das traditionelle Gefüge der Stadt und der bürgerlichen Rechte eingreifende Maßnahme muß, damit sie umgesetzt werden konnte, in irgendeiner Form schon im Baureglement und nicht erst im 1739 erstmals publizierten Braureglement festgehalten gewesen sein.²⁴⁸

246 Dass das Reglement dennoch weder Eingang in die preußischen Gesetzessammlungen fand, schon beim Wiederaufbau des nahen Neuruppin 1787 vergessen war und heute unauffindbar verloren ist, muss wohl in erster Linie darauf zurückgeführt werden, dass hier der Wiederaufbau einer Stadt in Fachwerk reguliert wurde. Fachwerk galt als veraltet, feuergefährlich, die Holzbestände bedrohend und wenig dauerhaft. Seine Anwendung bei staatlich geförderten Wiederaufprojekten war eigentlich schon 1735 nicht mehr zeitgemäß.

247 Blankenburg Bd. 1, Abschn. II, S. 214.

248 Dies läßt sich einem Schreiben vom März 1738 entnehmen. Darin antwortet der König auf eine von dem Steuerrat Wittich übermittelte Eingabe, daß die darin angeführten Forderung *wieder das Brau-Reglement, wieder Unsern Accise Interesse auch das publique Beste [gingen, C.B.] wie auch einmal verordnet, daß eine gewisse Numery von Brauhäusern in Templin festgesetzt [...] werden solle, solches auch der Bürgerschaft [...] bekant gemacht, wo wieder Sie auch damals nichts eingewandt [...]*. BLHA, Pr. Br. Rep. 23A Kurmärkische Stände, C. 1294, Bl. 6.

An derartige städtebauliche Vorgaben schlossen sich, wie das schon im Crossener Reglement der Fall war, Bestimmungen über die in diesem Zusammenhang notwendigen Entschädigungen an.²⁴⁹ In einem Schreiben des Templiner Lehrers Parisius von 1738 heißt es beispielsweise: *Die massive Keller sind bezahlt vor ungefehr drey Wochen a dato.*²⁵⁰ Es gab also für die nach dem neuen Plan abzubrechenden alten massiven Keller eine Entschädigung. Vermutlich galt dies wie in Crossen auch für die Fundamente. Ebenso wenig kann mit Sicherheit gesagt werden, wie die Veränderung der Parzellen insgesamt gehandhabt wurde. In mehreren Fällen sind Beschwerden der Bürger über den Verlust von Garten- oder Grundstücksfläche nach dem neuen Plan und Forderungen nach Entschädigung überliefert.²⁵¹ Die Regeln für die Verteilung der neuen Parzellen, welche es wegen des Umfangs und der Komplexität dieser für das innerstädtische Klima entscheidenden Aufgabe gegeben haben muß, lassen sich nicht vollständig rekonstruieren. Unklar bleibt, ob und wenn ja, in welchem Umfang die Eigenschaften der alten Parzellen wie Flächeninhalt und Breite an der Straße mit denen der neuen abgeglichen wurden.

Eine Vorstellung vom Tonfall des gesamten Baureglements und von der Art und Weise, wie nicht nur mit der Frage der Entschädigungen, sondern auch mit anderen Ansprüchen der Bürger umgegangen wurde, vermittelt der Paragraph 24, der annähernd in seinem Wortlaut überliefert ist:

*Nun disponiret das von der p. Cammer ad 1736 approbirte Bau-Reglement vor die abgebrannnte Stadt Templin § 24: daß jeder die ihm angewiesene Stelle innerhalb von 4 Jahren bebauen oder gewärtigen solle, daß selbige nebst darauf hafftenden Feuer Societäts- und Pro Cent-Geldern demjenigen, der solche bebauen will, gegeben werde.*²⁵²

Diese in Templin offensichtlich erfolgreich angewandte Methode, die Bebauung wüster Stellen durch massive Drohungen – bis hin zum völligen Verlust des Eigentums – zu beschleunigen, hatte 1735 in der kurmärkischen Verwaltung schon eine aktenkundige Tradition.²⁵³

249 In Crossen sollte den Eigentümern, deren Häuser verlegt werden mußten, *Keller und Fundament-Mauren billig-mäßig taxiret, auch ihnen bezahlt werden*. Vgl. die *Verordnung wegen Wiederaufbauung der abgebrannten Stadt Crossen* in: CCM, V. Theil, I. Abt., Sp. 223.

250 Vgl. Anhang 1: Gerichtsreport über Rechtsstreitigkeiten im Umfeld des Templiner Wiederaufbaus.#

251 So gab es z. B. ein *Schreiben des Christ. Gebhardt vom 18. Dez. 1737 an den Kriegs- und Steuerrat. Betr. Ersatz für sein abgebranntes Grundstück und Erledigung eines Baustreits mit dem Nachbarn*, weiterhin existierte eine *Eingabe an d. König vom 5. Sept. 1738 von Joh. Lange. Betr. Ersatz f. d. Verlust eines Gartens (nach dem neuen Bauplan)*. Verzeichnis in: BLHA Pr. Br. Rep. 8 Stadt Templin, Nr. 2718.

252 Kriegs- und Domänenrat Magusch von der Kurmärkischen Kriegs- und Domänenkammer an das Generaldirektorium aus dem Jahr 1750. GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen. Tit. CLXXVII Stadt Templin, Nr. 2, Bl. 28.

253 Schon das Patent von 1731 hatte die Zeit, in welcher die 23 % Bauhilfsgelder gezahlt würden, in vergleichbarer Art und Weise auf ebenfalls vier Jahre, begrenzt. Jedoch geht der besagte § 24 deutlich weiter, indem er den säumigen Besitzern eindeutig mit Eigentumsentzug droht! Auch für diese rigide Methode gab es aktenkundige Vorbilder. Schon 1721 war ein *Patent wegen Beförderung des Anbaues der in den Churmärckischen Städten befindlichen wüsten Stellen [...]* ausgefertigt worden. Darin hieß es, daß *nachdem die wüsten Hauß-Stellen den vielfältigen ergangenen Edicten und Verordnungen ungeachtet, von den Eigenthümern, oder denen, so einige Hypotheken darauf haben, bißhero noch nicht bebauet worden, solche allesamt nebst den darzu gehörigen Pertinentien [...] dem Publico verfallen, und die Besitzer oder Creditores Hypothecarii derselben alles daran habenden Rechts nunmehr verlustig seyn sollen*. CCM, V. Theil, I. Abt., Sp. 412. Am 24. 10. 1722 folgte ein *Edikt, daß die in Städten annoch befindlichen wüsten Stellen mit den dabey vorhandenen Pertinentzien so gleich denen, welche solche bebauen wollen, gerichtlich angewiesen, diejenigen aber, wozu sich vor Weihnachten dieses Jahres keine Annehmer angeben, dem Publico zum besten so lange verpachtet werden sollen, bis sich dazu tüchtige Annehmer finden*. Hinzuweisen ist hier auf die Formulierung *dem Publico zum besten*. CCM, V. Theil, I. Abt., Sp. 423f.

In der zweiten Gruppe von Bestimmungen waren zunächst feuerpolizeiliche, hygienische und bautechnische Vorgaben mit besonderem Bezug zum Fachwerkbau aufgeführt. Eine einschlägige Bestimmung aus diesem Bereich war ein 1708 erlassenes Edikt. Da es *dem gemeinen Wesen zuträglich* sei, ordnete das Edikt an,

*allemahl zwischen vier, fünff oder auch sechs Häuser, von einer Straße zur anderen, eine Brandfreye Mauer, die einen oder zwey Fuß über die Dächer der beyden daran stoßenden Häuser [...] hervorragen müste, aufführen zu lassen.*²⁵⁴

Da sich die Brandmauer nur bei nicht aneinander gebauten Häusern verwirklichen ließ, wurde weiter bestimmt:

Wo sich befinden möchte, daß zwischen dem fünfften oder sechsten Hause kein Spatium zur Mauer wäre, sondern die zwey Häuser, zwischen welchen diese Mauer aufgeföhret werden soll, dergestalt aneinander stehen, daß sie sich berühren; Da ist eine von denen Wänden hinweg zu nehmen, und statt deren die Mauer zwischen den Häusern hinauf zu führen. Die zu sothanen Bau erforderete Unkosten gehen über diejenige, so in der Gegend wohnen, nach einer billigmäßigen und proportionirten Eintheilung.

Ausdrücklich wird hier betont, daß diese Anordnung *sowol in denen Neuanzubauenden, als denen schon angelegten Städten* zu befolgen sei. Der Wiederaufbau von Crossen setzte, wie die über die Dächer ragenden Brandmauern zeigen, diese Verordnung konsequent um. Da die Forderung nach Brandwänden auch in der *Allgemeinen Feuer-Ordnung in denen Städten der Chur-Marck* von 1718 wiederholt wurde, kann man davon ausgehen, daß sie in das Templiner Reglement aufgenommen wurde. Weitere feuerschutztechnische Bestimmungen forderten das bei Gebäuden in der Stadt obligatorische Ziegeldach, die Ziegelausfachung zur Straße und die massive Ummauerung der Feuerstellen. Die Scheunen wurden aus der Stadt in die Scheunenviertel vor den Mauern verwiesen. Das feuergefährliche Brauen war durch spezielle Vorschriften geregelt. Ein *Brau-Hauß* mußte *denen Königl. Verordnungen gemäß, also aptiret (sein), daß darin ohne Feuers-Gefahr gebrauet werden könne*.²⁵⁵ Die Wände, welche die Braustelle umgaben, mußten massiv, der Schornstein gemauert und der Fußboden durfte nicht hölzern sein. Für die Darren war vermutlich festgelegt, es mußten

*für Feuers-Gefahr sichere, entweder gantz massive mit einem Gewölbe oder Schwiebbogen umschlossene, und mit einen massiven Schornstein versehene, oder in der Erde gewölbbte, massive, mit draternen Borden, oder kupfernen, eisernen, oder töpfernen Platten, welche auf eisernen Stäben ruhen, versehene Räume sein.*²⁵⁶

An der Schnittstelle zwischen Feuerschutz und Hygiene ist eine im Baureglement mit großer Wahrscheinlichkeit enthaltene Verfügung anzusiedeln, die das Verbot von Giebelhäusern und von

254 *Edict, daß auf eine gewisse Distanz Brand-Mauern aufgeföhret werden sollen. De dato Charlottenburg, den 3ten Sept. 1708. CCM, V. Theil, I. Abt., Sp. 225f.*

255 Ebenda.

256 Ebenda, § 19.

Gängen zwischen den Häusern betraf. Gegen beides gab es neben feuerpolizeilichen und wohl kaum formulierten ästhetischen Gründen auch hygienische Bedenken. In einer diesbezügliche 1691 erlassenen Verordnung heißt es:

*Wir haben Uns unterthänigst berichten lassen, welcher gestalt in denen meisten Gängen, so zwischen denen Häusern in Unsern Residentzien sich befinden, Priveter und Cloacen angeleget seyn, also daß bey einfallenden Regenwasser alle Unreinigkeiten davon nachher denen Strassen hinfließet, welches nicht allein grossen Stanck erwecket, sondern gar Contagien und Kranckheiten veruhrsachen kann.*²⁵⁷

Daher seien, so die Verordnung weiter, diese *Priveter und Cloacen* abzuschaffen und durch Sickergruben zu ersetzen. Wir haben es also bei der Beseitigung der Gänge zwischen den Häusern, die oft als letzter Rest von der ehemaligen Giebelständigkeit geblieben waren und zur lückenlosen Blockrandbebauung mit traufständigen Häusern führte, nicht nur mit einer feuerpolizeilichen und ästhetischen, sondern auch mit einer dezidiert gesundheitspolizeilichen Maßnahme zu tun.

Weitere gesundheitspolizeiliche Ziele des Wiederaufbaus, die vor allem beim Hausbau angestrebt waren, sind im Text des Baureglements wohl nicht ausdrücklich benannt worden. Im Stadtarchiv von Angermünde hat sich aus den ersten zwei Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts eine größere Zahl von Verordnungen in *Punkto der Contagion*, also bezüglich der Pest und anderer ansteckender Krankheiten, erhalten.²⁵⁸ Ein wichtiger Punkt ist darin immer wieder die *Reinigung derer von der Pest inficirten Häuser*. In dem diesbezüglichen Reglement von 1710 wird geregelt, daß die

bey der Infection theils gänzlich ausgestorbene und zugenagelte, theils nur sonst eine zeitlang gesperrete Häuser und Wohnungen, mit und nebst allen darin befindlichen Mobilien, nachdem auff wenigste in sechs Wochen niemand mehr in solchen Häusern gestorben, und die überbliebene Gesunde völlige Quarantaine gehalten, wieder geöffnet, gehöriger massen gereiniget, und zur künfftigen sicheren Wohnung zubereitet werden müssen.

Für den Vorgang selbst wird folgendes festgelegt:

die Reiniger, welche unter starcken Rauch in das inficirte Hauß eingehen, sollen alle Fenster und Thüren weit auffgesperret, und 2. biß 3. Tage nacheinander einige Stunden, und zwar so viel möglich an einem hellen Tage, wann die Sonne schon zimlich hoch gekommen ist, offen gehalten werden, damit selbige die Lufft wohl durchstreichen und auswitern könne. Muß durch die Reiniger hierauf etliche Tage nacheinander ein starcker Rauch, entweder durch angezündetes Büchsen-Pulver oder puren Schwefel, gemacht, Thüren und Fenster, biß der Dampf alle Gemächer wohl durchzogen, zu gehalten; Nachhero die Fenster und Türen, damit die durchgehende Lufft sie durchstreichen könne, wieder eröffnet werden.

257 CCM, V. Theil, I. Abt., Sp. 347f.

258 Stadtarchiv Angermünde, Archivnummer 1481/Al. Darin u.a. als Nr. 126 das vom 1. 12. 1710 stammende *Königlich Preußisches verbessertes Reglement, wie es, so wohl in Städten als Dörffern, mit der Reinigung derer von der Pest inficirten Häuser und Sachen soll gehalten werden.*

Zu diesem letzten Punkt heißt es weiterführend, die Häuser sollten

nachgehends aber mit denen in allen Apotheken befindlichen Räucher-Kertzen oder anderen wohlrichenden Speciebus, als Wacholder-Beeren, Bernstein, Mostrich und Myrrhen, die Logementer von dem scharffen schwefflichten Rauch-Dampff wieder befreyet, und wann sie wenigstens annoch 14. Tage offen gestanden und wohl durchwittert seyn, mit sicherheit wieder bezogen werden.

Die Räume eines den Hygienevorstellungen gemäß eingerichteten Hauses, so ließe sich diese Verordnung verallgemeinern, sollten regelmäßig von durchgehender Luft durchstrichen werden können. Die Vorstellung einer Durchlüftung ist eng verknüpft mit dem Gedanken, nur die 'helle trockene Luft' eines sonnenreichen Tages sei wirklich gesund. Folglich mußten die Häuser möglichst hohe, nicht verschachtelte Räume besitzen, die über große Fenster gut zu Belichten und durch entsprechende Grundrißanordnung querzulüften sind – kurz regelmäßige Grundrisse, hohe Räume und viele große Fenster waren gefordert.

Da man sich in Templin entschlossen hatte, die Bürgerhäuser in Fachwerk erbauen zu lassen, muß es im Baureglement neben den unter der Rubrik Feuerpolizei angeführten weitere Vorschriften zum Fachwerkbau gegeben haben. Aus den Paragraphen des ab 1734 nach dem Vorbild der Kurmärkischen für die Neumärkische Kammer erarbeiteten *Bau-Reglements*, welches 1739 in Kraft trat, lassen sich einige vergleichbare Vorgaben ableiten.²⁵⁹ Auch in Templin war mit Sicherheit gefordert,

daß zu denen Fundamenten Feld-Steine, wann sie nahe bey zu haben, genommen, die Fundamente bey höltzernen Häusern an den Ort, wo der Bau-Platz am allerhöchsten ist, 1 Fuß über der Erde geführt, damit die Schwellen so hoch zu liegen kommen, und solche in den Türen halbausgeschnitten.

Die Schwellen mußten *von dem besten kienigen Holtz genommen und alle Balcken auf die hohe Kante gelegt werden*. Die Gefache sollten, wenn sie nicht wie an den Fassaden und Giebeln massiv auszufachen waren,

tüchtig gestaacket, und jede Staacke 3 biß 4 mahl mit Lehm Draht umgeschlagen [werden], niehmalen einseitig, sondern auch inwendig gegengeworfen, und mit dem Holtze gleich gelehmet, an denen Orten, wo die Steine nicht kostbahr und weit zu hohlen sind, so wohl an denen Scheunen, insonderheit denen Ställen die unterste Fächer mit guten Kalck ausgemauert, [...], die Windel-Boden, so inwendig mit Kalck überzogen, werden nicht dem Holtze gleich beworffen, auch überhaupt alle gemauerte Fächer, so auswendig mit Kalck abgetünchet die Steine darinn denen Stiehlen und Riegeln außerhalb nicht gleich, sondern so weit hineingesetzt werden, damit der Kalck nicht über das Holtz komme, inmaßen solcher gestalt

259 Das Neumärkische Baureglement in: GStA PK, II. HA GD, Neumark, Bausachen, Nr. 1, Bl. 88ff. Für die folgenden Auszüge Bl. 93-96.

die Fächer auswendig viel länger, als im wiedrigen Fall conserviret bleiben, und inwendig mit wenigern Lehm ausgeworffen werden dürffen.

Schließlich war im Templiner Baureglement wohl auch bestimmt, daß jedes Geschoß zweifach zu verriegeln sei und daß es keine vorspringenden Obergeschosse geben dürfe.

Schon in den Bereich ästhetischer Richtlinien fällt ein offensichtlich berücksichtigtes Verbot für schräge Streben an den Straßenseiten. Diese und andere heute ästhetisch anmutende Vorgaben waren wohl nicht ins Baureglement aufgenommen worden. Wahrscheinlicher ist, daß sie in mündlichen Absprachen oder mittels eines Musterentwurfs vermittelt wurden. Beim Wiederaufbau von Wittstock nach 1716 hatte man die bautechnischen und gestalterischen Ziele durch einen von Johann Friedrich Dölle angefertigten *Normalbauriß* zu erreichen gesucht. Wie Wilhelm Polthier nach heute verlorenen Akten berichtet, mußten nach den zum *Normalbauriß* gehörenden Verordnungen die Schwellen „in Gegenwart des Magistrats gestreckt“ und gleich hoch gelegt werden, die unterste Etage sollte „von der Schwelle bis zum Balken 10 Fuß und die oberste vom Balken bis zum Balken 10 Fuß hoch“ sein.²⁶⁰ Schließlich legte man mit Verweis auf den *Normalbauriß* sogar fest: die „Ständer sind in der Ordnung zu setzen wie der Döllesche Riß zeigt“. Die Musterzeichnung bestimmte mit der Anordnung der Ständer auch die Anordnung der Fenster und somit die Gestalt der Fassade. Ähnliches muß es auch in Templin gegeben haben.

In der dritten Gruppe der Bestimmungen des Baureglements gab es Festlegungen zu den Modalitäten bei der Grundstücks- und Baumaterialzuweisung. Die rechtlich verbindliche Zuteilung der neuen Parzelle in ihren genau abgesteckten Grenzen wurde durch den Oberbaudirektor Stolze, den Steuerrat Wittich und einen weiteren Baubediensteten vorgenommen. Um späteren Rechtsstreitigkeiten vorzubeugen, war das Beisein der Nachbarn vorgeschrieben.²⁶¹ Die Bereitstellung des wichtigsten Baumaterials Holz war wohl entsprechend der Templiner Holzordnung von 1738 geregelt.²⁶²

Auch war schon im Baureglement festgeschrieben, wie das Geld unter die bauenden Bürger aufzuteilen war. Der Paragraph 22 regelte diese bei der Verteilung des Geldes (Feuerkassen-, Bauhilfs- und Kollektengelder) notwendigen Formalitäten. Selbst bezüglich der Spendengelder befahl Steuerrat Wittich 1737,

260 Polthier 1933, S. 117.

261 Wie grundsätzlich man von staatlicher Seite daran interessiert war, im Zusammenhang mit dem Neubau die möglichen Grenzstreitigkeiten der Bürger zu unterbinden, zeigt das folgende Zitat aus dem Templiner *Rathhäuslichen Reglement* von 1738, in welchem über die Aufgaben des *Proconsuls* u.a. gesagt wird: *Des Endes, und damit Er von denen alten Grentzen, desto genauer Erkantnus überkommen, und aller Streit desto eher vermieden werden möge, muß er gegenwärtig seyn, wann die alten Fundamente aufgerissen, und die neuen gelegt werden, und die Schwellen gestreckt werden sollen.* GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CLXXVII Stadt Templin, sect. a Rathhäusl. Sachen, Nr. 3, Bl. 32.

262 *Wenn jemand bauen will, so soll zufoerst der Zimmermann, der das Gebäude machen und bauen soll, einen ordentlichen Riß und gewissenhaftten Anschlag machen, wie viel Stücken starck, mittel und schwach Hotz er darzu nöthig habe und gebrauchte, welchen Riß und Anschlag der Neuanbauende dem Magistrat übergeben, und einen Holtz Zettel darauf sich geben lassen muß, worauf ihm sothanes Bau-Holtz in denen angegebenen Holtz-Tagen von dem darzu ex collegio Magistratus geordneten Holtz- und Heyde-Herrn, in den hiesigen Stadt-Heyden angewiesen, und von dem Raths-Schützen angeschlagen werden soll.* BLHA, Pr. Br. Rep. 2, S. 8019, Bl. 51.

*daß wegen der Collecten Gelder, eine Repartition gemachet, zur Königl. approbation
fordersamst eingesand, und hiernegst nach dem 22§ des Bau Reglements, gegen Asignation
und Quitung zum Bau außgezahlet werden sollen.*²⁶³

Sämtliche Gelder, ob sie nun als Spenden, als rechtlich zugesicherte Feuerkassengelder oder als königliche Bauhilfsgelder zur Verfügung standen, wurden demnach im Baureglement unter obrigkeitliche Verwaltung genommen, *repartirt*, d. h. nach bestimmten Schlüsseln möglichst gerecht auf die Bürger verteilt, und nur gegen *Asignation und Quitung zum Bau*, d. h. nur baugebunden und streng kontrolliert, an die Bürger ausgezahlt. Die königliche Verwaltung machte selbst vor dem Zurückhalten der Spendengelder nicht halt und verknüpfte deren Auszahlung mit der Einhaltung der baulichen Vorgaben. Zwar wehrte sich die Bürgerschaft gegen diese Maßnahme, mußte sich aber letztlich den Machtverhältnissen beugen.²⁶⁴ Neben dem Nachweis der vorschriftsmäßigen Verwendung der Gelder, der auch bedeutete, daß die Bürger die Zuschüsse erst ausgezahlt bekamen, nachdem sie eine bestimmte Menge Bauholz gekauft oder die notwendigen Baufortschritte gemacht hatten, war eine Auszahlung in Raten vorgeschrieben. Die anteils- und ratenmäßige Auszahlung der Feuerkassen- und Bauhilfsgelder war wohl so geregelt, wie es die Holzordnung für die Holzvergabe vorsah. Danach ließ sich der Bürger auf seiner Parzelle vom Steuerrat, einem Mitglied des Magistrats und/oder einem Bauinspektor seinen nach der Größe des Hauses, dem angekauften Baumaterial und/oder dem Baufortschritt bemessenen berechtigten Anteil *asignieren*, ging damit zum Magistrat, der ihm gegen Quittung diesen Betrag auszahlte und die Quittungen zur Kontrolle und Übersicht an den Steuerrat weiterleitete.

Die Bestimmungen des *Bau-Reglements vor die abgebrannnte Stadt Templin* zeigten deutlich die städtebaulichen und gesellschaftspolitischen Zielsetzungen des Königs und der Staatsbehörden. Die Tiefe der bürokratischen Reglementierung und der Umfang des staatlichen Regelungsanspruchs, der sich schon auf den ersten Blick im grundlegend veränderten Stadtgrundriß offenbart, prägten Inhalt und Tonfall des Baureglements. Die Regulierung des städtischen Raums, zu der außer dem geometrisch geordneten Straßenraster die exakte Bauflucht und die einheitliche Gestaltung der Blockkanten gehörte, die Erhöhung der Feuersicherheit, die Verbesserung der hygienischen Zustände und die Aufrechterhaltung beziehungsweise Schaffung klarer rechtlicher Verhältnisse bezüglich des Grundstückseigentums waren die Hauptziele der Obrigkeit beim Retablisement Templins. Die Interessen der Templiner, die wohl zumeist auf Bewahrung des Besitzstandes an Grund und Boden sowie möglichst schnellen und preiswerten Wiederaufbau der zum Leben notwendigen Gebäude gerichtet waren, fanden keinen Eingang in das Baureglement.

Einer langen Reihe obrigkeitlicher Forderung, die massiv in bürgerliches Eigentum eingriffen standen zu ihrer Durchsetzung nur geringe Mengen an materiellen und finanziellen Fördermitteln, vor allem aber massive Drohungen – bis hin zu Eigentumsentzug und Festungshaft – gegenüber. Bestimmend

263 Vgl. Anhang 1: Gerichtsreport über Rechtsstreitigkeiten im Umfeld des Templiner Wiederaufbaus.#

264 Vgl. Anhang # Gerichtsreport

für die Gestaltung des Retablislements wurde die Machtposition der Verwaltungsbeamten des absolutistischen Staatsapparats, der im Zenit seiner Leistungsfähigkeit stand.

Wer entwarf Stadtgrundriß, Wohnhäuser und öffentliche Bauten?

Der Baumeister Philipp Gerlach war als königlicher Oberbaudirektor im Zeitraum des Templiner Wiederaufbaus für das Bauwesen der Kur- und Neumark verantwortlich. Dabei trat er auf dem Gebiet der Stadtplanung etwa mit den Berliner Stadterweiterungen der 1730er Jahre, der Potsdamer Stadterweiterungen der 1720er und 1730er Jahre, einem Baubauungsplan für Neustadt-Eberswalde (1721) und der Anlage der Cottbusser Neustadt (1726 bis 1730) hervor und bewies besonders in Berlin sein Können. In den Jahren 1735 und 1736, in denen der neue, *königlich approbierte* Plan für Templin entstand, ist im Templiner *Cämmerey-Extract* jeweils ein Posten von 16 Talern für den *Geh. Rath Gerlach* verzeichnet. Diese städtischen Ausgaben sind einmalig und tauchen weder danach noch davor in den Rechnungen der Kämmerei auf.²⁶⁵ Diese aktenkundige Erwähnung Gerlachs zusammen mit seiner Zuständigkeit und Befähigung für diese Angelegenheit und vor allem die Ähnlichkeit des Templiner Stadtplans mit der südlichen Friedrichstadterweiterung in Berlin lassen kaum einen Zweifel daran, daß der neue Stadtplan von Gerlach stammt.

Zur Kurmärkischen Kammer gehörten seit der Verwaltungsreform der 1720er Jahre auch zwei bis drei *Bau-Departementsräte*.²⁶⁶ Einer dieser Baufachleute war 1735 der Oberbaudirektor und Hofbaumeister Johann Karl Stolze.²⁶⁷ Schon einige Jahre zuvor, erstmals 1723 in Luckenwalde²⁶⁸ und dann zwischen 1726 und 1730 in Spandau, war Stolze an vergleichbaren Projekten beteiligt. Wahrscheinlich beaufsichtigte er in Templin die Wiederaufbauarbeiten. Ganz sicher war er für die Aufmessung, Verteilung und rechtsverbindliche Zuweisung der neuen Bürgerstellen, die Organisation des Arbeitsablaufs und die Überwachung der königlichen Vorgaben verantwortlich.²⁶⁹ Welchen Anteil Stolze darüber hinaus an der Planung des Wiederaufbaus und der Erarbeitung des neuen Stadtgrundrisses hatte, ist nicht zu bestimmen. Mit Stolze ist ein weiterer versierter Fachmann und ranghoher preußischen Baubeamter beim Wiederaufbau Templins nachweisbar. An anderer Stelle erwähnt der Templiner Bürger Matthies Zahl, daß zur Ausmessung und Vergabe der neuen Stellen ein Bauinspektor *verordnet* gewesen sei.²⁷⁰ Wer dieser Bauinspektor war, der Stolze vor Ort zur Hand ging, muß offenbleiben. Die Entwürfe für die einzelnen Bürgerhäuser dürften von den ortsansässigen oder auswärtigen, zur Zeit des Wiederaufbaus in der Stadt anwesenden Zimmermeistern stammen.

265 Vielleicht könnte auf den ersten Blick die Titulierung *Geh. Rath* verunsichern, aber die höheren Baubeamten wurden zu dieser Zeit selten mit ihren beruflichen Rangbezeichnungen, sondern zumeist mit ihren behördlichen, bzw. militärischen Rängen bezeichnet. Zudem wird Gerlach in einigen Quellen auch der Titel eines Geheimen Rates zugesprochen. Vgl. Heckmann 1998, S. 271.

266 *Bau-Departementsrat* – nach Ralph Jaeckel Funktionsbezeichnung im Kammerbetrieb. Jaeckel 1999, S. 185ff.

267 Zu Stolze vgl. Heckmann 1998, S. 292ff.

268 Vgl. Jaeckel 1999, S. 306.

269 Dies ging aus einem nicht mehr vorhandenen Schreiben hervor, in welchem 1736 in Bezug auf den Neubau eines Eckhauses in Templin erwähnt wird, *der Kriegsrath Stolzen aus Berlin ist nicht angetroffen*. Brief des p. *Sucro sen. in Eberswalde vom 10. Jan. 1736*. Nr. 34 des Aktenverzeichnisses in: BLHA Pr. Br. Rep. 8 Stadt Templin, Nr. 2718.

270 Zahls Brief an den König vom 1. Jan. 1748. Zum Wortlaut vgl. Anlage 1: Gerichtsreport über Rechtsstreitigkeiten im Umfeld des Templiner Wiederaufbaus.

Die Analyse der Fassaden und Grundrisse macht es aber wahrscheinlich, daß es bezüglich der Bürgerhäuser Musterentwürfe von Gerlach, Stolze oder einem anderen königlichen Baubeamten gegeben hat.

Auch die Entwürfe für das Rathaus und die Kirche lassen sich nicht einem einzelnen Architekten zuzuordnen. Ein heute verlorenes Aktenstück führte aus: *Bau-Inspektor Schmidt aus Berlin hat nicht nur unter Hinzuziehung des Hof Zimmer- und Maurermeisters 1737 sondern auch nochmals Febr. 1743 unter Zuziehung des Hof-Zimmermeisters Suckow und des Maurermeisters Indiger Riss und Anschläge zum Wiederaufbau der Kirche und des Rathhauses angefertigt und die Baukosten berechnet. Diesselben sind vom König approbiert, soweit sie das Rathaus betreffen. Der Plan für den Kirchenneubau von Bau-Direktor Kemmetern revidiert. Letzterer wurde von der Stadt ersucht, beide Pläne herzustellen.*²⁷¹ Für die Kirche gab es also einen Entwurf des Bauinspektor Karl Samuel Schmidt, nach dem auch gebaut wurde. Für das Rathaus scheint neben Schmidt auch, wie von den Templinern gewünscht, der Baudirektor der Kurmärkischen Kammer Johann Gottfried Kemmeter einen Entwurf angefertigt zu haben.²⁷² Von diesem soll der König aber nur die Fassade genehmigt haben. In einem Brief an Friedrich Nicolai berichtet Friedrich Wilhelm Diterichs dann allerdings, er habe den *architectonischen Riß vom Rath Haus zu Templin* angefertigt.²⁷³ Es scheint demnach so, daß das Rathaus ab 1746 nach einem Entwurf Diterichs ausgeführt wurde, der sich wohl an dem Fassadenentwurf Kemmeters orientierte. Der Bauinspektor Schwattken und der Kriegsrat Gerber fertigten die Ausführungszeichnungen und konkreten Anschläge an und leiteten den Bau vor Ort. Auch wenn letztlich nicht genau zu klären ist, wer die Entwürfe für Kirche und Rathaus anfertigte, so zeigt gerade die Vielzahl der Beteiligten, ihr hoher Rang innerhalb der königlichen Verwaltung und ihre Nähe zum baukünstlerischen Zentrum des Landes, welche Beachtung man dieser Bauaufgabe und dem gesamten Templiner Retablisement schenkte.

Das neue städtebauliche Bild

Regulierter Stadtgrundriß

Der Templiner geistliche Inspektor Johann Thomas Haupt hebt 1749 hervor, die neuen Häuser seien in gerader Linie und in gleicher Höhe aufgebaut worden. Weiter schreibt er:

*Die Straßen der Stadt sind breit und geräumig und reichen von einem Ende der Stadtmauer bis zum anderen.*²⁷⁴

Noch 1805 bemerkt Bratring:

271 Aktenverzeichnis in: BLHA Pr. Br. Rep. 8 Stadt Templin, Nr. 2718, Nr. 22

272 Heckmann 1998, S. 17f., 322.

273 Krüger 1994, S. 95, 251ff.

274 Joh. Thom. Haupt in seiner *historischen Abhandlung über die Stadt Templin*. Zitiert nach Philipp 1925, S. 35. Hans Philipps waghalsige Argumentation, der heutige sei der mittelalterliche Grundriß, kann heute keinen Anspruch auf Wissenschaftlichkeit mehr machen und braucht daher nicht beachtet zu werden. Eindeutig widerlegt ist seine These

Templin ist unter allen Uckermärkischen Städten, wenn man allenfalls Schwedt ausnimmt, am regelmäßigsten angelegt. Die Hauptstraßen sind breit und gerade [...]. Der Marktplatz ist nach Verhältniß sehr groß und bildet ein regelmäßiges Viereck.²⁷⁵

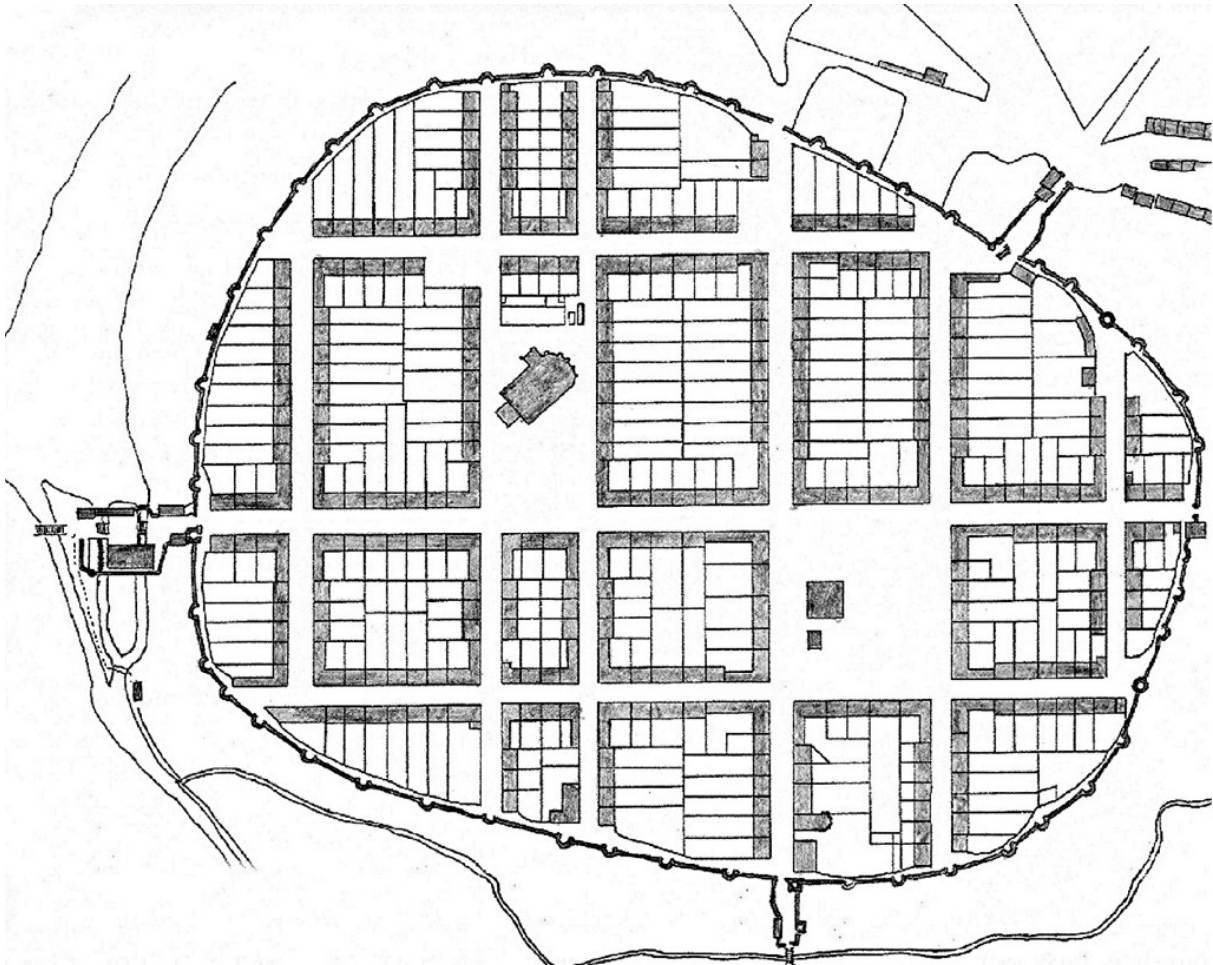


Abb. 17: Templin, Stadtplan von 1810, Umzeichnung C. Baier

Die Reihe solcher Beschreibungen ließe sich fortsetzen. Immer wieder ist vermerkt, daß den neuen Templiner Stadtgrundriß vor allem seine Regularität auszeichne. Die vor dem Brand so vielgestaltigen und einer gewissen Hierarchie unterworfenen Straßen sind jetzt *reguliert*, d. h. von gleicher Breite und gleicher Gestalt. Mehr oder weniger exakt vier Ruthen breit kreuzen sich drei Längs- und sechs Querstraßen rechtwinklig.²⁷⁶ So wird ein übersichtliches Raster aus parallel verlaufenden Straßen gebildet, zwischen welchen rechteckige, nur entlang der Stadtmauer unregelmäßig abgeschnittene Baublöcke für die Parzellen entstehen.

Die Grundidee, die hinter diesem Plan steht, könnte man auch folgendermaßen rekonstruieren: Zwei Reihen mehr oder weniger vollständig verwirklichter länglicher Rechteckquartiere flankieren eine

durch die bei Straßenarbeiten und Grabungen freigelegten alten Straßenzüge, die deutlich von den heutigen abweichen. Vgl. Faust 1994, S. 122ff.

275 Bratring 1805, Bd. 2, S. 489.

276 Die von Ulrich Reinisch und dem Autoren gemessenen Breiten schwanken zwischen 14,24m vor dem Haus Werderstr. 31 (einmalig größte Abweichung) und 14,94m vor dem Haus Rühlstr. 6, lag aber meistens bei 14,70m bis 14,90m. Eine rheinländische Ruthe entspricht 3,77m, d.h. das exakte Maß für 4 Ruthen läge bei 15,08m.

Reihe annähernd quadratischer Quartiere, aus welcher der Markt ausgespart ist. Auch wenn dieses abstrakte Grundschema nicht vollständig umgesetzt wurde, scheint der neue Stadtgrundriß mit seiner absoluten Rechtwinkligkeit und der Gleichförmigkeit der Straßenbreiten in erster Linie von einfachen mathematisch-geometrischen Prinzipien beherrscht und somit völlig losgelöst vom alten Grundriß gestaltet zu sein. Doch sind die Beziehungen zwischen altem und neuem Stadtgrundriß weit komplizierter. Zunächst gibt es drei Fixpunkte für die Neuanlage. Dies sind erstens die Kirche mit dem sie umgebenden Friedhof, zweitens das Rathaus mit dem Marktplatz und drittens die Stadtmauer mit den Toren. In dieses Gefüge von ideellen und materiellen Konstanten mußte die neue Grundrißfigur so hineinkomponiert werden, daß sie dennoch den Ansprüchen einer zeitgenössisch-modernen Gestaltung entsprach.

Die *Königsstraße* (Berliner Straße/Pestalozzistraße)²⁷⁷, in Verlauf und Breite nur unwesentlich reguliert, wird dabei als senkrechte Achse für die gesamte Gestaltung bestimmend. Die Straße läuft, wie schon vor dem Brand, im Süden direkt auf das als Point de vue dienende Berliner Tor zu.²⁷⁸



Abb. 18: Templin, Berliner Straße, Blick auf das mittelalterliche Berliner Tor

Im Norden, in Richtung See, stößt sie auf einen neu angelegten Mauerdurchbruch, das sogenannte Wassertor. Dieses baukünstlerisch nicht gestaltete „Tor“ dient hauptsächlich dem ungehinderten Zugang zum Wasser und ist in erster Linie feuerpolizeilich motiviert. Im rechten Winkel zur Königsstraße führt man die *Mühlenstraße* (Mühlenstraße) direkt auf das Mühlentor zu, das wiederum als Point de vue dieser Straße dient. Diese Straße bildet die bestimmende waagerechte Achse, die

277 Die Angabe der Straßennamen und Hausnummer richtet sich grundsätzlich nach denen im Plan von 1810. Die heutigen Straßennamen und die Hausnummern der noch stehenden Häuser folgen bei der ersten Nennung dahinter in (Klammern). Bei nicht mehr vorhandenen, oder durch Neubauten ersetzten Häusern gibt es folglich keine Angabe in Klammern.

278 ‚Fluchtpunkt‘ deutet hier den rein vermessungstechnischen Vorteil an, welchen ein fester, unverrückbarer Fluchtpunkt bietet. Ein solcher, weit sichtbarer Fluchtpunkt ermöglicht es leichter, über weitere Strecken in einem hügeligen Gelände gerade Linien und rechte Winkel abzustecken. ‚Point de vue‘ steht klar für den zeittypischen stadtbaukünstlerischen Wert solcher markanten Blickpunkte.

*künftige Haupt-Straße*²⁷⁹. Die herausgehobene Bedeutung dieser Straße kommt in der Anlage des *Neuen Tors* an ihrem östlichen Ende zum Ausdruck.



Abb. 19: Templin, Akzisehaus und Neues Tor am südöstlichen Ende der Mühlenstraße, Aufnahme 1925

Sie wird jedoch nicht, was möglich und üblich gewesen wäre, zusätzlich durch eine besondere Breite als Hauptachse markiert.²⁸⁰ Alle Straßen sollen gleich breit sein. Königsstraße und Mühlenstraße definieren zugleich die nordwestliche und die nordöstliche Platzkante für den Marktplatz, der im südlichen Winkel des von den beiden genannten Straßen gebildeten Straßenkreuzes platziert wird. Mit diesen Straßen und dem Marktplatz sind auch die Schwerpunkte des neuen „Verkehrskonzepts“ markiert. Anstelle dreier „Stichstraßen“ sollte nun vor allem die Mühlenstraße den Verkehr als Hauptstraße zum Markt und durch die Stadt führen.²⁸¹

Doch ist die Definition der Hauptverkehrswege nur ein erster Schritt bei der Gestaltung des Stadtgrundrisses. Um die Kanten für die Baublöcke zu gewinnen, müssen auch die Fluchten der übrigen Straßen abgesteckt werden. Für die Lage der zweiten Längsstraße, der *Werderstraße*, gibt es mehrere Anhaltspunkte. Zum einen wird die Blockkante des alten *Stock No. 1* abgesehen von den üblichen Begradigungen auch an dieser Stelle komplett beibehalten. Zum anderen wird diese Straße parallel zur Mühlenstraße und direkt auf das wiederum als Point de vue dienende Prenzlauer Tor

279 Der Steuerrat Wittich berichtet am 30. Mai 1736 in einem Schreiben an den König: *hat auch auf Euer Königliche Majestätii allerhöchste ordre ein neues Thor angefertigt werden müssen, durch welches die künftige Haupt-Straße nach Prenzlau Stettin gehet, [...]*. BLHA Pr. Br. Rep. 2, S. 8049.

280 In den Berliner Stadterweiterungen (bes. südliche Friedrichstadt ab 1732) finden sich solche breiten Hauptachsen ebenso wie in Potsdam, wo etwa zeitgleich die 2. Stadterweiterung (ab 1732) und das Holländerviertel (ab 1737) entstanden. Ein Vergleich mit Potsdam ist auch im Hinblick auf die Straßenbreite von 4 Ruten aufschlußreich. Nach Friedrich Mielke sind dort in der 2. Stadterweiterung und im Holländerviertel die „Nebenstraßen“ (Junkerstr., Brandenburger Str., Jägerstr, Mittelstr etwa 15m, also ebenfalls 4 Ruten breit. Mielke bezeichnet dieses als das hier „allgemeine Richtmaß“. Mielke 1972, S. 88.

281 Den städtebaulich so vage umgesetzten Hauptstraßencharakter konnte die Mühlenstraße nie übernehmen. Jedenfalls führte bis ins 20. Jahrhundert die Straße nach Prenzlau weiter durch das Prenzlauer Tor. Vor diesem und nicht vor dem Neuen Tor wurden dann auch nach dem Brand die Scheunen wieder aufgebaut. Während neben dem Prenzlauer Tor schon im 19. Jahrhundert ein größerer Mauerdurchbruch nötig wurde, verschwand das Neue Tor erst in den 1950er Jahren, damit der Hauptstraßencharakter der Mühlenstraße endlich voll ausgebildet werden konnte. Heute hat die Verkehrsführung diese Bedeutung der Mühlenstraße wiederum reduziert.

zugeführt.



Abb. 20: Templin, Werderstraße, Blick auf das mittelalterliche Prenzlauer Tor; links Eckhaus Werderstraße 28, rechts Giebel des Hauses Werderstraße 13, davor ehemals bebaute Eckparzelle

Schwieriger erscheint es zunächst, die Lage der *Schulzenstraße* (Schinkelstraße/Rühlstraße) zu begründen. Diese Straße bildet vor allem die südwestliche Platzkante. Jedoch ist sie in ihrer Lage nicht von der geometrischen Figur des Platzes bestimmt. Um einen exakt quadratischen Platz zu bilden, hätte diese Straße in Anlehnung an die alte Judenstraße und die Parzellenflucht des *Stock No. XVII* angeordnet werden müssen. Sie wurde aber um fast zwei Meter Richtung Südwesten verschoben und direkt auf den Eulenturm der mittelalterlichen Stadtmauer orientiert. Für das somit in Kauf genommene Abweichen von der quadratischen oder überhaupt mathematisch proportionierten Gestalt des Marktes und von den alten Parzellengrenzen muß es allerdings einen schwerwiegenden Grund als die Orientierung am Eulenturm gegeben haben.

Nicht nur die waagerechten Längsstraßen, sondern auch die senkrechten Querstraßen folgen in ihrer Anordnung bestimmten Regeln und Voraussetzungen. Parallel zur Königsstraße wird, in Anlehnung an die alte Parzellenflucht, entlang der alten *Stöcke XII* und *XIII* die südöstliche Marktplatzkante festgelegt. Dabei nimmt man in Kauf, daß die Verlängerung dieser Kante als *Prenzlauer Straße* (Ernst-Thälmann-Straße) nicht mehr direkt auf das Prenzlauer Tor zuführt; dies umso mehr, da ihre Bedeutung als Hauptverkehrsachse generell aufgehoben werden sollte. Die *Fischerstraße* (Fischerstraße) folgt mit der Orientierung auf den Pulverturm wieder mehr dem Prinzip des *Point de vue*. Für Karree Nr. XII, VI, II und VII gibt der alte zwischen Königsstraße und Kirchplatz gelegene *Stock No. I* die Breite und damit die Lage der *Probsteistraße* (M.-Luther-Straße) vor. Die Kirche, d. h. der Raum, den sie zwischen zwei senkrecht zur waagerechten Hauptachse verlaufenden Straßen einnimmt, bestimmt die Breite der schmalsten Karrees (Nr. XIII, XIV, XV, XVI) und so die Lage der *Diakonatstraße* (Kantstraße). Bei der Anordnung der *Grünstraße* (Goethestraße) wird dann aber weder auf alte Parzellenfluchten noch auf Flucht- oder Blickpunkte Bezug genommen.

Die Grünstraße und die Schulzenstraße lassen sich in ihrer Anordnung nur erklären, wenn man einen

weiteren Gestaltungsgrundsatz für den neuen Stadtplan annimmt – die Symmetrie. Neben der grundlegenden Ordnung durch das Kreuz der Hauptverkehrsachsen sind entlang von Achsen immer wieder spiegelsymmetrische Entsprechungen festzustellen.

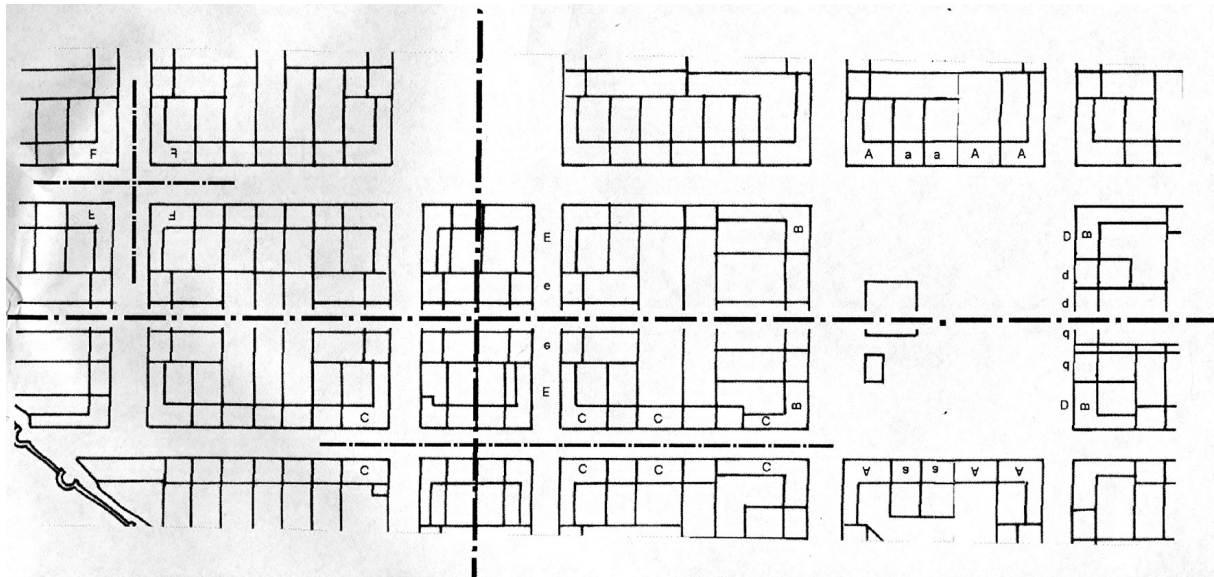


Abb. 21: Templin, Symmetrieachsen („Rathausachse“ und „Kirchenachse“) mit symmetrischer Anordnung der Parzellen, Zeichnung auf der Grundlage des Plans von 1810 von C. Baier

Die wichtigste Symmetrieachse verläuft durch das Rathaus und somit durch die Reihe annähernd quadratischer Quartiere. Auf dieser parallel zur Mühlenstraße geführten Achse steht rechtwinklig die zweite, durch die Kirche verlaufende Achse. Damit sind die beiden bedeutendsten kommunalen Gebäude Ausgangspunkte für die Grundrißfindung. Aufgrund der örtlichen Gegebenheiten, d. h. vor allem der durch Stadtmauer und Lage des alten Rathauses gegebenen Beschränkungen der Planungsfreiheit, kann die Spiegelung entlang der ‘Rathausachse’ nur unvollständig umgesetzt werden. Wichtig wird diese Spiegelung für die Lage der Schulzenstraße, denn diese ordnet man in der gleichen Entfernung zum Rathaus an wie auf der anderen Seite die Mühlenstraße; die Schulzenstraße entsteht also durch deren Spiegelung.²⁸² Im Bereich des Marktes ist die spiegelsymmetrische Entsprechung entlang der ‘Rathausachse’ auch für die Anordnung der Parzellen relevant. Im Verlauf von Mühlenstraße und Schulzenstraße folgen hier am Markt je ein *Eckbrauhaus* (60 Fuß), zwei *Bürgerhäuser im Quarrée* (je 40 Fuß), ein *Brauhaus im Quarrée* (60 Fuß) und ein weiteres *Eckbrauhaus* (60 Fuß) aufeinander. Diese beiden Platzkanten zeichnen sich somit durch ihre symmetrische Entsprechung aus. Die Gestaltung anderer Parzellenzuschnitte entlang dieser ‘Rathausachse’ bestätigt diese als eine grundlegende Planungs idee.

Die Spiegelung entlang der ‘Kirchenachse’ kann besser in gebaute Realität umgesetzt werden. Anzahl und Lage der verschiedenen Parzellentypen im nördlich benachbarten XIX. Karree und im südlich neben der Kirche liegenden VI. Karree entsprechen sich entlang der Mühlenstraße exakt. Nach dem

282 Rathaus meint hier nicht das heute stehende, erst ab 1746 errichtete Gebäude, sondern die in Form von Kellergewölben nach dem Brand noch stehenden Relikte des alten Rathauses. Die alten Kellergewölbe wurden teilweise für den Neubau mitgenutzt und befinden sich unter dessen südwestlichen Teil, d.h. tatsächlich auf der angenommenen ‘Rathausachse’.

Plan von 1810 und der Vorgabe der Parzellenbreiten (60 und 40 Fuß) sind die beiden gespiegelten Karrees jeweils 320 Fuß breit.²⁸³ Wie bei der Schulzenstraße wird somit die Lage der Grünstraße letztlich durch Spiegelung entlang einer der Hauptsymmetrieachsen bestimmt. Schließlich lassen sich auch entlang dieser 'Kirchenachse' immer wieder symmetrische Entsprechungen bei der Gestaltung der Parzellenzuschnitte finden.

Wo der Staat so deutlich in den Stadtgrundriß eingreift, sollte man auch eine grundlegend neue, rationale Verteilung der Parzellen an die Bürger vermuten. Zunächst dürfte jedem Besitzer einer Parzelle auch wieder ein Bauplatz zugestanden haben. Die Entsprechung von alten und neuen Parzellen in Bezug auf die flächenmäßige Größe und auf die Breite der Straßenfront wird durch das in der Vorgabe von nur zwei Parzellenbreiten offensichtliche Streben nach Regularität und durch die vom Straßenraster bestimmten Grenzen der neuen Karrees von vornherein ausgeschlossen. Selbst die Qualität vieler Parzellen – ob Brau-, Bürger- oder Budenstelle – blieb nicht gleich. Von der Vielfalt der Parzellenformen und Größen, welche vor dem Brand als Ergebnis jahrhundertelanger Entwicklung bestand, wird nichts in den neuen, *königlich approbirt*en Plan übernommen. Im Grunde lassen sich noch auf dem Plan von 1810 nur große, mittelgroße und kleine Parzellen unterscheiden. Unter sich sind die großen wie die mittelgroßen und die kleinen Parzellen jeweils von annähernd einheitlicher Größe. Die Parzellengrenzen in den neuen Karrees sind weniger nach den ehemaligen Grundstücksgrößen, sondern in erster Linie nach mathematisch-geometrischen Ordnungsprinzipien festgelegt. Die durch die Stadt geführten Symmetrieachsen wirken sich in nicht wenigen Fällen direkt auf Zuschnitt und Verteilung der Parzellen aus. Auch spiegelsymmetrisch angelegte Tiefenstaffelungen wie im V. oder XIX. Karree sind deutlich geometrische Kunstformen, die hier zur Grundlage der bürgerlichen Grundstücksgröße und damit des bürgerlichen Besitzes werden.²⁸⁴

Auch bezüglich der Eckparzellen offenbart das Vorgehen die bei reinen Planstädten dieser Zeit regelmäßig auftretenden Probleme. Die gewünschte Rechtwinkligkeit des Baublocks und seiner Parzellen mußte mit der ebenso angestrebten Geschlossenheit der Blockrandbebauung in Übereinstimmung gebracht werden. Da sich aber hinter jedem traufständig in der geschlossenen Straßenfront stehenden Haus ein für die Wirtschaft des Bürgers unverzichtbarer Hof mit anschließendem Garten in die Tiefe erstreckte, mußte es, wenn diese Parzelle an einer Blockecke lag, Probleme mit der Geschlossenheit der Bebauung geben. Da sich das traufständige Haus zur höherwertigen Straße orientierte, bestand die Gefahr, daß in der Bebauung der Nebenstraße hinter dem Haus eine Lücke entsteht. Wenn man dieses Problem nicht städtebaulich-planerisch, etwa durch die Platzierung besonderer Gebäude an den Blockecken löste, mußte man versuchen, den Besitzer der Eckparzelle dazu zu bewegen, die an die Nebenstraße grenzende Seite seiner Parzelle mit möglichst ansehnlichen Seitengebäuden zu bebauen. In Templin versuchte man nicht, die Bebauung der Blockecke schon bei der Planung des Stadtgrundrisses gestalterisch und einheitlich zu lösen.

283 Beide bestehen entlang der Mühlenstraße aus 2 Eckbrauhäusern zu je 60 Fuß und 5 Bürger- oder Budenstellen zu je 40 Fuß. Nach meiner Vermessung (zusammen mit U. Reinisch) am heutigen Bestand weichen die Maße von 101,80m und 102,10m nur um ca. 1,5m von den 320 Fuß (=100,43m) ab.

284 Daß dies nicht nur eine darstellerische Verschönerung auf dem Plan war, zeigt die Gemarkungskarte der Innenstadt von 1956. Hier sind die alten Parzellengrenzen noch einmal verzeichnet. Sie zeigen sich zum größten Teil noch so wie auf dem Plan von 1810.

Man bemühte sich den offensichtlich bemerkten Mißstand erstens dadurch zu entschärfen, daß man die Eckparzellen und damit die wahrscheinlichen Lücken in der Nebenstraßenbebauung so klein wie möglich hielt. Da aber selbst auf einer derart verkleinerten Eckparzelle die Geschlossenheit der Blockkante nur mit dem Bau eines möglichst zweigeschossigen Seitengebäudes erreicht werden konnte und dies für den Bauherren wesentlich höhere Aufwendungen bedeutete, verfiel man zweitens auf die Idee, diesen aus städtebaulichen Gründen erwünschten Mehraufwand durch eine Aufwertung der Eckparzellen auszugleichen. Man versah die Eckparzellen größtenteils mit dem Privileg des Braurechts und verknüpfte so die aus wirtschaftsdirigistischen, konkurrenzregulierenden Gründen als notwendig erachtete zahlenmäßige Verringerung der Braustellen mit dem für das städtebauliche Erscheinungsbild notwendigen baulichen Mehraufwand. Trotz aller Bemühungen blieben einige der kleineren Eckparzellen zur Nebenstraße hin unbebaut, andere, auch Braustellen, erhielten nur ein eingeschossiges Seitengebäude.

Erstaunlich ist bei der geschilderten Rigorosität der staatlichen Eingriffe, daß mit den Besitzverhältnissen auf einer anderen Ebene überaus vorsichtig umgegangen wurde. Aus dem Stadtplan und dem Kataster, welche Wanckenheim 1725 anfertigte, sind die Besitzer aller Parzellen und die Lage dieser Parzellen genau zu rekonstruieren. Fast ebenso umfassend lassen sich Besitzer und Lage der neubebauten Parzellen für die Zeit um 1740 feststellen.²⁸⁵ Ein Vergleich der Besitzverhältnisse vor und nach dem Wiederaufbau ergibt, daß die Templiner Parzellenbesitzer, wo es ging, auf ihrer angestammten Parzelle verblieben. Wo dies nicht möglich war, bekamen sie ihre neue Parzelle in unmittelbarer Nähe der alten zugewiesen.²⁸⁶ Sie konnten also der Parzelle, der sie rechtlich und emotional verbunden waren, nahe bleiben, sozusagen einen Fuß auf dem angestammten Boden behalten und dennoch durch einen Schritt nach vorne, hinten, links oder rechts in die vom Staat geforderte geordnete Linie treten und *Fronte machen*.²⁸⁷

Aus dieser Untersuchung läßt sich ein überraschender Schluß ziehen. Zunächst zeigt sich die vermutete Regularität auch bei der Parzellenstruktur. Konsequenter sollte durch die Einführung von nur drei Parzellengrößen im Rahmen des Möglichen Gleichheit und durch deren exakte Rechtswinkeligkeit in Bezug auf die Parzellengrenzen größtmögliche Rechtssicherheit hergestellt werden. Schon bei den Stadtplänen und Katastern Wanckenheims von 1725 hatte sich die Entwirrung der zum Teil ungeklärten innerstädtischen Besitzverhältnisse als wichtige Intention gezeigt. Templins neue Parzellenstruktur ist auch in diesem Sinne ein Ideal an Übersichtlichkeit. Bei aller Modernität und radikalen, machtbewußten Umgestaltung des alten Stadtgrundrisses kann man beobachten, daß im Detail erstaunliche Kontinuitäten bestanden. Die alten Besitzer blieben nicht nur größtenteils an ihrer

285 Quellen sind hier die nach Karrees geordneten und durchgängig nummerierten Listen der neu bebauten Parzellen um 1740 in: BLHA, Pr. Br. Rep. 8 Templin, Nr. 2718; ebenso das Feuersozietätskataster von 1745, in: Blanckenburg Bd. 6, S. 60ff.

286 Einzelne Beispiele wie der Schuster Jochen Friedrich Leow, der nach dem Kataster von 1725 *Auf dem Vogel Gesang Stock XX* am Mühlentor eine kleine Braustelle besaß und nach dem neuen Plan auf eine Bürgerstelle in die Königstraße am Berliner Tor umziehen mußte, also mit dem Ort seiner alten Parzelle aus sein soziales Umfeld tauschte, sind die Ausnahme.

287 Diese assoziative Benutzung des militärischen Fachbegriffs ‚Front‘ bei Zedler: *Front eines Regiments oder Compagnie ist die erste Reihe Soldaten. Daher heist Fronte machen, sich mit dem Gesicht wohin wenden.* Zedler Bd. 9 (1735), Sp. 2162.

alten Stelle oder in deren unmittelbarer Nähe, auch die sozialen Bindungen der Nachbarschaften blieben bestehen. Die Bürger und ihre traditionellen Besitzstände wurden bei der Neugestaltung des Stadtgrundrisses sehr wohl beachtet, und es steht außer Frage, daß die Berücksichtigung traditioneller, individueller Besitzstände neben Regularität, Rechtwinkligkeit und Symmetrie eine eigenständige Planungskategorie für die königlichen Beamten war.

Neben den Flucht- oder Blickpunkten (Tore, Türme), den Fixpunkten (Rathaus, Kirche) und anderen Vorgaben des mittelalterlichen Grundrißes waren rechter Winkel und Symmetrie die wichtigsten Grundlagen für die Anordnung der neuen Straßen, Karrees und Parzellen. Die sich ausnahmslos im rechten Winkel kreuzenden Linien sind im Stadtgrundriss gewissermaßen die Fußspuren des mathematisierten Entwurfsansatzes und der Planungstechnik der Verwaltung. Der einfach abzusteckende rechte Winkel war die praktikabelste und geometrisch klarste Möglichkeit der baulichen Ordnung des Raums. Die Symmetrie als ebenso abstraktes und obrigkeitliches Ordnungsmuster diente der Hierarchisierung ebenso wie der ästhetischen Gestaltung. Außer den zwei prägenden Symmetrieachsen (Rathaus- und Kirchenachse) bestimmt eine Vielzahl weiterer symmetrischer Entsprechungen Grund- und Aufriß der neuen Stadt. Mühlenstraße, Königstraße und Werderstraße führen auf die mittelalterlichen Tore zu; Schulzenstraße und Fischerstraße nehmen auf andere markante Türme der Stadtmauer Bezug. Die Nutzung des Point de vue für die Strukturierung der Stadt ist unübersehbar. Viel mehr als vor dem Brand bestimmten diese mittelalterlichen Bauten auch das ‚innere Bild‘ der Stadt. Die Geschichte der Stadt wurde inszeniert. Die Tore und Türme wurden durch ihre absichtsvolle Präsenz im regulierten Straßenbild zu Identifikations- und Orientierungspunkten – sie machten den Templiner Bürger ihre neue, regulierte Stadt vertraut. Weiterhin wurde der Verlauf einiger wesentlicher Bebauungskanten der alten Stadt aufgenommen. Die Parzellen wurden zwar in Lage, Größe und Form reguliert und nach geometrischen Ordnungsprinzipien angeordnet, jedoch wurden sie nicht neu verteilt. Vielmehr konnte jeder Hausbesitzer grundsätzlich in der unmittelbaren Nähe seiner alten Parzelle bleiben. Die spezifische Gestalt des neuen Templiner Stadtgrundrisses entstand so durch eine umfassende Neuordnung der Parzellen, Karrees und Straßen, welche moderne städtebauliche Gestaltungs- und Ordnungsprinzipien mit den unveränderbaren Vorgaben der alten Stadtstruktur zu einem modernen und dennoch charakteristischen Grund- und Aufriß verband. Dabei war der rein rationale obrigkeitliche Planungsansatz zwar einerseits grundsätzlich vom städtischen, an die örtliche Traditionen gebundenen bürgerlichen Leben abgehoben, andererseits aber nahm er nicht nur die alten zentralen Orte des stadtbürgerlichen Gemeinwesens zum Ausgangspunkt, sondern berücksichtigte im Detail auch wesentliche Grundlagen der tradierten bürgerlichen Existenz.

Straßenbild

Eine lückenlose Blockrandbebauung gibt den Straßen und Plätzen des wiederaufgebauten Templins einen ebenso gleichförmigen wie fest geschlossenen Rahmen. Zugleich wird jeder Blick in das stärker individuell bestimmte, potenziell ungleichförmige Blockinnere verstellt. Die Reihe der Bürgerhäuser ist einzig an den Blockecken unterbrochen, wo hinter den Eckhäusern oft niedrigere Seitengebäude an den Straßen stehen. Traufe und First bilden häuserübergreifend durchgehende Linien. Auch die

Zwischengesimse, Fensterstürze und -brüstungen sind so angeordnet, daß sie sich an einer Blockkante auf gleicher Höhe befinden. Dieses typisch barocke Gestaltungselement wird überaus konsequent eingehalten, nur von Karree zu Karree gibt es mitunter leichte Abweichungen der Höhenlinien. Es gibt eine Abstufung von hohen zweigeschossigen Häusern in den Hauptstraßen, über etwas niedrigere in einigen untergeordneten Straßen (Luther-, Kant-, Fischerstraße, Teile der Werderstraße), bis hin zu eingeschossigen Häusern am Ende der unmittelbar auf die Stadtmauer zuführenden Nebenstraßen.²⁸⁸



Abb. 22: Templin, Blick vom Kirchturm in die Lutherstraße, Aufnahme April 1998

288 Höhen in einer ‚Hauptstraße‘. Schinkelstraße 5 (lt. Zeichnung 1926): Traufhöhe ca. 6,56m, Firsthöhe ca. 11,7m; Schinkelstraße 10 (lt. Zeichnung 1920) Traufhöhe ca. 6,20m, Firsthöhe ca. 11,6m. Höhen in einer ‚Nebenstraße‘: Lutherstraße 15 (lt. Zeichnung 1984) Traufhöhe ca. 5,25m, Firsthöhe 10,40m; Werderstraße 29 Traufhöhe ca. 5,95m. Vgl. die Hausakten im Stadtarchiv Templin.



Abb. 23: Templin, Werderstraße 31 mit Blick in Lutherstraße, Aufnahme Nov. 1997

Zum Bild der einheitlichen Straßenfluchten trägt schließlich ganz wesentlich auch die zur Straße einheitliche Dachneigung bei.

Im Vergleich zu anderen Retablisements etwa in Krossen (1709ff.) oder im mecklenburgischen Grabow (ab 1725) fällt auf, daß es in Templin keine deutliche Betonung der Zentrumsbereiche durch dreigeschossige Bauten gibt. Die Abstufung vom Zentrum zur Peripherie ist nur durch geringfügige Höhenunterschiede der zweigeschossigen Häuser angedeutet. Einmal mehr wird beim Templiner Wiederaufbau auf ein beliebtes städtebauliches Gestaltungsmittel verzichtet, um so eine größere Einheitlichkeit des Stadtbildes und Gleichwertigkeit der einzelnen Häuser – eben jene von Dithmer geforderte *einstimmige gleichheit* – zu erzeugen.²⁸⁹

Wie in der barocken Stadtweiterung Potsdams²⁹⁰ ist die Symmetrie nicht nur bei der Anordnung und Abmessung der Karrees und der verschiedenen Parzellentypen darin, sondern auch für die übergreifende Gestaltung der Straßenzüge durch aufeinander Bezug nehmende Fassaden das herausragende Ordnungs- und Gestaltungsmittel. In der Regel sind dabei zwei nebeneinander, oder sich gegenüber stehende Häuser aufeinander bezogen. Besonders auffällig ist dies am Marktplatz, wo die Fassaden in ihrer Breite fast durchgängig aufeinander bezogen sind und ein symmetrisches Gesamtbild erzeugen sollen. Darüber hinaus fällt die generelle gegenseitige Zuordnung von 60 Fuß

289 Der Verzicht auf eine Hauptachse und auf einen exakt quadratischen Marktplatz, könnte aber gemeinsam mit der fast durchgängig zweigeschossigen Bebauung auch auf eine bewußte qualitative Zurücksetzung schließen lassen. So könnten bei einer kleinen Immediatstadt Templin solche Gestaltungsmittel wie Mehrgeschossigkeit oder breite Hauptachsen als nicht angemessen gegolten haben, bei der Hauptstadt eines erloschenen Herzogtums – Krossen – aber sehr wohl.

290 Wie oben bemerkt, hat Mielke die im folgenden für Templin beschriebene Gestaltung der Blockfront als symmetrisch aufgeteilte Einheit für Potsdam eingehend untersucht und als maßgebliches Instrument der barocken Stadtbaukunst in Potsdam nachgewiesen. Vgl. Mielke 1972, S. 297ff.

breiten Brauparzellen über die Straße hinweg auf. Entlang der Mühlenstraße oder der Schulzenstraße liegt beispielsweise einer 60 Fuß breiten Brauparzelle fast immer auch eine solche gegenüber. Immer wieder lassen sich derartige symmetrische Entsprechungen, die nicht nur die Breite, sondern auch die Gestaltung der Fassaden, d. h. die Anordnung der Fenster, Türen und Tore betreffen, auch bei anderen Häusern nachweisen. Dabei tritt bei der Spiegelung benachbarter Fassaden neben den Effekt der Symmetrie das Bestreben auf, eine besonders große Fassade und damit einen besonders wohlhabenden Bewohner vorzutäuschen.

Einige besonders deutliche Beispiele für die Spiegelung über die Straße hinweg, also die Spiegelung der Straßenseiten, seien aus der Schulzenstraße aufgeführt. Bei den 7-achsigen *Brauhäusern im Quarré* Nr. 307 und Nr. 103 (Schinkelstraße 3) entsprachen sich nicht nur die Fensteranordnung, sondern auch die Lage der Durchfahrten. Die beiden sich gegenüberliegenden *Eckbrauhäuser* Schulzenstraße 288 und 118 stimmten selbst in der asymmetrischen Verschiebung der Fensterachsen in Richtung der Nebenstraße überein.²⁹¹

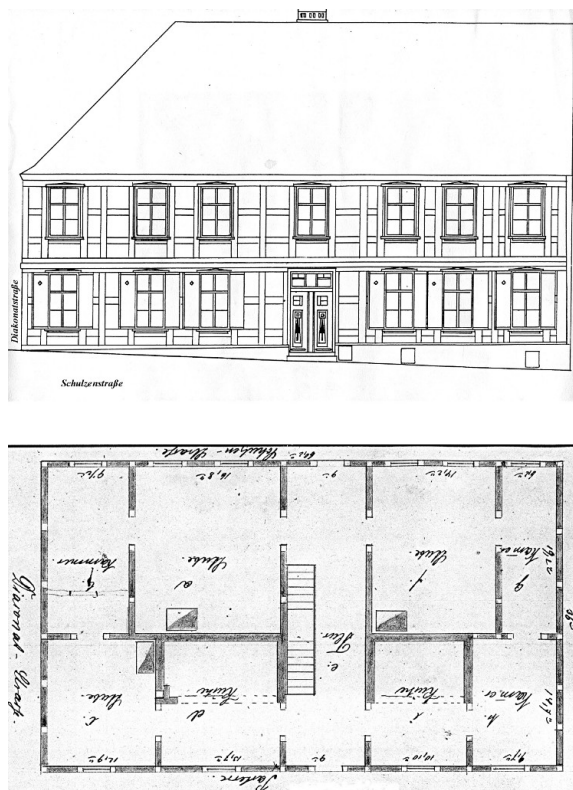


Abb. 24: oben: Templin, Schulzenstraße 118 (=Schinkelstr. 10), Zeichnung 1920; unten: Templin, Schulzenstraße 288, Ausschnitt aus Designation von 1864

Die zweite Möglichkeit, die Spiegelung, die zwei Häuser im Straßenbild hinter einer symmetrischen, großen Fassade zusammenfaßte, fand sich beispielsweise bei den Häusern Werderstraße 246 und 247. Nimmt man hier noch die beiden Häuser 245 und 248 hinzu, so ist fast die gesamte Blockkante symmetrisch aufgeteilt.

Insgesamt läßt sich zwar eine beachtliche Zahl von gespiegelten Bürgerhausfassaden feststellen,

291 Als letztes Beispiel seien hier die Häuser Schulzenstraße 64 und 68 (Rühlstraße 6 und 9) genannt.

doch ist dieses städtebauliche Gestaltungsmittel nicht so rigoros umgesetzt wie etwa die Einheitlichkeit von Trauf- und Firsthöhen oder Dachneigungen. Dieser obrigkeitliche, auf Anordnung und Aufteilung der einzelnen Hausfassade gerichtete Gestaltungsanspruch war anders als etwa in Potsdam nicht unverzichtbar. Das Ergebnis des Wiederaufbaus erscheint diesbezüglich als Kompromiß zwischen Staat und Bürger.

Das neue Bürgerhaus

Normalanschlätze oder Typenhäuser? Der Entwurf der Bürgerhäuser

Walter Blankenburg berichtet in seiner Chronik, daß es beim Wiederaufbau Templins fünf verschiedene Normalanschlätze gegeben habe. Danach waren die Baukosten für ein *Eck-Brauhaus* mit 1060 Talern, für ein *Brauhaus im Quarrée* und für ein *Eck-Bürgerhaus* mit je 711 Talern 18 Groschen, für ein *Bürgerhaus im Quarrée* und ein *Eck-Budenhaus* mit je 632 Talern 16 Groschen, für ein *Budenhaus im Quarrée* mit 540 Talern und für ein *Budenhaus mit einer Etage* mit 220 Talern veranschlagt.²⁹² Die Benennung der Hausqualitäten (Brau-, Bürger- und Budenhaus) zeigt, daß sich diese Normalanschlätze auf die allgemeine, nicht nur in Templin übliche Einteilung der städtischen Gesellschaft gründete. Die realen Besitzverhältnisse vor dem Brand spielten hingegen keine Rolle. Die dem Normal zugrunde gelegte Größe und Lage der Parzelle richtete sich ausschließlich nach dem in dieser Hinsicht stark regulierten neuen Stadtgrundriß. Die Erstellung der Normalanschlätze und damit die Kostenschätzung beruhten somit nicht auf der Qualität der alten, sondern auf der Qualität der neuen Parzellen. Nicht den alten tradierten, sondern den neu geordnete Zustand der bürgerlichen Besitzes nahm man als Maßstab für die Verteilung der Bauhilfsgelder, denn zu deren Abschätzung und Handhabung dienten die Normalanschlätze das gesamte 18. Jahrhundert über in erster Linie.²⁹³

Wo so detaillierte Kostenanschlätze ausgearbeitet wurden und wo selbst die neuen Parzellen in ihrer Breite an der Straße nur zwei Maße (40 und 60 Fuß) kannten, sind als Instrument der Regulierung des privaten Bauens neben dem Baureglement auch entsprechende Modellhäuser beziehungsweise Modellhausentwürfe wahrscheinlich. Dies legt nicht nur ein Vergleich zu anderen Planstädten des 17. und 18. Jahrhunderts, sondern auch die bereits erwähnte Nachricht von einem *Normalbauriße* für den Wiederaufbau der Stadt Wittstock 1716 nahe.²⁹⁴ Es ist jedoch fraglich, ob ein solcher Modellhausentwurf, wie etwa der Böcklers für Onoltzbach, verschiedene Typenhäuser mit exakten Maßen vorschrieb, nach denen dann verbindlich zu bauen war, oder ob nicht ein derartiger musterhafter Entwurf nur die grundsätzlichen Eigenschaften, vor allem in Hinsicht auf die zu regulierende Beziehung zu den Nachbarhäusern und die Gestaltung von Grundriß und Fassade vorgab. Mittels eines Musterentwurfs könnten für das Innere des Hauses die traufständige

292 Blankenburg Bd. 6, Abschn. III, S. 11.

293 Noch über die Probe- bzw. Normalanschlätze beim Neuruppiner Retablissement von 1787 schreibt Ulrich Reinisch, sie dienten in erster Linie als *Hilfsmittel für die kameralistische Vorbereitung der eigentlichen Entwurfsarbeit*. Reinisch 2001, S. 169f.

294 Zu Modellhäusern in Planstädten vgl. Merkel 1990.

Erschließung, die Einteilung des Grundrisses, die Anlage der Feuerung und die Raumhöhen, für das Äußere die Trauf- und Firsthöhe, die Dachneigung, die Anordnung und Größe der Fenster und vor allem die Gestalt des Fachwerks vorgegeben worden sein. Im Hinblick auf das Fachwerk wäre etwa an den steinernen Sockel zu denken, auf dem die Schwellen zu 'strecken' waren, an die Stellung der Ständer, die Zahl der Riegelketten pro Stockwerk und die Verwendung der Streben.

Insgesamt ist davon auszugehen, daß dem Entwurf des einzelnen Bürgerhauses mit den verschiedenen, im neuen Stadtplan, im Baureglement, in Normalanschlügen, in den Finanzierungsmodalitäten oder in den Modellhäusern festgelegten Bestimmungen ein enger Rahmen gesteckt wurde. Für individuelle Lösungen gab es aufgrund der staatlichen Vorgaben kaum wirklichen Spielraum. Die Standardisierung der Grund- und Aufrißformen ist daher eine der wesentlichen, schon im Planungsprozeß des Stadtgrundrisses angelegten Eigenschaften der neuen Bürgerhäuser. Das Rechteckraster des Stadtgrundrisses, in das die rechteckigen Parzellen eingepaßt wurden, ließ in allen Häusern ausschließlich rechteckige Räume entstehen.²⁹⁵ Es fällt auf, daß es darunter erstaunlich viele quadratische Räume gibt.²⁹⁶ Wie wenig Möglichkeiten der Grundrißgestaltung es gab, belegen die Grundrißzeichnungen von 1864. Sie zeigen, daß es im Grunde nur die Kombination von zwei Grundwohneinheiten gab. Die kleinere, zugleich die Kleinstwohneinheit, bestand aus einer straßenseitigen Stube und dem hofseitigen Nebeneinander von Kammer und Küche. Die größere Wohneinheit setzte sich aus Stube und Kammer straßenseitig sowie Stube beziehungsweise Kammer und Küche hofseitig zusammen. Aus diesen Einheiten, zusammen mit Flur und Durchfahrt, wurde durch Angliederung von zusätzlichen Räumen oder durch Verdoppelung der Grundriß gebildet.

Auch die Fassaden weisen deutliche Anzeichen für eine Standardisierung der Bauformen auf. So ist es leicht möglich, die Fassaden nach Größe und Aufteilung in Gruppen zu untergliedern. Die zweigeschossigen Häuser mit vier Fensterachsen lassen sich zur ersten Grundrißgruppe zusammenfassen. Die vierachsige ist die kleinste in Templin zugelassene Fassadenbreite. Innerhalb dieser Gruppe gibt es die geringsten Variationen. Die Erschließungsachse befindet sich mal links, mal rechts der Hausmitte, jedoch nie in einer der äußeren Achsen. Der Grundriß zeigt pro Etage nur eine Kleinstwohneinheit mit einer Küche.

295 Was hier Ursache und was Wirkung ist, also ob das ‚schöne‘ Bild des regelmäßigen Stadtgrundrisses notgedrungen zu rechteckigen Räumen führte, oder ob der Stadtgrundriß so rechteckig gestaltet wurde, um in den rechteckigen Häusern ordentliche, nutzbare, bequeme und schöne rechteckige Räume zu ermöglichen, sei hier zunächst dahingestellt.

296 In über der Hälfte der Häuser (etwa 63%) gibt es mindestens einen annähernd quadratischen Raum, zumeist ist dies eine Stube. Annähernd quadratisch heißt hier eine Tolleranz von 1-2 Fuß. Zum einen ist diese Ungenauigkeit mit bloßen Auge kaum wahrnehmbar, zum anderen stand in allen Fällen, wo es solche Abweichungen gab, der Ofen an einer der kürzeren Seiten, verkürzte also optisch die nur sehr leichte Längsdehnung des Raumes noch zusätzlich.

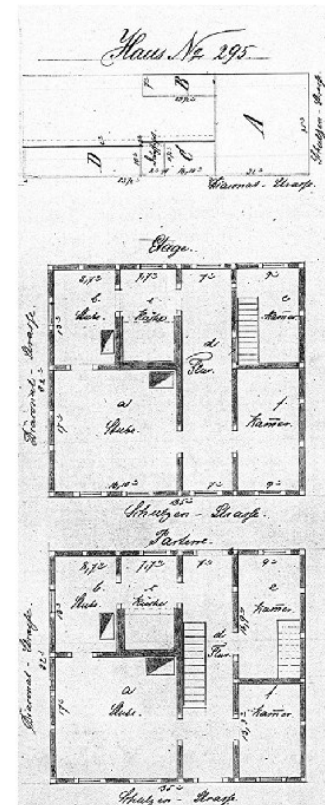


Abb. 25: Beispiele für das vierachsige Haus: Links: Templin, Werderstraße 30, Aufnahme Juni 1997; rechts: Templin, Schulzenstraße 295, Designation von 1864

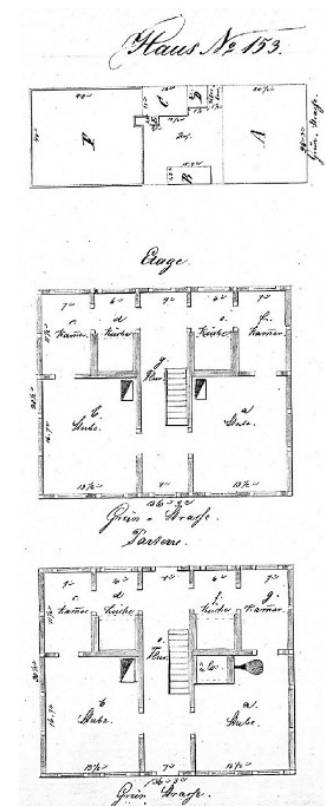


Abb. 26: Beispiel für das fünfachsige Haus: Templin, Goethestraße 4 (= Grünstraße 153); links Aufnahme Juni 1997, rechts Designation von 1864

Eine zweite Gruppe bilden die fünfachsigigen Häuser, bei denen Flur und Haustür in der Symmetrieachse liegen. Hier ist links und rechts der Erschließungsachse je eine Kleinstwohneinheit spiegelbildlich angeordnet. Zur vielfältigen Erscheinungsform dieser Gruppe trägt vor allem die Anordnung einer Durchfahrt bei. Diese kann mittig, an der Stelle des Flurs liegen oder die äußerste linke beziehungsweise rechte Achse einnehmen. Die Mehrzahl der Templiner wählte ein Haus aus dieser Gruppe. Eine dritte Gruppe bilden jene fünfachsigigen Häuser, die in Grund- und Aufriß nicht symmetrisch gestaltet sind. Bei den oft recht großen Häusern ist die Durchfahrt an eine der Giebelseiten verlegt. Diese Verlegung des wohl als störend empfundenen Eingangsbereichs diente immer der Gewinnung zusätzlichen Wohnraumes und der Schaffung eines größeren, zusammenhängenden Wohnraumgefüges. Eine Mischform stellen jene Häuser dar, bei denen die Grundform der zweiten Grundrißgruppe um eine Fensterachse erweitert und so auf einer Seite des Flurs eine kleine und auf der anderen eine große Wohneinheit geschaffen wurde.

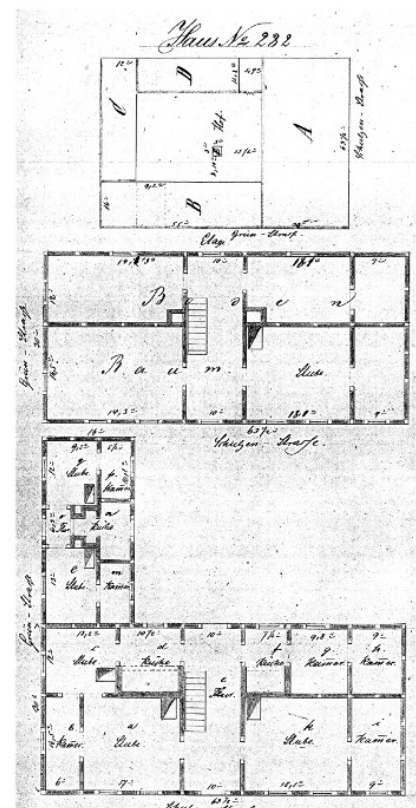


Abb. 27: Beispiele für siebenachsige Häuser: Links: Templin, Schinkelstraße 3, Aufnahme Febr. 1998; rechts: Templin, Schulzenstraße 282, Designation von 1864

Zur vierten Gruppe gehören die meisten *Brauhäuser*. (vgl. Abb. 24) Die Häuser dieser Gruppe sind siebenachsig. Am häufigsten ist auch hier eine symmetrische Organisation des Grundrisses mit axialer Erschließung, an die sich je eine Stube und eine Kammer anschließt.

Trotz des dominierenden Einflusses der obrigkeitlichen Bestimmungen zur Regulierung des Bauens gleicht in Templin kaum ein Haus wirklich exakt dem anderen. Gestalt und Größe blieben bei aller Beschränkung für die Ansprüche und finanziellen beziehungsweise wirtschaftlichen Möglichkeiten des bauenden Bürgers bis zu einem gewissen Grad offen.

Äußeres Erscheinungsbild

Das einzelne Wohnhaus ist in Templin stark in übergreifende Gestaltungszusammenhänge eingebunden. Seine Lage und Größe wird in erster Linie durch die neuen städtebaulichen Ordnungs- und Gestaltungsmuster bestimmt. Das einzelne Haus ist schon im Stadtgrundriß immer Teil des Ganzen, es formt, diesem eindeutig untergeordnet, das Gesamtbild der Stadt. Nicht der individuelle Ausdruck des einzelnen Hauses, sondern seine Beziehung zu anderen Häusern und zum Bild der städtischen Gemeinschaft in Stadtgrundriß, Straße und Platz prägen Parzellenzuschnitt und äußere Gestalt des neuen Bürgerhauses. In diesem Sinne beschrieb der Templiner Magistrat schon 1743 die besondere Qualität der neuen Häuser:

*Sie sind von Quarrée zu Quarrée von 2. Etagen regulair erbauet worden, und wird solche [die neue Stadt, C.B.] einen guten prospect geben, wenn erst die Kirche und Rathhaus erbauet sein wird, [...].*²⁹⁷

Zweigeschossigkeit und stadtübergreifende Regularität zeichnen auch für die Templiner Honoratioren das äußere Erscheinungsbild der Häuser als Teil des *prospects* ihrer Stadt aus. In dieser einzigen zeitgenössischen Wertung aus dem städtischen Umfeld wird somit bezeichnender Weise nicht das einzelne Haus gelobt, sondern die städtebauliche Qualität des *prospects*, den erst alle Häuser zusammen ergeben. Das vor diesem Hintergrund augenfälligste Merkmal der Templiner Bürgerhäuser ist ihre gleichmäßige Zweigeschossigkeit. Die wenigen eingeschossigen Häuser, die nach einer Übersicht von ca. 1738 etwa 6 % ausmachten, fallen, zumal sie in den Randzonen der Stadt entlang der Stadtmauer stehen, im Straßenbild kaum ins Gewicht.²⁹⁸ Bestimmend für die Fassaden ist außer ihrer Zweigeschossigkeit ihr *regulairer* Bezug zu den Nachbarhäusern. Die Fassaden der Bürgerhäuser sind somit integrativer Bestandteil der Blockfront, des Straßen- oder Platzraums, letztlich also des Gesamtbildes der städtisch-bürgerlichen Gemeinschaft: des *prospects*.

Neben den Höhen- und Breitenregulierungen und den symmetrischen Beziehungen zu benachbarten Häusern, die dem städtebaulichen Leitbild geschuldet waren, lassen sich noch eine Reihe weiterer, allgemein gültiger Ordnungs- und Gestaltungsprinzipien für die Bürgerhausfassaden benennen. So ist die spiegelsymmetrische Disposition auch für die einzelne Hausfassade ein dominierendes Gestaltungsmittel. Bevorzugt wird hier die streng axialsymmetrische Aufteilung mit Tür oder Tor in der Mittelachse. Nach einer Analyse der aus den Grundrissen von 1864 zu rekonstruierenden Fassaden sind etwa 45% aller Häuser symmetrisch angelegt.²⁹⁹

Das äußere Erscheinungsbild der Häuser wurde in hohem Maße auch von dem gewählten Baumaterial und den daraus entwickelten Bauformen bestimmt.

297 Schreiben des Magistrats vom 12. August 1743. GStA PK, I. HA Rep. 92 Bekmann, VE Topographia Uckermark, Nr. 7 Templin, Bl. 13.

298 Von 306 zu diesem Zeitpunkt geplanten Häusern (insgesamt gab es 320 Parzellen) sollten 16 eingeschossig sein. Dazu kommen noch die ebenfalls eingeschossigen Ratsdienerhaus, Hirtenhäuser und Waagemeisterhaus. Insgesamt also etwa 19 von 309 Häusern.

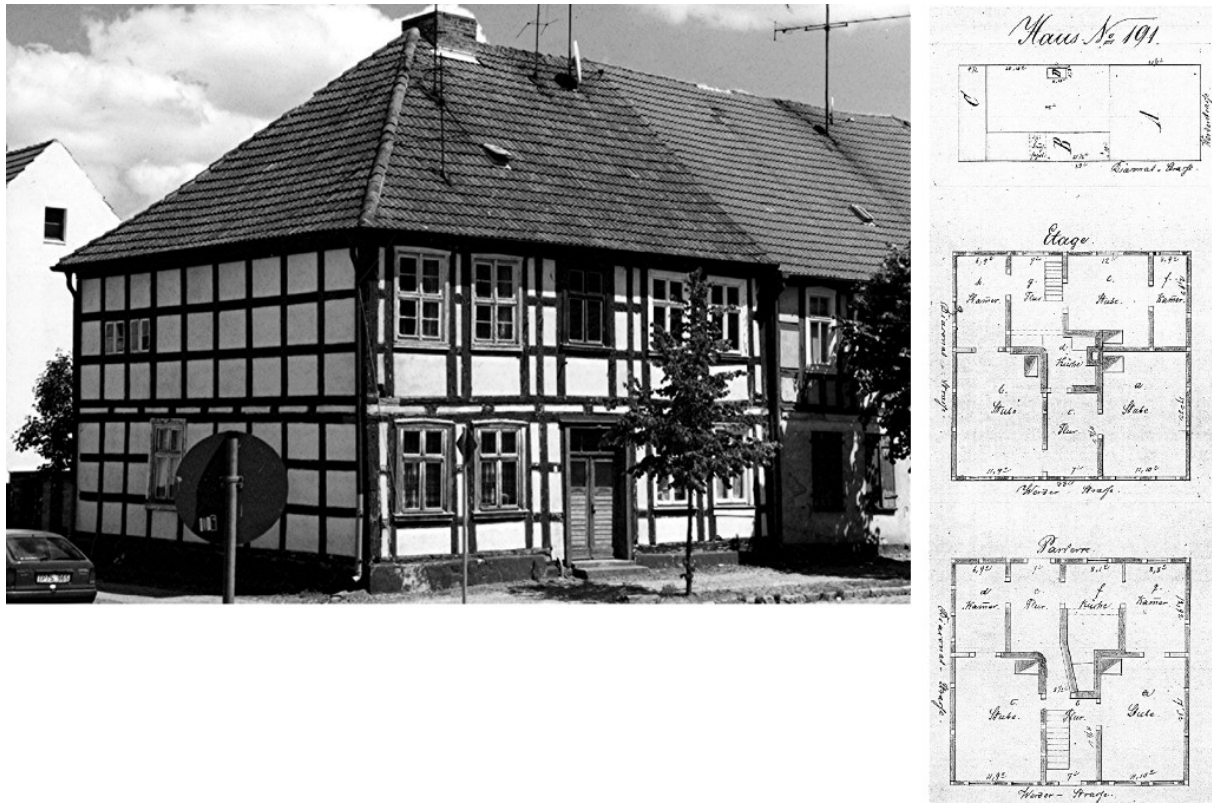


Abb. 28: Templin, Werderstraße 28 (= Werderstraße 191), links Haupt- und Nebenfassade, Aufnahme Juni 1997; rechts Designation von 1864

Das Fachwerk der Templiner Bürgerhausfassaden wird senkrecht aus Ständern, waagerecht aus Schwell- und Rähmhölzern und je zwei Riegelketten pro Stockwerk zusammengesetzt. Die Stärken der Hölzer sind sehr verschieden und auch innerhalb der Gruppe der Ständer oder der Riegel nicht einheitlich.³⁰⁰ Die Gefache der Haupt- und Nebenfassaden sind, von wenigen Ausnahmen abgesehen, mit Ziegeln ausgefacht und verputzt. Alle zweigeschossigen Wohnhäuser Templins waren Stockwerksbauten. An keinem Haus der Stadt ist ein vorkragendes Obergeschoß nachzuweisen. Dieses traditionelle Gestaltungsmittel von Fachwerkfassaden ist radikal beseitigt. Die Fassaden sind durchgängig flach und weisen außer dem Hauptgesims und dem Sockel weder horizontal noch vertikal Vor- oder Rücksprünge auf. Über die Farbigkeit der Fachwerkfassaden läßt sich nur schwer etwas sagen. Nach neueren Farbuntersuchungen³⁰¹ war das Fachwerk unverputzt sichtbar. Jedoch konnte die sonst für diese Zeit typische, steinfarben-monochrome, über Fachwerk und Gefache unterschiedslos hinweggehende Schlemme ebensowenig nachgewiesen werden wie eine für alle Häuser verbindliche Farbigkeit. Vielmehr fanden sich in den ersten nachweisbaren Fassungen in verschiedenen Farben dunkel gestrichene Holzteile und hellere Gefache. Die

299 Dabei darf jedoch die asymmetrische Anordnung des Tores in einer äußeren Achse nicht als Regelverstoß angesehen werden. Vielmehr setzen sich in einem solchen Fall die aus der Nutzung hergeleiteten Ansprüche gegen die Forderungen des schönen, ganz symmetrischen Äußeren durch.

300 So reichen die Maße für die Ständer im Obergeschoß des Hauses Werderstraße 29 von 0,18m bis 0,26m, die der Riegel von 0,17m bis 0,21m.

301 An einigen Häusern wurden 1994 durch Annett Schauß, Anja Isensee und Heinz Schauß Farbuntersuchungen durchgeführt. Vgl. den Untersuchungsbericht „Farbfassungen der Templiner Fachwerkhäuser“ im Archiv des Brandenburgischen Landesamts für Denkmalpflege.

regelmäßige und rechtwinklige Anordnung der Hölzer trat so deutlich sichtbar hervor und gehörte damit zum kalkulierten Erscheinungsbild der Fassade.

Grundsätzlich ordnen sich die Fenster nicht mehr einem regelmäßigen Wandgefüge unter. Im Gegenteil: Lage und Größe der Fenster und Türen bestimmen die Anordnung des Fachwerks.³⁰² Es gibt keine gleichmäßigen Ständerabstände, sondern gleichmäßige Abstände der Fenster, zwischen welchen oft nur „Doppelständer“ verbleiben. Wie schon für den Stadtgrundriß und die Proportionen der Häuser ist auch für das Fachwerk der rechte Winkel grundlegend. Prägend ist das rigoros durchgesetzte Primat rechteckiger Gefache an den Straßenfronten. Nicht an einer einzigen Stelle konnte für eine Fassade eine schräge Strebe ermittelt werden. Die zur Aussteifung der Verbindung nötigen Streben gibt es sehr wohl, jedoch gleichsam versteckt im Inneren der Häuser und an den Rückfronten.



Abb. 29: Templin, Werderstraße 30-28, Rückfronten, Aufnahme Juni 1997

Auch die Giebelwände weisen Verstreben auf, jedoch nur, wenn sie nicht im Straßenraum sichtbar sind. (vgl. Abb. 20) Alle nicht rechtwinkligen Konstruktionselemente sind bewußt aus dem Straßenbild verdrängt. Rechteck und Quadrat werden an den Straßenfronten als Gestaltungsmittel eingesetzt. Besonders deutlich ist das an den Nebenfassaden der Eckhäuser abzulesen. (vgl. Abb. 28) Hier konnte für mindestens sechs Häuser³⁰³ eine aus überwiegend quadratischen Gefachen

302 Fred Kaspar datierte diese Veränderung des Wandgefüges für Lemgo auf die Zeit um 1750; Schauer setzt für Quedlinburg die Jahre zwischen 1710 und 1720 an. Kaspar 1985, S. 67; Schauer 1990, S.64ff.

303 Noch vorhanden sind die Eckhäuser: Werderstraße 28, Schinkelstraße 6; durch Fotografien oder Zeichnungen belegt sind: Schulzenstraße 9, 10, Mühlenstraße 49a, Königsstraße 19/227.

regelmäßig zusammengesetzte Fassade nachgewiesen werden. Aber auch die Hauptfassaden sind von der Anordnung rechteckiger Gefache geprägt. Diese rechteckige Regelmäßigkeit wird weiter durch die strenge Axialität der Fenster- und der Ständerstellung unterstrichen.³⁰⁴

Daß hinter einem Tor eine Durchfahrt und hinter einer Haustür zumeist ein Flur liegt, ist durchaus selbstverständlich. Ein weiteres, ebenso einfaches wie traditionelle Prinzip der Verknüpfung von Fassade und Grundriß ist es, einer Stube immer zwei Fenster und einer Kammer immer ein Fenster zuzuordnen. Die zwei Stubenfenster bilden dabei eine Gruppe, erscheinen fast „gekuppelt“, während die Kammerfenster isoliert werden. Die Konsequenz und Regelmäßigkeit aber, mit welcher diesem Motiv in Templin eine gestalterische Qualität abgewonnen wird, ist im Bürgerhausbau der Region durchaus neu: Durch die Anordnung der Öffnungen wird eine Rhythmisierung der Wand erreicht. Zwei der wichtigsten Rhythmen lassen sich als Zahlenverhältnis wie folgt ausdrücken: 2:1:2 (Stube:Kammer/Flur:Stube) und 1:2:1:2:1 (Kammer:Stube:Kammer/Flur:Stube:Kammer). Diesem Grundsatz ist auch die Stellung der Ständer der Fachwerkkonstruktion, zwischen welchen die Fenster liegen, untergeordnet. Sie stehen nicht nur im Obergeschoß immer genau über denen im Erdgeschoß sondern die verschiedenen Abstände der einmal engstehend, ein anderes Mal weiter auseinander gezogen angeordneten Ständer werden für gestalterische Zwecke genutzt.³⁰⁵ Zum einen unterstützt die Anordnung der Ständer die Rhythmisierung und symmetrische Aufteilung der Fassade. Zum anderen erzeugen die Ständer eine risalitartige Betonung der Achse mit einem Eingang (Haustür oder Tor), der Mittelachse und/oder der beiden äußeren Achsen. An der völlig planen Fassade wird eine Fensterachse durch die Anordnung von zwei Ständerpaaren links und rechts isoliert und risalitartig eingefasst. Die für diese einfachste Gestaltung notwendige Isolierung von Fensterachsen wird oft noch dadurch verstärkt, daß die flankierenden Gefache besonders breit sind.

Alle Templiner Bürgerhausfassaden sind großzügig und gleichmäßig mit Fensteröffnungen ausgestattet. Die Fachwerkkonstruktion erlaubt es, die Wandflächen zwischen den Fenstern, Türen und Toren größtenteils sehr schmal zu halten. Auch wenn die Obergeschosse manchmal etwas niedriger als die Erdgeschosse sind, besitzen sie annähernd gleich große Fenster.³⁰⁶ erinnert man sich an die *Luken in den obersten Etagen*³⁰⁷, auf deren Abschaffung Steuerrat Wittich und Bürgermeister Berger schon vor dem Brand drangen, so zeigt sich hier, an der Größe und Anzahl der Fenster, eine programmatische Veränderung und Modernisierung. Licht und Luft kommt in alle Wohnräume des Hauses.

304 Zwar ließen sich für die Fensterstellung vor allem im Obergeschoß einige wenige Ausnahmen ermitteln, doch dürfte die genaue Einhaltung dieser Maxime besonders für die Ständer die Regel gewesen sein. Die Ausnahmen waren grundsätzlich Abweichungen im Obergeschoß.

305 Voraussetzung für die freie Verschiebbarkeit der Ständer war, daß die ‚gebundene Bauweise‘, bei der die Lage der Balken die Stellung der Ständer bestimmte, durch die Verstärkung des Rähms zurückgedrängt wurde. So wurden die Ständer ‚frei‘, sie konnten entsprechend der Lage der Innenwände, Fenster und Türen, oder nach künstlerischen Vorstellungen angeordnet werden. Vgl. Ehrhardt 1992, S. 31.

306 Bei einem großen Haus 1,85m Höhe und 1,10m Breite (Haus Schulzenstr. 5, lt. Zeichnung 1926, Stadtarchiv Templin, Hausakte Schinkelstraße 5); bei einem kleineren Haus 1,70m Höhe und 1,00m Breite (Haus Werderstr. 29, lt. Vermessung des Autors).

307 Schreiben Wittichs vom 12. Oktober 1732. BLHA, Pr. Br. Rep. 8 Templin, Nr. 2718.

Die Türen sind deutlich niedriger als heute. Reste von Türstürzen lassen auf eine durchschnittliche Höhe von 1,70m bis 1,80m schließen.³⁰⁸ In dem Bereich über dem Türsturz gibt es von Anfang an Oberlichter zur Belichtung des Flurs. Tore, die geräumige Durchfahrten verschließen, sind für die Wirtschaft der überwiegenden Zahl der Templiner Bürger unverzichtbar. Nach den Grundrissen von 1864 besitzen 227 von 314 Häusern (72,3%) zu diesem Zeitpunkt eine Durchfahrt zum Hof. Davon liegen 46 in oder neben dem Seitengebäude und immerhin 181 direkt im Wohnhaus (57,6% von allen 314 Häusern). Daraus läßt sich schließen, daß schon nach 1740 über die Hälfte aller Häuser eine Durchfahrt besaß.

Nirgends, auch nicht an den Giebeln sind traditionelle Fachwerk-Schmuckformen wie Andreaskreuze oder Rautenmuster nachweisbar. Auch auf die noch zu Beginn des 18. Jahrhunderts in dieser Gegend so beliebte Verzierung des Zwischengesimses mit profilierten Schwäll-, Rähm- und Füllhölzern oder Inschriften wird vollständig verzichtet. Die sparsame Verzierung der Fassaden beschränkt sich auf das Hauptgesims und die Wandöffnungen. Das Hauptgesims orientiert sich in seiner Profilierung in den meisten Fällen an der toskanischen Säulenordnung. Die ursprünglich recht niedrigen Türöffnungen mit Oberlicht waren wie auch die Tore zumeist durch einfache Profilierungen in den umliegenden Hölzern (Ständer, Sturz) gerahmt.³⁰⁹ Nach und nach, bei wohlhabenderen Bürgern wohl auch sofort, wurden anstelle dieser schlichten Rahmungen aufgesetzte profilierte Bretter verwendet. Ein aufwendiger barocker Haustürschmuck wie in der ehemaligen Kirsteinstraße 9 ist nur einmal nachzuweisen.³¹⁰ Die Fenster scheinen von Anfang an durch aufgesetzte Rahmungen geschmückt gewesen zu sein.³¹¹ Die noch heute an zahlreichen Fenstern vorhandene Rahmung erinnert an eine Ädikula.

Abgesehen von der Farbigkeit und einigen wenigen aufwendigen Türrahmungen fehlte den Templiner Fachwerkhäusern demnach jede individuelle Verzierung, etwa durch profilierte Hölzer, Andreaskreuze, Rautenmuster oder Inschriften. Die Gestaltung war grundsätzlich sehr sparsam und einfach. Dies darf aber nicht mit Schmucklosigkeit gleichgesetzt werden. Vielmehr wurden Regelmäßigkeit, Rechteckigkeit, Proportionierung, symmetrische Anordnung und rhythmische Gruppierung auch als schmückend empfunden. Die Schriften von Sturm und Vogel, besonders aber die von Schübler bestätigen dies eindringlich. In diesem Sinne wird in Templin dem ‚minderwertigen‘ Fachwerk eine neuartige ordnende und schmückende Qualität abgewonnen.

Bei den Dächern der Templiner Bürgerhäuser handelt es sich ausnahmslos um Satteldächer. Alle Dächer sind mit Dachziegel gedeckt. Diesen überaus wichtigen feuerpolizeilichen Erfolg des Wiederaufbaus bestätigt Bratring schon für das Jahr 1740. Es dürfte sich um eine einfache

308 Die Tür des Hauses Schinkelstraße 5 etwa besaß 1926 eine lichte Höhe von nur 1,89m.

309 An den nach 1716 entstandenen Wittstocker Häusern sind diese Profilierungen an den die Türen und Tore begrenzenden Hölzern noch zahlreich vorhanden.

310 Diese eine Portalgestaltung erinnert stark an die Verzierung der Haustüren im Potsdamer Holländischen Viertel.

311 Ähnliches stellt H. Schauer für Quedlinburg fest: *ab 1710 allseitig um die Fenster profilierte Deckbretter genagelt*, Schauer 1990, S. 66.

Eindeckung mit Biberschwanzziegeln gehandelt haben.³¹² Da Hausgiebel an Hausgiebel stößt, sind nur die Dächer der Eckhäuser abgewalmt. Der Walm ist immer bis zur Traufe heruntergezogen und entspricht in seiner Neigung den umliegenden Dachflächen. Nach einer Zeichnung von 1929 hatte das Haus Schinkelstraße 10 straßen- und hofseitig eine Dachneigung von 45°. Dieselbe regel- und vorschriftsmäßige Dachneigung besitzen noch heute zahlreiche andere Häuser. Es handelt sich dabei um ein nach den Vorstellungen des frühen 18. Jahrhunderts um ein „Neudeutsches Dach“, bei dem die Sparren am First ein rechtwinkliges Dreieck bilden.³¹³ Viele andere Häuser weichen aber von dieser Dachform ab. Deutlich sichtbar ist dies an dem heute freistehenden Giebel des Hauses Werderstraße 13.³¹⁴

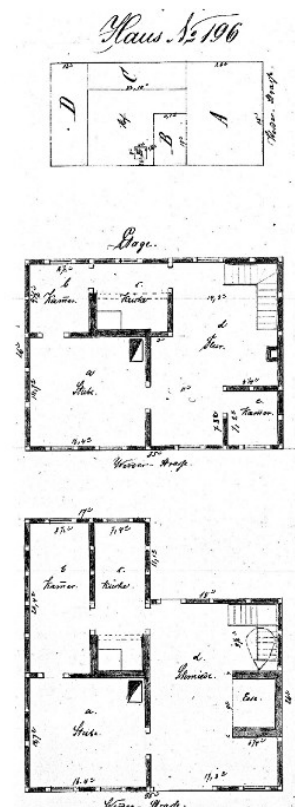


Abb. 30: Templin, Werderstraße 13 (= Werderstraße 196), links Aufnahme Juni 1997; rechts Designation von 1864 (vgl. auch Abb. 20)

Diese Unregelmäßigkeit ist das Ergebnis der Anpassung der wirtschaftlichen und finanziellen Möglichkeiten und Bedürfnisse des einzelnen Hausbesitzers an die staatlichen Vorgaben: Bei vorgegebener Fassadenbreite, Trauf- und Firsthöhe ist die Verkleinerung des Hauses nur in der Tiefe möglich. Da aber die Dachneigung zur Straße ebenfalls vorgegeben ist, kann der Hausbesitzer die Tiefe seines Hauses nur verringern, indem er die hofseitige Neigung des Daches vergrößert. Das an

312 So schreibt 1754 der Oberbaudirektor der Kurmark Christian Friedrich Feldmann über eines der aufwendigsten Häuser, das des Johann Daniel Monecke, *das Dach mit Ziegeln einfach gedeckt*. GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CLXXVII Stadt Templin, Nr. 2, Bl. 45.

313 Vgl. Mielke 1972, S. 266f.

314 Nach einer Zeichnung von 1921 betrug an dem Haus Lutherstraße 15 die Dachneigung zur Straße wie vorgeschrieben 45°, zum Hof ergaben sich jedoch 50°. Stadtarchiv Templin, Hausakten.

der Straße gezwungenermaßen groß wirkende Haus kann der Bürger nur im geheimen seinen individuellen Erfordernissen anpassen.

Wie sowohl die historischen Abbildungen als auch die untersuchten Häuser zeigen, wurde eine der mit Sicherheit im Wiederaufbaureglement enthaltenen feuerpolizeilichen Bestimmungen nur sehr mangelhaft umgesetzt: die Forderung, zwischen zwei direkt aneinander stoßenden Häusern oder Häusergruppen eine massive Brandwand möglichst bis über die Dachfläche aufzuführen. In den Häusern Schinkelstraße 4, Werderstraße 31 und Lutherstraße 16 fanden sich zwar mit Ton- und Lehmziegeln ausgefachte Fachwerkgiebelwände, doch verweisen diese wenigen Befunde eher auf einen vor Ort gefundenen Kompromiß oder eine schon im Reglement den regionalen Verhältnissen angepaßte, abgeschwächte Forderung, in gewissen Abständen die Fachwerkwände der Giebelseiten wenigstens massiv auszufachen. Vielleicht zeugen diese Befunde aber auch von der Nichteinhaltung der Vorschrift.

Für die Rückfronten der Häuser lassen sich weit weniger gemeinsame Gestaltungsmerkmale benennen. (Vgl. Abb. 29) Wie schon die Dachneigung gezeigt hat, weicht ihre Gestaltung auffällig von der Ordnung und Regularität der Fassaden ab. Weder gibt es hier rhythmische Ständer- und Fensterstellungen, noch symmetrische Beziehungen oder eine konsequent durchgeführte senkrechte, axiale Zuordnung von Fenstern oder Ständern. Von staatlicher Reglementierung unberührt, finden sich hier noch heute die Reste einfacher traditioneller Fachwerkbauweise wie kleine lukenartige Wandöffnungen, je Raum nur ein Fenster, schräge Verstreibungen und vor allem die Ausfachung mit Lehmstaaken.

Innere Gestalt

Die überraschende Gleichförmigkeit der Grundrisse, die in den über 300 Zeichnungen von 1864 dokumentiert ist, läßt auf den ersten Blick zwei grundlegende Prinzipien erkennen. (vgl. Abb. 24, 25, 26, 27, 28) Erstens erschließt immer ein senkrecht zur Straße (=Traufseite) liegender Flur oder eine Durchfahrt das Haus in der Tiefe. Die Wohnräume befinden sich links und/oder rechts davon. Der Flur beziehungsweise die Durchfahrt ist zumeist als reiner Verkehrsraum ausgebildet und deutlich vom eigentlichen Wohnbereich getrennt. Stärker in den Wohnbereich integriert sind Flur und Durchfahrt, wenn, wie bei einigen kleineren Häusern, die straßenseitigen und hofseitigen Räume keine direkte Verbindung haben und Flur und Durchfahrt auch als Verbindung der Stube mit der Küche dienen; mitunter liegt im Durchgang auch die Küche. In einigen wenigen Fällen zeigen die Flure und Durchfahrten noch Anklänge an die traditionelle Diele als multifunktionalen zentralen Hauptraum. (Vgl. Abb. 30) Immer ist dabei die Durchfahrt, die nicht an einer der beiden Giebelseiten liegt, zu einer Seite aufgeweitet. Dadurch ergeben sich wie im Haus Werderstraße 196 (= Werderstraße 13) große Räume, in denen neben dem Gewerbe der Durchgangsverkehr, die Treppe ins Obergeschoß und noch weitere Nutzungen versammelt sind. Solche dielenartigen Erschließungssysteme bleiben aber die Ausnahme. Bei den größeren Häusern findet man neben direkten Verbindungen zwischen den straßen- und den hofseitigen Räumen auch eine anspruchsvollere, enfiladeartige Erschließung. Auch in den meisten kleineren Häusern liegen sich die Zimmertüren, z. B. im Flur, direkt gegenüber. Mitunter gibt es aber, besonders in den Seitenflügeln der Eckhäuser, auch eine einhüftige

Erschließung durch einen hofseitigen Flur. Als zweites Grundprinzip läßt sich die Teilung des Hauses in einen hofseitigen und einen straßenseitigen Bereich beschreiben. Dazu dient die tragende, firstparallele Mittelwand, die fast nie in der Mitte der Haustiefe liegt, sondern immer einige Fuß weit nach der Hofseite verschoben ist. Damit verdeutlicht schon die Lage der Mittelwand die unterschiedliche Wertigkeit der Räume. Der kleinere hofseitig gelegene Bereich wird grundsätzlich in zwei Räume geteilt; hier befinden sich in den Bürger- und Budenhäusern sehr oft zwei etwa gleich große rechteckige Räume (Küche und (Speise-)Kammer). Die Vorderzimmer zur Straße waren dagegen bei diesen Häusern fast nie unterteilt. Bei den großen Häusern ist neben der beschriebenen Teilung der Hinterzimmer immer auch eine Untergliederung der Vorderzimmer in Stube und Kammer oder in zwei Stuben zu beobachten.

Auch bei der Grundrißgestaltung überwiegen axialsymmetrische Grunddispositionen. (Vgl. Abb. 26) Erstaunlicherweise gibt es aber nur ganz wenige wirklich symmetrische Grundrisse. Selbst bei einer scheinbar so symmetrischen Einteilung wie bei dem Haus Grünstraße 151 unterscheiden sich die beiden Wohnbereiche links und rechts des Flurs in ihrer Breite mindestens um einen Fuß. Absolut symmetrisch bis in die Maße, wie das Haus Grünstraße 153, sind die allerwenigsten Häuser.³¹⁵ Es bleibt die Frage warum man diese Unterscheidung wählte. Die Hierarchisierung der Haushälften und Räume muß ihren Grund in der Nutzung haben. Zunächst könnte man in der größeren Hälfte den Hausbesitzer und in der kleineren einen Mieter vermuten. erinnert man sich an die oben beschriebenen Beziehungen der traditionellen Bürgerhäuser zur ländlichen Bauweise, so findet man beim mitteldeutschen Ernhaus eine ganz ähnliche Teilung. Hier beherbergten die schmalere Räume zumeist Stallungen. Zwar ist diese Nutzung für die meisten Häuser in Templin auszuschließen, aber der Gebrauch einer Haushälfte für das Gewerbe ist doch wahrscheinlich. Noch 1864 läßt sich diese Nutzung für einige der Häuser, wie beispielsweise Werderstraße 245, nachweisen. Die 'wohnliche' Seite mit der Küche und einer großen, fast quadratischen beheizbaren Stube ist hier breiter als die rechte Haushälfte, die als Werkstatt bezeichnet ist. Beim Haus Königstraße 228 ist diese funktionale Unterteilung noch deutlicher, hier ist das ganze Haus auf der 'wohnlichen' Seite um eine Fensterachse verbreitert.³¹⁶

315 Waldemar Kuhn sagte entsprechend zu den Bauernhäusern noch des ausgehenden 18. Jahrhunderts: „Beim Einfamilienhaus pflegte die Stube auf der einen Seite schmaler angelegt zu werden [...]“. Kuhn 1915, 62 und Abb. 12 (S. 39).

316 Deutlicher wird die funktionelle Teilung dort, wo noch Gewerbe in den Häusern war. Etwa bei dem Eckhaus Königstraße 244b (Pestalozzistraße 9). Auch hier trennt der Flur den deutlich breiteren Wohnbereich vom Wirtschaftsbereich, der Backstube mit Backofen. Ebenfalls ein Backofen in der schmalere Haushälfte läßt sich nachweisen in dem Haus Mühlenstraße 154. Ähnlich ist das in den Häusern Schulzenstraße 64 (Rühlstraße 6) und Werderstraße 196 (Werderstraße 13), wo die Schmiede mit ihrer großen Esse wieder in der schmalere Hälfte des Hauses liegt.

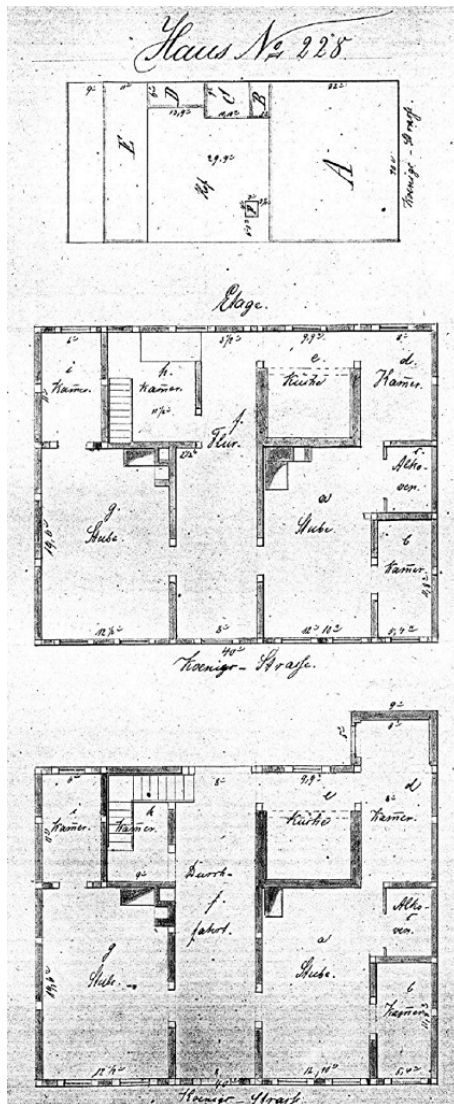


Abb. 31: Templin, Schulzenstraße 282, Designation von 1864

Offensichtlich fand in dieser asymmetrischen Grunddisposition die Nutzung des Hauses als Ort von Familie und Beruf ihren baulichen Ausdruck.

Das Wohnen und Arbeiten unter einem Dach beschreibt auch die zwei großen Funktionsbereiche im Haus: Wohnen und Wirtschaften auf der einen und das Gewerbe auf der anderen Seite.

Grundsätzlich läßt sich neben der Querteilung der Häuser auch eine deutliche funktionale Längsteilung in einen straßenseitigen Wohnbereich und einen hofseitigen Wirtschaftsbereich erkennen. Dem Wohnen dienen neben der heizbaren, gut belichteten Stube zumeist eine oder mehrere Kammern. Schon seltener sind zwei oder mehr heizbare Stuben. Die Wohnstuben zeichnen sich durch ihre straßenseitige Lage, ihre Größe, die Beheizbarkeit durch Öfen und/oder Kamine aus. Häufig sind sie zudem quadratisch. Sie haben immer einen direkten Zugang zum Flur. Auffällig ist weiterhin, daß die Fenster in diesen Stuben zumeist symmetrisch angeordnet sind, d. h., die zwischen Fenster und Raumecke verbleibenden Wandstücke sind auf beiden Seiten gleich bemessen.

Ein wichtiger Wohnraum ist der Alkoven. Generell ist diese Schlafnische nicht durch ein eigenes Fenster beleuchtet. Das heißt aber auch, daß der 1864 schlicht als „Kammer“ angegebene

fensterlose Raum neben der Stube zumeist ein Alkoven ist. Dieser Schlafraum ist oft nicht sehr groß.³¹⁷ Häufig ist ein hofseitig gelegener Kammerraum neben der Küche so in der Tiefe quergeteilt, daß ein kleiner durch ein Fenster zum Hof belichteter Raum die Speisekammer und ein fensterloser Raum zur Stube hin den Alkoven ergibt. In mehreren Fällen findet sich neben der Stube mit ihren zwei Fenstern ein weiterer Raum. Dieser ist dann in der Tiefe so geteilt, daß eine belichtete, straßenseitig gelegene Kammer und ein unbelichteter Raum in der Hausmitte (Alkoven) entsteht. (Vgl. Abb. 31) Richtige Schlafräume, die größere Abmessungen wie in dem ehemaligen Haus Kirsteinstraße (Diakonatstraße) 9 haben, sind dagegen wohl eher selten. Der Schlafraum ist immer, wenn er nicht überhaupt mit der Stube zusammenfällt, dieser direkt zugeordnet. Mitunter sind diese privatesten Räume auch besonders geschmückt. Ein aufwendiges Beispiel bietet das heute zerstörte Haus Diakonatstraße 9.³¹⁸ In kleineren Häusern kann ein solcher Alkoven, wie im Haus Lutherstraße 14, durch die Abrundung der Wandöffnung hervorgehoben sein. Bei den sonstigen Kammern, die dem Wohnbereich zugeordnet sind, läßt sich keine eindeutige Funktion feststellen.

Zu den Räumen, die für die Hauswirtschaft nötig sind, gehören Küche, Speise- und Gesindekammer und Keller, außerdem die Ställe und andere Hofgebäude. Die Küche kann als fensterlose „schwarze Küche“ etwas zur Hausmitte verrückt liegen. (Vgl. Abb. 28) Im Anschluß an ältere Traditionen stellen diese Küchen die einfachste und ärmlichste Form dar. Es handelt sich dann immer um einen vollständig mit Lehm- und Tonziegeln ummauerten, engen und dunklen Raum, der in einen weiten, sich nach oben nur leicht verjüngenden Schlot übergeht.³¹⁹ Eine solche zugleich als Durchgangsraum dienende Küche befindet sich zumeist direkt im Flur und teilt diesen in einen Vorder- und einen Hinterflur. Andere Küchen liegen hofseitig neben dem Durchgang und werden durch ein Fenster gut belichtet und belüftet. (Vgl. Abb. 24, 25, 26, 27, 31) Diese moderneren und etwas geräumigeren Küchen besitzen einen nur an zwei oder drei Seiten ummauerten Herdbereich, welcher mit einer großen Abzugshaube in den Schlot übergeht.³²⁰ Der gut belichtete Arbeitsbereich ist somit von dem eigentlichen Herdbereich getrennt. Während die erste Gruppe von Küchen in den allermeisten Fällen nur einmal in einem Geschoß auftritt, ist die Küche bei der zweiten Gruppe zumeist ausschließlich einer Wohnung zugeordnet, so daß es mitunter auch zwei Küchen auf einer Etage gibt. Darüber hinaus gehört eine Reihe der Kammern dem Wirtschaftsbereich des Hauses an. Die Speisekammern sind oft in eigenartig geschnittenen Verschlüssen direkt neben dem Herd oder in der Kammer neben der Küche eingerichtet. Die Räucherkammern liegen noch 1864 häufig im Obergeschoß.³²¹ Oft wird auf diese Weise der zunächst nicht benötigte Küchenbereich des Obergeschosses genutzt.

Für die Lage der Keller scheint es keine allgemein gültigen Regeln gegeben zu haben. Sie liegen

317 Abmessungen von 6x6 Fuß (ca. 1,90x1,90m) sind üblich.

318 Vgl. Abb. in: Kunstdenkmale 1939.

319 Diese Küchen, die in den kleinen Budenhäusern häufig von mehr als einer Familie genutzt werden, sind mit durchschnittlich 7x7 Fuß (2,20mx2,20m) sehr eng. Reste solcher Küchen finden sich in den Häusern Werderstraße 28, 31 und Lutherstraße 15.

320 Abmessung im Durchschnitt 8x10 Fuß (2,5mx3,10m). Es gibt aber auch größere Küchen, dann etwa 10x13 Fuß = 3,10mx4,10m)

321 Im Haus M.-Luther-Straße 15 hatte diese Situation bis Mitte des 20. Jahrhunderts bestanden. Mündlicher Mitteilung der heutigen Bewohner.

entweder straßenseitig oder an der Hoffront, unter der Stube oder unter dem Durchgang.³²² Die Kellerwände in den untersuchten Häusern sind überaus exakt gemauert und mit sorgfältig ausgesparten Vorratsnischen ausgestattet. Schon das Feuersozietätskataster von 1810 verzeichnet zwei Konstruktionsmöglichkeiten. Überwiegend handelte es sich um *Balckenkeller*. Diese Keller bestehen aus einem sauber aus Feldsteinen (mitunter auch Ziegelschutt) gemauerten rechteckigen Raum, über welchem eine Balkendecke lag. Zumeist liegen diese Balken, wie in dem Haus Lutherstraße 15, direkt auf dem Mauerwerk auf und überspannen den Raum von Mauer zu Mauer. Bei größeren Kellerräumen, wie dem quadratischen Keller in dem Haus Schinkelstraße 3, werden die Balken durch eine Rähmkonstruktion mit Rähmhölzern, Stützen und Kopfbändern gestützt. Daneben gibt es auch einige gewölbte Keller. Diese bestehen ebenfalls aus einem sorgfältig aus Feldsteinen und Ziegelschutt gemauerten rechteckigen Raum. Über einem nicht sehr hohen Sockel³²³ erhebt sich ein Tonnengewölbe.

Neben dem Wohnen und Wirtschaften musste das bürgerliche Wohnhaus auch den Anforderungen des Gewerbes entsprechen. Es ist davon auszugehen, daß es für die wenigsten Gewerbe separate Arbeitsräume, etwa in den Hofgebäuden, gab. Da nicht alle Gewerbe besonders ausgestattete Räume benötigten, ist der Arbeitsraum heute nicht immer klar zu bestimmen. Die Tuchmacher beispielsweise konnten ihre Stühle in jeder Stube aufstellen. Vor allem die mit Feuer arbeitenden Gewerbe waren jedoch auf spezielle Gerätschaften und Einrichtungen angewiesen. Die Braustätten der um 1740 nachweisbaren Brauer dürften zumeist in den Nebengebäuden gelegen haben. Wie wenig Aufwand es brauchte, um etwa eine Darre einzurichten, zeigt sich noch 1864 im Haus Werderstraße 31, wo Darre und Darrboden einfach die linke Seite des Erdgeschosses einnehmen. Auch die Mehrzahl der anderen mit Feuer arbeitenden Handwerker wie etwa Schmiede, Töpfer oder Bäcker hatten ihre Werkstellen im Wohnhaus.³²⁴ Zusammenfassend läßt sich in Bezug auf den Einfluß der Gewerbe auf die Grundrißgestalt der Templiner Häuser sagen, daß die unterschiedlichen Berufe der Bewohner zu keinem jeweils speziellen Hausgrundriß geführt haben. Die geringen Ansprüche selbst der mit Feuer arbeitenden Gewerbe konnten ohne große Umbauten in den Wohnhäusern verwirklicht werden. Zwar ist vor allem bei den Brauhäusern mit feuerschutztechnischen Vorkehrungen zu rechnen, doch werden diese im Grundriß nicht sichtbar. Selbst bei diesem wohl aufwendigsten Gewerbe Templins waren besondere räumliche Verhältnisse im Wohnhaus nicht nötig. Aus diesem Befund läßt sich nicht nur schließen, daß der Spezialisierungs- und Technisierungsgrad des Templiner Handwerks sehr niedrig war, sondern auch, daß die Häuser mit ihren regelmäßigen Räumen groß genug waren, um alle Gewerbe darin betreiben zu können.

322 Mit einiger Vorsicht lassen sich vielleicht die folgenden Grundsätze erkennen: In den großen Häusern liegt der Keller straßenseitig unter einer Stube. (z. B. Schinkelstraße 3, 5) In den kleinen Häusern gibt es neben dieser noch zwei Möglichkeiten. Entweder der Keller befindet sich hofseitig an einer der Giebelseiten (z. B. Goethestraße 3, Werderstraße 28), oder direkt unter der Durchfahrt (z. B. Berliner Straße 2).

323 Das Mauerwerk reicht im Keller Berliner Str. 2 nur bis zu einer Höhe von etwa 40cm, im Keller Schinkelstr. 5 bis auf 1,10m Höhe.

324 Vielleicht zeigt sich im Haus des Schmieds Christian Daehne (Mühlenstraße 51) die Andeutung einer besonderen Feuerung in der Küche und das große Vorgelege mit Schlot. In dem Haus, das um 1740 dem Bäcker Gobbin gehörte (Mühlenstraße 52), zeigt der Grundriß von 1864 noch besondere Baulichkeiten im Küchenbereich des Erdgeschosses.

Wie leicht sich selbst eine *Linnen-Fabrique* auf einer Eckbraustelle unterbringen ließ, zeigt das Projekt des *Commerzien-Rath und Fabriquen-Inspektor* Johann Daniel Moenecke. Der Oberbaurat Christian Friedrich Feldmann schreibt bei seiner Revision am 24. Februar 1754:

*Der Gelaß in diesen Gebäuden bestehet aus einer geräumigen Wohnung vor den Fabrique Herrn von 4 Stuben und 3 Kammern einer Küche und gewölbten Keller oben im Vorder Hause und in beyden Etagen des Seiten Gebäudes können in die dazu angelegten Stuben wohl 20 Weber Stuhls placiret werden, wobey noch eine lange Kammer, die ketten zu machen befindlich, und noch 2 aparte Kammern zum Vorrath zu Flachs und Garn.*³²⁵

Anders als das Gewerbe führte die Einquartierung von Soldaten zu erheblichen Eingriffen in die Gestalt der Grundrisse. Seit 1715 hatte Templin dauerhaft eine Garnison.³²⁶ Bis zu vier Kompanien und die Hälfte des Regimentsstabes des 12. Infanterieregiments unter Markgraf Heinrich von Brandenburg lagen hier in Bürgerquartieren. Nach 1742, als die Stadt wieder aufgebaut war, lagen dann zwei Grenadierkompanien des Garnisonsregiments Nr. 7 in der Stadt. Das Militär war wie in allen brandenburgischen Garnisonstädten auch in Templin ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und begünstigte vor allem das Textilgewerbe. Dieser nicht unbeträchtlichen militärischen Prägung entsprechend wurde der Marktplatz im *Rathhäuslichen Reglement* von 1738 *Paradeplatz* genannt. Bei schlechtem Wetter nutzten die Kompanien zudem bis 1780 den großen Rathaussaal zum Exerzieren.³²⁷ Verschiedene Sekundärquellen geben an, daß das Quartier für die Soldaten beim Wiederaufbau der Wohnhäuser von Beginn an mitgeplant werden mußte. Es spricht wieder für die großzügige Bemessung der neuen Häuser, daß die Soldatenstuben nicht, wie es in Potsdam so charakteristisch ist, in Dacherkern Platz fanden, sondern überwiegend im Erd-, seltener im Obergeschoß untergebracht werden konnten. Üblicherweise lagen die Unterkünfte straßenseitig, um zu gewährleisten, daß die Garnison Tag und Nacht von der Straße aus alarmiert werden konnte.³²⁸ Daß die Soldaten eindeutig als Fremde von der „privaten Sphäre“ der bürgerlichen Familie ferngehalten wurden, zeigen die zumeist separat vom Flur zugänglichen, gleichsam isolierten Soldatenstuben, die oft nichts als einfache Kammern waren. (Vgl. Abb. 31) Als Fremdkörper im Haus bewirkten diese Soldatenkammern mitunter komplizierte Grundrißlösungen und unpraktische Aufteilungen.

Über weitere Eigenschaften der Innenräume lassen sich nur wenige Angaben machen. Die Raumhöhe des Erdgeschosses schwankt zwischen 2,70 m und 2,80 m. Die Räume des Obergeschosses waren durchschnittlich 2,70m hoch. Abweichungen wie in dem Haus Lutherstraße 15, wo das Obergeschoß deutlich niedriger als das Erdgeschoß war (30cm), hat es insbesondere in den Seitenstraßen gegeben. In der zeitgenössischen Maßeinheit beträgt die durchschnittliche

325 GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtessachen, Tit. CLXXVII, Stadt Templin, Nr. 2, Bl. 45.

326 Philipp 1925, S. 397ff.

327 Bericht des Pächters des Ratskellers 1780: "Es bedarf wohl keiner Ausführung, daß das tüchtige Gebäude leiden muß, wenn in der zweiten Etage fünf compagnien nacheinander exerziren". Zitat nach: Blankenburg Bd. 1, Abschn. IV, S. 10.

328 Schon Friedrich Mielke hatte für Potsdam die Vermutung angestellt, daß die Soldaten wohl zumeist nicht in den Dachstuben, sondern straßenseitig im Erd- oder ersten Obergeschoß untergebracht waren. Mielke 1972, S. 276.

Raumhöhe etwa 8-9 Fuß (2,51m-2,82m). Die Treppen und Türen scheinen in sehr einfachen Formen gehalten gewesen zu sein, die den schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen der Erbauungszeit entsprachen.

Das Templiner Bürgerhaus im Vergleich zu zeitgleichen Bauten in anderen Provinzialstädten der Mark Brandenburg

Die nach dem Brand in Templin entstandenen Bürgerhäuser besitzen in Grund- und Aufriß, wie von Friedrich Wilhelm I. gefordert, große Ähnlichkeit mit den Häusern in den Stadterweiterungen der beiden Residenzen Berlin und Potsdam. Diese Orientierung des Bürgerhausbaus an den Vorbildern der Residenzstädte ist im ausgehenden 17. und frühen 18. Jahrhundert in zahlreichen Provinzialstädten zu beobachten. Überall entstanden Häuser, die dem in Templin nachgewiesenen Grad an Standardisierung in nichts nachstanden oder diesen wenigstens mit ihrer Fassade vorgaben. Ein frühes Beispiel für die Übernahme der in der Residenz unter herrschaftlichem Einfluß eingeführten standardisierten Hausformen ist Nauen. Beim Wiederaufbau nach dem Brand von 1695 und bei der 1705 auf königlichen Befehl angelegten Stadterweiterung fanden Häuser mit Doppeltür Verwendung – hier allerdings schon in der auf sechs beziehungsweise fünf Fensterachsen modifizierten und damit dem standardisierten Bürgerhaus angenäherten Form. Die Pfarrhäuser in Eberswalde, die 1722 nach Entwürfen Philipp Gerlachs errichtet wurden,³²⁹ oder das Pfarrhaus in Angermünde machen in der rationalen Regelmäßigkeit ihrer Gestalt deutlich, daß sie trotz aller Ähnlichkeit etwa mit dem älteren Ernhaus nicht in der Region gewachsen sind, sondern vielmehr eine von der Obrigkeit propagierte und durchgesetzte Hausform darstellen. Auch in Lychen entstanden nach dem Brand von 1732 Bürgerhäuser in den beschriebenen Formen. Beim Neuruppiner Predigerwitwenhaus, das den siebenachsigen Templiner Bürgerhäusern nahezu identisch ist und zeitgleich mit diesen 1735/36 nach einem Entwurf des Neuruppiner Stadtphysikus Bernhard Feldmann errichtet wurde, zeigt sich zum einen die weite Verbreitung dieser Bauweise. Zum anderen wird nochmals deutlich, daß es sich nicht um eine durch die Tradition der Bauhandwerker, sondern um eine obrigkeitlich vermittelte Bauform handelt.³³⁰ Ein besonders anschauliches Beispiel für die Anwendung des fünfachsigen Haustyps außerhalb der Kurmark ist der Entwurf für sechs Wohnhausfassaden an der Großen Klosterstraße in Magdeburg, den der Ingenieur-Hauptmann Georg Preusser 1724 anfertigte.³³¹ Schließlich seien noch die Handwerker- und Soldatenhäuser im Fort Preußen bei Stettin als Beispiele aus dem Grenzbereich zwischen Militär- und Zivilbaukunst erwähnt. Sie wurden um 1725 nach Plänen von Gerhard Cornelius von Walrave errichtet.

Ein Überblick über den Baubestand zeigt, daß das in Grund- und Aufriß standardisierte, symmetrische und häufig fünfachsige Wohnhaus, ob zweigeschossig oder eingeschossig, im 18. Jahrhundert in der Kurmark ein überaus erfolgreichster Haustyp war. Er findet sich in den Weberkolonien von Nowawes und Zinna ebenso wie in den Kolonistendörfern des Havelländischen und des Rhinluchs oder des

329 Rohowski 1997, S. 68.

330 Zum Predigerwitwenhaus vgl. Riedel 1994.

331 Zu Preusser vgl. Heckmann 1998, S. 231ff.

Oderbruchs; man begegnet ihm in den mit Etablissements- und Retablissementsprojekten bedachten Provinzialstädten ebenso wie in den Residenzen Berlin und Potsdam. Dabei läßt sich häufig, wie bei den Häusern Werderstraße 28 oder Lutherstraße 9 in Templin, beobachten, daß die Fassade den Anschein erweckt, es handele sich um ein in seiner Gestalt hochgradig standardisiertes und daher modernes Wohnhaus. Im Inneren aber muß das Haus diesen Erwartungen keineswegs entsprechen. Die bei den Templiner Häusern unübersehbare Tendenz zur Standardisierung der Bauaufgabe Bürgerhaus war im Baugeschehen Brandenburg-Preußens demnach kein Sonderfall. Vielmehr reiht sich Templin in dieser Hinsicht, wie auch bezüglich des Stadtgrundrisses auf quantitativ und qualitativ hohem Niveau in eine weitläufige Entwicklung ein. Die gesellschaftlich und baulich ordnenden und hierarchisierenden Ansprüche der Obrigkeit wurden dabei auch im provinzialstädtischen Wohnhausbau verstärkt durchgesetzt. Das in Theorie und Praxis zu Beginn des 18. Jahrhunderts zunehmend verbreitete standardisierte Bürgerhaus spielte bei der Durchsetzung der staatlichen Ordnungsansprüche eine entscheidende Rolle.

Der „prospect“ einer vorbildlich geordneten „civil societät“.

Ergebnisse und Folgen des Wiederaufbaus

Die weitgehende Konzentration der Entscheidungen zum Wiederaufbau Templins in der königlichen Verwaltung zeigt auffallende Übereinstimmungen mit der politischen Entwicklung der 1730er Jahre. So wie die königlichen Provinzialbehörden in diesem Jahrzehnt durch eine große Zahl von Verordnungen, Reglements und Gildebriefen die innerstädtischen Belange der uckermärkischen Immediatstädte mehr und mehr der königlichen Kontrolle unterstellten und damit eine neue Qualität der absolutistischen Machtausübung erreichten, so zeitigte die übermächtige Präsenz des obrigkeitlichen Willens auch in den Formen der wiederaufgebauten Stadt Templin, im Stadtgrundriß wie in jedem einzelnen Haus, eine Regelmäßigkeit, die in dieser Konsequenz in Brandenburg außerhalb der königlichen Residenzen einmalig ist. Den am Wiederaufbau beteiligten Verwaltungsbeamten und Baumeistern gelang es, einem wohlgeordneten bürgerlichen Gemeinwesen eine nach den Vorstellungen der Zeit in vielfacher Hinsicht mustergültige bauliche Form zu geben. Vom streng rechtwinklig regulierten und hierarchisierten Stadtgrundriß über die einheitliche Gestaltung des äußeren Erscheinungsbildes des Stadt, d. h. der Platz- und Straßenkanten, bis hin zu der dafür notwendigen Standardisierung des Bürgerhausbaus folgten sie dabei jenen Mustern, die seit dem späten 16. Jahrhundert in der Staats- und Wirtschaftstheorie, vor allem aber in der Theorie zur *Architectura Militaris* und *Architectura Civiles* entwickelt worden waren.

Schon der neue Stadtgrundriß setzte den nach dem Brand gebauten Bürgerhäusern mit seinen schnurgeraden Straßenfluchten, den rechtwinkligen Baublöcken und Parzellen und den vorgegebenen zwei Parzellenbreiten einen engen Rahmen. Die regulierende Einbindung des einzelnen Hauses in übergeordnete städtebauliche Zusammenhänge wurde durch die verbindliche Vorgabe der Stockwerks-, Trauf- und Firsthöhe sowie der Dachneigung noch verstärkt. Das einheitliche äußere Bild der neuen Häuser, das noch heute von ununterbrochen durchlaufenden Trauf- und Firstlinien, symmetrisch und rhythmisch geordneter Fensterstellung und streng regulierter

Fachwerkgestalt geprägt ist, macht die Vielzahl von Ungenauigkeiten und Abweichungen von den Vorschriften, die den Wiederaufbauprozess und dessen Ergebnis in nicht geringem Maße prägten, so gut wie unsichtbar. Kaum wahrnehmbar sind beispielsweise die Differenzen in der Straßenbreite, die teilweise deutlich über einen halben Meter vom rekonstruierten Planungsmaß von vier Ruten (15,08 m) abweicht. Die Gründe für diese Abweichungen können sowohl in der Art der Vermessung des Straßenrasters oder der Vermessung und Verteilung der Parzellen als auch in Art und Verlauf der sukzessiven Bebauung mit einzelnen Häusern gelegen haben. Ebenso wenig fallen die zum Teil gravierenden Unterschiede in der Parzellenbreite auf, die doch mit 40 beziehungsweise 60 Fuß eindeutig vorgeschrieben war. Die tatsächlichen Maße reichten bei den 40-Fuß-Stellen von 35 bis zu 44 Fuß und bei den 60-Fuß-Stellen von 56 bis über 66 Fuß. Diese Abweichungen sind eine Folge des Planungsansatzes, bei dem zunächst ein Raster aus sich rechtwinklig schneidenden Straßen angelegt wurde, zwischen denen sich dann Baublöcke für die Bürgerhäuser ergaben. Obwohl die Zahl und Breite der jeweils an einer Blockkante abzusteckenden Parzellen hierbei von vornherein berücksichtigt werden mußte, lag das Hauptaugenmerk auf dem geometrisch zu regulierenden Straßenraster. Erst danach wurden die Blöcke mit Parzellen 'aufgefüllt', so daß die Blöcke unter sich immer gleich breite Blockkanten aufweisen, die darin abgesteckten Parzellen jedoch nicht notwendig ein Vielfaches von 40 und 60 Fuß ergaben. Entscheidend war hier wie auch im Straßenbild die große Form des Straßenrasters und des einheitlich bebauten Blockrands. Diese sollte möglichst exakt regelmäßig sein und nicht die Breite des einzelnen Hauses. Bei diesem genügte es, wenn es sich in die große Form 'Block' harmonisch und unauffällig einordnete, wozu neben der zum Nachbarn genau gleichen Höhe eine ungefähr maßgenaue Breite ausreichend war.

In den tatsächlichen Parzellenbreiten spiegelt sich neben diesem Planungsansatz zudem das Bemühen, die alten Besitzverhältnisse, die ja weit vielgestaltiger waren, als es die neuen sein konnten, nicht vollständig zu ignorieren. Der in der Planung und baulichen Umsetzung bewußt verfolgte Grundsatz, den Bürgern innerhalb größerer, städtebaulich relevanter Bauformen letztlich doch einigen Freiraum zu lassen, solange dieser das Gesamtbild und die reguläre Grundgestalt nicht beeinträchtigte, offenbart sich auch in der Anordnung der neuen Parzellen: dem Eigentümer wurde im neuen Stadtplan möglichst eine Baustelle in unmittelbarer Nähe seines alten Grundstücks zugewiesen. Einen ähnlich pragmatischen Umgang mit den Ordnungs- und Gestaltungsprinzipien offenbart die nicht systematisch umgesetzte Gestaltung des Straßenbildes durch Spiegelung mehrerer Bürgerhausfassaden.

Auch bei der Gestaltung der einzelnen Bürgerhäuser spielte dieses Prinzip eine Rolle. Einerseits folgen die Häuser erstaunlich konsequent und einheitlich dem in der Architekturtheorie entwickelten standardisierten Bürgerhaus: links und rechts eines zum Hof durchgehenden Flurs liegt straßenseitig je eine Stube und hinter einer tragenden Mittelwand liegen hofseitig je zwei Kammern, die Häuser sind zweigeschossig und besitzen eine symmetrische, streng regulierte Fassade. Im einzelnen sind die Variationen dieses Grundmusters aber so zahlreich wie die Breiten der Parzellen. Auch bei der Farbigkeit des ansonsten streng regulierten Fachwerkgerüsts konnte man den Ansprüchen der Bürger entgegenkommen, da es nicht um eine vollständige Ausschaltung jeglicher Individualität, sondern um die (An-)Ordnung und Regulierung des Individuellen ging. Solange die Häuser mittels durchlaufender

Trauf- und Firstlinien streng in die gewünschte Ordnung integriert blieben und in der Anordnung des Fachwerks den Vorgaben folgten, konnten sie auch Anzeichen von individueller Gestaltung aufweisen. Das größte Zugeständnis der königlichen Verwaltung an die Templiner Bürger war es aber, auf den in der Theorie der Zeit unisono geforderten Massivbau zu verzichten und die feuerpolizeilichen Forderungen auf die massive Ausmauerung der Gefache, die Dachdeckung mit Tonziegeln und die nur teilweise durchgesetzte Anlage von massiven Brandwänden zwischen den Häusern zu beschränken.

Insgesamt ergibt sich das Bild einer staatlichen Einflußnahme, die zwar machtbewußt und prägend die baulichen Ansprüche der Bürger festlegte und deren Umsetzung kontrollierte, den Bauenden aber auf der anderen Seite einen offensichtlich bewußt kalkulierten Freiraum ließ und versuchte, ihnen, wo es ohne die Verletzung des eigenen Souveränitätsanspruchs ging, entgegenzukommen. Angestrebt war nicht die maßgenaue Regulierung bis ins kleinste Detail, die weitaus langwieriger und teurer gewesen wäre, sondern der schnelle Wiederaufbau mit einem bald sichtbaren Ergebnis. Dieses mußte sowohl durch die Fortschritte in der Feuersicherheit und Hygiene als auch durch die anschauliche Regularität der großen Formen wie Stadtgrundriß, Straßenbild und Prospekt überzeugen.

Wie sehr beim Wiederaufbau Templins die regulierte Gestaltung des öffentlichen Raums, also die (An)Ordnung einer mustergültigen bürgerlichen Gemeinde im Zentrum des Interesses stand, zeigen – ex negativo – die Rückfronten der Häuser. Hier ist von der einheitlichen, regulierten Wirkung der Vorderseiten nichts wiederzufinden. Wechselnde Dachneigungen, wenige, unregelmäßig verteilte und kleine Fenster sowie ein unruhiges, von teilweise sehr breiten Gefachen und schrägen Streben bestimmtes Fachwerk erzeugen hier, versteckt im privaten Hofbereich, ein auffällig mannigfaltiges Erscheinungsbild.

Diese Ausrichtung läßt sich auch an den Obergeschossen der Bürgerhäuser ablesen. Die neuen zweigeschossigen Häuser waren für die Mehrzahl der Bürger viel zu groß. Im Jahre 1769 berichtete der Steuerrat Trost über die Städte der Uckermark:

*In den Häusern gab es Unvermögens halber 391 unausgebaute [obere] Etagen; in Prenzlau benutzten die Eigentümer die zweite Etage zum Kornaufschütten.*³³²

Da die Zahl der Einwohner Templins zwischen 1740 und 1770 von 1731 auf 1902 stieg, dürften um 1740 noch weniger Obergeschosse als Wohnraum genutzt worden sein.³³³ Auch die bereits zitierte Forderung des Templiner *Rathhäuslichen Reglements* von 1738 bezog sich auf Kornaufschüttungen oder ähnliche Nutzungen des Obergeschosses zu Lagerzwecken.³³⁴ Nach Aussage der

332 Zitiert nach: Enders 1992, S. 582. Der Leerstand dürfte 1769 kaum noch eine Folge des Siebenjährigen Krieges gewesen sein, da in der Kurmark schon 1766 der Bevölkerungsstand der Vorkriegszeit wieder übertroffen worden war. Vgl. Materna 1995, S. 139.

333 Bratring 1805, Bd. 2, S. 490.

334 Magistrat und Stadtverordnete sollten demnach bei ihren Visitationen *auch die feuerfangende Sachen aus denen Wohn-Häusern werffen lassen*. GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CLXXVII Stadt Templin, sect. a Rathhäusl. Sachen, Nr. 3, Bl. 33f.

Designationen von 1864 wurden noch 120 Jahre nach dem Wiederaufbau 18% der Obergeschosse vollständig oder überwiegend als nicht ausgebaute Bodenräume genutzt. (Vgl. Abb. 27) Nicht nur bei kleineren Häusern, sondern auch bei großen Brauhäusern ist das Obergeschoß häufig nur *Bodenraum*. In anderen Häusern befinden sich hier übergroße Kammern, Flure und sogar Räucherkammern. Diese traditionelle Art der Nutzung des Obergeschosses als Lager und Schüttboden hatte bisher immer zu der entsprechend niedrigeren Ausbildung des Obergeschosses mit einigen wenigen, kleinen Fensterluken geführt. Bei den Templiner Neubauten wurden die Obergeschosse zwar häufig weiterhin als Lagerräume genutzt, traten aber nach außen als vollwertige Wohnetagen in Erscheinung. Örtliche Tradition und tatsächliche Nachfrage wurden hier beim Wiederaufbau auffallend ignoriert. Vermutlich verfolgte man mit der durchgängigen Zweigeschossigkeit auch das Ziel, einem erwünschten starken Bevölkerungswachstum Raum zu bieten. Vor allem aber wollte man damit ein bestimmtes Bild erzeugen.

In diesem Zusammenhang ist auch das vollständige Fehlen der in den meisten Städten der Kurmark anzutreffenden dreiachsigen Budenhäuser zu sehen. In Templin sind die Budenhäuser mindestens vier, oft sogar fünf Achsen breit. Sie weisen dafür eine geringere Haustiefe auf. Die Häuser dieser ärmsten Schicht der Hausbesitzer wurden an der Straßenseite gewissermaßen in die Breite gezogen und somit in ihrem äußeren Erscheinungsbild den mittelgroßen Bürgerhäusern angeglichen. Die in den Normalanschlüssen noch erkennbare Unterscheidung zwischen den Baukosten für ein Buden- und denen für ein Bürgerhaus wurde somit im Straßenbild verwischt. Zweck dieser Regulierung war es offensichtlich, das Bild der bürgerlichen Gemeinschaft auf einem höheren als dem eigentlich vorhandenen Standard zu nivellieren.

Bereits zehn Jahre nach Ende des Wiederaufbaus benannte der Oberbaudirektor Feldmann eine charakteristische Folge dieser Politik. In Bezug auf den Bau des *Commerzien-Raths* Monecke, der in Templin eine *Linnen-Fabrique* anlegen wollte, schrieb er 1754:

*Es will der Monecke mit diesen Gebäuden dem Magistrat zu Templin vor die aus der Cämmerei erhaltenen 2000 rthl. zwar Caution machen, das Haus mag ihn auch wohl ein mehres kosten, da er alle Mauer- und Dachsteine per Achse von Gransee mußte kommen lassen: Da aber die Häuser in Templin nicht viel gelten, und wenig Interesse tragen, so trägt Magistratus Bedenken, solches zur Caution anzunehmen, weil die Cämmerey dadurch nicht gesichert ist.*³³⁵

Feldmann spricht hier von einem erstaunlichen Wertverfall der nagelneuen und modernen, gerade erst 15 Jahre alten Templiner Bürgerhäuser. Dessen Ursache lag nicht zuletzt in der puren Masse der gebauten Häuser, in dem übergroßen Angebot an Wohnraum, welches durch die königliche Baupolitik in kürzester Zeit geschaffen worden war. Der Haus- und Grundstücksmarkt der Stadt Templin war durch den vom Staat vorangetriebenen, in seinem Ausmaß künstlichen Bauboom ruiniert worden.

Ernst Consentius beschreibt für die Regierungszeit Friedrich Wilhelms I. dasselbe Phänomen. In Berlin war durch den königlich geförderten und erzwungenen Hausbau, der an jedem Bedarf vorbei

335 GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CLXXVII Stadt Templin, Nr. 2, Bl. 47.

ging, der Wert der Häuser ins Bodenlose gefallen, viele Häuser standen wie die Templiner Obergeschosse gar leer und Consentius stellt dementsprechend fest:

*Eine ungeheure Entwertung der Berliner Häuser war die Folge der grenzenlosen Bausucht des Königs. Friedrich Wilhelm I. sparte dabei nicht Geld und Unterstützung. Das Bauen war seine Leidenschaft.*³³⁶

Unterstellt man, die beschriebenen Folgen seien mehr oder weniger bewußt in Kauf genommen worden, so muß sich mit der Förderung des Hausbaus ein anderes, übergeordnetes Ziel verbinden lassen. Hier ist zum einen an die Peuplierung des Landes zu denken, die zur Vermehrung der *bürgerlichen Nahrung* und damit zur Steigerung der königlichen Akziseeinnahmen dienen sollte. Zum anderen sah man die moralische und sittliche Besserung der bürgerlichen Gemeinschaft als Aufgabe des Landesherrn und seiner Verwaltung an. Für beide Ziele spielte das Bürgerhaus und seine Gestalt eine herausragende Rolle.

Die Bereitstellung von Wohnraum, also der Bau von vielen Bürgerhäusern, war ein bedeutendes wirtschafts- und finanzpolitisches Machtinstrument. Da nach den Vorstellungen der Zeit Konkurrenzregulierung, Nivellierung und strenge Ordnung die Grundlagen einer guten Wirtschaftspolitik waren, mußten das Haus und seine Einbindung in das städtische Umfeld diesen Anforderungen folgen. So konnte schon das Haus selbst, zumal das standardisierte Bürgerhaus, ein wichtiges Instrument der königlichen Politik und gleichzeitig das Sinnbild eines 'Fortschritts der Landeskultur', des Zuwachses an Reichtum werden. Viele zweigeschossige und mindestens vierachsige Bürgerhäuser boten in diesem Sinne nicht nur das Bild einer *nahrhaften*, prosperierenden Bürgergemeinde und damit einer erfolgreichen Wirtschafts- und Finanzpolitik, sie galten auch als dessen ordnungspolitische Grundlage. Erfolgreiche Wirtschaftsförderungspolitik sollte sofort sichtbar sein. Darüber hinaus war sie nur denkbar und konnte sie ihre für alle Einwohner des Staates wohltätige Wirkung nur dann erzielen, wenn sie als Bild visuell erfahrbar war.

So wie in den Residenzen neben den öffentlichen oder königlichen Bauten vor allem die neu angelegten Vorstädte von Wohlstand, Macht und Erfolg des Königs kündeten und diesen zugleich erzeugen sollten, so war auch mit dem Wiederaufbau der kleinen Immediatstadt Templin der Wunsch verbunden, eine funktionierende, besser geordnete Stadt zu gewinnen. Dazu sollte neben allen finanziellen und wirtschaftlichen Regulierungsmaßnahmen und Zuwendungen auch die von der geometrischen Form und bildlichen Wirkung her gedachte bauliche Neuordnung des Gemeinwesens beitragen. Dabei maß man, wie es der Templiner Magistrat 1740 betonte, dem *prospect* der Stadt eine besondere Bedeutung zu. *Prospect*, das umfaßte neben dem Stadtgrundriß und den hierarchisch auf die Profanbebauung bezogenen Gemeinschaftsbauten Rathaus und Kirche als konstituierende Bestandteile auch Bürgerhäuser, die zu einer möglichst homogenen Reihe zusammengeschlossen sein mußten. Die Fokussierung der königlichen Wiederaufbaupolitik auf ein bestimmtes Erscheinungsbild beinhaltete demnach zweierlei, erstens eine konkrete Wirtschaftsförderung und

336 Consentius 1925, S. 40.

zweitens die anschauliche Repräsentation der Erfolge dieser Maßnahmen. Die Gestalt des Bürgerhauses war zugleich Instrument und Bild königlicher Politik.

Das in seinem Bezug zu den Nachbarhäusern regulierte und in seinen Formen standardisierte Bürgerhaus war aber nicht nur ein Mittel der Wirtschaftsförderung. Seine Gestaltung sollte auch der sittlichen und moralischen Besserung der bürgerlichen Gemeinschaft und jedes einzelnen Bürgers dienen. Bei der Festlegung der baulichen Rahmenbedingungen für den Wiederaufbau Templins wußten die Beteiligten sehr wohl um die etwa von J. J. Becher formulierten Zusammenhänge. Nicht nur bei der Regulierung des Brauwesens wurde auf die Verhinderung des *Monopoliums* und des *Polypoliums* geachtet. Auch die Regulierung der anderen Gewerke hatte das Ziel, *viel mittelmäßig reiche* Bürger in der Stadt zu haben. *Monopolium* und *Polypolium* sollten durch die Wirtschaftspolitik und die untrennbar mit dieser verbundene bauliche Ordnung verhindert werden. Als Ausdruck von zügelloser Eigensucht, dem Gegenteil der Orientierung am Gemeinwohl, wurden *Monopolium* und *Polypolium* auch als moralisch und sittlich verwerflich gewertet. Um lasterhafter Üppigkeit, Müßiggang, *Fraß* und *Wollust* vorzubeugen, regulierte der Templiner Wiederaufbauplan mit seinen zwei Parzellenbreiten und der Vorgabe von einheitlichen Traufhöhen die städtische Gesellschaft sowohl nach oben als auch nach unten. Kein Bürger sollte mit seinem übergroßen und überreich verzierten Haus etwa als reicher, wirtschaftlich und moralisch schädlicher Monopolist auffallen. Ebenso wenig sollten kleine und schlecht gebaute Häuser ihre Bewohner als verarmte Opfer von *Monopolium* und *Polypolium* und damit als Opfer fehlender oder fehlerhafter obrigkeitlicher Einflußnahme erscheinen lassen. Nur die größtmögliche, auf Gleichförmigkeit zielende Regulierung der Straßen, Karrees und nicht zuletzt auch der Bürgerhäuser konnte die Existenz einer vorbildlichen *civil societät*, also einer *volkreichen nahrhaften Gemeinde* (J. J. Becher), in den Grundfesten sichern und angemessen repräsentieren. Die Vorstellungen von einer geordneten, tugendhaften bürgerlichen Gesellschaft wurden engstens mit einem ebenso regulierten äußeren Bild dieser Gemeinschaft verbunden. Die durch Symmetrie ausgedrückte Hierarchie und die durch nivellierende Regulierung erzeugte *einstimmige gleichheit* sind die auffälligsten Eigenschaften des neuen Stadtgrundrisses und der neuen Bürgerhäuser. Sie waren zugleich die wichtigsten Instrumente der staatlichen Politik.

Zehdenick. Das Bürgerhaus um 1800

„[...] daß es jetzt selbst eine Art Modeton ist, schön wohnen zu wollen“. Haus, Stadt und bürgerliche Gemeinschaft im öffentlichen Diskurs der Jahre um 1800

Die „negativen Pflichten des Staates“ und die dauerhafte Melioration der Städte

Seit Friedrich Wilhelm I. war es in Preußen mehr und mehr üblich geworden, den Bürgern die Umsetzung feuerpolizeilich und hygienisch begründeter städtebaulicher, aber auch ästhetischer Forderungen durch die Gewährung von Bauhilfsgeldern gewissermaßen abzukaufen. Gerade dieses Verhältnis zwischen dem allgemein anerkannten Prinzip, Gemeinwohl hätte den Vorrang vor Einzelinteressen, und dem ebenso gültigen Grundsatz der Billigkeit, der bei staatlichen Eingriffen in das private Eigentum, die zugunsten des Gemeinwohls vorgenommenen werden, eine angemessene Entschädigung fordert, wird seit den 1780er Jahren öffentlich diskutiert.

Der Wiederaufbau Neuruppins, das letzte großflächig umgesetzte Projekt einer absolutistischen Retablissements- und Stadtverschönerungspolitik, ist auch in dieser Hinsicht exemplarisch. Wie Reinisch gezeigt hat, geriet man bei Anwendung der alten, über 100 Jahre erarbeiteten und vervollkommenen Instrumentarien gerade im Bezug auf die grundlegenden Fragen von Privateigentum und Gemeinwohl, in Schwierigkeiten. Reinisch konstatiert, daß dabei „die mehr oder weniger regellose, wenigstens unsymmetrische Verteilung der Bodenstücke, daher dann auch die Gruppierung der Häuser mit ihren Höhendifferenzen und den unterschiedlichen Fassaden vom Gesellschaftsmodell her begründet“ wurde.³³⁷ Für Neuruppin gewinnt dieses Gesellschaftsmodell in einem rechtlichen Gutachten zum Wiederaufbaureglement Konturen, das der Justizminister Johann Heinrich Kasimir Graf von Carmer im Februar 1788 erstellt.³³⁸ Dessen zentrale Fragestellung ist, inwieweit es *mit der Theorie des Rechts vollkommen bestehen* kann, daß durch die obrigkeitlichen Planungen *Eingriffe in die Eigentums-Rechte der Privatorum* verbunden würden. Als Voraussetzung für diese als problematisch angesehenen Eingriffe benennt von Carmer die Absicht *zum Besten des Ganzen* und die Verknüpfung mit den vom König gewährten *großen, den abgebrannten Einwohnern zu erweisende beneficia*. Die Bürger sollen durch finanzielle Unterstützung und die Zusicherung, es geschehe zum Besten der ganzen Stadt, zur Hinnahme der Eingriffe in ihr Eigentumsrecht bewegt werden.

337 Reinisch 2001, S. 150.

338 Reinisch 2001, S. 24ff. Dort im Anhang auch das Rechtsgutachten von Carmers vollständig wiedergegeben.

Stellung und Wertung des Privateigentums war auch im Rahmen der großen preußischen Gesetzesreform, an der Carmer als Hauptautor des 1794 in Kraft getretenen Allgemeinen Landrecht maßgeblich beteiligt war, ein Thema, das in den aufklärerischen Zeitschriften (Berlinische Monatsschrift) und Zirkeln (Mittwochsgesellschaft) heftig diskutiert wurde. Nicht zuletzt wegen der Französischen Revolution blieb man bei der Unterscheidung zwischen dem Eingriff des absoluten Herrschers, der, zum *Gemeinen Besten* vorgenommen, ohne Rechtsschutzmöglichkeit zu akzeptieren sei, und der aus solchen Eingriffen rechtmäßig zu fordernden Entschädigung, über deren Höhe durchaus ein Rechtsstreit geführt werden könne.³³⁹ In der Realität hieß dies, daß es deutlich schwerer wurde, großflächige Eingriffe der Obrigkeit in die Sphäre des Privateigentums zu verwirklichen. In Neuruppin war dies nur mit einem gewaltigen finanziellen und planerischen Aufwand möglich gewesen. Wenn dem Staat zudem, wie spätestens seit Mitte der 1790er Jahre in Preußen, das Geld für großzügige Entschädigungen fehlte, war auch das eigentlich verbriefte Recht der Enteignung durch den Herrscher und seine Vertreter zugunsten des Gemeinwohls nicht mehr ohne weiteres durchzusetzen.

Im Zuge der Diskussion des Allgemeinen Landrechts wurde auch der Staatszweck einer eingehenden Prüfung unterzogen. Dabei gab es Ansätze zu einer grundlegend neuen Wertung: In dem *Versuch einer Kritik des Allgemeinen Gesetzbuches*, der 1792 in der *Berlinischen Monatsschrift* erschien, wird beispielsweise gefordert, daß mit Gewalt nur der Zweck der öffentlichen Sicherheit verfolgt werden dürfe, zu seinem Glück dürfe hingegen niemand gezwungen werden. Ausschließlicher Staatszweck sei die *größtmögliche Sicherstellung des Lebens [...] und des erworbenen Eigentums aller Bürger und Einwohner des Staats gegen Gewalt und Beeinträchtigung*.³⁴⁰ Ganz ähnliche, von Matthias Bohlender als „Geburtsstunde der neuen liberalen Regierungskunst“ verstandene Gedanken formuliert Wilhelm von Humboldt 1792 in seinen *Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staats zu bestimmen*. Darin fordert er kategorisch:

*Der Staat enthalte sich aller Sorgfalt für den positiven Wohlstand der Bürger und gehe keinen Schritt weiter, als zu ihrer Sicherstellung gegen sich selbst und gegen auswärtige Feinde notwendig ist; zu keinem andern Endzweck beschränke er ihre Freiheit.*³⁴¹

Bohlender hat diese „neue Kunst des Regierens“, die ihr Aufgabenfeld in der „Sorge um die Freiheit der Bürger“ fand, anhand zweier maßgeblicher Kritiken des aufgeklärten Absolutismus erläutert.³⁴² Wie Adam Smith' *Wohlstand der Nationen* (1776) eine Kritik der ökonomischen Staatsvernunft gewesen sei, so seien Kants in den 1790er Jahren entwickelte Gedanken zu Gemeinwohl, öffentlichem Recht und Freiheit nicht zuletzt eine Kritik an der herrschenden politischen Staatsvernunft gewesen. Das Ziel der politischen Ökonomie Smith' und des Vernunftrechts Kants sei es gewesen, die „überkommene merkantilistisch-kameralistische und polizeylich-paternalistische

339 Schwennicke 1993, S. 265.

340 Christian Daniel Erhard, *Versuch einer Kritik des Allgemeinen Gesetzbuches* (1792), zitiert nach: Schwennicke 1993, S. 313.

341 Humboldt 1947, S. 45.

342 Bohlender 2001, S. 263ff.

Staatsvernunft anzugreifen“. Vor dem Hintergrund der sich ändernden sozialen und ökonomischen Verhältnisse und der drohenden gesellschaftspolitischen Verwerfungen (Revolution einerseits, Zensur und Reaktion andererseits), hätten beide die *Freiheit* als wesentliches Prinzip in das Verhältnis zwischen Regierenden und Regierten einbringen wollen. Bohlender faßt dies folgendermaßen zusammen:

*Die Einbeziehung der Freiheit in das Regierungsverhältnis zwischen Souverän und Bevölkerung entbindet den Herrscher von einer alten Pflicht, die zur Last geworden ist: die Sorge um das Wohl der Bevölkerung. Dabei bleibt aber das alte Regierungsziel bestehen: nämlich die Erhaltung und Stärkung der Kräfte des Staates, oder – in der neuen Sprache der politischen Ökonomie – die Erhaltung und Stärkung des Wealth of Nations. Die neue Pflicht des Staates heißt nun zu allererst, die Freiheit der Bürger zu fördern und zu sichern.*³⁴³

Wie sehr derartige Ansichten über die Bedeutung der Freiheit für die wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Zielsetzungen des Regierens um 1800 verbreitet waren, zeigt sich beispielsweise im Werk des Berliner Statistikers Leopold Krug. In den 1805 veröffentlichten *Betrachtungen über den National-Reichthum des preußischen Staats, und über den Wohlstand seiner Bewohner* findet sich eine direkte Übertragung dieser neuen Werte auf den Bereich des Bauens, speziell den Bürgerhausbau. In der Einleitung konstatiert Krug zunächst rückblickend:

*Der größte Theil unserer theoretischen Staatswirthschaftslehrer wolte ein positives Prinzip der Wissenschaft aufstellen – und wirklich hätte Justi mit seinem Grundsatz: daß die Beförderung der allgemeinen Glückseeligkeit das oberste Prinzip aller Staatswirthschaft sey [...] noch unter allen positiven Grundsätzen den besten Weg eingeschlagen, wenn der Begriff Glückseeligkeit in unserer Sprache überhaupt bestimmbar wäre.*³⁴⁴

Auch die seit dem 17. Jahrhundert gültige Bestimmung des Staatszwecks in der *Vergrößerung der bürgerlichen Gesellschaft durch Beförderung der Bevölkerung* lehnt Krug entschieden ab. Vor allem mit Blick auf die hygienischen und sittlich-moralischen Zustände in den größeren Städten, in welchen *große Theile des Nationalschatzes* Preußens verzehrt würden, seien zu viele Einschränkungen nötig. Entsprechend den neuen Vorstellungen, wie sie von Smith, Kant, Humboldt und anderen formuliert worden waren, stellt er seine eigene Sichtweise gegen diese alten Staatszweckdefinitionen:

*Ich habe bei meinen Betrachtungen über das Wesen der Staaten und der Staatsregierungen einen andern Weg gewählt, und ich stelle das Prinzip auf, das dem Staate nur negative Pflichten auferlegt, nemlich: die Hinwegräumung aller Hindernisse, welche der Kultur des physischen und ökonomischen, des moralischen und intellektuellen Wohlstandes einer Nation im Wege stehen.*³⁴⁵

343 Bohlender 2001, S. 267.

344 Krug 1805, Bd. 1, S. 1f.

345 Ebenda.

Krug legt Wert darauf, die Auswirkungen der alten Staatswirtschaft und Möglichkeiten der neuen bild- und zahlenreich zu veranschaulichen. Dies gilt auch für seinen zentralen Gedanken von den ausschließlich negativen Pflichten des Staates:

*Wenn die staatswirthschaftliche Verwaltung eines Staates nach positiven Prinzipien verfährt; wenn sie durch ihre Veranstaltungen den Wohlstand ihrer Bürger b e f ö r d e r n zu können glaubt; wenn sie über das Prinzip: die Hinwegräumung aller Hindernisse [...], hinausgeht, so werden viele ausserdem sichere Kennzeichen des Wohlstandes unsicher und der Beobachter, der Reisende, der theoretische Staatswirth bauen auf Sand, wenn sie einzelne Kennzeichen des Wohlstands, welche sie hier und da finden, zu einem allgemeinen Urtheil über die ökonomische Lage der Nation gebrauchen wollen.*³⁴⁶

So seien, fährt Krug mit einem Bild fort, schöne, kräftige Pferde, die ein Feld beackern, nicht nur ein schöner Anblick, sondern sie würden üblicherweise auch auf den Wohlstand des Gutsbesitzers und den Ertrag seiner Wirtschaft verweisen. Wenn nun aber zur Aufzucht der Pferde des Gutsbesitzers *kostbare Stuttereien und Beschälanstalten* mit Geld aus dem Staatshaushalt unterstützt und künstlich erhalten würden, so wäre der gesamtgesellschaftliche Erfolg und der wahre Wohlstand des Gutsbesitzers durchaus nicht an den schönen Pferden ablesbar. Diesem Beispiel, in dem offen Kritik an der kostspieligen Wirtschaftspolitik Friedrich Wilhelms II. geübt wird,³⁴⁷ stellt Krug in seinem umfangreichen Werk zahlreiche Exempel zur Seite, die derselben Überlegung folgen.

Da die wirtschaftliche Situation der Städte, vor allem der *kleinen Landstädte*, einen Schwerpunkt seiner Betrachtungen ausmacht, beschäftigt sich Krug intensiv mit der Gewerbepolitik, den Handelsbeschränkungen und den Folgen der kommunalen Schulden in Form von jährlichen Zinsen. In diesem Zusammenhang verwirft er ein Instrument staatlicher Baupolitik, das seit dem ausgehenden 17. Jahrhundert in Preußen sowohl zur Hebung der Bevölkerungszahl als auch der Wirtschaftskraft in großem Umfang angewandt worden war – die Förderung des privaten Wohnhausbaus durch Bauhilfsgelder:

*Es werden jährlich beträchtliche Summen Baubenefizgelder an die Neubauenden in den Städten bezahlt, und ich lege daher die Frage zur Beurtheilung vor: ob es nicht für den Wohlstand der Städte vortheilhafter seyn würde, diese Fonds zur Abzahlung der Kämmereischulden zu bestimmen?*³⁴⁸

Als Statistiker fällt es Krug nicht schwer nachzuweisen, daß, wenn man die Bauhilfsgelder der letzten fünf Jahre zur Tilgung der Schulden aller kurmärkischen Kämmereien benutzt hätte, diese vollständig beglichen worden wären. Durch den Wegfall der jährlich zu bezahlenden Zinsen der Schulden hätte man den Wohlstand der Städte längerfristig befördert, *ohne die geringste Belästigung der Einwohner, ohne irgend eine auch nur scheinbare Unbilligkeit oder Ungerechtigkeit*. Für Krug ist die Auszahlung

346 Ebenda, S. 5.

347 Zu denken wäre hier an die umfangreichen und überaus kostspieligen Anlagen zur Pferdezucht bei Neustadt/Dosse. Vgl. dazu Gries 2001.

348 Krug 1805, Bd. 2, S. 169.

der Bauhilfsgelder keine Fördermaßnahme mehr, die dem *allgemeinen Besten* dient. Darüber hinaus aber hält er das dahinter stehende Prinzip absolutistischer Wirtschaftsförderung schon im Kern für falsch und moralisch verwerflich:

*Unmittelbare Geschenke aus dieser Kasse [dem Bauhilfsgelderfond, C.B.] an einzelne Bürger können zwar die äussere Verschönerung der Städte durch neue Gebäude bewirken, aber sie können auch leicht ein Mißverhältniß zwischen dem äussern Glanz und dem innern Wohlstande der Städte hervorbringen; sie treffen in der Regel nicht den Bedürftigen, der schon wegen seines eingeschränkten Vermögens nichts auf einen Bau verwenden kann, bei welchem ihm dann aus der Kasse nur Hilfgelder gegeben werden. Wenn der steigende Wohlstand des Ganzen die Verschönerung der Städte und der Gebäude herbei führt, so ist dies die dauerhafteste Melioration, und der Beobachter wird dann nicht falsch schließen, wenn er aus der Zunahme der äusseren Schönheit unserer Städte die Zunahme des wirklichen Wohlstandes derselben beweiset.*³⁴⁹

Das Bauhilfsgeld, das alte, von der staatlichen Verwaltung ebenso gerne gebrauchte wie von den bauwilligen oder 'abgebrannten' Bürgern als selbstverständlich angesehene Förderinstrument der absolutistischen Wirtschafts- und Baupolitik, belegt Krug pauschal mit dem Vorwurf, es fördere nur die Entstehung eines unwahren, kulissenhaften Bildes von Wohlstand, sei lediglich kurzfristig wirksam und zudem ungerecht, da das Geld nur an zum Bau fähige Bürger ausgezahlt werde. Krug selbst schlägt zur Beförderung des Wohlstands andere, langfristig wirksame, finanz- und wirtschaftspolitische Maßnahmen wie die Entschuldung der Kommunen vor, die auf 'natürlichem' Wege zu einer ehrlichen äußeren Schönheit der Städte führen sollen. Die scharfe Analyse des Statistikers Krug offenbart nicht zuletzt ein neues Verständnis vom Bild der Stadt und des Hauses und von der Art und Weise, wie sich darin der *National-Reichthum des preußischen Staats* und der *Wohlstand seiner Bürger* ausdrücken soll. Zum Charakter des Gebäudes, der Stadt und des Staates, welchem das jeweilige äußere Erscheinungsbild entsprechen muß, gehören nun auch, so ließen sich Krugs Überlegungen in die Begrifflichkeit der zeitgenössischen Architekturtheorie übertragen, die tatsächlichen wirtschaftlichen Voraussetzungen des Einzelnen, der Kommune und des Staates. Lügenhafte Geziertheit und unnatürliche Schminke unwahrer architektonischer 'Wohlstandsbilder' gelten als frevelhaft und verwerflich, sie entsprechen nicht der neuen wirtschaftlichen Logik und dem neuen moralischen Wertekanon.

„Auseinanderbau“ und „Mannigfaltigkeit“. Städtebauliche Leitbilder

Die Regulierung und Aufweitung der verschachtelten Stadtgrundrisse, Parzellenstrukturen und Hofbebauungen, um 1800 mit dem Schlagwort *Auseinanderbau* umschrieben, beruhte auf einer langen Tradition europäischer Planstadtvorstellungen.³⁵⁰ Schon als Johann Friedrich Penther 1744 einige Grundrisse von Stadtanlagen mit nahezu quadratischen Baublöcken und sich rechtwinklig

349 Ebenda, S. 171.

350 Vgl. dazu: Himmelein 1990.

schneidenden Straßen empfahl, traf er dabei ausdrücklich eine Auswahl vorbildlicher Lösungen der vorangegangenen zwei Jahrhunderte.³⁵¹ Die nahezu identischen, geometrisierenden Stadtgrundrisse, die Franz Ludwig von Cancrin fast 50 Jahre später vorstellte, waren keineswegs die letzten Vorschläge dieser Art.

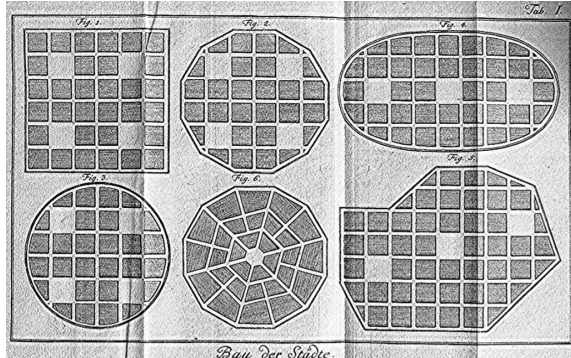


Abb. 32: Franz Ludwig von Cancrin: Stadtgrundrisse, aus: Cancrin 1792

Beim genauen Hinsehen fällt auf, wie überaus groß Cancrin seine Straßen und Plätze bemisst und welch einseitige Begründung er sowohl für die Regularität an sich als auch für die Weite der Straßen und Plätze anführt. Für Nebenstraßen fordert er bei einer angenommenen Bebauung mit zweigeschossigen Häusern eine Breite von mindestens 60 Fuß (18,8 m), für Hauptstraßen bei dreigeschossiger Bebauung sogar bis zu 100 Fuß (31,4 m). Die Höfe der quadratischen Baublöcke sollen begrünt sein. Hinter der beispielhaft im Neuruppiner Retablissement verwirklichten „Weite der städtischen Räume“³⁵² steht bei Cancrin eine argumentativ zugespitzte Vorstellung von Hygiene: Die gerade Führung und Breite der Straßen soll das *Durchstreichen der Luft* und so die *Zerstörung der schädlichen Dünste* ermöglichen.³⁵³ Eine gewisse Breite der Straßen soll zudem *Licht in die Häuser* bringen und verhindern, daß sich Winkel bilden, die, *weil sie weder Luft noch Sonne haben, die Feuchtigkeit, die Kälte und die bösesten Dünste* beherbergen.³⁵⁴ Neben der Hygiene treten andere traditionelle Erklärungsmuster wie das Gesetz der Schönheit – *das Quadrat ist immer eine sehr schöne Figur*³⁵⁵ – deutlich in den Hintergrund. Die Feuersicherheit wird in Cancrins Text gar nicht mehr mit der Ausformung des Stadtgrundrisses, sondern ausschließlich mit dem feuerfesten Baumaterial in Verbindung gebracht.

Den städtebaulichen Diskurs des ausgehenden 18. Jahrhunderts bestimmt neben dem *Auseinanderbau* auch die seit Marc-Antoine Laugier's *Essai sur l'architecture* (1753, dt. 1756) allgemein gültige Forderung nach *Mannigfaltigkeit*. Begründet wird die damit verknüpfte Ablehnung der hohen Regeldichte älterer Planstädte zunächst vorwiegend ästhetisch. Auch wenn das Konzept der Mannigfaltigkeit in das planerische Leitbild der rechtwinkligen Rasterstadt eingebettet

351 Penther, Erster Theil, 1744.

352 Vgl. das Kapitel „Weite der städtischen Räume“ bei Reinisch 2001, S. 79-93.

353 Cancrin 1792, S. 302f.

354 Ebenda, S. 309f. Cancrin folgt hier wie viele seiner Zeitgenossen der einflußreichen Formulierung derartiger Gedanken von Johann Peter Frank. Vgl. Frank 1783, besonders S. 380ff.

355 Cancrin 1792, S. 307. Geäußert im Zusammenhang des §14: *Eintheilung einer Stadt in Quartiere*.

bleibt, gelten die einförmigen Planstädte des 17. und 18. Jahrhunderts als ästhetisch unbefriedigend. Dieses Unbehagen hatte schon Penther verbildlicht, dessen Sympathie aber noch der stark reguliert wirkenden Komposition in *fig. 1* galt.

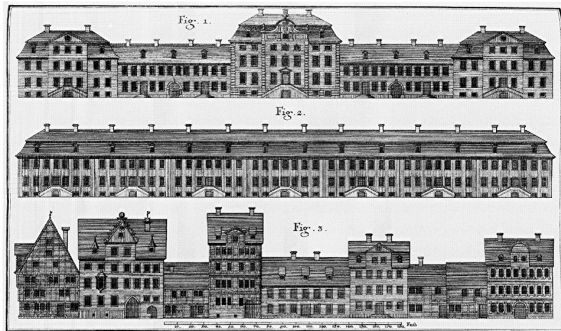


Abb. 33: Johann Friedrich Penther: *Stocken und Viertel von einem Eck bis zum andern*, aus: Penther 1745

Für Friedrich Christian Schmidt ist in den 1790er Jahren der alte *Grundsatz, alle Gebäude gleich hoch anzulegen, und wie man sagt, unter ein Dach zu bringen*, mit der beispielhaften Erfahrung der Einförmigkeit Mannheims für immer desavouiert.³⁵⁶ Christian Ludwig Stieglitz betont, Laugier weiterführend, man müsse bei aller zu fordernden Regelmäßigkeit des Stadtplans eine *allzugroße Genauigkeit* vermeiden, die *jeden Theil der Stadt dem andern so ähnlich macht, daß man sich darin verirrt, die alle Gegenstände bis zum Ekel wiederholt und dadurch in eine so frostige Einförmigkeit ausartet* und Langeweile erzeuge.³⁵⁷ Er fordert eine *regelmäßige Figur* und *ordentliche Einrichtung*, zugleich aber auch *Abwechslung, Contrast, gute Wahl* und *zuweilen etwas anscheinende Unordnung*. Cancrin empfiehlt bei der Bebauung der Platz- und Straßenkanten mit Wohnhäusern eine *geschickte Abwechslung und wol angebrachte, nicht überhäufte Mannichfaltigkeit*.³⁵⁸ Zwar solle man darauf achten, daß *keine Straße der anderen völlig gleich sei, sondern stark, und wenig, oder gar nicht verzierte Häuser immer miteinander abwechseln*, doch müsse man andererseits *jede Seite eines Quartiers nach einer gewissen Symmetrie* mit höheren und niedrigeren Häusern bebauen, so daß *nur an gleichnamigen Orten gleich hohe Häuser [...] zu stehen kommen*.

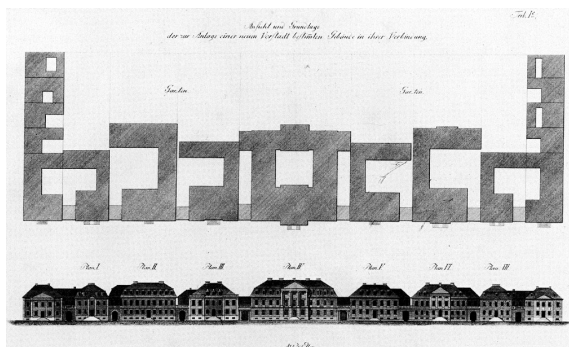


Abb. 34: Friedrich Christian Schmidt: *Gestaltung einer Straßenseite bzw. Blockkante*, aus: Schmidt 1790-99, Bd. IV/2, Tab. 1e

356 Schmidt 1790-99, 4. Teil, S. 1.

357 Stieglitz, 1792-98, Bd. 5 (1798), S. 97, 100, 105.

358 Cancrin 1792, S. 332f.

Die um 1800 aktuelle Vorstellung von einer vorbildlichen Straßenfront illustriert Schmidts *Plan zur Anlage einer Vorstadt*. In der symmetrischen Verteilung und Komposition der Baukörper durchaus noch mit Penther vergleichbar, bemüht sich Schmidt, die Häuser durch räumliche Separierung und abwechslungsreiche Fassadengestaltung in ihrem individuellen Erscheinungsbild zu steigern. Symmetrisch geordnete Mannigfaltigkeit innerhalb eines möglichst regelmäßigen Rasterplans – mithin nach planungstechnischen und künstlerischen Gesichtspunkten geordnete Individualität – so soll man nun die Straßen- und Platzkanten gestalten.

Auseinanderbau und *Mannigfaltigkeit* sind im ausgehenden 18. Jahrhundert Teil des aufklärerischen Diskurses um Natur, Individualität, Sittlichkeit und Vernunft. Die in Johann Peter Franks *System einer vollständigen medicinischen Policey* zu findende Vorstellung einer direkten Verbindung von übermäßiger *Zusammenrottung* der Menschen, dem dadurch bedingten *Sittenverfall* und der so begründeten erhöhten *Sterblichkeit*,³⁵⁹ führt beispielsweise Cancrin zu der Einsicht, daß die schmalen, dunklen und feuchten Gassen zwangsläufig auch *Winkel der Unzucht* seien. Hinter diesen Vorstellungen steht jetzt mehr als die alte Zielsetzung, die bürgerliche Gesellschaft durch städtebauliche Regulierung sozial, rechtlich und wirtschaftlich zu ordnen. Die räumlich-sozialen Ordnungsententionen des neuzeitlichen europäischen Städtebaus wurden umgedeutet. Den geistesgeschichtlichen Hintergrund des neuen Unbehagens an städtischer Enge, das sich bis zur Stadtfeindlichkeit steigern konnte, hat Ulrich Reinisch skizziert. Wie Reinisch gezeigt hat, ist dieser geistesgeschichtliche Umbruch nicht unerheblich mit den durch das große Erdbeben von Lissabon (1755) ausgelösten europaweiten, kulturkritischen „Debatten über die *beste aller Welten*, den gerechten Gott, die Gesetze der Natur und den Ursprung des Übels“ verbunden.³⁶⁰ Zentral sind hier wie dort die Ideen der aufklärerischen Kulturkritik, welche um die von Rousseau formulierte Vorstellung kreisen, nicht die unberechenbare, unregulierte Natur, sondern die Gedrängtheit städtischen Lebens berge die größere Gefahr für die Menschen. Als Folge dieser veränderten Sichtweise auf Stadt und Natur macht Reinisch eine Veränderung der städtebaulichen Leitbilder aus:

*Die Weite der städtischen Räume und die Reduktion der Dichte schien deshalb aus der kulturkritischen, der aufklärerischen Sicht notwendig zu sein, um die Eigenschaften jeder einzelnen Person sichtbar zu machen. Erst in weiten, großen Räumen gelangten die Menschen und die Dinge zu verbindlicher Eindeutigkeit. [...] Eindeutigkeit setze ausreichende Abstände voraus, erst Distanziertheit ermöglichte die Herausbildung einer unverwechselbaren Individualität jedes einzelnen Menschen, die Grundlage einer wahrhaft sittlichen Gesellschaft.*³⁶¹

Der geometrisierenden Regulierung der städtischen und damit auch der sozialen Räume wird die Auflockerung der Bebauungsdichte kulturbefördernd zur Seite gestellt. Die städtebauliche Ordnung der bürgerlichen Gesellschaft ist nun nicht mehr in erster Linie an der Einordnung des Individuums in das möglichst gleichförmige, geschlossene Erscheinungsbild seines Standes und an der

359 Frank 1783, Bd. 3, S. 883.

360 Reinisch 2001, S. 85.

361 Reinisch 2001, S. 84.

Unterordnung unter eine strenge Hierarchie orientiert. Vielmehr steht auch bei städtebaulichen Planungen die Gesundheit, Entwicklungsmöglichkeit und Wahrnehmbarkeit des Einzelnen und damit sein im doppelten Wortsinn 'naturnäheres' Dasein im Focus. Auf der Grundlage einer solchen kulturkritischen und letztlich gesellschaftspolitischen Neubewertung des Lebensraums Stadt wird die negative Bewertung der städtebaulichen Qualitäten älterer Planstädte bald nicht mehr nur ästhetisch begründet. In scharfer Zuspitzung faßt Eberhard dies 1804 in das Bild von den Bürgern als *charakterlosen Maschinen* und *Sklaven*, die in den nun als überreguliert angesehenen Planstädten in den für sie gebauten Einheitshäusern *eingesperrt* würden.³⁶² Der Staat sieht sich hier mit dem Vorwurf der Willkür konfrontiert, die Bürgern mit der Anschuldigung, sich gegen den natürlichen Drang nach individueller Freiheit als *bloße Werkzeuge* behandeln zu lassen.

Vor diesem Hintergrund wird das bestehende Idealbild des zweigeschossigen, für eine bis maximal zwei Familien eingerichteten Wohnhauses und seiner städtebaulichen Einbindung in der deutschsprachigen Architekturtheorie neu formuliert. Nicht mehr Unterordnung und absolute Gleichheit mit den anderen baulichen Gliedern der städtischen Gemeinschaft sind nun gefordert, sondern Betonung des individuellen Charakters durch möglichstste Freistellung des Hauses, Wahrnehmbarkeit seines prägnanten Umrisses und eine eigenständige, immer auf eine eigene Symmetrieachse hin komponierte Fassadengestaltung. Die ältere, ästhetisch und gesellschaftspolitisch begründete Idee, nach der ein Bürgerhaus immer nur im engen Verband mit seinen Nachbarhäusern als homogene Blockrandbebauung auf regulierter, exakt rechteckiger Parzelle vorgestellt und diskutiert wurde, ist obsolet. Dies zeigt sich auch daran, daß die konkreten baulichen Voraussetzungen in den alten Städten größere Bedeutung für die theoretische Auseinandersetzung mit der städtebaulichen Einbindung des bürgerlichen Wohnhauses erlangen. So ist die grundsätzliche Entscheidung Schmidts, bei seinen Entwürfen nicht von regulierten, exakt rechteckigen Parzellenformen, sondern von „innerstädtisch gebundenen Situationen“ auszugehen, ein in diesem Sinne wichtiger Beitrag zur städtebaulichen Theoriebildung.³⁶³ Diese neue Maxime, Parzelle und Haus des Bürgers zum Dreh- und Angelpunkt auch stadtplanerischer Überlegungen zu machen, formuliert David Gilly in seiner Besprechung von François Philipp Bersons *Instruktion*:

*Nur hätten wir gewünscht, dass der Herr Verfasser auch einige Beispiele von stumpf- und spitzwinkligen oder andern irregulären Gebäuden gegeben hätte, die doch in den Städten auch oft vorkommen.*³⁶⁴

Architekturtheoretische Vorstellungen über das bürgerliche Wohnhaus

1815 überblickt der Berliner Baumeister Ludwig Catel die zurückliegenden Jahrzehnte und resümiert, der *Mittelstand* hätte seit Mitte des 18. Jahrhunderts *immer mehr Festigkeit und Wohlstand unter geordneter Staatsverfassung* gewonnen. Im Gegenzug wäre der *Privatreichthum der Fürsten [...] in*

362 Vgl. das ausführliche Zitat in der Einleitung.

363 Philipp 1997, S. 147.

364 Sammlung nützlicher Aufsätze, 6. Jg., 1. Bd. (1805), S. 105.

*dem Meere von Bedürfnissen des Staates versiegt. Das bürgerliche Leben, an Freyheit und Umfang gewinnend, so Catel weiter, benutzte seinen Wohlstand zum Bau und zur Einrichtung bequemer und luxuriöser Stadt- und Landhäuser.*³⁶⁵

Auch Christian Ludwig Stieglitz vermittelt in dem 1798 erschienenen fünften Band seiner *Encyklopädie* das Bewußtsein, in einer neuen Zeit zu leben, deren neue Ansprüche sich in hohem Maße gerade an das bürgerliche Wohnhaus richteten:

*Die Veränderung der Sitten und der Lebensart machen Veränderungen der Wohnhäuser nöthig. In den Zeiten, da die alten Häuser unserer Städte gebauet wurden, lebte man einfacher und häuslicher als jetzt. [...] In der bürgerlichen Familie [...] saßen Mann, Frau und Kinder gern beysammen, und es war schon ein bequemes Haus, wenn es nur Ein geräumiges Wohnzimmer und dann Gemächer hatte, in welche die Familie sich des Nachts vertheilen konnte. Erforderte das Gewerbe des Herrn einen beträchtlichen Raum, so baute man zwar das Haus groß und weitläufig, aber mit wenigem Gelaß für dessen Bewohner. Die Wohnstube wurde der Hausthür ganz nahe gelegt, und nur selten wurde an ein Besucherzimmer gedacht, weil man keine Bedenken trug, auch den fremdesten Menschen mitten in die Familie zu führen. [...] Seitdem sich nun die Sitten und die Lebensart sehr geändert haben, so hat man sich auch bemüht, die Wohnhäuser mit mehr Bequemlichkeit und dem Wunsch nach Wohlleben gemäß einzurichten. Der Mann, welcher sein Haus nicht bloß als seine Schlafstätte und Werkstelle für seinen Broderwerb braucht, verbindet mit dem Worte w o h n e n, den Begriff von vielerley Bedürfnissen. Sein Haus soll ihn nicht nur von Wind und Wetter schützen [...]. Er will auch mit Reinlichkeit und Ordnung leben, die nicht anders bestehen kann, als daß man schickliche, größere oder kleinere Behältnisse hat, um jedem Ding, das für ihn in Absicht auf seine Lebensweise oder seine Geschäfte zum Bedürfniß wird, seinen Ort anzuweisen.*³⁶⁶

Die Zeitgenossen reflektierten, daß sich die bis dahin gültige Hierarchie der Baugattungen gegen Ende des 18. Jahrhunderts aufzulösen begann. Vor dem Hintergrund geänderter gesellschaftlicher Verhältnisse, dem Aufkommen neuer und der Neubewertung einst niederer Bauaufgaben änderte sich jedoch nicht nur die Architekturtheorie. Architekturhistoriographie, Charakterlehre, neue Vorstellungen von Wohnen und Luxus sowie bautechnische Verbesserungen, verbreitet in zahlreichen spezialisierten Baulehrbüchern, Fachzeitschriften und Enzyklopädien, begleiteten eine Veränderung des praktischen Bauens, die sich auch in der Bauweise der provinzialstädtischen Bürgerhäuser niederschlagen sollte.

Neue Themen: Das Bürgerhaus des Mittelstands als Gegenstand der Theorie

Die architekturtheoretische Beschäftigung mit dem bürgerlichen Wohnhaus gewann vor allem durch Friedrich Christian Schmidts vierbändiges, mit fast 400 Kupfertafeln ausgestattetes Werk *Der*

365 Ludwig Catel: Grundzüge einer Theorie der Bauart protestantischer Kirchen, Berlin 1815. Hier zitiert nach Philipp 1997, S. 11.

366 Stieglitz 1792-98, Bd. 5, S. 491ff.

bürgerliche Baumeister, das von 1790-1799 in Gotha erschien, eine neue, für das 19. Jahrhundert richtungsweisende Qualität. Neu ist nicht nur der Umfang, in dem hier die Bauaufgabe Bürgerhaus in Folioformat präsentiert wird, neu ist vor allem die Zielgruppe: der bürgerliche Mittelstand. Das Buchprojekt selbst begründet Schmidt, indem er, hierin Stieglitz und Catel vorausgehend, den Entwicklungen seiner Zeit neue Aufgaben gegenüberstellt:

*So wie die Cultur steigt, die Sitten und Denkungsarten sich verändert haben, so erfordert auch ein Wohngebäude jetzt mehr Zierlichkeit und Bequemlichkeit als vor Zeiten. Der Luxus hat sich vermehrt, und mit diesem die Bedürfnisse, welche einen gewissen Raum zu ihrem Aufenthalt brauchen, und für diesen zu sorgen, muß der Baumeister heutiges Tages bedacht seyn, wenn das Gebäude seinem Zeitalter angemessen seyn soll.*³⁶⁷

Schmidt hofft, sein kostspieliges Werk werde *als ein Buch, welches einer ganzen Gemeinde zugehört*, nicht nur bei Baufachleuten und betuchten Bürgern, sondern auch bei den *Magistraten der Mittelstädte* Absatz finden. Seine Rechnung ging wenigstens teilweise auf. In der Liste der Subskribenten tauchen beispielsweise die Magistratskollegien von Malchin, Zittau und Uelzen auf. Aus dem brandenburgischen Raum sind neben Adeligen und Baufachleuten wie dem königlichen Bauinspektor Brasch aus Neuruppin auch die Magistratskollegien der Städte Brandenburg und Treuenbrietzen vertreten.

Auch in Berlin entdeckt man fast zeitgleich mit Schmidt das bürgerliche Wohnhaus als ebenso bedeutsamen wie lohnenden Gegenstand der architekturtheoretischen Reflexion und baufachlichen Belehrung. Der Bürger selbst, der *Mann vom Mittelstand*, soll durch gutes Beispiel und Belehrung dazu befähigt werden, ein fundiertes Urteil über die innere und äußere Gestalt seines Wohnhauses abgeben und, unterstützt von gut ausgebildeten Baufachleuten, die bauliche Verbesserung und Verschönerung seines Hauses selbst in Angriff nehmen zu können. Mit dieser Zielsetzung produzieren die Mitglieder der preußischen Bauverwaltung in den 1790er Jahren nicht nur zahlreiche Normalentwürfe für Häuser von Domänenpächtern, Förstern oder Lehrern, die dann als Kupferstiche vervielfältigt und vor allem an die Bausachverständigen und Verwaltungen weitergegeben werden.³⁶⁸ Die Oberbauräte belehren auch in ihren zahllosen Revisionen und versuchen, mittels einer eigenen Zeitschrift, die *Sammlung nützlicher Aufsätze die Baukunst betreffend*, und mit einzelnen Publikationen am öffentlichen Diskurs über das Bauen teilzunehmen und diesen zu steuern.

Der Geheime Oberbaurat im Oberbaudepartement Heinrich August Riedel wählt in seinem Aufsatz *Etwas über die Schickliche Verzierung der Gebäude*, der 1797 in der *Sammlung nützlicher Aufsätze* erscheint, programmatisch die Fassade eines Wohnhauses für *durch Stand und Reichthum ausgezeichnete Personen in mittelmäßigen Städten*, um daran die äußere Gestaltung von Gebäuden

367 Schmidt 1790-99, 1. Teil, S. 5. Weiterhin schreibt Schmidt: *Die gegenwärtig erhöhte Cultur der Menschen, und der dadurch entstandene Luxus hat eine Menge Sachen zu Bedürfnissen, und unentbehrlich gemacht, welche einen gewissen Raum erfordern, und die jetzige Art der anständigen Beschäftigung und Zerstreuung sind schon bey dem Mittelstande so verschieden von den vorigen, daß auch die Wohngebäude eine verschiedene Einrichtung erfordern. Dazu kommt, daß es jetzt selbst eine Art Modeton ist, schön wohnen zu wollen [...].* Ebenda, S. 8.

368 Vgl. zu den Normalentwürfen den Beitrag von Reinhart Strecke *Normierung der Standardaufgaben*, in: Mathematisches Calcül, S. 124ff.

zu erläutern. (Vgl. Abb. 38) Sein jüngerer Bruder Heinrich Karl Riedel, ebenfalls Oberbaurat im Oberbaudepartement, gibt von 1803 bis 1810 die *Sammlung architektonischer äußerer und innerer Verzierungen für angehende Baumeister und Liebhaber der Baukunst* heraus. Er wendet sich in Konkurrenz zu anderen architektonischen Modejournalen, etwa Grohmanns *Ideenmagazin*,³⁶⁹ an ein gebildetes, wohlhabendes Publikum, um diesem die neuesten Errungenschaften des Berliner Wohnhausbaus in vorbildlichen Fassaden und Innenausstattungen vorzuführen. Auch dieses ambitionierte Projekt stellt das private, bürgerliche Wohnhaus in den Fokus der öffentlichen Diskussion.

Wie groß die Wertschätzung des Bürgerhausbaus selbst in den höchsten Rängen der preußischen Verwaltung ist, offenbart ein Schreiben des Staatsministers und Direktors des Oberbaudepartements Friedrich Leopold von Schroetter, welches dieser im Sommer 1801 infolge einer Reise in die ihm unterstellten Provinzen Ostpreußen und Neuostpreußen an die Oberbauräte Gilly und Eytelwein adressiert. Schockiert berichtet er darin von den *zweckwidrigen, theils ganz ermüdend einförmigen, theils mit Verzierungen überladenen, burlesquen Façaden* der provinzialstädtischen Bürgerhäuser, welche *das Auge des Durchreisenden beleidigen*.³⁷⁰ Zur Behebung dieses unerfreulichen Zustands ordnet der Minister von Schroetter an, von *ein Paar geschickten Bau-Eleven* einige vorbildliche Zeichnungen und beispielhafte Vorlagen anfertigen zu lassen. So groß ist das Prestige dieser Aufgabe, daß sich Berson, ebenfalls Oberbaurat im Oberbaudepartement, ihrer begierig annimmt. Die daraus entstehende *Sammlung von Fassaden und Einrichtungen städtischer Wohngebäude* stellt Berson 1802 auf eigene Kosten her. Wie bei Schmidts *Der Bürgerliche Baumeister* sind die Adressaten neben den Baubedienten und staatlichen Verwaltungen auch die Magistrate der ostpreußischen Provinzialstädte, wo die Sammlung für jeden bauwilligen Bürger zur Belehrung und Anregung angeschafft werden soll.³⁷¹

Vor dem Hintergrund der Neugewichtung des städtischen Wohnhausbaus diskutiert man ab 1796 in den zuständigen Kriegs- und Domänenkammern und im Oberbaudepartement auch ein *Bau-Reglement* für die Provinzen Magdeburg und Halberstadt.³⁷² Auf Veranlassung des Oberbaudepartements, in erster Linie des für diese Provinzen zuständigen Bearbeiters Berson, entscheidet man sich, einem neu zu erarbeiteten *Bauhilfgelder-Reglement* zur Erläuterung eine detailliertere Vorschrift zur Regelung der *Bürgerhaus-Bauten in den Städten* beizufügen. Von Berson wiederum auf eigene Kosten außerhalb seiner Dienstgeschäfte betrieben, verselbständigt sich das Projekt bald zu einer eigenständigen Veröffentlichung. Schließlich wird die *Instruktion* mit Genehmigung und Unterstützung des Staatsministers Ferdinand Ludwig Friedrich von Angern in einer zugesicherten Stückzahl von 200 Exemplaren *in mehreren Provinzen als Magdeburg und Halberstadt*

369 Johann Heinrich Grohmann, *Ideenmagazin für Liebhaber von Gärten, englischen Anlagen, und für Besitzer von Landgütern* [...], Leipzig 1796-1806.

370 GStA PK, II. HA GD, Ostpreußen II, Nr. 577, Bl. 1-2. Vgl. auch Christof Baier: *Verbesserte Bürgerhäuser*, in: *Mathematisches Calcül*, S. 200f.

371 Zum behördlichen Entstehungszusammenhang der Schriften Bersons vgl. Baier 2000, S. 44f., 200f.; Strecke 2000, S. 103ff.

372 Dies und die folgenden Angaben und Zitate aus: GStA PK, II. HA GD, Abt. 30 I, Oberbaudepartement, Tit. 26, Nr. 4.

verbreitet. Die zunächst als amtliche Vorschrift – eben als *Instruktion* – geplante Schrift wird fast zwangsläufig zu einer halbprivaten Publikation des Autors und kommt somit samt Rezension in den öffentlichen Diskurs. 1804 publiziert, muß die *Instruktion für Bau- und Werkmeister über die Einrichtung und Anlage der bürgerlichen Wohnhäuser in den Provinzstädten* als zwar weniger umfangreiches, in der thematischen Ausrichtung aber ebenso innovatives Pendant zu David Gillys *Handbuch der Landbaukunst* und als Reaktion auf Schmidts mehrbändiges Werk angesehen werden. Mit deutlicher Bezugnahme auf Schmidt schrieb Gilly in seiner Rezension zu Bersons *Instruktion*, daß diese, gerade weil sie sich mit dem *Haus des geringen, oder öfter verhältnismäßig unbemittelten Bürgers* und dessen speziellen Bedürfnissen beschäftige, *in Wahrheit den Titel führen könnte: „der bürgerliche Baumeister“*.³⁷³

Grundsätzlich läßt sich feststellen, daß die Bauaufgabe *bürgerliches Wohnhaus* in den aus Berlin stammenden Bauzeitschriften und Architekturbüchern weitaus stärker beachtet und unter anderen Gesichtspunkten betrachtet wird als andernorts in Deutschland. Mit diesem Schwerpunkt führt man eine in Berlin und Potsdam im Umfeld der königlichen Baupolitik entstandene Tradition fort. Seit Friedrich Wilhelm I. den Bürgerhausbau in den Berliner und Potsdamer Stadterweiterungsgebieten so hartnäckig gefördert hatte, war diese Bauaufgabe als legitime und hochrangige Aufgabe in der staatlichen Baupolitik fest verankert. Die Baumeister des königlichen Bau-Comptoirs hatten unter Friedrich II. Hunderte von Fassadenentwürfen für die Verschönerung der beiden Residenzen anfertigen müssen.³⁷⁴ Während aber die Fassaden der Potsdamer Bauten Carl von Gontards und Georg Christian Ungers oft den Vorgaben Friedrich des II. folgten und häufig reine ‘Bau-Comptoirs-Architektur’ geblieben waren, müssen sich die Fassadenschöpfungen der Jahre um 1800 mehr und mehr nach der Mode und nach den Ansprüchen und dem Geschmack der bürgerlichen Mittelschicht richten. Auch die im Staatsdienst stehenden Architekten sehen sich mit ihren Bürgerhausentwürfen unausweichlich in die öffentliche Diskussion gestellt und müssen deren Kriterien beachten. Nicht die hohe Wertschätzung des Gegenstands – des städtischen Bürgerhauses – an sich ist neu, sondern der erweiterte Anspruch auf Mitgestaltung von Seiten der bürgerlichen Bauherren und die Einbindung in einen öffentlich geführten Diskurs über den guten Geschmack und angemessenes bürgerliches Wohnen.

Neue Inhalte: Bequemlichkeit und „Wohlleben“ – „Charakter“, Symmetrie und Einfachheit

Die Vielfalt der bereits in einem bürgerlichen Wohnhaus der Mittelschicht versammelten Funktionen und die dementsprechend auszubildende Differenziertheit des Raumangebots ist ein Schwerpunkt der

373 *Das Haus des geringen, oder öfter verhältnismäßig unbemittelten Bürgers erfordert, dass jeder Winkel gehörig benutzt werde, und dies bedarf öfters weit mehrerer Ueberlegung als da, wo man für die blosse Bequemlichkeit und auch wohl für den Luxus, in Absicht des Raums, freier disponieren kann. Man muss daher dem Herrn Geh. Ob. Baurath Berson danken, dass er sein Augenmerk in diesem Buche, welches mit Wahrheit den Titel führen könnte: „der bürgerliche Baumeister“, bloss auf jene bürgerlichen Nahrungen und Gewerbe richtete und zeigte, wie man, bey zum Theil eingeschränkten Baustellen dennoch eine zweckmäßige innere Einrichtung treffen könne. Sammlung nützlicher Aufsätze, 6. Jg., 1. Bd. (1805), S. 105.*

374 Bekannterweise war die Prüfungsaufgabe David Gillys 1770 beim Oberbaudepartement eben der Entwurf eines Bürgerhauses.

architekturtheoretischen Schriften. Schmidt faßt diese neue Herausforderung für den Architekten seiner Zeit in folgende Worte:

*Die gegenwärtige erhöhte Cultur der Menschen, und der dadurch entstandene Luxus hat eine Menge Sachen zu Bedürfnissen, und unentbehrlich gemacht, welche einen gewissen Raum erfordern, und die jetzige Art der anständigen Beschäftigung und Zerstreuung sind schon bey den Mittelstände so verschieden von den vorigen, daß auch die Wohngebäude eine verschiedene Einrichtung erfordern. Dazu kommt, daß es jetzt selbst eine Art Modeton ist, schön wohnen zu wollen, [...].*³⁷⁵

Dieser neu entdeckten Vielgestaltigkeit bürgerlicher Lebenswelten versucht Schmidt durch die schiere Menge seiner Entwürfe, Entwurfsvarianten und detailreichen Erläuterungen beizukommen.

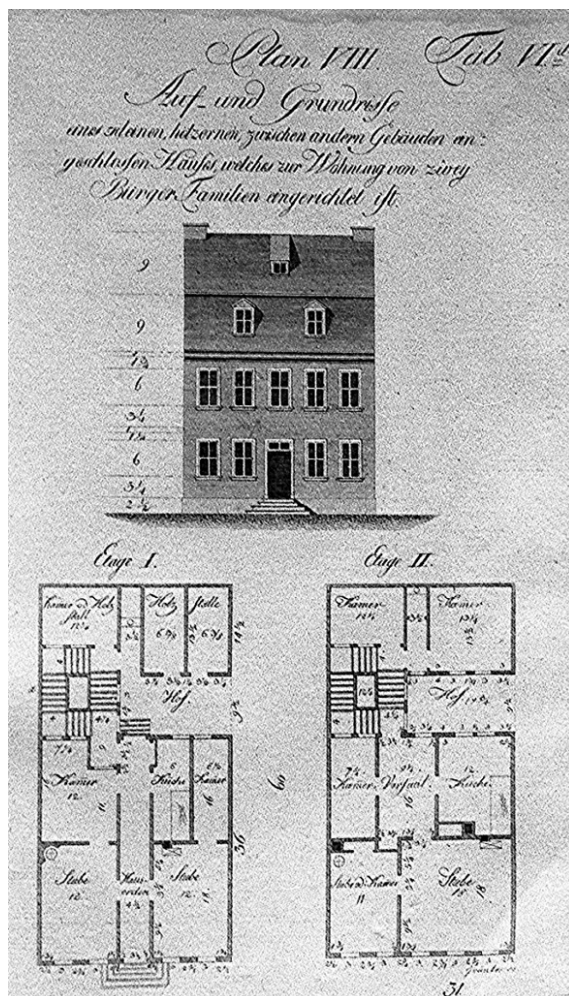


Abb. 35: Friedrich Christian Schmidt: Wohnhausentwurf Plan VIII, aus: Schmidt 1790-99, Bd. 2, Tab. 6d

Auf Hunderten von Kupfertafeln bildet er Fassaden und vor allem Grundrisse von zwei- und dreigeschossigen Bürgerhäusern ab, die entweder in den Vorstädten oder in den Städten stehen. Die Häuser sind massiv oder von Fachwerk; sie sind für *kleine bürgerliche Familien, mittelmäßige*

bürgerliche Familien oder Familien von Stand beziehungsweise angesehene Familien eingerichtet.³⁷⁶

Der neuen Lebensart und Wirtschaftsweise der Bürger dienen neben den Stuben, Küchen, Schlaf- und Speisekammern zahlreiche *Studier- und Expeditionsstuben, Bibliotheken, Audienzzimmer, Garderoben, Speisesäle, Gast- und Besucherstuben, Werkstuben, Kinder- und Gesindestuben, Stuben für Kammerdiener und -frauen, Geräteammern*. Es werden nicht nur die geschäftlichen, repräsentativen und privaten Bereiche streng voneinander getrennt, auch der räumlichen Separierung von Kind, Frau und Mann wird mehr Aufmerksamkeit geschenkt.

Berson versucht der neuen Vielteiligkeit und Fülle des bürgerlichen Wohnens in seiner *Instruktion* auf dem Wege einer strengen Klassifizierung Herr zu werden.

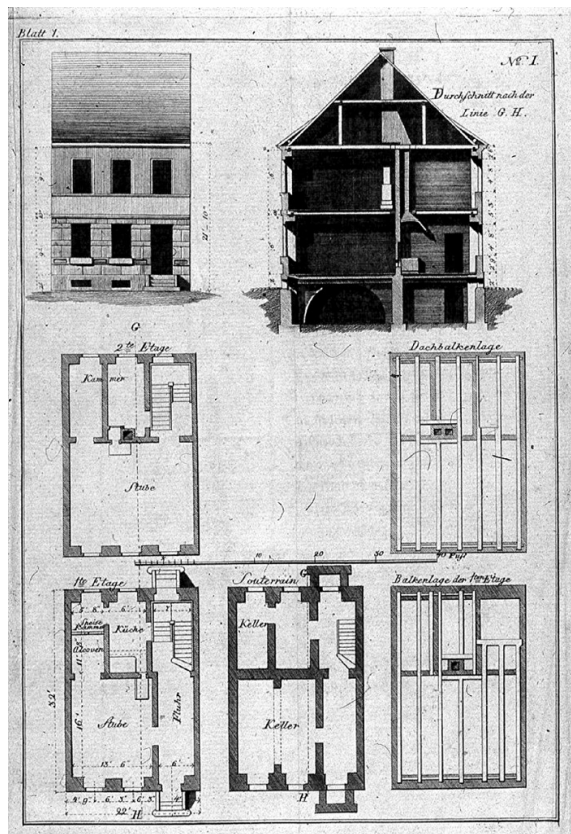


Abb. 36: Francois Philipp Berson, I. Kupfertafel, *Kleines, für einen Stuhlarbeiter bestimmtes Haus*, aus: Ders.: *Instruktion* 1804

Erläuternd schreibt er:

*Bei der Verschiedenheit der bürgerlichen Wohngebäude, in Rücksicht ihrer Größe und innern Abtheilung zu einem bestimmten Gewerbe, können zwar, für alle möglich vorkommenden Fälle, keine solchen Vorschriften ertheilt werden, [...] indessen kann man doch im Allgemeinen die Wohnhäuser, was ihre Größe und Hauptabtheilung anbetrifft, unter bestimmte Klassen bringen; daher denn wenige Vorschriften schon hinreichend sind, um bei dem Entwerfen der Grundrisse eines Wohnhauses den hier bezweckten Gebrauch zu machen.*³⁷⁷

376 Weiterhin nimmt er eine große Zahl von Land- und Lusthäusern auf und subsumiert diese Gebäudegattung wie selbstverständlich unter die bürgerlichen Bauaufgaben.

377 Berson 1804, S. 1.

Welche Herausforderung die neuen bürgerlichen Bedürfnisse für ihn darstellten, beschreibt Berson in einem Brief an das Oberbaudepartement:

*Ich unternahm dieses Geschäft, fand aber bei der Bearbeitung dieser Sache viele Schwierigkeiten, die ich anfänglich nicht vorhergesehen hatte und zweifelte fast, daß es möglich seyn würde, ohne eine große Anzahl von Einrichtungen den beabsichtigten Zweck zu erreichen. Ich ließ mich indessen durch diese Schwierigkeiten nicht abschrecken, sondern bearbeitete den Gegenstand zu wiederholtenmalen, kam dadurch endlich auf einen Weg, der mich zum vorgesetzten Ziele führte und glaube nunmehr, daß die von mir entworfenen Vorschriften, Behufs zweckmäßiger Einrichtung der Wohngebäude zu bürgerlichen Gewerben zum allgemeinen Leitfaden dienen können.*³⁷⁸

Um seinen Untersuchungsgegenstand zu ordnen, bringt Berson zwei Klassifikationskriterien zur Deckung: Er klassifiziert die Häuser nach ihrer Größe und die städtischen Gewerbe nach ihrem Raumbedarf. Für das Kriterium der Hausgröße nimmt er die Breite der Straßenfront zur Grundlage, die er wiederum über die Anzahl der Fensterachsen definiert.³⁷⁹

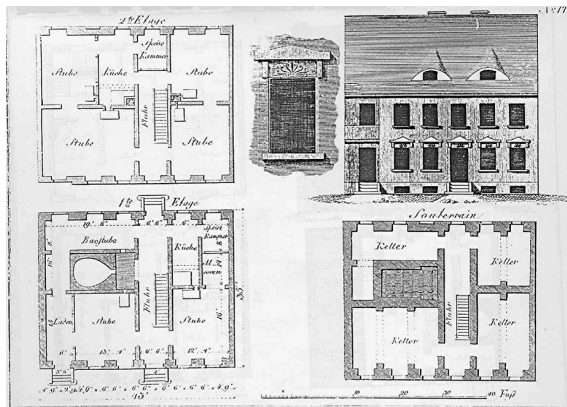


Abb. 37: Francois Philipp Berson, VI. Kupfertafel, *Wohnung für einen Bäcker nebst Miethswohnung*, aus: Ders.: *Instruktion* 1804

Auf dieser Grundlage unterscheidet er drei Klassen von Häusern. Es gehören die Häuser von 3 bis 4 *Fenster Fronte* zur Klasse der kleinen, von 5 bis 7 Fenster zu den mittleren und die von 8 und mehreren Fensteröffnungen zu den größern Häusern.³⁸⁰ Mit eindeutiger Zielrichtung auf die Provinzialstädte mittlerer Größe leitet Berson nun die notwendige Größe der Häuser von dem Gewerbe der Bewohner ab. Einziges Klassifizierungskriterium sind die zu den verschiedenen *Gewerben und Handthierungen* notwendigen *Vorrichtungen, Gerüste, Treibewerke, Gerätschaften und Werkzeuge*.³⁸¹ Grundlage der Zuordnung zu einer der drei von der Hausgröße abgeleiteten

378 Auch Bersons Kollegen aus dem OBD betonten die Schwierigkeiten, die mit der *großen Verschiedenheit der Wohnhäuser in Ansehung ihrer Größe und Einrichtung* verbunden waren. GStA PK, II. HA GD, Abt. 30 I Oberbaudepartement, Tit. 26, Nr. 4, Schreiben des OBD vom 14. März 1801. Carl Ludwig Engel, der an dem Projekt vielleicht als Zeichner beteiligt war, erinnert sich noch 1820 an die *Wehen [...] welche diese Produktion ihm [Berson, C. B.] gekostet hat*. Engel 1989, S. 376.

379 Berson begründet diese Entscheidung mit der Aussage, daß es im gemeinen Leben gebräuchlich und für Jedermann verständlich sei, die Größe eines Hauses nach der Anzahl der Fensteröffnungen zu schätzen. Berson 1804, S. 2.

380 Ebenda, S. 3.

381 Ebenda.

Klassen sind weiterhin die benötigten *Behältnisse für Materialien und Räume zum Absatz der fertigen Waare*, also die Ladenräume.³⁸² Für jede der nach Fassadenbreite und Platzbedarf der Bewohner und ihres Gewerbes festgelegten Klassen bildet Berson ein oder mehrere beispielhafte Grund- und Aufrisse ab.

Obwohl Schmidt und Berson das Wohnhaus der mittleren bürgerlichen Schichten in bis dahin im deutschsprachigen Raum nicht gekannter Genauigkeit bearbeiten, ist ihre Darstellungsweise sehr unterschiedlich. Während Schmidt die neue Fülle und Vielfältigkeit der Bauaufgabe Bürgerhaus in einer Art Musterbuch oder Katalog für Grund- und Aufrißlösungen darzustellen versucht, ist Berson bestrebt, eine stärker abstrahierte Orientierungshilfe zu liefern, nach der es dem jeweiligen Baumeister möglich sein soll, entsprechend den neuesten Regeln bequem, solide und angemessen geschmackvoll zu bauen. Beiden gemeinsam ist der Ausgangs- und Zielpunkt ihrer Überlegungen: die Vielgestaltigkeit des bürgerlichen Lebens selbst in kleineren Städten. Im Ergebnis entstehen Entwürfe, die dem gestiegenen und spezialisierten Raumbedarf der bürgerlichen Mittelschicht, d. h. der räumlichen Ausstattung und der Bequemlichkeit des Bürgers, auf neuartige Weise Rechnung tragen.

In dem Maße, in dem Bequemlichkeit und *Wohlleben* zum Ende des 18. Jahrhunderts auch in Preußen aus dem Kompetenzbereich der staatlichen Bauverwaltung herausgelöst und als Domäne des bürgerlichen Privatlebens definiert werden, gewinnen sie in den theoretischen Werken an Bedeutung. Vor allem Grundrißgestalt und Inneneinrichtung der bürgerlichen Stadt- und Landhäuser werden zu Leitgedanken des öffentlichen Diskurses über Architektur, Wohnen und Luxus.

Betrachtet man den architekturtheoretischen Diskurs genauer, stößt man immer wieder auf den Begriff des Charakters. Mit dem Charakter eines Gebäudes kann um 1800 einerseits die Vorstellung verbunden sein, daß ein Gebäude zuverlässig Auskunft über seinen Bauherrn und Bewohner gibt.³⁸³ Angewendet auf den Bürgerhausbau spricht beispielsweise Schmidt davon, daß der *Rock oft dem Mann den Werth geben muss*, und fährt fort:

*Die Fassade oder Vorderseite eines Gebäudes ist dem Gesicht eines Menschen ähnlich – sie ist das erste was man zu sehen bekommt, und bestimmt daher unser erstes Urtheil vom ganzen Gebäude.*³⁸⁴

Andererseits wird in den ab etwa 1790 erschienenen Schriften auch eine wirkungsästhetische Bestimmung des Charakters der Gebäude versucht. Im Anschluß an die französische *caractère-*

382 Der ersten Klasse, d. h. den Häusern von 3 bis 4 Fenstern Breite, sind *Tuchmacher, Strumpfwirker, Leinweber, Kleider- und Handschuhmacher, Siebmacher, Täschner, Tabacksspinner, Tischler, Drechsler, Schlösser, Huf-, Nagel- und Zeugschmiede* etc. zugeordnet. Die zweite Klasse (5-7 Fenster) unterteilt sich in a) Gewerbe mit Ladenraum (*Huthmacher, Posamentirer, Nadler, Gürtler, Kürschner, Seiler, Buchbinder*), b) Gewerbe wozu besondere *Feuerungs-Anlagen* gehören (*Bäcker, Schlächter, Seidensieder, Kupferschmiede, Zinn- und Gelbgießer, Töpfer, Klempner* etc.), c) Gewerbe, welche Durchfahrten in den Häusern gebrauchen (*Stellmacher, Sattler, Rieme, Böttcher, Ackerbürger, Fuhrleute* etc.) und Gewerbe wozu Kesselfeuerungen gehören (*Tuchscheerer, Raschmacher, Färber, Weißgerber* etc.). Schließlich rechnet Berson zur dritten Klasse der über siebenachsigen Häuser *Kaufleute von Material-, Tuch- und Leinen-Handlung, Apotheker, Brauer, Brantweinbrenner, Gastwirthe, auch vermögende Privatleute, welche Wohnhäuser zu Mithswohnungen erbauen*. Ebenda.

383 Johann Caspar Lavaters *Physiognomische Fragmente* (1775-78) wurden hier auf die Architekturtheorie übertragen. Vgl. hierzu und zum Folgenden Philipp 1990, S. 44f.

384 Schmidt 1790-99, 1. Teil, S. 131.

Lehre und die Assoziationstheorien der englischen Sensualisten stehen hier die subjektiven Empfindungen des Betrachters im Zentrum des Interesses. Die durch die Gestaltung des Gebäudes hervorgerufenen Empfindungen müssen dem Charakter des Gebäudes entsprechen, seien dies nun, wie Gottlieb Huth 1794 schreibt, *Bewunderung, oder Ehrfurcht, oder Andacht, oder feierliche Rührung, oder Wollust und Jovialität*.³⁸⁵ Aufgabe der Architektur ist in diesem Verständnis nicht nur die angemessene Behausung des Menschen und seiner Bedürfnisse. Huth betont vielmehr,

*daß die Baukunst zur Erregung moralischer Eindrücke fähig ist, und daß sie folglich eine mächtige Wirkung auf die Veredelung des Menschen haben kann [...], daß sie als vollkommene Kunst es mit zum Zweck machen müsse, den Menschen zum Bestreben nach Vollkommenheit zu reizen und zu rühren.*³⁸⁶

Nach dieser Vorstellung kann die Baukunst über die Charakterisierung der Gebäude und die dadurch erzeugten Empfindungen nicht nur den Wohlstand eines Volkes befördern, sondern sie besitzt auch moralischen und pädagogischen Einfluß.

In Berlin, unter dem Einfluß der aufklärerischen Diskussionen und im Umfeld des im Oberbaudepartement und Oberhofbauamt versammelten baufachlichen Wissens, scheint man die Diskussion um den Charakter der Gebäude grundsätzlich stärker mit der Bauaufgabe Wohnhaus verknüpft zu haben als anderswo. Schon in der *Untersuchung über den Charakter der Gebäude*, die in Berlin wohl von einem hohen preußischen Beamten verfaßt wird, ist das städtische Wohnhaus neben dem Landhaus bevorzugter Untersuchungsgegenstand.³⁸⁷ Heinrich August Riedel nimmt die Idee vom moralischen Einfluß und letztlich sozialen Auftrag der Baukunst 1797 in seinem Aufsatz *Etwas über die schickliche Verzierung der Fassaden* auf und bezieht sie auf das Bürgerhaus. Mit hohem theoretischem Anspruch beschreibt er damit den Hintergrund, vor dem im Berlin der Jahre um 1800 jede Beschäftigung mit dem Thema Bürgerhaus gewertet werden muß. Riedel sieht eine wirtschaftliche Bedeutung der Bürgerhausfassaden, wenn er schreibt:

Ebenso tragen die Fassaden einer gantzen Stadt bey, dass sie mit Vergnügen bewohnt wird, dass die Fremden sie besuchen und darin verweilen, dass also die Stadt an Nahrung und Aufnahme durch sie gewinnen und verlieren kann.

Die Fassaden der städtischen Wohnhäuser sind ihm aber auch Mittel zur allgemeinen Geschmacksbildung:

Sie thun noch mehr, denn indem ihre Figuren, Verhältnisse, Zusammenordnung, ihr Anstrich u.s.w. öffentlich ausgestellt sind, gewöhnen sich die Augen der Künstler und Handwerker daran, und tragen solche auf ihre Arbeiten über, wodurch guter oder schlechter Geschmack allgemein werden kann.

385 Allgemeines Magazin für die bürgerliche Baukunst I, 1, 1789, S. 69.

386 Ebenda.

387 Zu dieser Vermutung der Urheberschaft vgl. Hanno Walter Kruft in seiner Einführung zum Reprint der *Untersuchungen*. In: *Untersuchungen* 1986, S. Vf.

Eng verknüpft mit der Idee des *guten Geschmacks* sieht Riedel den sittlich-moralischen Einfluß der äußeren Gestalt der Häuser:

Die Verzierung der Aussenseite ist zwar bey einem Hause nicht eigentlich nothwendig, aber sie ist gleichsam der Anzug desselben, von welchem man auf dessen Inneres ungefähr so schließt, wie von einem Anzuge eines Menschen auf dessen Wohlstand, Liebe zur Ordnung, oder Hang zur Nachlässigkeit.

Es gelte daher als ausgemacht, daß *derjenige, welcher Ordnung und Regelmäßigkeit im Äußern liebt, sie endlich zu allen seinen Handlungen nehmen* wird. Über die gute Gestaltung der Fassaden meinte Riedel den Charakter und die Sittenhaftigkeit der Bewohner verbessern zu können. Bessere Fassaden versprechen bessere Bürger.

Dergestalt mit grundlegenden gesellschaftspolitischen Funktionen aufgeladen, muß der Bauaufgabe Bürgerhaus ein gesteigertes öffentliches und staatliches Interesse zuwachsen. Das Mißbehagen des Ministers von Schroetter angesichts ostpreußischer Bürgerhausfassaden erscheint damit ebenso in einem anderen Licht wie die Aktivitäten des Oberbaudepartements. Sind die Fassaden schlecht, d. h. unordentlich, unregelmäßig oder unangemessen gestaltet, so empfindet man dies nicht nur als ästhetisches, sondern auch als gravierendes gesellschaftspolitisches Problem.

Als wichtigste gestalterische Ausdrucksmittel des treffend charakterisierten und angemessen geschmückten bürgerlichen Wohnhauses werden um 1800 Symmetrie und Einfachheit angesehen. Der besondere Stellenwert von Symmetrie, gemeint ist dabei immer die einfache Spiegelsymmetrie, als grundlegendes Entwurfs- und Gestaltungsprinzip bei Bürgerhäusern beruht zunächst auf der intensiveren Verknüpfung zweier Forderungen: der Forderung nach Festigkeit einerseits und der Forderung nach Regelmäßigkeit und letztlich Schönheit andererseits. In einem Kapitel zur *äußerlichen Schönheit bürgerlicher Wohngebäude* stellt Schmidt den Grundsatz auf, die Regelmäßigkeit, der *Grund der äußeren Schönheit an einem Gebäude*, entstehe durch *symmetrische Verteilung und gute Verhältnisse der einzelnen Theile*.³⁸⁸ Direkt im Anschluß betont er: *Die Wände müssen den Charakter der Festigkeit haben*. Es dürften daher keine großen Wandflächen über Öffnungen aufragen, und die *Fenster- und Eckschäfte* müssen genügend breit sein. Das Verhältnis von Fenster zu *Fensterschaft* solle mindestens zwei zu drei oder wenn möglich eins zu zwei betragen, nur dies würde *zureichend Festigkeit* anzeigen. Auch der Anstrich soll den Häusern, indem er den *natürlichen Farbton von Hausteinen* nachahmt, *äußerlich den Schein von Festigkeit* geben.³⁸⁹ Wie selbstverständlich gehört für Schmidt zur charaktergemäßen äußeren Schönheit eines Wohngebäudes auch eine vom Betrachter wahrnehmbare Festigkeit, die sich in einer regelmäßigen Verteilung der Fenster und funktionstüchtigen Breite der Pfeiler ausdrückt. Die Schönheit einer Bürgerhausfassade setzt zu allererst eine auf Festigkeit beruhende anschauliche Regelmäßigkeit

388 Mit deutlicher Betonung des funktionellen Aspekts fährt Schmidt fort: *Gute Verhältnisse entstehen, wenn die Theile das leisten können, wozu sie bestimmt sind, und ihre Größen in solchen Zahlen bestehen, welche man leicht überschauen und gegen einander vergleichen kann*. Schmidt 1790-99, 1. Teil, S. 131.

389 Schmidt 1790-99, 1. Teil, S. 158.

voraus. Ebenso grundlegend und mit der 'festen Regelmäßigkeit' unlösbar verbunden ist die Forderung nach Symmetrie:

*Die äußere Schönheit eines Gebäudes besteht ferner in der symmetrischen Vertheilung aller Theile, das ist in beständig gleicher Entfernung aller ähnlichen Theile von dem Mittelstrich des ganzen Gebäudes und von dem Mittelstrich aller Haupttheile, in welche das Gebäude unterschieden ist [...].*³⁹⁰

Dieser Aussage Schmidts hätte Berson ohne Zögern zugestimmt. Seine Auffassung von Symmetrie ist sogar noch genauer; noch enger verbindet er die Forderung nach 'fester Regelmäßigkeit' mit der nach symmetrischer Aufteilung:

*Die Vorderfront eines jeden Hauses muß regelmäßig oder symmetrisch, das heißt, die Fensteröffnungen müssen so eingetheilt werden, daß auf jeder Seite der Hausthür (wenn selbige in der Mitte ist) eine gleiche Anzahl Fenster kommt, oder wenn auf einer Seite, ein Fenster mehr einzutheilen ist, so muß dasselbe in einem Zurücksprunge oder Abschnitt der Façade angebracht werden.*³⁹¹

Anders als bei Schmidt, wo Grundsätze der Festigkeit im Kapitel über die äußere Schönheit der Bürgerhäuser auftauchen, behandelt Berson die *symmetrische Eintheilung der Vorderfront* programmatisch in einem Abschnitt über *allgemeine Grundregeln [...], welche bei neuen Bauten in Rücksicht der Solidität zu beachten sind.*³⁹² Symmetrie ist nicht in erster Linie für die Schönheit eines Gebäudes von Nöten, sondern sie gewährleistet dessen Festigkeit und Dauer. Konsequenter folgt Berson diesem so wichtigen Grundprinzip sowohl in seiner Beschreibung als auch in der Gestaltung der Fassaden. Im dritten Paragraph schreibt er:

*Die Fensteröffnungen in einem massiven Hause, besonders in massiven Vorderfronten, müssen symmetrisch eingetheilt werden, so daß auf jeder Seite der Hausthür, und auch in gleicher Entfernung von einem Mittel zum andern, eine gleiche Anzahl angebracht wird. Bei Wohnhäusern, wo die Hausthür in der Mitte steht und zu beiden Seiten eine gerade Anzahl Fenster [...] sich befindet, hat diese Eintheilung auch keine Schwierigkeit; wenn aber die Länge des Hauses oder die inneren Einrichtung desselben eine ungerade Anzahl, nämlich 3, 5, 7 Fenster zu beiden Seiten der Hausthür anzubringen erfordert, so muß die Hausthür oder der Thorweg entweder am Ende des Hauses angebracht, oder bei 5 und 7 Fenstern das 5te und 7te durch einen Zurücksprung von 2 bis 5 Zoll abgeschnitten werden, um dadurch die Symmetrie zu erhalten, in welchem Fall sodann die Hausthür in der Mitte des Wandvorlages oder Vorsprungs, und zu jeder Seite derselben 2 oder 3 Fenster zu stehen kommen.*³⁹³

390 Schmidt 1790-99, 1. Teil, S. 133.

391 Berson 1804, S. 18.

392 Berson 1804, Vorbericht.

393 Berson 1804, S. 44.

Die Bedeutung des Prinzips Symmetrie für den statisch richtigen Aufbau und die angemessene Charakterisierung der Bürgerhausfassade kann also in einigen Fällen zu einer unsymmetrischen Aufteilung der gesamten Straßenfront des Bürgerhauses führen. (Vgl. Abb. 37) Die gestalterisch abgesetzten Wandrücksprünge und nahezu ungestalteten vertikalen Wandstreifen in Bersons Fassadenentwürfen sind die Folge dieser konsequenten Auslegung der theoretischen Prämissen.

Schmidt, Berson und anderen geht es in ihren Anweisungen und Entwürfen um anschauliche Festigkeit, Regelmäßigkeit und Symmetrie. Letztendlich versuchen sie den vitruvianischen Kategorien Festigkeit (*firmitas*) und Bequemlichkeit (*utilitas*) an der Bürgerhausfassade gestalterische Qualitäten abzugewinnen. Um 1800 begrenzt die allgemein anerkannte Charakterlehre die traditionellen Gestaltungsmöglichkeiten eines Bürgerhauses. Das städtische Wohnhaus wird dem schönen Charakter zugeordnet, welcher Anmut und Reiz ausstrahlen sowie angenehme und sanfte Empfindungen bewirken soll. Eberhard faßt diese Vorstellung 1804 in folgende Worte:

*Soll uns ein Gebäude in sanfte Rührung versetzen durch den Anblick des Wohlstandes und eines zufriedenen und sorgenfreien Lebens, so wird sein Aeußeres und Inneres heiter und munter, ungeschmückt und einfach, aber reinlich und bequem seyn, [...].*³⁹⁴

Wie selbstverständlich verbietet es sich daher also nicht nur für Stieglitz, ein Bürgerhaus mit Säulen, Pilastern oder gar *Festons, Kränzen, aufgehängenen Tüchern, Cartouschen und ähnlichen Dingen* zu verzieren. Auch Schmidt kommt zu der Feststellung, daß sich über den *guten Geschmack* von Bürgerhausfassaden lediglich die Aussage machen lasse:

*Ein Gebäude von wirklich gutem Verhältniß ohne alle Verzierung ist nach dem Geschmack einiger Personen schön, und ein Gebäude mit Verzierungen, welche noch genug ebene Fläche übrig lassen, worauf das Auge ausruhen kann, und die zu besserer Vergleichung und leichterem Übersicht der Verzierung dienen, ist nach dem Geschmack anderer schön.*³⁹⁵

Die Pfeiler zwischen den symmetrisch verteilten Fenstern sollen mit einer angemessenen Breite jedoch nicht nur das statische Gefühl des Betrachters beruhigen. Derart ungeschmückte Wandflächen, von denen auch Berson und seine Berliner Kollegen sprechen, sollen außerdem die charaktergemäße Verzierung der Fassade erst richtig zur Geltung bringen, sie sind gleichsam Teil derselben. Nur innerhalb einer wohl geordneten, übersichtlichen und einfach gestalteten Fläche dienen Verzierungen dem Schmuck der Fassade, denn *alle Überladung der Zierathe ist fehlerhaft, weil eine Verwirrung dadurch entsteht.*³⁹⁶

Bei der Beschreibung ihrer Entwürfe für Bürgerhäuser benutzen die Autoren immer wieder und fast stereotyp den Begriff der Simplität: Stieglitz zeigt ein *ganz einfaches Haus*,³⁹⁷ Schmidt bildet

394 Eberhard, 3. Teil (1804), S. 198.

395 Schmidt 1790-99, 1. Teil, S. 137.

396 Ebenda.

397 Stieglitz 1792-98, Bd. 5, Tafel XIX.

Fassaden ab, die *zwar sehr einfach, aber doch gut in die Augen fallend verziert* sind,³⁹⁸ und Bersons Fassaden sind, wie er immer wieder betont, *ganz einfach verziert*.³⁹⁹ Zu dieser Einfachheit gehören nicht nur die Geschlossenheit und Flächigkeit der Wand, sondern auch die einfache geometrische Figur, die kubische Form und die gerade Linie. Die dementsprechend blockhaften Verdachungen und Sohlbänke, geraden Fenster- und Türstürze oder breiten glatten Bänder sollten zu Erkennungsmerkmale der um 1800 entstandenen Bürgerhäuser werden. Umständlich, aber ohne dies zu begründen, erläutern Berson, wie man an den Fassaden krumme Linien etwa bei den Stürzen über den Fenster-, Tür- und Toröffnungen verhindert. Zu seiner dritten Kupfertafel schreibt er:

In diesem Aufriss ist zwar über dem Thorweg kein gewölbter Bogen, sondern ein gerader Sturz angedeutet, welches jedoch in der Art zu verstehen, dass hinter diesem Sturz die Oeffnung überwölbt wird.

Krumme Linien und Bögen, die wie Segment- oder gar Korbbögen keinen exakten Halbkreis beschreiben, werden an der Fassade vermieden. Wenn nötig, täuscht man die geraden Stürze durch Kaschierung der statisch notwendigen Bogenform vor.⁴⁰⁰

Wie die Forderung nach Ordnung, Regelmäßigkeit und Festigkeit der Fassade letztlich auf ein geordnetes bürgerliches Leben zielt, so ist auch das Streben nach Simplizität, schlichter Flächigkeit, gerader Linie und klarer kubischer Form in der Regel mit moralisch-tugendhaften Vorstellungen über bürgerliches Leben verbunden. Nur selten jedoch wird dieser Zusammenhang so deutlich angesprochen wie von Joseph Friedrich Freiherr von Racknitz. In seinen *Briefen über die Kunst* findet sich 1792 die vergleichende Abbildung zweier Wohnhäuser: Oben erkennt man das streng regelmäßige Bürgerhaus wieder, wie es auch von Schmidt, Berson und Riedel gefordert wurde. Darunter gibt Racknitz jenem *altväterisch, kraus* und *burlesque* verzierten Bürgerhaus eine gültige Gestalt, das alle Architekturschriftsteller des ausgehenden 18. Jahrhunderts so leidenschaftlich bekämpft haben. Ausdrücklich will Racknitz mit dieser entlarvenden Gegenüberstellung die moralisch-tugendhafte Bedeutung der geraden Linie begründen, denn nur die gerade Linie könne die *Ideen der Regelmäßigkeit und Dauer* erwecken.⁴⁰¹ Alles Krummlinige erscheint flatterhaft, unstet und ungeordnet. Unweigerlich muß man bei dieser Gegenüberstellung an Daniel Chodowieckis Zyklus über *Natürliche und affectirte Handlungen des Lebens* denken, der 1778 entsteht. Gleich im ersten Bildpaar, *Natur* und *Affection*, bringt Chodowiecki den auch von Racknitz verbildlichten aufklärerischen Wertekanon zum Ausdruck, der unausgesprochen hinter all der *Simplicität* der um 1800 entworfenen Bürgerhäuser steht.

398 Schmidt 1790-99, 2. Teil, S. 73.

399 Berson 1804, S. 22 (Erläuterung zu Kupfertafel 1), S. 26 (Kupfertafel 3) usw..

400 Ähnlich verfährt Heinrich Karl Riedel, an einem von ihm modernisierten alten Haus, wo er den *halben Bogen der Einfahrt herausheben* und durch einen geraden Sturz ersetzen läßt, der nun aufwendig durch *eiserne Stangen* und *Hänge-Anker* gegen die *Sackung der darauf ruhenden Last* gesichert werden muß. Riedel 1803-10, 7. Heft, Erläuterung zur IV. Tafel. Vgl. auch Baier 2002, S. 80f.

401 Racknitz (1792), I, S. 42ff. Hier zitiert nach Philipp 1997, S. 145. Auch in den *Untersuchungen* wird der *flache Bogen* der *gewölbten Fenster und Türen* als *äusserst matt* und als *belachenswerther Bettelstolz* beschrieben. Untersuchungen 1986, S. 84.

Doch liegt der Einfachheit der Form nicht immer ausschließlich der moralisch-edukative Impetus der neuen Architektur zugrunde. Bei zwei Autoren aus dem Oberbaudepartement, Heinrich August Riedel und Berson, findet sich die charaktergemäße Bestimmung des einfach, ernst und angenehm zu gestaltenden Bürgerhauses zu einer Kargheit gesteigert, die ausdrücklich dem provinzialstädtischen Umfeld entsprechen soll.⁴⁰² So empfiehlt Riedel den Bürgerhausentwurf, den er seinem Aufsatz über die *Schickliche Verzierung der Gebäude* beigefügt, ausdrücklich zur Nachahmung in der Provinz.

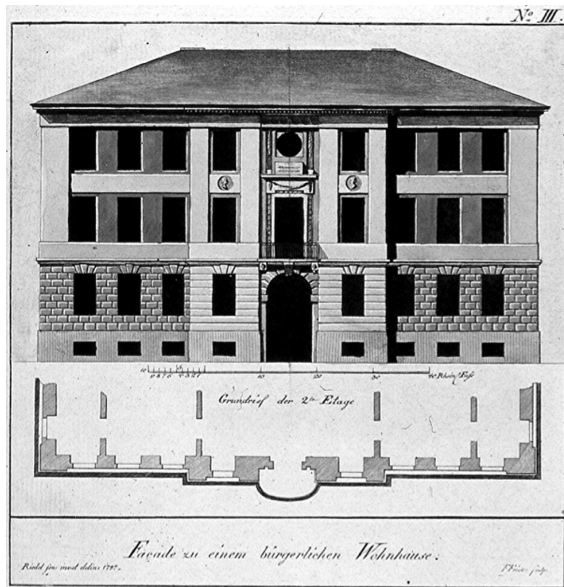


Abb. 38: Heinrich August Riedel: Hausentwurf für *durch Stand und Reichthum ausgezeichnete Personen [...] in mittelmäßigen Städten*, aus: *Sammlung Nützlicher Aufsätze*, Heft 2, 1797

Auf einen provinzialstädtischen Adressatenkreis beziehend, erläutert Riedel, er habe daran *mit Calcül* nur wenige, kleine und einfache Verzierungen angebracht, damit *die Arbeit nicht sehr schwierig sey*.⁴⁰³ Noch deutlicher formuliert Berson diesen Gedanken in seiner *Instruktion*, richtet sich diese doch an die *Provinzialstädte, besonders von der geringern Klasse*.⁴⁰⁴ Im § 54 legt er daher fest: *Indessen bedürfen die Häuser in den Provinzialstädten auch nur ganz einfacher Verzierungen*.⁴⁰⁵ Zwar verziere man Bürgerhausfassaden generell auch mit *Stukkatur- und Bildhauer-Arbeiten*, so Berson weiter,

allein da in Provinzialstädten nur selten Künstler zu erhalten sind, die dergleichen Verzierungen verfertigen, so muss man sich ohne sie behelfen, oder nur solche anbringen, welche die Maurer nach einer Zeichnung im Grossen anfertigen können, und diese bestehen in einzelnen oder fortlaufenden, auf der glatten Wand vertieften, in den Putz eingeschnittenen Verzierungen [...]. Dergleichen eingeschnittene Verzierungen [...] schicken sich vorzüglich für Häuser in den Provinzialstädten, weil sie mit wenigen Kosten vom Maurer angefertigt werden, so wie selbige auch die geradlinichten Konsols unter den Fenster- und Thürverdachungen, imgleichen

402 Vgl. dazu auch Baier 2002.

403 Riedel 1797, S. 50.

404 Berson 1804, Vorbericht.

405 Ebenda, S. 82ff.

Sohlbänke, Modillons unter den Hauptgesimsen, ebenfalls nach Vorschrift aus Stuck, oder Gips verfertigen oder in Form gießen.

Offensichtlich strebt man in Preußens höchster Bauverwaltung gemeinschaftlich nach einer Formensprache, die den Charakter eines provinzialstädtischen Bürgerhauses auszudrücken vermag, die dem Stand, Vermögen und gewerblichen Platzbedarf seiner Bewohner angemessen ist und darüber hinaus modern, d. h. durchaus individuell gestaltet sein soll. Nicht zuletzt muß sie sich durch eine besondere Einfachheit auch der Verzierungen auszeichnen, damit diese auch von den weniger geübten Handwerkern der Provinz richtig umgesetzt werden können. Der aufklärungsoptimistische Glaube an die moralisch-sittliche Kraft der Architektur und an den durch Differenzierung der obrigkeitlichen Regulierungsmethoden zu erreichenden Grad an baulich bestimmter Ordnung der bürgerlichen Gesellschaft ist hier auf den Höhepunkt getrieben.

Die von Krug und Humboldt formulierte Vorstellung, die Wirksamkeit des Staats auf seine negativen Pflichten zu beschränken, war grundsätzlich mit einer größeren Wertschätzung des Individuums und seiner wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung im Staatsverband verknüpft. Die städtebautheoretischen Forderungen nach Mannigfaltigkeit und gestalterischer Hervorhebung des einzelnen Hauses scheinen dieser Aufwertung Rechnung zu tragen. Durch die Forderung, jede einzelne Bürgerhausfassade in sich symmetrisch zu gestalten und in ihrem Aufbau und Schmuck möglichst exakt auf Stand, Gewerbe, Wohlstand und Ansehen des Hauseigentümers zu beziehen, diesen damit so genau wie möglich zu charakterisieren, wurde das einzelne Bürgerhaus zwangsläufig aus seiner rigiden städtebaulichen Einbindung gelöst. Für die städtebaulichen Konzepte bedeutete die Höherwertung des individuellen, charaktergemäßen Ausdrucks jeder einzelnen Bürgerhausfassade eine besondere Herausforderung, war damit doch die bisher den Stadtraum konstituierende geschlossene Blockrandbebauung in Frage gestellt. Freistehende, nur mittels Tordurchfahrten verbundene Häuser, die entsprechend ihrer Größe und ihres künstlerischen Anspruchs angeordnet sind, waren das vorherrschende städtebauliche Konzept zur gestalterischen Bewältigung der Forderung nach Individualisierung. Auch Umfang und Art und Weise der theoretischen Beschäftigung mit dem Bürgerhaus sind von der veränderten Beurteilung des Individuums getragen. Das bürgerliche Wohnhaus wird gerade in der Vielfältigkeit seiner Gestalt zum Gegenstand der Theorie, muß es doch den fast unendlich verschiedenartigen, sich ständig vermehrenden und differenzierenden Ansprüchen der Bürger genügen.

Die um 1800 im Zusammenhang mit der Idee eines auf seine negativen Pflichten reduzierten Staates formulierten Forderungen stellten das Bürgerhaus jedoch nur auf den ersten Blick von obrigkeitlichen Zwängen frei. Zur Verwirklichung der feuerpolizeilichen, hygienischen, ästhetischen und städtebaulichen Anforderungen an ein privates Wohnhaus forderte Stieglitz in Übereinstimmung mit der Mehrzahl seiner Zeitgenossen weiterhin eine gut funktionierende *Bau-Policey*, welche die Umsetzung der in den *Bau-Ordnungen* und *Bau-Reglements* festgehaltenen Vorschriften zum *dauerhaften, feuerfesten, ordentlichen und schönen* Bau scharf überwachen sollte. Verantwortlich für eine *gute Bau-Policey* war immer noch die Obrigkeit, hier nicht die bürgerliche Selbstverwaltung, sondern die regionalen und örtlichen Vertreter der Zentralmacht. In dem 1794 nach jahrelanger öffentlicher Diskussion publizierten *Allgemeinen Landrecht für die preußischen Staaten* wurde diese

Praxis nochmals bestätigt.⁴⁰⁶ Die Obrigkeit hatte demnach auch für die ästhetisch befriedigende Gestaltung der Häuser zu sorgen. Es gehörte zu ihren verbrieften Aufgaben, die Forderungen der zeitgenössischen Theorie nach Mannigfaltigkeit sowie nach charakterentsprechender und individueller Gestaltung der Bürgerhäuser umzusetzen. Das gewünschte Ergebnis formulierte Stieglitz so:

*Sollen Straßen schön ins Auge fallen, so dürfen Zierrathen nicht verschwendet werden. Simplicität, hin und wieder etwas Vernachlässigung, Zierlichkeit und Pracht, müssen verknüpft werden. Von Vernachlässigung soll man zur Simplicität, von dieser zur Zierlichkeit, und von dieser zur Pracht fortschreiten.*⁴⁰⁷

Doch wie kann ein Hausbesitzer dazu gebracht werden, sich ein Haus zu bauen, und es absichtlich weniger zierlich und prachtvoll als seine Nachbarn zu gestalten, sich in der Öffentlichkeit der Straße selbst ein ärmlicheres Ansehen zu geben, oder geben zu lassen? Muß er sich nicht, so mit einer individuellen Erscheinung 'versorgt', weiterhin als *Sklave* und *charakterlose Maschine* (Eberhard) vorkommen?

Das dem Charakter seiner Bewohner entsprechende, individualisierte Bürgerhaus war, dies wird hier deutlich, auch um 1800 ein Instrument obrigkeitlicher Ordnungspolitik. Die ordnungspolitisch relevante Schicklichkeit einer Bürgerhausfassade wurde nicht mehr aus der Entsprechung zur Standeszugehörigkeit des Bewohners abgeleitet. Anhaltspunkte waren nun wirtschaftlichen und finanziellen Möglichkeiten des Bewohners, sein Gewerbe, sein Anspruch an Bequemlichkeit und die Übereinstimmung mit dem herrschenden "guten Geschmack". Die aus der Charakterlehre und den Ideen der Wirkungsästhetik abgeleitete obrigkeitliche Zuweisung formaler Eigenschaften an ein Bürgerhaus war engstens mit dem moralisch sittlichen Idealbild eines guten Bürgers verbunden. Der Bürger sollte sich ein Haus bauen, das *heiter und munter, ungeschmückt und einfach, aber reinlich und bequem* (Eberhard) ist, damit dieses ihn nicht nur angemessen beherbergen und in der Öffentlichkeit repräsentieren, sondern auch seine eigene und die Lebensweise seiner Nachbarn positiv beeinflussen könne. Bürger und Haus, so das Konzept, sollten sich in ihren moralisch-sittlichen Werten wechselseitig unterstützen.

Wohlstand als Ausdruck ordentlichen bürgerlichen Wirtschaftens und "guter Geschmack" als Ausweis der Zugehörigkeit zur neuen Elite der *gebildeten Privatleute* wurden zum allgemein gültigen Ideal und zum notwendigen Unterscheidungs- und Ordnungsmerkmal innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft. Auf der Suche nach neuen Ordnungskriterien für die sich auflösende feudale und sich herausbildende bürgerliche Gesellschaft, sah die Verwaltungselite Preußens in der individualisierten

406 Der achte Titel des ersten Teils, der *Vom Eigenthum* handelt, legt im Abschnitt *Einschränkungen des Eigenthümers bey dem Bauen* fest: § 65. In der Regel ist jeder Eigenthümer seinen Grund und Boden mit Gebäuden zu besetzen oder sein Gebäude zu verändern wohl befugt. § 66. Doch soll zum Schaden und zur Unsicherheit des gemeinen Wesens, oder zur Verunstaltung der Städte und öffentlichen Plätze, kein Bau und keine Veränderung vorgenommen werden. § 67. Wer also einen neuen Bau in Städten anlegen will, muß davon zuvor der Obrigkeit zur Beurtheilung Anzeige machen. [...] § 71. In allen Fällen, wo sich findet, daß ein ohne vorherige Anzeige unternommener Bau schädlich oder gefährlich für das Publikum sey, oder zur groben Verunstaltung einer Straße oder eines Platzes gereiche, muß derselbe nach der Anweisung der Obrigkeit geändert werden. Hattenhauer 1996, S. 106.

407 Stieglitz 1792-1798, Teil 5 (1798), S. 112.

Bürgerhausfassade zugleich den Ausdruck einer neuen Zeit und das Mittel zur ästhetischen und sozialen Ordnung der sich verändernden Gesellschaft.

Das provinzialstädtische Bürgerhaus im Wiederaufbau Zehdenicks 1801-1806.

Die bauliche Beschaffenheit Zehdenicks vor dem Brand

Im 16. und 17. Jahrhundert war Zehdenick bei mehreren großen Bränden jedesmal fast *gänzlich abgebrannt*.⁴⁰⁸ Über all diese Katastrophen hinweg bewahrte der Stadtgrundriß jene Form, die sich im Mittelalter ausgebildet hatte. 1801 hielt der Baukonduktor Wöhner diesen Stadtgrundriß in einer detaillierten Zeichnung fest.⁴⁰⁹

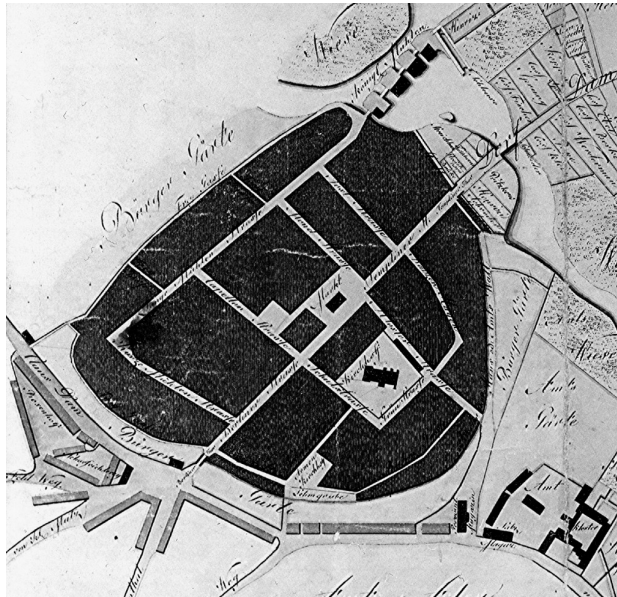


Abb. 39: Baukonduktor Wöhner: Plan der Stadt Zehdenick und der Dörfer Kamp, Damm und Hast sowie selbige am 27. May 1801 abgebrannt sind

Die wesentlichen Merkmale beschrieb Bratring folgendermaßen:

*Die Stadt hatte drei Thore [...]. Sie hatte einen ziemlich großen Marktplatz, eine Hauptstraße und 8 Nebenstraßen. Die Hauptstraße ward die Berliner Straße genannt, und war die Einzige in dem ganzen Ort, die noch so ziemlich breit war. Die übrigen aber waren größtentheils sehr schmal.*⁴¹⁰

Die vom Berliner zum Templiner Tor verlaufende, ca. 4 Ruten (etwa 15,00 m) breite Berliner Straße beherrschte folglich als Hauptstraße den Grundriß. Doch führte sie nicht geradlinig durch die Stadt.

408 Nach Bratring brannte es 1553, 1569, 1631, 1687 und 1704. Bratring 1801, S. 786.

409 GStA PK, XI. HA Karten, Plankammer der Regierung Potsdam, E 821.

410 Bratring 1801, S. 777f.

Am Marktplatz, genau am Gebäude der Apotheke, unterteilte eine Richtungsänderung die Straße in zwei Abschnitte. Auch die mit Bürgermeisterstraße (Marktstraße) und Klosterstraße angedeutete, von Ost nach West verlaufende Querachse versprang an dieser Ecke des Marktes um etwa zwei Meter. Fast in der Mitte der Stadt war an die Berliner Straße links und rechts je ein Platz angegliedert. Westlich lag der Marktplatz, östlich, durch eine Gruppe von Bürgerhäusern abgetrennt, der Kirchplatz. Auf dem Marktplatz stand quer zur Berliner Straße und mit der Giebelseite bis fast an die Straße gerückt das alte Rathaus, das größer war als das nach dem Brand erbaute. Um einiges weitläufiger als der Marktplatz war der die Kirche umgebende Platz, der noch 1801 als Friedhof genutzt wurde. Beide Plätze hatten, obwohl sie annähernd rechteckig waren, keine wirklich regelmäßige Form. Nahezu parallel zur Berliner Straße verlief im Osten die Mühlenstraße. Nur auf dieser Seite war das sonst in den Städten des ostelbischen Kolonisationsgebietes vorherrschende Straßenraster in Ansätzen erkennbar: Poststraße, Bürgermeisterstraße, Kapellenstraße und Herrenstraße verliefen geradlinig zwischen Berliner und Mühlenstraße, so daß sich annähernd rechteckige Baublöcke bildeten. Östlich der Berliner Straße gab es keine parallel zur Hauptstraße verlaufende Straße und kein Straßenraster. Außer der Klosterstraße und der Schulstraße existierten hier nur schmale Gassen: Hospitalstraße, Hirtenstraße und Kathagen. Die beiden letzteren orientierten sich in ihrem stark gekrümmten Verlauf deutlich an den Außengrenzen der Stadt. Der mittelalterliche Stadtgrundriß zeigte durchaus Ansätze einer planmäßigen Anlage. Insgesamt aber war er mehr durch die zahlreichen Unregelmäßigkeiten geprägt.

Neben Kirche und Rathaus gab es nur wenige öffentliche Gebäude. Das alte Hospital lag in der Flucht der Berliner Straße, unmittelbar am Templiner Tor. Inspektors-, Diakonats- und Schulgebäude befanden sich am Kirchplatz. Außer dem Friedhof um die Kirche bestand ein weiterer, der *Armenkirchhof*, in der nordöstlichen Ecke der Stadt. Es gab keine Stadtmauer, wohl aber Tore mit massiven Pfeilern, einige sehr starke, aus Feldsteinen bestehende Türme⁴¹¹ und einen schmalen Wassergraben.

Merians 1631 veröffentlichte Ansicht Zehdenicks zeigt eine weit auseinander gezogene, ländlich anmutende Siedlung mit den dominierenden Schwerpunkten *Ambt*, *Jungfrau Kloster*, *Statt Kirche* und *Schloss*. Die in zahlreiche Bäume eingebetteten und von einem Palisadenzaun und mehreren Wasserläufen eingeschlossenen Fachwerkhäuser der Stadt erscheinen überwiegend eingeschossig und sowohl giebel- als auch traufständig, sind aber nicht näher charakterisiert.

Nach einer *Quartier-Liste* des Jahres 1809 gab es etwa 120 halbe Erben, auch als *Buden-Hauß*-Stellen bezeichnet, und rund 150 ganze Erben oder *Erb-Hauß*-Stellen.⁴¹² Im Gegensatz zum Stadtgrundriß und den grundsätzlichen Qualitäten der Bürgerstellen hatte kaum ein älteres Bürgerhaus die dichte Folge großer Feuerkatastrophen im 16. und 17. Jahrhundert überstanden. Die 1801 abgebrannten Häuser waren daher überwiegend wenig älter als 100 Jahre. Selbstverständlich

411 Vgl. dazu Müller 1996.

412 Nach den 1801 neu angelegten Hypothekenbüchern gehörte zu einem *Buden-Hauß* nur ab und zu ein Garten hinter dem Haus, während zu einem *Erb-Hauß* regelmäßig mindestens *Ein Land- und zwey Graß Kaveln* gerechnet wurden. BLHA Bornim, AG Zehdenick, Hb Zehdenick, Bd. 1ff.

gab es vor dem Brand Giebelhäuser. Der Bauinspektor Sensse und der Baukondukteur Wöhner betonten im Juni 1801, daß *die mehrsten großen Häuser mit dem Giebel an die Straße gestanden haben, und mit der Länge nach hinter raus gegangen sind.*⁴¹³ Während vor allem viele der großen Häuser der Kaufleute und wohlhabenden Bürger mehrgeschossige Giebelhäuser waren, zeigte sich ein Großteil der kleineren Häuser traufständig. Nach Bratring zählte man im Jahre 1800, kurz vor dem Brand, 279 Häuser.⁴¹⁴ Er berichtet weiter:

*Das Städtchen war, als eine Landstadt betrachtet, ziemlich gut gebauet; zwar ganz und gar von Holtz, mit steinernem Fachwerk, aber den Gewerben der Bewohner angemessen.*⁴¹⁵

Die Zehdenicker Bürgerhäuser waren demnach ausschließlich Fachwerkbauten, die meisten mit einer Ziegel-, nicht wenige aber noch mit einer Lehmstakenausfachung. Über die Hälfte der Häuser hatte noch Stroh- beziehungsweise Holzschindeldächer und fast ebenso viele waren nur eingeschossig.⁴¹⁶ Dieses im ganzen wenig städtische Bild runden die mehrfachen Hinweise auf eingehegte Vorgärten direkt vor den Häusern ab. Nicht nur vor dem Haus der wohlhabenden *Amtmännin Lufft* direkt am Markt gab es ein von einem *Estaquet umgebenen Gartenfleck*.⁴¹⁷ Diese Vorgärten waren so verbreitet und beliebt, daß beim Wiederaufbau vorgeschrieben werden mußte, *keine Gärten wieder vor den Häusern anzulegen*.⁴¹⁸

Im übrigen unterschied sich der Bestand an Bürgerhäusern nicht wesentlich von dem Zustand Templins vor dem Brand von 1735. Dies gilt bis hin zu den Gängen zwischen den Häusern.⁴¹⁹ Dennoch ist die bauliche Ausgangslage in Zehdenick nur eingeschränkt mit der 65 Jahre zuvor in Templin gegebenen vergleichbar, vor allem die städtebaulichen Vorgaben waren weitaus schlechter. Das Straßenraster war weniger ausgeprägt, die Straßen und Gassen waren verwinkelter und enger. Zudem gab es, was die Feuergefährlichkeit weiter erhöhte, noch eine große Zahl strohgedeckter Gebäude und hölzerner Zäune vor den Häusern. Vielfach wurde gerade in den engen Gassen Arbeits- und Brennmaterial direkt auf der Straße gelagert. Immerhin aber versperrte keine Stadtmauer den Weg für eine beim Wiederaufbau eventuell zur Regulierung notwendige Stadterweiterung.

413 Schreiben an den Steuerrat Laue vom 1. Juni 1801. Zehdenick Stadtarchiv, Archivnummer 78, Bl. 268f.

414 Bratring 1801, S. 777.

415 Ebenda.

416 *Spezial-Nachweisung [...] in Classen nach Normal-Anschlägen*, Zehdenick Stadtarchiv, Archivnummer 78, Bl. 251-263.

417 Immer wieder wurde nach dem Brand davon gesprochen, die alten Häuser seien mit *hölzernem Gitterwerk* umgeben. Bratring 1801, S. 777.

418 GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. I, Bl. 188f.

419 Zu diesen wurde beim Wiederaufbau bemerkt: *Die bisher zwischen zwei Häusern mehrentheils statt gefundenen Lücken und zwischen Räume fallen gänzlich weg.* Abschrift des Berichts Laues von der Konferenz an die Kurmärkische Kammer vom 11. Juni 1801. GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. I, Bl. 82.

Der „totale Brand“ vom 27. Mai 1801 und die ersten Spenden

Der 27ste May 1801 war der schreckenvolle Tag der das Schicksal von 3123 Personen, mit Inbegriff von 790 Kindern, auf eine so drückende Art entschied [...] Bei diesem großen Brande verloren zugleich 7 Menschen [...] ihr Leben und 792 Gebäude wurden an diesem unglücklichen Tage völlig in die Asche gelegt.

So beginnt ein längerer Bericht über das Zehdenicker Unglück.⁴²⁰ Tragische Todesfälle werden darin ebenso mitfühlend geschildert wie die *bewunderungswürdige* Rettung eines *unschuldigen, mitten in den Flammen erhaltenen Kindes*. Aber auch die Gründe der Feuerkatastrophe – die engen, zudem mit brennbaren Materialien verstellten Gassen, die leicht brennbaren Fachwerkhäuser und besonders die mit Holzschindeln gedeckten Dächer – werden benannt. Der Report endet mit den Worten:

*Dies traurige Schicksal traf diese sonst blühende Stadt. – In noch nicht vollen 10 Stunden war sie gänzlich vernichtet, und nur traurige Überbleibsel ehemaliger Wohnungen, ragen anjetzt über Schutthaufen, zur schaudervollen Rückerinnerung hervor.*⁴²¹

Wie schon 1787 der Neuruppiner Brand fand auch der Zehdenicker vor allem in Berlin sofort größtes Mitgefühl.⁴²² Die hier zitierte Schrift wurde zusammen mit einem schematischen Stadtgrundriß und einer *Ansicht von der Abendseite* wenige Wochen nach dem Brand in Berlin von *einigen Menschenfreunden [...] zum Besten der durch den totalen Brand so unglücklich gewordenen Einwohner Zehdenicks* herausgegeben. Sie offenbart den romantischen Geist der bürgerlichen Solidarität, der den gesamten Spendenprozeß kennzeichnete. Nicht nur die Spendensammlung organisierten die Berliner Bürger privat, sie bestanden auch darauf, die Verteilung dieser *milden Gaben* in Zehdenick nach den von ihnen entworfenen, gerechten Maßgaben selbst durchzuführen und darüber in der Berliner Öffentlichkeit eine *umständliche Rechnung* abzulegen.⁴²³ Selbst der König sah sich in dem allgemeinen Gefühl des *menschenfreundlichen Mitleids* gedrängt, diese bürgerlich-selbstbestimmte, vor allem über die Zeitschriften, Zeitungen und bürgerliche Gesellschaften initiierte Spendenaktion mit immerhin *2000 Thalern in Friedrichsd'or* persönlich zu unterstützen.⁴²⁴ Selbstverständlich kam die Hilfe nicht nur aus Berlin. Vor allem die in der Nähe Zehdenicks liegenden

420 *Einige Nachrichten von dem großen Brande zu Zehdenick am 27sten May 1801. Gesammelt und mit einem Plane zum Besten der daselbst Abgebrannten herausgegeben von einigen Menschenfreunden in Berlin*, Berlin 1801. U. a. erhalten in: Stadtarchiv Zehdenick, Archivnummer 474.

421 Stadtarchiv Zehdenick, Archivnummer 474, Bl. 1ff.

422 Zur Haus- und Kirchenkollekte für Neuruppin, die maßgeblich vom König und seiner Verwaltung initiiert war, vgl. Reinisch 2001, S. 13.

423 Die *Berlinischen Nachrichten von Staats- und Gelehrten Sachen [...]* veröffentlichten am 4. Juni eine erste Liste mit Spendern und ihrer Spende und riefen auf, weiterhin Spenden *in den angegebenen Häusern* der Herren Gerresheim, Hartung, Koppen, Sander usw. abzugeben. Am 19. Juni, als in derselben Zeitung die Verteilung der Gelder angekündigt wird, versichern die Initiatoren, über die gesammelte Summe und deren Verteilung eine *umständliche Rechnung* abzulegen.

424 Ein Mitglied der jüdischen Gemeinde Berlin stand dem König wenig nach und spendete 500 Taler. Dies und die folgende Zahlenangabe aus: *Berlinischen Nachrichten von Staats- und Gelehrten Sachen [...]*, Ausgabe vom 19. Juni 1801.

Dörfer, Städte und Gutsherrschaften halfen in den ersten Tagen mit Lebensmitteln und Kleidern, später auch mit Geldspenden.⁴²⁵

Obwohl das Spendenergebnis ohne Frage beachtlich war, gerüchteweise war von über 30.000 Talern die Rede, spielte es für den Wiederaufbau kaum eine Rolle. Bei einem Gesamtschaden von 509.617 Talern konnten durch solche *milden Gaben* nur die *allernötigsten ersten Bedürfnisse* befriedigt werden.⁴²⁶

Der Wiederaufbau

Wie seit Ende des 17. Jahrhunderts üblich, wurden abgebrannte Städte in Preußen auch noch um 1800 mit teilweise beträchtlicher staatlicher Unterstützung wieder aufgebaut. Ob den Zehdenickern und den beteiligten Beamten der Wiederaufbau der benachbarten Städte Gransee (nach 1711) oder Templin (nach 1735) noch gegenwärtig war, ist fraglich. Präsent war aber allen Beteiligten neben den zahlreichen zeitnahen Wiederaufbauprozessen in Seelow (nach 1788), Altruppin (nach 1792) oder Lebus (nach 1801) vor allem das Neuruppiner Retablissement, bei dem nach 1787 mit immenser finanzieller Unterstützung ein Muster geschaffen worden war, an dem sich alle künftigen Wiederaufbauprojekte messen lassen mußten.⁴²⁷ Folgerichtig war es eine der ersten Handlungen des zuständigen Steuerrats Georg Friedrich Laue, sich bei seinem für Neuruppin zuständigen Amtskollegen von Lindenau zu erkundigen, wie man einen solchen Wiederaufbau am erfolgversprechendsten angehen müsse.⁴²⁸ Dabei interessierten ihn vor allem Fragen der Finanzierung und des Bürgerhausbaus.

Von Beginn an stand fest, daß nicht nur die städtebauliche Disposition der wiederaufgebauten Stadt, sondern auch der Bau jedes einzelnen Bürgerhauses grundlegend von den Modalitäten und dem Verlauf des gesamten Retablissements geprägt sein würde. Doch konnten diese bei aller Routine der Verwaltung im Umgang mit derartigen Ereignissen nur in einer Diskussion zwischen Bürgerschaft und Magistrat, Steuerrat, Kurmärkischer Kammer und Kurmärkischem Departement festgelegt werden. Die politische und wirtschaftliche Situation Zehdenicks, der Uckermark und Preußens insgesamt waren hierbei von grundlegender Bedeutung.

Politische und wirtschaftliche Voraussetzungen

Anders als die zielgerichtete und konsequente Vorgehensweise ihrer Vorgänger, besonders Friedrich Wilhelms I., war die Städtepolitik Friedrich Wilhelms II. und mindestens bis 1806 auch die Friedrich

425 Mehrfach genannte Spender waren etwa Prinz Heinrich aus Rheinsberg und die Städte Lindow, Neuruppin, Templin, Prenzlau usw..

426 Zur Schadensaufrechnung: *General Nachweisung [...]*, einem Schreiben des Steuerrats Laue an den Minister von Voß vom 14. Juni 1801 anliegend. GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. I, Bl. 76ff.

427 Zur Finanzierung des Neuruppiner Retablissements von 1786-1803 vgl. Reinisch 2001, S. 208ff. und Jaeckel 1999, S. 308-314.

428 Schreiben Laues an von Lindenau vom 1. Juni und dessen Antwort vom 8. Juni 1801. Zehdenick Stadtarchiv, Archivnummer 78, Bl. 22f.; Bl. 32ff.

Wilhelms III. zögerlich, lavierend und mehr das Alte bewahrend als bewußt Neues formend. Die Gewißheit, mit der man zuvor das Glück des Staates und seiner Bewohner in straffer Organisation, möglichst weitgehender Subordination und staatswirtschaftlicher Lenkung gesehen hatte, war wenigstens teilweise dahin. Stetig zunehmend mit der Erstarrung und Verhärtung der Politik in den letzten Jahren der Regierung Friedrichs II., wurde die Notwendigkeit von Reformen spätestens nach den Ereignissen der Französischen Revolution unübersehbar, das Beharren auf dem Alten immer gefährlicher und schwieriger. Sowohl innerhalb der staatlichen Verwaltung, als auch in den Bürgerschaften der Städte gab es in dieser Situation zwei Grundpositionen: Suchten die einen nach Neuordnung und Veränderung der alten Strukturen, so waren die anderen bestrebt, mit aller Macht an der überkommenen Ordnung festzuhalten.

Ausgangspunkt der Entwicklung im letzten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts war auch in der Uckermark das im Sinne absolutistischer Machtausübung eingespielte Zusammenwirken von Kurmärkischer Kammer, Steuerrat und Magistrat. Die Amtswege waren etabliert, die Statistik auf hohem Niveau und selbst für Katastrophen, wie die totale Zerstörung einer Stadt durch Brand, hatte man innerhalb der Verwaltung wirksame und effektive Strategien entwickelt. So festgefügt aber diese Verwaltungshierarchie auch scheinen mag, sie war immer wieder vor allem von der lokalen Ebene her bedroht. Die Magistrate strebten in den Immediatstädten nicht selten zu „unumschränkter Selbstherrschaft“, und die Stadtverordneten waren oft zu bloßen Handlangern des Magistrats geworden.⁴²⁹ Dies rief regelmäßig den Widerstand der Bürgerschaften hervor. Wie Liselott Enders betont, war der „bürgerliche Selbstbehauptungswille“ auch im absolutistischen Staat nie ganz verloren gegangen. In den 1790er Jahren erhielten die auf Mitbestimmung und Selbstkontrolle zielenden Aktionen der Bürgerschaften auch der uckermärkischen Städte einen beachtlichen Auftrieb. Der größte Konflikt dieser Art spielte sich zwischen 1794 und 1801 in Prenzlau ab. Zwar ging diese Streitsache letztlich in wichtigen Punkten zugunsten des Magistrats aus, doch kommt Enders insgesamt zu dem Schluß, daß „die Bürgerschaft ihre Forderungen in Richtung auf eine Demokratisierung der Stadtverwaltung durch Abbau oligarchischer Strukturen“ Schritt für Schritt durchsetzen konnte.⁴³⁰ Die Prenzlauer Vorgänge führten auch in anderen Städten der Uckermark zu ähnlichen Entwicklungen. Die Templiner Bürgerschaft etwa forderte 1799 gegen die Gepflogenheit ihres Magistrats, daß in Zukunft die Stadtverordneten *gantz allein von die gesamte Bürgerschaft wahlmäßig angesetzt* werden sollten.⁴³¹ Die Bürgerschaften der Provinzialstädte drängten im letzten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts verstärkt nach politischer Mitbestimmung in ihren Gemeinwesen. Dabei setzten sie auf die bestehenden Machtstrukturen, definierten aber die Aufgaben etwa der Stadtverordneten und des Magistrats in ihrem Sinne neu.

Eine 1797 von dem jungen Kammerreferendar Vollrath bei der Magdeburger Kammer eingereichte *Denkschrift zur Beförderung des Wohlstands der preußischen Städte* zeigt, wie dringlich grundlegende

429 Dies und das Folgende: Enders 1992, S. 620f.

430 Enders 1992, S. 626.

431 Zitiert nach Enders 1992, S. 627. Über weitere *städtische Gravamina- und Oppositionsbewegungen*, Unruhen und Beschwerden in kleinen kurmärkischen Immediat- und Mediatstädten in den Jahren um 1800 verweist auch Evamaria Engel. Engel 1998, S. 43-55.

Veränderungen in den Augen vieler Praktiker, Gelehrter, Politiker und Ökonomen waren.⁴³² Sie offenbart so einerseits eine zunehmende Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen, die in die Forderung nach Reformen gerade im Städtewesen und in ein noch vorsichtiges Tasten nach Alternativen zur bestehenden Ordnung mündete. Andererseits legen die Reaktionen auf die Denkschrift ein starres Festhalten an überkommenen Strukturen und Werten offen. Um den als besonders kritisch eingeschätzten *sinkenden Nahrungsstand der Preußischen Provinzial Städte* zu heben, macht Vollrath verschiedene Vorschläge. Seine Forderung nach einer strikteren Trennung ländlicher und städtischer Gewerbe (besonders Handwerk und Brauwesen) mutet noch traditionell an. Indem er aber die Aufhebung der gutsherrlichen und der Amtsbrauerei fordert, wagt er sich bei der zweckmäßigeren Einrichtung des Brauwesens weit vor. Auch die Zwangskrüge sollen abgeschafft werden, da eine derartige Beschränkung die *natürliche Freiheit* hemme. Auch bei der zweckmäßigeren Einrichtung des Gewerks- und Innungswesens will er weder die Zahl der Meister, noch die der Gesellen eingeschränkt wissen. Die Geschicklichkeit der Meister und Gesellen sowie die Qualität der Produkte zu heben, sei hier vor allem Aufgabe der Obrigkeit. Neben dem Vorschlag, weiterer Fabriken und Manufakturen in den kleineren Städten zu etablieren, entwickelt Vollrath eine Strategie, um den Absatz der Produkte durch Preissenkungen zu steigern. Dafür will er die *Consumtions-Accise* abschaffen. Dies würde seiner Meinung nach zu einer Verringerung der Lebenshaltungskosten der Arbeiter und damit schließlich zu einer Senkung der Löhne führen. Der Verlust für den Staat werde durch Bevölkerungswachstum, vermehrte Warenproduktion und florierenden Handel bei weitem aufgewogen. Ein weiteres Hauptmittel sieht Vollrath darin, *Gelegenheit zum vorteilhaften Absatz der Waaren* zu schaffen. Hier formuliert er mit dem Verweis auf die in dieser Hinsicht als vorbildlich dargestellte Regelung in England einen beachtlichen Grundsatz:

Die Handlung verträgt nicht gern Zwang und Einschränkung und die Freiheit ist das Leben und die Seele derselben. Die Concurrenz entwickelt die Industrie und giebt ihr alles Triebwerk [...].

Eine Abschaffung oder wesentliche Verringerung der Importzölle, also die Öffnung des inländischen Marktes für fremde Produkte ist ihm eines der wesentlichsten Mittel zur Hebung auch der provinzialstädtischen Nahrung. Durch Konkurrenz würden die einheimischen Produkte verbessert und durch ihren dann vermehrten Absatz im Ausland könnten sich Handel und Handwerk zu einer einträglicheren Nahrungsquelle entwickeln.

Ohne Zweifel kann man in Vollraths Denkschrift, die immerhin vom Generaldirektorium auf Weisung des Königs zur Begutachtung an die Kammern, Ämter, Land- und Steuerräte gesandt wurde, neue Töne vernehmen, die mit Liselotte Enders als „durchaus antifeudal“ zu betrachten sind.⁴³³ Die Schrift verweist auf die in der Theorie etwa zeitgleich formulierten Forderungen nach einer Beschränkung der Aufgaben des Staates auf die *negativen Pflichten*. Die Reaktionen waren vielfältig und reichten von herablassender Geringschätzung etwa durch den Steuerrat von Lindenau⁴³⁴ bis hin zur

432 BLHA, Pr. Br. Rep. 2, S. 123, lose eingelegtes, unfoliiertes Faszikel.

433 Folgendes nach Enders 1990, S. 112ff.

434 Der Steuerrat des Ruppiner Landes von Lindenau zweifelte die Kompetenz des in der Praxis nicht erfahrenen Referendarius an und hielt die meisten Vorschläge nach der bestehenden Verfassung Preußens, die selbst doch gut

überschwenglichen Begrüßung durch den Landrat von Bornstedt.⁴³⁵ Die grundsätzliche Position vieler mittlerer Beamter wird in der Person des auch für den Zehdenicker Wiederaufbau verantwortlichen Steuerrats Laue deutlich. Er hatte die Magistrate einiger ihm unterstellter Städte um Gutachten über Vollraths Schrift gebeten und selbst ein *geringfügiges Sentiment* erarbeitet.⁴³⁶ Darin zeigt er sich zwar für Reformen offen und legt besonderen Wert auf eine Erhöhung des Bildungsstandes, vor allem der gewerblichen Bildung. Ideen, welche die Verfassung Preußens in Frage stellen, sind ihm aber suspekt. So urteilt er über den Bericht des Angermünder Magistrats, in dem Enders den fortschrittlichsten, unkonventionellsten und die kommenden großen Reformen vorwegnehmenden Geist sieht,⁴³⁷ es sei ein *willkürliches Raisonement*.

Über zehn Jahre später sandte Laue *Seiner Majestät* im Zusammenhang mit den Stein-Hardenbergschen Reformen 1809 eine 77 Seiten starke Abhandlung, in welcher er die Folgen der Einführung der Städteordnung in den schwärzesten Farben malt.⁴³⁸ Über die Bürger, denen nach der Städteordnung mehr Mitspracherecht und Eigenverwaltung zugesprochen war, urteilt er durchweg negativ. Die gemeine Bürgerklasse sei ungebildet und unaufgeklärt, die Stadtverordneten und neuen Ratsherren hätten von der Verwaltung keine Ahnung, ihnen fehle die jahrelange Erfahrung und spezielle Kenntnis, und überhaupt würden die *kenntnislosen Bürger* und *beschränkten Eigenthümer* in kürzester Zeit Chaos, Unruhe und wirtschaftlichen Niedergang in den Städten herbeiführen. Diese Ansichten scheinen in der Person Laues und in der gesellschaftlichen Stellung seines Amtes so tief verwurzelt, daß sie seinen Umgang mit den Bürgern sicherlich schon vor 1809 prägten. Auch zu Beginn des Wiederaufbaus sah Laue in den Zehdenickern abschätzig nur halbgebildete, aus purem Eigennutz zu Korruption, Unruhe und Ungehorsam neigende Untertanen, die lediglich durch die geschickte Durchsetzung der staatlichen Vorschriften zu geordnetem Leben und Gewerbefleiß zu bringen seien.

Insgesamt vermitteln die in der Forschung bisher gesammelten Fallbeispiele und allgemeineren Einschätzungen ein Bild, das die Mitglieder der Bürgerschaften als die Agierenden und Veränderungen, Reformen beziehungsweise alte Rechte neu Einfordernden zeigt. Sie strebten offensiv nach Ausweitung oder Wiederbelebung ihres Mitspracherechts und ihrer Mitgestaltungsmöglichkeiten, wobei sie sich selbstbewußt auf örtlich tradiertes Recht und Herkommen oder das *Allgemeine Landrecht* beriefen und auch längere Rechtsstreitigkeiten nicht scheuten. Die Beamten der staatlichen Verwaltung erscheinen dagegen überwiegend als Reagierende und den

und vorbildlich sei, für unausführbar. Über die doch eigentlich radikalen Forderungen Vollraths zum Handel ging von Lindenau mit der Bemerkung hinweg, *die bekannten Gemeinprüche [...] über den Handel verdienen keine Zeit kostende Beantwortung*. BLHA, Pr. Br. Rep. 2, S. 123, lose eingelegtes, unfoliertes Faszikel, Bl. 127.

435 Bornstedt begrüßte gerade die Passagen zur Freiheit des Handels: *Ein richtigerer Grundsatz kann nicht aufgestellt werden! und wenn er erst in dem Finanz Wesen der Staaten den ersten Platz behauptet, so wird das goldene Zeitalter des Handels mit allen seinen beglückenden Folgen für Regenten und Unterthanen nicht fern sein*. Ebenda, Bl. 104.

436 Ebenda, Bl. 131f.

437 Enders 1990, S. 114.

438 Meier 2001, S. 141f. Laue betonte, er und seine Mitstreiter würden *Betriebsamkeit und Fleiß unnützen und wiederlichen Grübeleien vorziehen, sich nicht ungerufen in Regierungs Geschäfte und deren Beurteilung einlassen, und das gekannte gewohnte Alte so lange beizubehalten wünschen, als sie nicht vollkommen überzeugt sind, daß eine vorhabende Neuerung besser ist, und ihr wahres Wohl unzweifelhaft befördert*.

Status quo Sichernde.⁴³⁹ Weniger klaren politischen und wirtschaftlichen Konzepten folgend, sondern zumeist ausgleichend und abwägend, versuchten sie Übersicht und Kontrolle zu behaupten. Die Beamten der mittleren Verwaltungsebene und besonders die Steuerräte verteidigten dabei die bestehende Herrschaftsstruktur und das altbewährte Wirtschaftssystem. Sie waren bestrebt, diese wenigstens in ihren wesentlichen Punkten aufrecht zu erhalten.

Über die konkreten rechtlichen und verwaltungsmäßigen Zuständigkeiten in der zum königlichen Domänenamt Zehdenick gehörenden Mediatstadt Zehdenick berichtet Bratring:

*Der Stadt-Magistrat besteht aus zwei Bürgermeistern, einem Kämmerer und zwei Senatoren. Vier Stadtverordnete, als Deputirte der Bürgerschaft, werden zu den rathhäuslichen Sitzungen zugezogen. In Absicht der Kriminal-Gerichtsbarkeit stehet die Stadt unter dem hiesigen Domainen-Amte. Die Civil-Gerichtsbarkeit hingegen verwaltet der Stadtrichter, der zugleich Stadt-Sekretair ist.*⁴⁴⁰

Zehdenick gehörte demnach zu den wenigen Mediatstädten, welche die niedere Gerichtsbarkeit selbst verwalteten.⁴⁴¹ Zum Zeitpunkt des Brandes war Johann Gottfried Adolph Haeger *Bürgermeister* und *königlicher Stadtrichter*. Der beachtliche Einfluß der Stadtverordneten, den schon Bratring angedeutet hat, zeigte sich auch in ihrem selbstbewußten Auftreten in den wesentlichen Phasen des Wiederaufbaus.⁴⁴² Die Zuständigkeit des Domänenamts Zehdenick beschränkte sich in der Stadt vor allem auf die Kriminalgerichtsbarkeit.⁴⁴³ Für die meisten anderen, über den Einflußbereich des Magistrats hinausgehenden polizeilichen, finanziellen und wirtschaftlichen Aufgaben, welche direkt die Stadt Zehdenick betrafen, war der Steuerrat Laue aus Eberswalde zuständig.

Immer wieder berichten die königlichen Beamten in den Wiederaufbauakten von der Renitenz der Bürger, der *schlechten Policey* in den Vorstädten und dem generellen *Mangel an Subordination*. Das Kräfteverhältnis zwischen staatlicher Verwaltung und Bürgerschaft hatte sich vor Ort deutlich zugunsten der letzteren verändert. Beachtenswert ist in diesem Zusammenhang das Verhalten des Bürgermeisters Haeger. Nicht ohne Grund wurde er von den königlichen Beamten als schlechter *Politei Bürgermeister* bezeichnet, der in seinen Entscheidungen von der Bürgerschaft abhängig sei. Tatsächlich verteidigte Haeger die Mitspracherechte der Zehdenicker gegen alle Versuche des Amts, diese zu schmälern. Dabei führte er gegen die Anmaßung des Amts den *gesetzlich vorgeschriebenen*

439 Brigitte Meier betont in diesem Zusammenhang im Hinblick auf die Verwaltung, daß zwar einige höhere preußische Beamte die Zeichen der Zeit erkannt hatten, daß aber „die Mehrzahl ihrer Kollegen und in besonderem Maße die auf der mittleren Verwaltungsebene sehr traditionell dachten und handelten“. Meier 1994, S. 231.

440 Bratring 1801, S. 779.

441 Vgl. dazu Vetter 1996, S. 19ff.

442 Die Stadtverordneten von Zehdenick übten, was ungewöhnlich war, im Ergänzungsfall selbst ein Präsentationsrecht aus. Vgl. Neugebauer 1995, S. 379.

443 Bratring selbst schreibt 1805: *Zehdenick ist eine Mediatstadt, in welcher die Kriminalgerichtsbarkeit von dem Justizamte Zehdenick verwaltet wird. Der Magistrat hingegen, welcher aus einem Stadtdirektor und Richter, einem Kämmerer und einem Rathmann besteht, verwaltet die Civilgerichtsbarkeit und Kämmerer-Angelegenheiten*. Bratring 1805, Bd. 2, S. 507.

*Gang an.*⁴⁴⁴ In seiner deutlich den Interessen der Bürgerschaft verpflichteten Haltung blieb Haeger auch dann noch standhaft, als er wegen dieses Verhaltens mit Strafe belegt wurde. Überhaupt hielten sich Bürgermeister und Magistrat aus allen im Verlauf des Retablislements entstehenden Konflikten zwischen Bürgerschaft und staatlichen Behörden entweder gänzlich heraus, oder sie stellten sich offen auf die Seite der Bürger.

Noch aufschlußreicher ist eine Ausnahmesituation, in welcher Haeger deutlich Partei für die Bürger ergriff. Die Unzufriedenheit mit den vom Staat gesetzten Prämissen der Spendenverteilung und der Wiederaufbauförderung führte die Bürger zu einem *Aufstande*, einem *strafbaren Auflauf* auf die Straße.⁴⁴⁵ Die Zehdenicker beschieden sich nicht mehr mit dem traditionellen Mittel bürgerlicher Widerständigkeit im absolutistischen Preußen, der Eingabe an den König, welches sie dennoch ausgiebig und redundant anwandten. Sie wählten darüber hinaus eine wesentlich schärfere Form der Auseinandersetzung, die öffentliche Demonstration. Dieser ungeheuerliche Vorgang und die sehr nachsichtige Reaktion der Behörden lassen keinen Zweifel daran, daß die Bürgerschaft vor Ort eine politische Kraft von erheblichem Einfluß war und daß sie dieses Kräfteverhältnis konsequent ausnutzte. Während die Bürger die Konfrontation zur Durchsetzung ihrer Forderungen nicht scheuten, versuchten die Behörden immer wieder durch Entgegenkommen zu besänftigen, größere Auseinandersetzungen zu verhindern und die bestehende Ordnung durch Kompromisse aufrecht zu erhalten.⁴⁴⁶

Die wirtschaftlichen Verhältnisse Zehdenicks um 1800 beschreibt wiederum Bratring:

*Die Haupt-Nahrungszweige der Einwohner sind Ackerbau, Viehzucht, Brauerei, Brennerei, einige Manufakturen und andere bürgerliche Gewerbe. Auch ernähren das Hüttenwerk, der Fischfang und die Flösserei auf der Havel und den damit zusammenhängenden Seen viele Menschen.*⁴⁴⁷

Für diese *Haupt-Nahrungszweige* besaß die Stadt 60 Hufen Ackerland, *etwa 300 Morgen Wiesenwachs und 191 Bürgergärten* sowie eine *ziemlich gut bestandene Stadt-Bürgerheide* von 2825 Morgen 20 Quadratruten.⁴⁴⁸ 1801 gab es in der Stadt 186 Pferde, 63 Ochsen, 295 Kühe, 93 Stück Jungvieh, 67 Kälber, 52 Hammel, 412 Schafe, 330 Schweine. Die von Ackerbau und Viehzucht lebenden Einwohner machten einschließlich der Branntweinbrenner und Brauer den größten Teil der

444 Haeger schreibt: *In Ansehung der Aufforderung Er. Wohlgeboren, daß ich diese Leute sofort durch den Gerichtsdienner in dero Wohnung auf dem Amte gestellen, mich auch selbst einfinden, und sie dort zu Verantwortung ziehen sollte; bemerke ich gehorsamst, daß dieses den gesetzlich vorgeschriebenen Gang nicht angemessen sein dürfte; weil sowohl diese jetzige Sache, als auch die erstere wegen des Zusammenlaufs am Sontage gegenwertig Justitz Sache sein zum Resort des Stadtgerichts gehören und solche von mir als Richter in loco judicii würde vorgenommen werden müssen.* Stadtarchiv Zehdenick, Archivnummer 47, Bl. 3f.

445 Die Ereignisse dieses *Zusammenlaufs* sind im Anhang# dokumentiert.

446 Ein weiteres Beispiel für die Konfrontation ist das Verhalten des Schneidermeisters Schlaewicke, das im Anhang# dokumentiert ist. Ohne Angst vor negativen Konsequenzen hatte dieser auf seinem Eigentumsrecht beharrt und selbst einen Rechtsstreit nicht gescheut.

447 Bratring 1801, S. 780.

448 Bratring 1805, Bd. 2, S. 507.

Bevölkerung aus.⁴⁴⁹ Der Handel war wie in den meisten kurmärkischen Provinzialstädten nur mäßig entwickelt.⁴⁵⁰ Vor allem Schiffferei, Schiffbau, Eisenhütte und eisenverarbeitende Gewerbe gaben der sonst typischen kleinstädtischen Wirtschaft ein besonderes Gepräge.⁴⁵¹ Ein weiteres Charakteristikum ist der vergleichsweise hohe Prozentsatz an Verwaltungsbeamten und Hilfskräften der Verwaltung, der in erster Linie daraus resultierte, daß Zehdenick eine dem königlichen Domänenamt unterstellte Mediatstadt war. Neben städtischen, kirchlichen und militärischen Amtsträgern lebten daher auch die Bediensteten des Amts in der Stadt.⁴⁵² Zusammen mit den Vertretern des Militärs spielte diese Bevölkerungsgruppe eine nicht zu unterschätzende Rolle im wirtschaftlichen und geistig-kulturellen Leben der Stadt. Der für eine kleine Provinzialstadt auffallenden Vielfalt der Erwerbsformen entsprach eine hohe Differenzierung der Handwerke, die neben dem Textilgewerbe auch eine Anzahl metallbe- und metallverarbeitender Gewerbe umfaßte.⁴⁵³ Nicht zuletzt wegen der zwar außerhalb der Stadt, aber in deren unmittelbarer Nähe gelegenen Eisenhütte und der umfangreichen, größtenteils zum Amt gehörenden Mühlenanlagen muß man Zehdenick als zwar bescheidenen, aber im Maßstab der kurmärkischen Provinz durchaus wichtigen industriellen und gewerblichen Standort charakterisieren.

Die städtischen und bürgerlichen Vermögensverhältnisse sind nicht einfach einzuschätzen. Vielfach und in verschiedenen Zusammenhängen finden sich Äußerungen wie die des Justizbeamten Kortum, die Zehdenicker seien vor dem Brand *in ziemlichem Wohlstand* gewesen.⁴⁵⁴ Diese generalisierende Aussage, oft verhandlungstaktisch eingesetzt, um die Höhe der Verluste und die Notwendigkeit der finanziellen Unterstützung zu untermauern, bedarf der Klärung. Mit 6.701 Talern war die im Jahre 1770 erbrachte Akzise, die bis 1800 auf jährlich immerhin etwa 7.000 Taler anstieg, nicht unbedeutend.⁴⁵⁵ Die wirtschaftliche und finanzielle Kraft der Stadt war demnach durchaus von einiger Bedeutung und lag deutlich über der durchschnittlichen Potenz einer Mediat- und auch so mancher Immediatstadt. Die Einwohner aber lebten überwiegend in bescheidenen Verhältnissen. So waren zum Zeitpunkt des Brandes viele Grundstücke mit Hypotheken belastet. Auch die Verlustlisten zeigen kaum bedeutende Werte an Hausrat oder Geldern. Daß aber die Oberschicht durchaus über einen Wohlstand verfügte, offenbart die Verlustanzeige des Justizbeamten Kortum, der einer der

449 Es gab 64 Ackerbürger, 54 Branntweinbrenner und 16 Brauer. Bratring 1801, S. 4.

450 6 Kaufleute, 1 Lederhändler, 4 Messerhändler, 6 Materialisten und 6 Weinhändler, dazu Gastwirte, 1 Apotheker, 3 Nadler und 4 Höker.

451 In der Stadt wohnten neben 28 Schiffen und 8 Steuerleuten auch 1 Schiffbauer sowie der Faktor und die Arbeiter des Hüttenwerks. Dazu kamen weitere Schiffer und Schiffbauer in den Vorstädten.

452 Nach Bratring 1805, Bd. 2, S. 506: 8 Accisebediente, 1 Aktuarius, 1 Amtmann, 3 Assessoren, 1 Bürgermeister, 1 Kantor, 2 *Controlleurs*, 1 Kämmerer, 1 Gerichtsdienster, 2 Heidebediente, 2 Küster, 1 Stadtmusikus, 1 Organist, 2 Proviantbeamte, 1 Postmeister, 1 Postschreiber, 2 Postillions, 2 Prediger, 3 Präzeptoren und Schullehrer, 1 Richter, 1 *Rathmann*, 1 Salzfaktor, 1 Sekretär, 1 *Serviseinnehmer*, 3 Schulmeister, 4 Stadtdeputierte, 3 Torschreiber, 1 *Wagebedienter*, 1 *Visitirer*, 1 Zollverwalter, 1 Zollbereiter, 1 Ziesemeister.

453 Im Textilgewerbe waren tätig: 16 Tuchmacher, 10 Leinweber und 30 Wollspinner, 1 Zeugmacher, 1 Strumpfstriker, 6 Handschuhmacher und 2 Hutmacher. An metallbe- und metallverarbeitenden Gewerben gab es: 1 Gelbgießer und 1 Zinngießer, daneben 4 Hufschmiede, 1 Bohr- und Zeugschmidt, 1 Kupferschmied, 3 Nadler, 3 Nagelschmiede, 1 Zirkelschmidt und schließlich auch 1 Uhrmacher.

454 GSStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. I, Bl. 4f. So stellte auch Bratring überrascht fest: *So klein der Ort war, so volkreich und nahrhaft war er doch*. Bratring 1801, S. 779.

455 Zahlenangaben nach Bratring 1805, Bd. 2, S. 492, 508 und Bratring 1801, S. 5.

wohlhabendsten Zehdenicker war. Er berichtete, er müsse seinen Verlust *an Mobilien, Bibliotheque und übrigen Effecten zum mindesten auf 3000 rtl. rechnen.*⁴⁵⁶

Finanzierung, Organisation und Verlauf

Bereits einen Tag nach der Katastrophe gingen beim Kurmärkischen Departement die ersten Meldungen über den verheerenden Brand ein. In den nächsten Tagen folgten ausführliche Berichte mit ersten Schadensschätzungen.⁴⁵⁷ Sofort war das Ausmaß der Zerstörung offenbar: Innerhalb der Stadt waren alle Gebäude, einschließlich Kirche, Rathaus und Schule, bis auf eine *Kaserne und Fischerhütte* eingeäschert. Auch außerhalb der Stadt waren fast alle Wohnhäuser der Dörfer Damm, Hast und Kamp, sämtliche Gebäude des Amts bis auf die Amtsscheune, die Gebäude des Klosters und sogar die etwas entfernt liegende Amtsschäferei abgebrannt. Neben der nüchternen Schilderung der Schäden zeigen die behördlichen Berichte der Augenzeugen und der eilig nach Zehdenick gereisten Beamten auch den Schock dieser Katastrophe, das Entsetzen und die hilflose Orientierungslosigkeit der Zehdenicker. Der Kriegs- und Domänenrat Bonsery, der unmittelbar nach dem Brand in Zehdenick eingetroffen war, berichtete, viele der Einwohner hätten sich *in den benachbarten Städten und Dörfern einquartirt, viele aber sind zurückgeblieben, und bauen sich jetzt kleine Hütten, zum Theil liegen sie in den noch stehen gebliebenen Scheunen, sowie auf dem Felde umher.*⁴⁵⁸ Überall, so der spürbar betroffene Bonsery weiter, *beruht das größte Elend auf den Gesichtern dieser unglücklichen Leute, die ihre Haab und Gut verloren haben und welche lediglich nur durch Ewr. Königl. Majestät allerhöchste Gnade aufgeholfen werden können.*

Während die ersten Hilfsaktionen der umliegenden Städte, Dörfer und Adelssitze anliefen, erhielt der Steuerrat Laue von der Kurmärkischen Kammer den Befehl, schleunigst Notunterkünfte zu errichten. Das *Curassür Regiment von Malschitz* wurde vorübergehend nach Gransee verlegt; nur fünf Mann verblieben in Zehdenick, um *Räuberei* zu verhindern. Zu den ersten Maßnahmen des Kurmärkischen Departements gehörte es, noch im Juni 1801 eine Retablissementskommission zu gründen, damit die zunächst zwischen Amt und Steuerrat geteilte Bearbeitung vor Ort in eine Hand komme. Die Aufsicht vor Ort und die Leitung der Kommission wurde dem *Cammerassessor* Ludolf zu übertragen. Der Kommission gehörten außerdem der Steuerrat Laue, ein Vertreter des Amts (Kortum), des Magistrats (Haeger), der Bürgerschaft (Stadtverordnete) und der Bauverwaltung (Lietzmann) an.

Den ersten Schritt zur Finanzierung des Wiederaufbaus unternahmen die Zehdenicker Bürger. Eine Deputation aus Vertretern von Magistrat und Bürgerschaft überbrachte dem König am 1. Juni 1801, also nur drei Tage nach dem Brand, eine *allerunterthänigste Immediat Vorstellung.*⁴⁵⁹ Zunächst wurde darin von der *einst blühenden kleinen Stadt*, von ihrer *Industrie und Betriebsamkeit* und von den

456 Bericht des Justizbeamten Kortum und des Amtsassistenten Kriele an die Kurmärkische Kammer vom 28. Mai 1801. GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. I, Bl. 4.

457 GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. I, Bl. 1, 4f, 10-12.

458 Bericht der Kurmärkischen Kammer an das Departement vom 30. Mai auf der Grundlage der Untersuchung vor Ort durch Bonsery. GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. I, Bl. 10.

459 *Allerunterthänigste Immediat Vorstellung der unglücklichen Bürgerschaft zu Zehdenick* vom 1. Juni 1801. GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. I, Bl. 24.

ansehnlichen Accise-Geldern berichtet, die sie bisher eingebracht hatte. Doch nicht nur um diese blühende Einnahmequelle wieder herzustellen, sondern vor allem um die verarmten Einwohner *vom gänzlichen Untergang zu retten*, flehten die Zehdenicker um Hilfe. Am Neuruppiner Muster orientiert, baten sie, ihnen *gegen Abtragung sämtlicher Feuer Kaßen Gelder ihre Häuser wieder erbauen zu lassen und das fehlende aus Allerhöchst Dero Caßen zuzuschießen*.

Auch die oberste Staatsverwaltung ging von Beginn an davon aus, daß man um eine Unterstützung des Wiederaufbaus von Seiten des Staates nicht umhin kommen würde. Wie ein Bericht des Steuerrats Laue zeigt, befürchtete man, daß es ohne einen großzügigen finanziellen Zuschuß eine lang andauernde wirtschaftliche Stagnation geben werde, die zwingend mit einer langfristigen Verfestigung der städtebaulich-architektonischen Wüstung und einer generellen, nicht nur baulichen Verelendung verbunden sein würde.⁴⁶⁰ Obwohl auch Minister von Voß von der Notwendigkeit einer beträchtlichen Unterstützung überzeugt war, agierte er in dieser heiklen Angelegenheit sehr viel vorsichtiger als die Deputation der Bürgerschaft. Er bereitete den König nur ganz allgemein darauf vor, daß er *im Laufe des [...] Etats Jahres allerhöchst dieselben [...] wegen Unterstützung der unglücklichen Abgebrannten mit extraordinären Geld Anträgen zu behelligen genöthigt seyn* werde.⁴⁶¹ Ganz richtig hatte Voß erkannt, daß Friedrich Wilhelm III., anders als sein Vater 1787 beim Wiederaufbau Neuruppins, nicht gewillt sein würde, auf die Forderung der Zehdenicker einzugehen. Dementsprechend fiel auch die Antwort des Königs auf das Hilfsgesuch der Bürgerschaft aus. Vor allem auf den Wunsch, daß die *abgebrannten Gebäude, gegen die Feuer Cassen Gelder auf Rechnung des Staats wieder aufgebaut werden mögten*, konnte und wollte der König nicht eingehen. Immerhin wurde aber verfügt, *die Abgebrannten so kräftig zu unterstützen, daß Sie in den Stand gesetzt werden, das Retablissement bald möglichst zu bewirken und ihr gestörtes Gewerbe wieder zu betreiben*.⁴⁶²

Auf der Grundlage der Forderungen der Bürgerschaft und der Antwort des Königs wurden die Prämissen für den Wiederaufbau am 11. Juni 1801 auf einer Konferenz in Zehdenick zwischen den Repräsentanten der königlichen Zentralgewalt und den Vertretern der Bürgerschaft verhandelt. Außer dem Steuerrat Laue waren als Vertreter des Amts der Amtsassistent Kriele, vom Magistrat der Bürgermeister Haeger, der Kämmerer Tramnitz und der Ratmann Pape, als Vertreter der Bürgerschaft

460 *daß wenn der Bürgerschaft keine Unterstützung zu dem Wiederaufbau ihrer Wohnhäuser bewilligt werden sollte, zu befürchten stehe, daß sowohl der massive als der gänzliche Wiederaufbau der Stadt bey ihren elenden Vermögens Umständen sich sehr lange verzögern dürfte, der letztere hat noch besonders angezeigt: daß die meisten der Haus Eigenthümer ihre Hintergebäude mit Hülfe der Feuercassen Gelder aufbauen [...]. Viele derselben wären schon mit dem Bau dieser interimmistischen Wohnungen zu Stande gekommen, und da sie niedergebeugt und abgehärtet von ihrem Unglück die kleinen Unbequemlichkeiten nicht fühlen, welche sie in diesen engen Wohnungen dulden müssen, vielmehr nur froh wären, daß sie ein Unterkommen erhalten haben, womit die Wiederaufnahme ihres Gewerbes verknüpft ist, so sey ihnen die entfernte Aussicht zum Wiederaufbau ihrer Vorderhäuser weniger empfindlich, und diejenigen, welche kein Vermögen haben, aus eigenen Mitteln den Wiederaufbau zu bewirken, würden mit Geduld in ihren Hütten abwarten, bis ihr Gewerbe es zuläßt, den Bau nach und nach zu unternehmen.* Bericht der Kurmärkischen Kammer an das Kurmärkische Departement vom 5. September 1801. GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. I, Bl. 202.

461 Schreiben von Voß *Citissime* an des Königs Majestät vom 4. Juni 1801. GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. I, Bl. 14. Zu dem vergleichbar taktierenden, geschickt politische Stimmungslagen nutzenden Verhalten von Voß beim Neuruppiner Wiederaufbau vgl. Reinisch 2001, S. 214ff.

462 Geschrieben am 6. Juni 1801 in Charlottenburg. GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. I, Bl. 23.

die Stadtverordneten Gerdesius, Feltner, Ulrich und Köhn sowie als Bausachverständige der Bauinspektor Sensse und der Kondukteur Wöhner beteiligt. In der Folge dieser Wiederaufbaukonferenz ließen die Zehdenicker von ihren anfänglichen hohen Erwartungen ab. In Absprache mit dem Steuerrat Laue und dem Kammerassessor Ludolff erklärten sie sich bereit, dann massiv bauen zu wollen, wenn *50 pro Cent Bau Hülf's Gelder von der ganzen Anschlagssumme ohne vorherigen Abzug der Feuer Cassen Gelder bewilligt werden.*⁴⁶³ Das zu erbittende Quantum hätte so allein für die Bürgerhäuser immer noch über 500.000 Taler betragen und die in Aussicht gestellten staatlichen Zuschüsse mit Sicherheit überschritten.

Die Kurmärkische Kammer bemühte sich nun, die Ansprüche der Bürger und die Vorstellungen beziehungsweise Möglichkeiten des Staates einander anzunähern. Umfangreiche statistische Erhebungen sollten die Grundlage für ein tragbares, den Interessen des Staates entsprechendes, aber auch gerechtes Finanzierungsmodell bilden. Als Voraussetzung dafür wurde allgemein die detaillierte Erfassung und Klassifizierung der Verluste jedes einzelnen Bürgers angesehen. So entstanden in den Wochen nach dem Brand mit großer Routine zahlreiche *General-Nachweisungen* und *Liquidationen*. Erfasst wurde durch Magistrat, Kammerassessor und Steuerrat der Verlust an *Gebäuden, Materialien, Producten und Effecten*, die *Hypothecarischen Schulden*, der Vermögensstand und der *gegenwärtige Aufenthaltsort* aller Zehdenicker. Unterteilt und klassifiziert wurde nach *Häuser Besitzern, Mieth Bürgern* und *Einliegern*, nach der Größe der Häuser und der Höhe des Verlusts. Weiter wurde ermittelt, wie hoch jedes einzelne Gebäude in der Feuersocietät versichert war. Dieses statistische Material ergab sich zum Teil durch die Auswertung der vorhandenen Akten. Dagegen wurden die Aussagen über die Höhe des Verlustes und den Vermögensstand der Bürger durch die *Vernehmung* jedes einzelnen Einwohners durch den Magistrat gewonnen. Auf der Grundlage dieser Erhebungen und aufgrund der Durchsetzung drastischer Einsparungen, wie der Korrektur der zu hoch angesetzten Normalanschlätze, dem Verzicht auf eine Förderung des Baus von Wirtschaftsgebäuden und dem Abzug der Feuerkassengelder von der Gesamtsumme, *moderierte* Kammer die zur Förderung des Bürgerhausbaus notwendige Summe auf 325.103 Taler.

Minister von Voß, der letztlich beim König um die Unterstützung nachsuchen mußte, empfand auch diese Summe noch als so unangemessen hoch, daß er sie nicht in Vorschlag bringen mochte. Statt dessen traf er eine für den gesamten Wiederaufbau folgenschwere Entscheidung:

*Um solche (die Retablissementskosten, C.B.) mit den übrigen Bedürfnissen des Staats und den Kräften der Dispositions Fonds mehr in Verhältnis zu bringen, tragen Wir Euch auf, [...] die zweyten Etagen ganz absetzen, und hiernach [...] die Anschläge und Nachweisungen unter Aufsicht des Kriegs- und Domainen Rath's Wittke umarbeiten zu lassen.*⁴⁶⁴

463 Bericht Laues an die Kurmärkische Kammer vom 3. August 1801. Zehdenick Stadtarchiv, Archivnummer 78, Bl. 219.

464 Schreiben des Kurmärkischen Departements an die Kurmärkische Kammer vom 21. September 1801, GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. I, Bl. 204ff.

Erst nachdem daraufhin die Normal- und Spezialanschläge für die privaten und öffentlichen Bauten beim Kurmärkischen Departement eingegangen und durch das Oberbaudepartement revidiert waren, konnten die Gesamtkosten abgeschätzt und die Höhe der Unterstützung festgelegt werden. Für den massiven Bau von 292 *einstöckigen Wohnhäusern* waren nun nach Abzug der Feuerkassengelder nur noch 392.399 Taler veranschlagt. Bei einer Beihilfe von 50% würde die vom König zu bewilligende Unterstützung nur knapp 200.000 Taler betragen. Auf dieser Grundlage konnte von Voß im Januar 1802 endlich um Unterstützung beim König nachsuchen. In Anbetracht der Notlage der Bürger betonte er aber, er könne nicht umhin, *sie wegen einer höhern extraordinären Brand-Bonification zu Eurer Königl. Majesät Gnade [...] zu empfehlen.*

Friedrich Wilhelm III. verfügte daraufhin, er wolle denjenigen,

*welche massiv bauen wollen 50proC. und wenn eine zweyte Etage erbauet wird, dafür noch 25proC. bewilligen, indem Ich dadurch am besten die Mittelstraße zwischen dem außerordentlichen Bedürfnisse und dem Keitze der aus einer stärkern Bewilligung für andere entstehen könnte zu halten gedenke.*⁴⁶⁵

Für den Wiederaufbau der öffentlichen und privaten Gebäude wurde insgesamt ein *Bau-Unterstützungs-Fond* von 300.000 Talern eingerichtet. Der zeitliche Rahmen wurde auf drei Jahre festgesetzt, das heißt, Ende 1804 sollte der Förderzeitraum enden. Später, als sich herausstellte, wie wenig Zehdenicker massiv bauten und als der Widerstand gegen die ausschließliche Förderung des Massivbaus immer größer wurde und schließlich in den *strafbaren Auflauf* vom Mai 1802 mündete, wurden die Unterstützungsgelder für den Massivbau auf 60% und 30% erhöht, und man gewährte nun auch eine Unterstützung von 12% auf Fachwerkhäuser mit massivem Giebel.⁴⁶⁶ Da die Eingaben, Gesuche und Bittschriften der Bürger, auch eine Unterstützung des Fachwerkbau zu gewähren, nicht abrissen und sich trotz der Erhöhung und Ausweitung der Unterstützung zeigte, daß *wenige mehr als 78 massiv bauen wollen*, genehmigte der König im Dezember 1803, daß der Fachwerkbau mit massiven Giebeln mit 18% unterstützt wird. Eine 12%ige Beihilfe zum Fachwerkbau wurde für den Fall in Aussicht gestellt, daß nach Abschluß des regulären Retablissements noch Geld in dem dafür bereitgestellten Fonds verbleiben sollte.⁴⁶⁷

Die kontrollierte Verteilung der Unterstützungsgelder wurde vom Staat als wesentliches Mittel zur Durchsetzung baupolizeilicher Prämissen, vor allem der Feuersicherheit, benutzt und mußte dementsprechend gut organisiert werden. Grundsätzlich gab es für den Wiederaufbau der Bürgerhäuser zwei große Summen auszuzahlen: Feuerkassengelder und Bauhilfsgelder. Erstere, welche immerhin 149.290 Taler betrugen,⁴⁶⁸ mußten aus der Kasse der Städtischen Feuersozietät

465 Verfügung des Königs an den Minister v. Voß vom 4. Februar 1802. Ebenda, Bl. 109.

466 Den Vorschlag des Departements (Voß und Borgstede) bewilligt der König in einem Schreiben an Voß vom 23. Mai 1802. GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. IV, Bl. 10.

467 Schreiben Minister von Voß an den König vom 6. Dezember 1803. GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. V, Bl. 249ff.

468 Schreiben der Kurmärkischen Kammer an das Kurmärkische Departement vom 5. September 1801. GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. I, Bl. 201.

gezahlt werden.⁴⁶⁹ Zunächst nahm man eine Drittelung der Summe vor. Bereits im April 1802 war das erste Drittel, 70.000 Taler, verbaut oder zum Materialankauf ausgegeben. Die Auszahlung der Feuerkassengelder war in nicht genau rekonstruierbarer Weise an die Erfüllung feuerpolizeilicher Bauvorschriften und nachvollziehbare Baufortschritte gebunden. Besser sind die Modalitäten für die Auszahlung der Bauhilfsgelder belegt, der man ebenfalls eine Drittelung zugrunde legte. Bei einer generellen Laufzeit des Retablislements von drei Jahren war festgelegt, daß *das erste Drittheil erst am 1. Jul. oder Aug., das zweite zu eben der Zeit im künftigen Jahre und der Rest 1804* auszuzahlen sei.⁴⁷⁰ Für die Auszahlung der ersten zwei Drittel benötigte der Bürger eine *Bescheinigung des Conducteurs Lietzmann*, daß entweder die *zur Sicherung des Geldes* notwendige Menge Baumaterial angeschafft sei oder aber entsprechende Baufortschritte gemacht worden seien.⁴⁷¹ Das letzte Drittel wurde erst ausgezahlt, wenn der Bau vollständig beendet war und eine Abschlußrevision ergeben hatte, daß anschlussgemäß und entsprechend den baupolizeilichen Vorschriften gebaut worden war.

Wohl auf Drängen der Bürgerschaft hatte der Kammerassessor Ludolf zunächst beantragt, die Führung der Rechnung über die Feuerkassengelder und die Auszahlung der Bauhilfsgelder dem Magistrat zu überlassen. Die Kammer lehnte dies aber entschieden ab. Man sah generell eine *ermangelnde hinlängliche Sicherheit* und befand zudem, die Wohnung des Bürgermeisters Haeger sei nicht sicher genug. Die Kammer mißtraute dem Magistrat, besonders dem Bürgermeister Haeger; man war sich nicht sicher, ob dieser die mit der Auszahlung der Gelder verbundenen baulichen Forderungen auch wirklich umsetzen würde. Wie für die Auszahlung der Feuerkassengelder zog die Kammer daher auch für die Auszahlung und *Verrechnung* der Bauhilfsgelder das königliche Amt Zehdenick heran. Wie wichtig es für die staatliche Verwaltung war, das Druckmittel der Bauhilfsgeldauszahlung nicht aus der Hand gegeben zu haben, zeigen die zahlreichen, bei Revisionen offengelegten baulichen Mängel, die zumeist nur mit dem Verweis auf den drohenden Entzug der noch nicht ausgezahlten Unterstützung zu beheben waren.

Die endgültige Regelung der Modalitäten des Wiederaufbaus, vor allem der Höhe und Verteilung der Unterstützungsgelder, hatte bis zum Frühjahr 1802 gedauert, weshalb es 1801 nicht mehr zum Bau von Bürgerhäusern gekommen war. Doch wurde noch im Herbst und Winter die schwierige Frage der Baumaterialbeschaffung geklärt, man erarbeitete Anschläge für Bürgerhäuser und öffentliche Bauten. Die ersten ausgezahlten Gelder benutzte man zum Bau von Notunterkünften für die *Abgebrannten* und Scheunen für die nahende Ernte. Auch eine provisorische Havelbrücke wurde noch 1801 fertig. Neben dem Bürgerhausbau begann im Frühjahr 1802 auch der Aufbau der großen Amtsmühle, der Schule und des Rathauses. Im Juli 1802 berichtete die Kurmärkische Kammer, der Wiederaufbau sei *jezt im vollen Gange*.⁴⁷² Im Juli 1803 waren von den 284 abgebrannten *Privat Häusern* 153 aufgeführt,

469 Allgemein zum Instrumentarium der Feuersozietäten vgl. Jaeckel 1999, S. 330-340.

470 Schreiben des Ministers Voß an die Kurmärkische Kammer vom 1. März 1802. GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. II, Bl. 112.

471 Schreiben der Kurmärkischen Kammer an das Kurmärkische Departement vom 14. März 1802. GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. II, Bl. 168f.

472 GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. IV, Bl. 109.

45 noch im Bau und 86 noch zu erbauen.⁴⁷³ Auch an Rathaus, Schule, Hospital, Inspektors- und Diakonatsgebäude, Klostergebäude und den Hirtenhäusern wurde noch gearbeitet. Ein Jahr später, im Mai 1804, waren 254 Häuser fertig oder im Bau.⁴⁷⁴ Außerdem gab es sieben Seitengebäude an der Straße, 77 massive Hintergebäude (zumeist die Notwohnungen) und 248 hölzerne Hintergebäude als Notwohnungen und Wirtschaftsgebäude. Insgesamt waren also in den drei Jahren 586 private Gebäude errichtet worden. Die öffentlichen Gebäude waren ebenfalls fast fertiggestellt.⁴⁷⁵ Erst jetzt, zum Ende des Retablislements, ging man daran, auch die Stadtkirche wieder aufzubauen, wofür der Bauinspektor Senses Ende 1804 Entwürfe und Anschläge lieferte. Nach grundlegenden Abänderungen durch die Oberbaudeputation in Berlin, vermutlich durch Berson, kam der Wiederaufbau der Kirche im Frühjahr 1805 mit dem Teilabriß der Ruine der alten Kirche in Gang.

Im März 1806 übergab der Kriegs- und Domänenrat Bonsery dem Departement den *General Abschluß der sämtlichen Kosten, welche der Wiederaufbau* verursacht hatte. Bis auf die Kirche, welche *in diesem Jahr unter Dach kommen soll*, waren alle öffentlichen Gebäude wieder aufgebaut. Von den *Privat Häusern* waren alle bis auf sieben fertig und nur noch 23 im Bau. Der Bau der Tore wurde ebenso wie die *Ausbesserung des Pflasters in einigen Stadttheilen* auf die Zeit nach dem Ende des Retablislements verschoben.⁴⁷⁶ Den Kirchhof hatte man verlegt und mit einer Einfriedungsmauer sowie einem Leichenhaus versehen. Insgesamt hatte der Wiederaufbau aus dem Unterstützungsfond 255.623 Taler 21 Groschen und drei Pfennige verbraucht. Es waren also noch knapp 45.000 Taler in dem mit 300.000 Talern ausgestatteten Fond. Da die Reiterställe die Voraussetzung für den Wiedereinzug der Garnison waren und *bis zur diesjährigen Revue Zeit* fertig sein sollten, wurden im Sommer 1806 von den Resten des Retablislementsfonds zunächst Zuschüsse für den Bau von 67 Pferdeställen an die Bürger gezahlt.⁴⁷⁷ Eine der letzten aktenkundigen Meldungen der Kurmärkischen Kammer stammt vom 2. September. Zu diesem Zeitpunkt waren noch 22.912 Taler, vier Groschen und zwei Pfennige in dem *Bau-Unterstützungs-Fond*, und die Erbauer der Fachwerkhäuser konnten sich nun doch noch Hoffnungen auf eine nachträgliche, wenn auch geringfügige, Unterstützung machen. Der letzte Eintrag in den Akten vom 9. Oktober 1806 stammt von dem Geheimen Oberfinanzrat August Heinrich Borgstede. Fünf Tage später wurde das preußische Heer bei Jena und Auerstedt vernichtend geschlagen. Kurz darauf rückten die Franzosen in die Mark Brandenburg ein und setzten dem Zehdenicker Wiederaufbau ein rasches Ende.⁴⁷⁸

473 GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. V, Bl. 186-189.

474 *Summarische Nachweisung*, dem Schreiben der Kurmärkischen Kammer an das Kurmärkische Departement vom 26. Juli 1804 beiliegend. GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. VI, Bl. 108-113.

475 Zum Schulbau vgl. Christof Baier, Entwurf und Gegenentwurf. Das Beispiel der Zehdenicker Stadtschule, in: Mathematisches Calcül 2000, S. 121f.

476 Zum Bau der Tore, für die es schon Entwürfe und Anschläge gab, kam es daher bis heute nicht. In Damm, Hast und Camp waren von den 104 abgebrannten Büdnerstellen 93 bebaut und fünf im Bau. Die 14 Kossätenhöfe waren schon 1803 fertig gewesen.

477 Schreiben des Kurmärkischen Departements an die Kammer vom 21. Mai 1806. GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. VII, Bl. 195.

478 Beim Einmarsch der französischen Truppen wird Zehdenick nach Quellenangaben völlig ausgeplündert und bleibt während der Besatzungszeit Etappenort mit einer hohen Zahl von Einquartierungen. BLHA, Pr. Br. Rep. 23 A Kurmärkische Stände, C 185.

„Massivbau“, Zweigeschossigkeit und „Auseinanderbau“. Formulierung baulicher und städtebaulicher Leitbilder

Von Beginn an hatten die königlichen Beamten deutlich gemacht, daß Bauhilfsgelder nur dann gewährt werden würden, wenn sich die Bürger zum massiven Bau ihrer Häuser bereit erklärten.

Erweiterung der Straßen und Auseinanderbau der Gebäude waren ebenso als Bedingungen vorgesehen.⁴⁷⁹ Die finanzielle Unterstützung mit staatlichen Geldern sah man nur dann als gerechtfertigt an, wenn damit eine grundlegende Verbesserung der baulichen und vor allem feuerpolizeilichen Situation in der Stadt und so ein erheblicher Zugewinn für das Wohl der Gemeinschaft in Aussicht gestellt war. Zu diesem Ergebnis kamen auch die Teilnehmer der Zehdenicker Wiederaufbaukonferenz vom Juli 1801:

*Alle waren der Meynung, daß in Absicht der zu wählenden Bauart der massive Bau allen andern Arten vorzuziehen, weil dadurch die Feuergefährlichkeit am besten verhindert, der außerordentliche Mangel an Holz ihn nothwendig machte und der unglückliche Vorfall selbst diese Bauart, welche in den Städten durch ansehnliche Procente von Bauhülfs Geldern verfaßungs mäßig unterstützt zu werden pflegt, um so mehr anzurathen schien, als ohne Zweifel die Stadt Vereinigung aller wiedrigen Umstände ohnerachtet, nicht abgebrant sein würde, wenn sie anstatt der hölzernen Gebäude mit Stroh Dach mehrere massive Häuser gehabt hätte.*⁴⁸⁰

Die Forderung nach dem massiven Bau beziehungsweise Wiederaufbau von Bürgerhäusern war in Preußen nahezu so alt wie die staatliche Retablissementspolitik selbst. In Crossen (1708ff.) und in Neuruppin (1787ff.) hatte man dieser Forderung in weithin bewunderter Gründlichkeit Rechnung getragen. In kleineren Städten, wie in Gransee, Wittstock, Lindow, Templin oder Rheinsberg, aber auch in den unter Friedrich Wilhelm I. entstandenen Stadterweiterungen von Potsdam, hatte man aufgrund mangelnder Fertigkeit und materieller Möglichkeit zur Ziegelproduktion sowie zugunsten der Baugeschwindigkeit und der Herstellung eines einheitlichen Erscheinungsbildes auch den Fachwerkbau staatlich gefördert. In Zehdenick aber stand die mit dem Massivbau verknüpfte Feuersicherheit so sehr im Interesse der Obrigkeit, daß alle Gründe, die früher bisweilen zugunsten des Fachwerkbaus gesprochen hatten, nichtig wurden. Ein Grund dafür war der zunehmende Holzmangel. Die Situation war so angespannt, daß man, um das Retablissement nicht zu verzögern, sogar den Import von Bauholz und Ziegelsteinen aus dem *Mecklenburgisch Strelitzschen* gestatten mußte.⁴⁸¹ Im Verein mit dem angestrebten Lehmputzen- und Lehmziegelbau für die nicht tragenden Innenwände und der Anwendung neuer, holzsparender Ziegelbrennöfen (Mehrkammeröfen, Torfbrand) sollte der so rigoros angestrebte Massivbau neben der Feuersicherheit auch der Behebung des volkswirtschaftlich relevanten Bau- und Brennstoffproblems dienen.

479 Schreiben Minister von Voß an den König vom 6. Dezember 1803. GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. V, Bl. 249ff.

480 Aus dem Bericht von der Konferenz am 11. Juni 1801. GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. 1 (1801), Bl. 80f.

Wie das Zitat aus dem Bericht von der Wiederaufbaukonferenz belegt, akzeptierte die Bürgerschaft die Forderung nach Massivbau im Kern. Dennoch protestierte sie gemeinsam mit dem Magistrat bis zum Ende des Retablislements gegen den Grundsatz, nur den massiven und nicht auch den für sie kurzfristig günstigeren und schnelleren Fachwerkbau zu unterstützen.⁴⁸² Offensichtlich war die anfänglich von der Bürgerschaft für den massiven Bau geforderte 50%ige Förderung beider Etagen ohne Abzug der Feuerkassengelder in sehr viel stärkerem Maße an den tatsächlichen Vermögensumständen orientiert, als dies die königliche Verwaltung wahrhaben wollte. Weniger aus Traditionsverbundenheit, sondern aus wirtschaftlicher und finanzieller Notwendigkeit favorisierten zahlreiche Bürger den Fachwerkbau.

Dem Staat aber war der massive Wiederaufbau der Bürgerhäuser so wichtig, daß er dafür sogar Abstriche in der städtebaulichen Qualität hinzunehmen bereit war. Die Zweigeschossigkeit von städtischer und selbst kleinstädtischer Bebauung, schon als Unterscheidungsmerkmal vom ländlichen Wohnbau, war eine in der Architekturtheorie, der absolutistischen Baupraxis und der preußischen Retablislements- und Baupolitik tradierte Vorstellung. Eine möglichst homogene und mindestens zweigeschossige Bebauung gehörte im allgemeinen Verständnis konstitutiv zum Bild eines städtischen Gemeinwesens. Die bauliche Umsetzung dieser Erwartung mußte nun in Zehdenick hinter der Forderung nach dem Massivbau zurückstehen. Die Entscheidung des Ministers von Voß, den Bau der zweiten Etagen zunächst überhaupt nicht und später nur sehr eingeschränkt zu fördern, überließ die bauliche Ausgestaltung des städtischen Erscheinungsbildes ganz den Möglichkeiten und dem Bedarf der Bürger. Dies entsprach auffallend den im Protokoll der Wiederaufbaukonferenz festgehaltenen Forderungen der Bürgerschaft:

*Die innere Einrichtung der massiven Wohnhäuser und ob sie von 2. oder 1. Etage bauen wollen, hängt blos von der Willkühr der abgebrannten ab.*⁴⁸³

Sicher aber hoffte man, das in demselben Protokoll festgehaltene Ziel, die *Hauptstraßen durchgehends 2 Stockwerke* hoch zu bebauen, würde von den dort wohnenden Bürger auch mit der geringeren Beihilfe erreicht werden können. Man formulierte also vage das Ziel der Zweigeschossigkeit, schrieb es aber weder fest, noch legte man die planerischen und finanziellen Grundlagen dafür.

Die maßgeblichen städtebaulichen Ziele hatte der Minister von Voß schon in seinem ersten Schreiben an den König eindeutig formuliert: Aufweitung der Straßen und Auseinanderbau der Häuser.⁴⁸⁴ Dementsprechend sah auch der Steuerrat Laue zunächst die Möglichkeit, eine großzügige Neuplanung der Stadt zu realisieren. Bei seinen diesbezüglichen Aktivitäten stützte er sich auf das

481 GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. 1 (1801), Bl. 97f., 107, 157. Ebenso BLHA, Pr. Br. Rep. 2, S. 8531.

482 Den Höhepunkt erreichten diese Proteste in den tumultartigen Zusammenstößen, Beschimpfungen und Handgreiflichkeiten vom Mai 1802. Vgl. die Schilderung im Anhang *ZanlageX1##?*

483 Aus dem Bericht von der Konferenz am 11. Juni 1801. GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. 1 (1801), Bl. 82.

484 Schreiben Minister von Voß an den König vom 6. Dezember 1803. GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. V, Bl. 249ff.

innerhalb der Kurmärkischen Kammer und auf der Ebene der Steuerräte in Jahrzehnten behördlicher Arbeit gesammelte Wissen. Schon einen Tag nach dem Brand erinnerte er sich einer Schrift des Kriegs- und Domänenrats Carl Friedrich Wiesiger.⁴⁸⁵ Laue schrieb Wiesiger, er habe von dessen Arbeit über die Anlegung und Umfriedung von Städten gehört und da er kein Werk zur Hand hätte, *daß den allgemeinen Grundsatz über die Anlegung einer zu erbauenden Stadt und zweckmäßige Bauart derselben* enthalte, werde er vielleicht *bey Unterlegung des Retablislements Plan der Stadt Zehdenick* von Wiesigers Arbeit *Gebrauch* machen können. Dies sei umso notwendiger, da sich immer wieder gezeigt habe, *wie wenig Verlaß bey solcher Gelegenheit auf die [...] Kenntniß der Bau Inspector Berichte ist.*⁴⁸⁶ Laue bat Wiesiger, ihm die Schrift kurzzeitig auszuleihen. Dieser, um Verbreitung seiner Ideen bemüht, beeilte sich, dem Steuerrat zu antworten und ihm seine *Schrift von den Grüngärten worin pag. 68 seqq. etwas von der Einschließung derselben vorkommt* zuzusenden. Dabei hob Wiesiger hervor, daß

*der Plan ausser einer Ersparung der Mauer auch auf mehreren Auseinanderbau der Häuser abzweckt, und im Innern der Stadt mehr Platz schafft, um regulair bauen zu können, ohne jemanden wegen seines Hofraumes verkürzen zu dürfen.*⁴⁸⁷

Ebenfalls nur wenige Tage nach dem Brand bat Laue seinen für Neuruppin zuständigen Amtskollegen, den Steuerrat von Lindenau, ihm den dort verwendeten Retablislementsplan und die zugehörigen Akten zu überlassen, da er selbst *vorzüglich von dem Ruppiner Retablislements Plan Gebrauch zu machen* gedenke.⁴⁸⁸ Laue war vor allem an den in Neuruppin erfolgreich angewandten Methoden der Bemessung und Verteilung der neuen Parzellen interessiert. In beiden Fällen zeigt sich die grundlegende Bedeutung, welche der innerbehördlichen, verwaltungsinternen Diskussion auch von städtebaulichen Problemen zukam. Zur Planung des Wiederaufbaus zog Laue nicht in erster Linie architekturtheoretische Werke heran, sondern griff auf publiziertes und unveröffentlichtes „Dienstwissen“ zurück.⁴⁸⁹ Betont skeptisch stand er dagegen dem Wissen und der Erfahrung der Bausachverständigen, wohl nicht nur der Bauinspektoren, gegenüber. Weder den Kammerbaudirektor Wittke, noch das Oberbaudepartement bezog er während der ersten Planungsphase in seine Überlegungen ein.

Auch die Kurmärkische Kammer regte schon in ihrer ersten Anweisung eine Veränderung des alten, feuergefährlichen und wenig regelmäßigen Stadtgrundrisses an. Auf der Wiederaufbaukonferenz sollte nach ihrem Willen auch verhandelt werden, *in welcher Art der Wiederaufbau, und ein zweckmäßiger Auseinanderbau der sämtlichen abgebrannten Gebäude regulirt werden könne.*⁴⁹⁰

485 Wiesiger 1796.

486 Schreiben Laues an Wiesiger vom 28. Mai 1801. Zehdenick, Stadtarchiv, Archivnummer 78, Bl. 24f.

487 Schreiben Wiesingers an Laue. Zehdenick, Stadtarchiv, Archivnummer 78, Bl. 30.

488 Zehdenick Stadtarchiv, Archivnummer 78, Bl. 22.

489 „Dienstwissen“ definierte Max Weber als „die durch Dienstverkehr erworbenen oder ‘aktenkundigen’ Tatsachenkenntnisse“. Weber 1980, S. 129.

490 Ein Schreiben der Kurmärkischen Kammer an den Steuerrat Laue vom 30. Mai 1801, das sich auf einen Bericht Bonserys bezieht. GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. I, Bl. 11.

Die Möglichkeiten für eine Regulierung des Stadtgrundrisses wurden ein wichtiges Thema dieser entscheidenden Konferenz. In seinem Bericht unterbreitete Laue zunächst den wohl von ihm und den Bausachverständigen Sesse und Wöhner eingebrachten Idealvorschlag, die Maximalforderung der Obrigkeit.⁴⁹¹

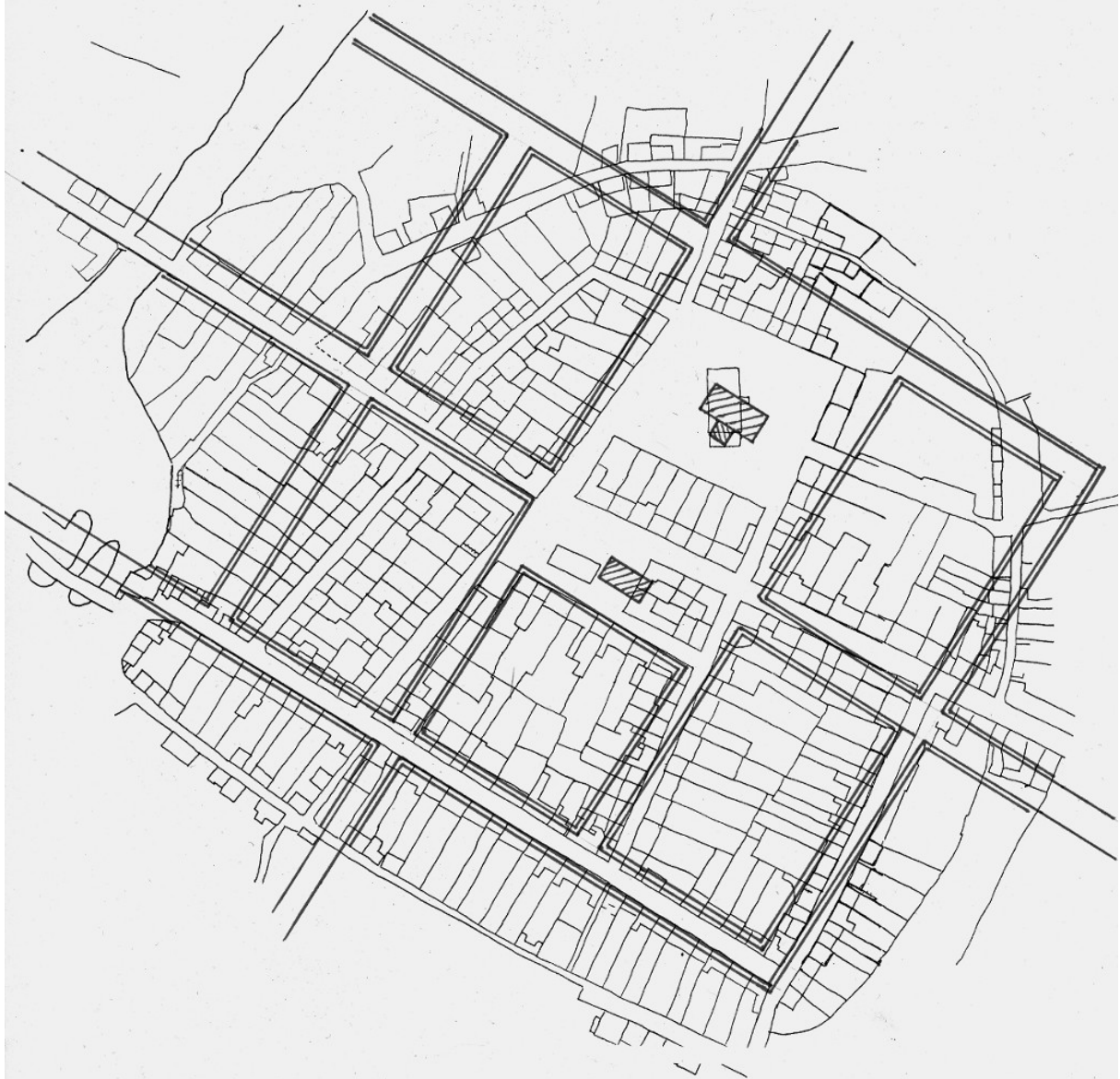


Abb. 40: Stadtplan von Zehdenick nach dem Vermessungsplan von 1956 mit Einzeichnung der Regulierungs- und Erweiterungsabsichten vom Juni 1801, Umzeichnung C. Baier

Bezugnehmend auf die Gesamtanlage der Stadt stellte man fest, daß

es viel zur Verschönerung und äußeren Zierde derselben beitragen würde, wenn breitere Straßen und völlig gerade Straßen angelegt, die Stadt in gleiche Quarrees und Viertheile eingetheilt und ihr eine länglich viereckige Figur gegeben würde.

491 GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. I, Bl. 80-87. Zum genauen Wortlaut dieses wichtigen Berichts und des *Wiederaufbauungs Plans* oder auch *Retablissements Plans* sowie zum Nachweis der folgenden Zitate vgl. Anhang # (ZanlageR1)

Um diese Vorstellung umzusetzen müsse der Stadtgrundriß ohne Rücksicht auf bestehende Eigentumsverhältnisse und unter Hinzunahme eines Erweiterungsgebietes vor dem Templiner Tor

*zu einem länglichen Viereck gebildet, in völlig gleiche Reviere abgetheilt, die Straßen in geraden Richtungen abgestochen, und jeden Abgebrannten nach Beschaffenheit seines Nahrungsstandes, Profeßions Betrieb, und der Größe seines eingewiesenen Hauses die Baustelle angewiesen und zugemeßen werden.*⁴⁹²

Leicht lässt sich, dieses von Laue als Wunschbild dargestellte Verfahren auf den Wiederaufbau Neuruppins nach 1786 zurückführen. Nicht nur die angestrebte Form des neuen Stadtgrundrisses, sondern unter anderem auch die Modalitäten der Grundstücksübertragungen zeigen deutlich die Spuren des Neuruppiner Vorbildes. Daß eine solche Umgestaltung der Stadt, ihre vollkommen regelmäßige Anlage, in erster Linie der *Verschönerung und äußeren Zierde* dienen soll, ist erstaunlich, hätte man doch erwartet, daß feuerpolizeiliche und auch hygienische Gedanken bei der Begründung einer so umfassenden Veränderung im Vordergrund stehen. Diese Zuspitzung auf das Ästhetische geschah indes durchaus bewußt. Ohne Unterbrechung folgen in Laues Bericht nun die tatsächlich vereinbarten Vorschläge zum Wiederaufbau in Form von 17 *näheren Bestimmungen und Vorschlägen zur Ausführung des Retablisements der Stadt Zehdenick*. Dabei scheint es zunehmend weniger gewiß, ob die eingangs dargelegte radikale Umgestaltung vor Ort jemals wirklich in Betracht gezogen worden ist.

Wie ernst dagegen die Kurmärkische Kammer diese Vorschläge nahm, zeigt sich in ihrer Antwort auf den Konferenzbericht. Aus ihr geht hervor, daß man sogar bereit war, für die nötige *Erweiterung der Stadt selbst [...] von dem die Stadt sonst überall einschließenden amtsfundo etwas aufzuopfern [...]*.⁴⁹³

In Laues Bericht jedoch wird nur das aus einem Kompromiß mit Magistrat und Bürgerschaft entstandene Minimalprogramm eines Retablisements ausführlich vorgestellt. Um einen nach seinen Worten *völligen Umsturz der gegenwärtigen Situation der Stadt* zu vermeiden, stellt man den entgegengesetzten Grundsatz auf,

*so viel möglich die alten Bau-Stellen beizubehalten, und dem Eigenthümer zu conserviren auch nur dahin zu sehen, daß auffallende Irregularite und Haupt-Fehler ingl. zu befürchtende Feuer Gefährlichkeit vermieden werde.*⁴⁹⁴

Die nun folgende Begründung für derartig minimale Veränderungen offenbart, daß die Zehdenicker Bürgerschaft dem Steuerrat Laue auf der Konferenz die Grenzen staatlicher Eingriffsmöglichkeiten sehr deutlich gemacht hatte. Ängstlich und um Entschuldigung bemüht, berichtet Laue über *herculische Arbeiten, unerschütterliche Standhaftigkeit und eisernen Fleiß*, welche den königlichen

492 Gleichzeitig erwog man, die vier in der Stadt ansässigen Töpfer *mit ihren Wohnhäusern und Brenn Ofen* wegen der Feuergefahr ihres Gewerbes aus der Stadt zu verweisen. Ebenda.

493 Schreiben der Kurmärkischen Kammer an den Steuerrat Laue vom 15. Juni 1801. Zehdenick Stadtarchiv, Archivnummer 78, Bl. 148.

494 Bericht über die Zehdenicker Konferenz, verfaßt von Laue am 11. Juni 1801. GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. I, Bl. 81f.

Behörden bei Umsetzung der Maximalforderungen abverlangt würden. Und auch dies wäre letztlich nicht ausreichend, um die Bürger zur Aufgabe ihrer alten Baustellen zu bewegen. Dafür würde die *Anwendung der äußersten Zwangs Mittel* notwendig sein. Schließlich kommt Laue zur Verteidigung des Kompromisses auf seine Hauptargumentationslinie zurück. Feuersicherheit und andere baupolizeiliche Grundregeln seien auch ohne vollständige Neuordnung zu erreichen. Weiter sei es allgemein anerkannt, daß das

äußere Ansehen eines wieder aufzubauenden Orts immer der Nützlichkeit und Bequemlichkeit der Einwohner, so wie einer durch den Drang der Umstände erzeugten Nothwenigkeit nachstehen müßte.

Überraschend handhabt Laue die traditionellen architekturtheoretischen Kategorien und ergänzt sie, dies ist der zentrale Punkt seiner Argumentation, um einen Verweis auf die machtpolitischen, wirtschaftlichen und finanziellen Umstände, die eine Umsetzung der obrigkeitlichen Maximalforderung auf keinen Fall zuließen. Eher ungewollt bewegt er sich so auf einer Linie mit Leopold Krug und dessen Vorstellungen vom *inneren Wohlstand* und der *Verschönerung* der Städte.

Dieses klarsichtige und resignative Urteil Laues brachte das Dilemma noch vor Beginn des Wiederaufbaus auf den Punkt. Da die Zehdenicker Bürger ihre angestammten Parzellen um keinen Preis hergeben wollten, war jeder Gedanke an eine großzügige Neukonzipierung des Stadtgrundrisses vergeblich. Auch die Provinzialverwaltung ging nach kurzer Zeit, die ihr die unüberwindliche Widersetzlichkeit der Bürgerschaft deutlich gemacht hatte, von jeglicher Form größerer Veränderung ab und versuchte, wenigstens das Notwendigste an Verbesserungen durchzusetzen. Dabei mußte sie nicht nur bei der künstlerischen Gestaltung, sondern, etwa beim *Auseinanderbau*, auch in zentralen Bereichen der Feuersicherheit und Hygiene Zugeständnisse machen. Zusammenfassend charakterisierte der Kriegs- und Domänenrat Bonsery schon Ende Juni 1801 die stark begrenzten städtebaulichen Richtlinien des Wiederaufbaus: Zwar müßten die *vormaligen Straßen der Stadt größtentheils in derselben Art wieder hergestellt* werden, jedoch sollten die *zu engen Straßen, wobei allenfalls eine Normal Breite bestimmt werden muss, breiter gemacht, die Reihen der Häuser aber in schnurgerade Linie wieder aufgeführt werden*.⁴⁹⁵ Die Abschätzung der politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse des Staates und des allgemeinen Machtgefüges brachte Steuerrat und Kammer von Beginn an zu einer Art Beschränkung auf das Machbare.

Anders Minister von Voß, der im Juni 1801 folgendes an die Kammer schrieb:

Daß die Eigenthümer der in Rücksicht auf künftige Unglücksfälle nach aller Wahrscheinlichkeit nöthigen Erweiterung der Stadt selbst Schwierigkeiten entgensetzen, ist nicht zu billigen und

495 Schreiben der Kurmärkischen Kammer an den Steuerrat Laue vom 17. Juni 1801. Zehdenick Stadtarchiv, Archivnummer 78, Bl. 161f. Der letztere Punkt heißt in demselben Schreiben bezeichnender Weise auch *Verhütung der Irregularität der Häuser nach der Straße zu*.

wird es dem Steuer Rath und Baubedienten noch mal gelingen, sie hierzu bar eines beßern zu belehren.⁴⁹⁶

Als man sich auf den unteren Verwaltungsebenen längst auf weitreichende Zugeständnisse eingelassen hatte, hoffte Voß, eingedenk der Erfolge in Neuruppin, noch auf eine großzügige Erweiterung und Umgestaltung der Stadt.

Auf der Basis des in Zehdenick vereinbarten Kompomisses, legte Laue schließlich einen *Retablissementsplan* vor, der die städtebaulichen Belange des Wiederaufbaus wesentlich prägte.⁴⁹⁷

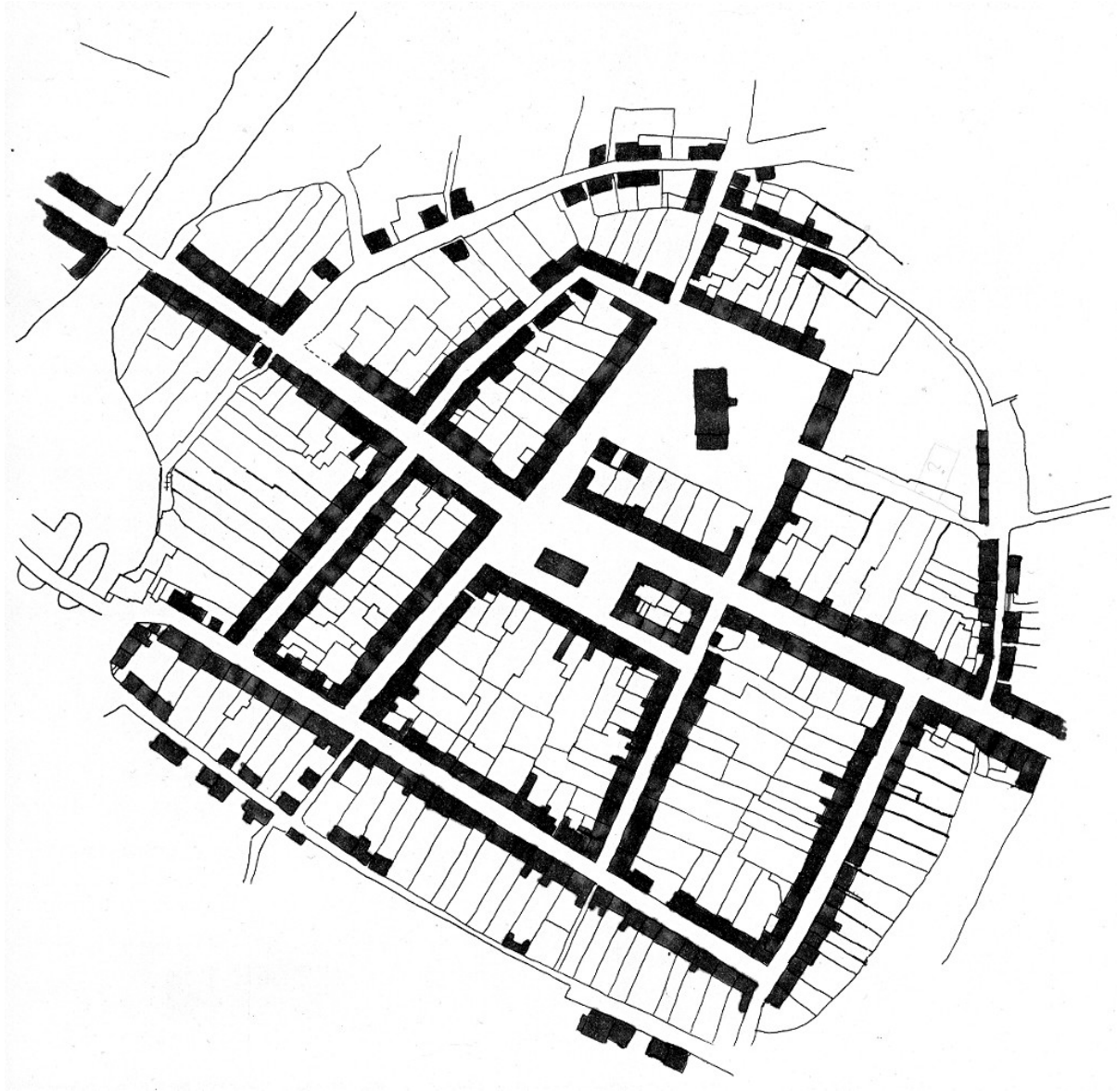


Abb. 41: Stadtplan von Zehdenick nach dem Vermessungsplan von 1956, Umzeichnung C. Baier

496 Schreiben des Ministers von Voß an die Kurmärkische Kammer vom 10. Juni 1801. GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. I, Bl. 28.

497 Laue nannte die 17 Paragraphen *nähere Bestimmungen und Vorschläge zur Ausführung des Retablissements*. Nur wenige dieser Vorschläge gingen dann in das Wiederaufbaureglement ein. In späteren Berichten heißt dieses Schriftstück dann aber richtig: *von dem Kriegs- und Steuerrat Laue entworfener Wiederaufbauungs Plan der Stadt Zehdenick* oder auch *Retablissements Plan*. GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. III, Bl. 135.

Die grundsätzliche Beibehaltung der alten Parzellenstruktur wurde darin als Hauptforderung der Bürgerschaft ebenso festgelegt wie die wenigen, auf Regulierung und *Auseinanderbau* zielenden Maßnahmen, welche die staatliche Verwaltung hatte durchsetzen können. Dazu gehörten vor allem Straßenaufweitungen und -begradigungen. Die vier Projekte, die über die üblichen Begradigungen nach einer Fluchtlinie hinausgehen sollten, wurden im Protokoll der Wiederaufbaukonferenz ausdrücklich benannt. Der Kathagen, eine krumme und enge, vom Kirchplatz abzweigende Straße sollte auf die Breite der übrigen Straßen gebracht und begradigt werden.⁴⁹⁸ Die Herrenstraße, die als genügend breit erachtet wurde, sollte so begradigt werden, daß ein nahe der Mühlenstraße *hervorragender Bauch* verschwindet und eine möglichst rechtwinklige Einmündung in die Mühlenstraße entsteht.⁴⁹⁹ Die Hirtenstraße sollte wie der Kathagen auf *2 bis 3 Ruthen Breite* aufgeweitet werden.⁵⁰⁰ Schließlich war vorgesehen, die Flucht der östlichen Kante der Hauptstraße im Bereich des Marktes derart zu ändern, daß durch Zurücksetzen des Apothekengebäudes und entsprechendes Vorziehen der Häuser gegenüber dem Rathaus eine schnurgerade durchgehende Linie entsteht.⁵⁰¹

Massivbau und Auseinanderbau standen im Zentrum der vom Staat für den Wiederaufbau festgelegten baulichen und städtebaulichen Ziele. Dazu kam die zweigeschossige Bebauung mindestens des Stadtzentrums. Ferner wurde bestimmt:

IV. Die Giebel Häuser nach der Straße zu, können bei dem massiven Aufbau ferner nicht statt finden, [...].

V. Die bisher zwischen zwei Häusern mehrentheils statt gefundenen Lücken und zwischen Räume fallen gänzlich weg, und die Häuser werden so viel möglich dicht aneinander gebauet, [...].

IX. Die beiden wieder alle Polizey Vorschriften noch in der Stadt befindlichen Kirchhöfe der Stadt und Armen Kirchhof müssen schlechterdings aus der Stadt geschafft werden [...].

Diesen auf Feuersicherheit, Hygiene, Regulierung und qualitative Verbesserung der baulichen Situation der Bürger gerichteten Verfügungen standen die Wünsche der Bürger oft entgegen. Das

498 *XI. Die enge Straße, der Katagen genannt, wo die Häuser auf beiden Seiten sehr dichte und so feuergefährlich in einander gebaut, daß nicht gut 2. Wagen sich ausbiegen auch bei Feuer Gefahr, mit einer Sprütze nicht wohl anzukommen, ist in Absicht der Breite denen übrigen Straßen gleich zu machen, und ihr eine solche gerade Richtung zu geben, der sie am Ende nach der so genannten grünen Straße zu einen rechten Winkel bildet, wodurch jene Straße zugleich ebenfalls völlig gerade gerichtet wird.* GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. I, Bl. 85ff.

499 *XII. Auf gleiche Weise ist die sonst mit gehöriger Breite versehene Herrenstraße durch Einrückung der nach der Mühlenstraßen Ecke zu befindlichen Wohnhäuser, welche dort einen hervorragenden Bauch formiren eine solche gerade Richtung zu geben, daß sie an der Mühlenstraßen Ecke einen geraden Winkel formirt, und dagegen die auf der anderen Seite befindlichen Wohnhäuser um soviel heraus zurücken, zumal der dort hinreichende Raum keine Aushebung und Verlegung einer Brandstelle nothwendig macht.* Ebenda, Bl. 85ff.

500 *XIII. Die Hirtenstraße ist wie der Katagen zu 2. bis 3. Ruthen Breite zu erweitern, und in sofern eine oder 2. Häuser dort weggenommen werden müssen, sind vorzüglich die Hirten Häuser dazu zu wählen, und nach dem Armen Kirchhof zu verlegen.* Ebenda, Bl. 85ff.

501 *XIV. Die in der Hauptstraße durch Vorbauung der Apotheque und Zurückweichung der übrigen nach dem Markte zu, auf der nemlichen Seite befindlichen Gebäude entstehende Irregulいた würde dadurch vermieden werden können, wenn die Apotheque eines Theils zurück gebauet, andern Theils die darüber befindlichen Gebäude nach dem Marckte zu etwas vorgerückt werden könnten, [...].* Ebenda, Bl. 85ff.

Weiterbestehen ihrer angestammten Parzellen in Lage und Größe war ihnen eine fundamentale Forderung an das Retablisement. Sie strebten ferner danach, ihre Häuser möglichst schnell, preiswert und in angemessener Größe und Gestalt errichten zu können.

**Das „Reglement wornach beim dem Wiederaufbau der Stadt Zehdenick verfahren werden soll“
– ein Kompromiß**

Erst nach dem Beginn des Bürgerhausbaus im Frühjahr 1802 sahen sich die vor Ort verantwortlichen königlichen Beamten durch den *Ungehorsam* der Bürger genötigt, zur Einhaltung den Seiten des Staates gewünschten Verfahrenswege und zur Durchsetzung der grundlegenden baupolizeilichen Standards beim Bürgerhausbau ein Baureglement zu erarbeiten.⁵⁰² Neben der Kurmärkischen Kammer waren auch Magistrat und Bürgerschaft Zehdenicks maßgeblich an der Entstehung des Baureglements beteiligt. Die Grundlage bildeten die im Verhandlungsprotokoll der Wiederaufbaukonferenz festgehaltenen *17 näheren Bestimmungen und Vorschläge zur Ausführung des Retablisements der Stadt Zehdenick*.⁵⁰³ In umfangreichen Stellungnahmen wurde jeder Punkt ausführlich diskutiert und zumeist im Einvernehmen aufgenommen oder ganz weggelassen. Als Vorsteher der Retablisementskommission übernahm der Assessor Ludolff die schriftliche Ausarbeitung, die im April 1802 beendet wurde. Das im Juli *förmlich ausgefertigte und vollzogene Reglement* wurde in 300 gedruckten Exemplaren an die Bürger verteilt.⁵⁰⁴

Das Reglement setzt sich aus einem sechs Paragraphen umfassenden Einleitungsteil zu den allgemeinen Grundsätzen des Retablisements, einem 17 Paragraphen starken Hauptteil A mit dem Titel *In Absicht der Bauart, besonders von massiven Gebäuden* und schließlich einem Teil B mit dem Titel *In Absicht der Meister und Gesellen, imgleichen der Arbeitszeit und des Tageslohns* zusammen. Zunächst wird klar unterschieden zwischen *denjenigen Hauseigenthümern*, die massiv bauen und so an weitergehende Vorschriften gebunden werden können, und jenen, die in Fachwerk bauen und sich nur an die *bereits bestehenden Polizeigesetze* halten müssen.⁵⁰⁵ Erstaunlich ist vor allem der § 6, der ausdrücklich feststellt, daß sowohl die *innere Einrichtung* als auch die Stockwerkshöhe und die *äußere Form* letztlich dem Eigentümer, seinem *Geschmack, und seinen häuslichen, auch wirtschaftlichen Bedürfnissen* überlassen sei. Zwar werden in den folgenden Unterpunkten Einschränkungen formuliert, doch allein die Tatsache, daß die generelle alleinige Verfügungsgewalt des Bürgers über äußere Form und innere Gestalt seines Hauses so ausdrücklich hervorgehoben wird, unterscheidet dieses Reglement grundsätzlich von seinen Vorgängern.⁵⁰⁶ Auch das in vielem

502 Eine detaillierte Analyse dieses Reglements, die den Vergleich zu den mustergültigen Reglements von Crossen und Neuruppin herstellt, bei Jaeckel 1999, S. 424ff.

503 Bericht Laues vom 11. Juni 1801 an die Kurmärkische Kammer. GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. I, Bl. 80-87. Anhang#, S.

504 Schreiben der Kurmärkischen Kammer an den Assessor und Vorsteher der Retablisementskommission Nagel vom 8. Juli 1802. Stadtarchiv Zehdenick, Archivnummer 118.

505 Um auch den nichtgeförderten Fachwerkbau beeinflussen zu können, werden die meisten dieser Vorschriften *in Ansehung der Fundamente, Keller, Brandmauern, Feuerungen und Dächer* auf allgemeine *Polizei-Vorschriften* zurückgeführt.

506 Vgl. etwa den § 5 des Neuruppiner Wiederaufbaureglements von 1788, worin zwar auch festgelegt wurde, es bleibe *jedem Eingenthümer überlassen, aus eigenen Mitteln mehr, als respective eine oder zwey Etagen zu erbauen*, diese

vergleichbare Reglement der städtischen Feuersozietät, dessen von 1719 stammende Erstfassung im Jahr 1800 aktualisiert wurde, enthielt vor allem hinsichtlich der Verfügungsgewalt des Eigentümers entscheidende Neuerungen.⁵⁰⁷ Diese Parallele legt nahe, daß es sich hierbei um eine Erscheinung der Zeit handelt, die von den aufgeklärten Diskursen und nicht zuletzt von der großen, im *Allgemeinen Landrecht* mündende Gesetzesreform getragen wurde. Schließlich ging es auch in den langwierigen Erörterungen zum Landrecht nicht zuletzt um *Freyheit und Eigenthum*.⁵⁰⁸

Einzig in § 2 des Wiederaufbaureglements, der einen *schicklichen äußeren Putz* auch für die Seitengebäude an den Straßen verlangt und die Bauenden dabei ganz allgemein an die Anweisungen der *Bauverständigen* bindet, werden die *Grundsätze der Kunst* angesprochen. In den weiteren Ausführungen wird nur noch die Angabe einer Mindesthöhe der Stockwerke (9 Fuß) konkret auf das *äußere Ansehen* bezogen.

Neben einigen organisatorischen Grundsätzen, wie etwa Festlegungen zu Baugenehmigungen, enthält das Reglement zudem erstaunlich detaillierte Festlegungen für die Bauhandwerker. Genauestens werden Arbeitszeit, Arbeitslohn und die Beschäftigung auswärtiger Meister und Gesellen aus der Kurmark geregelt. Auch hier konnte die Festlegung der Aufsichtspflicht durch einen Baukondukteur nicht aufgenommen werden, ohne zugleich ausdrücklich auf die Möglichkeit der Bürger zu verweisen, sich über diesen Baukondukteur bei der Kammer zu beschweren.⁵⁰⁹

Das Reglement macht keinerlei Angaben über die Veränderung von Straßenführungen, eventuelle Entschädigungsregelungen oder über die Höhe und Beschaffenheit der staatlichen Unterstützungsleistungen. Es findet sich lediglich der für die bauenden Bürger sicherlich schwer verständliche Verweis auf den dem Reglement *zum Grunde gelegten Plan zum Wiederaufbau*.⁵¹⁰ Dieser Plan selbst erschien absichtlich nicht in der Öffentlichkeit. Ganz eindeutig war die dies von Seiten der Verwaltung so gewollt. Bei der Begutachtung des von Ludolff erarbeiteten und vom Magistrat ergänzten Reglemententwurfs bemerkte die Kammer an mehreren Stellen, derartige Festlegungen gehörten nicht in ein Baureglement. Konkrete Angaben über die Unterstützungsgelder und die Modalität der Auszahlung fehlten beispielsweise, um sich nicht *in einem Reglement die Hände*

Entscheidungsfreiheit jedoch, die an sich schon eine „Aufweichung“ älterer absolutistischer Stadtbau- und Retablisementsgrundsätze war, noch nicht so explizit auf die gesamte *äußere Form* ausgedehnt und auf den *Geschmack* des Hauseigentümers gegründet wird. Das Neuruppiner Reglement abgedruckt bei Reinisch 2001, S. 275ff.

507 Die zeitgemäßere Version des Reglements vom Mai 1800 wurde für Zehdenick fast wörtlich übernommen. In der Vorlage, dem Feuersozietätsreglement heißt es, daß es *jedem Haus-Eigenthümer frey stehen soll, seinen neuen Gebäuden, wofern nur nicht feuergefährlich und überhaupt polizeywidrig gebauet wird, sowohl in Ansehung der Etagenhöhe, Grundfläche äußerer Form und innerer Einrichtung eine solche Gestalt zu geben, wie er solche, nach seinem Geschmack oder mit Rücksicht auf seine häuslichen und wirthschaftlichen Bedürfnisse, für gut findet [...]*. NCCM, Bd. 10 (1801), Sp. 2969.

508 *Freyheit und Eigenthum* ist der Titel eines 1790 von Ernst Ferdinand Klein publizierten Gesprächs aus der Mittwochsgesellschaft über den Staatszweck, Gemeinwohl und Freiheit. Den Kern der hier angedeuteten Problematik trifft der § 56 des gedruckten Entwurfs eines Allgemeinen Gesetzbooks: *Der Staat ist aber nur in so fern berechtigt, die natürliche Freyheit seiner Bürger durch Gesetze einzuschränken, als das Wohl der gesellschaftlichen Verbindung solches erfordert*. Zitiert nach: Schwennick 1993, S. 339.

509 *Uebrigens bleibt es jedem Eigenthümer unbenommen, im Fall er über den Bau-Condukteur Beschwerden zu haben glaubt, entweder selbst, oder durchden Magistrat seine Beschwerde bey der Königl. Kammer anzubringen*. Wiederaufbau-Reglement Zehdenick, Abschnitt B, § 6. Vgl. Anhang #, S. 6.

510 Die drei Stufen der Regulierung von dem Verhandlungsprotokoll von der Konferenz am 11. Juli 1801 über Laues *Wiederaufbauungs Plan* bis zum Wiederaufbaureglement sind im Anhang # dokumentiert.

zu binden.⁵¹¹ Die generelle Befürchtung, die hinter einer solchen Selbstbeschränkung der königlichen Behörden stand, formulierte in Bezug auf das Baureglement der Staatsminister von Voß. Nachdem er an dem von der Kammer vorgelegten Entwurf nichts mehr zu *erinnern* gefunden hatte, riet er dringlich: *nur müßt Ihr solches mit Vorsicht publiciren laßen, daß dadurch nicht abermahls eine unangenehme Sensation unter der Bürgerschaft erregt wird.*⁵¹²

Obwohl es in der Reihe der überlieferten Wiederaufbaureglements in Brandenburg-Preußen das letzte vor der Zäsur der Jahre nach 1806 ist und obwohl es in seiner an Gesetzestexten geschulten Strukturierung und seinem klaren sprachlichen Duktus auf den ersten Blick modern und zukunftsweisend wirkt, ist das Zehdenicker Reglement doch mehr von Kompromissen und Zugeständnissen geprägt, als von einer klaren Strategie der Verfasser. Es finden sich darin nur jene Bestimmungen versammelt, die aus den allgemeinen baupolizeilichen Verordnungen abgeleitet sind, wie konstruktive, materialtechnische und vor allem feuerschutztechnische Grundregeln. Der in früheren Reglements erkennbare Umfang der Regulierungen ist hier deutlich eingeschränkt. Hatte man noch in Neuruppin nur das Hausinnere, nicht aber die Fassade den Wünschen der Bürger überlassen, so legt man nun auch die äußere Gestaltung des Hauses grundsätzlich in die Hände der Hauseigentümer. Bezeichnenderweise ist zum Ende des Reglements immer öfter von *öffentlichen Ruhestörern, widerspenstigen Unterthanen, Warnungen, Bestrafungen, Geldstrafe, Gefängniß-Strafe und Leibesstrafe* die Rede. Der letzte Paragraph greift den gehorsamheischenden Schluß des Neuruppiner Reglements auf und droht:

*Dagegen aber wird auch von den Zehdenickschen Bürgern erwartet, daß sie zunächst dem Magistrate, und dem Bau-Condukteur, bey Ausübung ihrer Pflicht, keine Hindernisse in den Weg legen, sondern sich ihren Anordnungen unterwerfen, widrigenfalls solches strenge geahndet, und die widerspenstigen und ungehorsamen Bürger, nach den Umständen, von der ihnen zugedachten Wohlthat nicht allein ganz ausgeschlossen, sondern überdem auch mit harter Leibesstrafe belegt werden sollen.*⁵¹³

Oberbauräte, Kondukteure und fremde Gesellen. Entwurf und Bauausführung zwischen Zuständigkeit und Konkurrenzregulierung

Anläßlich der Revision der Normalanschlätze bemerkte das Oberbaudepartement,

*daß sich die Bearbeitung dieser Sache nicht bis hierher verzögert haben würde, wenn die Kammer über diese Angelegenheit, wegen Anfertigung der Normal-Anschlätze, Festsetzung der Grundsätze zu selbigen und Entwürfen zu Gebäuden mit uns convertirt hätte [...].*⁵¹⁴

511 Schreiben der Kurmärkischen Kammer an den Assessor Nagel in Zehdenick vom 8. Juli 1802. Zehdenick Stadtarchiv, Archivnummer 118.

512 GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. IV, Bl. 48.

513 *Wiederaufbau-Reglement* Zehdenick, Abschnitt B, § 9. Vgl. Anhang #, S. 7.

514 Revisionsbericht des Oberbaudepartements an das Kurmärkische Departement vom 21. Januar 1802. GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. II, Bl. 49.

War man in Preußens oberster Baubehörde einerseits verärgert über die zu geringe Einbindung während der Planungsphase, so bemühte man sich andererseits, das lästige Revisionsgeschäft so weit wie möglich abzugeben. Immerhin hatte man nicht nur jeden Spezialanschlag zu revidieren und so die Höhe der Unterstützungsgelder festzulegen, sondern auch die Protokolle von den Lokalrevisionen der einzelnen Bürgerhäuser zu kontrollieren. Im Dezember 1803, als die ersten Protokolle von Abschlußrevisionen eingingen, weigerte sich das Oberbaudepartement, diese Sache weiterhin zu bearbeiten. Die Geheimen Oberbauräte betonten, um zu prüfen, ob die Gebäude feuersicher und *überhaupt solide erbauet sind*, komme es letztlich allein auf die Lokalrevision an, die rein rechnerische Auswertung der Protokolle in Berlin wäre überflüssig. Nach ihren Vorstellungen sollte der Baudirektor der Kurmärkischen Kammer Wittke diese Aufgabe übernehmen. Die Kammer aber stellte sich nun ihrerseits vor ihren Baudirektor und argumentierte, da das Oberbaudepartement die Höhe der Unterstützungsgelder festsetze, müsse es auch die von dem Baukondukteur Lietzmann angefertigten Revisionsprotokolle bearbeiten.⁵¹⁵ Dieser Meinung schloß sich Minister von Voß an,⁵¹⁶ und damit blieben diese umfangreichen Routinearbeiten beim Oberbaudepartement, wo der Geheime Oberbaurat François Philipp Berson für die Retablissementsgeschäfte in Zehdenick verantwortlich war.⁵¹⁷ Vor allem auf die Gestaltung der öffentlichen Bauten (Schule, Rathaus, Kirche) hatte das Oberbaudepartement entscheidenden Einfluß. Bei den Bürgerhäusern beschränkte sich dieser auf Kostensenkungen sowie vereinzelte Grundriß- und Fassadenkorrekturen bei den Revisionen. Neben Berson waren mit dem Revisionsgeschäft zeitweilig auch August Ludwig Ferdinand Triest, David Gilly, Heinrich Karl und Heinrich August Riedel beschäftigt.

Die Kontrollaufgaben und in stärkerem Maße die grundsätzlichen Planungsaufgaben teilte sich der Baudirektor der Kurmärkischen Kammer Wittke mit dem Oberbaudepartement. Wittke bestimmte entscheidend die Normalanschlätze, gab bei der Festsetzung des Wiederaufbaureglements wichtige Hinweise und führte einige wenige Revisionen vor Ort durch. Nur eine sehr kurze Zeit zu Beginn war auch der für Zehdenick zuständige Bauinspektor Senses bei einigen Arbeiten zugegen, doch übte er weder auf die Gesamtkonzeption, noch auf die einzelnen Hausbauten wesentlichen Einfluß aus. Seine Normalanschlätze wurden größtenteils verworfen, keiner seiner Entwürfe für öffentliche Bauten wurde akzeptiert, und erst beim Bau der Stadtkirche scheint er wieder eine größere Rolle gespielt zu haben, doch wurde auch dieser Entwurf vom Oberbaudepartement abgeändert.

Die eigentliche Entwurfstätigkeit für die Bürgerhäuser lag vor allem in der Hand des von der Kammer zum Zweck der baufachlichen Betreuung und Steuerung des Wiederaufbaus dort angestellten Baukondukteurs Lietzmann.⁵¹⁸ Er war über längere Zeit vor Ort, steckte Fluchtlinien ab, fertigte die

515 GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. VI, Bl. 25ff..

516 Leicht verärgert fügte Voß hinzu, daß die Oberbauräte doch *schon durch die Anstellung zweyer Bau-Direktoren bey der Kurmärkischen Kammer gegen vorige Zeiten eine bedeutende Erleichterung* in ihren Dienstgeschäften erhalten hätten. Ebenda, Bl. 29

517 Berson selbst benennt in anderem Zusammenhang diese Verantwortlichkeit. Schreiben der Oberbaudeputation (gez. Berson, Boumann) an das Magdeburgische Departement vom 1. Juli 1802. GStA PK, II. HA GD, Abt. 30 I Oberbaudepartement, Tit. 26, No. 4.

518 Über Lietzmann ist bisher so gut wie nichts bekannt. Nach einigen Karten in der Plankammer der Regierung Potsdam im GStA PK, die vornehmlich Vermessungen und Nivellements im Zeitraum von 1802-1805 betreffen, hat Lietzmann seine Ausbildung wohl in den 1790er Jahren in Berlin erhalten. Das größte Projekt Lietzmann neben Zehdenick

Entwürfe und Anschläge für die Bürgerhäuser an, überwachte durch Revisionen die Bauausführung und führte schließlich die Abschlußrevisionen durch.⁵¹⁹ Mit den Nöten und Ansprüchen der Bürger direkt konfrontiert, scheute er die Auseinandersetzung mit dem Oberbaudepartement nicht. Immer wieder stießen seine Anschläge dort auf Widerstand, weil die Höhe der von ihm aufgrund der Verhältnisse in Zehdenick vorgesehenen Arbeits- und Materialkosten von den Voranschlägen abwich.⁵²⁰ Lietzmann folgte bei seinen Entwürfen konsequent der eigenen Methode, ließ sich nur sehr widerwillig auf Korrekturen des Oberbaudepartements ein und entschied im Zweifelsfall immer zugunsten der Zehdenicker. Er prägte mit seinen Entwürfen die Gestalt der massiven Bürgerhäuser. Einige Male versuchte er, sich die Entwurfs-, Anschlags- und Revisionsarbeiten von den Bürgern extra bezahlen zu lassen. Im Mai 1802 scheiterten diese Bemühungen endgültig. Die Kammer entschied, da Lietzmann neben seinem Feldmessergehalt auch Diäten von 16 Groschen für jeden in Zehdenick verbrachten Tag bekomme, dürfe er von den Hauseigentümern keine Gebühren für die Erstellung der Spezialanschläge fordern.⁵²¹

In der ersten Phase des Retablissemments erarbeitete auch der Baukondukteur Wöhner einige Entwürfe.⁵²² Anschlag und Entwurf für das Haus des Kaufmanns Daniel Hertzner (Berliner Straße 20) ließ er sich mit 26 Talern und 9 Groschen bezahlen. Der Kaufmann Johann Gottfried Protzen aus Wusterhausen an der Dosse, dessen Schwager Hertzner war und bei dem dieser vorübergehend wohnte, beschwerte sich bei der Kammer über Wöhners Arbeit:

Der Verfertiger hätte billig für diese Summa eine reinliche und richtig berechnete Arbeit abliefern müssen, [...] und billig müßte der H. B. C. Woehner für diese schlechte und unsaubere

scheint das Retablissemment des zwischen Joachimsthal und Angermünde gelegenen Ortes Alt Hüttendorf im Jahre 1803 zu sein. Vielleicht stammt von ihm auch der Entwurf für die dortige Kirche, die 1803-10 entstand. Vgl. GStA PK, XI. HA Karten, Plankammer der Regierung Potsdam, C 606, F 897 bis 899.

- 519 Ausdrücklich als Entwürfe Lietzmans mit Plänen und t. w. mit Anschlägen überliefert sind das Haus des Kupferschmieds Zillmann (Berliner Straße 17), des Apothekers Wittke (Klosterstraße 1), des Zimmermeisters Heubel (Am Kirchplatz 4), der Witwe Schultz, des *Galanterie Händlers* Maschner (Poststraße, nicht ausgeführt) und des Schiffbauers Streichhahn (Dammhast Straße 37).
- 520 In einem Fall schrieb die Baubehörde erobst an die Kammer: *Er (Lietzmann, C.B.) giebt das Taschenbuch des Geheimen Ober Baurath Riedel jun. als seinen Leitfaden bey Berechnung der Materialien an, dieses kann aber hier nichts entscheiden, da die Sätze zu dieser Materialien-Berechnung ebenfalls aus den ersten Normalanschlägen hervorgehen. Er will uns Fehler bey der Revision andichten, z.B. daß wir seinen Anschlag in Rücksicht der Maaße heruntergesetzt, daß wir die Steine zu den Gesimsen in Rechnung zu bringen vergeßen, und dgl. Was die Verminderung der Maaße anlangt, so ist nichts darinnen gestrichen als 1/2 Fuß von der Plinte, wie die Bemerkung auf der Zeichnung darthut, da eine 1 1/2 Füßige Plinte statt einer 2 füßigen hinreichend ist, welches der Lietzmann bald nachher für eine Verringerung der Fundament Tiefe ausgiebt, und uns auf den Grund dieser falschen Vorgaben über längst bekannte Sachen eines bessern belehren will.* Schreiben des Oberbaudepartements (gez. Morgenländer, Berson, van Alten) an die Kurmärkische Kammer vom 11. Juli 1803. Zehdenick Stadtarchiv, Archivnummer 108, Bl. 99.
- 521 Kurmärkische Kammer an das Kurmärkische Departement vom 14. Mai 1802, GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. IV, Bl. 38. Die Diäten Lietzmans waren schon im Februar 1802 festgelegt worden. GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. II, Bl. 107f.
- 522 Wöhner ist wie Lietzmann bisher nur über erhaltene Pläne in der Plankammer der Regierung Potsdam im GStA PK namhaft zu machen. Neben den Arbeiten in Zehdenick ist z. B. der Entwurf für das Dorf Klobbicke bei Oranienburg zu nennen. Vgl. GStA PK, XI. HA Karten, Plankammer der Regierung Potsdam, A 667, A668. Die Häuser des *Bürgers und Tuchmachers auch ehemaligen Reuters* Christian Schröder (Klosterstraße 7) und des Kaufmanns Daniel Hertzner (Berliner Straße 20) sind als Arbeiten Wöhners aus dem Jahre 1801 aktenkundlich gesichert. Weiterhin dürfte wegen der zeitlichen Nähe das Haus des Postmeisters von Zbikowski (Poststraße 17), welches nach dessen Aussage 1801 ohne Anschlag erbaut worden war, ein Entwurf Wöhners sein.

*Arbeit zur Strafe, daß dafür empfangene Geld, an seinen Unglücklichen durch den Brand gewordenen Mitmenschen wieder zurück bezahlen.*⁵²³

Auch der Kammer kam diese Summe eigenartig vor und sie fragte nach, worauf Wöhner *seine Liquidation gründet und wodurch er deren hohen Betrag rechtfertigen kann*. Leider ist Wöhners Entgegnung nicht überliefert. Der Vorgang zeigt aber, daß zumindest die gehobene Schicht der Bürgerschaft sehr wohl einen schlechten Entwurf erkannte und ihre Vorstellungen von der baulichen Gestalt der Häuser mit in den Entwurf einzubringen vermochte.

Weitere Entwürfe im Umfeld des Zehdenicker Retablislements stammen von dem Baukondukteur Brasch junior⁵²⁴ und dem Liebenwalder Baumeister Müller.⁵²⁵ Neben diesen im Umfeld des Oberbaudepartements ausgebildeten Bauinspektoren und Baukondukteuren lieferten auch die örtlichen Maurermeister Lindtner, Taubold, Gültzow senior und Gültzow junior, die Zimmermeister Koehn senior, Koehn junior und Heubel sowie einige auswärtige Meister Entwürfe für Hausbauten.⁵²⁶ Die Bauausführung der meisten Häuser lag in den Händen der Zehdenicker Bauhandwerksmeister. Fremde Meister spielten eine deutlich geringere Rolle als fremde Gesellen. Letztere dürften in einigen Fällen, sozusagen in Schwarzarbeit, kleinere Fachwerkhäuser aufgeführt haben. Überhaupt herrschte in der Stadt diesbezüglich einige Unruhe, da, wie der Kammerassessor Decker berichtete, der Magistrat eine schlechte *Bau- und Gewercks Polizey* leistete. Vor allem bei den Fachwerkhäusern ist damit zu rechnen, daß nicht nur Zehdenicker oder auswärtige Meister aus der Kurmark, sondern vereinzelt sogar Gesellen den Bau entwarfen, veranschlagten und ausführten. Wie aufrührerisch und schwer zu disziplinieren die Zimmer- und Maurergesellen waren, zeigte ihre Rolle bei den Unruhen vom Mai 1802.⁵²⁷

Exkurs: Staatliche Unterstützung, private Kredite und „Speculations-Geist“

Die meisten Bürger Zehdenicks hatten durch die Brandkatastrophe einen derart großen Schaden erlitten, daß sie nur mit größter Mühe wieder eine neue Existenz gründen und ihr Haus aufbauen konnten. Die auf möglichst umfassende staatliche Kontrolle der Bauqualität zielenden Auszahlungsmodalitäten, die zu einer schleppenden und stückweisen Auszahlung der Feuerkassen- und Bauhilfsgelder führten, bedeuteten für die Zehdenicker, daß sie die Material- und Lohnkosten in jedem Fall zunächst allein aufbringen mußten, was ihnen zumeist schwer fiel. Die bauwilligen Bürger

523 Schreiben der Kurmärkischen Kammer an den Kammerassessor Ludolff vom 28. Juli 1801, dem die Beschwerde des Kaufmanns Protzen vom 22. Juli als Kopie beiliegt. Stadtarchiv Zehdenick, Archivnummer 517.

524 Brasch fertigte die Entwürfe und Anschläge für die von der Stadt weg in den Forst am Templiner Weg verlegte Oberförsterei wohl nach Entwürfen des Geheimen Oberbaurats Berson an und nimmt mit diesem auch die Lokalrevision vor. GStA PK, II. HA Forst-Departement, Kurmark, Tit. I, Nr. 130, Vol. II. Brasch jun. ist der Sohn des Neuruppiner Bauinspektors Bernhard Matthias Brasch und wohl Schüler Bersons. Er leitete gleichzeitig das Retablisement Lindows ab 1804. Vgl. dazu Schwarz/Metzler 2004, S. 62f.

525 Müller lieferte den qualitätvollen Entwurf für das in der Vorstadt Damm erbaute Wohnhaus des Landjägers Wartenberg.

526 Der Kammerassessor Decker spricht im Zusammenhang mit dem Hausbau des Kaufmanns Schnackenburg in der Herrenstraße von *Schnackenburg und seinem Baumeister Mauermeister Lindner*, wobei unklar bleiben muß, was *Baumeister* bedeuten soll – ausführender oder auch entwerfender Bauverantwortlicher. Bericht Deckers an die Kurmärkische Kammer vom 8. September 1805. Zehdenick Stadtarchiv, Archivnummer 118.

527 Vgl. Anhang#, Seite#

waren also nicht nur wegen ihrer beim Brand entstandenen Verluste, sondern auch wegen der Modalitäten der staatlichen Förderpolitik gezwungen, private Kredite in größerem Umfang aufzunehmen. Die zäh fließenden Unterstützungsgelder waren dafür neben den Grundstücken die einzige 'belastbare' Sicherheit der Bauenden, was diese oft in äußerst bedrängte Lage brachte.⁵²⁸ Es ist daher nicht verwunderlich, daß sich die Mehrzahl der Konflikte zwischen Bauenden und Obrigkeit, die im Verlauf des Retablislements aufflammten, an Fragen der finanziellen Unterstützung entzündete.

Am häufigsten traten beim Leihen des Geldes für den nicht unbeträchtlichen Eigenanteil am Hausbau die Honoratioren, Kaufleute und Maurer- beziehungsweise Zimmermeister Zehdenicks in Erscheinung. Sie zeigten sich hier als nicht nur geschäftlich eng verbundene Gruppe. In den privaten Kreditgeschäften vor allem der wohlhabenderen oder im Baugewerbe tätigen Bürger wird ein bürgerliches, vom Staat unabhängiges Beziehungsgeflecht greifbar: die relativ geschlossene bürgerliche Honorationenschicht. Jedoch lieh man das Geld für den Wiederaufbau nicht nur in Zehdenick. Geborgt wurde auch, je nach geschäftlicher beziehungsweise privater Beziehung, bei Amtmann Schreyer aus Liebenberg (Kupferschmied Zillmann), Oberförster Behrend (Zinngießer Feltner), Bauer Schultz aus Groß-Schönebeck (Lohgerber Schreiber), bei Bauer Michel aus Falckenthal und Baron von Hertefeld (Sattler Döring), oder bei Weißgerbermeister Scharling aus Gransee (Handschuhmacher Müller).⁵²⁹

Die Verluste durch den Brand und die hohen Baukosten führten bei über 10 % der Häuser in den Jahren 1801 bis 1806 zu einem oder mehreren Besitzerwechseln. Der in den Hypothekenbüchern nachvollziehbare Kauf und Verkauf von Häusern nimmt in diesen Jahren deutlich zu. Mitunter kamen die Grundstücke aufgrund der Zahlungsunfähigkeit ihrer verschuldeten Besitzer im Rahmen einer öffentlichen Versteigerung an den neuen Besitzer.⁵³⁰ In den Jahren 1810-1813 kam es vermehrt zu derartigen *Subhastationen*: Schon durch den Brand und den Wiederaufbau in ihrer bürgerlichen Existenz gefährdet, konnten viele Hausbesitzer die nochmalige Belastung durch die französische Besatzung ab 1806 nicht überstehen.

Andere Zehdenicker entfalteten in den Jahren des Wiederaufbaus eine rege Geschäftigkeit. Eine in mehrfacher Hinsicht zentrale Person war die *Amtmännin Lufft*. Von Seiten der Kurmärkischen Kammer hatte man sie wegen ihres Wohlstands und ihres guten Rufs zunächst sogar für die

528 So berichtete der Kammerassessor Ludloff, die Bauenden benötigten dringend die längst fällige Rate der Feuerkassengelder, da *die Materialien zum Wiederaufbau der Wohnhäuser bereits besprochen worden sind, und die Käufer Handgeld bis zu einem bestimmten Zeitpunkt gegeben haben, nach dessen Verlauf solches verloren geht, wenn die Zahlung nicht innerhalb dem gesetzten Termin erfolgt*. Schreiben der Kurmärkischen Kammer an das Kurmärkische Departement vom 4. April 1802. GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. III, Bl. 140. In einem weiteren Schreiben an das Kurmärkische Departement vom 20. März 1802 muß die Kurmärkische Kammer feststellen: Auf den Häusern der Zehdenicker *haften so viel Hypothek Schulden, daß es ihnen unmöglich ist, mehr geliehen zu erhalten*. GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. IV, Bl. 168f.

529 Vgl. die Zehdenicker Hypothekenbücher. BLHA, Bornim, Hypothekenbücher Zehdenick, Bd. 2.

530 So ein Grundstück in der Poststraße, das als *Subhast. Sache des Handelsmanns Maschner* an den neuen Besitzer, den *Schönfärber*, versteigert wurde. BLHA, Bornim, Hypothekenbücher Zehdenick, Bd. 2, Bl. 457.

Aufbewahrung und Auszahlung der Bauhilfsgelder vorgesehen.⁵³¹ Die wohlhabende Witwe Lufft gewährte einigen Zehdenickern umfangreiche *Credite*.⁵³² Ihre herausragende gesellschaftliche Stellung dokumentiert auch ihr alle Nachbarn überragendes Haus am Markt.⁵³³ Doch die *Beamtin* war nicht nur wohlhabend, sondern sie war auch überaus geschäftstüchtig. 1802 erwarb sie eine Konzession zum Kalkbrennen und noch im Herbst 1801 richtete sie *in der Saltzkoppel* bei Zehdenick eine eigene Ziegelei ein.⁵³⁴

Als tüchtiger Geschäftsmann erwies sich auch der Bürgermeister Haeger. Mit den Modalitäten des Wiederaufbaus, den Fördermöglichkeiten und den maßgeblichen Personen bestens vertraut, war er einer der eifrigsten Käufer und Verkäufer von Grundstücken. Sein eigenes altes Haus, heute Berliner Straße 50, baute er sofort nach dem Brand mit allen staatlichen Unterstützungen modern und anspruchsvoll wieder auf. Entweder von vornherein geplant oder eine günstige Gelegenheit nutzend, verkaufte er das Haus 1805 an den Major Carl Christoph Joachim von Arnim für den stolzen Preis von 5.000 Talern.⁵³⁵ Daraufhin kaufte er dem Kaufmann Heinrici, eine *Brandstelle mit dem darauf liegenden Feuerkassengeld* für 2.000 Taler ab und baute sich dort sein eigenes, kaum weniger anspruchsvolles Haus.⁵³⁶ In mehreren Fällen trat Haeger überdies als Zwischenhändler auf, indem er die Grundstücke mit den daran haftenden Ansprüchen auf Feuerkassen- und Unterstützungsgelder von den zum Bau unfähigen Vorbesitzern kaufte, um sie dann mit Gewinn an einen andere Bauwillige weiterzuveräußern.

Aus der schwierigen Situation war bei aller Belastung also auch kräftig Geld zu schlagen. Gerade die staatlichen Unterstützungen zog bürgerliche Geschäftigkeit jeder Art unwiderstehlich an. Selbst auswärtige Bürger, wie der aus Lychen stammende Müllermeister Hoffschmidt und der ebenfalls in Lychen wohnende Zimmermeister Rothermund versuchten, in Zehdenick Geschäfte zu machen. Sie betrieben nicht nur eine Ziegelei, die Dach- und Mauerziegel für den Wiederaufbau lieferte, sondern erwarben 1802 noch dazu ein Grundstück in bester Lage.⁵³⁷ In einigen der in dieser Zeit verkauften Häuser wohnten nach dem Wiederaufbau ausschließlich Mieter, das heißt, die vollständig vermieteten Häuser dienten ausschließlich der Geldanlage.

531 Zur Begründung heißt es: *Die Beamtin hat das beste Gelaß zur sichern Aufbewahrung des Geldes, sie ist eine wohlhabende Frau die uns hinreichende Sicherheit gewährt und wegen der damit verbundenen Arbeiten am sichersten wird Rath zu schaffen wissen.* Schreiben der Kurmärkischen Kammer an das Kurmärkische Departement vom 14. März 1802. GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. II, Bl. 168f.

532 So ließ *Demoselle Caroline Lufft* dem Lederhändler Martin Friedrich Jungnickel 1806 die beträchtliche Summe von 2500 Talern für seinen Hausbau. BLHA, Bornim, Hypothekenbücher Zehdenick, Bd. 2, Bl. 509f. 1805 borgte sie dem Maurermeister Lindener 1000 Taler (Bl. 260), 1806 der Schlächterwitwe Jacobs 1500 Taler (Bl. 304).

533 Als ihr Mann das Grundstück mit dem alten Haus 1791 erwarb war es nur 1500 Taler wert. Die Investitionen beim Neubau waren derart groß, daß Grundstück und neues Haus 1817, als die Amtmännin starb, auf 5500 Taler geschätzt wurde. BLHA, Bornim, Hypothekenbücher Zehdenick, Bd. 2, Bl. 139ff.

534 *Nachweisung der von den Ziegeleien bey Zehdenick zu liefernden Steine [...], angefertigt vom Amt Zehdenick am 19. Jan. 1802.* GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. II, Bl. 91f..

535 Als von Arnim das Haus 1816 veräußern musste, brachte es dann nur noch knapp die Hälfte, 2275 Taler ein. BLHA, Bornim, Hypothekenbücher Zehdenick, Bd. 2, Bl. 68f und Bl. 326f.

536 BLHA, Bornim, Hypothekenbücher Zehdenick, Bd. 2, Bl. 36f.

537 Sie kauften die Eckparzelle Berliner Straße 15 als *Brandstelle inclus. Vergütungs-Gelder* von dem *Coffetier Hoer*. BLHA, Bornim, Hypothekenbücher Zehdenick, Bd. 2, Bl. 128f.

Diese unkontrollierbare Geschäftstüchtigkeit stellte die Obrigkeit, die stets um die Durchsetzung ihrer Vorstellungen und um möglichst gleichmäßige und gerechte Verteilung der staatlichen Unterstützungen bemüht war, vor große Schwierigkeiten. *Speculation* hieß das vielbenannte Schreckgespenst. Ein besonders schwerwiegendes Problem stellte sich den Verantwortlichen mit einigen schlecht gebauten Fachwerkhäusern. Der Maurermeister Johann Friedrich Barck hatte sein Haus in der Kapellenstraße (heute Nr. 17) mit einem eingeschossigen Fachwerkhaus bebaut. Im August 1805 reichte er bei der Kammer das Gesuch ein, ihm dafür, daß er sein schlecht gebautes Fachwerkhaus nunmehr durch ein massives ersetze, die üblichen 60% Bauhilfsgelder zu gewähren. Kammer wie auch Departement stimmten dem Ansinnen zu, da das alte Haus schon jetzt auffällig sei und Barck zudem kein weiteres Haus besitze, somit keine Gefahr der Spekulation bestünde. Einen Monat später meldeten sich zwei weitere Bürger, um auf diese Art zu einem massiven Haus zu kommen. Als sich dann kurze Zeit später noch der Ackerbürger Werdermann meldete und auf staatliche Kosten sein hölzernes gegen ein massives Haus tauschen wollte, schob das Departement dieser Entwicklung einen Riegel vor.⁵³⁸ Wohl zu Recht vermutete der unterzeichnende Borgstede, daß die Bürger, nachdem die drei Baujahre verstrichen waren, darauf spekulierten, die ganzen 60% in einem *Bau-Jahre* ausgezahlt zu bekommen. Borgstede befürchtete weitere Nachahmer und verwies darauf, daß für derartige Umbauvorhaben seit Ende der drei Baujahre eigentlich der normale städtische Bauhilfsgelderfond zuständig sei. Schließlich wurde die Kammer beauftragt, zu untersuchen, wieviele derartige Fälle noch zu erwarten waren. Da es, wie sich herausstellte, nur noch zwei bis drei ähnliche Anträge gab, befürwortete die Kammer diese mit der Begründung, die Besitzer der restlichen schlecht gebauten hölzernen Häuser seien zu arm, um selbst mit einem Zuschuß bauen zu können.⁵³⁹ Gerade hier aber sah das Departement eine Gefahr:

*Das Unvermögen der Eigenthümer schließt aber nicht aus, daß jene hölzernen Häuser von den vermögenden gekauft und so ein Gegenstand der Speculation werden könnten, wozu die hohen Procente einen starken Reiz geben.*⁵⁴⁰

Auch könne man nicht jetzt weiter zustimmen und in Zukunft ablehnen, da dies *von keiner Gleichförmigkeit der Grundsätze* zeugen würde; im übrigen sei für *solche Baumaßnahmen die gewöhnliche verfassungsmäßige Bauhülfe aus dem städtischen Bauhilfsgelderfond* möglich.

In der Tat wurden bald die ersten Fälle von Spekulation aktenkundig. So beabsichtigten der Zimmermeister Köhn senior und der Maurermeister Lindener, die beim Wiederaufbau so gut verdient hatten, daß sie sich selbst in kurzer Zeit große massive Häuser⁵⁴¹ leisten konnten, zusätzlich die *Brandstelle des entwichenen Bürgers Michaelis* in der Kapellenstraße/Ecke Mühlenstraße zu kaufen

538 Kurmärkisches Departement (Borgstede) an die Kurmärkische Kammer vom 14. November 1805. GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. VII, Bl. 139ff.

539 Schreiben der Kurmärkischen Kammer an das Kurmärkische Departement vom 6. März 1806, basierend auf einem Bericht des Kammerassessors Decker. Ebenda, Bl. 163f.

540 Kurmärkisches Departement an Kurmärkische Kammer vom 2. April 1806. Ebenda, Bl. 165.

541 Köhn sen.: Poststraße 20 (zweigeschossig); Lindtner: Kirchplatz 7 (1806 eingeschossig mit Mansarddach, bald aufgestockt).

und mit einem Wohnhaus und anschließendem Seitenflügel zu bebauten.⁵⁴² Obwohl der Kammer bewußt war, daß beide nicht in dem Haus wohnen würden, unterstützte sie den Antrag auf 60% Bauhilfsgeld für das geplante eingeschossige Haus.⁵⁴³ Zur Begründung führte man an, die Stelle sei auch vor dem Brand bebaut gewesen. Auch den Seitenflügelbau wollte man finanziell unterstützen, wobei die Schaffung von Wohnraum höher bewertet wurde als die Gefahr der Spekulation. Das Departement hingegen befürwortete nur die Unterstützung des durch einen Vorgängerbau gedeckten Baus des Vorderhauses und lehnte aber den Seitenflügel ab, da Köhn senior und Lindener ja das gesamte Haus *nur auf Speculation bauen* würden. Auch im des *Coffetiers* Martin Ludwig Hoer vertraten Kammer und Departement verschiedene Auffassungen. Hoer hatte sein altes Haus in der Poststraße nach dem Brand mit Hilfe der Feuerkassen- und Bauhilfsgelder sehr schnell wieder zweigeschossig und massiv aufgebaut.⁵⁴⁴ Schon 1804 verkaufte er dieses Haus mit beachtlichem Gewinn,⁵⁴⁵ um daraufhin von dem als Zwischenhändler agierenden Bürgermeister Haeger das Grundstück Klosterstraße 6 am Kirchplatz zu erwerben.⁵⁴⁶ Das von dem Vorbesitzer begonnene eingeschossige Fachwerkhaus wollte Hoer abreißen und durch ein zweigeschossiges massives Wohnhaus ersetzen, wenn ihm nochmals die Bauhilfsgelder in voller Höhe erstattet würden. Für die Obrigkeit stellte sich hier die Frage, ob Hoers Bauvorhaben als völliger Neubau auf quasi leerer Stelle angesehen und somit außerordentlich mit 60% und 30% bezuschußt werden sollte oder ob, da die Stelle schon bebaut war, nur die *gewöhnlichen Bauhilfsgelder* anzusetzen seien. Die Kammer war der Meinung, daß damit der Massivbau befördert würde und darüber hinaus das Ansehen der Stadt durch ein solches *allerdings schönes 2stöckiges massives Haus* erheblich gewinnen könnte.⁵⁴⁷ Man meinte sogar, daß in solchen Fällen das zu bauende Haus *immer gewissermaßen so anzusehen ist, als wenn eine Baustelle wiederbebaut wird*. Die Argumentation der Provinzialbehörde spielt hier mit dem Gedanken, den spekulativen Hausbau der Bürger zur erfolgreicherer Gestaltung des Wiederaufbaus einzusetzen. Wie unzeitgemäß solche Vorstellungen, die dann den Städtebau des 19. Jahrhunderts prägen sollten, im Zusammenspiel mit den um 1800 angewandten Fördermaßnahmen waren, zeigt die Reaktion des Departements. Dort hieß es, man könne dem positiven Bescheid der Kammer unmöglich zustimmen, weil die Stelle bereits mit Hilfe der Feuerkassengelder bebaut worden sei. Wichtiger aber war den hohen Beamten,

542 Köhn sen. hatte außerdem zusammen mit dem Maurermeister Gültzow kurz nach dem Brand das Haus Berliner Straße 36 erworben, es aufgebaut und 1809 an den Bäckermeister Feltner für 2250 Taler verkauft. BLHA, Bornim, AG Zehdenick, Hb Zehdenick, Bd. 1, Bl. 306f..

543 GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. VII, Bl. 45.

544 Feuerkassen- und Bauhilfsgelder beliefen sich auf 1.318 Taler und 11 Groschen. BLHA, Bornim, AG Zehdenick, Hb Zehdenick, Bd. 1, Bl. 509f. Das übrige Geld dürfte wenigstens teilweise aus den Gewinnen der noch im Herbst 1801 gemeinsam mit dem Kaufmann und Viktualienhändler Caspar Grübel nahe Röddelin eingerichteten Ziegelein gekommen sein. GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. II, Bl. 91f..

545 Wenn man die staatlichen Zuschüsse mit 50% ansetzt, so hatte das Haus Hoer keine 1.500 Taler gekostet. Der Lederhändler Jungnickel musste ihm dafür 4.000 Taler bezahlen! BLHA Abteilung Bornim, AG Zehdenick, Hb Zehdenick, Bd. 1, Bl. 509f.

546 BLHA Abteilung Bornim, AG Zehdenick, Hb Zehdenick, Bd. 1, Bl. 56. Wie die Hypothekenbücher der Stadt Zehdenick belegen, kaufte Hoer kurz nach dem Brand noch mindestens drei weitere Brandstellen auf.

547 Schreiben der Kurmärkischen Kammer an das Kurmärkische Departement vom 15. September 1804. GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. VI, Bl. 134ff.

*daß die Bewilligung des Gesuchs des p. Hoer den Speculations-Geist rege machen und einzelne vermögende Eigenthümer reitzen würde, ihre massiven Häuser zu verkaufen und dagegen hölzerne zu wohlfeilen an sich zu bringen um selbige abzubrechen und dafür gegen den Empfang der beträchtlichen Prozentgelder massiv zu bauen [...].*⁵⁴⁸

Wie in diesem Fall standen die staatlichen Behörden der doch in beträchtlichem Umfang nachweisbaren Spekulation zumeist mehr als skeptisch gegenüber. Man sah darin fast ausschließlich den aus purem Eigennutz geborenen Betrugsversuch. Durch Spekulation, so meinte man, drohe die Gefahr, daß die staatliche Kontrolle über den Bauvorgang und mit dieser die Orientierung auf das Gemeinwohl verloren ginge. Damit aber wäre auch die Legitimation für die finanzielle Unterstützung durch den Staat weggefallen. Die aus dem 18. Jahrhundert übernommenen Leitbilder und Regelungsmechanismen für Städtebau und Stadtentwicklung, die zeitgleich von Leopold Krug so grundsätzlich in Frage gestellt wurden, stießen beim Wiederaufbau Zehdenicks auch in der Praxis deutlich an ihre Grenzen.

Das neue Bürgerhaus

„Classification“, „Normal-Anschlag“, „Spezial-Anschlag“ – Entwurf der Bürgerhäuser

Der Umgang mit einer Brandkatastrophe erforderte an erster Stelle eine klare Vorstellung von Ordnungsmustern, nach denen die Schäden analysiert, die staatliche Unterstützung verteilt und die Ziele des Wiederaufbaus festgesetzt werden konnten. Ein charakteristisches Merkmal des Zehdenicker Wiederaufbaus ist die allen Überlegungen zugrunde gelegte möglichst detaillierte Klassifizierung: Dies betraf die exakte Ermittlung des insgesamt entstandenen Schadens wie die Erfassung des jedem einzelnen Zehdenicker entstandenen Verlusts an Immobilien und Mobilien; klassifiziert wurde, um die Spenden und Hilfsleistungen gerecht zu verteilen und um die Bedürftigkeit festzulegen; klassifiziert wurde schließlich auch, um die Kosten für den Wiederaufbau zu ermitteln und den Finanz- und Baumaterialbedarf der Bürger beim Wiederaufbau verschieden großer Häuser abzuschätzen. Die um 1800 für die verschiedensten Bereiche von der Wirtschaft über die Politik bis hin zur Naturwissenschaft so charakteristische Methode der Klassifizierung ist beim Wiederaufbau Zehdenicks nicht nur ein verwaltungstechnisches Mittel zur Kalkulation des Finanz- und Materialbedarfs. Sie erscheint aus Sicht der Obrigkeit auch als die adäquate Methode, um der Haltung der Bürger, die auf Individualisierung ihrer Ansprüche und ihrer Bauvorhaben drängten, unter Wahrung objektiver Rechtmäßigkeit zu entsprechen.

Um die Belange des Wiederaufbaus gerecht ordnen zu können, wurde die Einwohnerschaft Zehdenicks nach verschiedenen Kriterien klassifiziert. Beispielhaft ist dies anhand der Verteilung der in Berlin unter den wachsamen Augen der Öffentlichkeit gesammelten Spenden nachvollziehbar. Alle in Zehdenick und in den Vororten vom Feuer Betroffenen sollten, so der ausdrückliche Wunsch der Initiatoren der Spendensammlung, ohne Ansehen von Stand und Glauben *verhältnismäßig* unterstützt

548 Ebenda, Bl. 136.

werden.⁵⁴⁹ Da man hierfür eine möglichst detaillierte Klassifizierung der Zehdenicker Einwohner als unerlässlich ansah, machten die juristisch und kameralistisch gebildeten und aus dem Kreis der Berliner Aufklärer stammenden Organisatoren der Spendenaktion folgende Vorgaben. Zunächst unterteilten sie die Zehdenicker Bürgerschaft ganz allgemein in den *Bauer- oder Bürger-Civil und Militair Stand*. Ohne auf Standesgrenzen Rücksicht zu nehmen, gliederten sie *alle Abgebrannten in vier allgemeine Classen*. Kennzeichen jeder dieser *Classen* war neben dem gesellschaftlichen Rang der Person vor allem die Qualität und Quantität ihrer berufsbedingten Beziehung zu den Produktionsmitteln. Der gesellschaftliche, an althergebrachter ständischer Hierarchie orientierte Rang entschied bei allen *königlichen Civilisten*, bei Prediger, Rektor, Kantor und bei den Offizieren die Zuordnung zur höchsten, ersten Klasse. Beim Militär gehörten die Wachtmeister in die zweite, die Unteroffiziere in die dritte und *alle Gemeinen, insofern sie kein Gewerbe treiben*, in die vierte, unterste Klasse. In die erste Klasse kamen noch diejenigen Bürger wie Kauf- und Handelsleute, Brauer und Bäcker, *deren Gewerbe viel Vorlag an Gerätschaften, Materialien pp.* erforderte. In der zweiten Klasse fanden sich diejenigen Handwerker und Gewerbetreibenden, die *weniger zu ihren Einrichtungen brauchen*. Handel und Gewerbe waren somit in den ersten zwei Klassen vertreten. Erst danach folgten in der dritten Klasse die Ackerbürger und jene Bauern, die sich *als Fuhrleute den Ackerbürgern nähern*. In der untersten Klasse, mit den gemeinen Soldaten zusammen, versammelte man die *Handarbeiter folglich Schiffer, Tagelöhner, Dienstboten*.⁵⁵⁰ Jede dieser *vier allgemeinen Classen* unterteilte man dann nochmals in drei *Unterabtheilungen*, welche einzig und allein von der Höhe des im Brand erlittenen Verlustes bestimmt wurden.

Diese Klassifizierung beeindruckt durch die verhältnismäßig große Differenzierung der kleinstädtischen Gesellschaft. Möglichst genau sollten die Einwohner Zehdenicks erfasst werden. Dafür genügte die traditionelle Unterteilung entlang von Standesgrenzen nicht mehr. Als übergreifende, wertfreie Kategorie nahm man die Ordnung nach Klassen zur Hilfe. Diesen Klassen wurden dann die Einwohner nach ihrem gesellschaftlichen Rang und ihrem Gewerbe zugeordnet. Charakteristisch für die Klassifikation einer städtischen Gesellschaft ist dabei die Dominanz des Klassifikationsmerkmals Gewerbe: Sowohl Bauern als auch Hüttenarbeiter und Soldaten wurden, wenn sie solches betrieben, nach Qualität und Quantität ihres Gewerbes eingeordnet. Besonders in diesem Punkt sind die Ähnlichkeiten zu Bersons Klassifizierung der provinzialstädtischen Bürger und ihrer Häuser in der *Instruktion* unübersehbar. Wie wichtig man in den Kreisen der gebildeten Verwaltungsbeamten eine exakte, effektive und gerechte Klassifizierung und Ordnung der bürgerlichen Gesellschaft nahm, zeigt der Umstand, daß Bersons Kollegen an dessen *Instruktion* gerade den der Klassifizierung zugrunde liegenden *Plan* lobten und diesen als beachtenswerte *speculations Arbeit* und als *Erfindung einer neuen Sache* bezeichneten.⁵⁵¹

549 Schreiben des Geheimen Justizrats Gerresheim, des Professors Hartung, des Kaufmanns Köppen und des Buchhändlers Sander vom 8. Juni 1801. Stadtarchiv Zehdenick, Archivnummer 70.

550 Aufschlußreich ist die Zuordnung der Belegschaft der Zehdenicker Eisenhütte: Sofern die *Hüttenleute als Meister und Gesellen*, also nicht als *Tagelöhner behandelt* wurden, gehörten sie zur zweiten Klasse, andernfalls zur letzten, vierten Klasse.

551 GStA PK, II. HA Abt. 30 I Oberbaudepartement, Tit. 26, Nr. 4, unfoliiert. Schreiben des Oberbaudepartements vom 14. März 1801.

Neben der speziellen, wenigstens zum Teil den außergewöhnlichen Bedingungen einer Spendensammlung geschuldeten Klassifizierung finden sich in den Akten zu Zehdenick weitere, der normalen Verwaltungspraxis der Zeit entsprechende Ordnungsmuster der städtischen Gesellschaft. Grundsätzlich wurde zwischen den *Haus Eigentümern* auf der einen und *Miethbürgern* sowie *Einliegern* auf der anderen Seite unterschieden. Während die Spenden gleichmäßig unter alle Zehdenicker verteilt wurden, betraf die Unterstützung durch Bauhilfsgelder selbstverständlich nur die Hauseigentümer. Die Unterscheidung zwischen Ackerbürgern, Mittelbürgern und Kleinbürgern, wie sie auch in Mediatstädten am Ende des 18. Jahrhunderts noch zu finden war⁵⁵², spielte ebenso wie die unterschiedliche Qualität der Grundstücke (*Erb-Hauß*, *Buden-Hauß*) beim Zehdenicker Wiederaufbau keine Rolle.⁵⁵³ Diese traditionellen Gliederungsmuster der städtischen Gesellschaft traten eindeutig hinter quantifizierbaren Größen wie Gewerbe, Umfang des Verlusts oder Länge, Breite und Höhe des Hauses zurück.

Als übliches Verfahren, um die zu erwartenden Kosten eines größeren Retablisementsprojektes zu ermitteln, hatte sich in Preußen im 18. Jahrhundert die Anfertigung von *Normal-Anschlägen* durchgesetzt. In Zehdenick nahm man dafür von Beginn an die bestehenden bürgerlichen Besitzverhältnisse zum Maßstab. Auf der Wiederaufbaukonferenz wurde folgendes festgelegt: Um möglichst genau ermitteln zu können, wie groß die vom König zu erbittende *außerordentliche Beihilfe* sein mußte, sollte der Magistrat feststellen, wieviel Stockwerke und welche Frontlänge an der Straße die einzelnen Häuser vor dem Brand gehabt hatten. Bauinspektor Sensse wurde aufgetragen, auf der Grundlage dieses Nachweises Bauansschläge zu erstellen. Wie üblich stellte man sich hier folgende Verfahrensweise vor:

*Weil es aber die Sache zu lange aufhalten würde, wenn von jedem einzelnen Hause ein besonderer Anschlag angefertigt werden sollte, so wird derselbe nach Verschiedenheit der Größe und der Lage die sämtlichen Häuser in gemäße Classen bringen, und für jede Classe einen Anschlag von einem Hause anfertigen, wonach der Kosten Bedarf für sämtliche Häuser berechnet werden kann, [...].*⁵⁵⁴

In Zusammenarbeit mit dem Magistrat unterzog sich Sensse dieser Aufgabe, und bald konnte man die Normalansschläge überreichen. Erläuternd schrieb der Magistrat:

In Ansehung der Classification der Häuser haben wir den Umfang derselben zum Maaßstab genommen; so daß in der ersten Classe das kleinste etwa wenn Fronte und Tiefe zusammen addirt werden beides 90 Fuß, in der 2. Classe 70 Fuß, in der 3ten der kleinsten 55 Fuß, von 1 stöckigen aber solche die einen sehr großen Umfang haben, in der 4ten endlich mehrentheils die

552 Z. B. noch 1797 in Seelow. Vgl. Vetter 1996, S. 50.

553 Daß die Qualität der Grundstücke in manch anderer Hinsicht relevant blieb, zeigt die Zehdenicker Bürgerliste von 1809, in der für jedes Grundstück festgehalten wird, ob es sich um ein halbes oder ganzes Erbe handele. Zehdenick Stadtarchiv, Archivnummer 51.

554 Zehdenick Stadtarchiv, Archivnummer 78, Bl. 136.

*übrigen 1 stöckigen Häuser, und diejenigen 2 stöckigen Häuser, welche weniger als 55 Fuß mit Front und Tiefe zusammen gerechnet haben, aufgenommen sind.*⁵⁵⁵

Der Magistrat hatte errechnet, daß 73 Häuser der ersten, 72 Häuser der zweiten, 56 Häuser der dritten und 82 Häuser der vierten Klasse gebaut werden müßten. Nachdem sich die daraufhin von Senses und Wöhner erarbeiteten Normalanschlätze als zu kostspielig erwiesen hatten, wurde der Kriegs- und Domänenrat Wittke damit beauftragt, neue *Normal-Anschlätze zum Bau der Bürgerhäuser in Zehdenick* anzufertigen.⁵⁵⁶ Er nahm die Unterteilung in vier Klassen auf und erarbeitete danach Normalanschlätze jeweils für den massiven oder hölzernen Bau. Die Klassen hießen nun *großes Wohnhaus zwey Etagen hoch, Wohnhaus mittlerer Durchschnittsgröße zwey Etagen hoch, Wohnhaus mittlerer Durchschnittsgröße 1. Etage hoch und kleines Wohnhaus zwey Etagen hoch*.

Mit Hilfe der traditionellen Methode der Normalanschlätze schätzte man so die Gesamtkosten ab und berechnete die insgesamt zu vergebenden Bauhilfsgelder. Noch im März 1802 ging die Kurmärkische Kammer davon aus, *daß die ProCent Gelder nur nach den Normal Anschlätzen bewilligt werden, und es der Anfertigung besonderer Anschätze für jedes Haus nicht bedürfte*.⁵⁵⁷ Als sich wenig später aber die ersten Schwierigkeiten bei der Überwachung des Hausbaus zeigten, sah sich die Kammer gezwungen, von dieser traditionellen Methode abzugehen. Ausschlaggebend hierfür war ein ausführlicher Bericht des Leiter der Retablissementskommission Ludolff an die Kammer im April 1802, in dem dieser die Schwierigkeiten schilderte, die einem ordnungsgemäßen massiven Wiederaufbau im Wege standen. Ludolff hob hervor, daß die demnächst im Wiederaufbaureglement festgelegten *Vorschriften zum massiven Bau* nicht ausreichten, um *Verstöße gegen eine gute dauerhafte feuersichere Bauart* zu verhindern.⁵⁵⁸ Er schlug vor,

zur Erreichung einer dauerhaften feuersichern Bauart, jedem, der zum massiven Bau schreiten will, einen Special Anschlag in die Hände zu geben, worauf er unter der Bedingung bauen müste, daß dadurch die Unterstützung erfolgen werde, und eine Abweichung ohne besondere Genehmigung oder Zuziehung des Bau-Officianten durchaus nicht vornehmen dürfe, und wenn sich solches bey der Revision dennoch finden sollte, der bauende des letzten Drittheils der Unterstützung verlustig gehen werde.

Es sollte also für jedes einzelne Haus ein Kostenvoranschlag erarbeitet werden, dessen Grundlage jeweils ein spezieller zeichnerischer Entwurf war. Kostenvoranschlag sowie Grund- und Aufriß konnten nun individuell geprüft und mit dem tatsächlich Gebauten verglichen werden. Nur unter

555 Schreiben von Haeger, Tramnitz und Pape vom 12. Juli 1801 an Laue. Zehdenick Stadtarchiv, Archivnummer 78, Bl. 203.

556 So die Kammer in einem Bericht an das Kurmärkische Departement vom 5. September 1801, mit dem zugleich Wittkes Normalanschlätze übergeben wurden. GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. I, Bl. 199-203.

557 Schreiben der Kurmärkischen Kammer an das Kurmärkische Departement vom 14. März 1802. GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. II, Bl. 168.

558 Ludolfs Bericht ist nur in Ausschnitten im Bericht der Kurmärkischen Kammer (Bonsery) an das Kurmärkische Departement vom 20. April 1802 erhalten. GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. IV, Bl. 6.

diesen Bedingungen erscheint Ludolff *eine Beyhülfe zur massiven Bauart bey den dort sehr verwilderten Bürgern, die keinen vernünftigen Vorstellungen Gehör geben*, angebracht zu sein.

Trotz großzügiger finanzieller Förderung und trotz Wiederaufbaureglement, das immerhin eine rechtlich verbindliche Vorschrift war, gelang es demnach nicht, die massiv bauenden Bürger auf diesem Wege dazu zu bewegen, die baupolizeilichen Anforderungen zu erfüllen. Zwar waren zur Durchsetzung vor allem der feuerpolizeilichen Grundbedingungen bei allen Neubauten Visitationen vorgesehen, doch scheint dieses Mittel der Kontrolle nicht sehr effektiv gewesen zu sein. Nicht ohne zwingenden Grund werden sich Kammer und Departement entschlossen haben, Spezialanschlätze durch den Baukondukteur Lietzmann anfertigen zu lassen. Immerhin kostete diese aufwendige Prozedur doch nicht nur Zeit, sondern auch Gehalt und Diäten für den Baukondukteur. Der drohende Verlust der baupolizeilichen Oberhoheit war demnach ein wesentlicher Grund für die Anfertigung von Spezialanschlätzen. An die Stelle einer pauschalen Vergütung dafür, daß die Bürger nach obrigkeitlichen Vorstellungen bauten, trat die exakt berechnete und individuell zugeschnittene Unterstützung, die sowohl den Vermögensstand jedes einzelnen Bauenden als auch den baulichen Zustand jedes neu erbauten Hauses berücksichtigte.

Mußte einerseits die königliche Verwaltung ihre pauschalisierende, ständischen Traditionen verhaftete Vorgehensweise dem erstarkten bürgerlichen Selbstbewußtsein der einzelnen Bauenden anpassen, so war andererseits das behördliche Handeln selbst von neuen Prämissen geleitet. Der *Kriegs Rath* Carow betonte, als er die Neuregelung der Handhabung der Anschätze an das Departement meldete, die Spezialanschlätze seien notwendig gewesen, weil die Bauenden *besonders in Ansehung der Tiefen, und oft auch in Ansehung der Längen der Gebäude* von den Normalanschlätzen abgewichen wären. Es sei zur *Wahrung der Gerechtigkeit* sogar notwendig, nachträglich Spezialanschlätze zu erstellen, *damit die, die gut gebauet haben, nicht zu wenig und die, die schlecht bauten, nicht zu viel erhielten*.⁵⁵⁹ Als der Chef des Kurmärkischen Departements, Minister von Voß, diese Vorgehensweise bestätigte, betonte auch er, es käme vor allem darauf an, *sämtliche massiv bauenden Bürger nach gleichen Grundsätzen* zu unterstützen.⁵⁶⁰

Die Entwürfe für die Bürgerhäuser waren in der Folge stark individualisiert. Sowohl die Bürger als auch die staatliche Verwaltung drängten darauf, daß für jedes Haus ein eigener Entwurf angefertigt werde und jedes aufgebaute Haus diesem einen Entwurf entsprechen solle. Dabei wurden die direkten obrigkeitlichen Regulierungsmöglichkeiten auf den baupolizeilich brisanten Bereich der Feuersicherheit (Feuerstätten, Schornstein, Baumaterial) begrenzt. Sowohl die Aufteilung der Grundrisse als auch die Gestaltung der Fassaden wurde im Dialog zwischen den entwerfenden Baumeistern Lietzmann und Wöhner und dem Bauherren realisiert. Zwar war Lietzmann als Baukondukteur in die Hierarchie der staatlichen Verwaltung eingebunden, doch fühlte er sich in vielen

559 Beispiele für ein derartiges Verhalten der Bürger: Der Schuhmacher Nickel hatte nach Normalanschlag 1.204 Taler verbaut, nach Spezialanschlag aber nur 949 Taler benötigt. Andererseits hatte der Maurermeister Taubold einen Normalanschlag über 1.690 Taler, laut Spezialanschlag hatte er aber 2.272 Taler verbaut. Kurmärkische Kammer an Kurmärkisches Departement vom April 1803. GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. V, Bl. 97f.

560 Schreiben von Voß an die Kammer vom 6. April 1803. Ebenda, Bl. 101.

Fragen nicht an die Hinweise und Weisungen etwa des Oberbaudepartements gebunden. Vielmehr brachte er, vermutlich in Berlin ausgebildet, die in der preußischen Bauverwaltung erarbeiteten, propagierten und gelehrten Standards der Grundrißaufteilung und Fassadengestaltung, mithin den baulichen Sachverstand, selbständig in den Entwurf ein. Bei diesen Voraussetzungen stand es dem Zehdenicker Bürger – wenn dieser sich das finanziell und wirtschaftlich leisten konnte – offen, seine individuellen Bedürfnisse an Wohn- und Arbeitsräumen und seinen persönlichen Geschmack in den Entwurf einfließen zu lassen.

Äußeres Erscheinungsbild

Es ist unter diesen Voraussetzungen nicht verwunderlich, daß sich die Fassadengestaltung der Zehdenicker Bürgerhäuser im Unterschied zu Templin nicht ausschließlich generalisierend beschreiben läßt. Die genaue Betrachtung der einzelnen Fassaden ist hier die unumgängliche Voraussetzung dafür, verallgemeinerbare Aussagen treffen zu können.

Der Entwurf für das kleine Haus der Wittwe Schultz⁵⁶¹ zeigt eingeschossiges Haus mit drei Achsen⁵⁶². Neben einer mittig platzierten Tür mit zweistufigem Antritt ist links und rechts jeweils ein Fenster angeordnet. Alle Öffnungen sind, nur durch eine einfache Nut gerahmt, in die Wandfläche eingelassen. Über einem dunkel abgesetzten Sockel trägt die lichte, graugrüne Fassade eine waagerechte Putznutung. Das abschließende Hauptgesims ist in seiner Formgebung einfach und vergleichsweise zierlich, ebenso die Sohlbänke der Fenster. Die Fassade dieses wohl bescheidensten massiven Hauses ist betont schlicht gestaltet: Sie ist nicht durch Vor- oder Rücksprünge gegliedert und nicht durch Ornamente verziert. Dennoch ist sie exakt symmetrisch und wohl proportioniert.

Das für den Zimmermeister Heubel⁵⁶³ an der Ostseite des Kirchplatzes zu errichtende Haus ist in Lietzmanns Entwurf eingeschossig, jedoch immerhin sechs Achsen breit.

561 Entwurf Lietzmanns: Zehdenick, Stadtarchiv, Archivnummer 965, unfoliiert.

562 Auch wenn bei einem eingeschossigen Haus die Bezeichnung Achse wenig angebracht erscheint, soll sie hier der Einfachheit halber gebraucht werden. Immerhin sind den Fenstern die Kellerluken axial zugeordnet.

563 Am Kirchplatz 4. Entwurf Lietzmanns: Zehdenick, Stadtarchiv, Archivnummer 965, unfoliiert.

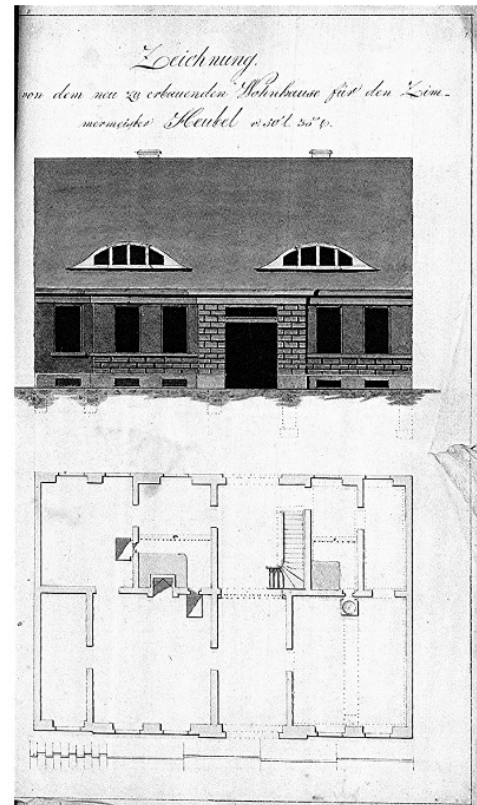


Abb. 42: Zehdenick, Am Kirchplatz 4 (ehem. Haus des Zimmermeisters Heubel), links Aufnahme Mai 2000; rechts Entwurfszeichnung von Lietzmann, März 1804

Um bei sechs Fensterachsen die Möglichkeit zur symmetrischen, um die Durchfahrt gruppierten Gestaltung zu erlangen, ist die Wandfläche der äußersten linken Achse durch einen leichten Rücksprung und eine einfachere Gestaltung abgesetzt. In der verbleibenden Fassadenfläche sind die übrigen vier Fenster exakt symmetrisch um die Durchfahrt gruppiert. Der Eingangsbereich ist durch eine einige Zoll vorspringende Wandvorlage betont. Die Wandvorlage und der Bereich unter dem Sohlbankgesims sind durch eine Putzquaderung geschmückt. Über den rahmenlos und mit umlaufender Nut in die Wandfläche geschnittenen Fenstern verläuft ein flaches Putzband, darüber das kräftig ausgebildete Hauptgesims. Indem sie direkt unter beziehungsweise über den Fenstern liegen und diese wie in ein waagerechtes Band einspannen, unterstreichen Sohlbankgesims und Putzband die lagernde, betont horizontale Proportionierung der Fassade. Die mittlere Wandvorlage, die als vertikales Gegengewicht dient, wird in dieser Funktion auch durch ihre Farbgebung unterstützt. Sie ist wie die übrigen gequadrerten Flächen, die Gesimse und das Putzband im Ton leicht heller gehalten als der steingraue Putzton der Wandflächen. Der Sockel ist violett gefärbt.

Deutlich opulenter ist das ebenfalls eingeschossige Haus des Majors von Armin⁵⁶⁴ gestaltet.



Abb. 43: Zehdenick, Berliner Straße 41 (ehem. Haus des Majors von Arnim), Aufnahme März 2003

Auch wenn sich hier kein originaler Entwurf erhalten hat, kann es aufgrund seiner Gestaltung Lietzmann zugeschrieben werden. Das stattliche Haus, dessen Hauptgeschoss sich über einem hohen Souterrain erhebt, ist eines der breitesten der wiederaufgebauten Häuser. Da es nur sieben Fensterachsen besitzt, verbleiben zwischen den Fenstern entsprechend große Wandflächen. Die Dominanz der geschlossenen Wandflächen ist ein wesentliches Merkmal der in einen dreiachsigen Mittelteil und zwei jeweils zweiachsige Seitenteile gegliederten Fassade. Die Seitenteile springen als flache Wandvorlagen leicht vor, so daß der Mittelteil mit der Haustür leicht zurückgezogen erscheint. Hier befindet sich die zweiläufige Freitreppe, die zur Haustür hinaufführt. Der Souterrainbereich war an den vorspringenden Seitenteilen mit einer Putzquaderung verziert und nach oben durch ein blockhaftes Gesims abgesetzt, darüber folgte ein ebenso gestaltetes Sohlbankgesims und waagerechte Fensterverdachungen, die von zierlichen Konsolen getragen wurden. Unter den Fenstern des Mittelteils, die wie alle anderen nur von einer einfachen Nutung umgeben waren, befanden sich klobig wirkende Sohlbänke, die auf denselben zierlichen Konsolen ruhten wie die Verdachungen. Ein breites Putzband betonte wie ein Fries die Fläche unterhalb des Hauptgesimses. Auch an dieser ausgewogen komponierten Fassade erhöhte Lietzmann die eigentlich geringe Plastizität durch den von unten nach oben und von den zurückliegenden zu den vorspringenden Fassadenteilen lichter werdenden Anstrich.

Die Hauptfassade des zweigeschossigen, für den Apotheker Wittke⁵⁶⁵ am Markt projektierten Wohnhauses ist ebenfalls sieben Achsen breit.

565 Klosterstraße 1. Entwurf Lietzmanns: Zehdenick, Stadtarchiv, Archivnummer 965, unfoliiert.

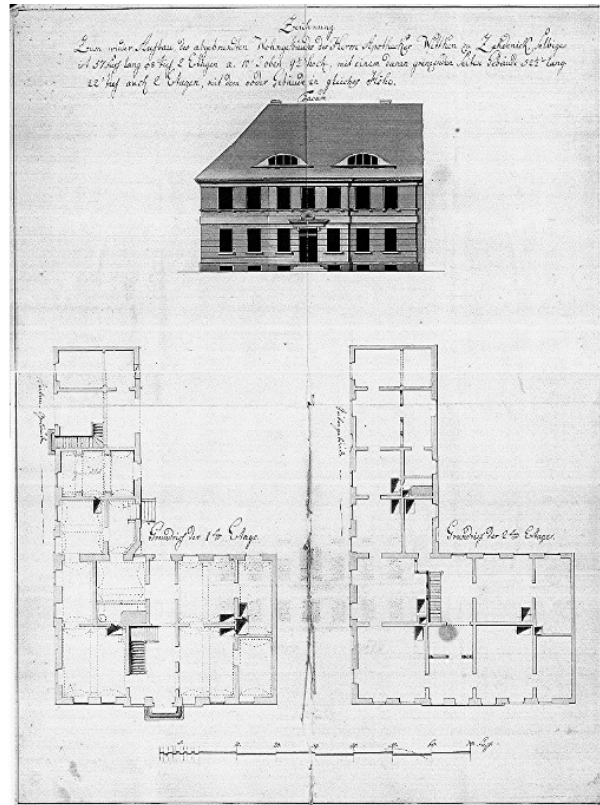


Abb. 44: Zehdenick, Klosterstraße 1 (ehem. Haus des Apothekers Wittke), links Aufnahme März 2003; rechts Entwurfszeichnung von Lietzmann, März 1804

Obwohl die ungerade Anzahl von Fensterachsen beste Voraussetzungen für eine symmetrische Gestaltung bot, setzte Lietzmann rechts wieder eine ungegliederte, vom Sockel bis zur Traufe reichende Wandfläche von etwa 30 cm Breite ab. Die verbleibende Fassade ist exakt symmetrisch in eine dreiachsige, nur wenige Zoll vorspringende mittlere Wandvorlage und zweiachsige, zur Mittelachse orientierte Seitenteile gegliedert. Die Fenster im Mittelteil stehen deutlich dichter zusammen als die in den Seitenteilen, was eine zusätzliche Betonung der Mittelachse mit dem Haupteingang bewirkt. Über der Tür setzt eine in blockhaft-einfachen Formen gehaltene, massige Verdachung gemeinsam mit einer halbrund vertieften Nische einen weiteren Akzent. Über einem leicht vortretenden karminroten Sockel erhebt sich zunächst das über eine breite, waagerechte Putznutung charakterisierte Erdgeschoß. Die ohne Rahmen in die Wand geschnittenen Fenster besitzen hier ungegliederte, blockartige Sohlbänke. Als Zwischengesims dient ein flächiges Putzband. Die von einer schmalen Nut umgebenen Obergeschoßfenster sind zwischen einem dünnen, von einfachen Konsolen getragenen Sohlbankgesims und einem flachen Putzband unter dem Hautgesims eingespannt. Das Grüngrau der Wandflächen ist an allen vortretenden Gliederungselementen (Wandvorlage, Gesimse, Putzbänder, Sohlbänke und Verdachung) aufgehellt. Der vertikalen Dreiteilung der Fassade, die durch die mittlere Wandvorlage bedingt ist, stellt Lietzmann mit der Putznutung, den Putzbändern und dem Sohlbankgesims eine durch die Farbgebung verstärkte Horizontalität entgegen. Neben diesem Spiel von Vertikalen und Horizontalen und dem geschickten Einsatz der Farbe wird eine weitere ornamentale Verzierung nicht für nötig gehalten. Lediglich der in der Nische aufgestellte Adler ist Schmuck und zugleich Geschäftszeichen der Apotheke.

Eine der auffälligsten und künstlerisch anspruchsvollsten Fassaden schmückt das ebenfalls am Markt gelegene zweigeschossige Wohnhaus des Kupferschmieds Zillmann⁵⁶⁶.

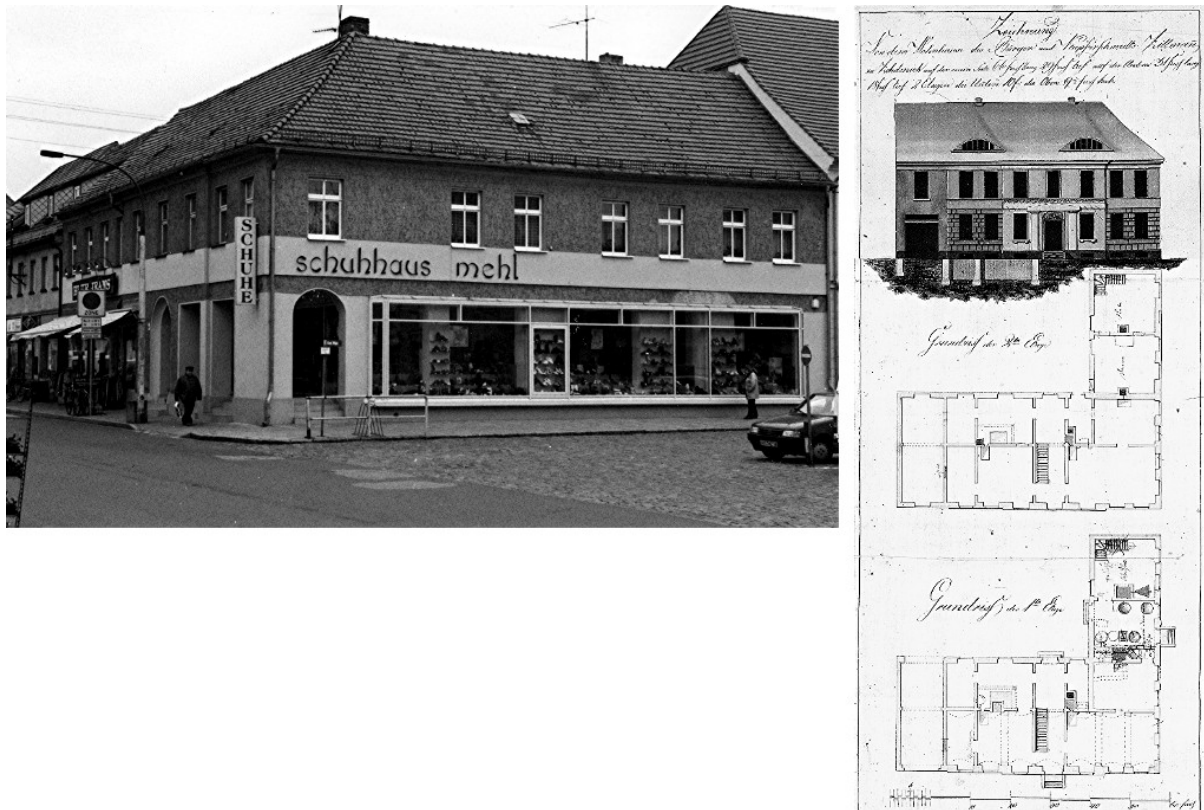


Abb. 45: Zehdenick, Berliner Straße 17 (ehem. Haus des Kupferschmieds Zillmann), links Aufnahme Febr. 2001; rechts Entwurfszeichnung von Lietzmann, März 1804

Wieder benutzt Lietzmann die Separierung einer störenden Wandfläche, um für die verbleibende Fassadenfläche eine exakte Symmetrie zu erreichen. Er bringt an dieser Stelle die Durchfahrt unter. Die Fassadenfläche ist, wie am Haus des Apothekers, in einen dreiachsigen Mittelteil und zweiachsige Seitenteile gegliedert. Jedoch sind die Fensterabstände in der mittleren Wandvorlage deutlich größer, so daß der Haupteingang in der Mittelachse nicht wie am Haus des Apothekers Wittke durch Verringerung der Fensterabstände, sondern durch Aufweitung zusätzlich hervorgehoben wird. Dem Schmuck des Mittelteils dienen blockhafte Sohlbankgesimse unter den Erdgeschoßfenstern und ein Gesimsband, welches mit dem antiken Motiv des "laufenden Hundes" verziert ist. Die rundbogige, mit einer umlaufenden Kehle und filigranem Oberlicht geschmückte Türöffnung rahmen zwei gedrungene, mit schmalen "Eierstabkapitel" versehene Pilaster, welche eine blockhafte Dreiecksverdachung tragen. Die Seitenteile weisen im Erdgeschoß eine aufwendige Putzquaderung auf. Diese deutet verschieden starke "Steinlagen", blockhafte Fensterstürze und Sohlbänke sowie als Basis eine Schicht größerer, annähernd quadratischer "Steinblöcke" an. Darüber folgt ein breites flächiges Bandgesims, welches unter den Obergeschoßfenstern eine dünne Sohlbank trägt. Den oberen Fassadenabschluss bildet wieder ein flächiges Putzband, über welchem das Hauptgesims vorspringt. Die auf einer graubraunen bis moosgrünen Grundfarbe aufgebaute

566 Berliner Str. 17. Entwurf Lietzmanns: Zehdenick, Stadtarchiv, Archivnummer 965, unfoliiert.

Farbigkeit gewinnt von unten nach oben und von den zurückliegenden zu den vorspringenden Fassadenteilen an Helligkeit. Obwohl sie mit einer vergleichsweise differenzierten Gliederung und Verzierung ausgestattet ist, besitzt auch diese Fassade kaum eine wirklich plastische Tiefe. Selbst der "Portikus", welcher die Haustür rahmt, tritt nur ein bis zwei Zoll hervor.

Eines der qualitativ auffälligsten, noch heute erhaltenen Häuser ist das des Sattlermeisters Döhring.⁵⁶⁷ Es ist fünf Achsen breit und zwei Geschosse hoch. Eine breite, wiederum nur wenig vortretende Wandvorlage akzentuiert den Haupteingang. Der leicht vorspringende Sockel endet mit einem feinen, fast zarten Profil. Darüber erhebt sich die glatte Wandfläche des Erdgeschosses. Hier fehlt bei den in die Wand geschnittenen Fenstern jede begleitende Nutung. Einziger Schmuck sind wiederum recht feingliedrige Sohlbänke und vergleichsweise aufwendige Verdachungen. Von winzigen Konsolen getragen, sind diese aus einem waagerechten, fein profilierten Block und einem Dreiecksgiebel mit begleitenden Eckakroterien zusammengesetzt. Unter den Obergeschoßfenstern verläuft ein dünnes Sohlbankgesims, darüber ein breites Putzband, über dem das Hauptgesims die Fassade zum Dach hin abschließt. Der Mittelteil ist im Obergeschoss durch vermutlich nur ganz dünn aufgeputzte senkrechte Streifen, wie durch Ecklisenen gefaßt. Das Hauptgesims schmücken im Bereich der Wandvorlage kleine dünne Klötzchen.

Das 1804 von dem Liebenwalder Baumeister Müller entworfene Haus für das vor der Stadt gelegene Haus für den *Herrn Landjäger Wartenberg* besitzt ein Sockel- und ein Hauptgeschoß. Die neun Fensterachsen breite Fassade ist exakt symmetrisch eingeteilt, allerdings fehlen hier die bei Lietzmanns Entwürfen für die städtischen Häuser so charakteristischen, gestalterisch abgesetzten Wandflächen. Wieder teilt sich die Fassade in zwei seitliche und ein leicht vorspringendes mittleres Kompartiment. Jedoch ist hier die Mittelachse mit der Eingangstür wiederum zurückgesetzt, so daß zwei Wandvorlagen entstehen, die jeweils nur eine Fensterachse breit sind. Dieser vertikalen Gliederung stehen in der Horizontalen der gequaderte Sockel und ein breites Putzband unter dem Hauptgesims ausgleichend gegenüber. Die flächig wirkende Fassade mit ihren ohne Rahmung in die Wand geschnittenen Öffnungen besitzt einige wenige Verzierungen. Hierzu gehören die dünnen, im Bereich der Wandvorlagen von flachen Konsolen getragenen Sohlbänke, die ebenfalls auf die Risalite beschränkte charakteristische 'etrurische' Putzritzung und die von klobigen Konsolen getragene, zweifach abgestufte und mit einer Eierstableiste verzierte Verdachung der Haustür. Der von den Wandvorlagen gerahmte mittlere Wandabschnitt wird zusätzlich durch eine Verzierung betont, die im zugehörigen Anschlag als *Haupt Gesimß in der vorder Fronte mit Zahn Schnitte*⁵⁶⁸ bezeichnet ist. Bei der Farbigkeit folgt Müller demselben Prinzip wie Lietzmann. Von der dunklen, steingrauen Plinthe hellt sich die Fassade über den Sockel und das Hauptgesims bis zum Putzband und Hauptgesims zu einem hellen Grau auf. Ebenso hellgrau treten die beiden Wandvorlagen, die Sohlbänke und die Verdachung der Haustür hervor.

567 Poststraße 4.

568 BLHA, Pr. Br. Rep. 2A Regierung Potsdam, III D 22749, Bl. 12.

Die beim Wiederaufbau Zehdenicks errichteten Fachwerkhäuser unterscheiden sich in ihrem äußeren Erscheinungsbild von Grund auf von den massiven Wohnhäusern.

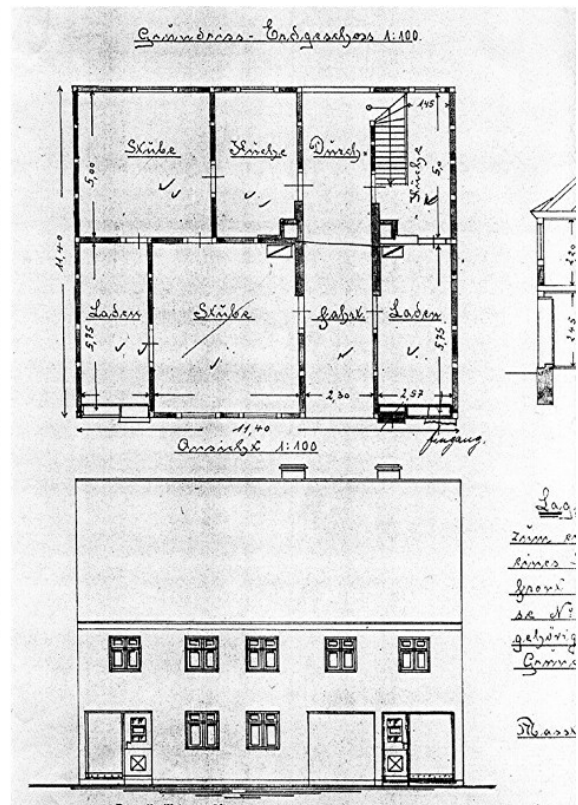


Abb. 46: Zehdenick, Fachwerkhäuser Berliner Strasse 50 (ehem. Haus des Schuhmachermeister Finzelberg), links Aufnahme Febr. 2001; rechts Zeichnung von 1932 (Ausschnitt)

Proportionierung, Stockwerkshöhe und Größe der Fenster machen sie, auch wenn sie gründlich geschlemmt, verputzt oder gestrichen sind, auf den ersten Blick kenntlich. Die Fassaden der Fachwerkhäuser zeigen sich in überaus schlichten traditionellen Formen: So ist beispielsweise das mit kleinen Fenstern notdürftig belichtete Obergeschoß zumeist deutlich niedriger als das Erdgeschoß und vereinzelt springt es sogar vor.⁵⁶⁹ Immer noch ist einer Kammer ein einzelnes und einer Stube ein Paar Fenster zugeordnet. Jedoch wird dieses Schema nicht wie gut 60 Jahre zuvor in Templin zur symmetrischen und rhythmischen Gestaltung der Fassade genutzt, sondern die Fenster werden ohne Rücksicht auf ästhetische Ansprüche angeordnet – manchmal fehlt sogar die konsequente Axialität der Fensterstellung. Auch die traditionellen Schmuckformen an den Gesimsen, Wandöffnungen und Giebelndreiecken lassen sich nicht finden. Diese aus der Not geborenen Fachwerkhäuser waren zudem oft von mangelhafter baulicher Qualität, dies bezeugen Berichte, die bereits 1803 auftauchen. Danach waren die Gefache oft *nur gestackt und gelehmt*, andere Häuser hatten *nur 8 bis 9 Fuß Etagen Höhe* und wieder andere waren *nur einmal verriegelt*.⁵⁷⁰ Über das Haus des Bäckers Schnell heißt es 1805, es sei

569 Eine historische Abbildung des heute zerstörten Hauses Klosterstraße 16 zeigt beispielsweise ein vorspringendes Obergeschoß mit lukenartigen Fensteröffnungen. Stadtarchiv Zehdenick, Fotosammlung.

570 So der Baurat Wittke in seinem Bericht vom 25. Okt. 1803. GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. V, Bl. 245f.

noch nicht ganz aufgebaut, und schon gänzlich vom Schwamm angegriffen, ausserdem ist fast das ganze Gebäude [...] nur von Brandholz, der Keller ist nicht gewölbt und das Fundament ist nur mit Lehm gemauert, und schon so weit gesunken, daß besonders an der Giebelseite die Schwellen auf der Erde liegen.

Wie im Fall des Tischlers Feuerhenn, dessen Haus ebenfalls *allenthalben vom Schwamm durchdrungen* sei, befürchtet man, daß die Häuser, da sie schon nach so kurzer Zeit derart beschädigt seien, *bald ganz verfallen* würden.⁵⁷¹ Insgesamt vermitteln die erhaltenen Häuser ebenso wie die überlieferten Fotos und die Zustandsbeschreibungen des frühen 19. Jahrhunderts ein wenig ansprechendes Bild von den nach dem Brand errichteten Fachwerkhäusern.

Ganz anders die Fassaden der eingangs exemplarisch vorgestellten massiven Wohnhäuser. Diese müssen zunächst in zwei Gruppen geteilt werden. Die Mehrzahl der in den Jahren des Wiederaufbaus zwischen 1802 und 1806 entstandenen Fassaden wurde von den Baukondukteuren Lietzmann und Wöhner gestaltet. Die zweite Gruppe von massiven Fassaden weist vor allem im ornamentalen Detail eine abweichende Gestaltung auf. Heute sind von den Fassaden des frühen 19. Jahrhunderts vor allem die Beispiele Gruppe noch in der Stadt wahrnehmbar.

Ohne Zweifel prägten die von Lietzmann direkt vor Ort entworfenen, qualitätvollen Entwürfe bis um 1900 die äußere Gestalt des neuen Zehdenicker Bürgerhauses.⁵⁷² Von eingeschossigen kleinen (Witwe Schultz), mittelgroßen (Zimmermeister Heubel, Schiffbauermeister Streichhahn) und großen (Major v. Arnim) Häusern bis hin zu prächtigen zweigeschossigen Eckhäusern mit Seitengebäude (Apotheker Wittke, Kupferschmied Zillmann) entwarf Lietzmann Wohnhäuser jeder Größe. Die wenigen von Wöhner entworfenen Häuser (Kaufmann Hertzer, vgl. Abb. 49) unterscheiden sich in der Fassadengestaltung kaum von denen, die Lietzmann entworfen hat. Die nähere Untersuchung und detaillierte Beschreibung einiger exemplarischer Fassaden von massiven Häusern hat einige grundlegende Gestaltungsmerkmale offenbart, die letztlich auf alle während des Wiederaufbaus entstandenen Hausfassaden übertragen werden können. Die Fassaden lassen sich durch vier Hauptmerkmale beschreiben: Sie sind erstens ausgewogen, jedoch mit markanter Betonung der Horizontalen proportioniert und zweitens exakt symmetrisch angelegt. Drittens ist eine Vorliebe für glatte, ungliederte Oberflächen zu beobachten, und viertens sind sie betont einfach verziert.

Die Rhythmisierung und die architektonische Gliederung der Fassaden werden durch vertikale Vor- und Rücksprünge hergestellt. Den meisten massiven Fassaden liegt dabei eine symmetrische Dreiteilung zugrunde, gebildet aus einer zentralen oder zwei seitlichen Wandvorlagen. Dieser vertikal gliedernden Grunddisposition sind dann zum waagerechten Ausgleich breite Putzbänder und Gesimse entgegengesetzt. Besonders bei den weniger aufwendig gestalteten Fassaden hat die

571 Bericht der Kurmärkischen Kammer ans Kurmärkische Departement vom 17. Sept. 1805. GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. VII, Bl. 127.

572 Zehdenick, Stadtarchiv, Archivnummer 965, unfoliiert.

Waagerechte oft ein deutliches Übergewicht. Auffallend sind die durch Sohlbänke und Putzbänder zu waagerechten „Fensterbändern“ zusammengeschlossenen Fenster.⁵⁷³

Symmetrie ist das augenfälligste Merkmal fast aller Fassaden der massiven Häuser. Häufig wird der nutzungsbedingt asymmetrisch platzierte Eingang durch die Anordnung zweier seitlicher Wandvorlagen korrigiert.⁵⁷⁴ Die exakte Symmetrie der Fassade wird oft durch die Absetzung eines ganzen Wandabschnitts hervorgehoben. An mehreren Häusern findet sich diese leicht abgesetzte, ungegliederte Wandfläche neben einer exakt symmetrischen Fassadenfläche.



Abb. 47: Wandfläche & Fassadenfläche, Beispiele: links Berliner Straße 20; rechts , Klosterstraße 6 (vgl. auch Abb. 42, 44, 45)

Zugunsten einer so symmetrisch wie möglich angelegten Fassadenfläche wird dabei auf die Symmetrie der gesamten von der Straße sichtbaren Hauswand verzichtet. Wie eine Maske liegt dann der symmetrische Fassadenschmuck auf der Wandfläche des Hauses – dieses scheint mit der flachen, fassadebildenden Fläche nur bekleidet zu sein. Das Streben nach der absolut exakten Symmetrie jeder einzelnen Fassade ist ein eindrucksvoller Beleg für die in Zehdenick zu beobachtende Individualisierung des einzelnen Hauses. Jede Fassade ist nicht etwa im Zusammenspiel mit dem Nachbarhaus, sondern vielmehr für sich allein ausgewogen gestaltet. Jede hat ihre eigene, individuelle Symmetrieachse und ist darin nur auf sich, zumeist auf ihren Eingangsbereich bezogen. Die von architektonischer Gestaltung und Verzierung nahezu freie Wandfläche an der linken Ecke des Hauses des Kupferschmieds Zillmann beispielsweise separiert die aufwendig gestaltete, wohlproportionierte und auf den Haupteingang hin komponierte Fassadenfläche des Hauses von dem links anschließenden Nachbarhaus. Die betonte Schlichtheit dieser Wandflächen unterstreicht aber nicht nur die Symmetrie der Fassade und die Absonderung vom Nachbarhaus. Durch den Kontrast verstärkt sie auch die Wirkung der einfachen Gliederung und Verzierung der eigentlichen Fassadenflächen. Anschaulich stehen ‚ungeschmückte‘ und ‚geschmückte‘ Flächen nebeneinander.

Auffallend ist weiterhin die starke Betonung geschlossener, glatter Wandflächen. Fenster, Türen und Tore sind die einzigen, oft lochartig wirkenden Vertiefungen in den Flächen. Die Fenster sind ohne

573 Beispiele dafür Kapellenstraße 5, 19, Marktstraße 8, Kirchplatz 11, Berliner Str. 36.

574 Beispiele dafür Mühlenstraße 48, Poststraße 6, 16, Dammhast Straße 25.

Rahmung in die Wände geschnitten. Die Wandpfeiler zwischen und die Brüstungsfelder unter den Fenstern bleiben ebenfalls unverziert. Die Wandvorlagen sind nur wenige Zentimeter stark, aber dennoch schon im Mauerwerk angelegt. Letzteres gilt auch für die einfachen Gesimse, die klobig wirkenden Verdachungen und Sohlbänke sowie für die meisten der waagerechten Putzbänder. Sie besitzen keine aufwendige Binnengliederung oder Profilierung, sondern schlichte, glatte Oberflächen. Diese betonte Einfachheit der architektonischen Glieder gilt sowohl für die Grundformen (Dreiecke oder schlichte waagerechte Blöcke) und deren Einbindung in die Fassadenstruktur als auch für die Gestaltung der Verzierungen selbst. Jede Gliederung und Verzierung ist aus der Fläche entwickelt.

Das gilt auch für die ehemals zahlreich vorhandenen Putzritzungen und ornamentalen Verzierungen, die reine ‚Putzkunst‘ waren. (Vgl. Abb. 45) Dieser ornamentale Schmuck der neuen Zehdenicker Bürgerhäuser ist heute fast ebenso vollständig verschwunden wie die einst reichen Putzritzungen, Putzstreifungen und Putzquaderungen, welche die Sockelbereiche und Erdgeschosse markierten. Diese Putzritzungen waren differenziert gestaltet. Auffälligste Eigenheit ist die Detailgenauigkeit, mit der man versucht, Hausteinmauern vorzutäuschen: Die angedeuteten Steinlagen sind verschieden stark, die „Steine“ über den Fensterstürzen „richtig“ versetzt, und mitunter gibt es auch eine extra ausgewiesene Lage von Sockelsteinen wie in Lietzmanns Entwurf für Zillmanns Haus. An diesem oder am Haus des Coffetiers Hoer (Klosterstraße 6) fanden sich zudem die charakteristischen ornamentalen Verzierungen, die, wie von Berson beschrieben, mittels Schablonen einfach in den feuchten Putz geritzt waren. An Zillmanns Haus zeigt diese friesartige Verzierung das antike Motiv des ‚laufenden Hundes‘, an Hoers Haus hatte sie die Form der damals als *etrurisch* bezeichneten stilisierten Palmetten.

Die Fassaden der zweiten Gruppe, für die jene am Haus des Landjägers Wartenberg und an dem des Sattlermeisters Döhring exemplarisch stehen, weichen in der Grunddisposition nicht von den Entwürfen Lietzmanns oder Wöhners ab: Symmetrie, Flächigkeit, Betonung der Waagerechten, Gliederung durch zwei jeweils nur eine Fensterachse breite Wandvorlagen und breite Putzbänder – selbst die charakteristische *etrurische* Putzritzung (stilisierte Palmettenfriese) findet sich wieder. Die Verzierungen dieser Fassaden sind insgesamt jedoch differenzierter, die Gesimse feiner gezogen, die Verdachungen, Sohlbankgesimse und Konsolen kleiner, dünner und mehrfach profiliert. Das Hauptmerkmal der zweiten Gruppe von massiven Fassaden ist jedoch der von Müller in seinem Kostenvoranschlag für das Haus Wartenberg so bezeichnete *Zahn Schnitt*, der sich an den Hauptgesimsen aller zu dieser Gruppe zu zählenden Fassaden finden läßt.



Abb. 48: Zehdenick, Kapellenstraße 17, Aufnahme März 2003

Die weit auseinander gezogenen, kleinen Klötzchen erinnern jedoch mehr an die Mutuli der klassischen dorischen Ordnung als an einen Zahnschnitt. Zumeist tritt der *Zahn Schnitt* in Verbindung mit betont einfachen Mäanderbändern oder auch ornamentalen Putzritzungen auf; mitunter waren die Kanten des Gebäudes oder seiner Wandvorlagen durch eine flächige ‚Bossierung‘ betont. Am Haus des Sattlermeisters Döhring schmücken zusätzlich auffällige Verdachungen mit Dreiecksgiebel und begleitenden Eckakroterien die Fassade.⁵⁷⁵ Unübersehbar gehören der *Zahn Schnitt*, das immer gleiche Mäandermotiv und die feingliedrigen Konsolen und Gesimse zu einer eng umgrenzten Gruppe. Trotz der teilweisen Übereinstimmung mit dem Entwurf Müllers ist es schwierig, diese markanten Verzierungen zeitlich einzuordnen. Sehr wahrscheinlich fällt die Fertigstellung der fraglichen Häuser in die Jahre nach 1805. Nach Angabe des Ende 1805 erstellten Feuersozietätskatasters sind sowohl die Häuser der Maurermeister Barck (heute Kapellenstraße 17 und Gültzow als auch das Haus des Nagelschmieds Weilmann zu diesem Zeitpunkt *noch nicht fertig*.⁵⁷⁶ In der Bürgerliste von 1812 gilt Gültzows Haus als fertiggestellt, während zu den Häusern von Barck und Weilmann vermerkt wird, daß sie *nicht gebaut* seien.⁵⁷⁷ Noch in der Bürgerliste von 1822 wird Barcks Grundstück als *wüste Stelle* geführt.⁵⁷⁸ Erst 1828 wechselt es in den Besitz des

575 Vgl. das Haus Straße des Friedens 53 in Lindow (Abb. 233), das ganz ähnliche Formen zeigt.

576 BLHA, Pr. Br. Rep. 3 Neumärkische Kriegs- und Domänenkammer, Feuersocietätssachen, Nr. 11840.

577 Stadtarchiv Zehdenick, Archivnummer 51.

578 Stadtarchiv Zehdenick, Archivnummer 55.

Zimmermeisters Heubel und wird dann zügig bebaut.⁵⁷⁹ Heubels eigenes Wohnhaus ist zu diesem Zeitpunkt nach dem oben vorgestellten Entwurf Lietzmanns eingeschossig ausgeführt und wird erst später aufgestockt und mit dem charakteristischen *Zahn Schnitt* und der Pilasterrahmung des Eingangs verziert. (Vgl. Abb. 42) Auch am Haus des Apothekers Wittke wird diese Verzierungen, die es in Lietzmanns Entwurf noch nicht gibt, nachträglich angebracht. (Vgl. Abb. 44) Von Müllers Entwurf aus dem Jahr 1804 läßt sich die Spur des *Zahn Schnitts* und der durch antikisierende Putzritzornamente (Palmetten) oder Mäander verzierten Putzbänder demnach bis mindestens Ende der 1820er Jahre verfolgen. Offensichtlich waren die örtlichen Maurer- und Zimmermeister die Vermittler und Bewahrer dieser Mode.

Innere Gestalt

Bratring hatte den alten Zehdenicker Häusern 1801 bescheinigt, sie seien *den Gewerben der Bewohner angemessen* gewesen.⁵⁸⁰ Ganz anders schätzten die am Wiederaufbau beteiligten Bausachverständigen die durch den Brand vernichtete Bausubstanz ein. Bezugnehmend auf die alten Giebelhäuser und deren Umwandlung in traufständige Häuser schrieben Sensse und Wöhner im Juni 1801:

*bey den alten großen Häusern war doch immer nur wenig Raum oder Platz, weil alles auf eine ungeschickte Art verbauet und unnütze angeleget war. Bey der jetzigen neuen Bauart wird der Raum wirtschaftlicher genutzt und alles bequemer eingerichtet, daß also in einem kleinern Hause eben so gut und bequemer Wirthschaft geführt werden kann. Auch kann eine Tiefe über 40 Fuß bey dem neuen Aufbau schon aus der Ursache, daß bei einer größeren Tiefe dunkle Kammern und Winkeln entstehen und dieses der Feuersicherheit nicht angemessen ist, nicht statt finden, [...].*⁵⁸¹

Die neuen Hausgrundrisse galten demnach als effizienter und wirtschaftlicher in der Raumausnutzung, als bequemer, heller und feuersicherer. Die Argumente gegen das veraltete Giebelhaus werden von Sensse und Wöhner mit einem solchen Engagement vorgetragen, daß man meinen könnte, dessen Bekämpfung habe gerade erst eingesetzt. Doch sind dieser Kampf und die mit ihm verbundenen Argumentationsmuster in Brandenburg-Preußen schon älter als die moderne staatliche Bauverwaltung selbst. Ebenso wenig sind die im neuen Zehdenick vorherrschenden Grundrißlösungen neu.

Wie bei den Fassaden muss auch bei den Grundrissen in Zehdenick stärker als in Templin von der Untersuchung und Beschreibung des einzelnen Hauses ausgegangen werden, um dann zu Verallgemeinerungen kommen zu können.

579 Nach dem Hypothekenbuch der Stadt Zehdenick. BLHA, Abt. Bornim, AG Zehdenick, Hb Zehdenick, Bd. 1 (Bl. 1-150), Bl. 179.

580 Bratring 1801, S. 777.

581 Sensse und Wöhner am 1. Juni 1801 an Laue. Zehdenick, Stadtarchiv, Archivnummer 78, Bl. 268f.

Das von dem Schuhmachermeister Finzelberg⁵⁸² erbaute Fachwerkhaus nimmt in Erd- und Obergeschoß jeweils eine separate Wohnung auf.⁵⁸³ (vgl. Abb. 46) Es wird in der Tiefe durch eine deutlich zum Hof hin verschobene firstparallele Mittelwand in zwei entsprechend der Bedeutung der Räume ungleich große Hälften geteilt. Die Erschließung von Haus und Hofraum erfolgt durch eine in der zweiten Achse von rechts angeordnete Durchfahrt. Die an der Hofseite liegende Treppe zum Obergeschoß ist vollkommen in den hinteren der beiden rechten Räume eingezogen. Diese separierten schmalen Räume wurden 1932 als Laden und Küche bezeichnet und könnten auch von Finzelberg als Werkstatt oder Laden, eventuell aber auch als Gesindestube oder Altenteil genutzt worden sein. Links der Durchfahrt befindet sich eine Wohnung von mittelgroßem Zuschnitt. An der Straße gibt es eine große, fast quadratische Stube und daneben eine Kammer; an der Hofseite liegt der kleinere Raum (Küche) an der Durchfahrt und darauf folgt eine Stube, die allerdings kleiner als die straßenseitige und nur durch ein Fenster beleuchtet ist.

Die Grundrisse der kleineren massiven Häuser gleichen denen der Fachwerkhäuser in allen wesentlichen Bereichen. Vor allem bei den ärmeren Hauseigentümern ist an eine Ausdifferenzierung von Arbeiten und Wohnen nicht zu denken. Das Haus der Witwe Schultz beherbergt die kleinste in Zehdenick anzutreffende Wohneinheit. Auf jeder Seite des Durchgangs sind an der Straßenseite eine annähernd quadratische Stube und dahinter zum Hof hin je eine Kammer und eine Küche angeordnet. Stube, Küche, Kammer, dieses räumlich-funktionale Trio befriedigte auch in Zehdenick die Grundbedürfnisse des Wohnens.⁵⁸⁴

Das Haus des Zimmermeisters Heubel am Kirchplatz ist ein Beispiel für ein mittelgroßes eingeschossiges Wohnhaus, das für zwei Wohnungen eingerichtet ist.⁵⁸⁵ (Vgl. Abb. 42) Im Entwurf von Lietzmann bildet die Durchfahrt zugleich den Flur des Hauses. Auf der Hofseite liegt rechts eingezogen die Treppe zum Bodenraum. In diesem Haus sind die zwei Wohnungsgrundtypen vereint: Links der Durchfahrt der größere Typ mit Stube und Kammer an der Straße und Küche und Stube zum Hof, rechts der kleinere Typ mit straßenseitiger Stube und dahinter Kammer und Küche.

Der differenzierteste in Zehdenick anzutreffende Grundrißtyp des großen eingeschossigen Wohnhauses mit Souterrain ist in Entwürfen aus den Vorstädten überliefert. Der von Brasch jun. stammende Entwurf für das Forstdiensthaus⁵⁸⁶ zeigt in Souterrain und Hauptgeschoß eine nahezu identische Aufteilung. Im Souterrain sind die hofseitigen Räume Keller, zur Straße liegen links eine *Gesinde Stube* und rechts *Küche* und *Speise Kammer*. Beide Geschosse werden durch einen

582 Berliner Str. 50. Nach einer Zeichnung von 1932, Stadtarchiv Zehdenick, Hausakte. Der Grundriß des Erdgeschosses entspricht in der grundsätzlichen Raumaufteilung dem des Obergeschosses. Dies konnte bei einer Begehung des 2002 abgetragenen Hauses durch den Autor festgestellt werden.

583 Die Familie des Schuhmachers lebt 1809 allein in dem Haus, 1822 kommt, neben zwei Gesellen und einem Dienstmädchen, noch Emanuel Finzelberg als Altsitzer hinzu. Bürgerliste 1809, Bürgerrolle 1822, in: Stadtarchiv Zehdenick, Archivnummer 51.

584 Dies gilt für die Hausbesitzer. Wie die Unterschichten wohnten kann hier nicht untersucht werden.

585 Es ist jedoch zu beachten, daß die Familie Heubel das Haus 1809 allein bewohnte. Bürgerliste 1809, in: Stadtarchiv Zehdenick, Archivnummer 51. Heubels Mutter stand laut Hypothekenbuch eine separate Stube als Wohnung zu. BLHA, AG Zehdenick, Hb Zehdenick, Bd. 1, Bl. 249. 1822 wohnten neben dem Zimmermeister und seiner Frau nur deren 2 Söhne und 4 Töchter im Haus. Bürgerrolle 1822, in: Stadtarchiv Zehdenick, Archivnummer 51.

586 GStA PK, II. HA Forst-Departement, Kurmark, Tit. I, Nr. 130, Vol. 2.

Mittelflur erschlossen. Im Hauptgeschoß ist die straßenseitige Hälfte des Flurs, in der sich die einläufige Treppe zum Boden befindet, zu einem geräumigen Entree aufgeweitet. Besonders herausgehoben ist eine dreifenstrige Stube mit einem angegliederten rückwärtigen Raum. Wie schon im Vorgängerbau diente diese saalartige Stube als *Commissions Stube*. Sie besitzt neben dem Ofen einen in der Mitte der Rückwand angeordneten Kamin. Die Tür zum Nebenraum, der Kamin und der Ofen sind symmetrisch an der Rückwand verteilt. Auch in der rechts des Flurs gelegenen straßenseitigen Stube ist der Ofen in der Symmetrieachse der Rückwand angeordnet. Die Heizung der Räume erfolgt grundsätzlich von außen über schmale, vom Flur abzweigende Heizungskorridore. Unter den zahlreichen weiteren Kammern und Stuben fällt die im Entwurf als solche eigens hervorgehobene *Kinder Stube* in der rechten hinteren Ecke auf. Wahrscheinlich gab es eine nutzungsbedingte Zweiteilung des Grundrisses zwischen einer eher öffentlich genutzten linken und einer eher privat genutzten rechten Haushälfte. Diese Grundrißaufteilung, die sich ganz ähnlich auch in den vorstädtischen Häusern des Landjägers Wartenberg und des Oberjägers Bartikow wiederfindet, orientiert sich ganz offensichtlich an den Musterentwürfen des Oberbaudepartements, etwa Johann Albrecht Eytelweins *Normalentwurf* für das Haus eines Domänenpächters in Neuostpreußen, der 1800 in der *Sammlung Nützlicher Aufsätze* publiziert wurde.⁵⁸⁷

In der Poststraße gab es zwei in Grund- und Aufriß nahezu identische zweigeschossige Häuser, erbaut für den Rittmeister von Oertzen und den Schuhmachermeister Burmeister.⁵⁸⁸ Die Grundrisse sind jeweils um eine große, straßenseitig liegende Stube symmetrisch aufgebaut. Links beziehungsweise rechts dieser Stube befindet sich ein Durchgang zum Hof, gegenüber eine Kammer. An der Hofseite gibt es wie üblich die am Durchgang gelegene Küche und eine Kammer. Bemerkenswerterweise ist für das Haus des Rittmeisters überliefert, daß es *eine Küche auf dem Hofe rechts* gab. Rittmeister und Schuhmacher hatten also nur auf den ersten Blick identische Häuser. Bei näherem Hinsehen erweist sich das des Adligen als das breitere, tiefere und wegen der ausgelagerten Küche deutlich bequemere.

Das Haus des Apothekers Wittke ist eines der größten in Zehdenick.⁵⁸⁹ (Vgl. Abb. 44) Im Erdgeschoß führt der Flur nicht in voller Breite durch das Haus. Er verengt sich nach der Hausmitte um fast die Hälfte. Im vorderen, geräumigeren und durch ein Fenster belichteten, entreeartigen Teil liegt links die zweiläufige Treppe. Links und rechts des Entrees befinden sich zwei annähernd quadratische Stuben, von denen die rechte aufgrund der besonderen Eingangsgestaltung (zwei Türöffnungen zum Entree) wohl der Verkaufsraum war. Hofseitig links, durch ein kleines Fenster nur mäßig beleuchtet, liegt die Küche. Im Seitenflügel folgen eine weitere Stube und verschiedene Kammern. Auffällig ist der

587 Als weiteres Beispiel sei auch auf die *Normal Zeichnung Zu einem Förster Hause* verwiesen, die 1795 im Druck verbreitet wurde, Vgl. Mathematisches Calcul 2000, S. 125f.

588 Poststraße 6 und 16. Stadtarchiv Zehdenick, Hausakten. Hatten wohl ursprünglich beide Familien allein in ihrem Haus gewohnt, so lebten in von Oertzens Haus 1809 bereits zwei Familien: Schreiber und Seipt; 1822 wohnte hier der Sattlermeister Döhring allein mit seiner Mutter. Burmeister wohnte 1809 allein mit seiner Familie in dem Haus. 1822 lebte außer ihm, seiner Frau, einer Tochter nur ein Geselle im Haus. Bürgerliste 1809, Bürgerrolle 1822, in: Stadtarchiv Zehdenick, Archivnummer 51.

589 1809 wohnte Wittke mit seiner Familie hier allein und noch 1822 lebten in dem Haus neben dem Apotheker, dessen Frau und drei Töchtern nur ein *Prof.(essionist)*, wohl ein in der Apotheke Angestellter, zwei *Medchen* und eine *Kinderfrau*. Bürgerliste 1809, Bürgerrolle 1822, in: Stadtarchiv Zehdenick, Archivnummer 51.

gewölbte, vom Hof aus ebenerdig zugängliche Raum, der als Laboratorium des Apothekers diente. Im Obergeschoß gibt es vier beheizbare Stuben und zwei Kammern. Sowohl hier als auch im Seitengebäude sind die straßenseitigen Räume durch eine enfiladeartige Zimmerflucht verbunden. Auffällig sind die große Zahl der beheizbaren Stuben und die Menge an Räumen insgesamt, die der Familie und ihren Bediensteten zur Verfügung stand. Eine Ausdifferenzierung und räumliche Separierung der Wohnfunktionen war so leicht zu realisieren.

Im Gegensatz zu Wittke ließ der Kupferschmied Zillmann die beiden Etagen seines Vorderhauses als jeweils eigenständige Wohnungen einrichten.⁵⁹⁰ (Vgl. Abb. 45) Links und rechts des Durchgangs gibt es straßenseitig jeweils einen großen, dreifenstrigen Saal und eine Stube, beide mit Ofen und Kamin ausgestattet, die von außen zu befeuern sind. Am Hof liegen die große Küche, eine weitere Stube und zwei Kammern. Die Familie Zillmann hatte in diesem großen Haus viel Platz, um die verschiedenen Lebensbereiche wie Repräsentation, Buchhaltung und andere geschäftliche Funktionen einerseits, sowie privates Wohnen bis hin zu Kindererziehung, Kochen oder Vorratshaltung andererseits gut getrennt voneinander unterzubringen. Geld wurde im Seitengebäude verdient. Hier gibt es am hinteren Ende die Werkstatt des Kupferschmieds. Mehr Raum nimmt die *Brauerei und Brennerei auf (dem) Fluhr* ein, wozu im Obergeschoß noch eine Darre gehört. In dem gut belichteten und leicht zugänglichen Seitengebäude konnte Zillmann die Bereiche der handwerklichen Arbeit aus dem eigentlichen Wohnhaus auslagern und in einem nahezu vollständig separierten Werkstattgebäude unterbringen.

Das große Haus des Kaufmanns Hertzner⁵⁹¹ besitzt hinter der Haustür, zu der einige Stufen hinaufführen, einen sehr geräumigen, gut proportionierten Flur.

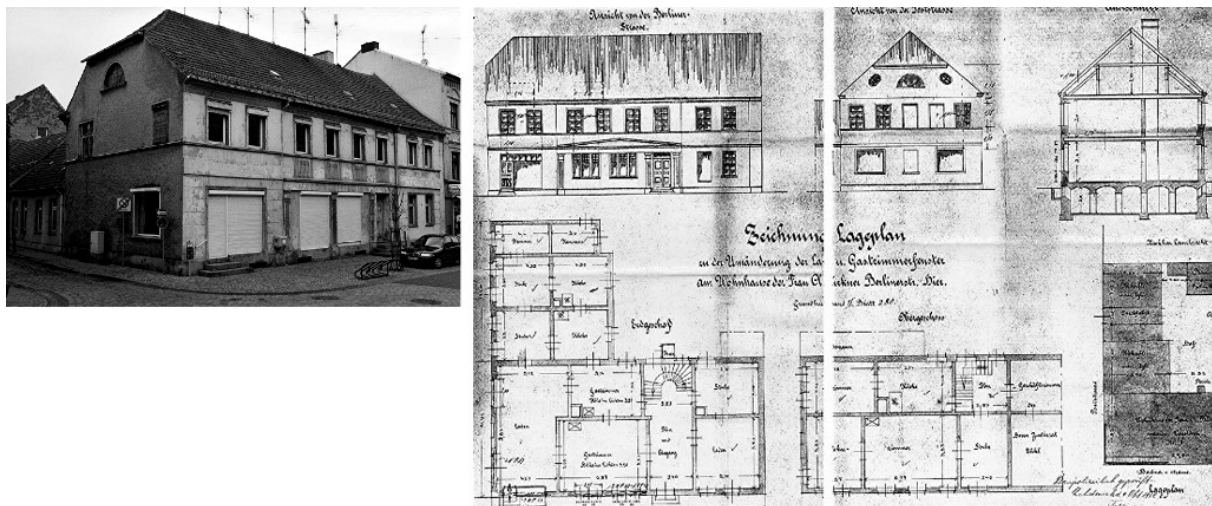


Abb. 49: Zehdenick, Berliner Straße 20 (ehem. Haus des Kaufmanns Hertzner, nach Entwurf von Wöhner); oben Aufnahme März 2003; unten Zeichnung von 1912

590 Dennoch wohnte er sowohl 1809 als auch 1822 nur mit seiner Familie, einem Lehrlingen, einem Knecht und einem Dienstmädchen in dem Haus. Bürgerliste 1809, Bürgerrolle 1822, in: Stadtarchiv Zehdenick, Archivnummer 51.

591 Berliner Str. 20. Zeichnung von 1912, Stadtarchiv Zehdenick, Hausakte.

Darin befindet sich an der Hofseite eine aufwendig gestaltete, mehrläufige, gewendelte und bis zum Dachboden reich geschmückte Treppe.⁵⁹² Flur und Treppe werden durch die Oberlichter von Haus- und Hoftür, sowie durch ein hinter der Treppe befindliches, großes Fenster gut beleuchtet. Unter der Treppe führt eine zweiflügelige, verglaste Tür sehr bequem zu den umfangreichen Kelleranlagen. Von diesem breiten, entreeartigen Flur gehen an verschiedenen Punkten die Türen zu den benachbarten Räumen sowie rechts eine Öffnung zum bequemen und sauberen Befeuern der rechten Stubenöfen ab. Links dürfte sich hofseitig ehemals die Küche befunden haben, straßenseitig gab es hier mehrere Stuben, in denen auch die 1824 erwähnten Ladenutensilien in einem speziellen Verkaufsraum untergebracht waren. Der Seitengebäudeanbau in der Poststraße beherbergte 1912 mehrere Küchen, Stuben und Kammern. Er dürfte zur Erbauungszeit teilweise als Wirtschaftsgebäude (Waschküche, Lager) und teilweise als Wohnstätte für Bedienstete oder niedriger gestellte Mieter gedient haben. Das Obergeschoß zeigt noch in der Zeichnung von 1912 eine Wohnung von repräsentativem Zuschnitt. Nach der in einem geräumigen Ruheplatz endenden Treppe gelangte man in ein von einem straßenseitigen Fenster belichtetes Entree. Von dort betrat man rechts in den großen, von drei Fenstern gut erhellten Saal. Hinter diesem beheizbaren Saal befand sich noch eine in der Hausecke liegende und von drei Fenstern übereck beleuchtete Stube, wohl ehemals das Kabinett des Hausherrn. Daran schloß sich zur Hofseite ein 1912 als Schlafzimmer bezeichneter Raum an, der sein Licht von zwei Fenstern an der Poststraße erhielt. Daneben befand sich die geräumige, von einem Fenster belichtete Küche. Diente diese Seite des Obergeschosses dem Wohnen und Repräsentieren, so nutzte etwa der Bürgermeister Pape, der spätestens ab 1814 in dem Haus wohnte, die andere, kleinere Seite zu Geschäftszwecken, wie dies noch 1912 üblich war. Von dem beschriebenen Ruhepodest vor dem Entree, das auf der anderen Seite in die Küche führte, gelangte der geschäftliche Besucher in die beiden Geschäftszimmer, ohne durch die privaten Wohnräume gehen zu müssen.

Die nähere Untersuchung exemplarischer Grundrisse zeigt, daß die Fachwerkhäuser und zahlreiche kleinere massive Häuser noch traditionelle Grundrisse besitzen, die sich an den Häusern des 17. und beginnenden 18. Jahrhundert orientieren. Nur bei den größeren massiven Wohnhäusern sind deutliche Veränderungen ablesbar. Die für Templin erläuterten Grundwohneinheiten, die kleine mit Stube, Kammer, Küche und die große mit 2 Stuben, 2 Kammern und Küche, werden vielgestaltig kombiniert, variiert oder erweitert. Ob in den zweigeschossigen Fachwerkhäusern des Schusters Finzelberg und des Weißgerbers Urban (Poststraße 14) oder in den eingeschossigen massiven Häusern der Witwe Schultz und des Zimmermeisters Heubel, man bleibt dieser Grundgestalt im Grunde treu. Differenzierter und moderner sind die auf *Normal-Anschlängen* des Oberbaudepartements basierenden Grundrisse der Häuser des Landjägers Wartenberg und des Oberjägers Bartikow oder des Forstdiensthauses, welche in den Vorstädten stehen. Hier, besonders aber in den großen zweigeschossigen massiven Eckhäusern beeindruckt die Vielzahl und die Größe der beheizbaren Stuben und der Kammern. Jedes Haus besitzt neben den Außenwänden eine

592 Als Blickfang und hochwertiges Ausstattungsstück des Hauses verweist die Treppe noch heute auf den „guten Geschmack“ und den hohen gesellschaftlichen Anspruch des Erbauers. Mit einem geschwungenen Antrittspfofen mit Schnecke beginnend, zeigen sowohl die rechteckigen, durchbrochenen Brettbaluster als auch die mit einem einfachen Mäanderband geschmückte Treppenwange dezidiert moderne, klassizistische Formen.

weitere tragende, das Haus in der Tiefe gliedernde Mittelwand. Diese ist zumeist leicht in Richtung Hof verschoben, wodurch die straßenseitigen Räume entsprechend ihrer Wertigkeit an Größe gewinnen. Zur Straße liegen mindestens eine Stube mit zwei Fenstern, mitunter auch ein Saal mit drei Fenstern oder – bei größeren Häusern – mehrere Stuben, die oft von Kammern mit nur einem Fenster begleitet werden. Die Gliederung der hofseitigen Räume ist kleinteiliger, wobei die Küche immer direkt am Flur liegt. Bei kleineren Häusern gibt es an der Rückseite nur Küche und Kammer, bei größeren auch eine Stube. Durchgänge zwischen der hofseitig gelegenen Küche und einer straßenseitigen Stube gibt es selten. Hier waren Feuergefahr und hygienische Bedenken zu groß. Grundsätzlich ist aber über die Verbindung von hof- und straßenseitigen Räumen die Möglichkeit zur Querlüftung gegeben. Erdgeschoß und Obergeschoß sind weitestgehend übereinstimmend unterteilt. Oft sind beide als eigenständige Wohnungen angelegt. Es fällt auf, daß in einigen, zu mehreren Wohnungen angelegten Häusern bis 1822 nur eine Familie wohnte – man plante für spätere Zeiten und dann eventuell notwendige Vermietungen mit. Abgesehen davon ist schon in den mittelgroßen, vor allem aber in den großen eingeschossigen und zweigeschossigen massiven Häusern das Raumangebot erstaunlich groß. Die Vielzahl der Stuben und ihre Verteilung im Haus folgen dem Bedürfnis nach räumlicher Separierung der Funktionen, nach Trennung von privater und (halb-) öffentlicher Sphäre. Auch der Bereich der Arbeit wird deutlicher vom Wohnen getrennt und vielfach in die Seiten- und Hintergebäude verlagert. Beachtlich ist die verhältnismäßig große Zahl der Läden, die, wie im Haus des Kaufmanns Hertzer, schon im Entwurf mitgeplant wurden. Zumeist besitzen diese Läden eigene Zugänge von außen, wodurch der "Publikumsverkehr" vollständig von der Privatsphäre des Hauses getrennt bleibt.⁵⁹³

Für die Erschließungssysteme und die funktionale Raumaufteilung gilt grundsätzlich dasselbe wie 65 Jahre zuvor in Templin. Die Erschließung der parallel zur Straße gelegenen, zumeist querrechteckigen Wohnhäuser erfolgt fast ohne Ausnahme (z. B. kleine Budenhäuser) über einen von der Straße zum Hofraum durchgehenden Flur und/oder eine Durchfahrt. Die Wohnräume sind dann links und rechts dieses Flurs angeordnet. Obwohl zumeist wenigstens annähernd in der Symmetrieachse gelegen, erfolgt die Erschließung in einigen Häusern auch nur von einer Seite, so daß mehrere Stuben und Kammern als Durchgangsräume dienen müssen. Neben Durchgang und Durchfahrt gibt es keine weiteren Erschließungsräume wie etwa Korridore. Die Stuben- und Kammertüren liegen sich nicht immer gegenüber, mitunter bilden sie aber, gerade bei größeren Häusern wie dem des Apothekers Wittke, enfiladeartige Fluchten.

Die Treppen liegen an der Hofseite oder vor der Hausmitte und steigen entweder vom Eingang her oder vom Hof her hinauf. Durch die nicht selten an der Straßenseite angeordneten Treppen wird ein hofseitiger, der Hauswirtschaft zugedachter Bereich von einem halböffentlichen, repräsentativeren vorderen Bereich getrennt. Die Treppen sind in den kleineren Häusern meist gerade, teilweise mit leicht gezogenem Anfang oder Ende. Einfache Brettbaluster gestalten die meisten Geländer. In

593 Daß sie auch eine spezielle Einrichtung besaßen, geht aus einem Vermerk im Hypothekenbuch hervor. 1824 übergibt die Witwe des Kaufmanns Hertzer ihrem Sohn das Haus (Berliner Straße 20) samt den dazugehörenden *Pertinenzien und den darin befindlichen Laden-Utensilien*. BLHA, Bornim, Hypothekenbücher Zehdenick, Bd. 2, Bl. 540. Auch auf der Entwurfszeichnung von Lietzmann für das Haus des *Galanteriewaren Händlers* Maschner in der Poststraße ist ein separater Raum ausdrücklich als Laden bezeichnet. Zehdenick, Stadtarchiv, Archivnummer 965, unfoliiert.

größeren Häusern gibt es mitunter auch gewendelte Treppenanlagen, die mit feinerer Balustergliederung und modernerer Verzierung geschmückt sind und als Blickfang im Eingangsbereich dienen. So ist für das Haus des Landjägers Wartenberg eine Treppe mit *Trollien Geländer* überliefert.⁵⁹⁴ Auch die Gestaltung der Haus- und Zimmertüren mit ihren Beschlägen entspricht der zeittypischen Formensprache.

Die Keller der Fachwerkhäuser sind nach dem Feuersozietätskataster von 1806 zumeist noch einfache Balkenkeller. Nur unter den massiven Häusern sind die Keller gemäß dem Reglement als gewölbte Räume ausgebildet.⁵⁹⁵ Charakteristisch sind die auf den Seitenwänden und auf korbogenförmigen Unterzügen aufliegenden flachen Kappen. In den Wänden gibt es fast immer eine oder mehrere Vorratsnischen.

Wie in der äußeren Erscheinung, im Grundriß und bei den Kellern sind die Fachwerkhäuser auch bezüglich der Raumhöhen traditioneller als die massiven Häuser. Das Wiederaufbaureglement hatte für kleinere Häuser festgelegt, sie sollten mindestens 9 Fuß (= 2,82m) Stockwerkshöhe haben. Größere Häuser sollen dagegen je Stockwerk 9,5 bis 10 Fuß (2,98m bis 3,18m) hoch sein. Die meisten Fachwerkhäuser und zahlreiche kleineren massiven Gebäude haben aber trotz dieser Vorgaben im Erdgeschoß nur 2,75m beziehungsweise 2,45m und im Obergeschoß sogar nur 2,45m beziehungsweise 2,20m Raumhöhe.⁵⁹⁶ Die größeren massiven Häuser weisen dagegen Raumhöhen von mindestens 2,85m (Klosterstraße 19) und bis zu 3,50m (Poststraße 20) oder sogar 3,60m (Poststraße 16) auf. Im Durchschnitt sind hier die Räume deutlich über 3,00m hoch und mit zahlreichen großen Fenstern hell erleuchtet, weisen also auch in dieser Hinsicht eine Tendenz zu größerer Bequemlichkeit auf.

Im Inneren der Zehdenicker Häuser, vor allem in den größeren, wie dem des Kupferschmieds Zillmann oder des Apothekers Wittke, kann man die neuen Maßstäbe der amtlichen Musterentwürfe und der architekturtheoretischen Schriften wiederfinden. Sie besaßen zahlreiche Stuben und Kammern und ermöglichten so eine räumlich differenzierte, individuelle Entfaltung des bürgerlichen Lebens. Die Stuben waren hoch und geräumig, mit einem von außen beheizbaren Ofen und manchmal zusätzlich mit einem offenen Kamin ausgestattet, durch mindestens zwei hohe Fenster gut belichtet und sie besaßen jede mindestens zwei Türen, welche eine sinnvolle Kommunikation und darüber hinaus eine effektive Querlüftung ermöglichten. Erhaltene Ausstattungsstücke wie Haus- und Wohnungstüren, Türbeschläge und vor allem Treppen zeigen bei den großen Häusern der Zehdenicker Oberschicht einen hohen Anspruch an handwerkliche und nach Möglichkeit auch künstlerische, dem neuesten Geschmack nacheifernde Gestaltung.⁵⁹⁷

594 BLHA, Pr. Br. Rep. 2A Regierung Potsdam III D, 22749, Bl. 17.

595 Ob es noch ältere Keller gibt ist nicht unwahrscheinlich, konnte aber im Rahmen der Ortsbegehungen nicht nachgewiesen werden.

596 Diese und die folgenden Maße stammen aus den in den Hausakten zu den Häusern Berliner Straße 50, Poststraße 14 und Klosterstraße 14 überlieferten, häufig erst aus dem frühen 20. Jahrhundert stammenden Bauzeichnungen. Stadtarchiv Zehdenick, Hausakten.

597 Wie die Zehdenicker Häuser im Inneren ausgestattet waren, wie Wände, Fußböden und Decken gestaltet und wie die Räume möbliert waren, ließ sich wegen fehlender Untersuchungen nicht feststellen.

Besondere Aufmerksamkeit wurde in der Anfangsphase des Wiederaufbaus der Einführung moderner, sicherer und holzsparender Feuerungen entgegengebracht. Die als extrem feuergefährlich eingestufte Ausgangssituation, mithin die noch übliche Bauweise der Feuerungen, offenbart ein Revisionsprotokoll vom November 1801.⁵⁹⁸ Darin stellen die Revisoren bei zahlreichen wiederaufgebauten Häusern grösste Verstöße gegen die Feuersicherheit fest. Die Schornsteine seien viel zu eng oder zu niedrig, die notwendigen massiven *Feuermauern in der Küche* fehlten, in einigen Backstuben und Darren fänden sich unverkleidete Holzwände, und immer wieder gäbe es *Rauchhölzer* in den Schornsteinen, also Hölzer, an denen Räucherwaren aufgehängt würden. Vor allem die Fachwerkhäuser wiesen derartige Verstöße in großer Menge auf. Wie einige weitere Hinweise nahelegen, war sogar die schwarze Küche noch verbreitet. Als Reaktion auf diese alarmierenden Ergebnisse forderte das Kurmärkische Departement Ludolff im März 1802 auf, sich mit dem ausgewiesenen Fachmann auf dem Gebiet der Feuerungen, dem *Feuer Bau Inspektor* Heinrich Jachtmann, in Verbindung zu setzen. Auf eine Anfrage Ludolffs zur *Anlegung zweckmäßiger Feuerungen in denen zu Zehdenick neu zu erbauenden Häusern* antwortete Jachtmann mit einem Verweis auf seine *Hefte die Anlegung holzersparender Feuerungen betreffend*.⁵⁹⁹ Er schlug vor, nach den dort gegebenen Anleitungen Modelle anfertigen und diese nach Zehdenick bringen zu lassen. Nach diesen Modellen, so Jachtmann weiter, werde dann der *Condukteur Herr Lietzmann die Einrichtung der Feuerungen gewiß recht gut besorgen* können. Weiter regte Jachtmann an, auch bezüglich der *Brauereyen, Malzdarren, Brantweinbrennereyen, Backoefen und Stubenoefen worin zugleich gekocht werden kann und das Lichte-Feuer des Abends eine warme Stube macht* auf seine publizierten Entwürfe zurückzugreifen und dabei gegebenenfalls den Torfbrand zu berücksichtigen. Schließlich meinte er, die durch den so umfangreichen Fachwerkbau eingesparten staatlichen Unterstützungsgelder sollten für die Förderung sicherer und holzsparender Feuerungen verwendet werden.

Ludolff griff diesen Vorschlag auf und betonte gegenüber der Kammer, daß die Bürger nicht das Geld hätten, die Mehrkosten für holzsparende Feuerungen aufzubringen und daher unterstützt werden müßten. Mit dem Verweis auf Armut und Ungehorsam meinte Ludolff einige Wochen später, daß sogar zur Durchsetzung der Feuersicherheit der Fachwerkhäuser eine *besondere Beihülfe* notwendig sei:

*Nur dieses Mittel allein könne zur Erreichung mehrerer Feuersicherheit von Würckung seyn, und die bauenden würden sich gewiß den Bau Polizei-Vorschriften willig unterwerfen, ja sie würden sogar mit Strenge dazu anzuhalten seyn, sobald man ihnen die Mittel zur Erreichung des Zwecks in die Hände giebt, die ihnen bisher gefehlt haben und ohne welche von ihnen nichts mehrers als in ihren Kräften steht, verlangt werden kann.*⁶⁰⁰

598 Das *Verhandlungsprotokoll über Besichtigung der Feuerungen in Zehdenick* vom 27. Nov. 1801 nennt als Revisoren: Kammerassessor Ludolff, Stadtverordneter Ullrich, Ratszimmermeister Köhn, Ratsmaurermeister Gültzow, Schornsteinfegermeister Bräunlich. Zehdenick, Stadtarchiv, Archivnummer 118.

599 Schreiben Jachtmanns vom 26. März 1802. Ebenda. Gemeint sind die Schriften Jachtmann 1794 und Jachtmann 1803.

600 Ludolffs Konzept für ein Schreiben an die Kurmärkische Kammer vom 3. Mai 1802. Ebenda.

Dieser erstaunlich bürgerfreundlichen Auslegung der rechtlichen Situation konnte und wollte die Kammer nicht zustimmen. Für deren Mitglieder war die Durchsetzung allgemeingültiger Anforderungen der Baupolizei keineswegs an zusätzliche finanzielle Unterstützungen gebunden. Vielmehr bezogen diese Bestimmungen ihre Gültigkeit aus dem öffentlichen Interesse an Feuersicherheit. So bemerkte die Kammer besorgt:

*auch jetzt schon muß jeder mit Strenge angehalten werden, daß er den feststehenden Bau- und Feuerordnungen gemäß baue, und müssen zweckwidrige Anlagen deshalb auch sogleich gehemmet, und von Polizei wegen eingerissen werden, als worauf Ihr die Unterbehörden anzuweisen, und worauf Ihr auch selbst möglichst Acht zu geben habt.*⁶⁰¹

Das im Sommer 1802 erlassene Wiederaufbaureglement enthielt dann einige Vorschriften bezüglich der Feuersicherheit.⁶⁰² Vorgeschrieben war die Beschaffenheit der *Vorgelege* und Küchenfeuerungen, die Weite der Schornsteinröhren und die Dicke der Brandmauern. Verboten war das Schleifen der Schornsteine, das Lagern derselben auf Holz und das nahe Heran- oder gar Hineinführen von hölzernen Bauteilen an beziehungsweise in den Schornstein. Abschließend vermerkte das Reglement zu dieser zentralen Thematik preußischer Bauregulierung:

Jeder Bauende, der noch die gute Absicht heget, seine Feuerungen besonders auf den Torfbrand und auf Holzersparung einrichten zu lassen, kann sich dieserhalb zur unentgeltlichen Unterweisung an den Bau-Condukteur wenden, der dieserhalb mit besonderen Vorschriften versehen worden ist.

Eine Untersuchung der Zehdenicker Bürgerhausentwürfe zeigt, daß nahezu alle Stubenöfen nicht in der Stube selbst, sondern von außen, zumeist von der Küche oder vom Durchgang aus, mitunter aber auch von rückwärtigen Kammern oder sogar von speziell dafür angelegten Heizkorridoren aus beheizt wurden. Die Wohnstuben besaßen bei größeren Häusern zusätzlich einen offenen Kamin zur Heizung und abendlichen Beleuchtung. Die aktenkundigen Bemühungen zeigen zusammen mit den in den originalen Entwürfen verzeichneten Feuerungen, daß diese Problematik nicht nur bei der Obrigkeit höchste Priorität besaß. Auch den wohlhabenderen Bürgern scheint es ein Bedürfnis gewesen zu sein, die Bequemlichkeit ihrer Häuser in dieser Hinsicht zu erhöhen.

Das Zehdenicker Bürgerhaus im Vergleich mit zeitgleichen Bauten in Berlin und der Mark Brandenburg

Als Ausgangspunkt der modernen Fassadengestalt, wie sie Lietzmann in Zehdenick einführte, müssen die in den 1770er und 1780er Jahren auf Weisung und oft nach Angaben Friedrichs des II. in den Residenzen Potsdam und Berlin und bald darauf in den größeren Provinzialstädten entstandenen Fassaden angesehen werden. Die Vorbildwirkung dieser Bauten drang weit über die Grenzen Preußens hinaus. Johann Peter Willebrand etwa bewunderte 1775 in seinem *Grundriß einer schönen*

601 Schreiben der Kammer vom 11. Mai 1802. Ebenda.

602 Anlage#? S. 4f.#

Stadt die überaus prachtvolle äußere Erscheinung dieser bürgerlichen Bauten.⁶⁰³ Die Fassaden dieser Bürgerpalais, die oft mehr kleinen Palästen ähnelten als Bürgerhäusern, waren mit ihrer ‚großen Ordnung‘, ihren vielgestaltigen und kräftigen Fensterrahmen, Verdachungen und Puttenreliefs nicht wirklich Bürgerhausfassaden. Sie hatten nicht den Anspruch, Auskunft über den Bewohner zu geben oder ihrem ‚Charakter‘ nach bürgerlich zu sein, sondern sie sollten in absolutistischer Tradition in erster Linie vom Ruhm des Königs, vom Erfolg seiner Politik und von seinem guten Geschmack zeugen.

Ab Ende der 1780er Jahre kann man zunächst in den Residenzstädten, bald aber auch in den Provinzialstädten eine beginnende Reduzierung der Plastizität der Fassaden sowie einen Rückgang der Verwendung von Säulen und Pilastern beobachten. Man bevorzugte nun klarere Formen und gerade verlaufende Linien. Die über 400 Bürgerhausfassaden der Stadt Neuruppin, die von Berson in den Jahren um 1790 entworfen wurden, stehen mit ihrer Fülle an Variationen beispielhaft für diesen beginnenden Stilwandel. Berson versuchte, den barock-klassizistischen Formenapparat, den er aus Potsdam und Berlin von Georg Christian Unger und Carl von Gontard kannte, dem neuen Geschmack gemäß zu reduzieren. Dabei gelangte er zu einer mitunter etwas leer wirkenden Flächigkeit und kantigen Starre, die in ihrer Reduktion zwar schon auf den neuen, strengen Klassizismus Friedrich Gillys verwies, aber dennoch älteren klassizistischen Traditionen verpflichtet blieb. Vor allem überrascht die Selbstverständlichkeit, mit welcher Berson der Formenkanon fast aller wesentlichen klassizistischen Strömungen seit der Renaissance „wie in einem Baukastensystem“ zur „beliebigen und freien Verfügung“ stand.⁶⁰⁴

Eben diese Entwurfshaltung, die aus unterschiedlichsten klassizistischen Strömungen schöpfte und verschiedene „Reduktionsformen des barock-klassizistischen Gestaltungsansatzes“ variiert,⁶⁰⁵ findet sich auch in den von Carl Gotthard Langhans um 1790 entworfenen Bürgerhausfassaden in Berlin, etwa jener für das Haus Jägerstraße 15. Zugleich eröffnete sich hier eine neue Möglichkeit der Fassadengestaltung, die in den 1790er Jahren, nun weitgehend unabhängig von der direkten Einflußnahme des Königs, zu einem nach Klaus Jan Philipp „eigenständigen Fassadentypus“ weiterentwickelt wurde. Diesen neuen Typ, so Philipp, prägte „blockhafte Einfachheit und ausgesuchte Feinheit in der Gestaltung einzelner Glieder von den Wandvorlagen bis hin zum Fugenschnitt der meist rustizierten Erdgeschosse“.⁶⁰⁶ Nur zwei Jahre nach Langhans präsentierte Friedrich Gilly in seinem Entwurf für das Haus Jägerstraße 14, das die Hauptmerkmale des von seinem Lehrer gestalteten Nachbarhauses übernahm, jene radikal neue Formensprache, die in den

603 In Berlin und Potsdam, so Willebrand, gebe es *viele neue prächtige Gebäude, die der jetzige bewunderungswürdige König hier in so vielen Gassen, und dort an der Linden-Allee bisher jährlich aus seiner eigenen Casse, beydes zur Verschönerng der Stadt, als auch zu Herbeyziehung und zum Unterhalt vieler hundert fleißiger Menschen, und zum Vergnügen und Nutzen hat erbauen lassen. Bald sind diese Häuser im ersten Stockwerk auf Rustick-Art gebauet, wenn die übrigen Etagen mit Corinthischen, bald mit Ionischen Pilastern geschmückt sind. Oft sind schon im ersten Stockwerk Ionische, und im zweyten Corinthische Säulen angebracht. Bald sieht man Frontons, woran Guirlanden über den Fenstern hängen, bald sind Bildsäulen, bald Vasen oder andere Figuren über die Attika.* Willebrand 1775, S. 139.

604 So charakterisiert U. Reinisch die seltsame Mannigfaltigkeit der Neuruppiner Bürgerhausfassaden, Reinisch 2001, S. 198.

605 Reinisch 2001, S. 198.

606 Philipp 1997, S. 158.

folgenden Jahren zur Grundlage der Gestaltung von Bürgerhausfassaden nicht nur in Berlin werden sollte. Alste Oncken bestimmt dieses „neue Formgefühl“ 1935 mit dem Verweis auf die „Zurückhaltung in den Wandvorlagen, die strenge Sondierung und Charakterisierung der Geschosse, die Bindung der Fläche in die Horizontale, die Kargheit der Dekoration“.⁶⁰⁷

Auch der Seitenflügel des seit 1796 geplanten „Neuen Münzgebäudes“ am Werderschen Markt in Berlin, der die *Offizianten-Wohnungen* aufnehmen sollte, war nach den Worten des Architekten Heinrich Gentz seiner Bestimmung gemäß im *Styl eines Wohnhauses* aufgeführt und *als solches auch im Aeussern charakterisirt*.⁶⁰⁸ Wiederum wird ein, hier siebenachsiger, Mittelteil von einer flachen Wandvorlage rechts und dem Hauptgebäude links flankiert. Das Erdgeschoß ist bossiert, eine gedrungene Tür mit „geböschten“ Laibungen und wuchtiger Dreiecksverdachung führt in der Mittelachse ins Haus. Fehlende Fensterrahmen, einfachste Gesimse und Sohlbänke, ein breites flaches Band zwischen dem ersten und zweiten Obergeschoß, daß mit einem grobformigen Mäanderfries geschmückt ist, dazu ein mutuligeschmücktes Hauptgesims und die entsprechende Farbgebung – auch Gentz' Wohnhausfassade besticht ganz im Sinn der Architekturtheorie durch Horizontalität, Flächigkeit und betonte Einfachheit der Formen.⁶⁰⁹

Bei den Berliner Bürgerhausfassaden dieser Jahre wird die Fassadenfläche häufig aus kompositorischen Gründen durch flache Wandvorlagen oder Rücksprünge in drei Kompartimente geteilt. Breite und flache Putzbänder und Gesimse, die über alle vertikalen Gliederungselemente hinweglaufen, sorgen für eine deutliche Dominanz der Waagerechten. Die gut proportionierten Fensteröffnungen sind ohne Rahmung in die Wandfläche geschnitten. Auffällig ist ferner die Flächigkeit, Einfachheit und geradlinige Blockhaftigkeit nicht nur des Gesamteindrucks, sondern auch der Gliederungs- und Dekorationselemente. Die Bänder und Gesimse, Verdachungen und Sohlbänke besitzen glatte und ungegliederte Oberflächen. Wenn die Haustüren und Tore stark geböschte Laibungen aufweisen, werden die blockhaften Verdachungen mitunter von zwei Eckakroterien flankiert. Selbst die sparsam eingesetzten Verzierungen zeichnen sich durch einen neuen, simplifizierenden Rückgriff auf die Antike aus. Die etruskisch-antikisierenden Putzritzungen und Friese, welche die Putzbänder schmücken, sind in den einfachsten Formen des Laufenden Hunds, Mäanders, Palmettenfrieses, Eierstabs und der Akanthusranke gehalten, und die Hauptgesimse tragen häufig in Anlehnung an die Mutuli der dorischen Ordnung schmalere oder breitere Klötzchen, die weit auseinandergezogen angeordnet sind. Große Bedeutung gewinnt an diesen reliefarmen, flächigen und sparsam verzierten Fassaden die Farbgebung. Zumeist in steinfarbenen Tönen gehalten, verleiht der Anstrich dem Haus durch die Aufhellung des jeweiligen Grundtons vom Sockel zum Hauptgesims und von der Wandfläche zu den vorspringenden Gliederungselementen den gewünschten ‚Reichtum der Anschauung‘.

607 Oncken 1935, S. 79.

608 Gentz 1800.

609 Gentz meinte, dem Seitenflügel eindeutig den Charakter eines Wohnhauses gegeben zu haben. Daher brachte ihn eine nach Baubeginn beschlossene Nutzungsänderung – in den geplanten Wohntrakt zog das Oberbaudepartement ein – in große Schwierigkeiten und Erklärungsnot. Vgl. Philipp 1997, S. 53f.

Dieser neue, in seinem Antikenbezug und seinen Formen radikal simplifizierende Stil der Berliner Baubehörden und Baufachleute findet immer dort erstaunlich schnell Eingang in die Gestaltungsweise provinzialstädtischer Bürgerhäuser, wo der jeweils verwaltungsmäßig zuständige Bauinspektor, Landbaumeister oder Baukondukteur mit diesen Formen vertraut ist. In Zehdenick sorgte der Baukondukteur Lietzmann für die Übernahme der grundlegenden Gestaltungsmerkmale der neuen Berliner Bürgerhausfassaden: die Dominanz der Waagerechten, die vertikale Unterteilung in drei Kompartimente mittels flacher Wandvorlagen, Einfachheit und Flächigkeit der Gliederung und des Dekors sowie der Einsatz bewußt vereinfachter antiker Ornamentik wie Mäander- und Palmettenfries. Die charakteristischen Klötzchen am Hauptgesims werden ebenso übernommen wie die klobig wirkenden Fensterverdachungen und die aufwendigen Rustizierungen der Sockel- beziehungsweise Erdgeschosse. Bei aller Schlichtheit und oft plumpen Umsetzung sind die mutulibesetzten Hauptgesimse und Mäanderfriese auch Ausweis einer gehobenen Bildung. Mit der Applizierung derartiger Zeichen des guten Geschmacks an der Straßenseite ihrer Häuser versicherten sich die Zehdenicker der Zugehörigkeit zur neuen bürgerlichen Elite.⁶¹⁰

Ein ähnliches Bild bietet sich im benachbarten Lindow, wo 1803 fast 80 Bürgerhäuser abbrannten.⁶¹¹ Da zeitgleich die Retablislements von Zehdenick und Posen noch im Gang waren, mußten sich die Lindower beim Wiederaufbau mit den normalen 25%, wahrscheinlich aber nur 12% Bauhilfsgeldern aus dem Bauhilfsgelderfond der kurmärkischen Kammer begnügen. Zusätzlich erhielten sie vom König *privatissimo* 1000 Taler. Dennoch findet man nur wenige Fachwerkhäuser. Die wiederaufgebauten massiven Häuser zeigen sich zudem von einer erstaunlich hohen Qualität und Modernität. Das betrifft sowohl die bautechnische Ausführung, ein Haus trägt zum Beispiel eines der damals so innovativen Bohlendächer, als auch die Fassadengestaltung. Neben Fassaden, die in der Reihung von flachen, lisenengleichen Pilastern oder Rundbogenöffnungen an die Häuser des Neuruppiner Retablislements erinnern, finden sich auch die Gestaltungsmerkmale des neuen Stils. Ein wesentlicher Grund für diese hohe Qualität war auch in Lindow ein vom Kurmärkischen Departement und der Oberbaudeputation mehrfach als *geschickt* empfohlener und von der Kammer für den Wiederaufbau eingesetzter Baubeamter, der Baukondukteur Brasch jun. Der mehrmals als *Eleve* Bersons auftretende Brasch jun. hatte in der Endphase des Neuruppiner Retablislements die Geschäfte der dortigen Retablismentskommission in der Nachfolge seines Vaters baufachlich betreut und war nun in Lindow unter anderem für die Entwürfe der Bürgerhäuser zuständig.⁶¹² Durch

610 Wie wichtig man in Zehdenick eine zeitgemäße Gestaltung der Fassaden nahm, zeigt der Reparaturbericht vom Diakonatsgebäude am Kirchplatz. Bereits 1811 wurden dort umfangreiche wohl modernisierende Veränderungen an der Fassade notwendig. 1825 forderte der im Diakonatshaus wohnende Prediger Winkler erneut, *daß die Anfärbung des Hauses noch bewilliget werde, da es nicht von mir verlangt werden kann, daß ich in einem so unrümllich aussehenden Hause wohne und da dasselbe zwischen zweien so sauber angefarbten Häusern einen sehr schlechten Anblick gewähren würde. Der ärmste und der geringste mann sucht es ja von Zeit zu Zeit möglich zu machen, seinem Hause ein sauberes Ansehen geben lassen zu können.* Zehdenick Stadtarchiv, Archivnummer 131, Bl. 53.

611 Akten zum Wiederaufbau Lindows: GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXLI, Nr. 6; vgl. jetzt auch Schwarz/Metzler 2004, S. 61ff..

612 Brasch jun. war von der Oberbaudeputation im April 1803 als Gehülfe für Lietzmann beim Zehdenicker Retablisement vorgeschlagen worden, konnte dies aber nicht übernehmen, da er nach einer königlichen Ordre (Rescript vom 13. Nov. 1802) anstelle seines Vaters das Neuruppiner Retablisement beaufsichtigen mußte. GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. V., Bl. 105f.

die Beziehung zu Berson und seine Erfahrungen im Neuruppiner Bürgerhausbau kannte er die neusten Entwicklungen der Baukunst und konnte sie in die kleine Provinzialstadt übertragen.

Auch das Beispiel der damals westpreußischen Stadt Marienwerder (Grudziadz) zeigt, wie sehr die Verbreitung der neuen Gestaltmerkmale auch des Bürgerhausbaus trotz der zunehmenden Bedeutung der Bürger von einer direkten Einflußnahme der obersten Baubehörden abhing. Nachdem die Stadt bei der ersten Polnischen Teilung 1772 an Preußen gekommen war, hatte Friedrich II. sie zum Sitz zweier wichtiger Behörden des neuen Verwaltungsdistrikts Westpreußen gemacht. Die westpreußische Kriegs- und Domänenkammer und das Justizkollegium für Westpreußen wurden zunächst in bestehenden Gebäuden untergebracht. 1797 begann man dann, für diese und weitere Institutionen Neubauten und Erweiterungen zu errichten. Die zahlreichen Entwürfe und Gegenentwürfe sowie die umfangreiche Einbindung des Oberbaudepartements, vornehmlich David Gillys, offenbaren, wie hoch man diese Bauaufgabe einschätzte.⁶¹³ Im Zuge dieses Ausbaus entstanden auch einige neue Wohnhäuser. Die auffallend häufig nur eingeschossigen, massiven Häuser weisen sich durch die Verwendung der Bohlenbinderkonstruktion für ihre Dächer und die Gestaltung ihrer Fassade demonstrativ als moderne, zeitgemäße Bauten aus. Wieder dienen die nur einige Jahre zuvor in Berlin entwickelten Gestaltungselemente zur ästhetischen Modernisierung des provinzialstädtischen Wohnhausbaus.

Bürgerlicher Ungehorsam und Rückzugspunkte der staatlichen Baupolizei. Die Ergebnisse des Wiederaufbaus.

Beim Wiederaufbau Zehdenicks konnte die Obrigkeit ihre Vorstellungen einer feuerpolizeilich, hygienisch und baukünstlerisch verbesserten Stadt nur teilweise gegen das gewachsene Selbst- und Eigentumbewußtsein der Bürger durchsetzen. Während die königlichen Behörden bestrebt waren, die Ausgaben des Staates zu begrenzen und trotzdem wenigstens die Wahrung der grundsätzlichen baulichen Ansprüche zu erreichen, forderten die Zehdenicker, die staatlichen Zuschüsse auszuweiten und zugleich die ihnen zugemuteten baupolizeilichen Auflagen herabzusetzen. Sie strebten danach, den Bau ihrer Häuser so eigenständig wie möglich und trotzdem mit größter staatlicher Unterstützung gestalten zu können. Dieses von realem Bedeutungszuwachs getragene Streben wurde von der staatlichen Verwaltung als aufsässiges Verhalten empfunden. Immer wieder beklagte man, *wie wenig die dortigen Einwohner geneigt sind, sich in Güte zur Ordnung zu bequemen*.⁶¹⁴

Die im Eigentum des Bürgers befindliche Parzelle widerstand allen Änderungsabsichten der Obrigkeit. Dieses unbedingte Festhalten an Lage, Größe und Form der alten Parzellen ließ fast alle städtebaulichen Umgestaltungs- und Verbesserungsabsichten scheitern, die entsprechend der Theorie vor allem *Auseinanderbau* und regulierte Mannigfaltigkeit zum Ziel hatten. Selbst die auffällige

613 Vgl. Mathematisches Calcul 2000, S. 196ff.

614 Bericht der Kurmärkischen Kammer an das Kurmärkische Departement über die Befürchtungen des Kammerassessors Nagel vom 29. Mai 1802. GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. IV, Bl. 64f. Vgl. Anhang #?

Gruppe von Parzellen, die, zwischen Markt und Kirchplatz liegend, zur Berliner Straße mit Wohnhäusern bebaut war und daher dem Kirchplatz nur die unregelmäßig oder gar nicht bebaute Parzellenrückseite zuwandte, blieb erhalten. Da dieser gravierende städtebauliche Mißstand nicht behoben werden konnte, fehlte der westlichen Kirchplatzseite auch nach dem Wiederaufbau eine angemessene Bebauung – bis heute stehen hier lediglich unscheinbare Wirtschaftsgebäude.

Nur mit größter Mühe konnten die Beamten einige größere Regulierungen des Stadtgrundrisses durchsetzen. Schon die begrenzte Regulierung des Kathagens erforderte größte Ausdauer und viel Engagement, denn der Schneidermeister Schläwicke wollte seine alte Stelle, in der noch ein brauchbarer Balkenkeller steckte, nicht kampflös verlassen.⁶¹⁵ Das nach vielen Mühen erzielte Ergebnis wird als städtebauliche Maßnahme kaum überzeugt haben. Zwar konnte man die Straßenflucht begradigen, die Straße zum Kirchplatz hin aufweiten und in annähernd rechtem Winkel zur Klosterstraße führen, doch bildet die Kathagenstraße weder die exakte Verlängerung der östlichen Kirchplatzwand, noch konnte ihr gekrümmter Verlauf verändert werden. Zudem ist sie sehr lückenhaft und unregelmäßig bebaut. Auch die für eine Aufweitung und Regulierung vorgesehene Hirtenstraße blieb in ihrem Verlauf und ihrer Breite größtenteils unverändert.⁶¹⁶ In der Herrenstraße konnte man zwar die Einmündung in die Berliner Straße verbessern, den *hervorragenden Bauch* zur Mühlenstraße hin konnte man aber wegen des aktiven Widerstands der Eigentümer nicht regulieren, so daß die Straße noch heute einen leicht geschwungenen Verlauf hat.⁶¹⁷ Auch die im Retablissementsplan vorgesehene Begradigung der Berliner Straße am Marktplatz, wo Apotheke und östliche Marktplatzseite in eine Flucht gebracht werden sollten, kam nicht zur Ausführung. Kleinere Regulierungen durch schnurgerade abgesteckte Fluchtlinien sind dagegen im gesamten Stadtraum deutlich wahrzunehmen. Mühlen-, Kapellen- und Poststraße beispielsweise besitzen unauffällige, schnurgerade Baufluchten. Selbst diese eher geringfügigen Verbesserungen kosteten die obrigkeitlichen Aufsichtspersonen vor Ort einige Überzeugungsarbeit. So vorsichtig waren die Verwaltungs- und Baubeamten bei der Regulierung des Stadtgrundrisses zu Werke gegangen, und so zäh hatten die Bürger an ihren Parzellen festgehalten, daß für alle im Retablissementsplan angestrebten städtebaulichen Maßnahmen letztendlich nur zwei Umquartierungen vorgenommen werden mußten.⁶¹⁸

615 Vgl. Anhang#.

616 Einem Bericht des Kammerassessors Ludolff zufolge dürften an dieser Gasse gar keine Veränderungen vorgenommen worden sein. Kurmärkische Kammer an Kurmärkisches Departement vom 8. April 1801. GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. III, Bl. 135.

617 Für das Grundstück Herrenstraße 18 besorgten sich die Kaufleute Schnackenburg und Meyer die Baugenehmigung des Amtsassessors Kriele und steckten mit diesem zusammen die Flucht im alten Verlauf der Straße ab. Man muß annehmen, daß sie sich Kriele bewußt für die Genehmigung auswählten und so die verschiedenen Verwaltungsebenen geschickt gegeneinander ausspielten. Als der Kammerassessor Decker die Verunstaltung der angestrebten geraden Fluchtlinie wenig später bemerkte, war es für eine einfache Korrektur zu spät – es blieb bei dem *Bauch*. Zehdenick Stadtarchiv, Archivnummer 118.

618 Aus dem Kathagen wurde der Schneidermeister Gerhards und aus der Hirtenstraße, zur *Erweiterung des Platzes am Berliner Thor*, der Schuster Schallehne umquartiert. Sie erhielten ihre exakt den alten Maßen entsprechenden neuen Stellen auf dem ehemaligen Grundstück des Hospitals am Templiner Tor, welches seinerseits auf den alten Standort des nun vor die Stadt verlegten Armenfriedhofs versetzt wurde. Kurmärkische Kammer an das Kurmärkische Departement vom 19. September 1802. GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. IV, Bl. 193f.

Im Ergebnis der machtpolitischen Pattsituation, die auch in der Umsetzung der städtebaulichen Regulierungspläne ablesbar war, entstand ein eigentümliches Straßenbild. Die engsten Straßen sind etwas aufgeweitet, und bis auf wenige Ausnahmen fehlen Bauwiche ebenso wie Giebelhäuser. Die Häuser der neuen Stadt stehen fast ohne Ausnahme auf ihrem alten Standort, doch sind sie nun größtenteils entlang einer schnurgeraden Fluchtlinie ausgerichtet. Da es dazu einer wesentlich stärkeren obrigkeitlichen Einflußnahme bedurft hätte, gibt es weder eine Betonung der Blockecken oder der Blockmitte noch symmetrische Bezüge der Fassaden zueinander oder kleine, zu gemeinsamen Fassaden zusammen gezogene Hausfronten. Durchlaufende oder auch nur annähernd gleich hohe Trauf- oder Firstlinien finden sich ebensowenig wie einheitliche Dachneigungen oder gleichmäßiger Fassadenschmuck. Jedes Haus steht – selbst wenn es sich in den geschlossenen Verband der Blockkanten einreicht – ganz für sich allein. Die Orientierung an der mehr oder weniger geraden Linie der Straßenflucht stellt das einzige verbindende und ordnende Element dar.

Trotzdem die Straßenkanten durch den Wegfall der Giebelhäuser und Bauwiche und die Ausrichtung an einer Fluchtlinie an Regelmäßigkeit gewonnen haben, ist die Höhe der einzelnen Häuser sowie deren Baumaterial und Fassadengestaltung mindestens so vielgestaltig wie vor dem Brand. Auch das auf der Wiederaufbaukonferenz formulierte Ziel, den Zentrumsbereich durch zweigeschossige Bebauung städtebaulich herauszuheben, wurde nur ansatzweise umgesetzt.⁶¹⁹ Wohl weisen zentrale Straßen wie Berliner Straße und Poststraße tatsächlich einen höheren Anteil an zweigeschossigen Häusern auf als abgelegene Straßen wie der Mühlen-, Herren- oder Kapellenstraße, wo sich fast ausschließlich eingeschossige Häuser befinden.⁶²⁰ Doch gibt es entlang der Hauptstraße und sogar am zentralen Ort der Stadt, dem Marktplatz, mehrere große, nur ein Geschoß hohe Bürgerhäuser. Selbst Bemühungen um eine nachträgliche Aufstockung von zwei städtebaulich besonders bedeutsamen Eckhäusern am Markt scheiterten, und die Häuser Berliner Straße 35⁶²¹ und Marktstraße 12⁶²² blieben bis Ende des 19. Jahrhunderts eingeschossig.

619 Laue erwähnt dieses Ziel beiläufig im weiteren Protokoll der Verhandlung vom 11. Juni 1801. In dem Protokoll Laues ist formuliert, daß für die *Hauptstraßen durchgehends 2 Stockwerke zu rechnen sein werden*. Stadtarchiv Zehdenick, Archivnummer 78, Bl. 136.

620 Nach dem Feuersozietätskataster von 1806 waren in der Poststraße 11 von 19 Häusern und in der Berliner Straße 33 von ca. 50 Häusern zweigeschossig. In der Kappellenstraße waren nur 5 von 22 und in der Herrenstraße nur 7 von 31 Häusern zweigeschossig.

621 Als die Wittve des Schlächtermeisters Jacob Bauhilfsgelder für einen eingeschossigen Seitenflügelanbau an ihrem ebenfalls eingeschossigen, direkt am Markt gelegenen Wohnhaus (heute Berliner Straße 35) beantragte, merkte der revidierende Geheime Oberbaurat David Gilly an: *Die Anschläge habe ich zwar revidirt und nichts dabey zu erinnern gefunden, halte aber dafür, daß es wohl unschicklich sey ein Eckhaus am Markt nur zu einem Stockwerk aufzuführen, da die mehrsten Häuser in Zehdenick 2. Stockwerke erhalten; stelle also anheim, ob der Eigenthümer dieses Hauses nicht dahin zu disponiren seyn dürfte, wenigstens das am Markt belegene Vorder Haus von 2. Stockwerk aufzuführen*. Diese Äußerung Gillys belegt zwar die allgemeine Gültigkeit der Forderung nach Zweigeschossigkeit im provinzialstädtischen Wohnhausbau, sie zeigt aber auch deutlich, wie sehr Gilly die realen Verhältnisse einer kurmärkischen Kleinstadt verkannte. Der Kammerassessor Carow vermerkte daher auf Gillys Schreiben nur ganz kurz an, daß man die Anregung wegen der *schlechten Vermögens-Umstände* des Eigentümers nicht beachten könne. Revisionsvermerk David Gillys vom 11. Juni 1804. GSTA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. VI, Bl. 81.

622 Auch der Töpfermeister Haase wußte um die Vorliebe der Obrigkeit für zweigeschossige Bebauung im Zentrum der Stadt. Daher begründete er seinen Antrag auf erhöhte Bauhilfsgelder für die Aufstockung seines am Markt gelegenen Wohnhauses (heute Marktstraße 12) geschickt, wenn auch erfolglos, mit dem städtebaulichen Übelstand, den sein eingeschossiges Haus verursachen würde. *Copia* eines Briefs vom 11. April 1806, in: Zehdenick Stadtarchiv, Archivnummer 119.

Nachdem das Retablissement 1806 abgeschlossen war, gab es laut Feuersozietätskataster 138 eingeschossige und 107 zweigeschossige Häuser. Aus der Sicht des 18. Jahrhunderts muß eine derartige Dominanz eingeschossiger Wohnhäuser für eine mit erheblicher staatlicher Einflußnahme wiederaufgebaute Provinzialstadt überraschen. Von den eingeschossigen Häusern waren immerhin 82 (59,4 %), von den zweigeschossigen aber nur 25 (23,4 %) massiv. Setzt man Massivbau gleich modern und Fachwerkbau gleich traditionell, so sind die eingeschossigen Häuser als modern und neu anzusehen. Beachtet man zudem, daß so einflußreiche und wohlhabende Bürger wie Bürgermeister Haeger, Major von Arnim, Kaufmann und Viktualienhändler Grübel oder Rentier Zindar eingeschossige Häuser bauten, so läßt sich von der Anzahl der Geschosse keineswegs auf die Qualität eines Hauses oder auf das Ansehen seiner Bewohner schließen. Im Gegenteil: es waren eingeschossige Wohnhäuser die den Anschluß an die zeitgenössische Entwicklung des Wohnhauses hielten. Als Beispiel sei das eingeschossige Haus des Majors von Arnim genannt, das annähernd so hoch ist wie das benachbarte zweigeschossige Fachwerkhaus. Anders als viele zweigeschossige Fachwerkhäuser, bei denen sich auf einem niedrigen Sockel in der Regel ein mäßig hohes Erdgeschoß und darüber ein niedriges Obergeschoß erhebt, sitzt bei diesem und anderen massiven eingeschossigen Häusern ein hohes Hauptgeschoß auf einem auffallend hohen Sockel auf, der in den Akten nicht zu Unrecht als *Souterrain* bezeichnet wird. Ausgestattet mit einem derart großzügig bemessenen Souterrain, konnte ein eingeschossiges Haus selbst den Ansprüchen der Zehdenicker Obrigkeit genügen.

Der Grund für die große Zahl eingeschossiger massiver Wohnhäuser und die zum Teil auffallend hohen Keller und Souterrains war ohne Frage die durch den Minister von Voß vorgenommene weitgehende Beschränkung der staatlichen Unterstützung auf das erste Geschoß. Obwohl alle Beteiligten, sowohl die Verwaltungs- und Baubeamten als auch die Bürger, noch das Leitbild der zweigeschossig und massiv bebauten Straßen vor Augen hatten, entschieden sich beide Seiten, auf dessen Realisierung zu verzichten. Nicht wenige Bürger sahen sich aus finanziellen Gründen dazu gezwungen. Für die meisten aber gab erst die Förderpolitik des Staates den Ausschlag zum eingeschossigen Bau oder zur Errichtung eines Fachwerkhauses. Die staatliche Baupolitik war nicht mehr in erster Linie an der Regulierung der baulichen Gestalt der geförderten Bauvorhaben orientiert, dies ist neben dem politischen Kräfteverhältnis vor Ort die wesentliche Voraussetzung für den Verlauf und die Ergebnisse des Retablissements.⁶²³ Entsprechend der Forderung des Statistikers Krug stand stattdessen die finanz- und wirtschaftspolitische Notwendigkeit jeder einzelnen Unterstützungsmaßnahme im Rahmen der gesamten Staatswirtschaft im Zentrum des obrigkeitlichen Interesses. Nicht der augenfällig überzeugende bauliche Erfolg, der *äußere Glanz*, wurde angestrebt,

623 Wie sehr sich das Interesse des Staates auch vom Bürgerhaus, bisher als „Realisierungsort stadtbürgerlicher Existenz“ (U. Reinisch) Grundlage und Ziel jeder Fördermaßnahme, schon entfernt hatte, zeigt die Forderung Friedrich Wilhelms III., die Unterstützung *auf alle Classen der Nothleidenden mit Gründlichkeit* auszudehnen. Nicht die an das Wohnhaus gebundene stadtbürgerliche Existenz, sondern die Gewerbe treibenden Abgebrannten sollten unterstützt werden. Schreiben des Königs an Voß vom 6. Juni 1801. GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. 1 (1801), Bl. 23.

sondern eine rechnerisch meßbare Wirtschaftlichkeit, aus der sich bei *steigendem Wohlstand des Ganzen die Verschönerung der Städte und der Gebäude* von selbst ergeben sollte.⁶²⁴

Mit dieser von den fiskalischen und wirtschaftlichen Interessen des Staates diktierten Festlegung, ferner mit dem Zugeständnis, die bestehende Parzellenstruktur und damit den alten Stadtgrundriß beizubehalten und schließlich auch mit der von neuen rechtlichen Prämissen und einem geänderten Kräfteverhältnis vor Ort bestimmten Überlassung der grundsätzlichen Verfügungsgewalt über das Innere und Äußere der Häuser an deren Eigentümer, verzichtete der Staat weitgehend auf eines der bisherigen Hauptziele absolutistischer Baupolitik – die städtebauliche und ästhetische Regulierung des Stadt- und Straßenbildes. Der staatlichen Einflußnahme und finanziellen Förderung ist daher insgesamt lediglich das hohe Tempo des Wiederaufbaus, die große Zahl massiver Häuser, sowie die Einhaltung der wichtigsten feuerpolizeilichen, hygienischen und statisch-bautechnischen Standards zu verdanken.

Neben der geänderten Zielrichtung der staatlichen Retablissementspolitik wirkten sich vor allem die politischen Kräfteverhältnisse vor Ort auf die Ergebnisse des Retablissements aus. Schon bei der Gestaltung des Stadtgrundrisses hatten sich nicht die einzig nach feuerpolizeilichen, hygienischen und städtebaulichen Richtlinien erarbeiteten, nur in Konfrontation mit der Bürgerschaft realisierbaren Vorstellungen des Ministers von Voß durchgesetzt, sondern jene sehr viel moderateren Regulierungsabsichten, die auf der Wiederaufbaukonferenz unter maßgeblichem Einfluß von Magistrat und Bürgerschaft festgesetzt und von der Kammer sofort akzeptiert worden waren. Im Verlauf des Wiederaufbaus zeigte sich, daß auch der eigentliche Hausbau von einer Dominanz des individuellen Wohnanspruchs gegenüber den staatlichen Ordnungsvorstellungen geprägt war. Mehrfach mußten die Fördermodalitäten den teilweise sogar von handgreiflichen Ausschreitungen begleiteten Forderungen der Bürger angepaßt werden. Größe, Material und Aussehen der Häuser waren grundsätzlich von den Wünschen und finanziellen Möglichkeiten der Bürger abhängig.

Die vom Staat und seinen Verwaltungsbehörden, aber zum Beispiel auch von den Berliner Spendern mit so viel Aufwand betriebene, überaus detaillierte Klassifizierung und Unterteilung der bürgerlichen Gesellschaft Zehdenicks entsprach letztlich den Forderungen der Bürgerschaft ebenso wie den neuen gesellschaftspolitischen Leitbildern der Zeit. Sie fand im Wiederaufbau in der Ausarbeitung von individuellen Entwürfen und Spezialanschlügen für die massiven Bürgerhäuser ihren Niederschlag. Die massiven Häuser waren daher durch Spezialanschlüge und verschiedene Revisionen stärker der staatlichen Kontrolle und Beeinflussung ausgesetzt. Neben der technischen Qualität der Bauausführung waren davon mit Sicherheit die Bereiche der Feuerungen und die wesentlichen statischen Eigenschaften betroffen. Auch wenn die innere Einrichtung eindeutig den Interessen und dem Gestaltungswillen der Bürger unterstellt worden war und wenn gerade die massiven Häuser in

624 Krug 1805, Bd. 2, S. 171. Entsprechend dieser Vorstellung rechtfertigte Voß die Begrenzung der Förderung auf die erste Etage folgendermaßen: *Über diese Einschränkung können sich die abgebrannten Besitzer der zweistöckigen Häuser mit Billigkeit nicht beschweren, da bey einem solchen (zweigeschossigen, C.B.) Bau die gewisse Aussicht, aus dem Hause Revenuen zu ziehen zum Grunde liegt, und sich also voraussetzen läßt, daß sie in Ermangelung des eigenen Vermögens die dazu erforderlichen Kosten auf Credit zu verschaffen im Stande sein werden, wogegen von Seiten des Staats schon genug für sie geschieht, wenn derselbe ihnen die zu ihrer eigenen Unterbringung nöthige Unterstützung gewähret.* Schreiben des Kurmärkischen Departements an die Kurmärkische Kammer vom 21. September 1801, GSIA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. I, Bl. 204ff.

ihrer Grundrißgestaltung, der Höhe der Etagen und des ganzen Hauses, aber auch der Auswahl der Verzierung des Inneren (Treppen) und Äußeren (ornamentaler Fassadenschmuck) in besonderem Maße zur individuellen Repräsentation des Eigentümers genutzt wurde, sind die routinemäßigen Einflüsse der entwerfenden staatlichen Baubeamten noch nachweisbar.

Zwei Strategien der königlichen Bauverwaltung, eine ältere und eine hochmoderne, führten in Zehdenick, was die Fassaden der massiven Wohnhäuser betrifft, zum Erfolg. Der älteren obrigkeitlichen Verwaltungspraxis folgten die direkten Eingriffe der Geheimen Oberbauräte im Zuge ihrer obligatorischen Revisionen der Anschläge und Entwurfszeichnungen. Regelmäßig versuchten die Bauräte hier auch die äußere Gestalt der Häuser im Sinne der von ihnen erarbeiteten und propagierten baukünstlerischen Standards zu verbessern – oft mit nur mäßigem Erfolg.⁶²⁵ Sehr viel mehr Einfluß gewann das Oberbaudepartement darüber, daß man die Baufachleute besser ausbildete und gute Vorbilder in Form von Musterentwürfen, Zeitschriftenartikeln und Büchern verbreitete. Lietzmann, Wöhner und Brasch jun. hatten als Baukondukteure eine vom Oberbaudepartement betreute Fachausbildung erhalten. Sie waren durch ihre Ausbildung, aber ebenso durch das Studium der von den Mitgliedern des Oberbaudepartements verbreiteten *Normal Zeichnungen* und Musterentwürfe bestens mit den in Berlin diskutierten architektonischen Vorstellungen vertraut. Ähnlich wie Brasch sen. beim Wiederaufbau von Neuruppin⁶²⁶ wurden dem vor Ort zuständigen, der vorangegangenen Generation angehörenden Bauinspektor Senses die Zehdenicker Retablisementssachen schon in der ersten Planungsphase aus den Händen genommen. Der junge, bestens ausgebildete Baukondukteur Lietzmann schuf dann Fassaden, die in der Beachtung der Forderungen nach Symmetrie, ausgewogener Proportionierung und Einfachheit dem in der Theorie entworfenen Idealbild eines Bürgerhauses weitgehend entsprachen. Auch im Detail, etwa der Blockhaftigkeit der Sohlbänke und Gesimse, der Rahmenlosigkeit der Fensteröffnungen und der differenzierten Farbgebung⁶²⁷, können die Zehdenicker Fassaden den prägenden Einfluß der Berliner Baukunst dieser Jahre nicht verbergen. Trotz aller zeitweiligen Differenzen Lietzmans mit dem Oberbaudepartement erkennt man sogar die von Heinrich August Riedel und Berson thematisierte spezifisch provinzialstädtische Gestaltung: Abgesehen von dem Adler des Apothekers gab es keine einzige Relieftafel an den Bürgerhäusern und der Schmuck der flächigen Fassaden wurde, wie von Berson fast gleichzeitig in seiner Instruktion gefordert, nach Vorlagen und mittels einfacher Schablonen in den feuchten Putz geritzt.

Während die massiven Häuser sich insgesamt durch vergleichsweise hohe bautechnische und künstlerische Qualität auszeichneten, zeigte sich bei den Fachwerkbauten ein anderes Bild. Sie lagen von Beginn an außerhalb des staatlichen Interesses. Der Verzicht auf finanzielle Unterstützung bedeutete hier auch eine starke Einschränkung der Möglichkeit zur Einflußnahme. Selbst der Bau der

625 Beispielsweise versuchten Bersons vergeblich, Lietzmans Fassadenentwurf für das Haus des Kupferschmieds Zillmann im Eingangsbereich zu verändern. Vgl. meinen Katalogbeitrag in: *Mathematisches Calcül*, S. 123f.

626 Vgl. zur Rüge Braschs durch das Oberbaudepartement wegen seiner *unförmlichen Zierathen* und zu seiner Suspendierung vom Entwurf der Bürgerhausfassaden Reinisch 2001, S. 184ff.

627 Auffällig ist die Ähnlichkeit der Lietzmanschen Farbgebung mit den von Riedel d. J. 1805 ausführlich beschriebenen Grundsätzen einer guten Farbgestaltung an Bürgerhäusern. Riedel (1803-10), V. Heft, Tafel II.

Feuerungen, der traditionell die besten Möglichkeiten der Kontrolle bot, war in Zehdenick schwer zu regeln. Die somit von den Bürgern in Eigenregie erbauten, größtenteils von Zimmermeistern entworfenen Fachwerkhäuser boten sowohl in der bautechnischen und künstlerischen Qualität des Entwurfs als auch in der Ausführung zumeist ein schlechtes und altertümliches Bild.

Bezogen auf den Hausbau führte die Klassifizierung demnach zu keiner 'künstlichen', d. h. nach einem übergreifenden Gesellschaftsmodell durchgesetzten Ordnung oder Regulierung des Stadtbildes. Die jeweils möglichst genaue Orientierung an den individuellen Voraussetzungen und Wünschen jedes einzelnen Wiederaufbauenden, worin die von den Machtverhältnissen vor Ort geprägte Wiederaufbaupraxis in Zehdenick den Vorstellungen der zeitgenössischen Architekturtheorie entsprach, führte im Gegenteil zu beträchtlichen Unterschieden bei den wiederaufgebauten Bürgerhäusern. In diesem vielgestaltigen, alle Facetten vom schlecht gezimmerten, altertümlichen zweigeschossigen Fachwerkhaus mit schwarzer Küche bis zum hochmodernen eingeschossigen Massivbau mit Souterrain und ausgeklügelter Feuerung samt Holzsparofen umfassenden Bild der wiederaufgebauten Stadt kommt die Vielschichtigkeit der sozialen Verhältnisse direkt zum Ausdruck. Der wohlhabende, einflußreiche und zur bürgerlichen Elite gehörende Hausbesitzer baute unter vollständiger Ausschöpfung der staatlichen Beihilfen so groß und so modern wie möglich und spekulierte womöglich noch mit der Beteiligung an weiteren Hausbauten. Wer weniger reich war und zur eigenen Wirtschaft schnell ein Haus benötigte, der baute eingeschossig massiv oder zweigeschossig in Fachwerk. Viele der ärmeren Zehdenicker brachten mit Mühe das Geld auf, das ihnen die verlockende Unterstützung für einen kleinen eingeschossigen Massivbau sicherte. Die Ärmsten dagegen besaßen nicht einmal das nötige Eigenkapital oder auch nur den Kredit, um diese staatlichen Zuschüsse zum Massivbau abrufen zu können. Sie bauten ärmliche kleine Fachwerkhäuser. Die qualitativen und quantitativen Unterschiede der erbauten Wohnhäuser spiegeln die Hierarchie, das Wohlstands- und das Ansehensgefüge der bürgerlichen Gesellschaft Zehdenicks. Der Staat, der nur die grundsätzlichen Anforderungen an Feuersicherheit und Hygiene durchsetzen konnte, war darüber hinaus kaum in der Lage, ausgleichend und gestaltend Einfluß zu nehmen – gezwungenermaßen beschränkte er sich weitgehend auf seine *negativen Pflichten*.

Vergleicht man die Ergebnisse des Wiederaufbaus mit den Zielen der staatlichen Retablissementspolitik, so stellte vor allem die Geschwindigkeit des Wiederaufbaus und damit die schnelle Wiederherstellung der Wirtschaftskraft als Grundlage der staatlichen Steuereinnahmen durchaus einen Erfolg dar. Auch die Fassaden der massiven Bürgerhäuser, die den in Berlin gebauten modernen Häusern und dem in theoretischen Schriften verbreiteten Formenkanon eines bürgerlichen Wohnhauses auf hohem Niveau folgten, sind als Erfolg der staatlichen Baupolitik anzusehen. Andererseits ist es aber durchaus fraglich, ob sich die Wohnbedingungen v. a. der ärmeren Bevölkerungsschichten nach dem Wiederaufbau verbesserten. Mit Blick auf die zahlreichen schlecht gebauten Fachwerkhäuser scheint es vielmehr nicht vollständig gelungen, den Verlust an Wohnraum durch einen qualitativ höherwertigen Neubau aufzuwiegen. Sogar hinsichtlich der reinen Quantität blieb man weit hinter dem Bestand vor dem Brand zurück. Als am Ende des Retablissements der Bau separater Reiterwohnungen und -ställe diskutiert wurde, mußte der Kriegs- und Domänenrat Bonsery feststellen,

*daß der Bau dieser Wohnungen auch noch in der Rücksicht für die Stadt vortheilhaft sey, daß dadurch für die bürgerlichen Einwohner mehr Wohnungen in den Bürgerhäusern übrig bleiben, woran es sonst in der Folge fehlen würde, weil viele Häuser, welche vormals in Holz 2. Stockwerk hoch gebauet waren, jezt massiv, aber nur 1. Stockwerk hoch gebauet worden sind.*⁶²⁸

Der Erfolg des starren Festhaltens des Staates am Massivbau, welches erst zum vermehrten Bau eingeschossiger Bürgerhäuser geführt hatte, scheint vor diesem Hintergrund zumindest fraglich. Die längerfristig die Gemeinde schädigende Verringerung des Wohnraumangebots steht der Gemeinnützigkeit der erreichten höheren Feuersicherheit gegenüber. Auch die fortlaufenden Forderungen der Bürgerschaft nach Bezuschussung des Fachwerkbbaus erhalten vor diesem Hintergrund ein anderes Gewicht. Die Verantwortlichen nahmen dieses schwerwiegende Problem durchaus wahr. So wollte die Kurmärkische Kammer in dem oben geschilderten Spekulationsfall Koehn sen./Lindener auch den Bau des Seitenflügels finanziell unterstützen, da sonst *einige Wohnungen für die Stadt verlohren gehen würden.*⁶²⁹

In den Fällen der *Speculation* deuten sich die Möglichkeiten des kommenden bürgerlichen Zeitalters an; doch war die staatliche Verwaltung grundsätzlich nicht gewillt und aufgrund der Zielsetzung und Handhabung der Fördermodalitäten nicht in der Lage, dem *Speculations-Geist*, d. h. der bürgerlichen Eigeninitiative, einen Einfluß auf den Wiederaufbau zuzugestehen. Vielmehr klagte man über die Disziplinlosigkeit der provinzialstädtischen Bürger, in denen man wie der Steuerrat Laue nur *kenntnisslose Bürger und beschränkte Eigenthümer* sah.

Somit blieb der Zehdenicker Wiederaufbau ein Kompromiß. Von der Tradition der absolutistischen Retablissementspolitik des 18. Jahrhunderts sind die Materialität (Massivbau, Ziegeldächer), die Feuersicherheit (Feuerungen, Schornsteine) und die Hygiene (Raumhöhen, Fenstergröße) der Häuser sowie der schnurgerade Verlauf einiger Straßenabschnitte (Bauflucht) geprägt. Auch die Qualität der Grundrisse und Fassaden der massiven Häuser folgt grundsätzlich den Vorstellungen der staatlichen Baubehörden. Der erstarkten Position der Bürgerschaft verdankt Zehdenick dagegen die Vielgestaltigkeit des Straßenbildes und die individuelle Erscheinung der Häuser im städtebaulichen Zusammenhang.

Resümee

Das bürgerliche Wohnhaus beanspruchte in Brandenburg-Preußen vom ausgehenden 17. bis ins frühe 19. Jahrhundert das besondere Interesse des Staates. Als Ort der handwerklichen Produktion und des Handels war es ein Grundpfeiler der merkantilen Wirtschaftsordnung. Als Realisierungsort stadtbürgerlicher Existenz und als räumliche Hülle der Familie bildete es zugleich den Bezugspunkt der sozialen und sittlich-moralischen Regulierungs- und Fürsorgebestrebungen der Obrigkeit. Die

628 Schreiben der Kurmärkischen Kammer (Bonsery) an das Kurmärkische Departement vom 6. März 1806. GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11, Vol. VII, Bl. 170.

629 Ebenda, Bl. 45

Minister im Generaldirektorium, die Kriegs- und Domänenräte der Kammern, die Steuerräte und die Mitglieder der städtischen Magistrate sorgten sich in zahllosen Verordnungen um den Bau neuer Bürgerhäuser, um eine feuersichere und hygienische Bauweise, um die regulierte Einbindung des einzelnen Hauses und seiner Parzelle in den Stadtgrundriß sowie um die angemessene Gestaltung von Grundriß und Fassade. Als Teil dieses streng geordneten Verwaltungsapparates agierten auch die königlichen Baumeister. Sie waren seit Beginn des 17. Jahrhunderts mehr und mehr zu „qualifizierten Beamten einer kontinuierlichen Provinzialbauverwaltung“ innerhalb der Kriegs- und Domänenkammern geworden.⁶³⁰ Ihre Beschäftigung mit dem Bürgerhausbau war seitdem von denselben Prinzipien, Arbeitsmethoden und Idealvorstellungen geprägt wie die gesamte königliche Verwaltung. Das Vertrauen in die Leistungsfähigkeit und Gerechtigkeit von Ordnung und Regulierung prägte die Oberbaudirektoren ebenso wie die Kriegs- und Domänenräte. Die Umsetzung der obrigkeitlichen Forderungen erfolgte durch eine tief gestaffelte Hierarchie mit klar umrissenen Aufgabenbereichen. Auch in der Bauverwaltung machten sich typisch behördliche Arbeitsmethoden wie etwa das Prinzip der Schriftlichkeit und die konsequente Anwendung mathematischer Methoden bemerkbar. Sie finden sich nicht nur in Aufbau und Arbeitsweise der Bauverwaltung oder in der streng geometrischen Entwurfspraxis der Baumeister, sondern auch in den allgemeinen Bauordnungen und Wiederaufbaureglements. Diese rational aufgebauten und mathematisch geordneten Schriftstücke hatten einen erheblichen Einfluß auf die bauliche Gestalt der Städte und der Bürgerhäuser. Die Stadt wurde in diesem Zusammenhang als System mathematisch definierter Beziehungen begriffen und nach geometrischen Regeln geordnet. Das einzelne Bürgerhaus war darin ein konstitutiver Baustein des Ganzen, immer unlösbar eingebunden in das Gesamtsystem Stadt.

Stärker als im Ämterbauwesen, also im Bauwesen der königlichen Domänenämter, machten sich bei der Regulierung des städtischen Bauwesens die Traditionen des Militärbauwesens bemerkbar, das bis weit ins 18. Jahrhundert die Ausbildung der Baumeister und Baubeamten prägte. Dies betrifft in erster Linie die Rationalität des gesamten Stadtgrundrisses und die Anordnung des einzelnen Hauses innerhalb eines hierarchisch aufgebauten städtebaulichen Bezugssystems. Wie sich gezeigt hat, weisen aber auch die untersuchten brandenburgischen Bürgerhäuser des 18. Jahrhunderts deutlich die Spuren jener normierten Unterkünfte und Wohnhäuser auf, die seit Ende des 15. Jahrhunderts für die Feldlager, Garnisons- und Festungsstädte entwickelt worden sind. Das standardisierte Bürgerhaus, das in dieser Arbeit aus den theoretischen Schriften zur Militär- und Zivilbaukunst sowie aus der Bausubstanz der untersuchten Städte abgeleitet wurde, ist ein Resultat dieser Entwicklung.

Viel weitgehender und langfristiger als bisher angenommen bestimmte die obrigkeitliche Prägung der Bauaufgabe Bürgerhaus die äußere und innere Gestalt der Häuser in den brandenburgischen Provinzialstädten. Dabei wirkten sich die bürokratische Prägung der Gesellschaft und vor allem die Innovationskraft der staatlichen Verwaltung im Verlauf des 18. Jahrhunderts sehr unterschiedlich auf die Gestalt der Bürgerhäuser aus.

630 Strecke 2000, S. 29ff, hier S. 39.

Eine Phase besonders intensiver obrigkeitlicher Beeinflussung stellten in Brandenburg ohne Zweifel die ersten Jahrzehnten des 18. Jahrhunderts dar. Neben dem Ausbau der Residenzen Berlin und Potsdam kam es in dieser Zeit auch in den kleineren Städten zu Erweiterungen, großangelegten Wiederaufbauprojekten, zahlreichen kleineren Regulierungen und zu einer systematischen Verbesserung und Verdichtung der Bausubstanz. Der Wiederaufbau Templins nach 1735 ist auf der Ebene der brandenburgischen Provinzialstädte sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht als Höhepunkt dieser Phase anzusehen. Die hier entstandenen Bürgerhäuser stehen für einen Maximum an Regulierung und Normierung der Bauaufgabe Bürgerhaus im Dienste der Wirtschafts-, Gesellschafts- und Schönheitsvorstellungen des preußischen Staates unter König Friedrich Wilhelm I. Sie sind zugleich Instrument der königlichen Politik und repräsentativer bildlicher Ausdruck von deren Erfolg.

In Templin steht das Bürgerhaus auf einer exakt rechteckigen Parzelle. Durch ihre Breite an der Straße und durch ihren Zuschnitt ist diese Parzelle in das System des neuen Stadtgrundrisses eingebunden, welches streng rational geordnet und mittels geometrischer Verfahren entworfen ist. In enger Verknüpfung prägen baupolizeiliche, ästhetische sowie wirtschafts- und gesellschaftspolitische Vorstellungen diesen charakteristischen Stadtgrundriß. Forderungen nach übersichtlicher und rechtlich eindeutiger Anordnung, nach Feuersicherheit und Hygiene sind untrennbar mit dem Bild eines provinzialstädtischen bürgerlichen Gemeinwesens verknüpft. Die Bürgerhäuser in ihrer äußeren, das heißt in ihrer straßenseitigen Erscheinungsform sind für dieses wohlkalkulierte System von konstitutiver Bedeutung. Die einheitlich zweigeschossigen Häuser stehen traufseitig und lückenlos in einer Flucht aneinander wie ein einziges zusammenhängendes Gebäude. Sie konstituieren so den erwünschten Straßenraum, der auf einem zuvor genau festgelegten, einer Immediatstadt angemessenen repräsentativen und wirtschaftlichen Niveau nivelliert ist. Die Höhe von Zwischen-, Hauptgesims und Dachfirst, die Neigung des Dachs sowie die Größe und die Anordnung der Fenster, Türen und Tore sind zu diesem Zweck nach einheitlichen Vorgaben gestaltet. Innerhalb dieser Vorgaben sind die einzelnen Bürgerhausfassaden mit hoher Rationalität nach den Ordnungsmustern des zeitgenössischen Massivbaus entworfen. Die Modalitäten des Wiederaufbaus erzeugen dabei zusammen mit den formalen Eigenschaften des modifizierten Fachwerkbaus sehr einheitliche, immer wiederkehrende Fassadenlösungen. Die strenge Axialität der Fenster, Türen und der Ständer der Fachwerkkonstruktion, der rechte Winkel und die mitunter mehrere Häuser zusammenfassende Symmetrie sind die wesentlichen Gestaltungsmittel der Fassaden. Bei aller Schlichtheit, bei aller der Not geschuldeten Sparsamkeit und bei aller dem Planungsansatz folgenden Rationalität geben diese Entwurfsprinzipien sowohl dem Stadtgrundriß und dem Straßenraum als auch den Fassaden und Grundrissen der Häuser auch eine *mathematische Schönheit*.

Der auf einigen wenigen Grundbausteinen beruhende Grundriß der Häuser wurde dabei ebenso wie die Breite der Parzellen und die äußere Gestalt der Häuser so weit an die jeweiligen individuellen Bedürfnisse der Eigentümer angepaßt, wie dies innerhalb des vorgegebenen Rahmens möglich war. Diese von den obrigkeitlichen Planern bewußt eingeräumten Möglichkeiten zur Anpassung beschränkten sich zumeist auf die Tiefe der Häuser, die Größe und Konstruktion der Keller sowie auf die Anordnung der Küchen und Schornsteine. In Templin scheint man darüber hinaus bei der exakten

Breite des Hauses, der Farbigkeit der Fassade und sogar in der Frage der Brandgiebel zwischen den Häusern Zugeständnisse gemacht zu haben. Wichtiger waren die Durchsetzung eines übergreifenden Ordnungssystems und die Herstellung eines einheitlichen äußeren Erscheinungsbildes sowie der schnell sichtbare und spürbare wirtschaftliche Erfolg des Wiederaufbaus. Darüber hinaus zeigt sich in der grundsätzlichen Anerkennung und Wertschätzung der konstitutiven Bedeutung, die der einzelne hausbesitzende Stadtbürger für das Funktionieren des Gesamtsystems Stadt besitzt, ein Charakteristikum brandenburg-preußischer Baupolitik, das dieser erst ihre große und langanhaltende Wirkung ermöglichte.

Das unter derart einengenden Vorgaben entstandene Templiner Bürgerhaus ist zweigeschossig und erhebt sich über einer exakt quereckigen Grundfläche. Haustür und Durchgangsflur sind in der Symmetrieachse des Hauses angeordnet und teilen Fassade und Grundriß in zwei gleichgroße, sich axialsymmetrisch entsprechende Teile. Straßenseitig befindet sich links und rechts des Flurs eine annähernd quadratische Stube. Diese wird von zwei Fenstern belichtet, die an der Fassade zu einer Gruppe zusammengezogen sind. Die in Achsen angeordneten Gruppen der Stubenfenster und die durch mehrere rechteckige Gefache separierten Türen und Kammerfenster geben der Fassade einen Rhythmus, der an eine Gliederung durch Risalite erinnert. Die an der Hofseite angeordneten Kammern und Küchen besitzen nur jeweils ein Fenster. Hier wird auf eine symmetrische oder axiale Anordnung der Fenster verzichtet.

In diesem idealtypisch nachgezeichneten Templiner Bürgerhaus lassen sich die wichtigsten ‚Angriffspunkte‘ für die obrigkeitliche Einflußnahme leicht ausmachen. Es sind zunächst und vor allem das äußere Erscheinungsbild des traufständigen Hauses, das von der städtebaulichen Einbindung, der Fassade und dem Dach gebildet wird, sowie die Feuerstellen und Schornsteine. Daneben zeigt sich der regulierende obrigkeitliche Einfluß aber auch in der rechteckigen Grundform des Grundrisses und in der Rechtwinkligkeit, symmetrischen Aufteilung, Belichtung und Belüftung der Räume. Selbst die Größe des Hauses richtete sich weniger nach den Bedürfnissen und Möglichkeiten des Bürgers als nach städtebaulichen und wirtschaftspolitischen Vorstellungen des Staates. Die am Beispiel Templins beschriebene Hausform, die weit über das 18. Jahrhundert hinaus ein Grundmuster bürgerlichen Wohnhausbaus in Brandenburg bleiben sollte, ist nicht in der Region gewachsen. Die Übereinstimmungen mit dem standardisierten Bürgerhaus belegen vielmehr die Einbindung in eine europaweite Entwicklung, die ihren Ausgangspunkt und ihre Verbreitung dem Militärbauwesen und ihre weitere Ausformung und Übertragung in die Zivilbaukunst den Anforderungen des neuzeitlichen, modernen Staates verdankt.

Auch beim Wiederaufbau Zehdenicks wirkten sich die gesellschaftlichen Leitbilder und Machtverhältnisse auf die nach dem Brand von 1801 ausgebildete städtebauliche Gestalt und die bauliche Form der wiederaufgebauten Bürgerhäuser aus. Da sich jedoch die Rahmenbedingungen grundlegend geändert hatten, führte der Wiederaufbau zu ganz anderen Ergebnissen. Abgesehen von einigen wenigen Regulierungen der Straßenfluchten blieb in Zehdenick der alte Stadtgrundriß erhalten. Auf der einen Seite war der Widerstand der Bürger gegen den Verlust der alten Parzellen zu groß, auf der anderen Seite hatten sich auch die Grundsätze der staatlichen Baupolitik geändert. Nicht mehr der Bürgerstand im Ganzen und sein einheitliches äußeres Erscheinungsbild standen im

Zentrum der obrigkeitlichen Bemühungen, sondern der einzelne Bürger und der rechnerisch nachweisbare wirtschaftliche Erfolg der staatlichen Maßnahmen. Die zahllosen Klassifizierungsbemühungen und die aufwendig erarbeiteten Spezialanschlüsse entsprachen dieser Situation. Am deutlichsten jedoch zeigen sich die Folgen dieses Paradigmenwechsels im Straßenbild der wiederaufgebauten Stadt und in der Gestalt jedes einzelnen Hauses. Zwar stehen die Häuser zumeist mit ihrer Traufe in schnurgerader Flucht an der Straße, doch darüber hinaus gibt es keine übergreifenden und vereinheitlichenden Ordnungsmuster. Es gibt keine symmetrischen Bezugnahmen, und selbst am Marktplatz stehen große zweigeschossige, massiv aufgeführte Häuser neben kleineren zweigeschossigen Fachwerkhäusern und eingeschossigen Häusern. Entstanden ist so ein unruhiges, vielgestaltiges und mannigfaltiges Straßenbild. Jedes Haus ist darin auf die Bedürfnisse und Lebensumstände seines Besitzers ausgerichtet. Im Erscheinungsbild äußert sich in der Anzahl der Geschosse ebenso wie im Aufbau der Fassade, der Neigung des Dachs oder der Wahl des Baumaterials.

In diesem Zusammenhang kommt den gestalterisch abgesetzten Wandflächen eine besondere Bedeutung zu. Diese Wandflächen unterscheiden sich zumeist durch einen verringerten gestalterischen Aufwand und durch die Farbigkeit von der eigentlichen Fassade. Sie unterstreichen die symmetrische Komposition der Fassadenfläche und ermöglichen es, die geschlossene Blockrandbebauung beizubehalten und einzelne Häuser trotzdem in ihrem individuellen Erscheinungsbild hervorzuheben. Derartige Wandflächen finden sich sowohl an den um 1800 in Zehdenick, Lindow und anderen Städten Brandenburgs errichteten Häusern als auch in den Schriften und Entwürfen Bersons. Diese charakteristische Aufteilung der straßenseitigen Hauswand tritt so auffallend im Umkreis Bersons auf, daß man sie wohl als dessen Schöpfung ansehen muß. Doch findet Berson mit diesem Motiv nur eine weitere Lösung für ein offensichtlich virulentes Problem der Fassadengestaltung des bürgerlichen Wohnhauses. Überblickt man die im Umkreis der Berliner Baubehörden um 1800 entstandenen Entwürfe und ausgeführten Bauten, so fällt gerade bei den Bürgerhäusern die gestiegene Anwendung der Symmetrie auf. Beispielhaft sei an die enorme Bedeutung der Risalite erinnert, für die Heinrich Karl Riedel in seiner *Sammlung architektonischer [...] Verzierungen* eine auffallend große Zahl von Vorbildern liefert. Über die mitunter etwas mühsam wirkende, betont symmetrische Gestaltung jeder einzelnen Fassade versuchten die Baumeister der königlichen Bauverwaltung das Streben nach einem individuelleren Ausdruck des einzelnen Hauses umzusetzen und dabei zugleich die geschlossene Blockrandbebauung beizubehalten. So zeigen die abgesetzten Wandflächen Bersons letztlich besonders deutlich, wie sehr dieser Individualisierungsschub im Bürgerhausbau noch von der staatlichen Bauverwaltung bestimmt und von den gesellschaftspolitischen Vorstellungen des Staates geprägt blieb. Diese obrigkeitlich verordnete Individualisierung prägt auch den Fassadenschmuck der Zehdenicker Häuser. Letztlich ist deren Gestaltung, die auf vergleichsweise hohem Niveau den in Berlin entwickelten neuen klassizistischen Formenapparat in die Provinzialstadt überträgt, als Erfolg der königlichen Bauverwaltung anzusehen. Die Fassaden der Zehdenicker Bürgerhäuser stehen damit exemplarisch für einen im Oberbaudepartement um 1800 entwickelten ‚Provinzialklassizismus‘. Mit diesen auf die Verhältnisse der provinzialstädtischen Bürgerschaft und die handwerklichen Fertigkeiten der dortigen

Bauhandwerker abgestimmten Fassaden wollte man über die Baukultur schließlich auch *Geschmack* und *Cultur* der Bewohner der kleineren Städte heben.

Bei den Grundrissen fällt zunächst die Zunahme von Größe und Anzahl der Räume und die beginnende Separierung der Verkaufs- und Arbeitsbereiche vom eigentlichen, mehr und mehr als privat angesehenen Wohnbereich auf. Dennoch bleiben auch die Grundrisse von der über 150 Jahre eingeübten Entwurfsroutine der königlichen Baubeamten bestimmt. Wie Lietzmann und Wöhner folgen auch Brasch junior und der Liebenwalder Baumeister Müller nach wie vor den in der Bauverwaltung üblichen Entwurfsprinzipien, die schon die Templiner Bürgerhausgrundrisse prägten.

Im Überblick über die Entwicklung des Bürgerhauses in Brandenburg vom Ende des 17. bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts zeigt sich eine gleichbleibende Prägung durch obrigkeitliche Einflußnahme. Die Feuersicherheit der Baumaterialien steht dabei gemeinsam mit der Durchsetzung rationaler Ordnungsstrukturen an erster Stelle. An der Fassade äußert sich der obrigkeitliche Einfluß vor allem in Traufständigkeit, Symmetrie, Axialität und Reduzierung der Verzierungen. Im Grundriß bewirkt er eine auf Funktionstrennung und Luftzirkulation ausgerichtete Anordnung rechteckiger Räume. Diese Feststellung gilt nicht nur für die im Zentrum dieser Untersuchung stehende Ausnahmesituation des Wiederaufbaus nach einem großen Flächenbrand. Die bürokratische Verfaßtheit der preußischen Gesellschaft des 18. Jahrhunderts sicherte den obrigkeitlichen Vorstellungen vom stadtbürgerlichen Wohnhausbau über den gesamten Untersuchungszeitraum und auch jenseits der großen Retablisements eine große Durchsetzungskraft. Der Erfolg der zunächst obrigkeitlich eingeführten neuen Bauformen des Bürgerhauses läßt sich auf Seiten der Bürger im wesentlichen auf die tatsächlichen Vorzüge der neuen Häuser und den geringen Spezialisierungs- und Technisierungsgrad der provinzialstädtischen Wirtschaft in der Kurmark zurückführen. Das völlige Fehlen von nachweisbaren Protesten gegen die bauliche Gestalt der neuen Häuser läßt darauf schließen, daß die Bürger die Verbesserungen auf dem Gebiet der Hygiene (Belichtung und Durchlüftung der Räume), der Feuerung (Feuersicherheit, Lage und Funktionstüchtigkeit) und auch der Raumaufteilung akzeptierten. Auch gegen die Einordnung des einzelnen Hauses in übergreifende städtebauliche Gestaltungsmuster und die dadurch fremdbestimmte Gestaltung der Fassaden regte sich kein Widerspruch. Da die neuen Häuser zudem groß genug bemessen waren, um den wenigen Utensilien provinzialstädtischer Wirtschaft angemessenen Raum zu geben, hatten die Bürger auch von dieser Seite keinen Grund, sie abzulehnen. Bis weit ins 19. Jahrhundert wurde die Übernahme regionaler Bauformen oder die unabhängige Ausprägung neuer Bauformen somit vom obrigkeitlichen Einfluß überlagert. Die dabei entstanden Grundmuster bürgerlichen Wohnhausbaus wurden spätestens zu Beginn des 19. Jahrhunderts auch unabhängig von staatlicher Einflußnahme tradiert.

Abschließend bleibt festzuhalten, daß die einfachen Grundformen des im 18. Jahrhundert in der Kurmark etablierten provinzialstädtischen Bürgerhauses noch heute eine grundlegende Bedeutung für die Kulturlandschaft Brandenburg besitzen. Sie sind in mehrfacher Hinsicht der konstitutive Baustein der für so viele märkische Städte stadtbildprägenden Modernisierungsphase des Zeitalters des Barock. Mit ihren grundlegenden Gestaltungsprinzipien sind sie dabei Bestandteil einer seit dem 16. Jahrhundert ganz Europa überziehenden städtebaulichen und architektonischen Modernisierungswelle. In ihrer spezifischen Ausprägung stehen sie für die vom preußischen Staat

geprägte Bautradition. Durch ihre Bindung an den einzelnen Stadtbürger, dessen unverzichtbarer Besitz Haus und Parzelle über Jahrhunderte blieben, sind die Bürgerhäuser mit all ihren baulichen Veränderungen schließlich das umfassendste ‚Archiv‘ der Geschichte jeder einzelnen Stadt. Im derzeitigen, von der Schrumpfung gerade der kleineren Städte geprägten fundamentalen Umstrukturierungsprozeß auch der brandenburgischen Städtelandschaft wird dem kleinstädtischen Bürgerhaus eine Schlüsselrolle zufallen.

Anhang

Gerichtsreport zum Templiner Wiederaufbau

1. Fall

Am 16. April 1737, die Stadt ist mitten im Wiederaufbau, schreiben einige Bürger der Templiner Gewercke an den Steuerrat Wittich⁶³¹:

Ihro Königl. Majestät haben allergnädigst resolvirt, daß in dero gantzen Lande eine Collecte geschehen, vor die abgebrannte Bürger in Templin. Da nun viele aus unserer Bürgerschaft, so jetzo im Bau begriffen, nicht capabel sind, sich allein mit den Feuer-Cassen-Geldern im bauen zu helfen. So haben wir gesamte abgebrante Bürger an Euer Hochwohlgeboren gehorsamst Ansuchung thun wollen, ob uns, zu Fortsetzung unseres Baues, die Collecten Gelder nicht ausgezahlet werden könnten, damit wir desto eher aus unsern Hütten in die neuen Häuser ziehen, auch uns desto bequemer in unsere Nahrung setzen könnten.

So auch aus unserer Bürger-Heyde eine gewisse Quantität an Buchen Stab-Holtz, Eichenen und Kiehnern Balcken, an dem Kauffmann und Holtz-Händler, Schirrmeister, in Zehdenick verkauft; So wollen doch wohl die gesamte Bürgerschaft gerne wissen, unter was vor pretext solches Holtz verkauft, auch worzu diese, davor empfangene Gelder sollen employrt werden. Ueberdem, da es ist nicht genug, daß das alte Holtz aus der Bürger-Heyde verkauft, sondern auch ein vieles an Jungen Buchenen Holtze, zu Schritten abgehauen, welches des Herrn Bürgermeister Anfrage nach, ohne des Herrn Bürgermeister, Rath-Herrn, Verordneten, Bürgers und Heyde-Läufers Bewilligung und Vorbewußt geschehen, dadurch doch unsere Heyde total ruinirt wird.

Getrösten uns wegen Auszahlung derer Collecten Gelder gnädige Erhöhung. Wegen des verkauften Holtzes deutliche Resolution. Und wegen des abgehauenen Jungen Holtzes, die Antwort, ob solches der Außage nach, ohne Herrn Bürgermeister, Raths-Herrn, Verordneten und Heydeläuffers Vorbewußt abgehauen, wer uns den deshalb erlittenen Schaden ersetzen soll.

Ersterben [...]

Christian Pegelow, Johann Sturme, Johann Albrecht Goltz, Johann Gustav Kämpffe

Christian Pegelow ist nach der Bürgerrolle von 1735 Becker, aber wegen seines liederlichen Lebens und seiner *Truncksucht* verdient er sein Geld als Tagelöhner und hat nur ein *kümmerliches Auskommen*.⁶³² Johann Sturm ist Apotheker und als solcher einer der wichtigsten Bürger, dasselbe

⁶³¹ So das *Rotulus Actorum*. Sämtliche Zitate zu diesem ersten Fall aus: GStA PK, I. HA Rep. 21, Nr. 166, Fasz. 2 [Akten wegen der *Immediatklage einiger Templiner Bürger gegen den Templiner Magistrat 1737ff*].

⁶³² Diese und die folgenden persönlichen Daten nach der Bürgerrolle von 1735. BLHA, Pr.Br. Rep. 8 Templin, Nr. 322.

gilt von dem Chirurgus Kaempffe und von dem *bemittelten* Goltz, der seiner Profession (Tuchmacher) nicht nachgehen muß, da er *doch sonst zu leben* hat.

Dieses Schreiben wird Wittich bei seiner Anwesenheit in Templin am 18. April persönlich übergeben und er notirt auf der Rückseite seine Antwort:

Denen Supplicanten wird zur Resolution ertheilet; daß wegen der Collecten Gelder, eine Repartition gemachet, zur Königl. approbation fordersamst eingesand, und hiernegst nach dem 22§ des Bau Reglements, gegen asignation und quitung zum Bau außgezahlet werden sollen. Unter was vor praetext daß Holtz aus der Stadt. Heyde verkauffet worden, solches müßen die Stadt-Verordneten von selbst wißen, da ihnen allemahl die Königl. Resolution bekand gemachet worden; Sie selbst auch bey Verkaufung des Holtzes gegenwärtig gewesen sind. übrighens ist es eine gantz unnütze Frage, worzu das Holtz Geld employert werden soll, da ihne bekand genug ist, daß solches Geld, nach geschehenen Brande an hundert ohrten zu publiquen Sachen gebraucht werden muß.

Wegen deß 3ten puncts müßen die Supplicanten die näher Untersuchung der Sache abwarthen, weil noch nicht bekand, weniger denunciaret worden wer die Jungen Hölzter herunter gehauen.

Soweit es die Einforderung von versprochenen Geldern betrifft, sind die Verzögerungen bei der Auszahlung der Gelder ein normaler und bei Wiederaufbauarbeiten im Zusammenhang mit königlicher Förderung scheinbar fast zwangsläufig auftretender Vorgang.⁶³³ Die Unklarheiten um den Raubbau an der Bürgerheide sind jedoch besondere Templiner Probleme. Für die Dringlichkeit und die allgemeine Unzufriedenheit spricht, daß nicht etwa nur die Templiner Ackerbürger, sondern wie Wittich betont, *einige Bürger der Gewercke* als Vertreter der gesamten Bürgerschaft die Beschwerde führen. Nicht ganz klar ist, gegen wen sich die Klage richtet. Sehr vorsichtig deuten die Verfasser wohl einen Vorwurf gegen den Magistrat an. Der Kriegsrat Wittich betont die Aufsichtspflicht der Templiner Stadtverordneten und wirft ihnen vor, sie seien doch beim Verkauf anwesend gewesen. Als Begründung für die Notwendigkeit des Holzverkaufs verweist er die Bürgerschaft ganz allgemein auf die vielen *publiquen Sachen*, die nach einem solchen Brand zu besorgen seien. Hier genau scheint die eigentliche Ursache für die Klage zu liegen: Die Templiner Bürgerschaft fordert genauere Einsicht in die Geschäfte des Magistrats und die Kassen der städtischen Kämmerei. Dabei ist es gleichgültig, ob deren Arbeit gut ist oder nicht. Der Steuerrat jedoch ist nicht bereit, über diese versteckte Forderung auch nur zu sprechen. Die königlichen Bestimmungen sind in diesem Punkt eindeutig und bedürfen keiner Erläuterung. Zwar verspricht Wittich eine nähere Untersuchung, doch dürfte die Bürgerschaft mit dieser Antwort kaum zufrieden gewesen sein.

⁶³³

Nach einer Übersicht waren 1739 in der Kurmark 124764 Taler königl. Unterstützungsgelder überfällig, die schon zum Dezember 1736 versprochen waren. Selbst die kurmärkische Kammer betont in einem Schreiben an den König vom 8. Februar 1739: *Damit nun die Neu-Anbauenden, wovon die mehresten um von denen per Edicta publicirten Beneficiis zu profitiren, mit Schulden gebauet, dahero jetzo von denen Creditoribus hart gedrungen werden, aber ob sie gleich verordnungsmässig und gut gebauet, dennoch viele schon einige Jahre zu ihren grosten Schaden auf die ihnen versprochenen und zukommenden Baufreyheits-Gelder vergeblich warten müssen, einmal befriediget und dadurch conserviret werden mögen, [...] GStA PK, II. HA GD, Kurmark, Tit. 103, Nr. 1, Bl. 4.*

Hatten sich die Templiner bisher an die formalen Gepflogenheiten und an den übliche Dienstweg gehalten, dabei in Kauf nehmend, daß die Angelegenheit dann ihren üblichen, langen Weg gehen würde, so änderte sich dies nun. Dann aber erreicht den König der folgende anonyme Brief, abgefaßt in Potsdam am 14. Mai 1737:

Sämtliche Bürgerschaft zu Templin stellen hiedurch allerunterthänigst vor, daß der Magistrat ihre Heyde sehr ruiniret und täglich viele Masttragende Bäume darinn fällen läßet, ohne ihnen kundt zu thun, wozu so viel Holtz, oder die daraus gelöhnte Gelder employret werden, und da ihnen solches mehr schaden als der Brandt thut; So bitten sie allerunterthänigst und höchst flehentlichst, Eur: Königl. Maj. wollen allernädigst geruhen, dem Landt-Jäger-Meister v. Schwerin von hier aus vermittelt einer Cabinetts-Ordre in Hohen Gnaden anzubefehlen, diese nebst noch andern der Templinischen Bürgerschaft richtige Beschwerden gründlich untersuchen und pflichtmäßig davon zu berichten; denn soferne an der Hoch. ChurMärck. Krieges- und Domainen- Cammer diese anliegende Verordnung ergehen möchte, würden sie in noch mehr Kosten gestürztet und doch nur Hülffloß gelaßen werden.

Die anonymen Autoren dieses Schreibens fordern also eine ‚unparteiliche‘ Untersuchung dieser Angelegenheit. Sie werfen nicht nur dem Magistrat vor, er vergreife sich ohne Recht und ohne begründete Not an der in gemeinschaftlichem bürgerlichen Besitz befindlichen Bürgerheide, sondern sie setzen auch den zuständigen Steuerrat und die Kurmärkischen Kammer in ein ungünstiges Licht, indem sie diese verdächtigen, die Handlungen des Magistrats zu decken, parteilich zu sein. Hier offenbar sich sehr deutlich die grundsetzliche Befindlichkeit der Templiner Bürger: Sie mißtrauen der ihnen direkt vorgesetzten Obrigkeit. Keineswegs haben sich diese Bürger mit der obrigkeitlichen Funktion des Magistrats abgefunden; sie versuchen sich Einsicht in die Geschäfte der Stadtverwaltung zu verschaffen und erkennen weder den Magistrat, noch den Steuerrat oder die Kurmärkische Kammer als vertrauensvolle Vertretung ihrer Interessen an. Direkt an den König geht ihre Eingabe.

Der König reagiert prompt. Schon am 17. Mai wird der *General Fiscal* Gerbett per Kabinettsordre angewiesen, die *von einigen Bürgern zu Templin, wider dem Magistrat angegebene Devastation der Stadt Heyde* gründlich zu untersuchen. Gerbett beauftragt dann seinerseits einen Forstbedienten der Kurmärkischen Kammer, den *Hoff-Jäger* Uhlen, zusammen mit den Steuerrat Wittich und dem *Jagd-Fiscal* Krimpfen, die Untersuchungen vor Ort durchzuführen. Die Ergebnisse faßt das Generaldirektorium am 20. Februar 1738 in einem Schreiben an den König zusammen:

Es hat sich aber nach der ChurMärkischen Cammer Bericht befunden, daß an denen Orten wo einige Eichen abgehauen worden, es die Forstmäßige Haußwirthschaft erforderte, solche Eichen zu fällen, weil fast alle durch eingefaulete Äste dergestalt verdorben, daß unter 50. stück kaum eine noch vor gesund, und kauffmanns guth zu halten, solche abstämmung auch von dem magistrat nicht eigenmächtiger Weise geschehen, sondern diese Eichen unter den von Er. Königl. Majestät allernädigst concedirten Quanto mit begriffen gewesen, welches zu Aufbauung der abgebrandten Gebäude in der Stadt Templin verwendet werden sollen. Der

Augenschein hätte aufgezeigt, daß die Stadt Heyde nicht zu starck angegriffen sey, wie denn auch der Magistrat nicht überführet werden können, daß er ohne Concession Holtz fällen laßen und sey bey dieser dick bewachsenen heyde viel mehr zuträglich gewesen daß das Holtz, welches mit Er. Königl. Maj. allergnädigster Bewilligung geschlagen und verkauffet worden, aus dem Wege gekommen, weil die jungen Büchen durch diese Lüftung gerade in die Höhe gehen, und in kurtzen völlig Mast tragen werden könnten.

Wie sich nun hieraus ergiebet, daß das angeben der Templinschen Bürger ungegründet; So würden dieselben deshalb billig zu bestraffen seyn.

Es bittet aber die ChurMärckische Cammer allerunterthänigst daß dieselben in ansehung des erlittenen Brandes, mit würcklicher Straffe vor diesesmahl allergnädigst verschonet, und sie ernstlich verwarnet werden möchten, bey harter Straffe ins künftige dergleichen ungegründete Denunciationen nicht mehr vorzubringen, welches Er. Königl. Maj. allergnädigst zu approbiren geruhen werden.

In diesem Punkt aber, der Durchsetzung seiner Macht, ist Friedrich Wilhelm I. unerbittlich. Er schickt diesen Bericht sechs Tage später, am 26. Februar, an den *würcklichen Geheimen Etats* Minister von Cocceji, teilt diesem das Schreiben des Generaldirektoriums mit und unterrichtet ihn von seiner Entscheidung: Diejenigen Bürger, welche *wieder vorerwehnten Magistrat ohne fundament und wieder die Wahrheit geklaget, auf 3 Monath nach Spandow in die Carre gebracht* werden sollen. Cocceji soll nun untersuchen, *wer der Uhrheber desjenigen memorials gewesen, welches gedachte Bürger immediate eingereicht, auch wenn solche ausgemachet worden, davon an Sr. Königl. Maj. zu berichten, als welche wollen, daß derselbige concipient wegen solches seines Verbrechens halber, zu Berlin in dem Pranger gestellet, auch wenn es ein advocat oder Procurator ist, noch dafür cassirt* werden soll. Einen Monat später, am 26. März, berichtet das Generaldirektorium an Cocceji, daß der Kommandeur des *Printz Henrichschen Regiments* zwei Tage zuvor die *Königliche Ordre* erhalten habe, zwei Templiner Bürger (Joachim Hasebanck und Joachim Maecker) *wegen dieser Sache aufheben und anhero zur Hausvogtey abliefern* zu laßen. Die Vernehmung leitet weiter Gerbett. Er weist am 8. April das Amt Zehdenick an, die Templiner Bürger Parisius und Zahl durch einen Landreiter ebenfalls nach Berlin bringen zu lassen. Dort hat er bereits Hasebanck und Maeker verhört und schickt nun am 10. April die Aussagen dieser beiden und der ebenfalls in der Hausvogtei sitzenden Parisius und Zahl zusammen mit einer sogenannten *defensions Schrift* des Parisius an Cocceji.

Aus dem Protokoll des Gerbett und den in den Akten befindlichen Unterlagen läßt sich nun folgender Verlauf rekonstruieren. Im April oder Mai 1737, wohl nach der ergebnislosen Beschwerde bei Wittich, hatte eine Gruppe von Templiner Bürgern *Mathies Zahl Bürger und Schneider wie auch Christoph Dionisius Parrhysius alß deßen assistenten [...] gedruckte und subscribirte Vollmachten erteilt. Diese Vollmachten wegen ruin ihrer Bürger Heyde, und andern puncten [...] wider den Magistrat in Templin* wurde von 34 Bürgern unterzeichnet, darunter beispielsweise der wohlhabende Nadler Martin Heinrich Fehdeler, oder der einflußreiche Tuchmacher Gebhard Christoff Bohm, zu diesem Zeitpunkt immerhin Altmeister der Tuchmachergewerks. Ob die Wahl des Matthies Zahl so glücklich war, ist zu bezweifeln. Schon 1735 war er der Obrigkeit in der Bürgerrolle als *sehr zänckisch* aufgefallen. Zahl

und Parisius zogen nun nach Potsdam. Dort wandten sie sich an einen *Grenadier Müller beim Königlichen Regiment*. Dieser sollte das *Memorial* an den König überreichen und dabei darauf achten, daß der Landjägermeister von Schwerin *die Sache untersuche und diese nicht an die churm. Kriegs und Domainen Cammer gewiesen* werde. Zusammen, wohl unter der Federführung des hofgewandten Müller, setzten sie nun die *Immediat-Eingabe* auf und der Grenadier Heinicke, Sohn eines Templiner Stadtschreibers, schrieb sie nieder.

Am schlimmsten endete diese Angelegenheit für die beiden Soldaten. Ihr Vorgesetzter, der Hauptmann und Hofjägermeister von Hacke verurteilte beide auf den Bericht Coccejis hin kurzerhand dazu, *durch 300 Mann Spieß Ruthen laufen* zu müssen. Hasebanck und Maeker wurden entlassen, da sie ja nur *nach dem exempel der vornehmsten Gewercke* eine Vollmacht unterschrieben hatten. Für Zahl und Parisius aber sah es nicht so gut aus. In einer längeren Verteidigungsschrift versuchte letzterer seine Unschuld, besser die Richtigkeit der erhobenen Klage, darzulegen:

So muß ich zu meiner Defension anführen, daß der Bürgerschaft in Templin zu viel gesche, wenn sie angeklagt wird, als hätte selbe eine ganz und gar ungegründete Klage bey Ihro Königl. Majestäten geführt. Denn es seynd auff ihre geführte Beschwerde, nach geendigter Commission folgende Effecte geschehen. 1. Ist einen jeden Bürger das Collecten-Geldt, als auff ein 40 füßiges Hauß, nach Abzug des Stammgeldes, des Empfangenen Holtzes von Königl. Heyde, und was sonst mehr gewesen ist, 16 rtl. gezahlet. 2. Haben einige Bürger ihre consumtialia mit baaren Gelde versteuern müssen. Da aber Geh. Rath zugegen war, wurden diese Bürgern durch den Visitor, Wincklern geruffen und Ihnen ihr erlegtes baares Geldt wieder ausgezahlet. Außer Joachim Mäcker, der 1 Ducaten (wo mir recht ist) an accise erlegt hatt, der es aber bis diese Stunde nicht wieder kriegen, raison wird er selbst sagen. 3. Ist auch seit dem in der Heyde kein Schaden geschehen, sondern alles stille gewesen. 4. 8000 rtl. pro Cent-Gelder sind repartiret worden, wovon ein 40 füßiges Hauß 24 rtl. 12 gr. etliche pf. bekommen. 5. Die massive Keller sind bezahlt vor ungefehr drey Wochen a dato. Und 6tens fehlet nicht mehr, als daß wegen der vor dem Brandt Neu-erbauten Scheunen, der Bürgermeister Berger Sen: welcher in Geh. Raths praesance zu denen Bürgern gesprochen, das Geldt wäre schon da, es solte so gleich, wenn Krieges Rath käme, repartirt werden; Nunmehr zu Jochim Hasebancken, Christian Dochow und Matthies Zahl, letzteren Aussage nach gesprochen, Es wäre nicht da.

Wegen der Heyde aber hat sich befunden, daß auff Einmahl das starcke Kiehn Holtz aus der Bürger Heyde gehauen, und das Geldt nicht ihnen zum Bau, sondern an die Cämmerey bezahlt worden, und daß die, an den Bürger Aeckern stehende einzelne Mast-Eichen und die Mast-Buchen, welche die Bürgerschaft noch lange Zeit zur Schweine Zucht nützen können, ohne Noth und zum Schaden der Nahrhaften Bürger abgehauen worden. [...]

Euer Königl. Majestät bitte um Allernädigste Erbarmung meiner armen Frau und 5 Kinder, daß ich nicht untüchtig gemacht werde, mich als ein Schulhalter ferner ehrlich und ohne Vorwurff ernehren, und bleibe bis an das Ende meines Lebens [...]

Doch auch diese geschickte Verteidigung hilft Parisius nicht mehr. Am 10. Mai 1738 wird er gemeinsam mit Zahl auf Ordre des Königs für *drey Monat zur Vestungs-Arbeit nach Spandau* gebracht.

Zufrieden konnte die Templiner Bürgerschaft mit diesem Ende nicht sein. Weder war ihr die verlangte Erklärung über die genaue Verwendung der Gelder aus dem Holzverkauf gegeben worden, noch hatte sie Einsicht in beziehungsweise Einfluß auf die Geschäfte des Magistrats erhalten. Deutlich war sie mit diesem Urteil in ihre Schranken verwiesen worden. Sie hatte sich möglichst anstandslos unter die Obrigkeit, bis hin zum Magistrat zu begeben. Der Versuch einer Klage, ob berechtigt oder nicht ist heute kaum noch zu beurteilen, barg schon als solcher den Keim der Widersetzlichkeit und Undiszipliniertheit in sich.

2. Fall

Daß der bürgerliche Widerspruchsgeist trotz dieses harten Urteils bei weitem nicht gebrochen war, zeigt zunächst der Fall des nun schon wohlbekannten Matthies Zahl.⁶³⁴ Wie auch Parisius, der in der Diakonatsstraße (heute Lutherstraße) ein kleines Bürgerhaus errichtet, kehrt Matthies Zahl nach verbüßter Strafe in seine Heimatstadt Templin zurück und baut in der Diakonatsstraße.

Sogleich gerät dieser zänkische Schneider wieder in Konflikt mit seinem Nachbarn Christian Lindner und dem Magistrat. Wie wohl die meisten Templiner hatte er sich gleich nach dem Brand eine Hütte gebaut, in welcher er übergangsweise wohnte. Diese Hütten sollten nach einer königlichen Anweisung wegen ihrer Feuergefährlichkeit weggerissen werden: Actum Templin den 28ten Jul. 1738

Nachdem Sr: Königl. Majestat, bey Dero vorjährigen Durchreyse, allerhöchst verordnet und befohlen, daß die Hütten in dieser abgebrannten Stadt, mit dem fordersamsten abgebrochen, und weggeschaffet werden sollen, und dann zur Verhütung aller Feuers Gefahr, die höchste Nothwendigkeit erfordert, daß die Hütten, sonderlich so zwischen denen Häusern, in der Stadt stehen mit Spohn gedeckt und keine massive Schornsteine haben, unverzüglich abgebrochen, und weggeschaffet werden sollen, um so viel mehr, verwichenen Pfingst feste, in des Postilion Schmochens seiner Hütte ein Brandt entstanden, wordurch leichtlich ein groß Unglück in der Stadt wiederumb auf neue verursacht werden können; als hat der Herr Krieges Rath Züllich Hochedelgeb. den Magistrat committiret, und anbefohlen, mit allen Ernst, ohne alle weitem Conniventz, dahin zu trachten, daß solche Hütten längstens mit Ablauf des Monaths Augusti c. a. weggeschaffet werden, und in Fall ein oder der ander damit länger zögerte, selbiger mit Militairischer Execution, darzu obligiret werden solle; Da auch verschiedene Häuser vorhanden, welche noch keine Massive Schornsteine aufgeföhret, und worinnen das Feuer unter den bloßen Tach gemacht wird, dadurch aber nicht weniger Schaden und Unglück verursacht werden kann, so ist denselben gleichfals von Stund an zubefehlen, daß sie nöthige anstalt zu

⁶³⁴

Sämtliche Zitate zu diesem zweiten Fall aus: GStA PK, Rep. 21, Nr. 166, Fasc. 3.

*Aufführung der Schornsteine machen, und solche vor Winters in Stand bringen, widerigenfalls sie darzu gleichfalls durch Militairische Execution angehalten werden sollen.*⁶³⁵

Der Tischler Christian Lindner beschwert sich am 28. Juli 1738 bei dem Kriegsrat Zülich über Matthies Zahl:

Ich habe mit vieler Mühe und Kosten, auf Ordre Magistratus meine erbaute Hütte, von dem Hof-Raum des Herrn Diaconi, weil sie einige Fuß ihm zu nahe gewesen, weg bringen müssen. Da nun des Bürgers und Schneiders Mathies Zahl seine Hütte auf meinem Hofe meistens theils stehet, und denselben schon öfters ersuchet, daß er selbige weg bringen möchte, damit ich meinen Hofe feste machen könnte, und überdem zu meiner Handthierung sehr in wege stehet, so will doch keine Güte bey gedachten Zahlen helfen, und ob derselbe gleich schon ein ganzes Jahr in seinen neubaueten Hause wohnet, so ist er meines Erachtens gar nicht willens, diese Hütte von meinem Hofe weg zu bringen. Wann nun Hochedelgeb. Herr, ich habe räumen müssen, darzu meinen Hoff zu meiner Arbeit sehr nöthig habe, und denselben gerne feste machen will, Alß ersuche ich Er. Hochedelgeb. hiermit gehorsamst, Sie wollen hochgütigst geruhen, und mehr gedachten Mathis Zahlen mit Ernst darzu anzuhalten, daß er die Hütte von meinem Grund und Boden weg schaffen möchte, damit ich ferner klagloß gestellet werde, und meiner Profession, desto füglicher und ohngehindert treiben könne.

Der Steuerrat Zülich befiehlt daraufhin am 29. Juli 1738 dem Templiner Magistrat, die königliche Ordre sofort durchzusetzen und gegen Zahl in *Casu renitentio* mit der *Execution* vorzugehen. Erst neun Jahre später, im Herbst oder Winter 1747, wird dieser Befehl ausgeführt. Matthies Zahl bringt daraufhin unverzüglich beim König vor, daß er von dem Magistrath zu Templin gedruckt werde:

Diesen Druck nun, habe ich bereits lange Jahre ausgehalten, welchen Druck ich aber ferner nicht länger auß zu stehen vermag. Allergnädigster König und Herr! Ich bin nicht im stande mit meine Gegner in einen weitläufigen Process mich ein zu laßen, angesehe ich fast ruiniret bin, folglich darzu keine Mittel übrig habe. Ew. Königl. Majestat communicire hierbey meine Gravamina, mit allerdemüthigster Bitte, allergnädigst zu geruhen, allerhöchst erlaucht ein zu sehen, und allegnädigst zu verordnen, daß mich wegen erlittenen schaden des Gebäudes vergütung geschehe, mithin die amovirte Diehlen wieder an mich heraus gegeben werden; Besonders aber wollen Ewr. Königl. Majestat allergnädigst geruhen, mich in dero Großmüthigen Schutz zu nehmen und dem Bürgermeister zu Templin Kraeffell, so gnädig alß ernstlich an zu befehlen, daß er mich in ruhe laßen solle, sich auch nicht an meiner Persohn vergreiffe, und mich in meiner function fernerhin ruhig laßen solle. [...]

Notificatio Wie ich von dem Bürgermeister in Templin turbiret werde.

1) Als nach geschehenen Brand zu Templin die Stellen ordentlich ausgemeßen: so ist mir von dem dazu verordneten Bau Inspectore nebst dem Magistratu eine Stelle angewiesen worden, da ich den vorerst ein Hinter Gebäude erbauet, woselbst ich einen Winter und zwey Sommer

⁶³⁵

Abschriftlich als *Anlage A*, die Abschrift unterzeichnet von den Templiner Bürgern Kraeffel, Gebell, Berger, Adami, Hildebrand, D. F. Freyschmidt. Ebenda.

darin gewohnt; nachgehends aber hat der Bürgermeister Berger mich wieder zurück verwiesen; (als ich aber das Gebäude, weil es albereits gantz fertig nicht zu rücken vermögend) so hat mit consul regens das Gebäude durch 100 Mann einhauen, und solchen von Grund auf ruiniren laßen; dabey noch merklich über 2000 Dachsteine waren (welche ich zum neuen Gebäude brauchen wollte) mit hin 2 Schock neue Dielen, welche vor baare Bezahlung angeschaffet, kurtz und klein mache lassen, wofür ich billiger maßen Satisfaction verlange 2.) Da ich den Bürgermeister Berger auf seine Ziegel Scheune 2000 Dachsteine, das 1000 a 5 rtl. bezahlet, so hat er mir selbige wegfahren, und auf sein Haus deken laßen, wodurch es geschehen, mein Vieh den gantzen Winter unter freyen Himmel hat liegen müßen, als ich ihn aber deßhalb befraget, warum er solches gethan? hat er mir in folgenden Jahr 1650 Stück wieder gegeben, worauf er mir also 350 Stück schuldig geblieben.

Kurz darauf, so fährt Zahl in seinem langen Bericht fort, legte Berger sein Amt nieder und bewirkte beim König, daß der *Zehdenicksche Amts Acuartuis* Kräffell sein Nachfolger wurde, welcher seines Bruders Tochter geheiratet hatte, *worunter die Stadt aber nicht glücklich gefahren, indem er eben so wunderlich wie dieser Berger regiret, und in deßen Fußstapffen tritt.* Eine weitere Sache bringt Zahl beim König zu Sprache: Bei einem Windbruch vor einem viertel Jahr sei in der Bürgerheide großer Schaden entstanden. Kröffell habe drauffin den Bürgern untersagt, sich *in der Hede sehen zu laßen, und auf diese Art ihnen ihre eigene Heyde untersaget, da sie doch von dem Wind Bruch zu ihren Nutzen vieles hätten anwenden können. [...]* Da aber der erwehnte Bürgermeister Kräffell sein Genüge von dem Windbruch hatte: *so habe ich, da ich gesehen, wie andere Mitbürger sich zu ihren Nutzen etwas Holtz daher geholet, mich auch dahin verfüget, und als ich ein Stück Holtz daher geholet, welches zu Dielen tauglich war, so habe mir das Stück Holtz in Templin schneiden laßen, welches ich zu meinen Bau doch hoch benöthiget war.* Als nun Kräffell, sein *Feind*, dies erfuhr, kam er zu ihm, fuhr die Dielen mit Gewalt ab und wandte sie zu seinen Nutzen an. Am 6. Juni 1748 wiederholt Zahl seine Klage beim König Friedrich II.:

Ewr. Königlichen Majestät habe ich unterm 3ten April ao: mit heißen Thränen und innigster Wehmuth allerunterthänigst vorgestellet, wie himmelschreiend und unverantwortlich der Bürgermeister Kraffell zu Templin mich drücket und wie höchst strafbahr derselbe an mir gehandelt, [...].

Drei Dinge klagt Zahl in diesen beiden Schreiben ein: 1. seine von Kräffell gestohlenen Dielen, 2. die Erstattung des Schadens an seiner Hütte und 3. die noch fehlenden Dachsteine. Ganz nebenbei bezichtigt der den Magistrat und seine vorgesetzten Behörden der Vetternwirtschaft und die beiden Bürgermeister Berger und Kräffell der schlechten Regierung und Vorteilsnahme. Schwere Anschuldigungen also.

Nun endlich befiehlt der Staats- und Justizminister sowie Präsident des Berliner Kammergerichts von Bismarck, vor den der Fall gekommen war, dem Templiner Magistrat, *ex officio auf Pflicht und Gewißen* zu berichten, wie der wahre Hergang der von Zahl vorgetragenen Angelegenheit gewesen sei. Da aber der Magistrat zunächst untätig bleibt, wiederholt von Bismarck *auf Sr. Königl. Maj. allergnädigsten special befehl* seine Forderung nach einem Bericht. Nun reagiert der Templiner

Magistrat. In einem ausführlichen, 14 Seiten langen Bericht verzeichnet dieser alle Punkte der endlosen Streitsache und beschuldigt Matthies Zahl seinerseits schwer:

Zu 1. Es haben gleich nach dem Brand Ao 1735 in welchen die hiesige gantze Stadt in Asche gelegen worden, die abgebrandte Bürger sich einige Hütten in der Stadt erbauet, um darin ad interim biß ihre Häuser fertig gebauet, zu wohnen, unter welchen sich auch der Bürger Matthias Zahl befunden; Wie nun die Stadt wieder aufgebautet, und alles in gehörigen Stand gesetzt worden, so haben Se. höchstseeligste Königl. Majestaet bey Dero Anno 1737 gehaltenen Durchreise dahier, allergnädigst anbefohlen, daß die Hütten in dieser abgebrandten Stadt mit dem fordersamsten abgebrochen und weggeschaffet werden solten, [...]. Dieser halsstarrige beständig unruhige Bürger Mattias Zahl nun hat seine mit Brettern ohne massiven Schornstein gebauete Hütte auf des hiesigen Bürgers und Tischler Mstr. Christian Lindners Hoffe gebauet, welcher letztere uns unzehlige mahle bittendlich angegangen, dem Matthias Zahl dahin anzuhalten, daß derselbe solche von seinem Hoffe wegbringen möchte, wie denn auch wir nach obbemeldter Königl. allergnädigster Verordnung und Befehl, den Zahlen unzehlige mahle bey Straffe und execution angedeutet, sothane Hütte als ein gefährl. Feuer-Nest der hiesigen Stadt, wegzuschaffen, [...].

Zahl aber, so der Magistrat weiter, reagierte nicht. Lindner beschwerte sich schließlich 1738 bei Zülich und dieser befahl dem Magistrat, Zahl auch mit Gewalt zum Abbruch der Hütte zu bringen. Da Zahl wieder nicht reagiert, sah sich der Magistaratz gezwungen, *um den Bürger Lindner klagloß zu stellen, auch die Stadt für Feuers-Gefahr, welche leichtlich von dieser Hütte entstehen können, in Sicherheit zu setzen, alß daß wir mit der würcklichen execution wieder den Zahl verfahren müssen, dahero einige Zimmer Leute gefordert worden, welche auf Befehl des Magistrats, des Matthias Zahls Hütte an den einen Giebel herunter brechen solten, selbige haben dann auch würcklich den einen Giebel nach es Bürgers Lindners Hoff zu, loß gemacht und herunter gebrochen; Daß aber 100 Mann bey dieser actu executionis gegenwärtig gewesen, solche Hütte von Grund auf ruiniret worden, und bey dieser execution 2000. Dachsteine und 2 Schock neue Dielen zerschlagen, kurtz und klein gehauen wurden ist calumniose und grundfalsch von Matthias Zahlen eingeklagt worden.* Zahls Hütte war, so der Magistrat weiter, mit Brettern und nicht mit Ziegeln gedeckt; auch sei nicht mehr als der Giebel weggebrochen worden, Zahl habe selbst den Rest nach und nach abgebrochen. Zu den angeblich noch zu liefernden 350 Stück Dachsteine wird auf die originalen Ziegeleirechnungen Bergers verwiesen, nach welchen Zahl niemals einen Dachstein bei Berger gekauft habe. Nun geht es um Zahls schwerwiegendste Anschuldigung, um die Verleumdung der Bürgermeister Berger und Kräffell:

Kräffell sei nicht *Adjunct* des Berger, sondern vom König mittels Kabinetsordre zum *wirklichen Bürgermeister und Stadt-Richter* bestimmt, welches auch der Bürgerschaft ordnungsgemäß mitgeteilt wurde, überhaupt aber *dürffte dem Matthias Zahl als einem Bürger wohl nicht anständig seyn, daß derselbe so verächtl. von seinen Vorgesetzten regirenden Bürgermeister und Richter raisoniret.* Der Magistrat fordert eine harte Bestrafung, *denn sonsten dürffte solche gethane calumnion und Injurien des Magistrats Respect nicht wenig nachtheilig fallen, und insonderheit die erforderl. autoritas judicis großen abbruch leiden.* Zu dem Holzschaden in der Heide berichtet der Magistrat, daß der Schaden auf königlichen Befehl von dem Förster Schleeficke *besichtigt und taxieret* worden sei und man den

Erlös des Verkaufs wie üblich an die Kämmereikasse überwiesen habe. Der Magistrat verweist auf die Holzordnung, nach welcher kein Bürger ohne *Assignment des Magistrats und Anschlagung des Raths Schützens* brauchbares Holt schlagen dürfe. Wer dies trotzdem tut muß mit 2 Talern Strafe rechnen. Der Bürger Zahl nun, *welcher sich keinen Obrigkeitlichen Befehl unterwerffen will* holte sich verbotener Maßen eine Eiche und wollte diese in der städtischen Schneidemühle schneiden lassen. Da aber der Mühlenmeister Lange ordnungsgemäß die erforderliche Assignment verlangt, flog Zahls Tat auf und kam vor den Bürgermeister Kräffell. Dieser bestellte den Straftäter daraufhin ins Rathhaus, doch der Bürger Matthies Zahl erschien nicht. Da letzterer daraufhin beim König klagte, war der Fall nicht weiter verhandelbar. Eindringlich mahnt der Magistrat an dieser Stelle, wenn Zahl Recht bekäme *würde daraus nichts als lauter Unordnung entstehen, nemlich der Bürger würde sich aller Ordnung und Befehle widersetzen, nach seinen Belieben in denen Forsten wirtschaften, nutzbahres Holtz, stehende Bäume de facto abhauen, in seinen Nutzen verwenden, auch wohl damit gar zu marchandiren suchen, mithin die Heyden so ruiniren, daß ins künfftige die Cämmerey aus solche nicht den geringsten Nutzen für zu verkauffendes Holtz mehr zu gewarten haben dürffte*. Ebenso flasch und strafbar sei im übrigen Zahls Behauptung, Kräffell habe sich zu seinem privaten Nutzen vom *Windbruch aus der Heyde* bedient. Da Zahl nach all dem aufgeführten nur darauf sinne, seine Vorgesetzten, die ihn an seinen Straftaten hindern wollen *zu chiquaniren und zu injuriren, auch wohl noch andere Mitbürger aufzuwiegeln suchet*, wozu noch kommt, daß Zahl einer der *ungehorsamsten* Bürger sei, ständig mit seinen Mitbürgern *Zänkerey und Schlägerey hat*, empfiehlt der Magistrat, die Klage nicht nur abzuweisen, *sondern auch so wohl den Matthias Zahl als auch den Schriftsteller zur gehörigen Vernehmung und Bestrafung ziehen zu laßen*.

Das Urteil in diesem aufschlußreichen Fall ist leider nicht überliefert. Nach all diesen Anschuldigungen aber dürfte Zahl die Festung Spandau für einige Zeit wiedergesehen haben.

3. Fall

Nun zum letzten der drei im Zusammenhang mit dem Templiner Wiederaufbau überlieferten gerichtlichen Streitfälle.⁶³⁶ 1753 werden Joachim Möcker, auch dieser ist schon vom ersten Fall bekannt, der Schuster Balthasar Völker und der Tischler Alexander Raticke wegen *eigenmächtigen collegirens von Geldern bei den Mitbürgern* angeklagt. Das strafbare Geschehen selbst lag da bereits einige Zeit zurück. Wohl im Jahr 1748 war dem Steuerrat Gerber von der Kurmärkischen Kammer befohlen worden, die den Templinern von Friedrich II. *geschenckte Bau-ProCent-Gelder, und zwar die 2te Post davon mit 4892 rtl. 7 gr. 2 pf.* auszuzahlen. Dies hatte Gerber dann auch getan und bei seinem daraufhin fälligen Bericht mitgeteilt, *daß bey seiner Anwesenheit in Templin, einige unruhige Bürger, unter andern der Nadler Möcker sich verlauten laßen, daß das repartirte Geld noch nicht all dasjenige sey, so sie zu fordern hätten, sie wolten nun auch das übrige suchen*.

Bei dieser Gelegenheit erfuhr Gerber auch noch von einer anderen Sache. Möcker, Völker und Raticke waren durch die Stadt gegangen und hatten bei ihren Mitbürgern von diesem geschenkten

⁶³⁶

Zitate wie im zweiten Fall aus: GStA PK, Rep. 21, Nr. 166, Fasc. 3.

Geld insgesamt 150 rtl. eingesammelt. Auf diesen Bericht Gerbers hin wird der *Hoffiscal Fuhrmann* mit der Untersuchung des Falls beauftragt. Er vernimmt zuerst Möcker, welcher sich mit den Worten verteidigt: *es wäre grund falsch, daß, nachdem die ersten pro-Cent-Gelder gefallen, er bey der Bürgerschaft Hauß für Hauß herum gegangen, und ihnen eingeildet, solches wären Königl. geschenckte Gelder und nun wolte er auch die procent Gelder herbey schaffen, es hätten vielmehr einige Bürger freywillig eine Collecte zu geben offeriret, und ein jeder nach seinen freyen willen einige groschen gegeben, ihn auch eine Vollmacht ausgestellt, welche er dem Procureur Richter zu prosequirung der Sache eingehändiget; Er hätte dieser Collection halber bey dem Krieges-Rath und Magistrat sich vielfältig gemeldet, wäre aber auf kein gewißes beschieden, wie er dann deshalb ein Memorial cum decreto produciret, welches aber von anno 1748 datiret, und bloß der Templiner Bürger gesuch wegen der Pro Cent Gelder, von dem colligiren der Gelder aber nichts in sich hält.* Als Grund für sein Handeln gibt er an, er sei ein armer Bürger und dergleichen mehr in Templin wären, so *beständig auf die versprochene pro-Cent-Gelder gehoffet.* Er habe sich daher durch die Unterschriften der Bürger verleiten lasse, die Anfrage einzureichen, wollte aber keineswegs *klagbah*r werden.

Die Parallelen mit dem ersten Fall sind unübersehbar. Wieder geht es in erster Linie um das sehr zögerlich ausgezahlte, vom König versprochene Geld. Im Verlauf des Verhörs kommt es dann zu einem Zwischenfall. Möcker beschimpft Fuhrmann mit den Worten *Kerl, du dummerjahn, ihr seyd ein Narr, lecke p p, du Hunds Voigt* und rennt türensclagend aus dem Haus. Balthasar Voelker gesteht Fuhrmann, Möcker sei, nachdem die ersten Bauprozentgelder ausgezahlt worden seien, zu ihm gekommen und habe sich angeboten, die restliche Prozentgelder *herbeytreiben* zu wollen. Für die dazu nötigen Auslagen verlangte er einen Vorschuß. Wenn dann vielleicht noch Geld *zum Process nöthig* gewesen wäre, würde sich Möcker nochmals melden. Nach Empfang der *Königl. Bau-pro Cent Gelder* habe Moecker gesagt, es *müsten nun noch etzliche Tausend Thaler pro Cent Gelder fallen.*

Die Angelegenheit und die drei Angeklagten kommen schließlich, wie im ersten Fall, nach Berlin in die Hauvogtei und werden dort erneut verhört. Die zum *Criminal Senat verordnete Director und Räthe* verurteilen Möcker und die zwei andern dazu, das eingesammelte Geld zurückzuzahlen. Möcker muß Fuhrmann vor Gericht eine *abbitte und ehren Erklärung Salva tamen Existimatione* leisten, und dann für zwei Monate zur Festungsarbeit nach Spandau. Völcker wird mit 4 Wochen und Raticke mit 6 Wochen im *Bürger gehorsam zu Templin* bestraft.

Alle drei Fälle zeigen, daß sich die Templiner Bürgerschaft durchaus nicht mit der obrigkeitlichen Machtfülle von Magistrat und Steuerrat abgefunden hatte, daß sie immer wieder versuchte, unter Umgehung der unteren staatlichen Verwaltungs-ebenen (Magistrat, Steuerrat und sogar Kurmärkische Kammer) wieder Einsicht in und Einfluß auf die städtischen Geschäfte zu gewinnen. Ebenso eindeutig zeigt aber der Verlauf dieser Streitsachen wie die Kräfteverhältnisse lagen. Ob zurecht oder zuunrecht, nicht in einem der überlieferten Fälle bekam die Bürgerschaft Recht zugesprochen. Alle drei Fälle endeten mit empfindlichen Strafen für die beteiligten Bürger.

Gerichtsreport vom Zehdenicker Wiederaufbau

Aufruhe und Zusammenlauf in Zehdenick im Mai 1802

Im Mai 1802, ein Jahr nach dem Brand der Stadt, kam es in Zehdenick zu Unruhen. Der zu den *Retablissemments Geschäften alhier verordnete Königl. Commissarius* Ludolf stattete der Kurmärkischen Kammer darüber den folgenden Bericht ab:⁶³⁷

Am 15ten d. M. wurde mir von einem wohlgesinnten Bürger aus Zehdenick angezeigt, daß in der Stadt ein Zettel von Haus zu Haus geschicket werde, welcher einen Aufruf zu einer allgemeinen Versammlung auf dem Platz hinter dem Holz Magazin enthielt, [...] Obgleich ich mich von einem solchen Aufstande von den Bürgern, für deren bestes ich mit Tüchtigkeit gearbeitet, nicht überzeugen konnte, und die De[nunt]iatur für ein bloßes Gerücht hielt, so traf ich doch die nöthigen Vorkehrungen zur Unterdrückung dieses strafbaren Auflaufs, um so mehr als ich am 16ten noch zur Regulierung des Retablissemments zu Althüttendorf reisen wollte, und nicht wünschte, daß in meiner Abwesenheit etwas versäumt werde.

Nach meiner am 20. erfolgten Wiederkehr von Branitz [?] habe ich nun leider in Erfahrung bringen müssen, daß die Bürger wirklich am 16ten d. M. den Versuch gemacht haben, ihr schändliches Vorhaben auszuführen. Dieser Versuch ist ihnen indessen durch die getroffenen Vorkehrungen nicht geglückt, und durch die tüchtigen Vorstellungen des Kämmerer Tramnitz und des Amts Assistenten Kriele sind sie auseinander gelaufen. Der dirigirende Bürgermeister Heyder soll das Original von dem anliegenden Aufruf schon am 15ten d. M. in Händen gehabt jedoch zur Unterdrückung des Auflaufs gar nichts gethan haben, sondern am 16ten ganz ruhig in seiner Behausung geblieben seyn. Diese unverantwortliche Unthätigkeit ist ein neuer Beweis, wie wenig sich der p. Heyder zum Politey [sic!] Bürgermeister schickt, und wie sehr er von der Bürgerschaft abhängig seyn muß, da er es nicht gewagt hat mit Nachdruck zu Werke zu gehen und bis jetzt auch kein Unterricht von der Schaffung des Zettels ohne ein Aufforderung einzuholen angestellt hat.

Bis jetzt scheint nun zwar die Bürgerschaft über den fehlgeschlagenen Aufruf beruhigt zu seyn, allein der Aufruhe brütet noch in der Stille, wie ich, vor einigen Tags in meine Stube von den beyden Menschen, Leitner und Wegner die Erfahrung habe machen müssen. Diese Leute [...] wollten sich in Güte nicht abweisen lassen, und ich sah auch genau Zeit, ihnen die Thüre zu weisen, worauf sie denn in so respektlosen Ausdrücken sich [hören] ließen, daß ich sie sogleich als Aufruhestifter arretieren lassen. Sie sind indeßen entwischt, [...].

Weiter vermeldet Ludolf, daß der Bürgermeister Haeger (= Heyder), dem er die Untersuchung aufgetragen habe, die Zusammenarbeit verweigere und behaupte, diese, wie auch die Sache des

⁶³⁷

Dieser Bericht und die folgenden Zitate und Daten aus: Archivnummer 47 (Acta wegen des Aufstandes unter den Bürgern in der Stadt Zehdenick de 1802).

Zusammenlaufs fiel in das *Ressort der Stadt* und damit sei er allein für deren Untersuchung verantwortlich. Soweit Ludolfs Bericht.

Einen Tag bevor der Kammersassessor Ludolf zu einer Dienstreise aufbrach, hatte er also von Unruhen in der Bürgerschaft und der Vorbereitung einer verbotenen Zusammenkunft erfahren. Doch hatte er die Reise nicht verschoben, sondern lediglich zuvor in einer Aktenotiz vermerkt:

Die hiesigen Bürger wollen aller Ordnung zuwieder in großer Anzahl von mir über Ansprüche befriedigung erhalten, die ich ihnen nicht gewähren kann. Da ich ihnen schon mehrmahls erörtert und mit Nachdruck verboten habe, wenn sie von mir etwas verlangen, nicht in Masse, sondern in einzelnen Deputationen von 2 bis 3 Personen zu erscheinen; so sind die heute erschienenen Bürger straffällig, und wird daher das hiesige Militair Commando aufgefordert, sogleich 3 bis 4 von den, in Masse erschienenen Bürgern auszuheben, und solche nach der Stadt Templin zur gefänglichen Haft zu bringen, des Endes dem dortigen Magistrat die beiliegende Verfügung zu übergeben, und die Kosten dieser Verhaftung und Reise bey mir zu liquidiren.

Vorsorglich hatte Ludolf auch dieses Hilfsgesuch an den Templiner Magistrat vorbereitet, doch scheint am 16. Mai noch zu keinen Verhaftungen gekommen zu sein. In Abwesenheit des höchsten vor Ort verantwortlichen Vertreters der königlichen Gewalt scheute man diese Zuspitzung des Konflikts. Nach der Wiederkehr Ludolfs war die Unruhe noch lange nicht aus der Stadt. Als nun drei Bürger gar Ludolf selbst mit Worten und Gebärden bedrohten, befahl dieser dem Bürgermeister Haeger, der auch das Amt des Stadtrichters inne hatte, die drei zu arretieren. Haeger aber hielt es in dieser Angelegenheit mit den Bürgern. Eindeutig stellte er sich auf die Seite der Bürgerschaft und begründete dies gegenüber Ludolf mit den Worten:

Auf Er. Wohlgeboren Anzeige, wieder die hiesigen Bürger Meisner, Leitner und Wagener wegen [...] wiedrigen Betragens habe ich solche sofort anfordern lassen und ihnen die [...] Folgen vorgestellt. Sie sind gerne bereit sich bei Eur. Wohlgeboren zu jeder Zeit zu stellen und wegen ihres Vergehens um Verzeihung zu bitten worüber ich vorläufig beikommende Registratur aufgenommen. In Ansehung der Aufforderung Er. Wohlgeboren, daß ich diese Leute sofort durch den Gerichtsdienner in dero Wohnung auf dem Amte stellen, mich auch selbst einfinden, und sie dort zu Verantwortung ziehen sollte; bemerke ich gehorsamst, daß dieses den gesetzlich vorgeschriebenen Gang nicht angemessen sein dürfte; weil sowohl diese jetzige Sache, als auch die erstere wegen des Zusammenlaufs am Sontage gegenwertig Justitz Sache sein zum Resort des Stadtgerichts gehören und solche von mir als Richter in loco judicii würde vorgenommen werden müssen. Ich stelle nunmehr gehorhamst anheim; ob Er. Wohlgeboren die Sache wegen des ungebührlichen Betragens der p. Leitner et Consorte bei einer Abbitte wollen bewenden lassen und wenn solche bei Er. Wohlgeboren sich dieserhalb stellen sollen: oder rechtliche Entscheidung verlangen, in welchen letzten Fall ich mir das vorläufige Protocoll zurück erbitten würde. Übrigens werde ich in Ansehung des Zusammenlaufs morgen mit der Untersuchung nach den Urhebern den Anfang machen.

Haeger widersetzt sich der Anordnung Ludolfs und beruft sich auf den *gesetzlich vorgeschriebenen Gang*. Schon im Vorfeld der Zusammenrottung vom 16. Mai hatte er sich nicht wie der Vertreter der königlichen Obrigkeit verhalten. Wie alle anderen Bürger hatte er um die geplante öffentliche Versammlung gewußt. Weder hatte er versucht, sie im Vorfeld zu verhindern, noch am 16. Mai ruhestiftend eingegriffen. Der Bürgermeister vertrat hier nicht die königlichen, sondern die Interessen der Bürgerschaft. Einerseits ist diese Verhalten von Eigeninteresse bestimmt, denn die Forderungen der Bürger betrafen auch ihn selbst. Andererseits zeigt sich hier eine um seit Ende des 18. Jahrhunderts generell zunehmende Neigung der unteren Ebenen der königlichen Verwaltung, eher die Meinung Untertanen, in diesem Falle der Zehdenicker Bürgerschaft, als die der Obrigkeit zu vertreten.

Welche Gründe aber hatten Bürgerschaft und Bürgermeister, sich auf eine derart hitzige Konfrontation mit der königlichen Verwaltung einzulassen? Ludolf beschreibt in seinem Bericht, die Versammlung habe den Zweck gehabt, *mich am 16ten d.M. mit Gewalt zu zwingen, die noch bey mir angeblich vorhandenen 18000 rthl milder Beiträge auszuzahlen, und den Bürgern eine Unterstützung zum Holzbau zuzusichern*. Dies sind zwei klarvoneinander zu trennende Gründe.

Zunächst zur Auszahlung der Spenden. Wie schon nach dem Brand von Neuruppin lag auch im Fall Zehdenicks die Organisation einer Spendenaktion in den Händen vor allem der bürgerlichen Öffentlichkeit Berlins. Eine solche Aktion war in Berlin von dem Geheimen Justizrat Gerresheim, dem Professor Hartung, dem Kaufmann Köppen und dem Buchhändler Sander organisiert worden. Diese unterrichteten den Magistrat Zehdenicks am 8. Juni 1801 nicht nur vom Erfolg der Spendensammlung, sondern sie erklärten auch, die *gerechte* Verteilung selbst organisieren zu wollen. Sie schrieben:

Aus der Zeitung wird ihnen bekannt sein, daß wir für die abgebrannten Zehdenicker eine Collecte an Kleidern u. s. w. und eine andere an Gelde sammeln. Das Publicum beweiset uns dabei ungemein viel Zutrauen, welchem Beispiele auch Sr. Majestät der König gefolgt ist; und uns seinen beitrug, so wie jeder andere unbedingt übergeben hat. Daher müssen wir auch von unserer Seite bei der Vertheilung dieses Geldes äußerst vorsichtig sein, um nachher Rechenschaft über die Verwendung jedes Thalers ablegen zu können. Sie meine Herren werden uns hierbei als Sachverständigen und unparteiische Männer gewiss unterstützen. Es wird Ihnen und uns sehr erleichtert werden, wenn Sie gefälligst auf folgende Punkte genaue Rücksicht nehmen.

- 1. Alle abgebrandte Zehdenicker, sowohl in der Stadt als auf der Schmelze, dem Kampf, der Hast, der Amtsfreiheit, sie mögen nun, zum Bauer oder Bürger-Civil- und Militair Stande gehören, sie mögen sich zum Christen- oder Judenthume bekennen, werden verhältnißmäßig unterstützt, dafern sie nicht ihre Mobilien oder Waarenlager in einer Feuergesellschaft versichert haben.*
- 2. Alle Abgebrannten werden in 4 allgemeine Classen gebracht, und jede dieser Classen zerfällt wieder in drey Unterabtheilungen.*
- 3. zur ersten Classe gehören.*
 - 1, diejenigen, deren Gewerbe viel Vorlag an Geräthschaften, Materialien pp. erfordert, folglich*

Kauf- und Handelsleute, Brauer, Bäcker pp.

2, alle Königl. Civilisten

3, von den geistlichen die Prediger, den Rektor und den Kantor und

4, von Militair die Officiere

4. Zur zweiten Classe gehören

1, sämtliche Handwerker und Gewerbetreibende, welche inn- und außerhalb der eigentlichen Stadt weniger zu ihren Einrichtungen brauchen

2, alle Hüttenleute welche man als Meister und Gesellen, und nicht als Tagelöhner behandelt, und endlich

3, vom Militair die Wachtmeister

5. Zur dritten Classe gehören

1, alle Ackerbürger, in soferne sie keine Gewerbe nebenher treiben; treiben sie aber ein Gewerbe, so bestimmt dies ihre Classe

2, alle Bauern, insofern sie sich als Fuhrleute den Akkerbürgern nähern, und endlich

3, vom Militair die Unterofficiere

6. Zur vierten Classe gehören

1, alle Handarbeiter folglich Schiffer, Tagelöhner, Dienstboten

2, alle Hüttenleute, welche als gemeine Arbeiter bezahlet und betrachtet werden, und endlich

3, vom Militair alle Gemeinen, insofern sie kein Gewerbe treiben, treiben sie aber ein Gewerbe, so bestimmt dies auch hier, so wie oben bei No. 5 ihre Classe

Anmerkung

Die Wittwen überhaupt genommen gehören, dafern sie ein Gewerbe treiben, zu derjenigen Classe, wozu dies Gewerbe sie bestimmt, und wenn sie kein Gewerbe treiben zu derjenigen Classe, zu welcher man sie beim Leben ihrer Männer zählen würde.

7. Jede dieser Vier allgemeinen Classen zerfällt wie auch schon bemerkt worden ist, in drei Unterabtheilungen. Zur ersten Abtheilung jeder Classe gehören die, welche verhältnismäßig am mehrsten, zur zweiten welche weniger und zur dritten welche am wenigsten verloren haben.

8. Da wir Sie als Freunde und Anhänger ihrer unglücklichen Stadt, als rechtliche und Einsichtsvolle Männer größtentheils persönlich kennen und achten, und da wir überdies nicht nur vom theilnehmenden und beitragenden Publicum stillschweigend, sondern auch von Sr. Majestät dem Könige durch ein gnädiges Handschreiben zu den Vertheilern der eingegangenen Gelder, gleichsam authorisirt sind: so können wir nun auch von Ihnen hochgeehrte Herren erwarten, daß Sie uns

1, gern und willig unterstützen, folglich

2, die Classifikation ihrer Abgebrannten Mitbürger nach dem vorgeschriebenen Plane sorgfältig bearbeiten

3, den Tauf und Geschlechtsnahmen nebst Stand, Gewerbe, Anzahl der Familie pp. der Verunglückten in die angegebenen 12 Rubriken kurz und bestimmt eintragen und uns endlich

4, diese Listen so bald als möglich durch Unterschriften und Siegel gehörig beurkundet nach Berlin schicken werden.

9. Damit Sie aber in Rücksicht Ihrer zu wählenden Gehülfen und in Rücksicht der

verschiedenen Jurisdictionen nicht in Verlegenheit kommen, so wünschen wir mit allen den dreyßig rechtlichen Berlinern welche uns vier Direktoren des Ganzen so thätig unterstützt haben, daß Sie gefälligst hiebei so verführen,

A, in der Stadt besorgen auf unsere Bitte Herr Bürgermeister Heger, Herr Cämmerer Tramnitz die Herren Stadtverordneten Pape, Griebel sen. Kühn sen. Zillemann und andere rechtliche Bürger gedachte Liste

B, auf der Schmelze wird gewiß Herr Factor Braune dies Geschäft übernehmen

C, auf der Hast, der Kampf, wird der Herr Justiz Amtmann Cortum in Vereinigung des Herren Domaine Beamten, des Herren Amts Assistenten und der Herren Schulzen und Schöppen, und anderer rechtlicher Männer, das Geschäft ohne Zweifel gern besorgen

D, Wenn auf die Art in den verschiedenen Revieren die Listen angefertigt sind, so wünschen wir, daß sie von den sämtlichen Herren gemeinschaftlich noch einmal revidirt, und sind die mehrsten Stimmen dafür, abgeändert und nachher durch die Unterschriften aller der Herren, welche sich dieser Arbeit unterzogen und durch Aufdrückung des Magistrats, Justiz Amts, Berg Amts Siegels beurkundet an die Behörde gesendet werden.

*Freilich erschweret dies den überdies schon so mühsamen Gang des Geschäfts, aber es ist zu Ihrer und zu unserer Rechenschaft höchst nothwendig.*⁶³⁸

Im Zusammenhang mit dem strittigen Rechtsfall gilt es hier zu betonen, daß die Verteilung dieser Spenden, vor allem die Beachtung größtmöglicher Gerechtigkeit, in den Händen der Zehdenicker und Berliner Bürger lag. Selbst der König beteiligte sich an der öffentlichen, nicht behördlich organisierten Spendenaktion in Berlin. An zwei Terminen sollten die in Berlin gesammelten Spenden dann in Zehdenick verteilt werden. Auch dabei sollte die königliche Verwaltung nicht in Erscheinung treten. Zunächst wurde eine Deputation nach Zehdenick geschickt, deren Mitglieder⁶³⁹ die zu Wasser abgesandten *Kleidungsstücke, Wäsche pp.* zu sortieren hatten. Dann kündigten die *Direktoren* der Berliner Spendenaktion an:

Kommenden Donnerstag, den 25. d. M. werden wir in Zehdenick eintreffen, und die Vertheilung der eingesammelten Gelder, Kleider pp. veranstalten. Auch Ihnen haben verschiedene Städte beiträge vom Belange geschickt. Wäre es nun nicht gut, wenn Sie mit uns gemeinschaftliche Sache machten, und unmittelbar mit uns ihre Vertheilung nach unsern Grundsätzen [...] veranstalteten? [...]. Indeßen würden Sie uns wahrlich sehr verkennen, wenn Sie nur vermutheten, daß wir auf die art in Ihre angelegenheiten uns zu mischen die Absicht hätten, Nein nur das Elend Ihrer unglücklichen Stadt so viel als möglich zu vermindern konnte bei uns diese Frage veranlassen, [...].

Dieser letzte Vorschlag wurde anscheinend nicht aufgegriffen. Auch über die Verteilung der Geldspenden aus Berlin gab es schließlich Streitigkeiten. In einem Schreiben vom 17. Juni 1801 legte die Kurmärkische Kammer dem Kurmärkischen Departement die folgenden Bedenken vor, welche

⁶³⁸ Stadtarchiv Zehdenick, Archivnummer 70.

⁶³⁹ Dies waren die *Deputirten H. Gerichtsschöppe Zeschke, H. Kommissarius Schulze, die H. Kaufleute Protzen und Jacquino und die Herren Gohlmann und Reicheke.* Ebenda.

größtenteils auf einem Bericht des in Zehdenick zuständigen Steuerrats Laue basierten. Man berichtet, gerüchteweise solle es sich um 30.000 Taler handeln, was wohl übertrieben sei, da aber allein der König 2.000 Taler und eine Anzahl von Spendern Beträge von 10 bis 500 Talern gespendet habe, sei die Spendensumme doch recht beachtlich. Dann bezieht man sich auf die Forderung des Geheimen Justizrats Gerresheim, des Professors Hartung und ihrer Genossen, die Gelder sofort nach ihrem Plan und ihren Grundsätzen zu verteilen. Dagegen meinte Laue, daß diese Verteilung wenigstens bey den Eigenthümern vor der Hand noch aussetzen und bis zum Anfang des Wiederaufbaus zu asserviren seyn werde, indem jetzt beym mangel eines hinreichenden Obdachs doch Niemand an Wiederherstellung seines vorigen Nahrungsbetriebs sofort denken, und sich dazu Vorräthe oder sonstige Erfordernisse ankaufen könne. Den königlichen Beamten war es zu ungewiß, den Bürgern Geld einfach so, ohne Auflagen in die Hand zu geben. Sie wollten nicht, daß die Zehdenicker die Spendengelder für anscheinend nebensächliche Dinge verschwendeten, oder gar unnötig ‚verpraßten‘. Das Geld sollte zum Wiederaufbau der Gewerbe und damit zur schnellstmöglichen Wiederherstellung des Akzisefflusses genutzt werden. Ohne viel auf die sicher lautstarken Proteste zu geben, nahm die Verwaltung das in einer öffentlichen Aktion gesammelte Geld an sich und gedachte es mehr zur Durchsetzung eigener Forderungen, zur Belohnung bauwilliger Bürger, als zur allgemeinen, ausnahmslosen Unterstützung, wofür sie eigentlich gedacht waren, anzuwenden. Es ist wohl anzunehmen, daß bei der Geldverteilung generell nach denselben Richtlinien verfahren wurde, die schon die Berliner Spender erarbeitet hatten. Die Bindung der Auszahlung an einen konkreten Zweck, an die Anschaffung von Arbeitsmitteln und die Verschiebung auf einen Zeitpunkt, wenn der Wiederaufbau in Gang gekommen sei, verzögerten die Auszahlung. Zudem mußte nun jede Entscheidung des Kammerassessors Ludolff und des Steuerrats Laue erst von der Kurmärkischen Kammer und schließlich vom Kurmärkischen Departement bestätigt werden. Dies dauerte seine Zeit. Da aber der Vorgang der Kontrolle und der Übersicht der Bürgerschaft entzogen war, entstand sofort Mißtrauen. Es wundert fast, daß die Bürger erst ein Jahr später versuchten, daß ihnen zustehende Spendengeld endlich zu bekommen. Nun aber war die Empörung der Hingehaltenen umso größer.

Der zweite Grund für den Aufstand unter den Bürgern in der Stadt Zehdenick war die königliche Baupolitik. Von Beginn an war verwaltungsintern auf höchster Ebene klar, daß nur der Massivbau gefördert werden sollte. In herkömmlicher Weise wollte man so die Bauförderung mit der Durchsetzung baulicher Verbesserungen verknüpfen. Vor allem in den ersten zwei Jahren des Wiederaufbaus entschied sich jedoch die Mehrzahl der Bürger, ihre Häuser auf traditionelle Art in Fachwerk aufzubauen. Neben den geringeren Kosten, die beim Fachwerk- wie auch beim Massivbau zunächst vom Bauherren vorzuschießen waren, versprach der Fachwerkbau vor allem eine sehr viel kürzere Bauzeit. Der im gesamten 18. Jahrhundert größtenteils erfolgreich betriebenen Koppelung der Bauförderung an die Durchsetzung moderner Bauformen im Inneren wie auch im Äußeren der Bürgerhäuser wollten sich die Zehdenicker Bürger nicht mehr beugen. Sie fingen ihre Häuser zunächst in Fachwerk an und versuchten dann, mit allen Mitteln auch für diese selbstgewählte Bauart staatliche Unterstützen zu bekommen. Dabei traten sie nicht nur bittend und flehend sondern auch immer wieder drohend auf. Gedroht wurde mit der unabwendbaren Verzögerung oder gar dem endgültigen Scheitern des Wiederaufbaus oder dem langfristigen Ausbleiben der Steuereinnahmen.

Mit dem Bericht des Kammerassessors Ludolff war die Sache bei der Kurmärkischen Kammer gelandet. Dort entschied man sich, dem Justiz-Beamten Kortum aufzutragen, die angebliche Zusammenrottung und den Auflauf der Bürger, sowie den von einigen Bürgern gegen den p Ludolff bewiesenen Trotz zu untersuchen.⁶⁴⁰ Der Kammerassessor Nagel, der inzwischen an Ludolffs Stelle getreten war, sollte zu Haegers unterlassener Unterdrückung des Tumults sowie dessen Ablehnung und Einhaltung der Untersuchung ermitteln. Schließlich gab die Kammer dem Assessor Nagel auf:

Auch habt ihr die Gründe des Tumults und inwieferne sich solchen abhelfen läßt, auch ob die noch vorhandenen milden beiträge nicht vertheilt werden können zu untersuchen.

Zur Beurteilung des Verhaltens von Haeger zog Nagel den §15 des ersten Abschnitts der No. XCV Circular Verordnung wegen genauerer Bestimmung verschiedener im allgemeinen Landrecht und der Gerichtsordnung enthaltenen Vorschriften⁶⁴¹ vom 30. Dezember 1798 zu rate. Darin heißt es:

In der Straferkenntnis muß vorzüglich auf die mehrere oder mindere Beharrlichkeit im Ungehorsam gegen obrigkeitliche Verfügungen und hauptsächlich auf die größere oder geringere Gefahr gesehen werden, welche durch den Tumult entstanden ist, oder leicht hätte entstehen können. Dem richterlichen Ermessen bleibt daher überlassen, nach Befinden auch auf außerordentliche Strafen zu erkennen, von welchen sich nach den Zeitumständen der wirksamste Eindruck erwarten läßt.

Haeger seinerseits strafte die Untersuchungen Nagels durch Mißachtung und erschien erst auf eine zweite Vorladung, nachdem er den ersten Termin ohne Entschuldigung hatte verstreichen lassen. In seinem Bericht an die Kammer stellt Nagel fest, daß Haegers Entschuldigungen äußerst dürtig und seine Schuld bei der Nichtvereitelung des Auflaufs offensichtlich sei.

Ein bloßer Verweis scheint mir daher nicht hinreichend und bin ich der Meinung, daß der Häger in einer Ordnungs Strafe zu nehmen seyn wird.

Wieder hatte Haeger angeführt, daß es in Zehdenick von jeher ein *vom Magistrat ganz abgesondertes Stadtgericht* gegeben habe. Doch läßt Nagel dieses Argument nicht gelten und merkt nur an, daß die festzusetzende Strafe angesichts des Schadens durch den Brand nicht zu hoch ausfallen sollte.

Haeger wird schließlich recht milde zur Zahlung von 5 Talern Strafe verurteilt. Bezugnehmend auf seine Untersuchung der Gründe des Aufruhrs bemerkte Nagel, daß er zu der geforderten Zusicherung der Unterstützung des Holzbaus nichts sagen könne, daß er aber die Verteilung der milden Gaben, *die sich bei den übrigen Geschäften bis jetzt verzögert hat*, sofort in Angriff nehmen werde.

Drei Punkte sind an dieser Rechtssache bemerkenswert. Zum einen der Umstand, daß die Zehdenicker zur Durchsetzung von Forderungen überhaupt zu dem Mittel der öffentlichen Versammlung griffen. Zweitens ist es beachtlich, daß sich der Bürgermeister Haeger so eindeutig auf die Seite der Bürgerschaft stellte und dafür auch eine Bestrafung in Kauf nahm. Schließlich ist drittens

⁶⁴⁰ Stadtarchiv Zehdenick, Archivnummer 47, Schreiben der Kurmärkischen Kammer an den Kammerassessor Nagel vom 24. Mai 1802. Gezeichnet Grothe, Bonser, Schütze.

⁶⁴¹ Eingehaftete Abschrift. Stadtarchiv Zehdenick, Archivnummer 47, Bl. 9.

verwunderlich, mit welcher Nachsicht die königlichen Behörden auf diesen Tumult, auf ein derartigen Ungehorsam reagierten. Außer Haeger scheint kein einziger Bürger bestraft worden zu sein. Im Gegenteil, wenigstens im Bezug auf die Verteilung der Spendengelder hatten die Zehdenicker sogar Erfolg mit ihrem Aufstand. Vom Standpunkt einer absolutistischen Staatsauffassung wird diese Milde umso unverständlicher, wenn man die aggressive Stimmung bedenkt, die aus dem folgenden Bericht⁶⁴² der Kurmärkischen Kammer spricht: Am 27. Mai 1802 war im Haus des Kornschippers Pohle im Kathagen erneut ein Feuer ausgebrochen. Zwar konnte der Brand gelöscht werden, doch vermutete die Kammer, da das Feuer exakt ein Jahr nach dem großen von 1801, genau wie damals um 11 Uhr entstand, eine Brandstiftung. Weiter wird berichtet:

Der p Nagel hat hiebey einen unangenehmen Vorfall gehabt. Er ist mit den Bau-Conducteur Lietzmann zur Brandstelle geeilt, und da er vor der Ankunft des Spritzenmeisters bemerkt, daß der Schlauch der Amtsspritze von einem Mauergesellen nicht zweckmäßig regirt wurde, und demselben deshalb die Arbeit abgenommen, so ist er nicht nur von diesem, sondern auch von der umstehenden Menge dergestalt inhaltirt worden, daß es ihm geschienen, als wenn es darauf ankommen solle, zu Thätlichkeiten zu schreiten.⁶⁴³ Der p Nagel hat sich durch diesen Vorfall überzeugt, wie wenig die dortigen Einwohner geneigt sind, sich in Güte zur Ordnung zu bequemen, und wie wenig Veranlaßung es nur bedürfe, die seit einiger Zeit empörten Gemüther in Aufruhe zu bringen, von dem er alles besorgt, wenn demselben nicht gleich mit Kraft entgegen geabreitet werde. Zu dem Ende hält der p Nagel eine Verstärkung des dortigen Militair Commando durchaus nötig, weil nicht sowohl bey der Vertheilung der milden Beiträge Unruhen vorfallen mögten, zu deren Hemmung 5 mann nicht hinreichend sind, sondern auch schon Verstärkung des Commando um deswillen nötig ist, daß die Anlage zweckmäßiger Feuerungen unserer Anordnung gemäs mit Strenge durchgesezt werden könne.

Die deshalb bei dem Komandeur des Grenadierbattalions in Templin beantragte Verstärkung des Zehdenicker Kommandos auf 20 Grenadiere plus 2 Unteroffiziere und einen Offizier, wurde nach Rücksprache des Ministers von Voß beim General der Infanterie von Kleist genehmigt. Mitnichten also kann die milde Reaktion auf die Vorfälle in Zehdenick vom 16. Mai als wohlwollendes ‚Gnade vor Recht ergehen lassen‘ angesehen werden. Vielmehr war die königliche Verwaltung in einem sich wandelnden Kräfteverhältnis um Schadensbegrenzung bemüht.

⁶⁴² GStA PK, Zehdenickretabl. Vol. IV, Bl. 64f.

⁶⁴³ Genauer schildert Nagel selbst diesen Vorfall in seinem Schreiben an den *Commandeur von Sydow* vom 28. Mai 1802: *Als die größte Gefahr vorüber war und ich aus dem hause trat, fiel mich ein Maurer oder zimmer Geselle an: behauptete von mir geschlagen worden zu sein, hielt mich bey der Brust fest und stellte mich auf eine höchst grobe Art zur Rede. Ich rief nach dem in der Nähe stehenden Unterofficir, der mir zwar gleich mit zwey Mann zur Hülfe kam, allein es hatte sich inzwischen eine so große menge von Maurer und Zimmergesellen mit Axten und Haken um mich (...) versammelt, die nach ihren Drohungen zu urtheilen auch zu thätlichkeiten sehr geneigt waren, daher ich es für besser hielt von der Wache gar keinen Gebrauch zu machen, sondern mich eiligst zu entfernen.* GStA PK, Zehdenickretabl. Vol. IV, Bl. 68.

Der Fall des Schneidermeisters Schlaewicke

Wie eingeschränkt der Handlungsspielraum der königlichen Verwaltung innerhalb der Sphäre privater Eigentumsrechte geworden war, offenbart exemplarisch der Fall des Schneidermeisters Schläwicke. Die Kathagenstraße, in welcher Schläwicke's Haus lag, war eine der wenigen Straßen, die aufgrund ihrer besonderen Enge laut Reglement erweitert werden sollten. Diese Aufgabe hatte der Kammerassessor Ludolff Ende 1801 begonnen. Im April 1802 berichtet die Kurmärkische Kammer dem Kurmärkischen Departement über Erfolg und Mißerfolg dieser bescheidenen städtebaulichen Verbesserung:

Der Kammer Assessor Ludolff hat daher die Erweiterung der Straße hiernach regulirt, und es ist ihm geglückt, 3 Haus Eigenthümer, welche hinter ihren Bau Plätzen keine Gärten haben, dahin zu vermögen, daß sie andere Baustellen annehmen, um von den ihrigen die übrigen Haus Eigenthümer, welche durch Einrückung nach den Gärten sonst an ihren schon sehr eingeschränkten Stellen verlieren würden, zu entschädigen. Sämtliche Hauseigenthümer im Kathagen haben sich auch unter der Bedingung einer Entschädigung von den auszuhebenden Stellen die Einrückung der Häuser nach den Gärten zu, gefallen lassen. Es liegt in der Natur der Sache, daß wenn 3 bis 4 mit ihren Bauplätzen an einander liegende Interessenten durch Zerteilung einer zwischen ihnen liegenden Baustelle entschädigt werden sollen, eine Verrückung ihrer Baustellen entsteht, dergestalt, daß nach der neben gezeichneten Figur, wenn a, die zur Entschädigung bestimmte Stelle ist, und c und b wegen Einrückung entschädigt werden soll, c aber durch d nicht entschädigt werden kann, b dem c einen Theil von seiner ursprünglichen Stelle abgeben muß, wo für er aber um so viel mehr an der Stelle a erhält. Dieser Fall liegt auch bey der Erweiterung des Kathagens ein, der Schneidermeister Schlaewicke [b] soll dem Stadt Musicus Böttcher [c] einige □Fuß von seiner Stelle abgeben, und dafür von der verlassenen Stelle der Wittve Woltersdorff [a] hinlänglich entschädigt werden. Der p Schlaewicke ob er auch gleich zur Einrückung seiner Baustelle bereit ist, weigert sich jedoch, dem p Böttcher die nöthigen □Fuß abzutreten, weil dadurch ein zum Theil noch brauchbares Fundament, und ein Theil eines kleinen, jedoch nicht gewölbten Kellers verlohren geht, auch der Garten hierdurch nicht in der vormaligen Richtung unmittelbar hinter dem Haues bleibt, und hinter a, unter x wohin er rückt, ein Garten liegt, dessen Zaun in dem künftigen Hof einen Winckel bilden würde. Der p Ludolff hat dem p Schlaewicke vorgestellt, daß er nach den Landesgesetzen sich den, zur Erreichung des allgemeinen Wohls angeordneten Vorschriften unterwerfen müsse, und daß die angegebenen kleinen Vortheile, welche er bei der völligen Innebehaltung seiner vormaligen Stelle habe, den größeren Vortheilen zum allgemeinen Besten weichen müßten; es will sich aber der p. Schaevicke hiermit nicht abweisen lassen, und hat mit strafbarer Widersetzlichkeit schon verschiedene mal die zur künftigen Grenze des p Böttcher von dem Conducteur gesezten Pfähle weggeschafft, und mit anzüglichen Reden widersprochen. Da der p. Schlaewicke nach dem urschriftlich anliegenden Protocoll vom 19. Marty d. J. völlig entschädigt wird, der p. Ludolff aber nicht erwarten zu können glaubt, daß dieser unruhige Mensch auch auf die nachdrücklichen Vorstellungen, wozu er den Magistrat nach der Anlage aufgefordert hat, achten werde, so hat er um Bescheidung gebeten: ob auf die

*Widersprüche des p. Schlaewicke geachtet werden könne, und ob demselben die Entscheidung der Sache im Wege Rechts nachzusuchen überlassen werden könne. Unseres Erachtens kann dem p. Schlaewicke durchaus nicht gestattet werden, auf einer andern als der ihm angewiesenen Stelle zu bauen, zumal das Nachgeben in diesem Fall für den ganzen Wiederaufbau von nachtheiligen Folgen seyn möchte und diese Auseinanderbauung beym Kathagen, wie wir schon einmal aus einandergesetzt haben, äußerst nötig ist; und es wird dem p. Schlaewicke, wenn er sich nicht in Güte abfinden lassen will, überlassen werden müssen, im Wege Rechts den Ersatz zu fordern; welcher ihm denn auch zum allgemeinen Besten extraordinarie zu vergütigen seyn wird, wenn er rechtlich festgesetzt ist. Wir haben dieses hauptsächlich Euer Königlichen Majestaet anzuzeigen nicht verfehlen wollen, da hiernach leicht die Anweisung einiger Kosten nothwendig werden kann, und heute verfügt, daß der p. Schlaewicke nöthigenfalls mit Strenge zum Gehorsam angehalten werde.*⁶⁴⁴

Mit der schon wenige Tage später verfaßten Antwort des Departements schien der Fall geklärt zu sein:

*Auf diesen Widerspruch des p. Schlaewicke kann nun allerdings, wenngleich derselbe nach Eurer Bemerkung durch die Einrückung seiner Bau-Stelle einen Theil des Fundaments und eines Kellers verliert, nicht Rücksicht genommen werden, weil dadurch der ganze Retablissemments-Plan gestört und vereitelt werden würde. Wir genehmigen daher daß Ihr diesem gemäß bereits das Nöthige verfügt habt. Aber auch eine Entschädigung der Hauseigenthümer aus den öffentlichen fonds, worauf Ihr in Ansehung des vorliegenden Falles vorläufig antragt und solche für ähnliche Fälle nothwenig findet, können Wir nicht einräumen, den theils dies eine Menge von Exemplifikationen veranlassen und die Kräfte des Retablissemments-Fonds übersteigen, theils ist es nicht unbillig, wenn von den Eigenthümern verlangt wird, dergleichen kleine Aufopferungen, als wovon hier die Rede ist, mit den bedeutenden von Unserer Alerhöchsten Person bewilligten Unterstützungs-Geldern zu compensiren. Dies ist also den Hauseigenthümern und insbesondere dem p. Schlaewicke mit dem Bedeuten zu eröffnen, daß sie sich durch Eigensinn und Widerspenstigkeit der Königlichen Gnade verlustig machen würden.*⁶⁴⁵

Mit der verärgerten Androhung der Ungnade und dem Verweis auf die königlichen Bauhilfsgelder, die immerhin beachtlichen Umfang hatten und als hinreichende Entschädigung für solch kleine Nachteile verstanden wurden, lehnte die Behörde Schläwicks Forderung nach einer Sonderentschädigung ab und rief diesen zur Ordnung. Das Departement vertrat also eine harte Haltung. Schläwicke dagegen erkannte weder das Argument des *Gemeinen Besten* noch die Modalität der Entschädigung an und hielt an den Eigentumsrechten an seinem Grund und Boden fest. Der Streit um diese kleine Budenstelle des Schläwicke, die der sehr bescheidenen Regulierung der Kathagen-Straße und damit

⁶⁴⁴ Schreiben der Kurmärkischen Kammer an das Kurmärkische Departement, gez. v. Gerlach, Grothe, Bonsery. GStA PK, Zehdenickretabl. Vol. III, Bl. 27f.

⁶⁴⁵ Das Schreiben des Kurmärkischen Departements an die Kurmärkische Kammer gez. von Borgstede, Schmid. Ebenda, Bl. 29f.

einer der wenigen punktuellen Regulierungen im Wege stand, zog sich über mehrere Monate hin. Anders als das Departement versuchte die Kammer, in dieser als exemplarisch verstandenen Sache ausgleichend zu wirken, die Konfrontation zu umgehen. In einem Bericht an das Departement heißt es, daß es zwar bedenklich wäre, Schläwicks Forderung nachzugeben, da dadurch *eine Menge von Exemplificationen* veranlaßt würden und daß es überhaupt durchaus nicht *unbillig* sein, von einem Einzelnen eine so *kleine Aufopferung* zu verlangen. Dennoch aber, so betont die Kammer, sehe man nicht die Nothwendigkeit, an dem einmal beschlossenen Wiederaufbauplan *unverrückt* festzuhalten und jeden Bürger *mit Strenge* zu dessen Befolgung anzuhalten. Jedem Interessenten, meint die Kammer der wie Schläwicke nicht von den Bauhilfsgeldern Gebrauch mache, müsse letztlich doch die *rechtlich festgesetzte* Entschädigung gewährt werden. Diesem sei durch eine generelle Regelung zuvorzukommen, wodurch auch die wenigen derartigen Fälle *in Güte* beizulegen wären. Schließlich berichtet die Kammer, Schläwicke habe sich, nachdem er auf Anweisung des Kurmärkischen Departements mit Nachdruck zurechtgewiesen worden war und von der Parteinahme der Kammer gehört hatte *den Anordnungen nach dem Retablislements Plan unterworfen, und auf der Stelle, die ihm angewiesen ist, bereits sein Haus von Fachwerk eine Etage hoch erbauet*. Doch war die neue Haltung Schläwicks, die er in raschem Tempo bauliche Form werden ließ, nicht von Einsicht geprägt. Immernoch war Schläwicke auf eine Entschädigung aus, die über die bereitgestellte Gartenfläche hinausging. Er wollte unbedingt auch seinen alten hölzernen Balkenkeller, den er aufgeben mußte, ersetzt bekommen. Tatsächlich setzte er diese Forderung durch und am 18. August 1802 stimmte das Kurmärkische Departement der von dem Assessor Nagel vorgeschlagenen Entschädigungssumme von 20 Talern zu.

Damit sprengt Schläwicke eine Kontinuität, welche es der staatlichen Verwaltung seit Anfang des 18. Jahrhunderts erlaubt hatte, über das Mittel der Bauhilfsgelder Verbesserungen der einzelnen Häuser und des Stadtgrundrisses durchzusetzen. Grundlage dafür war die neue Bedeutung der ‚Rechtlichkeit‘ und der selbstbewußte Umgang der Bürger mit ihren gesetzlich festgelegten Rechten.

Retablislements- oder Wiederaufbauungs Plan für Zehdenick

Bericht des Steuerrats Laue an die Kurmärkische Kammer vom 11. Juni 1801 über die am selben Tag abgehaltene Konferenz in Zehdenick. Der Bericht enthält unter anderem den von dem Kriegs- und Steuerrat Laue entworfener *Wiederaufbauungs Plan der Stadt Zehdenick in XVII Punkten*.⁶⁴⁶

Nachdem heute Vormittag die Vernehmung der Abgebrannten beendigt, und die Umstände ins gehörige Licht gesetzt worden, welche auf die Anfertigung der Feuer Liquidation, und den Entwurf eines befohlenen Retablislements Plans einen wesentlichen Einfluß haben, so wurde nachmittags unter Zuziehung des Amts-Assistenten Herrn Kriele, des Magistrats. und der Stadtverordneten ingl. des Bau-Inspectors Herrn Sensse und Conducteur Herrn Woehner in

⁶⁴⁶

GStA PK Zehdenickretablisement, Vol. I, Bl. 80-87. Dieser *Wiederaufbauungs Plan* wurde ohne größere Beanstandungen am 17. Juni 1801 vom Kurmärkischen Departement als *Retablislements Plan* gut geheißen. GStA PK Zehdenickretablisement, Vol. I, Bl. 107ff. (Copia eines von Laue und Sensse gezeichneten Verhandlungsprotokolls vom 11. Juni 1801. Zehdenick Stadtarchiv, Archivnummer 78, Bl. 136ff.)

Überlegung genommen, wie der Wiederaufbau der Stadt am zweckmäßigsten geschehen könne. Alle waren der Meynung, daß in Absicht der zu wählenden Bauart der massive Bau allen andern Arten vorzuziehen, weil dadurch die Feuergefährlichkeit am besten verhindert, der außerordentliche Mangel an Holz ihn nothwendig machte und der unglückliche Vorfall selbst diese Bauart, welche in den Städten durch ansehnliche Procente von Bauhülfs Geldern verfaßungs mäßig unterstützt zu werden [pfllegt], um so mehr anzurathen schien, als ohne Zweifel die Stadt Vereinigung aller widrigen Umstände ohnerachtet, nicht abgebrandt sein würde, wenn sie anstatt der hölzernen Gebäude mit Stroh Dach mehrere massive Häuser gehabt hätte. [...]

In Absicht des aus einander Baues der Gebäude, und Erweiterung auch völlige Gerade richtung der Straßen, Regelmäßigkeit der Abtheilungen in quarrees und aufeinandertreffen der die Hauptstraße durchschneidenden Queerstraßen überhaupt der äußeren Gestalt der Stadt wurde dahin einige Vereinigung getroffen, daß ob es gleich viel zur Verschönerung und äußeren Zierde derselben beitragen würde, wenn breitere Straßen und völlig grade Straßen angelegt, die Stadt in gleiche Quarrees und Viertheile eingetheilt und ihr eine länglich viereckige Figur gegeben würde, dieses alles auch dadurch möglich gemacht werden könnte, wenn, ohne auf die Abtheilungen der Reviere, Richtung der bisherigen Straßen, und Lage der gegenwärtigen Baustellen nenst dahinter befindlichen Garten Räumen Rücksicht zu nehmen, mit Zuhülfe nehmung und Einverleibung eines Theils der Vorstadt Damm bis an die große Havel Brücke, dieselbe zu einen länglichen Viereck gebildet, in völlig gleiche Reviere abgetheilt die Straßen in geraden Richtungen abgestochen, und jeden Abgebrandten nach Beschaffenheit seines Nahrungsstandes, Profeßions Betrieb, und der Größe seines eingeäscherten Hauses die Baustelle angewiesen und zugemeßen würde: ein solcher völliger Umsturz der gegen wärtigen Situation der Stadt doch um des willen nicht anzurathen, sondern so viel möglich die alten Bau-Stellen beizubehalten, und dem Eigenthümer zu conserviren auch nur dahin zu sehen, daß auffallende Irregularite und Haupt-Fehler ingl. zu befürchtende Feuer Gefährlichkeit vermieden werde, weil

1./ überhaupt die Haupt und Nebenstraßen wovon die erstere 4 Ruthen die letztere hingegen 2. bis 3. Ruthen gewöhnlich an Breite enthielten, nach der Größe dem Umfang und Nahrungs betrieb der Stadt nicht zu enge, die alsdenn

2./ nothwendig werdende Ausgleichung der Abgebrandten unter sich sowohl als die Ausmittlung und der Fond zur Entschädigung, wo nicht unmöglich wenigstens unabsehbaren Schwierigkeiten und Bedenken unterworfen, und

3./ wenn dieses alles durch herculische Arbeiten unerschütterliche Standhaftigkeit und eiserner Fleiß auch noch aus dem Wege zu räumen, und ein vorzüglich des armseligen Vermögen Zustandes der abgebrandten wegen nöthiger Entschädigungs Fond auszumitteln, doch wenigstens die Eigenthümer und Besitzer der alten Baustellen sich dabei nicht beruhigen, und ohne Anwendung der äußersten Zwangs Mittel der Wiederaufbau auf den neu anlegenden andern Stellen entschließen würde.

4./ bei dem gänzlichen Umsturz der bisherigen Lage der Stadt der Wiederaufbau derselben viele Jahre hinaus zum gänzlichen Ruin auch derjenigen, so au eigenen Mitteln noch manches

anzuwenden vermögend wären verschoben werden würde.

5./ Die äußere Gestalt der Stadt und innere Eintheilung derselben in Reviere nicht von der Art [ist], daß sie gänzlich und auffallend fehlerhaft sey, und daher einer unumgänglich nothwendigen Abänderung bedürfe. und

6./ Endlich das äußere Ansehen eines wieder aufzubauenden Orts immer der Nützlichkeit und Bequemlichkeit der Einwohner, so wie einer durch den Drang der Umstände erzeugten Nothwendigkeit nachstehen müßte. Dies vorausgesetzt würden folgende nähere Bestimmungen und Vorschläge zur Ausführung des Retablissemments der Stadt Zehdenick beliebt, und verabredet.

I. So wie nur diejenigen auf königl. Allerhöchste Unterstützung Anspruch machen können, welche massiv bauen, so schränkt sich die allerunterthänigst nachzusuchende Bewilligung von 50 pCent Bauhülfs Geldern bloß auf die an der Straße belegenen Wohn- und Seitengebäude ein, die in Anregung gebrachte Begünstigung beim Bauholz hingegen erstreckten sich aber auch auf andere Seiten Hinter und Quer Gebäude, ingl. Ställe und Scheunen, welche übrigens von den Abgebrannten lediglich aus eigenen Mitteln mit Hülfe der Feuer Cassen Gelder erbauet werden müssen.

II. Die innere Einrichtung der massiven Wohnhäuser und ob sie von 2. oder 1. Etage bauen wollen, hängt blos von der Willkühr der abgebrannten ab. Es müssen aber Anschläge von jedem Hause des fördersamst angefertigt, des fördersamsten eingereicht, und nach denselben unter gehöriger Aufsicht gebauet werden.

III auf gleiche Weise hängt es auch von dem Gutbefinden derselben ab, wie und auf welche Art sie die Seitengebäude. Scheunen und Ställe wieder herstellen wollen, es muß aber dabei darauf Rücksicht genommen werden, daß dergl. Gebäude vorzüglich zur Befriedung des innern Hofraums verwendet werden, und so wie dabei kein Spohn oder Stroh Dach ferner hin mehr geduldet werden kann, noch darf, so sind die Aufbauenden gehalten von ihren Vorhaben zu förderst dem Magistrat, oder dem etwa zur Aufsicht angestellt werdenden bau-Bedienten oder Conducteur Anzeige zu machen, damit derselbe ihr vorhaben vorher untersuchen und auch hier die Feuer Gefährlichkeit möglichst vermindern werde.

IV. Die Giebel Häuser nach der Straße zu, können bei dem massiven Aufbau ferner nicht statt finden, und insofern bei einigen Häusern der Fall eintreten sollte, daß nach der Straße zu die Ställe zu bauen oder bloße Befriedigung des Hofraums angebracht werden müßte, so sind die Eigenthümer dahin möglichst zu disponiren, daß wenigstens nach der Straße zu massive Mauern angebracht, und die Befriedigung überhaupt so gewählt werde, daß dadurch kein Übelstand bei dem massiven Bau erregt werde.

V. Die bisher zwischen zwei Häusern mehrentheils statt gefundenen Lücken und zwischen Räume fallen gänzlich weg, und die Häuser werden so vile möglich dicht aneinander gebauet, auch könne zwei Häuser auf einer gemeinschaftlichen Brand Giebeln Mauer zwar erbauet werden, jedoch muß die Giebelmauer wenigstens 1 Fuß über das Dach hervorragen.

VI. Die vier in der Stadt befindlichen Töpfer können zwar nicht mit ihren Wohnhäusern und Brenn Ofen aus der Stadt verwiesen werden, zumal es gar sehr an diesen nothwendigen Utensilien, womit die gegenwärtigen 4. Töpfer noch einen besonderen Handel von auswertigen

Orten treiben, gar sehr ermangelt, und außerhalb der Stadt der erforderliche Platz zu ihren Unterkommen auf keine Weise ausgemittelt werden kann, sie müssen aber die Oefen feuerfest bauen, und darf die Heizung nicht wie bisher von manchen geschehen sein soll, von der Küche aus erfolgen.

VII. Der massive Wiederaufbau der Häuser wird nicht durch Entrepreneurs oder auf Rechnung ausgeführt sondern ist dem Eigenthümer selbst überlassen, damit die unglücklichen Abgebrannten noch Gelegenheit erhalten durch Leistung der Fuhren mit eigenen Gespann, und Hand Arbeiten bei ihren geringen Vermögens Umständen einen Theil, das was sie aus eigenen Mitteln an Baukosten beitragen müssen zuverdienen, und den Gewinn profitiren, worauf Entrepreneur speculirt; dahingegen sind dieselben gehalten, sich den bei Bauhülfsgeldern vorgeschriebenen Formalitäten, und der etwa anzuordnenden Aussicht eines Bau Conducteurs zu unterwerfen, auch müssen sie sich anheischig machen so bald sie zum Bau gelangen können, den Aufbau eines massiven Hauses in einen Jahr gänzlich zu vollenden.

VIII. Zur Erleichterung des Ankaufs der Materialien wird es überhaupt sehr gut sein, wenn nicht nur Entrepreneurs ausgemittelt werden können, welche dieselben zu billigen Preisen liefern, sondern mehrere Ziegeleien auf Torfbrand in der Nähe der Stadt oder eines nach derselben führenden schifbaren Strohms oder Canals angelegt, und besonders dafür gesorgt würde, daß es nicht an dem auf dem Stadt Gebiet seltenen Lehm fehlt.

IX. Die beiden wieder alle Polizey Vorschriften noch in der Stadt befindlichen Kirchhöfe der Stadt und Armen Kirchhof müssen schlechterdings aus der Stadt geschafft werden und da sich zu beiden kein auf dem Stadt Gebiet belegenes Terrain eignet, sondern der einzige schickliche Platz hinter der Amts-Schäferei am grünen Wege auf dem Amts-Gebiet ausgemittelt werden kann, so wird es nur darauf ankommen, daß mit dem Amte ein Übereinkommen wegen der Abtretung und hinreichender Entschädigung getroffen, und der Platz genau bestimmt werde, wo beide Kirchhöfe mit einander vereinigt und nach dem in Rücksicht der bisherigen Mortalität ohngefähr 61 Personen [...] erforderliche Raum angewiesen werde.

X. Da bei künftiger Rückkehr der Garnison, welche zur Erhaltung des Nahrungsstandes der Bürgererschaft sehr zu wünschen, der einzelne bequartirte Bürger sehr soulagirt und vorzüglich der Ackerwirth von einer sehr drückenden Last befreit auch der bei mancher Stellen so sehr mangelnde Hofraum herbei geschafft werden könnte, wenn die bisher in der Stadt gewesenen Einrichtungen, daß die Reuterpferde in Bürgerställen untergebracht worden, aufgehoben werden könnte, so wieder höhern Ermeßen anheim gestellt ob nicht bei gegenwärtigen gänzlichen Wiederaufbau der Stadt, zu mal sich auf dem zu verlegenden Stadtkirchhof, dazu die beste Gelegenheit vorfindet, 1. oder 2. große Pferdeställe, die sämtl. Pferde der ganzen Esquadron in sich faßen könnten, nach der Seite zu, wo bisher einige Reuter Casernen gestanden, und quer vor dem Giebel der Kirche auf öffentliche Kosten zu erbauen sein möchten, und ist die Bürgerschaft nöthigen falls erbötig, nach möglichsten Kräften beizutragen.

XI. Die enge Straße, der Katagen genannt, wo die Häuser auf beiden Seiten sehr dichte und so feuergefährlich in einander gebaut, daß nicht gut 2. Wagen sich ausbiegen auch bei Feuer Gefahr, mit einer Sprütze nicht wohl anzukommen, ist in Absicht der Breite denen übrigen Straßen gleich zu machen, und ihr eine solche gerade Richtung zu geben, der sie am Ende

nach der so genannten grünen Straße zu einen rechten Winkel bildet, wodurch jene Straße zugleich ebenfalls völlig gerade gerichtet wird. Zu dem Ende sind die Wohnhäuser so viel möglich, und der Raum zuläßt, auf beiden Seiten einwärts nach den Gärten zu einzurücken, insofern dieses aber zur Erreichung der Absicht nicht hinreichenden Raum verschaffen sollte 1. bis 2. Häuser heraus zu heben, und nach den Kapellenberg und der Herrenstraße auf die dort befindlichen wüsten Plätze zu verlegen, wobei diejenigen Eigenthümer, auszuheben, welche hinter den Häusern keine Gärten haben, und bei der Veränderung der Lage ihrer Wohnungen an ihrer Nahrung und Professions Betrieb am wenigsten leiden.

XII. Auf gleiche Weise ist die sonst mit gehöriger Breite versehene Herrenstraße durch Einrückung der nach der Mühlenstraßen Ecke zu befindlichen Wohnhäuser, welche dort einen hervorragenden Bauch formiren eine solche gerade Richtung zu geben, daß sie an der Mühlenstraßen Ecke einen geraden Winkel formirt, und dagegen die auf der anderen Seite befindlichen Wohnhäuser um soviel heraus zurücken, zumal der dort hinreichende Raum keine Aushebung und Verlegung einer Brandstelle nothwendig macht.

XIII. Die Hirtenstraße ist wie der Katagen zu 2. bis 3. Ruthen Breite zu erweitern, und in sofern eine oder 2. Häuser dort weggenommen werden müssen, sind vorzüglich die Hirten Häuser dazu zu wählen, und nach dem Armen Kirchhof zu verlegen.

XIV. Die in der Hauptstraße durch Vorbauung der Apotheque und Zurückweichung der übrigen nach dem Markte zu, auf der nemlichen Seite befindlichen Gebäude entstehende Irregularität würde dadurch vermieden werden können, wenn die Apotheque eines Theils zurück gebauet, andern Theils die darüber befindlichen Gebäude nach dem Marckte zu etwas vorgerückt werden könnten, wenn indeßen diese Veränderung vielen Schwierigkeiten von Seiten der Interessenten, wie vorher zu sehen, ausgesetzt sein möchte, so wird es bei der gegenwärtigen Lage um so mehr belassen werden könne, als diese Irregularite wegen dem dazwischenliegenden Marckt, und da auf der rechten Seite der Straße keine Häuser befindlich sind, weniger bemerckbar wird.

XV. Die vor dem Thore auf der Amts Freiheit abgebrannten Bürger Scheunen könne nicht verlegt werden, weil dazu aller angewandter Mühe ohnerachtet kein anderer Fleck [...] ausgemittelt werden kann, weil aber die dazwischen liegende sogenannte Erb Scheune herausgehoben, und nach der Schäferei verlegt werden soll, so müssen dieselben in 2. Abtheilungen mit gehörigen Zwischenraum nach Vorschrift des neuen Feuer Societäts Reglements mit Ziegeldach auf der alten Stelle aufgebauet werden.

XVI. Da es nicht möglich, daß die hiesigen Zimmer, Maurer, Tischler, Schmiede, Schlosser u.s.w. die bei den Wiederaufbau vorkommenden Arbeiten sämtlich alleine bestreiten können, so kann denen bauenden zwar nicht verwehrt werden, aus allen Städten der Provinz Meister und Gesellen zum Bau ihrer abgebrannten Gebäudeherbeizuholen und zu gebrauchen, es muß aber dahin gesehen werden, daß kein Bau einem Pfuscher oder ausländischen Meister übertragen werde.

XVII. Um die besorglichen übertriebenen Forderungen der Gesellen und Arbeitsleute überhaupt einigermaßen in Schranken zu halten, wird es nöthig sein, daß eine Tage des Gesellen und Arbeits Lohnes mit Rücksicht auf den besorglichen Mangel an dergleichen Subjecten allgemein

festgesetzt, und vorgeschrieben werde. [...]

Haeger, Tramnitz, Pape

Kriele, Senses, Wöhner

wie auch Stadtverordnete Gerdesius, Feltner, Ulrich, Köhnson

Laue

Reglement wornach beim dem Wiederaufbau der Stadt Zehdenick verfahren werden soll⁶⁴⁷

Nachdem Seine Königl. Majestät von Preußen, Unser allergnädigster Herr Allerhöchst Selbst beschlossen haben, der im vorigen Jahre durch Brand verunglückten Stadt Zehdenick eine außerordentliche Unterstützung zur Beförderung des Wiederaufbaus derselben zu bewilligen, und diese landesväterliche Absicht hiebey dahin geht, nur diejenigen Hauseigenthümer daran Theil nehmen zu lassen, welche ihre Häuser entweder massiv, oder, wenn gleich von Holz in Fachwerk, doch mit massiven Giebeln wieder aufbauen werden, damit durch diese Bauart theils die Forsten geschonet werden, theils auch der Stadt selbst, welche nach dem vorgelegten Plan zu ihrem Wiederaufbau bey der Unzulässigkeit, sie in ihren Grenzen und Straßen zu erweitern, größtentheils in ihrer vorherigen Lage wieder angelegt werden muß, mehrere Sicherheit für Feuers=Gefahr zu verschaffen; zur Erreichung dieses Endzwecks aber die Bauenden unterrichtet werden müssen, was sie bey dem Bau selbst zu beachten haben, wenn sie an der Unterstützung Theil nehmen wollen, endlich aber auch diejenigen, welche nicht Theil an dieser Unterstützung nehmen, und von Holz ganz in Fachwerk bauen, kürzlich vorgeschrieben werden soll, wie sie den bereits bestehenden Polizeygesetzen gemäß, bauen müssen, so wird durch folgendes, auf den Grund des Direktorial=Rescripts vom 2. Juny d. J. ausgefertigtes Reglement diejenige Verfahrungsart bestimmen und festsetzen, welche zum Zweck führet.

§ 1.

Es dürfen, so wie es in dem genehmigten Plane zum Wiederaufbau schon vorgeschrieben ist, keine mit den Giebeln an der Straße stehende Häuser weiter gebauet werden, und alsdann die vormals zwischen den Häusern statt gefundenen Gassen nicht mehr nötig sind, so können solche zu den Bauplätzen gezogen werden. Es muß jedoch der Bauende, falls sein Nachbar auf einen Theil einer solchen Gasse Anspruch macht, sich dieserhalb bey der Gerichtsobrigkeit mit ihm vereinigen, und muß dabey zugleich festgesetzt werden, auf welche Art das Wasser von den Höfen geschafft werden soll.

§ 2.

Die Seiten= oder Hintergebäude, welche solche nothwendig an die Straße gebauet werden müssen, sollen zur Vermeidung des Uebelstandes, mit einem schicklichen äußern Putz

versehen werden, und der Bauende muß, in Ansehung der Stellung solcher Gebäude sich der Anweisung des bey dem Wiederaufbau der Stadt angestellten Bauverständigen unterwerfen.

§ 3.

Da auch leicht der Fall eintreten kann, daß die vormalige Garnison, zur Erhaltung des Nahrungs=Standes der Bürger, in die Stadt, nach beendigtem Wiederaufbau derselben zurückkehrt, der, zur Erleichterung der bequartierten Bürger, in Vorschlag gebrachte, allgemeine Reuterpferdestall aber, wegen Mangel des nöthigen Raums, und bey der Theuerung der Baumaterialien, nicht angelegt werden kann, so soll dahin gesehen werden, daß diejenigen Bürger, welche vormals Pferdeställe für die Reuter gehabt haben, die Plätze zu diesen Stellen aufbewahren.

§ 4.

Soll ein Jeder, sobald er das Fundament zu seinem Wohnhause anlegen lassen will, sich zuvörderst bey dem Magistrate und dem Bau=Condukteur mit Ueberreichung des Anschlages und Risses, wonach das Gebäude aufgeführt werden soll, melden, den Mauer= und Zimmermeister, welche den Bau aufführen werden, namhaft machen, und den Tag, an welchem mit der Arbeit der Anfang gemacht werden soll, bestimmen, damit sodann der Condukteur in Beysein eines Magistrats=Mitgliedes, den Bauplatz mit Rücksicht auf die bestimmte Fluchtlinie, innerhalb welche die Häuser zur Erhaltung grader Straßen gebaut werden sollen, auf das genaueste abstecken kann.

§ 5.

Damit die Gebäude wirklich so aufgebaut werden, wie die Baupolizey=Gesetze es bestimmen, und wie es erforderlich ist, um die verheißene Unterstützung darauf zu erhalten, soll jeder Bauende den Anschlag, den er sich zum Bau seines Hauses hat anfertigen lassen, dem Bau=Condukteur zur Prüfung vorlegen, und sich demjenigen unterwerfen, was derselbe daran, nach Anleitung der schon gedachten Bau=Polizeygesetze, zu ändern findet, und soll ein solcher von dem Bau=Condukteur unterzeichneter Anschlag, wofür übrigens keine Gebühren bezahlt werden dürfen, auch nur für den gültigen Anschlag in Ansehung der zu erhaltenden Unterstützung, angesehen werden.

§ 6.

Obgleich dem bauenden Eigenthümer überlassen bleiben soll, seinem Wohnhause in Ansehung der Höhe der Stockwerke, der Grundfläche, der äußern Form und der innern Einrichtung eine solche Gestalt zu geben, wie er es nach seinem Geschmack, und seinen häuslichen, auch wirtschaftlichen Bedürfnissen für gut findet, auch ihm deshalb frey steht, den hierzu erforderlichen Anschlag nebst der Zeichnung sich von einem, ihm beliebigen Sachverständigen anfertigen zu lassen, so muß er dennoch, zur Verhütung eines gegen die Grundsätze der Kunst sowohl als gegen die Polizey=Vorschriften anstoßenden Baues, besonders in Ansehung zweckmäßiger Anlagen der Feuerungen, Behufs der Feuersicherheit

und Holz=Ersparniß nach den Normal=Anschlägen richten, überhaupt aber sich folgenden Vorschriften unterwerfen:

A. In Absicht der Bauart, besonders von massiven Gebäuden.

- 1) Muß alles Mauerwerk mit gutem Kalkmörtel aufgeführt werden.*
- 2) Spaarkalk wird bey 50 Rthlr. Strafe verboten.*
- 3) Lehm darf bey der Mauer=Arbeit nur zu den Schornsteinen, und außer diesen zum Mauern der Wände von Luftsteinen gebraucht werden.*
- 4) Alle Fundamente müssen auf festen Grund gesetzt werden, und darnach muß sich also ihre Tiefe in der Erde richten.*
- 5) Auch bey gutem Grunde müssen die Fundamente der zwey Stockwerk hohen Wohnhäuser, und der größern Wohnhäuser von Einem Stockwerke da, wo keine Keller sind, drey Fuß tief in vesten Erdboden gelegt werden, nur bey kleinen Häusern von Einem Stockwerke wird 2 ½ Fuß tiefes Fundament auf vestem Boden verstattet, dagegen solches bey den Kellern zu 1 ½ Fuß tief unter dem Fußboden des Kellers hinreichend ist, wie dies auch in den Normal=Anschlägen angenommen worden ist.*
- 6) Alle Keller müssen gewölbt, und mit massiven Treppen versehen werden.*
- 7) Wenn die Fundamente von Feldsteinen gemacht werden, wie in den Normal=Anschlägen angenommen ist, so müssen die Feldsteine, besonders zu dem Theil des Fundaments über der Erde, gesprengt und zerschlagen werden, damit solche dadurch zu einem guten Lager und guten Verband des Mauerwerks geformt werden.*
- 8) Die Höhe der Stockwerke darf auch bey kleinen Häusern nicht unter 9 Fuß seyn, damit das äußere Ansehen nicht zu sehr leidet, bey großen Gebäuden wird es gut seyn, wenn sie zu 9 ½ bis 10 Fuß gegeben wird, welche letztere Höhe in den Normal=Anschlägen angenommen ist.*
- 9) Alle Vorgelege zu den Heizungen, auch in dem zweiten Stockwerke müssen, so wie die Brandmauern, von Grund aus aufgeführt werden.*
- 10) Massive Wände auf Holz und Balken zu setzen, wird verboten.*
- 11) Alle Schornsteinröhren müssen im Lichten 18 Zoll im Quadrat weit, und bey mehreren Röhren in Einem Schornsteine, die Zungen ½ Stein stark gemacht werden.*
- 12) Das Schleifen der Schornsteine muß so viel als möglich, das Lagern derselben auf Holz aber gänzlich vermieden werden, um deswillen müssen solche soviel als möglich in der Mitte der Tiefe eines Gebäudes angeordnet werden, damit sie, wenn auch nicht ganz in der Mitte, doch mit Einer Seite an dem Dachforst nach hinten zu, ohne eine Kehle hinter sich zu lassen, herausgeführt werden können.*

13) *Die Küchen=Feuerungen müssen in solcher Art geordnet werden, daß die Röhren auf zwey massive Wände aufgesetzt werden können, und daß die Rauchfänge nicht zu flach werden, auch müssen die Rauchfangbalken gehörig feuersicher angelegt werden.*

14) *An den Brandmauern und Schornsteinröhren darf kein Holz liegen, ohne daß es mindestens einen halben Mauerstein von mittlerer oder großer Form stark, gegen die Feuerseite verblendet ist, noch weniger kann solches also in dem Schornstein selbst verstattet werden.*

15) *Die Vorschriften in Ansehung der Feuerungen müssen auch bey allen hölzernen Wohngebäuden ohne Unterschied beobachtet, und die Brandmauern darin Einen Stein stark aufgeführt werden.*

16) *Luftsteine müssen genau das Maaß der gebrannten Steine haben, und völlig ausgetrocknet seyn, ehe sie verbraucht werden, und es wird in Ansehung ihrer verstattet, daß sie bey tiefen Gebäuden von Einem Stockwerk zu den innern Queer=Scheidewänden, also mit Ausschluß der langen Mittelwand, die von gebrannten Steinen gemacht werden muß, desgleichen bey tiefen Gebäuden von zwey Stockwerken zu eben dergleichen Wänden des obern Stockwerks.*

17) *Die Dächer zu einfacher Dachstein Deckung dürfen nicht mehr als 7 ½ Zoll bis 7 Zoll weit von der Oberkante einer Latte zu der andern gelattet werden, und die Dachsteine müssen im Verband aufgelegt, auch inwendig mit Haarkalk verstrichen werden.*

Obgleich diese Vorschriften zum Theil dey den Häusern von Fachwerk Abänderungen leiden können, so müssen doch selbige bey letzterer Bauart ebenfalls in Ansehung der Fundamente, Keller, Brandmauern, Feuerungen und Dächer strenge angewendet werden.

Jeder Bauende, der noch die gute Absicht heget, seine Feuerungen besonders auf den Torfbrand und auf Holzersparung einrichten zu lassen, kann sich dieserhalb zu unentgeltlichen Unterweisung an den Bau=Condukteur wenden, der dieserhalb mit besonderen Vorschriften versehen worden ist.

B. In Ansicht der Meister und Gesellen, imgleichen der Arbeitszeit, und des Tagelohns.

1) *Nur ein wirklicher Meister kann die Bauarbeiten übernehmen, und er allein muß für die zweckmäßige Anlage und für die vorschriftsmäßige Ausführung haften. Da sowohl hierüber, als auch über das Verhältniß der Meister und Gesellen die gesetzlichen Vorschriften und Strafen in den Gewerks=Provolegien enthalten sind, so müssen solche darnach bekannt gemacht werden, auch bey vorkommenden Fällen darnach zur Richtschnur dienen.*

2) *Die Arbeitszeit wird, sowie in Berlin eingeführt ist, nemlich:
in den langen Tagen von 5 Uhr des Morgens bis 7 Uhr des Abends,
in den mittel Tagen von 6 Uhr des Morgens bis 6 Uhr des Abends, und
in den kurzen Tagen von 7 Uhr des Morgens bis 5 Uhr des Abends,*

festgesetzt, wobey jedoch von 12 bis 1 Uhr eine Stunde zum Mittag, desgleichen die zum Frühstück und Vesper=Essen erforderliche Zeit verstattet wird.

3) *Das Tagelohn wird in den langen Tagen auf 10 Groschen, in den mittel Tagen auf 9 Groschen, und in den kurzen Tagen auf 8 Groschen mit dem Einschluß des Meistergroschens festgesetzt, auch wird genehmigt, daß, wenn die Gesellen über die festgesetzte Zeit arbeiten wollen, ihnen noch außerdem für jede Stunde Ein Groschen gegeben werden kann.*

4) *Mehr Tagelohn darf durchaus nicht gegeben werden, bey der für die Churmark angeordneten Strafe, nemlich*

Achttägige Gefängniß=Strafe für einen Gesellen oder Handlanger, welcher zuviel Lohn nimmt, oder die Arbeit fortzusetzen verweigert, oder nicht gehörige Zeit die Arbeit anfängt, auch Zehn Thaler Geldstrafe für den Bauenden, oder im Fall des Unvermögens eine verhältnißmäßige Leibesstrafe.

5) *Da aber fremde Meister und Gesellen herbey gezogen werden müssen, so steht es jedem Eigenthümer und Meister frey, sich in solchem Fall über ein verhältnißmäßiges Reisegeld zu vereinigen, es dürfen jedoch dazu keine andern, als nur Meister aus der Churmark genommen werden, oder es muß im gegenseitigen Fall bey erheblichen Ursachen die Erlaubniß dazu gesucht werden.*

Wegen derjenigen Häuser, worauf eine Unterstützung gereicht werden soll, ist es vorzüglich nöthig: daß der Bau=Condukteur von der ganzen Beschaffenheit des Baues unterrichtet wird, damit er über die Tüchtigkeit des aufgeführten Gebäudes ein glaubwürdiges Zeugniß ausstellen kann, daher sowohl er, wie er hierdurch angewiesen wird, die Anlage und Aufmauerung des Fundaments, ehe solches verfüllet wird, besehen, und dessen Beschaffenheit genau bemerken muß, als auch der Eigenthümer selbst dafür, daß solches geschieht, zu sorgen hat. Uebrigens bleibt es jedem Eigenthümer unbenommen, im Fall er über den Bau=Condukteur Beschwerden zu haben glaubt, entweder selbst, oder durch den Magistrat seine Beschwerden bey der Königl. Kammer anzubringen.

§ 7

Alle hiergegen vorkommenden Missbräuche, Unordnungen und Abweichungen müssen sofort bey der vorgesetzten Gerichtsbehörde zur Entscheidung gebracht, und letztere muß beschleuniget werden, als wozu die erwähnten Gerichtsbehörden hierdurch ausdrücklich angewiesen werden, und wenn dessen ungeachtet noch Widerspenstigkeit gezeigt, oder Anordnung der Gerichtsbehörden nicht genügt wird, sollen die Schuldigen durchaus als öffentliche –Ruhestörer angesehen, und darnach gegen sie verfahren werden.

§ 8

Wenn bey Bekanntmachung dieses Reglements, im Baue selbst, schon gegen die angeführten Vorschriften gehandelt werden sollte, so kommt es darauf an, ob es wesentliche Fehler gegen schon bestehende Polizey=Gesetze, oder ob es nur jetzige Anordnungen zu zweckmäßigen Einrichtung der Gebäude betrifft.

Im erstern Falle werden der Bauherr und die Handwerksmeister die Fehler zu vertreten haben, und auf jeden Fall deren Abänderung bewirken müssen, es koste was es wolle, wenn sie aber schon Warnungen dagegen zur gehörigen Zeit erhalten, solches aber vorsätzlich nicht befolgt haben sollten, so werden sie noch besonders als widerspenstige Unterthanen zur Bestrafung gezogen werden müssen, als wornach die vorgesetzten Behörden und der Bau=Condukteur sich zu achten haben

Im zweiten Falle wird es wieder darauf ankommen, ob dadurch von den Bestimmungen der Normal=Anschläge abgewichen ist, und in solchem Fall wird, wenn es thunlich ist, die Abänderung von dem Bauherrn noch zu bewürken seyn, oder wenn es durchaus nicht thunlich ist, nach Verhältniß des Kostenbedarfs ein Abszug von den verheißenen Unterstützungsgeldern geschehen müssen.

§ 9

Schließlich wird dem Stuerath, dem Magistrat zu Zehdenick, und den bey dem Wiederaufbau der Stadt angestellten Bau=Officianten anempfohlen, auf alle Vorschriften dieses Reglements sowohl, als des dabey zum Grunde gelegten Plans zum Wiederaufbau der Stadt mit Nachdruck zu halten, und zur Erreichung der landesväterlichen Absicht aus allen kräften um so mehr beizutragen, als im Unterlassungs=Falle der Schuldige besonders dafür verstrafet bleibt.

Dagegen wird aber auch von den Zehdenickschen Bürgern erwartet, daß sie zunächst dem Magistrate, und dem Bau=Condukteur, bey der Ausübung ihrer Pflichten keine Hindernisse in den Weg legen, sondern sich ihren Anordnungen unterwerfen, widrigenfalls solches strenge geahndet, und die widerspenstigen und ungehorsamen Bürger, nach den Umständen, von der ihnen zugedachten Wohlthat nicht allein ganz ausgeschlossen, sondern überdem auch mit harter Leibesstrafe belegt werden sollen.

Berlin, den 8 July 1802

Königl. Churmärkische Krieges= und Domainen=Kammer.

v. Gerlach. Grothe. v. Bornstädt. v. Kropff. v. Kahle. Meinhart. Litzmann. v. Könen. v. Lamprecht. v. Winderfeld. Garn. Bonsery. Wittke. Diederichs. Heinsius. Balkow. Brese. Wiesiger. v. Bassewitz. Schütz. Borsche

Quellen-, Literatur- und Abbildungsnachweis

Ungedruckte Quellen:

Volkskundemuseum der Uckermark, Templin

Blankenburg, Walter: Chronik der Stadt Templin, 7 Bde., o. J. (etwa 1930-50), (Museumsbücherei, Inventarverzeichnis Nr. 1955A)

Protokollbuch des Tuchmacher-Gewerks von Templin ab 1736

Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin (GStA PK)

I. HA Rep. 92 Bekmann, VE Topographia, Uckermark, Nr. 7 Templin.

I. HA Rep. 21, Nr. 166, Fasc. 2 (Akten wegen der Immediatklage einiger Templiner Bürger gegen den Templiner Magistrat 1737ff.)

GStA PK, Rep. 21, Nr. 166, Fasc. 3

II. HA GD, Kurmark, Tit. 103, Nr. 1

II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CLXXVII, Stadt Templin, Nr. 1 (Acta wegen des der Stadt Templin erteilten Brau-Reglements vom 25. Nov. 1739)

II. HA GD, Kurmark, Städtesachen. Tit. CLXXVII, Stadt Templin, Nr. 2 (Acta wegen der von dem Commerzien Rath Monecke zu Templin anzulegenden Linnen-Fabrik und daselbst zu bebauenden wüsten Platzes, 1749 - 1768)

II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CLXXVII Stadt Templin, sect. a Rathhäusl. Sachen, Nr. 3 (Acta betr. das Rathhäusliche Reglement für die Stadt Templin, desgl. wegen des Rathhäuslichen und Brauwesens daselbst, 1738 - 1744)

II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CVIIIa Grund- und Lagerbücher, Nr. 12, Corpus Bonorum der Stadt Templin

II. HA GD, Kurmark, Tit. 9 Baubediente, Nr. 1

II. HA GD, Neumark, Bausachen, Nr. 1.

II. HA Forst-Departement, Kurmark, Tit. I, Nr. 130, Vol. I und II.

II. HA GD, Abt. 30 I, Oberbaudepartement, Tit. 26, Nr. 4.

II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXC Stadt Zehdenick, Nr. 11 (Acta betreffend das Retablissement der abgebrannten Stadt Zehdenick, Vol. 1 bis Vol. VIII)

II. HA GD, Kurmark, Städtesachen, Tit. CXLI, Nr. 6 (Acta betr. die in der Stadt Lindow ausgebrochene Feuers-Brunst, desgl. den Bau einer massiven Brücke über das Stadtfleiß, 1803-1806).

II. HA Karten, Plankammer Regierung Potsdam, E 817; E 821

Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Potsdam (BLHA)

Pr. Br. Rep. 8 Templin, Nr. 322 (Acta der Magistrate zu Templin enthaltend die Bürger-Rollen bis zum Jahr 1833).

Pr. Br. Rep. 8 Templin, Nr. 2718 (Acta enthaltend General Verordnungen in Bau-Sachen, 1732 - 1914.)

Pr. Br. Rep. 8 Templin, Nr. 4520 (Acta des Magistrats betr. die hiesige Glaser-Innung insbesondere die Statuten derselben, 1734 - 1866)

Pr. Br. Rep. 8 Templin, Nr. 4497 (Acta des Magistrats zu Templin betr. die Zunft und Gewerks-Angelegenheiten des hies. Backer Gewerks, 1735-1915)

Pr. Br. Rep. 2, S. 8019 (Rathäusliches Reglement der Stadt Templin, Braureglement, Holzordnung, 1738/39)

Pr. Br. Rep. 2, S. 8021 (Untersuchung des rathäuslichen Wesens und der Brausachen in Templin, 1744 - 1746)

Pr. Br. Rep. 2, S. 8049 (Bau von Torschreiberhäusern in Templin, 1736)

Pr. Br. Rep. 3 Neumärkische Kriegs- und Domänenkammer, Feuersocietätssachen, Nr. 11670 (Feuer Societäts Catastrum der Stadt Templin 1795)

Pr. Br. Rep. 3 Neumärkische Kriegs- und Domänenkammer, Feuersocietätssachen, Nr. 11828 (Feuer Societäts Catastrum der Stadt Templin 1806 - 1811)

Pr. Br. Rep. 23A Kurmärkische Stände, C. 859 (Acta betr. die denen Bürgern der Stadt Templin nach dem am 24ten Augusti 1735 gewesenen unglücklichen Brandt gewilligten Frey Jahre, 1735 - 1741)

Pr. Br. Rep. 23A Kurmärkische Stände, C. 1294 (Acta betr. das Erndte-Brauen der Burgerschaft zu Templin, welches nach dem Brandt der Stadt und nach dem Brau-Reglement vor die Stadt Templin vom 25. Nov. 1739 aufgehoben worden, 1741f.)

Pr. Br. Rep. 2, S. 123 (Gutachten und Berichte über die vom Kammerreferendar Vollrath verfaßte und eingereichte Schrift Vorschläge zur Beförderung des Wohlstands der preußischen Provinzialstädte. Enthält ein Exemplar der Schrift, 1797)

Pr. Br. Rep. 2, S. 8531 (Acta wegen des Mangels an einheimischen Mauersteinen zu Zehdenick, 1803)

Pr. Br. Rep. 2, S. 8533 (Acta betr. die von der Bürgerschaft zu Zehdenick immediate sich erbetene Unterstützung zum Bau ihrer schlechten Schulgebäude, 1784-1807).

Pr. Br. Rep. 2A, Regierung Potsdam, III D 22749 (Retablissement der bei der eingeäscherten Stadt Zehdenick mit abgebrannten Amtsdörfer Damm, Hast und Kamp, 1805 - 1818).

Pr. Br. Rep. 2 B. 2334 bis B. 2336 (Amt Zehdenick, Wiederaufbau der abgebrannten Gebäude, 1802-1825).

Pr. Br. Rep. 3 Neumärkische Kriegs- und Domänenkammer, Feuersocietätssachen, Nr. 11759 (Feuer Societäts Catastrum der Stadt Zehdenick v. 1. Juni 1801 bis Ende Dez. 1805)

Pr. Br. Rep. 3 Neumärkische Kriegs- und Domänenkammer, Feuersocietätssachen, Nr. 11840 (Feuer Societäts Catastrum der Stadt Zehdenick v. 1. Januar 1806 bis Ende Dez. 1811)

Pr. Br. Rep. 23 A, Kurmärkische Stände, C 185 (Gesuch der Stadt Zehdenick um Erlaß des Schosses und Niederschlagung der Schoßreste 1804-1811)

Bornim, AG Zehdenick, Hb Zehdenick, Bd.1 und Bd. 2.

Stadtarchiv Angermünde:

Archivnummer 1494/B II d

Archivnummer 1481/AI, Gedruckte Verordnungen der Königlichen Regierung in Preußen an den Magistrat Angermünde 1643-1718

Archivnummer 549 (Acta betr. Regierungsanordnungen 1732 - 1787)

Archivnummer 557 (Acta Generalia betr. die Baufreyheitsgelder de ad 1731 ad annum 1773, 2 Bde.)

Stadtarchiv Templin

Findnummer 1893 / 48 / 12; 1901 / 48 / 13; 1892 / 48 / 12; 1895 / 48 / 12; 1900 / 48 / 13

Fach 48, 12. u. 13. Reihe, Findnummer 1892ff. (Acta des Magistrats zu Templin betr. die Abgabe von Bau- und Reparaturholz für das holzberechtigte Bürger-Grundstück Nr. ... incl. Designation mit Parzellen- und Grundrisszeichnung)

Hausakten

Stadtarchiv Zehdenick

Archivnummer 47 (Acta wegen des Aufstandes unter den Bürgern in der Stadt Zehdenick de 1802)

Archivnummer 51 (Bürgerlisten der Stadt Zehdenick, 1809-17)

Archivnummer 55 (Bürger Rolle und Liste sämtlicher Einwohner der Stadt Zehdenick pro 1822)

Archivnummer 70 (verschiedene Liquidationen über Feuerschäden, Verluste, Feuerkataster usw., 1801ff.)

Archivnummer 78 (Acta des Kriegs- und Steuerraths Laue zu Neustadt E/W. Die Einäscherung der Stadt Zehdenick am 27ten May 1801 und deren Wiederaufbauung betreffend, 1801 - 1806)

Archivnummer 108 (Acta commissionis generalia, wegen Wiederaufbaues der abgebrannten öffentlichen und Privatgebäude in Zehdenick, ingleichen wegen der darauf bewilligten königlichen Unterstützungen, insbesondere der Liquidations-Anweisung der auf den Privatgebäuden bewilligten Gelder, mehrere Bde. 1801ff.)

Archivnummer 118 (Acta commissionis wegen der allgemeinen Vorschriften zur Erreichung einer zweckmäßigen Bauart bey den Zehdenickschen Bürgerhäusern und der Abweichung von denselben, 1801 - 1805)

Archivnummer 131 (Acta des Magistrats zu Zehdenick, betreffend die Bauten und Reparaturen an den hiesigen Diaconat-Gebäuden, 1811-1878)

Archivnummer 474 (Materialien zur Stadtgeschichte Zehdenicks)

Archivnummer 517 (Acta Commissionis wegen des verschiedenen abgebrannten Städtern und Amts unterthanen bewilligten Holtzes, de 1801, 1802)

Archivnummer 965 (Rechnung über Einnahmen und Ausgaben und Extra ord. Rechnung zu Zehdenick, 1809)

Hausakten

Gedruckte Quellen:

Acta Borussica Abt. 1, Bd. 5.2.

Acta Borussica Abt. 1, Bd. V, 1, S. 293; Bd. VI, 1, S. 341f.; Bd. VI, 2, S. 188 und Bd. VI, 2, S. 269.

Ch. O. Mylius, Corporis Constitutionum Marchiarum Continuatio Prima (I. Continuation) (...) von 1737 bis 1740 inclusive, V. Theil, I. Abt. II. Cap., No. XVI

Ch. O. Mylius, Corporis Constitutionum Marchiarum Continuatio Prima (I. Continuation) (...) von 1737 bis 1740 inclusive, V. Theil, I. Abt., III. Cap., No. 10

Ch. O. Mylius, Corporis Constitutionum Marchiarum Continuatio Prima (I. Continuation) (...) von 1737 bis 1740 inclusive, V. Theil, I. Abt., II. Cap., No. 18

Ch. O. Mylius, Corporis Constitutionum Marchiarum Continuatio Prima (I. Continuation) (...) von 1737 bis 1740 inclusive, V. Theil, I. Abt., III. Cap., No. IV

Ch. O. Mylius, Corpus Constitutionum Marchicarum... (1740), V. Theil, I. Abth., II. Capitel

Ch. O. Mylius, Corporis Constitutionum Marchiarum Continuatio Prima (I. Continuation) (...) von 1737 bis 1740 inclusive, V. Theil, I. Abt. Cap. IV,

Ch. O. Mylius, Corporis Constitutionum Marchiarum Continuatio Prima (I. Continuation) (...) von 1737 bis 1740 inclusive V. Theil. 1. Abth. IV. Cap

Ch. O. Mylius, Corporis Constitutionum Marchiarum Continuatio Prima (I. Continuation) (...) von 1737 bis 1740 inclusive, Berlin und Halle [1744-] 1751, V. Theil, I. Abtheilung, No. XXXVI

Corpus Constitutionum Marchicarum Bd. 1, Teil 3, Abt. 1, No. 101

Corpus Cons. March. V. Theil, I. Abt., IV. Cap.

Einige Nachrichten von dem großen Brande zu Zehdenick am 27sten May 1801. Gesammelt und mit einem Plane zum Besten der daselbst Abgebrannten herausgegeben von einigen Menschenfreunden in Berlin, Berlin 1801.

Literaturverzeichnis

Allgemeines Magazin für die bürgerliche Baukunst, hrsg. v. Gottfried Huth, 4 Bde., Weimar [1789-1796](#).

Architekt und Ingenieur. Baumeister in Krieg und Frieden, bearb. v. Ulrich Schütte, [Katalog](#)
Wolfenbüttel [1984](#)

Baier, Christof: Baubeamter und Architekt im Widerstreit. Zum Beispiel der Geheime Oberbaurat François Philipp Berson, in: Mathematisches Calcül und Sinn für Ästhetik. Die preußische Bauverwaltung 1770-1848. Ausstellung des Geheimes Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz in Zusammenarbeit mit der Kunstbibliothek der Staatlichen Museen zu Berlin, Preußischer Kulturbesitz, Berlin [2000](#), [S. 37-48](#).

Baier, Christof: Beschreibung von Bürgerhausfassaden in den architekturtheoretischen Schriften aus Berlin in der Zeit um 1800, in: Friedrich Gilly (1772-1800). Innovation und Tradition klassizistischer Architektur in Europa, hrsg. v. Gerd-Helge Vogel, Güstrow [2002](#), [S. 73-86](#).

Baumgarten, Karl: Einige Bemerkungen zur Entwicklung des Ackerbürgerhauses in Mecklenburg, in: 15. Jahrestagung des Arbeitskreises für Haus- und Siedlungsforschung, bearb. v. H.-J. Rach, Berlin [1975](#), [S. 146-157](#).

Becher, Johann Joachim: Politische Discurs, Von den eigentlichen Ursachen, deß Auff- und Abnehmens der Städt/Länder und Republicken / In specie, Wie ein Land Volckreich und Nahrhafft zu machen, und eine rechte Societatem civilem zu bringen, [3. Aufl.](#), Frankfurt a.M. [1688](#)

Becker, Frank: Rezension zu: Herfried Münkler und Harald Bluhme (Hrsg.): Gemeinwohl und Gemeinsinn. Historische Semantiken politischer Leitbegriffe, Berlin [2001](#), in: <http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/rezensionen/id=1224&type=rezbuecher> ([15.12. 2005](#))

- Bellamintes:** Das Itzt-bluehende Potsdam. Mit poetischer Feder entworfen, Potsdam [1727](#).
(Nachdruck mit Einführung u. Kommentar v. Heinz-Dieter Heimann, Potsdam 2001).
- Berson, François Philipp:** Instruktion für Bau- und Werkmeister über die Einrichtung und Anlage der bürgerlichen Wohnhäuser in den Provinzstädten, nebst nöthigen Rissen, um sich derselben beim Entwerfen und Erbauen neuer Häuser als Beispiel bedienen zu können, Berlin [1804](#).
- Berson, François Philipp:** Handbuch der bürgerlichen Baukunst, oder Instruktion vor Bau- und Werkmeister, desgleichen Maurer- und Zimmerpolirer, zur Anlage und Einrichtung der bürgerlichen Wohnhäuser, Berlin/Leipzig [1820](#).
- Biller, Thomas:** Die Entwicklung des Bürgerhauses in Berlin und in der Mark Brandenburg vor dem 30-jährigen Krieg, in: Berlin Forschungen 1 ([1986](#)).
- Binding, Günther:** Kleine Kunstgeschichte des deutschen Fachwerkbau, Darmstadt [1989](#)
- Bisky, Jens:** Poesie der Baukunst. Architekturästhetik von Winkelmann bis Boisserée, Weimar [2000](#).
- Blumert, Norbert; Streidt, Gerd:** Das Holländische Viertel, Potsdam [1990](#).
- Bohlender, Matthias:** Metamorphosen des Gemeinwohls. Von der Herrschaft guter polizey zur Regierung durch Freiheit und Sicherheit, in: Herfried Münkler und Harald Bluhme (Hrsg.): Gemeinwohl und Gemeinsinn. Historische Semantiken politischer Leitbegriffe, Berlin [2001](#), [S. 247-274](#).
- Braun, Frank:** Hausbau in Moelln im 17. und 18. Jahrhundert. Zusammenhang zwischen Baubestand, Wirtschaftsstruktur und Sozialtopographie in einer norddeutschen Kleinstadt, Neumünster [1994](#).
- Bratring, Friedrich Wilhelm August:** Die Stadt Zehdenick, was sie einst war - und jetzt ist, in: Denkwürdigkeiten und Tagesgeschichte der Preußischen Staaten, Berlin [1801](#), [S. 777-794](#).
- Bratring, Friedrich Wilhelm August:** Statistisch-topographische Beschreibung der gesammten Mark Brandenburg, 2 Bde., Berlin [1805](#).
- Cancrin, Franz Ludwig von:** Abhandlung von der Anlage und dem zweckmäßigen Bau schöner gesunder [...] Städte, Frankfurt a. M. [1792](#).
- Cante, Marcus:** Stadt Brandenburg an der Havel. Teil 1: Dominsel-Altstadt-Neustadt (Denkmaltopographie Bundesrepublik Deutschland. Denkmale in Brandenburg, Bd. 1.1.), Worms [1994](#).
- Cervellati, Pier Luigi:** Emilia Romagna, Florenz [1991](#).
- Cevese, Renato:** La „riformazione“ delle case vecchie secondo Sebastiano Serlio, in: Sebastiano Serlio, Sesto Seminario Internazionale di Storia dell'Architettura, hrsg. v. Christof Thoenes, Mailand [1987](#), [S. 75ff](#)
- Consentius, Ernst:** Alt-Berlin. Anno 1740, [3. verm. Aufl.](#), Berlin [1925](#).

- Daviler, Augustin Charles: Ausführliche Anleitung zu der gantzen Civil-Bau-Kunst, übertr. u. hrsg. v. Leonhard Christoph Sturm, Augsburg [1725](#).
- De Rou, Martin; vanden Berghe, Guido; van Hooydonk, Guido: Simon Stevin: 1548 - 1620 (Katalog), Gent [1998](#).
- Demps, Laurenz: Der Gensd'armen-Markt, Berlin [1988](#).
- Demps, Laurenz: Berlin-Wilhelmstraße. Eine Topographie preußisch-deutscher Macht, Berlin [1994](#).
- Dithmar, Justus Christoph: Einleitung in die Oeconomische Policy- Und Cameral-Wissenschaften [...], Frankfurt a. O. [1731](#).
- Duchard, Heinz: Anspruch und Architektur. Das Beispiel Berlin, in: Forschungen zur Brandenburgischen und preußischen Geschichte, Neue Folge, Bd. 1 1991, Heft 1, S. 31-52.
- Eberhard, Johann August: Vertheidigung des Wuchers, worin die Unzuträglichkeit der gegenwärtigen gesetzlichen Einschränkungen der Bedingungen beim Geldverkehr bewiesen wird. In einer Reihe von Briefen an einen Freund. Nebst einem Brief an D. Adam Smith Esq. über die Hindernisse, die durch die obengenannten Einschränkungen dem Fortgang der Industrie in den Weg gelegt werden, Halle [1788](#).
- Eberhard, Johann August: Handbuch der Aesthetik für gebildete Leser aus allen Ständen, 4 Bde., Halle [1803f.](#)
- Eicke, Karl: Das bürgerliche Wohnhaus in Cottbus, Cottbus [1917](#).
- Eimer, Gerhard: Die Stadtplanung im Schwedischen Ostseereich 1600-1715, Stockholm [1961](#).
- Engel, Carl Ludwig: Kirjeet. Brev. Briefe, Helsinki [1989](#).
- Engel, Evamaria: Weiterentwicklung und Neubelebung kommunalistischer Traditionen in brandenburgischen Städten um 1800, in: Heinrich R. Schmidt u. a. (Hrsg.): Gemeinde, Reformation und Widerstand. Festschrift für Peter Blickle zum 60. Geburtstag, Tübingen [1998](#), S. 43-55.
- Enders, Lieselott: Historisches Ortslexikon für Brandenburg, Teil VIII Uckermark, Weimar [1986](#).
- Enders, Lieselott: Das Städtewesen der Uckermark im Spätfeudalismus, in: Jahrbuch für Regionalgeschichte 17/I (1990), S. 90-115.
- Enders, Lieselott: Die Uckermark. Geschichte einer kurmärkischen Landschaft vom 12. bis zum 18. Jahrhundert, Weimar [1992](#).
- Faust, Wilfried u.a.: Der verheerende Stadtbrand. Ausgrabungen in der mittelalterlichen Altstadt von Templin, Landkreis Uckermark, in: Archäologie in Berlin und Brandenburg 1993-1994, S. 122ff.
- Fehl, Gerhard: „Stadt als Kunstwerk“, „Stadt als Geschäft“. Der Übergang vom landesfürstlichen zum bürgerlichen Städtebau, beobachtet am Beispiel Karlsruhe zwischen 1800 und 1857, in: Juan

- Rodriguez-Lores und Gerhard Fehl (Hg.): Stadterweiterungen 1800-1875. Von den Anfängen des modernen Städtebaus in Deutschland, Hamburg [1983](#).
- Florinus, Franciscus Philippus: Oeconomus Prudens Et Legalis. Oder Allgemeiner Klug- und Rechtsverständiger Haus - Vatter, bestehend In Neun Büchern [...], [2. Aufl.](#), Nürnberg/Frankfurt a.M./Leipzig [1705](#).
- Frank Johann Peter: Von Speise, Trank und Gefäßen. Von Mäßigkeitsetzen, ungesunder Kleidertracht, Volksergötlichkeiten. Von bester Anlage, Bauart und nöthiger Reinlichkeit menschlicher Wohnungen, Mannheim [1783](#). (= ders.: System einer vollständigen medicinischen Policey, Bd. 3)
- Friedman, David: Florentine New Towns. Urban design in the late Middle Ages, Cambridge, Mass. [1988](#).
- Fritzsche Wolfgang: Hausbau und obrigkeitliches Handeln in den nassauischen Landesteilen von 1465 bis 1866, Weimar [1997](#).
- Geismeier, Willi: Daniel Chodowiecki, Leipzig [1993](#).
- Geist, Johann Friedrich; Kürvers, Klaus: Das Berliner Mietshaus 1740-1862, Bd. 1, München [1980](#).
- Gentz Heinrich: Beschreibung des neuen Königlichen Münzgebäudes, in: Sammlung nützlicher Aufsätze, [1800](#), [Heft 1](#), [S. 14-26](#).
- Goldmann, Nicolaus: Vollständige Anweisung zu der Civil Bau-Kunst, Wolffenbüttel [1696](#).
- Grabow, Rolf: Simon Stevin, Leipzig [1985](#).
- Gries Annett: Neustadt an der Dosse. Die Gestütsanlagen. Ein Beispiel preußischer Landeskultur und Landesverschönerung am Ende des 18. Jahrhunderts, in: Brandenburgische Denkmalpflege, Jg. 10 ([2001](#)), [Heft 1](#), [S. 53-69](#).
- Grübner, Erdmann: Die bauliche Entwicklung der Stadt Bad Freienwalde. Ein Beitrag zur Geschichte des Bürgerhauses zur Zeit des Barock und Klassizismus in Brandenburg, Berlin [1927](#).
- Gut, Albert: Das Berliner Wohnhaus des 17. und 18. Jahrhunderts, Berlin 1917, (erw. Neuauflage), Berlin [1984](#).
- Hahlweg, Werner: Die Heeresreform der Oranier und die Antike. Studien zur Geschichte des Kriegswesens der Niederlande, Deutschlands, Frankreichs, Englands, Italiens, Spaniens und der Schweiz vom Jahre 1589 bis zum Dreißigjährigen Krieg, Osnabrück [1987](#).
- Hattenhauer, Hans (Hrsg.): Allgemeines Landrecht für die preußischen Staaten von 1794, [3. erw. Aufl.](#), Neuwied/Berlin [1996](#).
- Heckmann, Hermann: Baumeister de Barock und Rokoko in Brandenburg-Preussen, Berlin [1998](#).
- Heimbürger Jost: Neu eröffneter Bau- und Zimmer-Platz, Frankfurt (Main) und Leipzig [1729](#).

- Heinrich, Gerd: Staatsaufsicht und Stadtfreiheit in Brandenburg-Preußen unter dem Absolutismus (1660-1806), in: Rauch, Wilhelm (Hg.): Die Städte Mitteleuropas im 17. und 18. Jahrhundert, Linz 1981, S. 155-172.
- Himmelein, Volker (Hg.): „Klar und Lichtvoll wie die Regel“. Planstädte der Neuzeit vom 16. bis zum 18. Jahrhundert, Katalog Karlsruhe 1990.
- Humboldt, Wilhelm von: Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staats zu bestimmen, hrsg. v. Hubert Tigges, Wuppertal 1947.
- Jachtmann Heinrich: Anweisung zur Anlegung Holz-, Steinkohle- und Torf-ersparender Feuerungen, mehrere Hefte in 2 Teilen, Berlin 1794.
- Jachtmann Heinrich: Anleitung zur Erbauung und Einrichtung der Küchen-Heerde, zum ersparenden Holz- und Torf-Brande, Berlin 1803.
- Jaeckel, Ralph: „...daß so wohl der Regularität nach, und zum Zierath der Strassen, als vor Feuers-Gefahr sicher gebauet werde...“. Die Erneuerung der Städte in Brandenburg-Preußen im Zeitalter des Absolutismus zwischen 1640 und 1806/11. Untersuchungen zu den städtebaulichen Retablissements und Etablissements in Städten der südlichen und östlichen Kurmark sowie der Neumark Brandenburg, (Diss., Humboldt-Univ. zu Berlin, Mschr., 1999).
- Jaeckel, Ralph: „Bauen wie auf der Friedrichstadt“. Das Retablissement der brandenburg-preußischen Provinzialstädte im 18. Jahrhundert, in: Mathematisches Calcül und Sinn für Ästhetik. Die preußische Bauverwaltung 1770-1848. Ausstellung des Geheimes Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz in Zusammenarbeit mit der Kunstbibliothek der Staatlichen Museen zu Berlin, Preußischer Kulturbesitz, Berlin 2000, S. 11-24.
- Jakob, Andreas: Die Legende von den „Hugenottenstädten“. Deutsche Planstädte des 16. und 17. Jahrhunderts, in: Himmelein, Volker (Hrsg.): „Klar und lichtvoll wie die Regel“, Katalog Karlsruhe 1990, S. 181-198.
- Kaspar, Fred: Bauen und Wohnen in einer alten Hansestadt, Bonn 1985.
- Kaufhold, Karl Heinrich: Preußische Staatswirtschaft - Konzept und Realität - 1640-1806. Zum Gedenken an Wilhelm Treue, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 2, 1994, S. 33-70.
- Kieling, Uwe: Berlin. Baumeister und Bauten, Berlin/Leipzig 1987.
- Kiem, Karl: „Untertanenhäuser“ in vor- und frühindustrieller Zeit, in: verloren gefährdet geschützt. Baudenkmale in Berlin, hrsg. v. Norbert Huse, Berlin 1988, S. 66-79.
- Knuth, F.: Chronik von Gransee, o. O. 1840.
- Köhler, Bettina Maria: Die Stadt Paris und das Wohnhaus. Zum „Battiment Particulier“ in der französischen Architekturtheorie von 1600-1750, Alfter 1994.

- Krauth, Wolf-Hagen: [Gemeinwohl als Interesse. Die Konstruktion einer territorialen Ökonomie am Beginn der Neuzeit](#), in: Herfried Münkler und Harald Bluhme (Hrsg.): [Gemeinwohl und Gemeinsinn. Historische Semantiken politischer Leitbegriffe](#), Berlin [2001](#), S. [191-212](#).
- Krüger, Rolf-Herbert: Friedrich Wilhelm Diterichs. Architekt, Ingenieur und Baubeamter im Preußen des 18. Jahrhunderts, Potsdam [1994](#).
- Krug, Leopold: Betrachtungen über den National-Reichthum des preußischen Staats, und über den Wohlstand seiner Bewohner, 2 Bde., Berlin [1805](#).
- Kruft, Hanno-Walter: Geschichte der Architekturtheorie, München [1995](#).
- Kruft, Hanno-Walter: Städte in Utopia. Die Idealstadt vom 15. bis zum 18. Jahrhundert, München [1989](#).
- Kuhn, Waldemar: Kleinsiedlungen aus friderizianischer Zeit, Berlin [1915](#).
- Mann, Adolf: Zehdenick sonst und jetzt. Zur Erinnerung an die Eingemeindung 1900, Zehdenick [1900](#).
- Marperger, Paul Jacob: [Marpergers Siebente Sammlung, Seiner Miscellaneorum Curiosorum Voll allerhand auserlesenen Historien, Politischen, Mekantilischen, Oeconomischen \(...\) Gelehrsamkeiten und Curiositäten](#), in: Ders.: [Auserlesene kleine Schriften](#), Leipzig [1733](#).
- Mata Carriazo, Juan de: [Historia de la Guerra de Granada](#), in: [Historia de España](#), hrsg. v. Ramon Menendez y Pidal, Bd. 17, [1969](#).
- Materna, Ingo u.a.: Geschichte in Daten - Brandenburg, München/Berlin [1995](#).
- Mathematisches Calcül und Sinn für Ästhetik. Die preußische Bauverwaltung 1770-1848. Ausstellung des Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz in Zusammenarbeit mit der Kunstbibliothek der Staatlichen Museen zu Berlin, Preußischer Kulturbesitz, Berlin [2000](#).
- McJoynt, Albert D.: [An appreciation of the war of granada \(1481-92\): a critical link in western military history](#), in: [Crusaders, condottieri, and cannon. medieval warfare in societies around the mediterranean](#), hrsg. v. Donald J. Kagay and L. J. Andrew Villalon, Leiden, Boston, Köln [2002](#), S. [239-252](#).
- Meier, Brigitte: Die Wiederkehr des Stadtbürgers: Städtereformen im europäischen Vergleich, 1750 - 1850, Berlin [1994](#).
- Meier, Brigitte: Das brandenburgische Stadtbürgertum als Mitgestalter der Moderne. Die kommunale Selbstverwaltung und die politische Kultur des Gemeindeliberalismus, Berlin [2001](#).
- Merkel, Ursula: [„Zu mehrerer Zierde und Gleichheit des Orths“. Der Modellhausbau des 18. Jahrhunderts in Karlsruhe](#), in: Himmelein, Volker (Hrsg.): [„Klar und Lichtvoll wie die Regel“](#), Katalog Karlsruhe [1990](#), S. [243-258](#).
- Mertens, Klaus: [Das kursächsische Oberbauamt und Matthäus Daniel Pöppelmann](#), in: Milde, Kurt (Hrsg.): [Matthäus Daniel Pöppelmann 1662-1736](#), Dresden [1990](#), S. [28-39](#).

- Metzler, Matthias: Landkreis Ostprignitz-Ruppin. Teil 1: Stadt Neuruppin (= Denkmaltopographie Bundesrepublik Deutschland. Denkmale in Brandenburg , Bd. 13.1.), Worms [1996](#).
- Mielke, Friedrich: Das Bürgerhaus in Potsdam, 2 Bde., Tübingen [1972](#).
- Mielke, Friedrich: Das Holländische Viertel in Potsdam, Berlin [1960](#).
- Mielke Robert: Die Bauernhäuser in der Mark, in: Archiv der Brandenburgia, Bd. 5 ([1899](#)), [S. 1-40](#).
- Mitteis, Heinrich: Deutsche Rechtsgeschichte. Ein Studienbuch, neubearb. v. Heinz Lieberich, München [1988](#).
- Müller, Heinrich: Hatte die Stadt Zehdenick Stadtmauern und befestigte Stadttore? In: Eine Reise in die Vergangenheit durch Zehdenick und Umgebung, hrsg. v. Fremdenverkehrsbüro Zehdenick, Horb am Neckar [1996](#), [S. 13f.](#)
- Münkler, Herfried; Bluhm, Harald: Gemeinwohl und Gemeinsinn als politisch-soziale Leitbegriffe, in: Münkler, Herfried und Bluhm, Harald (Hrsg.): Gemeinwohl und Gemeinsinn. Historische Semantiken politischer Leitbegriffe, Berlin [2001](#), [S. 9-30](#)
- Neugebauer, Wolfgang: Brandenburg im absolutistischen Staat. Das 17. und 18. Jahrhundert, in: Ingo Materna, Wolfgang Ribbe (Hrsg.): Brandenburgische Geschichte, Berlin [1995](#).
- Neugebauer, Wolfgang: Zentralprovinz im Absolutismus. Brandenburg im 17. und 18. Jahrhundert, Berlin [2001](#).
- Oechslin Werner: J. J. Molls Napoléonville als „irdisches Paradies“, in: Daidalos [7/1983](#), [S. 44ff.](#)
- Ohle, Rudolf: Kurze Bau- und Kunstgeschichte der Uckermark, in: Mitteilungen des Uckermärkischen Museums- und Geschichts-Vereins zu Prenzlau, Bd. VI ([1918](#)), [S. 1-16](#).
- Onder den oranje boom. Niederländische Kunst und Kultur im 17. und 18. Jahrhundert an deutschen Fürstenhöfen, Red. Makus Schacht und Jörg Meiner, München [1999](#).
- Onken, Alste: Friedrich Gilly 1772-1800, Berlin [1935](#).
- Penther, Johann Friedrich: Ausführliche Anleitung zur Bürgerlichen Bau-Kunst, Augsburg [1744-48](#).
- Perret, Jacques: Architectura Et Perspectiva. Etlicher Festungen / Stätt / Kirchen / Schlösser und Häuser / wie die auffs stärckeste / zierlichste und bequemste können bebawet oder auffgerichtet werden, hrsg. v. Johann Theodor de Bry, Oppenheim [1613](#).
- Petsch, Joachim: Eigenheim und gute Stube. Zur Geschichte des bürgerlichen Wohnens, Köln 1989.
- Philipp, Hans: Die Geschichte der Stadt Templin, Templin [1925](#).
- Philipp, Klaus Jan: „Von der Wirkung der Baukunst auf die Veredelung der Menschen“. Anmerkungen zur deutschen Architekturtheorie um 1800, in: Revolutionsarchitektur. Ein Aspekt der europäischen Architektur um 1800, hrsg. v. Winfried Nerdinger, Klaus Jan Philipp und Peter Schwarz, München [1990](#), [S. 43-47](#).

- Philipp, Klaus Jan: Um 1800. Architekturtheorie und Architekturkritik in Deutschland zwischen 1790 und 1810, London/Stuttgart [1997](#).
- Polthier, Wilhelm: Geschichte der Stadt Wittstock, [2. Aufl.](#), Wittstock [1933](#).
- Polthier, Wilhelm: Das Wittstocker Häuserbuch. Aus dem Nachlaß von Wilhelm Polthier, hrsg. v. Werner Vogel, Köln [1998](#).
- Pröve, Ralf: „Civismus“ und „Spießbürgertum“. Die Preußische Städteordnung von 1808 und stadtrepublikanische Traditionen in Brandenburg, in: Neugebauer, Wolfgang/Pröve, Ralf (Hrsg.): Agrarische Verfassung und politische Struktur, Studien zur Gesellschaftsgeschichte Preußens 1700-1918, Berlin [1998](#).
- Rach, Hans-Jürgen: Fachwerkbauten in der Mark Brandenburg, in: Hans-Hartmut Schauer u. a.: Fachwerkbauten in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen und Sachsen. Untersuchungen zur Bau- und Formentwicklung des Fachwerks und zum heutigen Bestand in den fünf neuen Bundesländern, Berlin/München [1992](#), [S. 49-77](#).
- Radig, Werner: Gefügestudien in Brandenburg, in: Deutsches Jahrbuch für Volkskunde, Bd. 11 ([1965](#)), [S. 156-172](#).
- Radig, Werner: Agrarisch bestimmte Höfe in Kleinstädten der Mittelmark - Problematik und Beispiele, in: 15. Jahrestagung des Arbeitskreises für Haus- und Siedlungsforschung, red. bearb. v. H.-J. Rach, Berlin [1975](#), [S. 62-81](#).
- Reinisch, Ulrich: Kulturlandschaft: z. B. Haus und Stadt in Brandenburg, in: kritische berichte, [2/2000](#), [S. 29-37](#).
- Reinisch, Ulrich: Der Wiederaufbau der Stadt Neuruppin nach dem großen Brand von 1787 oder wie die preußische Bürokratie eine Stadt baute. Nach den Akten rekonstruiert und erläutert, Worms [2001](#).
- Riedel, Heinrich August: Etwas über schickliche Verzierung der Fassaden, in: Sammlung nützlicher Aufsätze und Nachrichten die Baukunst betreffend, [Jg. 1797](#), Bd. 2, [S. 48-58](#).
- Riedel, Heinrich Karl: Sammlung architektonischer äußerer und innerer Verzierungen für angehende Baumeister und Liebhaber der Baukunst, 8 Hefte, Berlin [1803-1810](#).
- Riedel, Lisa: Zur Geschichte des Predigerwitwenhauses, in: Mitteilungsblatt Nr. 5 des Historischen Vereins der Grafschaft Ruppin e. V., [August 1994](#), [S. 23-28](#).
- Rößger, Heiko: Die Entwicklung des Hauses in der südlichen Friedrichstadt, Berlin [1985](#).
- Rohowski, Ilona: Landkreis Barnim. Teil 1: Stadt Eberswalde (= Denkmaltopographie Bundesrepublik Deutschland. Denkmale in Brandenburg, Bd. 5.1.), Worms [1997](#).
- Schachinger, Erika: Die Berliner Vorstadt Friedrichswerder 1658-1708, Köln, Weimar, Wien [1993](#).
- Schachinger, Erika: Die Dorotheenstadt 1673-1708, eine Berliner Vorstadt, Köln, Weimar, Wien [2001](#).

- Schauer, Hans-Hartmut: Quedlinburg. Das städtebauliche Denkmal und seine Fachwerkbauten, Berlin 1990.
- Schauer, Hans-Hartmut u.a.: Fachwerkbauten in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen. Untersuchungen zur Bau- und Formenentwicklung des Fachwerks und zum heutigen Bestand in den fünf neuen Bundesländern, Berlin 1992.
- Schendel, Adelheid: Veränderungen traditioneller Bauformen durch obrigkeitliche Einflüsse in Brandenburg um 1800, in: Rach, Hans-Jürgen (Hrsg.): Vom Bauen und Wohnen – 20 Jahre Arbeitskreis für Haus- und Siedlungsforschung in der DDR, Berlin 1982, S. 94-108.
- Schmidt, Friedrich Christian: Der Bürgerliche Baumeister oder Versuch eines Unterrichts für Baulustige, 4 Text- u. 4 Tfbde., Gotha 1790-1799.
- Schmidt, Rudolf: Geschichte der Stadt Eberswalde, Eberswalde 1939.
- Schmitthenner, Paul: Baugestaltung. Erste Folge. Das Deutsche Wohnhaus, Stuttgart 1932.
- Schmitthenner Paul: Gebaute Form, Variationen über ein Thema mit 60 Zeichnungen im Faksimile. Aus dem Nachlaß hrsg. v. Elisabeth Schmitthenner, Leinfelden-Echterdingen 1984.
- Schübler, Johann Jacob: Nützliche Anweisung zur unentbehrlichen Zimmermanns-Kunst, Augsburg 1731.
- Schübler, Johann Jacob: Sciagraphia Artis Tignariae, oder nützliche Eröffnung zu der sichern fundamentalen Holtz-Verbindung, Bey dem Gebrauch der unentbehrlichen Zimmermanns-Kunst, Nürnberg 1736.
- Schwarz, Ulrike und Metzler, Matthias: Landkreis Ostprignitz-Ruppin. Teil 2: Gemeinde Fehrbellin, Amt Lindow (Mark) und Stadt Rheinsberg (= Denkmaltopographie Bundesrepublik Deutschland. Denkmale in Brandenburg , Bd. 13.2.), Worms 2004.
- Schwennicke, Andreas: Die Entstehung der Einleitung des Preußischen Allgemeinen Landrechts von 1794, Frankfurt a. M. 1993.
- Serlio, Sebastiano: Serlio on domestic architecture, foreword by Adolf K. Placzek; introduction by James S. Ackerman; text by Myra Nan Rosenfeld, Mineola, New York 1996.
- Serlio, Sebastiano: On architecture, volume two, books VI and VII of „Tutte l'opere d'architettura et prospetiva“, with „Castramentatio of the Romans“ and „The extraordinary book of Doors“, translated with an Introduction and Commentary by Vaughan Hart and Peter Kicks, New Haven & London 2001.
- Specht, Rainer (Hrsg.): Rationalismus (Geschichte der Philosophie in Text und Darstellung, Bd. 5), Stuttgart 1979.
- Spohn, Thomas: Aspekte kleinstädtischen Lebens im 18. Jahrhundert – Vom Bauen und Wohnen in Unna, Bonn 1995.

- Spohn, Thomas: Zur Einleitung, in: Spohn, Thomas (Hrsg.): Bauen nach Vorschrift? Obrigkeitliche Einflußnahme auf das Bauen und Wohnen in Nordwestdeutschland (14. bis 20. Jh.), Münster/New York/München/Berlin [2002](#), [S. 1-68](#).
- Stevin, Simon: Castrametatio. Dat is Legermeting, in: The principal works of Simon Stevin, ed. by W. H. Schukking, Vol. IV ([The art of war](#)), Amsterdam [1964](#).
- Stevin, Simon: Materiae politicae, Burgherlicke Stoffen [...] Beschreven duer zaliger Simon Stevin van Brugge [...], En uyt zijn naghelate Hantschriften by een gestelt deur Sijn Soon Hendrick Stevin, Leiden [1649](#).
- Stieglitz, Christian Ludwig: Encyklopädie der bürgerlichen Baukunst, in welcher alle Fächer dieser Kunst nach alphabetischer Ordnung abgehandelt sind. Ein Handbuch für Staatswirth, Baumeister und Landwirthe, 5 Bde., Leipzig [1792-1798](#).
- Striewe, Heinrich: Hausbau und Sozialstruktur einer niederdeutschen Kleinstadt. Blomberg zwischen 1450 und 1870, Detmold [1996](#).
- Straubel, Rolf: Beamte und Personalkritik im altpreußischen Staat. Soziale Rekrutierung, Karriereverläufe, Entscheidungsprozesse (1763/68-1806), Potsdam [1998](#).
- Strecke, Reinhart: Anfänge und Innovation der preußischen Bauverwaltung. Von David Gilly zu Karl Friedrich Schinkel, Köln/Weimar/Wien [2000](#).
- Sturm, Leonhard Christoph: Kurtzer Begriff der gesambten Mathesis, Frankfurt a. O. [1707](#)
- Sturm, Leonhard Christoph: Vollständigen Anweisung alle Arten von bürgerlichen Wohn-Häusern wohl anzugeben, Augsburg [1721](#).
- Sturm, Leonhard Christoph: Kurtze Vorstellung der gantzen Civil-Bau-Kunst, Augsburg [1745](#).
- Tessenow, Heinrich: Der Wohnhausbau, [2. Aufl.](#), München [1914](#).
- Untersuchung über den Charakter der Gebäude. Über die Verbindung der Baukunst mit den schönen Künsten und über die Wirkung, welche durch dieselben hervorgebracht werden sollen, Leipzig [1788](#). ([Unveränderter Nachdruck mit einer Einleitung v. Hanno-Walter Kruft, Nördlingen 1986](#)).
- Uppenkamp, Barbara: Idealstadt Wolfenbüttel, in: Hermann Hipp/Ernst Seidl (Hrsg.): Architektur als politische Kultur - Philosophia Practica, Berlin [1996](#), [S. 115-129](#).
- Vitruvius Pollio, Marcus, Zehn Bücher über Architektur, hrsg. v. Curt Fensterbusch, [5. Aufl.](#), Darmstadt [1991](#).
- Vetter, Klaus: Zwischen Dorf und Stadt - Die Mediatstädte des kurmärkischen Kreises Lebus. Verfassung, Wirtschaft und Sozialstruktur im 17. und 18. Jahrhundert, Weimar [1996](#).
- Vogel, Gerd-Helge: Anmerkungen zum Naturbegriff in Friedrich Gillys Entwürfen zu Fassaden städtischer Wohnhäuser, in: Friedrich Gilly (1772-1800). Innovation und Tradition klassizistischer Architektur in Europa, hrsg. v. Gerd-Helge Vogel, Güstrow [2002](#), [S. 41-54](#).

Vogel, Johann: Die moderne Baukunst, [2. erw. Aufl.](#), Hamburg [1726](#).

Voigt, Wolfgang: Vom Ur-Haus zum Typ. Paul Schmitthenners ‚deutsches Wohnhaus‘ und seine Vorbilder, in: Vittorio Magnago Lampugnani/Romana Schneider (Hrsg.): *Moderne Architektur in Deutschland 1900-1950. Reform und Tradition*, Stuttgart [1992](#), [S. 245-265](#).

Volk, Waltraut: Das kleinbürgerliche Wohnhaus des 17. Jahrhunderts in Berlin, in: *Aus den Forschungen des Arbeitskreises für Haus- und Siedlungsforschung*, hrsg. v. Arbeitskreis für Haus- und Siedlungsforschung, Marburg [1991](#), [S. 41-58](#).

Weber, Max: *Wirtschaft und Gesellschaft*, [5. rev. Aufl.](#), Tübingen [1980](#).

Wiesiger, Karl Friedrich: Über die Grenzüter, und deren Besondere, zur Beförderung ihres und des öffentlichen Wohls erforderliche Behandlung, Berlin [1796](#).

Wilhelm, Johann: *Architectura Civilis* [...] Beschreib- oder Vorreissung der fürnembsten Tachwerck, Nürnberg [1649](#).

Willebrand, Johann Peter: Grundriß einer schönen Stadt in Absicht ihrer Anlage und Einrichtung zu Bequemlichkeit, zum Vergnügen, zum Anwachs und zur Erhaltung ihrer Einwohner, Hamburg/Leipzig [1775](#).

Wischermann, Heinfried: *Castrametatio und Städtebau im 16. Jahrhundert: Sebastiano Serlio*, in: *Bonner Jahrbücher*, Bd. 175 ([1975](#)), [S. 170-186](#).

Zedler, Johann Heinrich: *Grosses vollständiges Universal Lexicon*, Halle/Leipzig [1732ff.](#)

Abbildungsnachweis

Bibliotheken, Archive, Sammlungen

Staatsbibliothek zu Berlin Preußischer Kulturbesitz – Kartenabteilung: **38**

Kunstabibliothek der Staatlichen Museen zu Berlin Preußischer Kulturbesitz: **10, 11, 13, 14, 15, 32, 33**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt Halle: **3**

Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin: **39**

Stadtarchiv Templin: **24, 25 re., 26 re., 27 re., 28, re., 30 re., 31**

Stadtarchiv Zehdenick: **42 re., 44 re., 45 re., 49, 50 unten**

Reproduktionen aus Literatur

Eimer 1961: **5, 6**; Kieling 1987: **7**; Kruft 1995: **12**; Mielke 1972: **8**; Serlio 2001: **1, 9**; Stevin 1964: **2**;
Templiner Kreiskalender 1928: **19**

Aufnahmen des Autors:

18, 20, 22, 25 li., 26 li., 27 li., 28 li., 30 li., 42 li., 43, 44 li., 45 li., 46, 47, 48, 50 oben

Lebenslauf

Eidestattliche Erklärung